

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 15. April 1994 zur Errichtung
der Welthandelsorganisation**

– Drucksache 12/7655 (neu) –

**Hier: Information über die multilateralen Übereinkommen der GATT-Uruguay-Runde,
die nicht unter die nationale Gesetzgebungszuständigkeit fallen**

1) Inhalt der Vorlage

Hiermit legt die Bundesregierung zur Information der gesetzgebenden Körperschaften im weiteren Gesetzgebungsverfahren die Texte der multilateralen Übereinkommen der GATT-Uruguay-Runde vor, die nicht in die nationale Gesetzgebungszuständigkeit fallen. Die Vorlage enthält die englischen Originaltexte dieser Übereinkommen und ihre deutsche Übersetzung.

2) Begründung

Da im Zeitpunkt der Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens im April 1994 noch keine amtliche deutsche Übersetzung des außerordentlich umfangreichen Vertragswerks vorlag, hatte die Bundesregierung dem Gesetzentwurf zunächst den englischen Originaltext des gesamten Vertragswerks sowie Arbeitsübersetzungen der sechs Übereinkommen beigelegt, die nationale Gesetzgebungszuständigkeiten berühren (vgl. Drucksache 12/7655).

Wie in Abschnitt I.8 der Denkschrift des Gesetzentwurfs angekündigt, hat die Bundesregierung am 8. Juni 1994 fachlich und vertragsförmlich überprüfte deutsche Übersetzungen dieser sechs Übereinkommen nachgereicht (vgl. Drucksache 12/7655 neu).

Die nicht in die nationale Gesetzgebungszuständigkeit fallenden multilateralen Übereinkommen sind in englischer Originalfassung bereits in der Gesetzesvorlage enthalten und in der Denkschrift erläutert. Sie werden hiermit – wie angekündigt – erneut in englischer Fassung sowie in einer von der Europäischen Kommission gefertigten deutschen Übersetzung vorgelegt.

**Verhandlungsergebnisse der GATT-Uruguay-Runde,
die nicht unter die nationale Gesetzgebungszuständigkeit fallen**

Multilaterale Übereinkommen über den Handel mit Waren

1. Allgemeines Zoll- und Handelsübereinkommen von 1994
2. Vereinbarung zur Auslegung des Artikels II 1 b des Allgemeinen Zoll- und Handelsübereinkommens von 1994
3. Vereinbarung zur Auslegung des Artikels XVII des Allgemeinen Zoll- und Handelsübereinkommens von 1994
4. Vereinbarung über die Zahlungsbilanzbestimmungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsübereinkommens von 1994
5. Vereinbarung zur Auslegung des Artikels XXIV des Allgemeinen Zoll- und Handelsübereinkommens von 1994
6. Vereinbarung über Befreiungen von den Verpflichtungen nach dem Allgemeinen Zoll- und Handelsübereinkommen von 1994
7. Vereinbarung zur Auslegung des Artikels XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsübereinkommens von 1994
8. Übereinkommen über die Landwirtschaft
9. Übereinkommen über Gesundheits- und Pflanzengesundheitsmaßnahmen
10. Übereinkommen über Textilwaren und Bekleidung
11. Übereinkommen über technische Handelshemmnisse
12. Übereinkommen über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen
13. Übereinkommen zur Durchführung des Artikels VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsübereinkommens von 1994
14. Übereinkommen zur Durchführung des Artikels VII des Allgemeinen Zoll- und Handelsübereinkommens von 1994
15. Übereinkommen über Kontrollen vor dem Versand
16. Übereinkommen über Ursprungsregeln
17. Übereinkommen über Einfuhrlizenzverfahren
18. Übereinkommen über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen
19. Übereinkommen über Schutzmaßnahmen
20. **Mechanismus zur Überprüfung der Handelspolitik**

21. **Ministerbeschlüsse**

22. **Vereinbarte Aufzeichnung** der zwischen den Europäischen Gemeinschaften (EG) und Australien im Rahmen der multilateralen Handelsverhandlungen der GATT-Uruguay-Runde ausgehandelten Verpflichtungen **für Kohle**

ANHANG 1**ANHANG 1A****MULTILATERALE HANDELSÜBEREINKÜNFTE**

Allgemeine Auslegungsregel zu Anhang 1A:

Bei Vorliegen eines Widerspruchs zwischen Bestimmungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994 und Bestimmungen einer anderen Übereinkunft in Anhang 1A des Abkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation (im folgenden "WTO-Abkommen" genannt) sind die Bestimmungen der anderen Übereinkunft maßgebend.

ALLGEMEINES ZOLL- UND HANDELSABKOMMEN 1994

1. Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen 1994 ("GATT 1994") besteht aus:
 - a) den Bestimmungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947 im Anhang zu der zum Abschluß der zweiten Tagung des Vorbereitungsausschusses der VN-Konferenz über Handel und Beschäftigung angenommenen Schlußakte (mit Ausnahme des Protokolls über die vorläufige Anwendung) in der durch die Rechtsinstrumente, die vor dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens in Kraft getreten sind, berichtigten, geänderten oder modifizierten Fassung;
 - b) den nachstehend aufgeführten Rechtsinstrumenten, die aufgrund des GATT 1947 vor dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens in Kraft getreten sind:
 - i) Protokolle und Bestätigungen zu den Zollzugeständnissen;
 - ii) Beitrittsprotokolle (mit Ausnahme der Bestimmungen, die a) die vorläufige Anwendung und die Kündigung der vorläufigen Anwendung betreffen und b) bestimmen, daß Teil II des GATT 1947 vorläufig so weit in vollem Umfang angewendet wird, wie dies mit den am Datum des Protokolls in Kraft befindlichen Rechtsvorschriften zu vereinbaren ist);

- iii) Beschlüsse über Befreiungen gemäß Artikel XXV des GATT 1947, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des WTO-Abkommens noch in Kraft sind(;
 - iv) sonstige Beschlüsse der VERTRAGSPARTEIEN des GATT 1947;
- c) den nachstehenden Vereinbarungen:
- i) Vereinbarung zur Auslegung des Artikels II Absatz 1 Buchstabe b) des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994;
 - ii) Vereinbarung zur Auslegung des Artikels XVII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994;
 - iii) Vereinbarung über Zahlungsbilanzbestimmungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994;
 - iv) Vereinbarung zur Auslegung des Artikels XXIV des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994;
 - v) Vereinbarung über Befreiungen von Verpflichtungen nach dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen 1994;
 - vi) Vereinbarung zur Auslegung des Artikels XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994;
- d) dem Marrakesch-Protokoll zum GATT 1994.

2. Erläuterungen

- a) In den Bestimmungen des GATT 1994 bezeichnet der Ausdruck "Vertragspartei" ein "Mitglied". Die Ausdrücke "wenig entwickelte Vertragspartei" und "entwickelte Vertragspartei" bezeichnen ein "Entwicklungsland-Mitglied" und ein "Industrieland-Mitglied". Der Ausdruck "Exekutivsekretär" bezeichnet den "Generaldirektor der WTO".
- b) In Artikel XV Absätze 1, 2 und 8 und in Artikel XXXVIII sowie in den Anmerkungen zu den Artikeln XII und XVIII und in den Bestimmungen des Artikels XV Absätze 2, 3, 6, 7 und 9 des GATT 1994 über besondere Devisenabkommen

(Die gemäß diesem Artikel gewährten Befreiungen sind in Fußnote 7 auf den Seiten 11 und 12 in Abschnitt II des Dokuments MTN/FA vom 15. Dezember 1993 und in Dok. MTN/FA/Corr.6 vom 21. März 1994 aufgeführt. Auf ihrer ersten Tagung erstellt die Ministerkonferenz eine überarbeitete Liste der nach diesem Artikel gewährten Befreiungen, die auch alle aufgrund des GATT 1947 seit dem 15. Dezember 1993 und vor dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens gewährten Befreiungen einbezieht und in der die bis dahin abgelaufenen Befreiungen gestrichen sind.

gelten die Verweise auf die gemeinsam handelnden VERTRAGSPARTEIEN als Verweise auf die WTO. Die anderen Aufgaben, die das GATT 1994 den gemeinsam handelnden VERTRAGSPARTEIEN überträgt, werden von der Ministerkonferenz zugewiesen.

c) i) Der Wortlaut des GATT 1994 ist in englischer, französischer und spanischer Sprache verbindlich.

ii) Im Wortlaut des GATT 1994 in französischer Sprache sind die in Anhang A zu Dokument MTN.TNC/41 angegebenen Berichtigungen vorzunehmen.

iii) Der verbindliche Wortlaut des GATT 1994 in spanischer Sprache ist vorbehaltlich der in Anhang B zu Dokument MTN.TNC/41 angegebenen Berichtigungen der Wortlaut in Band IV der Reihe Basic Instruments and Selected Documents.

3. a) Teil II des GATT 1994 gilt nicht für Maßnahmen, die ein Mitglied aufgrund spezifischer zwingender Rechtsvorschriften trifft, die von diesem Mitglied erlassen wurden, bevor es Vertragspartei des GATT 1947 wurde, und die die Verwendung, den Verkauf oder die Vermietung von im Ausland gebauten oder im Ausland instand gesetzten Schiffen zu gewerblichen Zwecken zwischen Orten innerhalb der Hoheitsgewässer oder der Gewässer einer ausschließlichen Wirtschaftszone verbieten. Diese Ausnahme gilt für: a) die Beibehaltung oder alsbaldige Verlängerung einer abweichenden Rechtsvorschrift; und b) die Änderung einer abweichenden Rechtsvorschrift, soweit diese Änderung die Übereinstimmung der Vorschrift mit Teil II des GATT 1947 nicht mindert. Diese Ausnahme beschränkt sich auf Maßnahmen aufgrund der oben beschriebenen Rechtsvorschriften, die vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des WTO-Abkommens notifiziert und spezifiziert wurden. Werden solche Rechtsvorschriften in der Folge so geändert, daß ihre Übereinstimmung mit Teil II des GATT 1994 gemindert wird, findet dieser Absatz auf sie keine Anwendung mehr.

b) Die Ministerkonferenz überprüft diese Ausnahme spätestens fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens und danach alle zwei Jahre, solange die Ausnahme in Kraft ist, um festzustellen, ob die Bedingungen, die die Ausnahme erforderlich machten, noch bestehen.

c) Ein Mitglied, für dessen Maßnahmen diese Ausnahme gilt, übermittelt jährlich genaue statistische Angaben, die den Fünfjahresdurchschnitt der tatsächlichen und zu erwartenden Lieferungen der Schiffe, für die diese Ausnahme gilt und zusätzliche Angaben über deren Verwendung, Verkauf, Vermietung oder Instandsetzung enthalten.

d) Einem Mitglied, nach dessen Auffassung die Auswirkungen dieser Ausnahme eine gegenseitige verhältnismäßige Beschränkung der Verwendung, des Verkaufs, der Vermietung oder der Instandsetzung von Schiffen rechtfertigt, die im Hoheitsgebiet des Mitglieds, das sich auf die Ausnahme beruft, gebaut wurden, steht es frei, eine solche Beschränkung, die es zuvor der Ministerkonferenz notifizieren muß, einzuführen.

e) Diese Ausnahme gilt unbeschadet der Lösungen für spezifische Aspekte der unter diese Ausnahme fallenden Rechtsvorschriften, die im Rahmen sektoraler Übereinkommen oder in anderem Rahmen ausgehandelt werden.

ANNEX 1

ANNEX 1A

MULTILATERAL AGREEMENTS ON TRADE IN GOODS

General interpretative note to Annex 1A:

In the event of conflict between a provision of the General Agreement on Tariffs and Trade 1994 and a provision of another agreement in Annex 1A to the Agreement Establishing the World Trade Organization (referred to in the agreements in Annex 1A as the "WTO Agreement"), the provision of the other agreement shall prevail to the extent of the conflict.

GENERAL AGREEMENT ON TARIFFS AND TRADE 1994

1. The General Agreement on Tariffs and Trade 1994 ("GATT 1994") shall consist of:
 - (a) the provisions in the General Agreement on Tariffs and Trade, dated 30 October 1947, annexed to the Final Act Adopted at the Conclusion of the Second Session of the Preparatory Committee of the United Nations Conference on Trade and Employment (excluding the Protocol of Provisional Application), as rectified, amended or modified by the terms of legal instruments which have entered into force before the date of entry into force of the WTO Agreement;
 - (b) the provisions of the legal instruments set forth below that have entered into force under the GATT 1947 before the date of entry into force of the WTO Agreement:
 - (i) protocols and certifications relating to tariff concessions;
 - (ii) protocols of accession (excluding the provisions (a) concerning provisional application and withdrawal of provisional application and (b) providing that Part II of GATT 1947 shall be applied provisionally to the fullest extent not inconsistent with legislation existing on the date of the Protocol);
 - (iii) decisions on waivers granted under Article XXV of GATT 1947 and still in force on the date of entry into force of the WTO Agreement¹;
 - (iv) other decisions of the CONTRACTING PARTIES to GATT 1947;
 - (c) the Understandings set forth below:
 - (i) Understanding on the Interpretation of Article II:1(b) of the General Agreement on Tariffs and Trade 1994;
 - (ii) Understanding on the Interpretation of Article XVII of the General Agreement on Tariffs and Trade 1994;
 - (iii) Understanding on Balance-of-Payments Provisions of the General Agreement on Tariffs and Trade 1994;
 - (iv) Understanding on the Interpretation of Article XXIV of the General Agreement on Tariffs and Trade 1994;
 - (v) Understanding in Respect of Waivers of Obligations under the General Agreement on Tariffs and Trade 1994;
 - (vi) Understanding on the Interpretation of Article XXVIII of the General Agreement on Tariffs and Trade 1994; and
 - (d) the Marrakesh Protocol to GATT 1994.
2. *Explanatory Notes*

¹ The waivers covered by this provision are listed in footnote 7 on pages 11 and 12 in Part II of document MTN/FA of 15 December 1993 and in MTN/FA/Corr.6 of 21 March 1994. The Ministerial Conference shall establish at its first session a revised list of waivers covered by this provision that adds any waivers granted under GATT 1947 after 15 December 1993 and before the date of entry into force of the WTO Agreement, and deletes the waivers which will have expired by that time.

(a) The references to "contracting party" in the provisions of GATT 1994 shall be deemed to read "Member". The references to "less-developed contracting party" and "developed contracting party" shall be deemed to read "developing country Member" and "developed country Member". The references to "Executive Secretary" shall be deemed to read "Director-General of the WTO".

(b) The references to the CONTRACTING PARTIES acting jointly in Articles XV:1, XV:2, XV:8, XXXVIII and the Notes *Ad* Article XII and XVIII; and in the provisions on special exchange agreements in Articles XV:2, XV:3, XV:6, XV:7 and XV:9 of GATT 1994 shall be deemed to be references to the WTO. The other functions that the provisions of GATT 1994 assign to the CONTRACTING PARTIES acting jointly shall be allocated by the Ministerial Conference.

- (c) (i) The text of GATT 1994 shall be authentic in English, French and Spanish.
- (ii) The text of GATT 1994 in the French language shall be subject to the rectifications of terms indicated in Annex A to document MTN.TNC/41.
- (iii) The authentic text of GATT 1994 in the Spanish language shall be the text in Volume IV of the Basic Instruments and Selected Documents series, subject to the rectifications of terms indicated in Annex B to document MTN.TNC/41.

3. (a) The provisions of Part II of GATT 1994 shall not apply to measures taken by a Member under specific mandatory legislation, enacted by that Member before it became a contracting party to GATT 1947, that prohibits the use, sale or lease of foreign-built or foreign-reconstructed vessels in commercial applications between points in national waters or the waters of an exclusive economic zone. This exemption applies to: (a) the continuation or prompt renewal of a non-conforming provision of such legislation; and (b) the amendment to a non-conforming provision of such legislation to the extent that the amendment does not decrease the conformity of the provision with Part II of GATT 1947. This exemption is limited to measures taken under legislation described above that is notified and specified prior to the date of entry into force of the WTO Agreement. If such legislation is subsequently modified to decrease its conformity with Part II of GATT 1994, it will no longer qualify for coverage under this paragraph.

(b) The Ministerial Conference shall review this exemption not later than five years after the date of entry into force of the WTO Agreement and thereafter every two years for as long as the exemption is in force for the purpose of examining whether the conditions which created the need for the exemption still prevail.

(c) A Member whose measures are covered by this exemption shall annually submit a detailed statistical notification consisting of a five-year moving average of actual and expected deliveries of relevant vessels as well as additional information on the use, sale, lease or repair of relevant vessels covered by this exemption.

(d) A Member that considers that this exemption operates in such a manner as to justify a reciprocal and proportionate limitation on the use, sale, lease or repair of vessels constructed in the territory of the Member invoking the exemption shall be free to introduce such a limitation subject to prior notification to the Ministerial Conference.

(e) This exemption is without prejudice to solutions concerning specific aspects of the legislation covered by this exemption negotiated in sectoral agreements or in other fora.

Vereinbarung zur Auslegung des Artikels II Absatz 1 Buchstabe b)
des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994

Die Mitglieder kommen wie folgt überein:

1. Zur Gewährleistung der Transparenz der aus Artikel II Absatz 1 Buchstabe b) hergeleiteten Rechte und Verpflichtungen werden Art und Höhe der auf gebundene Zolltarifpositionen erhobenen „anderen Abgaben und Belastungen“ im Sinne der genannten Bestimmung in den Zugeständnislisten im Anhang zum GATT 1994 bei der betreffenden Zolltarifposition angegeben. Es besteht Einvernehmen darüber, daß diese Angabe den gesetzlichen Charakter der „anderen Abgaben und Belastungen“ nicht ändert.
2. Der Zeitpunkt, zu dem die „anderen Abgaben und Belastungen“ im Sinne des Artikels II gebunden werden, ist der 15. April 1994. Die „anderen Abgaben und Belastungen“ werden daher in den Listen mit den zu diesem Zeitpunkt geltenden Sätzen angegeben. Bei jeder nachfolgenden Neuaushandlung eines Zugeständnisses oder Aushandlung eines neuen Zugeständnisses ist der maßgebliche Zeitpunkt für die betreffende Zolltarifposition der Zeitpunkt der Aufnahme des neuen Zugeständnisses in die betreffende Liste. Das Datum des Rechtsinstruments, durch das ein Zugeständnis für eine bestimmte Zolltarifposition erstmals in das GATT 1947 oder das GATT 1994 aufgenommen wurde, wird weiterhin in Spalte 6 der Loseblattsammlung der Listen festgehalten.
3. Die „anderen Abgaben und Belastungen“ werden für alle zolltariflichen Bindungen angegeben.
4. Bestand für eine Zolltarifposition zuvor ein Zugeständnis, so darf die Höhe der in der betroffenen Liste angegebenen „anderen Abgaben und Belastungen“ nicht höher sein als zum Zeitpunkt der ersten Aufnahme des Zugeständnisses in die Liste. Es steht allen Mitgliedern frei, das Bestehen einer solchen anderen Abgabe oder Belastung mit der Begründung anzufechten, daß zum Zeitpunkt der ursprünglichen Bindung für die betreffende Zolltarifposition keine solchen „anderen Abgaben und Belastungen“ bestanden, oder die Übereinstimmung der angegebenen Höhe solcher „anderen Abgaben und Belastungen“ mit der Höhe der früheren Bindung anzufechten, und zwar während eines Zeitraums von drei Jahren nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens oder von drei Jahren nach der Hinterlegung des Rechtsinstruments über die Aufnahme der betreffenden Liste in das GATT 1994, wenn dies der spätere Zeitpunkt ist.
5. Die Angabe der „anderen Abgaben und Belastungen“ in den Listen erfolgt unbeschadet ihrer Übereinstimmung mit den Rechten und Pflichten aufgrund des GATT 1994 mit Ausnahme der in Absatz 4 genannten Rechte und Pflichten. Alle Mitglieder haben das Recht, die Übereinstimmung von „anderen Abgaben und Belastungen“ mit diesen Verpflichtungen jederzeit anzufechten.
6. Für die Zwecke dieser Vereinbarung gelten die Artikel XXII und XXIII des GATT 1994, ergänzt und ausgelegt durch die Streitbelegungsvereinbarung.
7. „Andere Abgaben und Belastungen“, die zum Zeitpunkt der Hinterlegung des Rechtsinstruments über die Aufnahme der betreffenden Liste in das GATT 1994 beim Generaldirektor der VERTRAGSPARTEIEN des GATT 1947 bis zum Inkrafttreten des WTO-Abkommens bzw. danach beim Generaldirektor der WTO in einer Liste nicht angegeben sind, dürfen nicht nachträglich aufgenommen werden und „andere Abgaben und Belastungen“, die in einer niedrigeren als der zum maßgeblichen Zeitpunkt geltenden Höhe angegeben sind, dürfen nicht auf die tatsächliche Höhe geändert werden, es sei denn, solche Zusätze oder Änderungen werden innerhalb von sechs Monaten nach der Hinterlegung des Rechtsinstruments vorgenommen.
8. Die Entscheidung gemäß Absatz 2 über den maßgeblichen Zeitpunkt eines jeden Zugeständnisses für die Zwecke des Artikels II Absatz 1 Buchstabe b) des GATT 1994 tritt an die Stelle der Entscheidung über den maßgeblichen Zeitpunkt vom 26. März 1980 (BISO 27s/24)

**UNDERSTANDING ON THE INTERPRETATION OF ARTICLE II:1(b)
OF THE GENERAL AGREEMENT ON TARIFFS AND TRADE 1994**

Members hereby agree as follows:

1. In order to ensure transparency of the legal rights and obligations deriving from paragraph 1(b) of Article II, the nature and level of any "other duties or charges" levied on bound tariff items, as referred to in that provision, shall be recorded in the Schedules of concessions annexed to GATT 1994 against the tariff item to which they apply. It is understood that such recording does not change the legal character of "other duties or charges".
2. The date as of which "other duties or charges" are bound, for the purposes of Article II, shall be 15 April 1994. "Other duties or charges" shall therefore be recorded in the Schedules at the levels applying on this date. At each subsequent renegotiation of a concession or negotiation of a new concession the applicable date for the tariff item in question shall become the date of the incorporation of the new concession in the appropriate Schedule. However, the date of the instrument by which a concession on any particular tariff item was first incorporated into GATT 1947 or GATT 1994 shall also continue to be recorded in column 6 of the Loose-Leaf Schedules.
3. "Other duties or charges" shall be recorded in respect of all tariff bindings.
4. Where a tariff item has previously been the subject of a concession, the level of "other duties or charges" recorded in the appropriate Schedule shall not be higher than the level obtaining at the time of the first incorporation of the concession in that Schedule. It will be open to any Member to challenge the existence of an "other duty or charge", on the ground that no such "other duty or charge" existed at the time of the original binding of the item in question, as well as the consistency of the recorded level of any "other duty or charge" with the previously bound level, for a period of three years after the date of entry into force of the WTO Agreement or three years after the date of deposit with the Director-General of the WTO of the instrument incorporating the Schedule in question into GATT 1994, if that is a later date.
5. The recording of "other duties or charges" in the Schedules is without prejudice to their consistency with rights and obligations under GATT 1994 other than those affected by paragraph 4. All Members retain the right to challenge, at any time, the consistency of any "other duty or charge" with such obligations.
6. For the purposes of this Understanding, the provisions of Articles XXII and XXIII of GATT 1994 as elaborated and applied by the Dispute Settlement Understanding shall apply.
7. "Other duties or charges" omitted from a Schedule at the time of deposit of the instrument incorporating the Schedule in question into GATT 1994 with, until the date of entry into force of the WTO Agreement, the Director-General to the CONTRACTING PARTIES to GATT 1947 or, thereafter, with the Director-General of the WTO, shall not subsequently be added to it and any "other duty or charge" recorded at a level lower than that prevailing on the applicable date shall not be restored to that level unless such additions or changes are made within six months of the date of deposit of the instrument.
8. The decision in paragraph 2 regarding the date applicable to each concession for the purposes of paragraph 1(b) of Article II of GATT 1994 supersedes the decision regarding the applicable date taken on 26 March 1980 (BISD 27S/24).

Vereinbarung zur Auslegung des Artikels XVII
des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994

Die Mitglieder,

aufgrund der Feststellung, daß Artikel XVII den Mitgliedern Verpflichtungen in bezug von Handelsunternehmen im Sinne des Artikels XVII Absatz 1 auferlegt, die im Einklang stehen müssen mit den allgemeinen Grundsätzen der Nichtdiskriminierung, die nach dem GATT 1994 für staatliche Maßnahmen in bezug auf Ein- oder Ausfuhren durch Privatunternehmen vorgeschrieben sind,

aufgrund der Feststellung, daß die Mitglieder ihre Verpflichtungen nach dem GATT 1994 in bezug auf die staatliche Handelsunternehmen betreffenden staatlichen Maßnahmen erfüllen müssen,

in Anerkennung dessen, daß diese Vereinbarung die in Artikel XVII vorgeschriebenen materiellen Disziplinen unberührt läßt,

kommen wir wie folgt überein:

1. Zur Gewährleistung der Transparenz der Tätigkeiten von staatlichen Handelsunternehmen notifizieren die Mitglieder die betreffenden Unternehmen dem Rat für Warenverkehr zwecks Überprüfung durch die gemäß Absatz 5 einzusetzende Arbeitsgruppe, wobei die folgende Arbeitsdefinition festgelegt wird:

„Staatliche und nichtstaatliche Unternehmen einschließlich Vertriebsorganisationen, denen ausschließlich oder besondere Vorrechte einschließlich gesetzlicher oder verfassungsrechtlicher Befugnisse gewährt worden sind, in deren Ausübung sie durch ihre Käufe oder Verkäufe den Umfang oder die Bestimmung von Ein- oder Ausfuhren beeinflussen.“

Diese Notifikationsverpflichtung gilt nicht für Einfuhren, die zum unmittelbaren oder Letztverbrauch für staatliche Zwecke oder zur Verwendung in einem in Absatz 1 genannten Unternehmen bestimmt sind und weder zum Wiederverkauf noch zur Erzeugung von zum Verkauf bestimmten Waren verwendet werden.

2. Jedes Mitglied nimmt eine Überprüfung seiner Politik in bezug auf die Notifikation von staatlichen Handelsunternehmen an den Rat für Warenverkehr vor, wobei es diese Vereinbarung berücksichtigt. Bei der Durchführung einer solchen Überprüfung soll jedes Mitglied die Notwendigkeit berücksichtigen, für seine Notifikationen ein Höchstmaß an Transparenz zu gewährleisten, damit eine eindeutige Bewertung der Tätigkeit der notifizierten Unternehmen sowie der Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf den internationalen Handel ermöglicht wird.

3. Die Notifikationen erfolgen in Übereinstimmung mit dem Fragebogen für staatliche Handelsunternehmen, der am 24. Mai 1960 angenommen wurde (BISD 9S/184-185), wobei Einvernehmen darüber besteht, daß die Mitglieder die unter Absatz 1 fallenden Unternehmen unabhängig davon notifizieren, ob tatsächlich Einfuhren oder Ausfuhren stattgefunden haben.

4. Ein Mitglied, das Grund zu der Annahme hat, daß ein anderes Mitglied seinen Notifikationsverpflichtungen nicht angemessen nachgekommen ist, kann die Angelegenheit mit dem betreffenden Mitglied zur Sprache bringen. Wird die Angelegenheit nicht in zufriedenstellender Weise geklärt, kann es eine Gegennotifikation an den Rat für Warenverkehr richten, die von der nach Absatz 5 einzusetzenden Arbeitsgruppe geprüft wird; gleichzeitig unterrichtet es das betreffende Mitglied.

5. Der Rat für Warenverkehr setzt eine Arbeitsgruppe ein, die die Aufgabe hat, Notifikationen und Gegennotifikationen zu prüfen. Aufgrund dieser Prüfung und unbeschadet des Artikels VII Absatz 4 Buchstabe c) kann der Rat für Warenverkehr Empfehlungen in bezug auf die Angemessenheit der Notifikationen und die Notwendigkeit weiterer Auskünfte abgeben. Die Arbeitsgruppe prüft unter Zugrundelegung der eingegangenen Notifikationen auch die Angemessenheit des vorgenannten Fragebogens für staatliche Handelsunternehmen und den Tätigkeitsbereich der nach Absatz 1 notifizierten staatlichen Handelsunternehmen. Er erarbeitet ferner eine Beispielliste der möglichen Formen der Beziehungen zwischen Staat und Unternehmen und der Arten von Tätigkeiten, die von diesen Unternehmen ausgeübt werden, soweit dies für die Zwecke des Artikels XVII sachdienlich ist. Es besteht Einvernehmen darüber, daß das Sekretariat für die Arbeitsgruppe ein allgemeines Hintergrunddokument über die Tätigkeiten staatlicher Handelsunternehmen im Zusammenhang mit dem internationalen Handel vorlegen wird. Die Mitgliedschaft in der Arbeitsgruppe steht allen Mitgliedern frei, die den Wunsch äußern, der Arbeitsgruppe anzugehören. Die Gruppe tritt innerhalb eines Jahres nach dem Tag des Inkrafttretens des WTO-Abkommens und danach mindestens einmal im Jahr zusammen. Sie erstattet dem Rat für Warenverkehr jährlich Bericht.¹⁾

¹⁾ Die Tätigkeiten dieser Arbeitsgruppe werden mit den Tätigkeiten der Arbeitsgruppe gemäß Abschnitt III der Ministererklärung über Notifikationsverfahren vom 15. April 1994 koordiniert.

**UNDERSTANDING ON THE INTERPRETATION OF ARTICLE XVII
OF THE GENERAL AGREEMENT ON TARIFFS AND TRADE 1994**

Members,

Noting that Article XVII provides for obligations on Members in respect of the activities of the state trading enterprises referred to in paragraph 1 of Article XVII, which are required to be consistent with the general principles of non-discriminatory treatment prescribed in GATT 1994 for governmental measures affecting imports or exports by private traders;

Noting further that Members are subject to their GATT 1994 obligations in respect of those governmental measures affecting state trading enterprises;

Recognizing that this Understanding is without prejudice to the substantive disciplines prescribed in Article XVII;

Hereby *agree* as follows:

1. In order to ensure the transparency of the activities of state trading enterprises, Members shall notify such enterprises to the Council for Trade in Goods, for review by the working party to be set up under paragraph 5, in accordance with the following working definition:

"Governmental and non-governmental enterprises, including marketing boards, which have been granted exclusive or special rights or privileges, including statutory or constitutional powers, in the exercise of which they influence through their purchases or sales the level or direction of imports or exports."

This notification requirement does not apply to imports of products for immediate or ultimate consumption in governmental use or in use by an enterprise as specified above and not otherwise for resale or use in the production of goods for sale.

2. Each Member shall conduct a review of its policy with regard to the submission of notifications on state trading enterprises to the Council for Trade in Goods, taking account of the provisions of this Understanding. In carrying out such a review, each Member should have regard to the need to ensure the maximum transparency possible in its notifications so as to permit a clear appreciation of the manner of operation of the enterprises notified and the effect of their operations on international trade.

3. Notifications shall be made in accordance with the questionnaire on state trading adopted on 24 May 1960 (BISD 9S/184-185), it being understood that Members shall notify the enterprises referred to in paragraph 1 whether or not imports or exports have in fact taken place.

4. Any Member which has reason to believe that another Member has not adequately met its notification obligation may raise the matter with the Member concerned. If the matter is not satisfactorily resolved it may make a counter-notification to the Council for Trade in Goods, for consideration by the working party set up under paragraph 5, simultaneously informing the Member concerned.

5. A working party shall be set up, on behalf of the Council for Trade in Goods, to review notifications and counter-notifications. In the light of this review and without prejudice to paragraph 4(c) of Article XVII, the Council for Trade in Goods may make recommendations with regard to the adequacy of notifications and the need for further information. The working party shall also review, in the light of the notifications received, the adequacy of the above-mentioned questionnaire on state trading and the coverage of state trading enterprises notified under paragraph 1.

It shall also develop an illustrative list showing the kinds of relationships between governments and enterprises, and the kinds of activities, engaged in by these enterprises, which may be relevant for the purposes of Article XVII. It is understood that the Secretariat will provide a general background paper for the working party on the operations of state trading enterprises as they relate to international trade. Membership of the working party shall be open to all Members indicating their wish to serve on it. It shall meet within a year of the date of entry into force of the WTO Agreement and thereafter at least once a year. It shall report annually to the Council for Trade in Goods.¹

¹ The activities of this working party shall be coordinated with those of the working group provided for in Section III of the Ministerial Decision on Notification Procedures adopted on 15 April 1994.

Vereinbarung über die Zahlungsbilanzbestimmungen
des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens von 1994

Die Mitglieder

in Anerkennung der Artikel XII und XVII Abschnitt B des GATT 1994 und der am 28. November 1979 angenommenen Erklärung über Handelsmaßnahmen aus Zahlungsbilanzgründen (BISD 26S/205–209, in dieser Vereinbarung „Erklärung von 1979“ genannt) sowie zur Klarstellung der genannten Bestimmungen¹⁾

kommen wie folgt überein:

Anwendung von Maßnahmen

1. Die Mitglieder bekräftigen ihre Verpflichtung, so bald wie möglich Zeitpläne für den Abbau von einfuhrbeschränkenden Maßnahmen aus Zahlungsbilanzgründen öffentlich anzukündigen. Es besteht Einvernehmen darüber, daß solche Zeitpläne gegebenenfalls geändert werden können, um Veränderungen der Zahlungsbilanzsituation Rechnung zu tragen. Mitglieder, die noch keinen Zeitplan öffentlich angekündigt haben, liefern eine Rechtfertigung der Gründe dafür.
2. Die Mitglieder bekräftigen ihre Verpflichtung, Maßnahmen den Vorzug zu geben, die sich am wenigsten störend auf den Handel auswirken. Solche Maßnahmen (in dieser Vereinbarung „preisbezogene Maßnahmen“ genannt) schließen Zuschläge zu den Einfuhrabgaben, Sicherheitsleistung im Zusammenhang mit der Einfuhr oder gleichwertige Maßnahmen ein, die sich auf den Preis der eingeführten Waren auswirken. Es besteht Einvernehmen darüber, daß unbeschadet des Artikels II preisbezogene Maßnahmen aus Zahlungsbilanzgründen von einem Mitglied zusätzlich zu den in der Liste des Mitglieds gebundenen Zöllen angewendet werden können. Das betreffende Mitglied teilt den Betrag, um den die preisbezogene Maßnahme den gebundenen Zoll überschreitet, nach dem Notifikationsverfahren dieser Vereinbarung unzweideutig und gesondert mit.
3. Die Mitglieder bemühen sich, die Einführung neuer mengenmäßiger Beschränkungen aus Zahlungsbilanzgründen zu vermeiden, es sei denn, daß in einer kritischen Zahlungsbilanzsituation preisbezogene Maßnahmen eine scharfe Verschlechterung der Zahlungsposition gegenüber dem Ausland nicht verhindern können. In Fällen, in denen ein Mitglied mengenmäßige Beschränkungen anwendet, liefert es eine Begründung dafür, warum preisbezogene Maßnahmen kein geeignetes Instrument zur Behebung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten sind. Ein Mitglied, das mengenmäßige Beschränkungen beibehält, unterrichtet in periodischen Konsultationen über die Fortschritte bei der erheblichen Verringerung der Inzidenz und der beschränkenden Wirkung solcher Maßnahmen. Es besteht Einvernehmen darüber, daß für ein und dieselbe Ware nicht mehr als eine Form von einfuhrbeschränkenden Maßnahmen aus Zahlungsbilanzgründen angewendet werden darf.
4. Die Mitglieder bestätigen, daß einfuhrbeschränkende Maßnahmen aus Zahlungsbilanzgründen nur zur Regelung des allgemeinen Niveaus der Einfuhren eingesetzt werden und das zur Behebung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten erforderliche Maß nicht übersteigen dürfen. Um die mit der Maßnahme verbundene Schutzwirkung auf ein Mindestmaß zu beschränken, verwaltet das Mitglied die Beschränkung in transparenter Weise. Die Behörden der Einfuhrmitglieder liefern angemessene Begründung für die Kriterien, die sie der Feststellung zugrunde legen, für welche Waren Beschränkungen angewendet werden sollen. Gemäß Artikel XII Absatz 3 und Artikel XVIII Absatz 10 können die Mitglieder im Falle bestimmter wichtiger Waren die allgemeine Erhebung von Abgabenzuschlägen oder andere Maßnahmen aus Zahlungsbilanzgründen ausschließen oder begrenzen.

Verfahren für Konsultationen über Zahlungsbilanzfragen

5. Der Ausschuß für Konsultationen über Zahlungsbilanzfragen (in dieser Vereinbarung „Ausschuß“ genannt) führt Konsultationen durch, um alle aus Zahlungsbilanzgründen getroffenen einfuhrbeschränkenden Maßnahmen zu prüfen. Der Ausschuß legt vorbehaltlich der nachstehenden Bestimmungen das Verfahren für Konsultationen über Beschränkungen aus Zahlungsbilanzgründen zugrunde, das am 28. April 1970 angenommen worden ist (BISD 18S/48–53, in dieser Vereinbarung „vollständiges Konsultationsverfahren“ genannt).
6. Ein Mitglied, das neue Beschränkungen einführt oder das allgemeine Niveau der bestehenden Beschränkungen durch eine wesentliche Verschärfung der Maßnahmen anhebt, tritt innerhalb von vier Monaten nach der Annahme solcher Maßnahmen in Konsultationen mit dem Ausschuß ein. Das Mitglied, das solche Maßnahmen annimmt, kann eine Konsultation gemäß Artikel XII Absatz 4 Buchstabe a) oder Artikel XVIII Absatz 12 Buchstabe a) beantragen. Ist ein solcher Antrag gestellt worden, so lädt der Vorsitzende des Ausschusses das Mitglied zu Konsultationen ein. Zu den Faktoren, die in diesen Konsultationen geprüft werden können, gehören unter anderem die Einführung neuer Formen von Beschränkungsmaßnahmen aus Zahlungsbilanzgründen, die Anhebung des Beschränkungs-niveaus oder die Erweiterung des Geltungsbereichs von Beschränkungen.
7. Alle aus Zahlungsbilanzgründen eingeführten Beschränkungen unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung im Ausschuß gemäß Artikel XII Absatz 4 Buchstabe b) oder Artikel XVIII Absatz 12 Buchstabe b); die Zeitabstände zwischen den Überprüfungen können im Einvernehmen mit dem zur Konsultation eingeladenen Mitglied oder nach Maßgabe eines gegebenenfalls vom Generalrat festgelegten besonderen Überprüfungsverfahrens geändert werden.
8. Im Falle von am wenigsten entwickelten Mitgliedern oder von Entwicklungsland-Mitgliedern, die Liberalisierungsbemühungen gemäß dem bei früheren Konsultationen dem Ausschuß vorgelegten Zeitplan unternehmen, kann das vereinfachte Verfahren zugrunde gelegt werden, das am 19. Dezember 1972 angenommen worden ist (BISD 20S/47–49, in dieser Vereinbarung „vereinfachtes Konsultationsverfahren“ genannt). Das vereinfachte Konsultationsverfahren kann angewendet werden, wenn im selben Kalenderjahr eine Überprüfung der Handelspolitik des betreffenden Entwicklungsland-Mitglieds anberaumt ist. In solchen Fällen wird die Entscheidung darüber, ob das vollständige Konsultationsverfahren angewendet wird, auf der Grundlage der in Absatz 8 der Erklärung von 1979 aufgeführten Faktoren getroffen. Außer im Falle von am wenigsten entwickelten Mitgliedern dürfen nicht mehr als zwei aufeinanderfolgende Konsultationen im vereinfachten Verfahren durchgeführt werden.

¹⁾ Diese Vereinbarung soll nicht die Rechte und Pflichten der Mitglieder aufgrund der Artikel XII und XVII Abschnitt B des GATT 1994 ändern. Die Mitglieder können sich in bezug auf Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung von einfuhrbeschränkenden Maßnahmen aus Zahlungsbilanzgründen auf die Artikel XXII und XXIII des GATT 1994, ausgelegt und ergänzt durch die Streitbelegungsvereinbarung, berufen.

Notifikation und Unterlagen

9. Ein Mitglied notifiziert dem Generalrat die Einführung oder jede Änderung von einfuhrbeschränkenden Maßnahmen aus Zahlungsbilanzgründen sowie alle Änderungen des Zeitplans für den Abbau solcher Maßnahmen im Sinne des Absatzes 1. Wesentliche Änderungen werden dem Generalrat vor ihrer Ankündigung, spätestens jedoch 30 Tage danach notifiziert. Jedes Mitglied übermittelt dem Sekretariat jährlich eine Gesamtnotifikation mit allen Änderungen in Rechtsvorschriften, politischen Erklärungen oder Bekanntmachungen zur Prüfung durch die Mitglieder. Diese Notifikation enthält vollständige Angaben über die Form der Maßnahmen, die für ihre Verwaltung zugrunde gelegten Kriterien, den Geltungsbereich und die betroffenen Handelsströme, soweit möglich für jede einzelne Zolltariflinie.

10. Auf Antrag eines Mitglieds können die Notifikationen im Ausschuß geprüft werden. Diese Prüfung beschränkt sich auf die Klärung einzelner Fragen im Zusammenhang mit einer Notifikation und auf die Frage der Notwendigkeit einer Konsultation gemäß Artikel XII Absatz 4 Buchstabe a) oder Artikel XVIII Absatz 12 Buchstabe a). Mitglieder, die Grund zu der Annahme haben, daß ein anderes Mitglied eine einfuhrbeschränkende Maßnahme aus Zahlungsbilanzgründen getroffen hat, kann die Angelegenheit dem Ausschuß vortragen. Der Vorsitzende des Ausschusses fordert Angaben über die betreffende Maßnahme an und stellt diese allen Mitgliedern zur Verfügung. Unbeschadet des Rechts jedes Ausschußmitglieds, im Verlauf von Konsultationen weitere Klarstellungen zu beantragen, können dem zur Konsultation eingeladenen Mitglied Fragen im voraus zur Prüfung vorgelegt werden.

11. Das zur Konsultation eingeladenen Mitglied erarbeitet ein Grundlagendokument für die Konsultationen, das neben sonstigen für zweckdienlich erachteten Informationen folgendes enthält: a) einen Überblick über die Zahlungsbilanzsituation und die weiteren Aussichten einschließlich einer Betrachtung zu den die Zahlungsbilanzsituation beeinflussenden internen und externen Faktoren und den zur Wiederherstellung des Gleichgewichts auf einer gesunden und dauerhaften Grundlage getroffenen innenpolitischen Maßnahme; b) eine ausführliche Beschreibung der aus Zahlungsbilanzgründen angewendeten Beschränkungen, ihrer Rechtsgrundlage und der zur Verringerung der unbeabsichtigten Schutzwirkung getroffenen Maßnahmen; c) die seit der letzten Konsultationen getroffene Maßnahme zur Liberalisierung der Einfuhrbeschränkungen aufgrund der Schlußfolgerungen des Ausschusses und d) einen Plan für den Abbau und die schrittweise Lockerung der verbleibenden Beschränkungen. Gegebenenfalls sind Verweisungen auf in anderen Notifikationen oder Berichten an die WTO enthaltene Information zu machen. Nach dem vereinfachten Verfahren legt das zur Konsultation eingeladenen Mitglied eine schriftliche Erklärung vor, die wesentliche Angaben über die in dem Grundlagendokument enthaltenen Ausführungen enthält.

12. Das Sekretariat erarbeitet zur Erleichterung der Konsultationen im Ausschuß ein Hintergrunddokument zu den verschiedenen sachlichen Aspekten der geplanten Konsultationen. Im Falle von Entwicklungsland-Mitgliedern enthält das Sekretariatsdokument sachdienliche Daten und Analysen zu der Inzidenz des Außenhandelsumfeldes auf die Zahlungsbilanzsituation und die weiteren Aussichten für das zur Konsultation eingeladenen Mitglied. Die für die technische Hilfe zuständigen Dienststellen des Sekretariats können auf Ersuchen eines Entwicklungsland-Mitglieds technische Unterstützung bei der Ausarbeitung der Konsultationsunterlagen leisten.

Schlußfolgerungen der Konsultationen über Zahlungsbilanzfragen

13. Der Ausschuß erstattet dem Generalrat über die Konsultationen Bericht. Im Fall des vollständigen Konsultationsverfahrens enthält der Bericht die Schlußfolgerungen des Ausschusses zu den einzelnen Elementen des Konsultationsplans sowie die diesen Schlußfolgerungen zugrunde liegenden Tatsachen und Gründe. Der Ausschuß ist bemüht, in seine Schlußfolgerungen Empfehlungen zur Förderung der Anwendung der Artikel XII und XVIII Abschnitt B, der Erklärung von 1979 und dieser Vereinbarung aufzunehmen. In Fällen, in denen ein Zeitplan für den Abbau von Beschränkungsmaßnahmen aus Zahlungsbilanzgründen vorgelegt worden ist, kann der Generalrat empfehlen, daß ein Mitglied, das diesen Zeitplan einhält, als in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen aus dem GATT 1994 angesehen wird. Hat der Generalrat besondere Empfehlungen ausgesprochen, so werden die Rechte und Pflichten der betreffenden Mitglieder unter Berücksichtigung dieser Empfehlungen bewertet. Werden dem Generalrat keine Vorschläge für besondere Empfehlungen unterbreitet, so sollen in den Schlußfolgerungen des Ausschusses die verschiedenen im Ausschuß geäußerten Ansichten festgehalten werden. Im Falle eines vereinfachten Verfahrens enthält der Bericht eine Zusammenfassung der hauptsächlichsten Elemente, die im Ausschuß zur Sprache gekommen sind, sowie eine Entscheidung darüber, ob ein vollständiges Konsultationsverfahren erforderlich ist.

UNDERSTANDING ON THE BALANCE-OF-PAYMENTS PROVISIONS OF THE GENERAL AGREEMENT ON TARIFFS AND TRADE 1994

Members,

Recognizing the provisions of Articles XII and XVIII:B of GATT 1994 and of the Declaration on Trade Measures Taken for Balance-of-Payments Purposes adopted on 28 November 1979 (BISD 26S/205-209, referred to in this Understanding as the "1979 Declaration") and in order to clarify such provisions¹;

Hereby *agree* as follows:

Application of Measures

1. Members confirm their commitment to announce publicly, as soon as possible, time-schedules for the removal of restrictive import measures taken for balance-of-payments purposes. It is understood that such time-schedules may be modified as appropriate to take into account changes in the balance-of-payments situation. Whenever a time-schedule is not publicly announced by a Member, that Member shall provide justification as to the reasons therefor.
2. Members confirm their commitment to give preference to those measures which have the least disruptive effect on trade. Such measures (referred to in this Understanding as "price-based measures") shall be understood to include import surcharges, import deposit requirements or other equivalent trade measures with an impact on the price of imported goods. It is understood that, notwithstanding the provisions of Article II, price-based measures taken for balance-of-payments purposes may be applied by a Member in excess of the duties inscribed in the Schedule of that Member. Furthermore, that Member shall indicate the amount by which the price-based measure exceeds the bound duty clearly and separately under the notification procedures of this Understanding.
3. Members shall seek to avoid the imposition of new quantitative restrictions for balance-of-payments purposes unless, because of a critical balance-of-payments situation, price-based measures cannot arrest a sharp deterioration in the external payments position. In those cases in which a Member applies quantitative restrictions, it shall provide justification as to the reasons why price-based measures are not an adequate instrument to deal with the balance-of-payments situation. A Member maintaining quantitative restrictions shall indicate in successive consultations the progress made in significantly reducing the incidence and restrictive effect of such measures. It is understood that not more than one type of restrictive import measure taken for balance-of-payments purposes may be applied on the same product.
4. Members confirm that restrictive import measures taken for balance-of-payments purposes may only be applied to control the general level of imports and may not exceed what is necessary to address the balance-of-payments situation. In order to minimize any incidental protective effects, a Member shall administer restrictions in a transparent manner. The authorities of the importing Member shall provide adequate justification as to the criteria used to determine which products are subject to restriction. As provided in paragraph 3 of Article XII and paragraph 10 of Article XVIII, Members may, in the case of certain essential products, exclude or limit the application of surcharges applied across the board or other measures applied for balance-of-payments purposes. The term "essential products" shall be understood to mean products which meet basic consumption needs or which contribute to the Member's effort to improve its balance-of-payments situation, such as capital goods or

¹ Nothing in this Understanding is intended to modify the rights and obligations of Members under Articles XII or XVIII:B of GATT 1994. The provisions of Articles XXII and XXIII of GATT 1994 as elaborated and applied by the Dispute Settlement Understanding may be invoked with respect to any matters arising from the application of restrictive import measures taken for balance-of-payments purposes.

inputs needed for production. In the administration of quantitative restrictions, a Member shall use discretionary licensing only when unavoidable and shall phase it out progressively. Appropriate justification shall be provided as to the criteria used to determine allowable import quantities or values.

Procedures for Balance-of-Payments Consultations

5. The Committee on Balance-of-Payments Restrictions (referred to in this Understanding as the "Committee") shall carry out consultations in order to review all restrictive import measures taken for balance-of-payments purposes. The membership of the Committee is open to all Members indicating their wish to serve on it. The Committee shall follow the procedures for consultations on balance-of-payments restrictions approved on 28 April 1970 (BISD 18S/48-53, referred to in this Understanding as "full consultation procedures"), subject to the provisions set out below.

6. A Member applying new restrictions or raising the general level of its existing restrictions by a substantial intensification of the measures shall enter into consultations with the Committee within four months of the adoption of such measures. The Member adopting such measures may request that a consultation be held under paragraph 4(a) of Article XII or paragraph 12(a) of Article XVIII as appropriate. If no such request has been made, the Chairman of the Committee shall invite the Member to hold such a consultation. Factors that may be examined in the consultation would include, *inter alia*, the introduction of new types of restrictive measures for balance-of-payments purposes, or an increase in the level or product coverage of restrictions.

7. All restrictions applied for balance-of-payments purposes shall be subject to periodic review in the Committee under paragraph 4(b) of Article XII or under paragraph 12(b) of Article XVIII, subject to the possibility of altering the periodicity of consultations in agreement with the consulting Member or pursuant to any specific review procedure that may be recommended by the General Council.

8. Consultations may be held under the simplified procedures approved on 19 December 1972 (BISD 20S/47-49, referred to in this Understanding as "simplified consultation procedures") in the case of least-developed country Members or in the case of developing country Members which are pursuing liberalization efforts in conformity with the schedule presented to the Committee in previous consultations. Simplified consultation procedures may also be used when the Trade Policy Review of a developing country Member is scheduled for the same calendar year as the date fixed for the consultations. In such cases the decision as to whether full consultation procedures should be used will be made on the basis of the factors enumerated in paragraph 8 of the 1979 Declaration. Except in the case of least-developed country Members, no more than two successive consultations may be held under simplified consultation procedures.

Notification and Documentation

9. A Member shall notify to the General Council the introduction of or any changes in the application of restrictive import measures taken for balance-of-payments purposes, as well as any modifications in time-schedules for the removal of such measures as announced under paragraph 1. Significant changes shall be notified to the General Council prior to or not later than 30 days after their announcement. On a yearly basis, each Member shall make available to the Secretariat a consolidated notification, including all changes in laws, regulations, policy statements or public notices, for examination by Members. Notifications shall include full information, as far as possible, at the tariff-line level, on the type of measures applied, the criteria used for their administration, product coverage and trade flows affected.

10. At the request of any Member, notifications may be reviewed by the Committee. Such reviews would be limited to the clarification of specific issues raised by a notification or examination of whether a consultation under paragraph 4(a) of Article XII or paragraph 12(a) of Article XVIII is required. Members which have reasons to believe that a restrictive import measure applied by another Member

was taken for balance-of-payments purposes may bring the matter to the attention of the Committee. The Chairman of the Committee shall request information on the measure and make it available to all Members. Without prejudice to the right of any member of the Committee to seek appropriate clarifications in the course of consultations, questions may be submitted in advance for consideration by the consulting Member.

11. The consulting Member shall prepare a Basic Document for the consultations which, in addition to any other information considered to be relevant, should include: (a) an overview of the balance-of-payments situation and prospects, including a consideration of the internal and external factors having a bearing on the balance-of-payments situation and the domestic policy measures taken in order to restore equilibrium on a sound and lasting basis; (b) a full description of the restrictions applied for balance-of-payments purposes, their legal basis and steps taken to reduce incidental protective effects; (c) measures taken since the last consultation to liberalize import restrictions, in the light of the conclusions of the Committee; (d) a plan for the elimination and progressive relaxation of remaining restrictions. References may be made, when relevant, to the information provided in other notifications or reports made to the WTO. Under simplified consultation procedures, the consulting Member shall submit a written statement containing essential information on the elements covered by the Basic Document.

12. The Secretariat shall, with a view to facilitating the consultations in the Committee, prepare a factual background paper dealing with the different aspects of the plan for consultations. In the case of developing country Members, the Secretariat document shall include relevant background and analytical material on the incidence of the external trading environment on the balance-of-payments situation and prospects of the consulting Member. The technical assistance services of the Secretariat shall, at the request of a developing country Member, assist in preparing the documentation for the consultations.

Conclusions of Balance-of-Payments Consultations

13. The Committee shall report on its consultations to the General Council. When full consultation procedures have been used, the report should indicate the Committee's conclusions on the different elements of the plan for consultations, as well as the facts and reasons on which they are based. The Committee shall endeavour to include in its conclusions proposals for recommendations aimed at promoting the implementation of Articles XII and XVIII:B, the 1979 Declaration and this Understanding. In those cases in which a time-schedule has been presented for the removal of restrictive measures taken for balance-of-payments purposes, the General Council may recommend that, in adhering to such a time-schedule, a Member shall be deemed to be in compliance with its GATT 1994 obligations. Whenever the General Council has made specific recommendations, the rights and obligations of Members shall be assessed in the light of such recommendations. In the absence of specific proposals for recommendations by the General Council, the Committee's conclusions should record the different views expressed in the Committee. When simplified consultation procedures have been used, the report shall include a summary of the main elements discussed in the Committee and a decision on whether full consultation procedures are required.

Vereinbarung zur Auslegung des Artikels XXIV
des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994

Die Mitglieder,

gestützt auf Artikel XXIV des GATT 1994,

in Anerkennung dessen, daß Zahl und Bedeutung der Zollunion und Freihandelszonen seit der Ausarbeitung des GATT 1947 erheblich zugenommen haben und daß heute ein bedeutender Anteil des Welthandels auf Zollunionen oder Freihandelszonen entfällt,

in Anerkennung dessen, daß durch eine engere Integration der an solchen Übereinkünften teilnehmenden Vertragsparteien ein Beitrag zur Ausweitung des Welthandels geleistet wird,

in Anerkennung dessen, daß dieser Beitrag sich verstärkt, wenn die Beseitigung der Zölle und beschränkenden Handelsvorschriften zwischen den teilnehmenden Gebieten auf den gesamten Handel ausgedehnt wird, sich dagegen verringert, wenn ein wesentlicher Handelssektor ausgeschlossen wird,

unter erneuter Bekräftigung der Tatsache, daß es Zweck solcher Übereinkünfte sein soll, den Handel zwischen den teilnehmenden Gebieten zu erleichtern, nicht aber dem Handel anderer Mitglieder mit diesen Gebieten Schranken zu setzen, und daß bei der Bildung oder Erweiterung von Zollunionen oder Freizonen so weitgehend wie möglich nachteilige Auswirkungen auf den Handel anderer Mitglieder vermieden werden sollen,

überzeugt von der Notwendigkeit, die Wirksamkeit der Rolle des Rates für Warenverkehr bei der Überprüfung der nach Artikel XXIV notifizierten Übereinkünfte zu verstärken, indem die Kriterien und Verfahren für die Bewertung neuer oder erweiterter Übereinkünfte geklärt und die Transparenz aller unter Artikel XXIV fallenden Übereinkünfte verbessert werden,

in Anerkennung der Notwendigkeit einer gemeinsamen Auslegung der Verpflichtungen der Mitglieder gemäß Artikel XXIV Absatz 12,

kommen wie folgt überein:

1. Zollunionen, Freizonen und vorläufige Übereinkünfte zur Bildung einer Zollunion oder Freizone müssen, um mit Artikel XXIV vereinbar zu sein, unter anderem den Absätzen 5, 6, 7 und 8 des genannten Artikels entsprechen.

Artikel XXIV Absatz 5

2. Die Bewertung nach Artikel XXIV Absatz 5 Buchstabe a) der allgemeinen Inzidenz der Zölle und Handelsvorschriften, die vor und nach der Bildung einer Zollunion gelten, erfolgt in bezug auf Zölle und Belastungen anhand einer Gesamtbewertung der gewogenen durchschnittlichen Zollsätze und der tatsächlich erhobenen Zölle. Dieser Bewertung liegen die Einfuhrstatistiken für einen vorangegangenen repräsentativen Zeitraum zugrunde, die von der Zollunion für die einzelnen Tariflinien in Wert und Mengen und untergliedert nach WTO-Ursprungsland vorzulegen sind. Das Sekretariat berechnet die gewogenen durchschnittlichen Zollsätze und tatsächlich erhobenen Zölle nach den Methoden, die in der Uruguay-Runde der multilateralen Handelsverhandlungen für die Bewertung der zolltariflichen Angebote verwendet worden sind. Zu diesem Zweck werden als Zölle und Belastungen die tatsächlich angewendeten Zollsätze berücksichtigt. Es wird anerkannt, daß zur Gesamtbewertung der Inzidenz anderer Handelsregelungen, für die eine Quantifizierung und Summierung schwierig ist, die Prüfung einzelner Maßnahmen, Regelungen, einbezogener Waren und betroffener Handelsströme erforderlich sein kann.

3. Die „angemessene Zeitspanne“ im Sinne des Artikels XXIV Absatz 5 Buchstabe c) soll nur in Ausnahmefällen zehn Jahre überschreiten. In Fällen, in denen Mitglieder, die Vertragsparteien einer vorläufigen Übereinkunft sind, die Auffassung vertreten, daß zehn Jahre nicht ausreichen, liefern sie dem Rat für Warenverkehr eine ausführliche Begründung der Notwendigkeit eines längeren Zeitraums.

Artikel XXIV Absatz 6

4. Artikel XXIV Absatz 6 legt das Verfahren fest, das einzuhalten ist, wenn ein Mitglied, das eine Zollunion bildet, die Erhöhung eines gebundenen Zollsatzes vorschlägt. In dieser Hinsicht bestätigen die Mitglieder erneut, daß das in Artikel XXVIII festgelegte Verfahren, ergänzt in den Leitlinien vom 10. November 1980 (BISD Z7S/26–28) und in der Vereinbarung zur Auslegung des Artikels XXVIII des GATT 1994, eingeleitet werden muß, bevor Zollzugeständnisse aufgrund der Bildung einer Zollunion oder aufgrund einer vorläufigen Übereinkunft zur Bildung einer Zollunion geändert oder zurückgenommen werden.

5. Diese Verhandlungen werden im guten Glauben und im Hinblick auf die Erzielung eines allseitig zufriedenstellenden Ausgleichs eingeleitet. In Verhandlungen gemäß Artikel XXIV Absatz 6 werden Zollsenkungen für dieselbe Zolltariflinie, die von anderen Teilnehmern der Zollunion bei deren Bildung eingeräumt werden, gebührend berücksichtigt. Sind solche Zollsenkungen nicht ausreichend, um den erforderlichen Ausgleich zu gewähren, so gewährt die Zollunion einen Ausgleich, der in Form von Zollsenkungen bei anderen Zolltariflinien erfolgen kann. Ein solches Angebot wird von den Mitgliedern, die für die geänderte oder zurückgenommene Bindung Verhandlungsrechte besitzen, in Betracht gezogen. Bleibt der angebotene Ausgleich unannehmbar, so sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden. Wenn trotz dieser Bemühungen in Verhandlungen über einen Ausgleich gemäß Artikel XXVIII, ergänzt durch die Vereinbarung über die Auslegung des Artikels XXVIII des GATT 1994, innerhalb eines angemessenen Zeitraums nach Beginn der Verhandlungen keine Einigung erzielt werden kann, steht es der Zollunion dennoch frei, die Zugeständnisse zu ändern oder zurückzunehmen; den betroffenen Mitgliedern steht es dann frei, im wesentlichen gleichwertige Zugeständnisse gemäß Artikel XXVIII zurückzunehmen.

6. Das GATT 1994 verpflichtet Mitglieder, denen infolge der Bildung einer Zollunion oder durch eine vorläufige Übereinkunft zur Bildung einer Zollunion eine Zollsenkung gewährt wird, nicht dazu, den teilnehmenden Gebieten einen Ausgleich zu gewähren.

Überprüfung von Zollunionen und Freizonen

7. Alle Notifikationen gemäß Artikel XXIV Absatz 7 Buchstabe a) werden von einer Arbeitsgruppe anhand der einschlägigen Bestimmungen des GATT 1994 sowie des Absatzes 1 dieser Vereinbarung geprüft. Die Arbeitsgruppe legt dem Rat für Warenverkehr einen

Bericht über ihre Feststellungen vor. Der Rat für Warenverkehr richtet an die Mitglieder die für angemessen erachteten Empfehlungen.

8. In bezug auf vorläufige Übereinkünfte kann die Arbeitsgruppe in ihrem Bericht angemessene Empfehlungen zu dem vorgeschlagenen Zeitrahmen sowie zu den zum Abschluß der Bildung der Zollunion oder Freizone erforderlichen Maßnahmen aussprechen. Sie kann erforderlichenfalls eine weitere Überprüfung der Übereinkunft veranlassen.

9. Mitglieder, die Vertragspartei einer vorläufigen Übereinkunft sind, notifizieren wesentliche Änderungen des in der Übereinkunft enthaltenen Plans und Programms dem Rat für Warenverkehr, der auf Ersuchen diese Änderungen prüft.

10. Enthält eine nach Artikel XXIV Absatz 7 Buchstabe a) notifizierte vorläufige Übereinkunft im Widerspruch zu Absatz 5 Buchstabe c) des Artikels XXIV keinen Plan und kein Programm, empfiehlt die Arbeitsgruppe in ihrem Bericht einen solchen Plan und ein solches Programm. Die Vertragsparteien werden eine solche Übereinkunft weder beibehalten noch in Kraft setzen, wenn sie nicht bereit sind, sie gemäß den Empfehlungen abzuändern. Es wird für eine spätere Überprüfung der Umsetzung der Empfehlungen gesorgt.

11. Zollunionen und Teile einer Freihandelszone berichten dem Rat für Warenverkehr in regelmäßigen Zeitabständen über die Durchführung der betreffenden Übereinkunft, wie dies von den VERTRAGSPARTEIEN des GATT 1947 in den Anweisungen an den Rat des GATT 1947 betreffend Berichte über regionale Übereinkünfte (BISD 18S/38) vorgesehen ist. Wesentliche Änderungen und/oder Entwicklungen sollen jeweils in den Berichten erwähnt werden.

Streitbeilegung

12. Die Mitglieder können sich in bezug auf alle Angelegenheiten, die sich aus der Anwendung der Bestimmungen des Artikels XXIV betreffend Zollunionen, Freizonen oder vorläufige Übereinkünfte zur Bildung einer Zollunion oder Freizone ergeben, auf die Artikel XXII und XXIII des GATT 1994, ergänzt und ausgelegt durch die Streitbeilegungsvereinbarung, berufen.

Artikel XXIV Absatz 12

13. Jedes Mitglied ist nach dem GATT 1994 voll verantwortlich für die Einhaltung aller Bestimmungen des GATT 1994 und trifft die ihm zur Verfügung stehenden geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß dieses Abkommen durch die regionalen und lokalen Regierungen und Verwaltungen in seinem Gebiet eingehalten wird.

14. Die Mitglieder können sich in bezug auf Maßnahmen, die die Einhaltung des Abkommens durch regionale oder lokale Regierungen oder Verwaltungen im Gebiet eines Mitglieds berühren, auf Artikel XXII und XXIII des GATT 1994, ergänzt und ausgelegt durch die Streitbeilegungsvereinbarung, berufen. Hat das Streitbeilegungsorgan entschieden, daß eine Bestimmung des GATT 1994 nicht eingehalten worden ist, so trifft das verantwortliche Mitglied alle ihm zur Verfügung stehenden vertretbaren Maßnahmen, um die Einhaltung sicherzustellen. Die Bestimmungen über Ausgleich und Aussetzung von Zugeständnissen oder anderen Verpflichtungen gelten in Fällen, in denen es nicht möglich war, diese Einhaltung zu gewährleisten.

15. Jedes Mitglied verpflichtet sich, in bezug auf Vorstellungen anderer Mitglieder betreffend in seinem Gebiet getroffene Maßnahmen, die sich auf die Durchführung des GATT 1994 auswirken, wohlwollend in Betracht zu ziehen und angemessene Gelegenheit zu Konsultationen zu bieten.

**UNDERSTANDING ON THE INTERPRETATION OF ARTICLE XXIV
OF THE GENERAL AGREEMENT ON TARIFFS AND TRADE 1994**

Members,

Having regard to the provisions of Article XXIV of GATT 1994;

Recognizing that customs unions and free trade areas have greatly increased in number and importance since the establishment of GATT 1947 and today cover a significant proportion of world trade;

Recognizing the contribution to the expansion of world trade that may be made by closer integration between the economies of the parties to such agreements;

Recognizing also that such contribution is increased if the elimination between the constituent territories of duties and other restrictive regulations of commerce extends to all trade, and diminished if any major sector of trade is excluded;

Reaffirming that the purpose of such agreements should be to facilitate trade between the constituent territories and not to raise barriers to the trade of other Members with such territories; and that in their formation or enlargement the parties to them should to the greatest possible extent avoid creating adverse effects on the trade of other Members;

Convinced also of the need to reinforce the effectiveness of the role of the Council for Trade in Goods in reviewing agreements notified under Article XXIV, by clarifying the criteria and procedures for the assessment of new or enlarged agreements, and improving the transparency of all Article XXIV agreements;

Recognizing the need for a common understanding of the obligations of Members under paragraph 12 of Article XXIV;

Hereby *agree* as follows:

1. Customs unions, free-trade areas, and interim agreements leading to the formation of a customs union or free-trade area, to be consistent with Article XXIV, must satisfy, *inter alia*, the provisions of paragraphs 5, 6, 7 and 8 of that Article.

Article XXIV:5

2. The evaluation under paragraph 5(a) of Article XXIV of the general incidence of the duties and other regulations of commerce applicable before and after the formation of a customs union shall in respect of duties and charges be based upon an overall assessment of weighted average tariff rates and of customs duties collected. This assessment shall be based on import statistics for a previous representative period to be supplied by the customs union, on a tariff-line basis and in values and quantities, broken down by WTO country of origin. The Secretariat shall compute the weighted average tariff rates and customs duties collected in accordance with the methodology used in the assessment of tariff offers in the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations. For this purpose, the duties and charges to be taken into consideration shall be the applied rates of duty. It is recognized that for the purpose of the overall assessment of the incidence of other regulations of commerce for which quantification and aggregation are difficult, the examination of individual measures, regulations, products covered and trade flows affected may be required.

3. The "reasonable length of time" referred to in paragraph 5(c) of Article XXIV should exceed 10 years only in exceptional cases. In cases where Members parties to an interim agreement believe that 10 years would be insufficient they shall provide a full explanation to the Council for Trade in Goods of the need for a longer period.

Article XXIV:6

4. Paragraph 6 of Article XXIV establishes the procedure to be followed when a Member forming a customs union proposes to increase a bound rate of duty. In this regard Members reaffirm that the procedure set forth in Article XXVIII, as elaborated in the guidelines adopted on 10 November 1980 (BISD 27S/26-28) and in the Understanding on the Interpretation of Article XXVIII of GATT 1994, must be commenced before tariff concessions are modified or withdrawn upon the formation of a customs union or an interim agreement leading to the formation of a customs union.

5. These negotiations will be entered into in good faith with a view to achieving mutually satisfactory compensatory adjustment. In such negotiations, as required by paragraph 6 of Article XXIV, due account shall be taken of reductions of duties on the same tariff line made by other constituents of the customs union upon its formation. Should such reductions not be sufficient to provide the necessary compensatory adjustment, the customs union would offer compensation, which may take the form of reductions of duties on other tariff lines. Such an offer shall be taken into consideration by the Members having negotiating rights in the binding being modified or withdrawn. Should the compensatory adjustment remain unacceptable, negotiations should be continued. Where, despite such efforts, agreement in negotiations on compensatory adjustment under Article XXVIII as elaborated by the Understanding on the Interpretation of Article XXVIII of GATT 1994 cannot be reached within a reasonable period from the initiation of negotiations, the customs union shall, nevertheless, be free to modify or withdraw the concessions; affected Members shall then be free to withdraw substantially equivalent concessions in accordance with Article XXVIII.

6. GATT 1994 imposes no obligation on Members benefiting from a reduction of duties consequent upon the formation of a customs union, or an interim agreement leading to the formation of a customs union, to provide compensatory adjustment to its constituents.

Review of Customs Unions and Free-Trade Areas

7. All notifications made under paragraph 7(a) of Article XXIV shall be examined by a working party in the light of the relevant provisions of GATT 1994 and of paragraph 1 of this Understanding. The working party shall submit a report to the Council for Trade in Goods on its findings in this regard. The Council for Trade in Goods may make such recommendations to Members as it deems appropriate.

8. In regard to interim agreements, the working party may in its report make appropriate recommendations on the proposed time-frame and on measures required to complete the formation of the customs union or free-trade area. It may if necessary provide for further review of the agreement.

9. Members parties to an interim agreement shall notify substantial changes in the plan and schedule included in that agreement to the Council for Trade in Goods and, if so requested, the Council shall examine the changes.

10. Should an interim agreement notified under paragraph 7(a) of Article XXIV not include a plan and schedule, contrary to paragraph 5(c) of Article XXIV, the working party shall in its report recommend such a plan and schedule. The parties shall not maintain or put into force, as the case may be, such agreement if they are not prepared to modify it in accordance with these recommendations. Provision shall be made for subsequent review of the implementation of the recommendations.

11. Customs unions and constituents of free-trade areas shall report periodically to the Council for Trade in Goods, as envisaged by the CONTRACTING PARTIES to GATT 1947 in their instruction to the GATT 1947 Council concerning reports on regional agreements (BISD 18S/38), on the operation of the relevant agreement. Any significant changes and/or developments in the agreements should be reported as they occur.

Dispute Settlement

12. The provisions of Articles XXII and XXIII of GATT 1994 as elaborated and applied by the Dispute Settlement Understanding may be invoked with respect to any matters arising from the application of those provisions of Article XXIV relating to customs unions, free-trade areas or interim agreements leading to the formation of a customs union or free-trade area.

Article XXIV:12

13. Each Member is fully responsible under GATT 1994 for the observance of all provisions of GATT 1994, and shall take such reasonable measures as may be available to it to ensure such observance by regional and local governments and authorities within its territory.

14. The provisions of Articles XXII and XXIII of GATT 1994 as elaborated and applied by the Dispute Settlement Understanding may be invoked in respect of measures affecting its observance taken by regional or local governments or authorities within the territory of a Member. When the Dispute Settlement Body has ruled that a provision of GATT 1994 has not been observed, the responsible Member shall take such reasonable measures as may be available to it to ensure its observance. The provisions relating to compensation and suspension of concessions or other obligations apply in cases where it has not been possible to secure such observance.

15. Each Member undertakes to accord sympathetic consideration to and afford adequate opportunity for consultation regarding any representations made by another Member concerning measures affecting the operation of GATT 1994 taken within the territory of the former.

Vereinbarung über Befreiungen von den Verpflichtungen
nach dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen 1994

Die Mitglieder kommen wie folgt überein:

1. Ein Antrag auf eine Befreiung oder auf Verlängerung einer bestehenden Befreiung enthält eine Beschreibung der Maßnahmen, die das Mitglied treffen will, der besonderen politischen Ziele, die das Mitglied damit verfolgt, und der Gründe, die das Mitglied daran hindern, seine politischen Ziele durch Maßnahmen zu erreichen, die mit dem GATT 1994 im Einklang stehen.
2. Alle am Tag des Inkrafttretens des WTO-Abkommens wirksamen Befreiungen treten außer Kraft, wenn sie nicht am Tag ihres Außerkrafttretens oder innerhalb von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens nach dem Verfahren des Absatzes 1 oder des Artikels IX des WTO-Abkommens verlängert worden sind, wobei der jeweils frühere der beiden genannten Zeitpunkte maßgeblich ist.
3. Ist ein Mitglied der Auffassung, daß ein Vorteil aufgrund des GATT 1994 zunichte gemacht oder geschmälert wird, weil
 - a) ein Mitglied, dem eine Befreiung gewährt worden ist, die Bedingungen und Auflagen der Befreiung nicht einhält oder
 - b) eine bestimmte Maßnahme trifft, auch wenn diese nicht gegen die Bedingungen und Auflagen der Befreiung verstößt,so kann es sich auf Artikel XXIII des GATT 1994, ergänzt und ausgelegt durch die Streitbeilegungsvereinbarung, berufen.

**UNDERSTANDING IN RESPECT OF WAIVERS OF OBLIGATIONS
UNDER THE GENERAL AGREEMENT ON TARIFFS AND TRADE 1994**

Members hereby agree as follows:

1. A request for a waiver or for an extension of an existing waiver shall describe the measures which the Member proposes to take, the specific policy objectives which the Member seeks to pursue and the reasons which prevent the Member from achieving its policy objectives by measures consistent with its obligations under GATT 1994.
2. Any waiver in effect on the date of entry into force of the WTO Agreement shall terminate, unless extended in accordance with the procedures above and those of Article IX of the WTO Agreement, on the date of its expiry or two years from the date of entry into force of the WTO Agreement, whichever is earlier.
3. Any Member considering that a benefit accruing to it under GATT 1994 is being nullified or impaired as a result of:
 - (a) the failure of the Member to whom a waiver was granted to observe the terms or conditions of the waiver, or
 - (b) the application of a measure consistent with the terms and conditions of the waiver

may invoke the provisions of Article XXIII of GATT 1994 as elaborated and applied by the Dispute Settlement Understanding.

Vereinbarung zur Auslegung des Artikels XXVIII
des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994

Die Mitglieder kommen wie folgt überein:

1. Für die Zwecke der Änderung oder Zurücknahme eines Zugeständnisses wird dem Mitglied mit dem höchsten Anteil der von dem Zugeständnis betroffenen Ausfuhren (d. h. Ausfuhren der Ware auf den Markt des Mitglieds, das das Zugeständnis ändert oder zurücknimmt) an seinen Gesamtausfuhren der Status eines Hauptlieferanten zugestanden, wenn es nicht bereits ein ursprüngliches Verhandlungsrecht oder den Status eines Hauptlieferanten gemäß Artikel XXVIII Absatz 1 besitzt. Es wird jedoch vereinbart, daß dieser Absatz vom Rat für Warenverkehr fünf Jahre nach Inkrafttreten des WTO-Abkommens überprüft wird, um zu entscheiden, ob sich dieses Kriterium zufriedenstellend bewährt hat, um eine Umverteilung von Verhandlungsrechten zugunsten kleiner und mittlerer Ausfuhrmitglieder zu gewährleisten. Ist dies nicht der Fall, so werden mögliche Verbesserungen in Betracht gezogen, zu denen unter Berücksichtigung der Verfügbarkeit angemessener Daten die Annahme eines Kriteriums gehört, das auf dem Anteil der von dem Zugeständnis betroffenen Ausfuhren an den Ausfuhren der betreffenden Ware nach allen Märkten beruht.
 2. Ist ein Mitglied der Auffassung, daß es Hauptlieferant im Sinne des Absatzes 1 ist, so teilt es seinen Anspruch schriftlich und mit entsprechendem Beweismaterial versehen dem Mitglied mit, das die Änderung oder Rücknahme eines Zugeständnisses vorschlägt; gleichzeitig unterrichtet es das Sekretariat. In diesen Fällen gilt Absatz 4 des am 10. November 1980 angenommenen „Verfahrens für Verhandlungen gemäß Artikel XXVIII“ (BISD 27S/26–28).
 3. Bei der Feststellung, welche Mitglieder Hauptlieferanten sind (im Sinne des Absatzes 1 oder des Artikels XXVIII Absatz 1) oder ein wesentliches Interesse haben, wird nur der unter Meistbegünstigungsbedingungen durchgeführte Handel mit der betreffenden Ware berücksichtigt. Jedoch wird der im Rahmen von nichtvertragsmäßigen Präferenzen durchgeführte Handel mit der betreffenden Ware gleichfalls berücksichtigt, wenn die betreffende Präferenzbehandlung zum Zeitpunkt der Verhandlungen über die Änderung oder Rücknahme des Zugeständnisses eingestellt worden ist, so daß dieser Handel unter Meistbegünstigungsbedingungen stattfindet, oder wenn dies bei Abschluß der Verhandlungen der Fall sein wird.
 4. Wird ein Zollzugeständnis für eine neue Ware (d. h. eine Ware, für die keine Handelsstatistiken über drei Jahre verfügbar sind) geändert oder zurückgenommen, so wird dem Mitglied, das ein ursprüngliches Verhandlungsrecht für die Zolltariflinie besitzt, in die die Ware eingereicht wird oder früher eingereicht wurde, ein ursprüngliches Verhandlungsrecht für das betreffende Zugeständnis zugestanden. Bei der Feststellung des Status eines Hauptlieferanten oder des wesentlichen Interesses sowie bei der Berechnung des Ausgleichs werden unter anderem die Produktionskapazität und die Investitionen bei der betreffenden Ware im Ausfuhrmitglied und das geschätzte Ausfuhrwachstum sowie Voraussagen für die Nachfrage nach der Ware im Einfuhrmitglied berücksichtigt. Für die Zwecke dieses Absatzes schließt eine „neue Ware“ eine Zolltariflinie ein, die durch eine Unterteilung einer bestehenden Zolltariflinie geschaffen wurde.
 5. Ist ein Mitglied der Auffassung, daß es Hauptlieferant ist oder ein wesentliches Interesse im Sinne des Absatzes 4 besitzt, so teilt es seinen Anspruch schriftlich und mit entsprechendem Beweismaterial versehen dem Mitglied mit, das die Änderung oder Rücknahme eines Zugeständnisses vorschlägt; gleichzeitig unterrichtet es das Sekretariat. In diesen Fällen gilt Absatz 4 des vorgenannten „Verfahrens für Verhandlungen gemäß Artikel XXVIII“.
 6. Wird ein unbegrenztes Zollzugeständnis durch ein Zollkontingent ersetzt, so soll die Höhe des Ausgleichs über den tatsächlich durch die Änderung des Zugeständnisses betroffenen Handel hinausgehen. Grundlage für die Berechnung des Ausgleichs soll der Betrag sein, um den die künftigen Handelsaussichten die Höhe des Kontingents überschreiten. Es besteht Einvernehmen darüber, daß der Berechnung der künftigen Handelsaussichten der größere der beiden folgenden Werte zugrunde gelegt wird:
 - a) der durchschnittliche jährliche Handel in dem jüngsten repräsentativen Dreijahreszeitraum zuzüglich der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate der Einfuhren im gleichen Zeitraum oder zuzüglich 10%, wobei der höhere dieser beiden Werte zugrunde gelegt wird;
 - b) der Handel im vorangegangenen Jahr zuzüglich 10%.
- In keinem Fall ist ein Mitglied zu einem Ausgleich verpflichtet, der über das Maß hinausgeht, das bei einer vollständigen Zurücknahme des Zugeständnisses erreicht würde.
7. Mitglieder, die Hauptlieferanten gemäß Absatz 1 oder gemäß Artikel XXVIII Absatz 1 für ein geändertes oder zurückgenommenes Zugeständnis sind, erhalten ein ursprüngliches Verhandlungsrecht für als Ausgleich gewährte Zugeständnisse, sofern nicht zwischen den betreffenden Mitgliedern eine andere Form des Ausgleichs vereinbart wird.

**UNDERSTANDING ON THE INTERPRETATION OF ARTICLE XXVIII
OF THE GENERAL AGREEMENT ON TARIFFS AND TRADE 1994**

Members hereby agree as follows:

1. For the purposes of modification or withdrawal of a concession, the Member which has the highest ratio of exports affected by the concession (i.e. exports of the product to the market of the Member modifying or withdrawing the concession) to its total exports shall be deemed to have a principal supplying interest if it does not already have an initial negotiating right or a principal supplying interest as provided for in paragraph 1 of Article XXVIII. It is however agreed that this paragraph will be reviewed by the Council for Trade in Goods five years from the date of entry into force of the WTO Agreement with a view to deciding whether this criterion has worked satisfactorily in securing a redistribution of negotiating rights in favour of small and medium-sized exporting Members. If this is not the case, consideration will be given to possible improvements, including, in the light of the availability of adequate data, the adoption of a criterion based on the ratio of exports affected by the concession to exports to all markets of the product in question.
2. Where a Member considers that it has a principal supplying interest in terms of paragraph 1, it should communicate its claim in writing, with supporting evidence, to the Member proposing to modify or withdraw a concession, and at the same time inform the Secretariat. Paragraph 4 of the "Procedures for Negotiations under Article XXVIII" adopted on 10 November 1980 (BISD 27S/26-28) shall apply in these cases.
3. In the determination of which Members have a principal supplying interest (whether as provided for in paragraph 1 above or in paragraph 1 of Article XXVIII) or substantial interest, only trade in the affected product which has taken place on an MFN basis shall be taken into consideration. However, trade in the affected product which has taken place under non-contractual preferences shall also be taken into account if the trade in question has ceased to benefit from such preferential treatment, thus becoming MFN trade, at the time of the negotiation for the modification or withdrawal of the concession, or will do so by the conclusion of that negotiation.
4. When a tariff concession is modified or withdrawn on a new product (i.e. a product for which three years' trade statistics are not available) the Member possessing initial negotiating rights on the tariff line where the product is or was formerly classified shall be deemed to have an initial negotiating right in the concession in question. The determination of principal supplying and substantial interests and the calculation of compensation shall take into account, *inter alia*, production capacity and investment in the affected product in the exporting Member and estimates of export growth, as well as forecasts of demand for the product in the importing Member. For the purposes of this paragraph, "new product" is understood to include a tariff item created by means of a breakout from an existing tariff line.
5. Where a Member considers that it has a principal supplying or a substantial interest in terms of paragraph 4, it should communicate its claim in writing, with supporting evidence, to the Member proposing to modify or withdraw a concession, and at the same time inform the Secretariat. Paragraph 4 of the above-mentioned "Procedures for Negotiations under Article XXVIII" shall apply in these cases.

6. When an unlimited tariff concession is replaced by a tariff rate quota, the amount of compensation provided should exceed the amount of the trade actually affected by the modification of the concession. The basis for the calculation of compensation should be the amount by which future trade prospects exceed the level of the quota. It is understood that the calculation of future trade prospects should be based on the greater of:

- (a) the average annual trade in the most recent representative three-year period, increased by the average annual growth rate of imports in that same period, or by 10 per cent, whichever is the greater; or
- (b) trade in the most recent year increased by 10 per cent.

In no case shall a Member's liability for compensation exceed that which would be entailed by complete withdrawal of the concession.

7. Any Member having a principal supplying interest, whether as provided for in paragraph 1 above or in paragraph 1 of Article XXVIII, in a concession which is modified or withdrawn shall be accorded an initial negotiating right in the compensatory concessions, unless another form of compensation is agreed by the Members concerned.

ÜBEREINKOMMEN ÜBER DIE LANDWIRTSCHAFT

Die Mitglieder,

aufgrund des Beschlusses, eine Grundlage für die Einleitung einer Reform des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Übereinstimmung mit den Verhandlungszielen in der Erklärung von Punta del Este zu schaffen,

unter Hinweis darauf, daß das bei der Halbzeitprüfung der Uruguay-Runde vereinbarte langfristige Ziel "darin besteht, ein faires und marktorientiertes Agrarhandelssystem zu schaffen, und daß ein Reformprozeß durch Verhandlungen über Verpflichtungen betreffend Stützung und Schutz sowie durch verstärkte und durchführungswirksamere GATT-Regeln und -Disziplinen eingeleitet werden soll",

unter Hinweis auch darauf, daß "dieses oben erwähnte langfristige Ziel darin besteht, eine wesentliche schrittweise Senkung der Stützungs- und Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft innerhalb eines vereinbarten Zeitraumes zu erreichen, damit Beschränkungen und Verzerrungen auf den Weltagrarmärkten korrigiert beziehungsweise verhütet werden",

aufgrund der erklärten Bereitschaft, besondere bindende Verpflichtungen in jedem der Bereiche Marktzugang, interne Stützung und Ausfuhrwettbewerb zu übernehmen und zu einem Übereinkommen über gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Angelegenheiten zu gelangen,

im Einvernehmen darüber, daß die Industrieland-Mitglieder bei der Durchführung ihrer Marktzugangsverpflichtungen die besonderen Bedürfnisse und Bedingungen der Entwicklungsland-Mitglieder voll in Betracht ziehen, indem sie für eine weitergehende Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten und Zugangsbedingungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse sorgen, die für diese Mitglieder von besonderem Interesse sind; dazu gehört auch die bei der Halbzeitprüfung beschlossene größtmögliche Liberalisierung des Handels mit tropischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie die Liberalisierung des Handels mit Erzeugnissen, die für die Diversifizierung der Erzeugung als Alternative zum Anbau unerlaubter Kulturen für die Drogenherstellung besonders wichtig sind,

aufgrund der Feststellung, daß die Verpflichtungen im Rahmen des Reformprogramms unter Berücksichtigung nicht handelsbezogener Anliegen wie Ernährungsicherung und Umweltschutz, eingedenk der Einigung darüber, daß eine besondere und differenzierte Behandlung der Entwicklungsländer ein wesentliches Element der Verhandlungen ist, sowie unter Berücksichtigung möglicher negativer Auswirkungen der Durchführung des Reformprogramms auf die am wenigsten entwickelten Länder und die Nettoeinführer von Nahrungsmitteln unter den Entwicklungsländern von allen Mitgliedern in angemessener Weise übernommen werden sollen,

kommen wie folgt überein:

Teil I Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In diesem Übereinkommen, sofern nicht der Zusammenhang eine andere Auslegung erfordert,

a) bedeutet "aggregiertes Stützungsmaß" oder "AMS" das in Geldwert ausgedrückte jährliche Ausmaß der für ein landwirtschaftliches Erzeugnis gewährten Stützung zugunsten der Erzeuger des landwirtschaftlichen Grunderzeugnisses oder eine nicht produktspezifische Stützung zugunsten landwirtschaftlicher Erzeuger im allgemeinen, mit Ausnahme der Stützungsmaßnahmen im Rahmen von Programmen, die nach Anhang 2 von

der Senkung ausgenommen sind; das AMS wird

- i) in bezug auf die im Bezugszeitraum gewährte Stützung in den diesbezüglichen Tabellen des in Teil IV der Liste eines Mitglieds angeführten Quellenmaterials angegeben und
 - ii) in bezug auf die in einem beliebigen Jahr des Durchführungszeitraums und danach gewährte Stützung gemäß Anhang 3 berechnet, wobei die Ausgangsdaten und Methoden berücksichtigt werden, die in den Tabellen des in Teil IV der Liste des Mitglieds angeführten Quellenmaterials verwendet worden sind;
- b) ist ein "landwirtschaftliches Grunderzeugnis" in bezug auf die Verpflichtungen hinsichtlich der internen Stützung ein so nah wie möglich an dem ersten Verkaufszeitpunkt erfaßtes Erzeugnis, das in der Liste des Mitglieds und dem diesbezüglichen Quellenmaterial angegeben ist;
- c) schließen "Haushaltsausgaben" oder "Ausgaben" auch Einnahmenverzicht ein;
- d) bedeutet "äquivalentes Stützungsmaß" das in Geldwert ausgedrückte jährliche Ausmaß der Stützung, die Erzeuger eines landwirtschaftlichen Grunderzeugnisses durch die Anwendung einer oder mehrerer Maßnahmen erhalten und die nicht nach der AMS-Methode berechnet werden kann, mit Ausnahme der Stützungsmaßnahmen im Rahmen von Programmen, die nach Anhang 2 von der Senkung ausgenommen sind; das äquivalente Stützungsmaß wird
- i) in bezug auf die im Bezugszeitraum gewährte Stützung in den diesbezüglichen Tabellen des in Teil IV der Liste eines Mitglieds angeführten Quellenmaterials angegeben und
 - ii) in bezug auf die in einem beliebigen Jahr des Durchführungszeitraums und danach gewährte Stützung gemäß Anhang 3 berechnet, wobei die Ausgangsdaten und Methoden berücksichtigt werden, die in den Tabellen des in Teil IV der Liste des Mitglieds angeführten Quellenmaterials verwendet worden sind;
- e) beziehen sich "Ausfuhrsubventionen" auf Subventionen, die von der Ausfuhrleistung abhängig sind, einschließlich Ausfuhrsubventionen nach Artikel 9;
- f) bezeichnet der Begriff "Durchführungszeitraum" einen Zeitraum von sechs Jahren, beginnend mit dem Jahr 1995, ausgenommen im Falle des Artikels 13, für den der Zeitraum neun Jahre ab 1995 umfaßt;
- g) schließen "Marktzugangszugeständnisse" alle Marktzugangsverpflichtungen ein, die im Rahmen dieses Übereinkommens übernommen werden;
- h) bedeutet "gesamtes aggregiertes Stützungsmaß" oder "Gesamt-AMS" die Summe aller internen Stützungsmaßnahmen zugunsten landwirtschaftlicher Erzeuger, berechnet als Summe aller AMS für landwirtschaftliche Grunderzeugnisse, aller nicht produktspezifischen AMS und aller äquivalenten Stützungsmaße für landwirtschaftliche Erzeugnisse; das Gesamt-AMS wird
- i) in bezug auf die im Bezugszeitraum gewährte Stützung (das heißt "das Ausgangs-Gesamt-AMS") und auf die höchste Stützung, die in einem beliebigen Jahr des Durchführungszeitraums oder danach gewährt werden darf (das heißt "das jährliche und das endgültig gebundene Verpflichtungsniveau") in Teil IV der Liste eines Mitglieds angeben und
 - ii) in bezug auf das Stützungs-niveau, das tatsächlich in einem beliebigen Jahr des Durchführungszeitraums und danach gewährt wird (das heißt das "laufende Gesamt-AMS"), gemäß diesem Übereinkommen einschließlich des Artikels 6 berechnet, wobei die Ausgangsdaten und Methoden berücksichtigt werden, die in den Tabellen des in Teil IV der

Liste des Mitglieds angeführten Quellenmaterials verwendet worden sind;

- i) bedeutet "Jahr" in Buchstabe f) und im Zusammenhang mit den spezifischen Verpflichtungen eines Mitglieds das Kalender-, Finanz- oder Wirtschaftsjahr, das in der Liste dieses Mitglieds angegeben ist.

Artikel 2
Geltungsbereich

Dieses Übereinkommen gilt für die in Anhang 1 aufgeführten Erzeugnisse, im folgenden "landwirtschaftliche Erzeugnisse" genannt.

Teil II
Artikel 3
Einbindung der Zugeständnisse und Verpflichtungen

1. Die Verpflichtungen bezüglich der internen Stützung und der Ausfuhrsubventionen in Teil IV der Liste jedes Mitglieds sind Verpflichtungen zur Beschränkung der Subventionierung und werden Bestandteil des GATT 1994.
2. Vorbehaltlich des Artikels 6 gewährt ein Mitglied keine Stützung zugunsten einheimischer Erzeuger, die über das in Teil IV Abschnitt 1 seiner Liste angegebene Verpflichtungsniveau hinausgeht.
3. Vorbehaltlich des Artikels 9 Absätze 2 Buchstabe b) und 4 gewährt ein Mitglied keine in Artikel 9 Absatz 1 aufgeführten Ausfuhrsubventionen für in Teil IV Abschnitt II seiner Liste aufgeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse oder Erzeugnisgruppen, die über die in der Liste enthaltenen Verpflichtungen bezüglich Haushaltsausgaben und Mengen hinausgehen, und keinerlei Subventionen dieser Art für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die nicht in dem genannten Abschnitt seiner Liste angegeben sind.

Teil III
Artikel 4
Marktzugang

1. Marktzugangszugeständnisse, die in den Listen enthalten sind, betreffen Bindungen und Senkungen von Zöllen sowie andere in den Listen angegebene Marktzugangsverpflichtungen.
2. Kein Mitglied behält Maßnahmen bei noch führt es solche ein oder wieder ein, die in Zölle¹ im eigentlichen Sinn umgewandelt werden müssen, sofern nicht in Artikel 5 und Anhang 5 etwas Gegenteiliges bestimmt ist.

¹Diese Maßnahmen schließen mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen, bewegliche Einfuhrabschöpfungen, Mindesteinfuhrpreise, nichtautomatische Einfuhrlizenzerteilung, nichttarifäre Maßnahmen staatlicher Handelsunternehmen, freiwillige Ausfuhrbeschränkungen und ähnliche Grenzmaßnahmen ein, die keine Zölle im eigentlichen Sinne darstellen, auch wenn solche Maßnahmen aufgrund von länderspezifischen Abweichungen von den Bestimmungen des GATT 1947 beibehalten werden, nicht dagegen Maßnahmen, die aufgrund von Zahlungsbilanzbestimmungen und anderen allgemeinen, nicht landwirtschaftsspezifischen Bestimmungen des GATT 1994 oder der anderen Multilateralen Handelsübereinkünfte in Anhang 1A des WTO-Abkommens beibehalten werden.

Artikel 5
Besondere Schutzklausel

1. Unbeschadet des Artikels II Absatz 1 Buchstabe b) des GATT 1994 kann sich jedes Mitglied im Zusammenhang mit der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, für die Maßnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 in Zölle im eigentlichen Sinn umgewandelt wurden und die in seiner Liste mit dem Symbol "SSG" als Erzeugnisse gekennzeichnet sind, die einem Zugeständnis unterliegen, für das sich ein Mitglied auf diesen Artikel berufen kann, auf die Absätze 4 und 5 berufen, wenn

- a) der Umfang der Einfuhren dieses Erzeugnisses in das Zollgebiet des Mitglieds, welches das Zugeständnis gewährt, in einem beliebigen Jahr eine Auslösungsschwelle überschreitet, die gemäß Absatz 4 in bezug auf die vorhandenen Marktzugangsmöglichkeiten festgelegt wird,
oder
- b) der Preis, zu dem Einfuhren eines solchen Erzeugnisses in das Zollgebiet des das Zugeständnis gewährenden Mitglieds gelangen, auf der Grundlage des cif-Einfuhrpreises der betreffenden Lieferung in Landeswährung unter einen Schwellenpreis fällt, welcher dem durchschnittlichen Referenzpreis² des betreffenden Erzeugnisses in den Jahren 1986 bis 1988 entspricht.

2. Einfuhren im Rahmen von Verpflichtungen in bezug auf den laufenden oder den Mindestmarktzugang, die als Teil eines in Absatz 1 genannten Zugeständnisses festgelegt worden sind, werden bei der Bestimmung des für die Berufung auf Absatz 1 Buchstabe a) und Absatz 4 erforderlichen Einfuhrvolumens angerechnet, jedoch unterliegen die Einfuhren im Rahmen solcher Verpflichtungen keinem Zusatzzoll gemäß Absatz 1 Buchstabe a) und Absatz 4 oder Absatz 1 Buchstabe b) und Absatz 5.

3. Lieferungen der betreffenden Erzeugnisse, die sich aufgrund eines Vertrages, der noch vor Einführung eines Zusatzzolls nach Absatz 1 Buchstabe a) und Absatz 4 geschlossen wurde, auf dem Transport befinden, sind von dem Zusatzzoll befreit, vorausgesetzt, daß sie im darauffolgenden Jahr auf das Volumen der Einfuhren des betreffenden Erzeugnisses für die Zwecke der Auslösung des Absatzes 1 Buchstabe a) angerechnet werden können.

4. Ein gemäß Absatz 1 Buchstabe a) erhobener Zusatzzoll wird nur bis zum Ende des Jahres, in dem er eingeführt wurde, aufrechterhalten und nur bis zu einer Höhe erhoben, die ein Drittel der Höhe des in dem betreffenden Jahr erhobenen Zolls im eigentlichen Sinn nicht überschreitet. Die Auslösungsschwelle wird unter Zugrundlegung der Marktzugangsmöglichkeiten, ausgedrückt als Prozentsatz der Einfuhren am jeweiligen internen Verbrauch in den drei vorangegangenen Jahren, für die Daten vorhanden sind, nach folgendem Schema festgesetzt:

- a) wenn der Marktzugang für ein Erzeugnis 10 Prozent oder weniger beträgt, beträgt die Grund-Auslösungsschwelle 125 Prozent;
- b) wenn der Marktzugang für ein Erzeugnis mehr als 10 Prozent, aber nicht mehr als 30 Prozent beträgt, beträgt die Grund-Auslösungsschwelle 110 Prozent;
- c) wenn der Marktzugang für ein Erzeugnis mehr als 30 Prozent beträgt, beträgt die Grund-Auslösungsschwelle 105 Prozent.

²Der Referenzpreis, der bei der Berufung auf diesen Buchstaben zugrunde gelegt wird, ist in der Regel der durchschnittliche cif-Wert je Einheit des betreffenden Erzeugnisses oder ein hinsichtlich Qualität und Verarbeitungsstufe des Erzeugnisses angemessener Preis. Er ist nach seiner ersten Anwendung zu veröffentlichen und insoweit zur Verfügung zu stellen, als dies erforderlich ist, damit andere Mitglieder den gegebenenfalls erhobenen Zusatzzoll beurteilen können.

In allen Fällen darf der Zusatzzoll in jedem Jahr erhoben werden, in dem das absolute Volumen der Einfuhren des betreffenden Erzeugnisses in das Zollgebiet des das Zugeständnis gewährenden Mitglieds die Summe aus x = der oben angegebenen Grund-Auslösungsschwelle, multipliziert mit der durchschnittlichen Einfuhrmenge in den drei vorangegangenen Jahren, für die Daten vorhanden sind, und y = der absoluten Veränderung des Volumens des internen Verbrauchs³ des betreffenden Erzeugnisses im letzten Jahr, für das Daten vorhanden sind, gegenüber dem Vorjahr überschreitet, vorausgesetzt, daß die Auslösungsschwelle nicht weniger als 105 Prozent der bei x zugrunde gelegten durchschnittlichen Einfuhrmenge beträgt.

5. Ein gemäß Absatz 1 Buchstabe b) erhobener Zusatzzoll wird nach folgendem Schema festgesetzt:
 - a) beträgt die Differenz zwischen dem cif-Einfuhrpreis der Lieferung, ausgedrückt in Landeswährung (nachstehend "Einfuhrpreis" genannt), und dem Schwellenpreis im Sinne des genannten Buchstabens 10 Prozent oder weniger des Schwellenpreises, so wird kein Zusatzzoll erhoben;
 - b) beträgt die Differenz zwischen dem Einfuhrpreis und dem Schwellenpreis (nachstehend "Differenz" genannt) mehr als 10 Prozent, aber nicht mehr als 40 Prozent des Schwellenpreises, so beträgt der Zusatzzoll 30 Prozent des Betrags, um den die Differenz 10 Prozent überschreitet;
 - c) beträgt die Differenz mehr als 40 Prozent, aber nicht mehr als 60 Prozent des Schwellenpreises, so beträgt der Zusatzzoll 50 Prozent des Betrags, um den die Differenz 40 Prozent überschreitet, zuzüglich des Zusatzzolls nach Buchstabe b);
 - d) beträgt die Differenz mehr als 60 Prozent ist, aber nicht mehr als 75 Prozent des Schwellenpreises, so beträgt der Zusatzzoll 70 Prozent des Betrags, um den die Differenz 60 Prozent des Schwellenpreises überschreitet, zuzüglich des Zusatzzolls nach den Buchstaben b) und c);
 - e) beträgt die Differenz mehr als 75 Prozent des Schwellenpreises, so beträgt der Zusatzzoll 90 Prozent des Betrags, um den die Differenz 75 Prozent überschreitet, zuzüglich des Zusatzzolls nach den Buchstaben b), c) und d).
6. Bei verderblichen und saisonabhängigen Erzeugnissen sind die vorstehend dargelegten Bedingungen so anzuwenden, daß den Besonderheiten solcher Erzeugnisse Rechnung getragen wird. Insbesondere können kürzere Zeiträume gemäß Absatz 1 Buchstabe a) und Absatz 4 im Hinblick auf die entsprechenden Zeiträume im Bezugszeitraum sowie verschiedene Referenzpreise für verschiedene Zeiträume gemäß Absatz 1 Buchstabe b) verwendet werden.
7. Die besonderen Schutzmaßnahmen werden transparent angewendet. Jedes Mitglied, das eine Maßnahme nach Absatz 1 Buchstabe a) trifft, richtet zum frühestmöglichen Zeitpunkt, in jedem Fall jedoch innerhalb von 10 Tagen nach Durchführung einer solchen Maßnahme eine schriftliche Mitteilung mit allen zweckdienlichen Daten an den Ausschuß für Landwirtschaft. In Fällen, in denen Veränderungen des Verbrauchsvolumens im Zusammenhang mit Maßnahmen nach Absatz 4 verschiedenen Zolltariflinien zugeordnet werden müssen, schließen die zweckdienlichen Daten die bei der Zuordnung dieser Veränderungen zugrunde gelegten Angaben und Methoden ein. Ein Mitglied, das eine Maßnahme nach Absatz 4 trifft, räumt jedem interessierten Mitglied die Möglichkeit ein, bezüglich der Modalitäten der Durchführung einer solchen Maßnahme in Konsultationen einzutreten. Jedes Mitglied, das eine Maßnahme nach Absatz 1 Buchstabe b) trifft, richtet innerhalb von 10 Tagen nach Durchführung der ersten derartigen Maßnahme oder, im Falle verderblicher und saisonabhängiger Erzeugnisse, der ersten Maßnahme in einem jeden Zeitraum eine schriftliche Mitteilung mit allen zweckdienlichen Daten an den Ausschuß für Landwirtschaft. Die Mitglieder verpflichten sich im Rahmen des Möglichen, sich nicht auf Absatz 1 Buchstabe b) zu berufen, wenn das Volumen der Einfuhren des betreffenden

³Wird der interne Verbrauch nicht berücksichtigt, so wird die Grund-Auslösungsschwelle gemäß Absatz 4 Buchstabe a) zugrunde gelegt.

Erzeugnisses zurückgeht. Jedenfalls räumt ein Mitglied, das eine solche Maßnahme trifft, jedem interessierten Mitglied die Möglichkeit ein, mit ihm bezüglich der Modalitäten der Durchführung einer solchen Maßnahme in Konsultationen einzutreten.

8. Die Mitglieder verpflichten sich, sich in Fällen, in denen Maßnahmen nach den Absätzen 1 bis 7 getroffen werden, im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen nicht auf Artikel XIX Absätze 1 Buchstabe a) und 3 des GATT 1994 oder auf Artikel 8 Absatz 2 des Übereinkommens über Schutzmaßnahmen zu berufen.

9. Dieser Artikel bleibt für die Dauer des Reformprozesses gemäß Artikel 20 in Kraft.

Teil IV

Artikel 6

Verpflichtungen betreffend die interne Stützung

1. Die in Teil IV der Liste jedes Mitglieds enthaltenen Verpflichtungen zur Senkung der internen Stützung beziehen sich auf alle internen Stützungsmaßnahmen zugunsten der landwirtschaftlichen Erzeuger mit Ausnahme solcher internen Maßnahmen, die nach den Kriterien dieses Artikels und des Anhangs 2 den Senkungsverpflichtungen nicht unterliegen. Diese Verpflichtungen werden als "gesamtes aggregiertes Stützungsmaß" und als "jährliches und endgültig gebundenes Verpflichtungsniveau" ausgedrückt.

2. Gemäß dem bei der Halbzeitprüfung erzielten Einvernehmen darüber, daß mittelbare oder unmittelbare staatliche Hilfen zur Förderung der landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung ein wesentlicher Bestandteil der Entwicklungsprogramme der Entwicklungsländer sind, werden Investitionsbeihilfen, die der Landwirtschaft in Entwicklungsland-Mitgliedern allgemein zur Verfügung stehen, und Beihilfen für landwirtschaftliche Betriebsmittel, die Erzeugern mit geringem Einkommen oder geringen Ressourcen in Entwicklungsland-Mitgliedern allgemein zur Verfügung stehen, von der Verpflichtung zur Senkung der internen Stützung, die andernfalls für solche Maßnahmen gelten würde, ebenso ausgenommen wie interne Stützungsmaßnahmen für Erzeuger in Entwicklungsland-Mitgliedern, die zur Aufgabe des unerlaubten Anbaus von Pflanzen zur Drogengewinnung und zur Diversifizierung ermutigt werden sollen. Interne Stützungsmaßnahmen, die die Kriterien dieses Absatzes erfüllen, brauchen nicht in die Berechnung des laufenden Gesamt-AMS eines Mitglieds einbezogen zu werden.

3. Die Verpflichtungen eines Mitglieds zur Senkung seiner internen Stützung gelten in jedem Jahr als erfüllt, in dem die interne Stützung zugunsten landwirtschaftlicher Erzeuger, ausgedrückt als laufendes Gesamt-AMS, das entsprechende jährliche oder endgültig gebundene Verpflichtungsniveau in Teil IV der Liste des Mitglieds nicht überschreitet.

4. a) Ein Mitglied braucht die folgenden Stützungsmaßnahmen nicht in die Berechnung seines laufenden Gesamt-AMS einzubeziehen und zu senken:

i) produktspezifische interne Stützungsmaßnahmen, die andernfalls in die Berechnung des AMS eines Mitglieds einbezogen werden müßten, sofern sie 5 Prozent des Gesamtwerts der Erzeugung eines landwirtschaftlichen Grunderzeugnisses in diesem Mitglied im betreffenden Jahr nicht überschreiten; und

ii) nicht produktspezifische interne Stützungsmaßnahmen, die andernfalls in die Berechnungen des AMS eines Mitglieds einbezogen werden müßten, sofern sie 5 Prozent des Werts der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung eines Mitglieds nicht überschreiten.

b) Für die Entwicklungsland-Mitglieder beträgt der Prozentsatz nach diesem Absatz 10 Prozent.

5. a) Direktzahlungen im Rahmen von Erzeugungsbegrenzungsprogrammen unterliegen nicht der Verpflichtung zur Senkung der internen Stützung, wenn
- i) die Zahlungen auf bestimmte Flächen und Erträge bezogen sind oder
 - ii) die Zahlungen auf der Grundlage von 85 Prozent oder weniger der Grunderzeugungsmenge erfolgen oder
 - iii) Lebewiehpriämien auf der Grundlage einer festgesetzten Bestandsgröße gezahlt werden.
- b) Der Befreiung von den Senkungsverpflichtungen bezüglich Direktzahlungen, die die genannten Kriterien erfüllen, wird durch Nichtberücksichtigung des Werts dieser Direktzahlungen bei der Berechnung des laufenden Gesamt-AMS eines Mitglieds Rechnung getragen.

Artikel 7

Allgemeine Disziplinen für die interne Stützung

1. Jedes Mitglied stellt sicher, daß interne Stützungsmaßnahmen zugunsten von landwirtschaftlichen Erzeugern, die nicht den Senkungsverpflichtungen unterliegen, weil sie den in Anhang 2 aufgeführten Kriterien entsprechen, nach Maßgabe dieses Übereinkommens gehandhabt werden.
2. a) Alle internen Stützungsmaßnahmen zugunsten von landwirtschaftlichen Erzeugern einschließlich aller Änderungen solcher Maßnahmen sowie alle in der Folge eingeführten Maßnahmen, für die nicht der Nachweis erbracht werden kann, daß sie die Kriterien des Anhangs 2 erfüllt oder aufgrund einer anderen Bestimmung dieses Übereinkommens von der Senkung ausgenommen sind, werden in die Berechnung des laufenden Gesamt-AMS des Mitglieds einbezogen.
b) Sofern in Teil IV der Liste eines Mitglieds keine Verpflichtung bezüglich des Gesamt-AMS enthalten ist, gewährt das Mitglied keine Stützung für landwirtschaftliche Erzeuger, die über die in Artikel 6 Absatz 4 genannten Prozentsätze hinausgeht.

Teil V

Artikel 8

Verpflichtungen bezüglich des Ausfuhrwettbewerbs

Jedes Mitglied verpflichtet sich, keine Ausfuhrsubventionen zu gewähren, die nicht mit diesem Übereinkommen und mit den in der Liste dieses Mitglieds aufgeführten Verpflichtungen im Einklang stehen.

Artikel 9

Verpflichtungen bezüglich Ausfuhrsubventionen

1. Die nachstehenden Ausfuhrsubventionen unterliegen den Senkungsverpflichtungen im Rahmen dieses Übereinkommens:
 - a) Gewährung einer von der Ausfuhrleistung abhängigen direkten Subvention der öffentlichen Hand einschließlich Sachleistungen an eine Firma, einen Wirtschaftszweig, die Erzeuger eines landwirtschaftlichen Erzeugnisses, eine Genossenschaft oder andere Erzeugergemeinschaft oder eine Absatzorganisation;
 - b) Verkauf oder Überlassung zur Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus nichtkommerziellen

Lagern durch die öffentliche Hand zu einem Preis, der niedriger ist als der vom Käufer am Binnenmarkt für die gleichen Erzeugnisse verlangte vergleichbare Preis;

c) Zahlungen bei der Ausfuhr eines landwirtschaftlichen Erzeugnisses, die aufgrund von staatlichen Maßnahmen finanziert werden, unabhängig davon, ob sie zu Lasten des Staatshaushalts gehen oder nicht, einschließlich Zahlungen, die durch die Einnahmen aus einer auf das betreffende landwirtschaftliche Erzeugnis oder auf ein zur Herstellung der Ausfuhrware verwendetes landwirtschaftliches Erzeugnis erhobenen Abgabe finanziert werden;

d) Gewährung von Subventionen zur Verringerung der Kosten für die Marktbetreuung bei der Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ausgenommen allgemeine Ausfuhrförderungs- und -beratungsdienste) einschließlich Behandlungs-, Veredelungs- und anderer Verarbeitungskosten sowie Transport- und Frachtkosten im grenzüberschreitenden Verkehr;

e) interne Transport- und Frachtgebühren für Ausfuhrsendungen, die vom Staat zu Bedingungen festgesetzt oder vorgeschrieben werden, die günstiger sind als für den internen Versand;

f) Subventionen, die für landwirtschaftliche Erzeugnisse aufgrund ihrer Verwendung zur Herstellung von Ausfuhrwaren gewährt werden.

2. a) Außer im Falle der Regelungen unter Buchstabe b) betreffen die für jedes Jahr des Durchführungszeitraums in der Liste eines Mitglieds angegebenen Verpflichtungen betreffend Ausfuhrsubventionen in bezug auf die in Absatz 1 aufgeführten Subventionen

i) im Falle von Verpflichtungen bezüglich der Kürzung der Haushaltsausgaben die Höchstgrenze der Ausgaben für solche Subventionen, die in dem Jahr für das betreffende landwirtschaftliche Erzeugnis oder die betreffende Erzeugnisgruppe getätigt werden oder anfallen können;

ii) im Falle von Verpflichtungen bezüglich der Verringerung der Ausfuhrmengen die Höchstmenge eines landwirtschaftlichen Erzeugnisses oder einer Erzeugnisgruppe, für die in dem Jahr Subventionen gemäß diesem Artikel gewährt werden können.

b) Im zweiten bis fünften Jahr des Durchführungszeitraums kann ein Mitglied Ausfuhrsubventionen nach Absatz 1 gewähren, die für das betreffende Jahr das entsprechende jährliche Verpflichtungsniveau für die Erzeugnisse oder Erzeugnisgruppen in Teil IV der Liste des Mitglieds überschreiten, sofern

i) die kumulativen Beträge der Haushaltsausgaben für solche Subventionen vom Beginn des Durchführungszeitraums bis zum betreffenden Jahr die kumulativen Beträge, die sich bei voller Einhaltung der entsprechenden in der Liste des Mitglieds aufgeführten jährlichen Ausgabenverpflichtungen ergeben hätten, um nicht mehr als 3 Prozent des Verpflichtungsniveaus für den Bezugszeitraum überschreiten;

ii) die kumulativen Mengen, bei deren Ausfuhr Subventionen gewährt werden, vom Beginn des Durchführungszeitraums bis zum betreffenden Jahr die kumulativen Mengen, die sich bei voller Einhaltung der entsprechenden in der Liste des Mitglieds aufgeführten jährlichen Mengenverpflichtungen ergeben hätten, um nicht mehr als 1,75 Prozent des Verpflichtungsniveaus für den Bezugszeitraum überschreiten;

iii) die gesamten kumulativen Beträge der Haushaltsausgaben für solche Ausfuhrsubventionen und die Mengen, bei deren Ausfuhr solche Subventionen gewährt werden, im gesamten Durchführungszeitraum nicht höher sind als die Gesamtbeträge und Gesamtmengen, die sich bei voller Einhaltung der entsprechenden in der Liste des Mitglieds aufgeführten Verpflichtungen ergeben hätten;

- iv) die Haushaltsausgaben des Mitglieds für Ausfuhrsubventionen und die Mengen, bei deren Ausfuhr solche Subventionen gewährt werden, am Ende des Durchführungszeitraums 64 Prozent beziehungsweise 79 Prozent der Werte des Bezugszeitraums 1986-1990 nicht überschreiten. Für Entwicklungsland-Mitglieder betragen diese Prozentsätze 76 Prozent beziehungsweise 86 Prozent.

3. Verpflichtungen bezüglich einer Begrenzung der Ausweitung des Bereichs der Ausfuhrsubventionierung werden in den Listen angegeben.

4. Während des Durchführungszeitraums sind Entwicklungsland-Mitglieder nicht verpflichtet, Verpflichtungen bezüglich der Ausfuhrsubventionen gemäß Absatz 1 Buchstaben d) und e) zu übernehmen, sofern diese Subventionen nicht so gewährt werden, daß die Senkungsverpflichtungen umgangen werden.

Artikel 10

Verhinderung der Umgehung von Verpflichtungen betreffend Ausfuhrsubventionen

1. Ein Mitglied wendet andere als die in Artikel 9 Absatz 1 genannten Ausfuhrsubventionen nicht derart an, daß dadurch seine Verpflichtungen betreffend Ausfuhrsubventionen umgangen werden oder umgangen zu werden drohen; auch nichtkommerzielle Transaktionen dürfen nicht zur Umgehung solcher Verpflichtungen benutzt werden.

2. Die Mitglieder verpflichten sich, international vereinbarte Disziplinen für die Bereitstellung von Exportkrediten, Exportkreditbürgschaften oder Versicherungsprogrammen zu erarbeiten und, sobald solche Disziplinen vereinbart worden sind, Exportkredite, Exportkreditbürgschaften oder Versicherungsprogramme nur im Einklang mit diesen Disziplinen bereitzustellen.

3. Ein Mitglied, das behauptet, daß eine über das Senkungsverpflichtungsniveau hinaus ausgeführte Menge nicht subventioniert wird, muß nachweisen, daß für die betreffende Ausfuhrmenge keine in Artikel 9 aufgeführte oder sonstige Ausfuhrsubvention gewährt worden ist.

4. Mitglieder, die internationale Nahrungsmittelhilfe leisten, stellen sicher, daß

- a) die Gewährung von internationaler Nahrungsmittelhilfe nicht mittelbar oder unmittelbar an kommerzielle Ausfuhren von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in die Empfängerländer gebunden ist;
- b) internationale Nahrungsmittelhilfe einschließlich bilateraler finanzieller Nahrungsmittelhilfe gemäß den "Grundsätzen für die Überschußverwertung und Konsultationsverpflichtungen" der FAO sowie, falls erforderlich, gemäß dem System der Üblichen Markterfordernisse (UMR) durchgeführt wird;
- c) eine solche Hilfe im größtmöglichen Ausmaß als nichtrückzahlbarer Zuschuß oder zumindest zu den in Artikel IV des Nahrungsmittelhilfereübereinkommens 1986 vorgesehenen Bedingungen erfolgt.

Artikel 11

Verarbeitungserzeugnisse

Keinesfalls darf die Subvention pro Einheit eines verarbeiteten landwirtschaftlichen Grunderzeugnisses die Subvention pro Einheit überschreiten, die bei der Ausfuhr des betreffenden Grunderzeugnisses gewährt würde.

*Teil VI
Artikel 12*

Disziplinen für Ausfuhrverbote und Ausfuhrbeschränkungen

1. Ein Mitglied, das ein neues Ausfuhrverbot oder eine neue Ausfuhrbeschränkung für Nahrungsmittel gemäß Artikel XI Absatz 2 Buchstabe a) des GATT 1994 einführt, beachtet folgende Disziplinen:

- a) das Mitglied, das das Ausfuhrverbot oder die Ausfuhrbeschränkung einführt, berücksichtigt sorgfältig die Auswirkungen eines solchen Verbots oder einer solchen Beschränkung auf die Sicherheit der Nahrungsmittelversorgung der Einfuhrmitglieder;
- b) bevor ein Mitglied ein Ausfuhrverbot oder eine Ausfuhrbeschränkung einführt, unterrichtet es so früh wie möglich den Ausschuß für Landwirtschaft schriftlich unter anderem über Art und Dauer einer solchen Maßnahme und führt auf Ersuchen eines anderen Mitglieds, das als Einführer ein wesentliches Interesse an jeder mit der betreffenden Maßnahme verbundenen Frage hat, Konsultationen durch. Das Mitglied, das das Ausfuhrverbot oder die Ausfuhrbeschränkung einführt, stellt einem solchen Mitglied auf Ersuchen die notwendigen Informationen zur Verfügung.

2. Dieser Artikel gilt nicht für Entwicklungsland-Mitglieder, es sei denn, die Maßnahme wird von einem Entwicklungsland-Mitglied getroffen, das Nettoausführer des betreffenden Nahrungsmittels ist.

*Teil VII
Artikel 13*

Angemessene Zurückhaltung

Während des Durchführungszeitraums gilt unbeschadet des GATT 1994 und des Übereinkommens über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen (in diesem Artikel "SCM-Übereinkommen" genannt) folgendes:

- a) interne Stützungsmaßnahmen, die dem Anhang 2 dieses Übereinkommens voll entsprechen, sind
 - i) Subventionen, auf die sich ein Mitglied nicht für die Zwecke von Ausgleichszöllen⁴ berufen kann;
 - ii) ausgenommen von Verfahren aufgrund des Artikels XVI des GATT 1994 und des Teils III des SCM-Übereinkommens;
 - iii) ausgenommen von Verfahren gegen Maßnahmen, durch die Vorteile von Zollzugeständnissen, die sich für ein anderes Mitglied aus Artikel II des GATT 1994 ergeben, zunichte gemacht oder geschmälert werden, ohne daß eine Verletzung von GATT-Bestimmungen im Sinne des Artikels XXIII Absatz 1 Buchstabe b) des GATT 1994 vorliegt;
- b) in der Liste eines Mitglieds aufgeführte interne Stützungsmaßnahmen, die Artikel 6 dieses Übereinkommens voll entsprechen, einschließlich Direktzahlungen, die die Voraussetzungen des Artikels 6 Absatz 5 erfüllen, sowie interner Stützungsmaßnahmen von geringem Ausmaß gemäß Artikel 6 Absatz 2 sind
 - i) ausgenommen von der Erhebung von Ausgleichszöllen, es sei denn, daß die Feststellung einer Schädigung oder drohenden Schädigung gemäß Artikel VI des GATT 1994 und Teil V des SCM-Übereinkommens getroffen wird; bei der Einleitung einer Ausgleichszolluntersuchung

⁴"Ausgleichszölle" im Sinne dieses Artikels sind die in Artikel VI des GATT 1994 und Teil V des Übereinkommens über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen erfaßten Abgaben.

- ist angemessene Zurückhaltung zu üben;
- ii) ausgenommen von Verfahren aufgrund des Artikels XVI Absatz 1 des GATT 1994 oder der Artikel 5 und 6 des SCM-Übereinkommens, vorausgesetzt, die Maßnahmen gewähren keine Stützung für ein bestimmtes Erzeugnis, die über das während des Wirtschaftsjahres 1992 beschlossene Maß hinausgeht;
 - iii) ausgenommen von Verfahren gegen Maßnahmen, durch die Vorteile von Zollzugeständnissen, die sich für ein anderes Mitglied aus Artikel II des GATT 1994 ergeben, zunichte gemacht oder geschmälert werden, ohne daß eine Verletzung von GATT-Bestimmungen im Sinne des Artikels XXIII Absatz 1 Buchstabe b) des GATT 1994 vorliegt, vorausgesetzt, die Maßnahmen gewähren keine Stützung für ein bestimmtes Erzeugnis, die über das während des Wirtschaftsjahres 1992 beschlossene Maß hinausgeht.
- c) in der Liste eines Mitglieds aufgeführte Ausfuhrsubventionen, die Teil V dieses Übereinkommens voll entsprechen,
- i) unterliegen Ausgleichszöllen nur nach Feststellung einer Schädigung oder drohenden Schädigung aufgrund des Umfangs, der Auswirkung auf die Preise oder entsprechender Folgen nach Artikel VI des GATT 1994 und Teil V des SCM-Übereinkommens; bei der Einleitung von Ausgleichszolluntersuchungen ist angemessene Zurückhaltung zu üben;
 - ii) sind ausgenommen von Verfahren aufgrund des Artikels XVI des GATT 1994 oder der Artikel 3, 5 und 6 des SCM-Übereinkommens.

Teil VIII

Artikel 14

Gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen

Die Mitglieder kommen überein, dem Übereinkommen über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen Wirksamkeit zu verleihen.

Teil IX

Artikel 15

Besondere und differenzierte Behandlung

1. In Anerkennung dessen, daß die differenzierte und günstigere Behandlung von Entwicklungsland-Mitgliedern ein wesentlicher Bestandteil der Verhandlungen ist, wird in bezug auf die Verpflichtungen gemäß den einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens und den Listen der Zugeständnisse und Verpflichtungen eine besondere und differenzierte Behandlung gewährt.
2. Entwicklungsland-Mitglieder haben die Möglichkeit, Senkungsverpflichtungen über einen Zeitraum von bis zu 10 Jahren zu erfüllen. Von den am wenigsten entwickelten Mitgliedern werden keine Senkungsverpflichtungen verlangt.

Teil X

Artikel 16

Am wenigsten entwickelte Länder sowie Entwicklungsländer, die Nettoeinführer von Nahrungsmitteln sind

1. Die Industrieland-Mitglieder treffen die Maßnahmen, die sich aus dem Beschluß über Maßnahmen

bezüglich möglicher negativer Auswirkungen des Reformprogramms auf die am wenigsten entwickelten Länder und die Nettoeinführer von Nahrungsmitteln unter den Entwicklungsländern ergeben.

2. Der Ausschuß für Landwirtschaft überwacht in geeigneter Weise die Durchführung des genannten Beschlusses.

Teil XI
Artikel 17
Ausschuß für Landwirtschaft

Es wird ein Ausschuß für Landwirtschaft eingesetzt.

Artikel 18
Prüfung der Durchführung von Verpflichtungen

1. Die Fortschritte bei der Durchführung der im Rahmen des Reformprogramms der Uruguay-Runde ausgehandelten Verpflichtungen werden vom Ausschuß für Landwirtschaft geprüft.

2. Die Prüfung erfolgt anhand von Notifikationen, die von den Mitgliedern in festzulegenden Angelegenheiten und Zeitabständen vorgenommen werden, sowie anhand von Unterlagen, die das Sekretariat zur Erleichterung der Prüfung auf Ersuchen vorbereitet.

3. Zusätzlich zu den gemäß Absatz 2 vorzunehmenden Notifikationen ist jede neue interne Stützungsmaßnahme oder Änderung einer bestehenden Maßnahme, für die eine Ausnahme von den Senkungsverpflichtungen beansprucht wird, unverzüglich zu notifizieren. Diese Notifikation enthält die Einzelheiten der neuen oder geänderten Maßnahme und ihrer Übereinstimmung mit den vereinbarten Kriterien in Artikel 6 oder Anhang 2.

4. Bei der Prüfung berücksichtigen die Mitglieder gebührend den Einfluß von übermäßig hohen Inflationsraten auf die Fähigkeit eines Mitglieds, seine Verpflichtungen bezüglich der internen Stützung zu erfüllen.

5. Die Mitglieder halten jährlich bezüglich ihres Anteils am normalen Wachstum des Welthandels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Rahmen der Verpflichtungen betreffend Ausfuhrsubventionen gemäß diesem Übereinkommen Konsultationen im Ausschuß für Landwirtschaft ab.

6. Die Prüfung gibt jedem Mitglied die Möglichkeit, alle für die Durchführung der Verpflichtungen im Rahmen des Reformprogramms nach diesem Übereinkommen wichtigen Angelegenheiten zur Sprache zu bringen.

7. Jedes Mitglied kann eine Maßnahme, die seiner Meinung nach von einem anderen Mitglied hätte notifiziert werden müssen, dem Ausschuß für Landwirtschaft zur Kenntnis bringen.

Artikel 19
Konsultationen und Streitbeilegung

Die Artikel XXII und XXIII des GATT 1994, ausgelegt und ergänzt durch die Streitbeilegungsvereinbarung, gelten für Konsultationen und Streitbeilegung im Rahmen dieses Übereinkommens.

Teil XII
Artikel 20
Fortsetzung des Reformprozesses

In Anerkennung der Tatsache, daß das langfristige Ziel einer schrittweisen wesentlichen Senkung der Stützungs- und Schutzmaßnahmen, die zu einer grundlegenden Reform führt, ein kontinuierlicher Prozeß ist, kommen die Mitglieder überein, ein Jahr vor dem Ende des Durchführungszeitraums Verhandlungen über die Fortsetzung dieses Prozesses einzuleiten, wobei folgendes berücksichtigt wird:

- a) die bis zu diesem Zeitpunkt gewonnenen Erfahrungen bei der Durchführung der Senkungsverpflichtungen;
- b) die Auswirkungen der Senkungsverpflichtungen auf den Weltagrarhandel;
- c) nicht handelsbezogene Anliegen, die besondere und differenzierte Behandlung der Entwicklungsland-Mitglieder, das Ziel, ein gerechtes und marktorientiertes System für den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einzuführen, sowie die anderen Ziele und Anliegen, die in der Präambel dieses Übereinkommens genannt sind;
- d) die Frage, welche Verpflichtungen weiterhin notwendig sind, um das oben erwähnte langfristige Ziel zu erreichen.

Teil XIII
Artikel 21
Schlußbestimmungen

1. Das GATT 1994 und die anderen Multilateralen Handelsübereinkünfte in Anhang 1A des WTO-Abkommens gelten vorbehaltlich dieses Übereinkommens.
2. Die Anhänge sind Bestandteil dieses Übereinkommens.

ANHANG 1

GELTUNGSBEREICH

1. Dieses Übereinkommen erfaßt die folgenden Erzeugnisse:

- i) die Kapitel 1 bis 24 des HS, ausgenommen Fische und Erzeugnisse daraus, sowie *)
- ii)
- | | |
|---------------------|---|
| HS-Nr. 2905 43 | (Mannitol) |
| HS-Nr. 2905 44 | (D-Glucitol (Sorbit)) |
| HS-Nr. 3301 | (Etherische Öle) |
| HS-Nrn. 3501 - 3505 | (Eiweißstoffe, modifizierte Stärken, Klebstoffe) |
| HS-Nr. 3809 10 | (Appretur- oder Endausstattungsmittel) |
| HS-Nr. 3823 60 | (Sorbit, anderweit weder genannt noch inbegriffen) |
| HS-Nrn. 4101 - 4103 | (Häute und Felle) |
| HS-Nr. 4301 | (Pelzfelle, roh) |
| HS-Nrn. 5001 - 5003 | (Rohseide und Abfälle von Seide) |
| HS-Nrn. 5101 - 5103 | (Wolle und feine und grobe Tierhaare) |
| HS-Nrn. 5201 - 5203 | (Rohbaumwolle, Abfälle und gekrempelte oder gekämmte Baumwolle) |
| HS-Nr. 5301 | (Flachs, roh) |
| HS-Nr. 5302 | (Hanf, roh) |

2. Das Vorstehende beschränkt nicht den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen.

*) Die zwischen runden Klammern stehenden Warenbezeichnungen sind nicht notwendigerweise erschöpfend.

ANHANG 2

INTERNE STÜTZUNG: GRUNDLAGE FÜR AUSNAHMEN VON DEN
SENKUNGSVERPFLICHTUNGEN

1. Interne Stützungsmaßnahmen, für die eine Ausnahme von den Senkungsverpflichtungen beansprucht wird, erfüllen das grundlegende Erfordernis, daß sie keine oder höchstens geringe Handelsverzerrungen oder Auswirkungen auf die Erzeugung hervorrufen. Folglich müssen alle Maßnahmen, für die eine Ausnahme beansprucht wird, folgenden grundlegenden Kriterien entsprechen:

- a) die betreffende Stützung wird im Rahmen eines aus öffentlichen Mitteln finanzierten staatlichen Programms (einschließlich Einnahmenverzicht der öffentlichen Hand) bereitgestellt, das keinen Transfer von den Verbrauchern mit sich bringt;
- b) die betreffende Stützung darf sich nicht wie eine Preisstützung für die Erzeuger auswirken;

ferner müssen die nachstehend genannten stützungspolitischen Kriterien und Bedingungen erfüllt sein.

Staatliche Dienstleistungsprogramme

2. Allgemeine Dienstleistungen

Stützungsmaßnahmen in dieser Kategorie schließen Ausgaben (oder Einnahmenverzicht) im Rahmen von Programmen ein, die Dienstleistungen oder Vorteile für die Landwirtschaft oder die ländlichen Gemeinschaften bieten. Mit diesen Maßnahmen dürfen keine direkten Zahlungen an Erzeuger oder Verarbeiter verbunden sein. Solche Programme, die in der nachstehenden Liste nicht erschöpfend aufgeführt sind, entsprechen den allgemeinen Kriterien des Absatzes 1 und gegebenenfalls den nachstehend genannten besonderen stützungspolitischen Bedingungen:

- a) Forschung einschließlich allgemeiner Forschung, Forschung in Verbindung mit Umweltprogrammen sowie Forschungsprogramme im Zusammenhang mit bestimmten Erzeugnissen;
- b) Schädlings- und Krankheitsbekämpfung einschließlich allgemeiner und produktspezifischer Schädlings- und Krankheitsbekämpfungsmaßnahmen, wie Frühwarnsysteme, Quarantäne und Ausrottung;
- c) Ausbildung einschließlich allgemeiner und fachlicher Ausbildungsmöglichkeiten;
- d) Beratungsdienste einschließlich Schaffung der materiellen Voraussetzungen für die Erleichterung des Informationstransfers und der Verbreitung der Forschungsergebnisse bei Erzeugern und Verbrauchern;
- e) Inspektionsdienste einschließlich allgemeiner Inspektionsdienste und Inspektion bestimmter Erzeugnisse zu Gesundheits-, Sicherheits-, Güteklassen- und Normungszwecken;
- f) Marktforschungs- und Marktförderungsmaßnahmen einschließlich Marktinformation, -beratung und -förderung in bezug auf bestimmte Erzeugnisse; ausgenommen sind jedoch Ausgaben für nicht näher bestimmte Zwecke, die von den Verkäufern dazu verwendet werden können, ihren Verkaufspreis zu senken oder den Käufern einen direkten wirtschaftlichen Vorteil zu verschaffen;

g) Infrastrukturdienstleistungen einschließlich Stromversorgungsnetze, Straßen und anderer Verkehrssysteme, Vermarktungs- und Hafenanlagen, Wasserversorgungsanlagen, Dämme und Entwässerungsprojekte sowie Infrastrukturarbeiten im Zusammenhang mit Umweltprogrammen. In jedem Fall betreffend die Ausgaben nur die Bereitstellung oder den Bau von Großanlagen, nicht dagegen die Unterstützung von Baumaßnahmen einzelner landwirtschaftlicher Betriebe mit Ausnahme des Anschlusses an öffentliche Versorgungsnetze. Sie dürfen keine Beihilfen für Betriebsmittel oder Betriebskosten oder Vorzugsgebühren für die Benutzer einschließen.

3. Öffentliche Lagerhaltung aus Gründen der Ernährungssicherung⁵

Ausgaben (oder Einnahmenverzicht) im Zusammenhang mit dem Anlegen von Vorräten oder der Langerhaltung als Bestandteil eines Ernährungssicherungsprogramms gemäß internen Rechtsvorschriften. Dies kann staatliche Hilfe für private Lagerhaltung als Bestandteil eines solchen Programms einschließen.

Umfang und Anlegen solcher Vorratslager richten sich ausschließlich nach den für die Ernährungssicherheit vorgegebenen Zielen. Das Anlegen solcher Vorräte und die Verfügung darüber müssen finanziell transparent sein. Lebensmittelkäufe durch die öffentliche Hand erfolgen zu den üblichen Marktpreisen und Verkäufe aus dem Lagerbestand nicht unter den üblichen Binnenmarktpreisen für die betreffende und Qualität.

4. Interne Nahrungsmittelhilfe⁶

Ausgaben (oder Einnahmenverzicht) im Zusammenhang mit der Nahrungsmittelversorgung von bedürftigen Gruppen der einheimischen Bevölkerung.

Die Berechtigung zum Empfang der Nahrungsmittelhilfe richtet sich nach eindeutigen ernährungswissenschaftlichen Kriterien. Eine solche Hilfe erfolgt entweder durch direkte Nahrungsmittellieferungen an die Begünstigten oder durch Bereitstellung von Mitteln, die es berechtigten Empfängern ermöglichen, die Nahrungsmittel am Markt oder zu subventionierten Preisen zu kaufen. Nahrungsmittelkäufe durch die öffentliche Hand erfolgen zu den üblichen Marktpreisen; Finanzierung und Verwaltung der Hilfe müssen transparent sein.

5. Direktzahlungen an Erzeuger

Stützungsmaßnahmen in Form von Direktzahlungen (oder Einnahmenverzicht) einschließlich Sachleistungen an Erzeuger, für die eine Ausnahme von den Senkungsverpflichtungen beansprucht wird, müssen den grundlegenden Kriterien in Absatz 1 und darüber hinaus besonderen Kriterien entsprechen, die sich auf einzelne Formen von Direktzahlungen gemäß den Absätzen 6 bis 13 beziehen. Wird eine Ausnahme von einer Senkungsverpflichtung für eine bestehende oder eine neue Form von Direktzahlung beansprucht, die nicht in den Absätzen 6 bis 13 aufgeführt ist, so muß die betreffende Zahlung zusätzlich zu den allgemeinen Kriterien in Absatz 1 den in Absatz 6 Buchstaben b) bis e) aufgeführten Kriterien entsprechen.

⁵ Für die Zwecke des Absatzes 3 gelten staatliche Vorratsprogramme in Entwicklungsländern, die transparent und nach amtlich bekanntgemachten Kriterien oder Richtlinien durchgeführt werden, als mit diesem Absatz vereinbar; dies gilt auch für Programme, in deren Rahmen Nahrungsmittelvorräte für die Ernährungssicherung zu amtlich geregelten Preisen gekauft und verkauft werden, sofern die Differenz zwischen dem Kaufpreis und dem externen Referenzpreis in dem AMS berücksichtigt wird.

⁶ Für die Zwecke der Absätze 3 und 4 gilt die Bereitstellung von Nahrungsmitteln zu subventionierten Preisen mit dem Ziel, den Ernährungsbedarf der bedürftigsten Bevölkerungsgruppen in städtischen und ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer regelmäßig zu vertretbaren Preisen zu decken, als mit diesem Absatz vereinbar.

6. Nicht produktionsbezogene Einkommensstützung

- a) Die Berechtigung zum Erhalt solcher Zahlungen wird anhand von eindeutigen Kriterien wie Einkommen, Status als Erzeuger oder Landbesitzer, Einsatz von Produktionsfaktoren oder Produktionsleistung in einem gegebenen begrenzten Bezugszeitraum festgelegt.
- b) Die Höhe solcher Zahlungen in einem gegebenen Jahr ist nicht abhängig von oder bezogen auf Art oder Menge der Erzeugung (einschließlich Großvieheinheiten) eines Erzeugers in einem beliebigen Jahr nach dem Bezugszeitraum.
- c) Die Höhe solcher Zahlungen in einem gegebenen Jahr ist nicht abhängig von den Preisen oder bezogen auf die Preise, die intern oder international in einem beliebigen Jahr nach dem Bezugszeitraum für eine Erzeugung praktiziert werden.
- d) Die Höhe solcher Zahlungen in einem gegebenen Jahr ist nicht abhängig von oder bezogen auf Produktionsfaktoren, die in einem beliebigen Jahr nach dem Bezugszeitraum eingesetzt werden.
- e) Der Erhalt solcher Zahlungen ist nicht von einer Erzeugung abhängig.

7. Finanzielle Beteiligung der öffentlichen Hand an Einkommensversicherungen und anderen Einkommenssicherungsprogrammen

- a) Die Berechtigung zum Erhalt solcher Zahlungen wird anhand des Einkommensverlusts festgelegt, wobei nur landwirtschaftliche Einkommen berücksichtigt werden, die 30 Prozent des durchschnittlichen Bruttoeinkommens oder des in Nettoeinkommen ausgedrückten Äquivalents (ohne Zahlungen aus dem betreffenden oder ähnlichen Programmen) im vorangegangenen Dreijahreszeitraum oder eines Dreijahresdurchschnitts unter Zugrundelegung des vorangegangenen Fünfjahreszeitraums nach Abzug des höchsten und des niedrigsten Ergebnisses überschreiten. Alle Erzeuger, die diese Bedingung erfüllen, sind zum Erhalt der Zahlungen berechtigt.
- b) Höhe solcher Zahlungen gleicht weniger als 70 Prozent des Einkommensverlusts des Erzeugers in dem Jahr aus, in dem er die Berechtigung zum Erhalt dieser Hilfe erwirbt.
- c) Die Höhe solcher Zahlungen ist lediglich vom Einkommen abhängig; sie ist nicht abhängig von Art oder Menge der Erzeugung (einschließlich Großvieheinheiten) des Erzeugers oder von internen oder internationalen Preisen für eine solche Erzeugung oder von eingesetzten Produktionsfaktoren.
- d) Erhält ein Erzeuger im selben Jahr Zahlungen aufgrund dieses Absatzes und des Absatzes 8 (Hilfe bei Naturkatastrophen), so macht der Gesamtbetrag solcher Zahlungen weniger als 100 Prozent des gesamten Einkommensverlusts aus.

8. Zahlungen (entweder direkt oder im Rahmen einer finanziellen Beteiligung der öffentlichen Hand an Ernteversicherungsprogrammen) als Hilfe bei Naturkatastrophen

- a) Die Berechtigung zum Erhalt solcher Zahlungen entsteht nur nach förmlicher Anerkennung durch staatliche Behörden, daß eine Naturkatastrophe oder ein ähnliches Ereignis (einschließlich Ausbruch von Krankheiten, Schädlingsbefall, Nuklearunfälle und Krieg im Gebiet des betreffenden Mitglieds) eingetreten ist oder eintritt, sofern der Produktionsausfall 30 Prozent der durchschnittlichen Erzeugung des vorangegangenen Dreijahreszeitraums oder eines Dreijahresdurchschnitts unter Zugrundelegung des vorangegangenen Fünfjahreszeitraums nach Abzug des höchsten und des niedrigsten Ergebnisses überschreitet.

- b) Zahlungen aufgrund einer Naturkatastrophe betreffen lediglich Verluste an Einkommen, Vieh (einschließlich Aufwendungen für die tierärztliche Behandlung des Viehs), Grund und Boden oder anderen Produktionsfaktoren, die durch die betreffende Naturkatastrophe verursacht werden.
- c) Die Zahlungen gleichen höchstens die Gesamtkosten für den Ersatz solcher Verluste aus und sind nicht mit Auflagen bezüglich Art und Menge der künftigen Erzeugung verbunden.
- d) Während einer Naturkatastrophe geleistete Zahlungen dürfen nicht höher sein als notwendig, um weitere Verluste im Sinne des Buchstabens b) zu verhindern oder abzuschwächen.
- e) Erhält ein Erzeuger im selben Jahr Zahlungen aufgrund dieses Absatzes und des Absatzes 7 (Einkommensversicherungen und andere Einkommenssicherungsprogramme), so macht der Gesamtbetrag solcher Zahlungen weniger als 100 Prozent des gesamten Einkommensverlusts aus.
9. **Strukturanpassungshilfe in Form von Ruhestandsprogrammen für Erzeuger**
- a) Die Berechtigung zum Erhalt solcher Zahlungen wird anhand eindeutiger Kriterien festgelegt, die in Programmen zur Erleichterung des Übergangs von in der Landwirtschaft erwerbstätigen Personen in den Ruhestand oder ihres Wechsels in nichtlandwirtschaftliche Berufe enthalten sind.
- b) Voraussetzung für diese Zahlungen ist das vollständige und endgültige Ausscheiden des Empfängers aus der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit.
10. **Strukturanpassungshilfe in Form von Programmen zur Stilllegung von Ressourcen**
- a) Die Berechtigung zum Erhalt solcher Zahlungen wird anhand eindeutiger Kriterien festgelegt, die in Programmen zur Herausnahme von Flächen oder anderen Ressourcen einschließlich Vieh aus der marktfähigen landwirtschaftlichen Erzeugung enthalten sind.
- b) Voraussetzung für diese Zahlungen ist die Herausnahme von Flächen aus der marktfähigen landwirtschaftlichen Erzeugung für einen Zeitraum von mindestens drei Jahren und bei Vieh das Schlachten oder die endgültige Veräußerung.
- c) Die Zahlungen sind nicht an eine alternative Verwendung solcher Flächen oder anderen Ressourcen im Zusammenhang mit der Erzeugung marktfähiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse gebunden.
- d) Die Höhe solcher Zahlungen ist nicht abhängig von Art oder Menge der Erzeugung (einschließlich Großvieheinheiten) oder von internen oder internationalen Preisen für die Erzeugung, die mit den verbleibenden Flächen oder anderen Ressourcen erzielt wird.
11. **Strukturanpassungshilfe in Form von Investitionsbeihilfen**
- a) Die Berechtigung zum Erhalt solcher Zahlungen wird anhand eindeutiger Kriterien festgelegt, die in staatlichen Programmen zur finanziellen oder betrieblichen Umstrukturierung infolge objektiv nachgewiesener struktureller Nachteile enthalten sind. Die Berechtigung kann sich auch auf ein staatliches Programm zur Reprivatisierung von landwirtschaftlich genutzten Flächen stützen.
- b) Außer in den unter Buchstabe e) genannten Fällen ist die Höhe solcher Zahlungen in einem gegebenen Jahr nicht abhängig von oder bezogen auf Art oder Menge der Erzeugung (einschließlich

Großvieheinheiten) eines Erzeugers in einem beliebigen Jahr nach dem Bezugszeitraum.

- c) Die Höhe solcher Zahlungen in einem gegebenen Jahr ist nicht abhängig von den Preisen oder bezogen auf die Preise, die intern oder international in einem beliebigen Jahr nach dem Bezugszeitraum für eine Erzeugung praktiziert werden.
- d) Die Zahlungen werden nur für den zur Tätigkeit der betreffenden Investition notwendigen Zeitraum geleistet.
- e) Die Zahlungen sind in keiner Weise mit Auflagen oder Hinweisen bezüglich der von den Empfängern zu produzierenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse verbunden; jedoch kann die Einstellung der Erzeugung eines bestimmten Erzeugnisses verlangt werden.
- f) Die Zahlungen werden auf den Betrag begrenzt, der zum Ausgleich struktureller Nachteile notwendig ist.

12. Zahlungen im Rahmen von Umweltprogrammen

- a) Die Berechtigung zum Erhalt solcher Zahlungen wird anhand eindeutiger Bestimmungen in einem staatlichen Umwelt- oder Erhaltungsprogramm festgelegt und ist abhängig von der Erfüllung bestimmter Bedingungen dieses Programms einschließlich Bedingungen hinsichtlich der Erzeugungsmethoden oder Betriebsmittel.
- b) Die Höhe der Zahlungen ist auf die Sonderaufwendungen oder den Einkommensverlust infolge der Erfüllung des staatlichen Programms begrenzt.

13. Zahlungen im Rahmen von Regionalbeihilfenprogrammen

- a) Die Berechtigung zum Erhalt solcher Zahlungen ist auf Erzeuger in benachteiligten Regionen beschränkt. Eine solche Region muß ein eindeutig bezeichnetes zusammenhängendes geographisches Gebiet mit einer definierbaren wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Identität sein, das aufgrund neutraler und objektiver Kriterien, die in Rechtsvorschriften ausdrücklich festgelegt sind und aus denen hervorgehen muß, daß die Schwierigkeiten der Region nicht auf vorübergehende Umstände zurückzuführen sind, als benachteiligt angesehen wird.
- b) Die Höhe solcher Zahlungen in einem gegebenen Jahr ist nicht bezogen auf Art oder Menge der Erzeugung (einschließlich Großvieheinheiten) eines Erzeugers in einem beliebigen Jahr nach dem Bezugszeitraum, ausgenommen Faktoren, die diese Erzeugung verringern.
- c) Die Höhe solcher Zahlungen in einem gegebenen Jahr ist nicht abhängig von den Preisen oder bezogen auf die Preise, die intern oder international in einem beliebigen Jahr nach dem Bezugszeitraum für eine Erzeugung praktiziert werden.
- d) Diese Zahlungen stehen nur Erzeugern in den in Frage kommenden Regionen zur Verfügung, jedoch generell allen Erzeugern innerhalb dieser Regionen.
- e) Beziehen sich die Zahlungen auf Produktionsfaktoren, so werden sie degressiv oberhalb eines Schwellenwerts des betreffenden Faktors geleistet.
- f) Die Zahlungen sind auf die Sonderaufwendungen oder den Einkommensverlust infolge der landwirtschaftlichen Erzeugung in dem vorgeschriebenen Gebiet begrenzt.

ANHANG 3

INTERNE STÜTZUNG: BERECHNUNG DES AGGREGIERTEN STÜTZUNGSMASSES

1. Vorbehaltlich des Artikels 6 wird das aggregierte Stützungsmaß (AMS) auf produktspezifischer Grundlage für jedes landwirtschaftliche Grunderzeugnis berechnet, für das eine Marktpreisstützung, eine nicht ausgenommene Direktzahlung oder eine andere nicht von den Senkungsverpflichtungen ausgenommene Beihilfe ("andere nicht ausgenommene Maßnahme") gewährt wird. Alle nicht produktspezifischen Stützungsmaßnahmen werden in Geldwert ausgedrückt in einem nicht produktspezifischen AMS zusammengefaßt.
2. Beihilfen gemäß Absatz 1 schließen sowohl Haushaltsausgaben als auch Einnahmenverzicht der öffentlichen Hand ein.
3. Eingeschlossen sind Stützungsmaßnahmen auf nationaler und regionaler Ebene.
4. Von den Erzeugern gezahlte spezifische landwirtschaftliche Abschöpfungen oder Gebühren werden vom AMS abgezogen.
5. Das wie nachstehend angegeben für den Bezugszeitraum berechnet AMS bildet die Ausgangsbasis für die Durchführung der Senkungsverpflichtungen in bezug auf die interne Stützung.
6. Für jedes landwirtschaftliche Grunderzeugnis wird ein spezifisches AMS berechnet, das in Gesamtgeldwert ausgedrückt ist.
7. Das AMS wird so nah wie möglich an dem ersten Verkaufszeitpunkt des betreffenden landwirtschaftlichen Grunderzeugnisses berechnet. Maßnahmen zugunsten von Verarbeitern landwirtschaftlicher Erzeugnisse werden in dem Ausmaß einbezogen, in dem sie den Erzeugern der landwirtschaftlichen Grunderzeugnisse zugute kommen.
8. Marktpreisstützung: Zur Berechnung der Marktpreisstützung wird die Differenz zwischen einem festen externen Referenzpreis und dem angewendeten amtlich geregelten Preis mit der Erzeugungsmenge multipliziert, für die der amtlich geregelte Preis angewendet werden kann. Haushaltsausgaben zur Aufrechterhaltung dieser Differenz, wie Ankaufs- oder Lagerhaltungskosten, werden nicht in das AMS einbezogen.
9. Der feste externe Referenzpreis stützt sich auf die Jahre 1986 bis 1988 und ist in der Regel der durchschnittliche fob-Wert pro Einheit des betreffenden landwirtschaftlichen Grunderzeugnisses in einem Nettoausfuhrland und der durchschnittliche cif-Wert pro Einheit des betreffenden landwirtschaftlichen Grunderzeugnisses in einem Nettoeinfuhrland im Bezugszeitraum. Der feste Referenzpreis kann gegebenenfalls zur Berücksichtigung von Qualitätsunterschieden berichtigt werden.
10. Nicht ausgenommene Direktzahlungen: Zur Berechnung von nicht ausgenommenen Direktzahlungen, die auf einer Preisdifferenz beruhen, wird entweder die Differenz zwischen dem festen Referenzpreis und dem angewendeten amtlich geregelten Preis, multipliziert mit der Erzeugungsmenge, für die der amtlich geregelte Preis angewendet werden kann, oder die Höhe der Haushaltsausgaben zugrunde gelegt.
11. Der feste Referenzpreis stützt sich auf die Jahre 1986 bis 1988 und ist in der Regel der zur Festlegung der Zahlungsbeträge zugrunde gelegte tatsächliche Preis.
12. Zur Berechnung von nicht ausgenommenen Direktzahlungen, die sich auf andere Faktoren als den

Preis stützen, werden die Haushaltsausgaben zugrunde gelegt.

13. Andere nicht ausgenommene Maßnahmen einschließlich Beihilfen für Betriebsmittel und andere Maßnahmen, wie Maßnahmen zur Senkung der Vermarktungskosten: Zur Berechnung des Werts solcher Maßnahmen werden die Haushaltsausgaben oder, wenn die Haushaltsausgaben nicht das volle Ausmaß der betreffenden Beihilfen widerspiegeln, die Differenz zwischen dem Preis der subventionierten Ware oder Dienstleistung und einem repräsentativen Marktpreis für eine gleichartige Ware oder Dienstleistung, multipliziert mit der Menge der Ware oder Dienstleistung, zugrunde gelegt.

ANHANG 4

INTERNE STÜTZUNG: BERECHNUNG DES ÄQUIVALENTEN STÜTZUNGSMASSES

1. Vorbehaltlich des Artikels 6 wird das äquivalente Stützungsmaß für alle landwirtschaftlichen Grunderzeugnisse berechnet, für die eine Marktpreisstützung gemäß Anhang 3 gewährt wird, die Berechnung dieser Komponente des AMS jedoch nicht möglich ist. Für solche Erzeugnisse besteht die Ausgangsbasis für die Durchführung der Senkungsverpflichtungen in bezug auf die interne Stützung aus einer Marktpreisstützungskomponente, ausgedrückt als äquivalentes Stützungsmaß gemäß Absatz 2, sowie allen nicht ausgenommenen Direktzahlungen und anderen nicht ausgenommenen Maßnahmen, die gemäß Absatz 3 berechnet werden. Eingeschlossen sind Stützungsmaßnahmen auf nationaler und regionaler Ebene.
2. Das äquivalente Stützungsmaß gemäß Absatz 1 wird auf produktspezifischer Grundlage so nah wie möglich an dem ersten Verkaufszeitpunkt für alle landwirtschaftlichen Grunderzeugnisse berechnet, für die eine Marktpreisstützung gewährt wird, die Berechnung der Marktpreisstützungskomponente des AMS jedoch nicht möglich ist. Für solche landwirtschaftlichen Grunderzeugnisse wird das äquivalente Marktpreisstützungsmaß unter Zugrundelegung des amtlich geregelten Preises und der Erzeugungsmenge, für die dieser Preis angewendet werden kann, oder, wo dies nicht möglich ist, unter Zugrundelegung der zur Stützung des Erzeugerpreises getätigten Haushaltsausgaben berechnet.
3. Werden für in Absatz 1 erfaßte landwirtschaftliche Grunderzeugnisse nicht ausgenommene Direktzahlungen oder andere nicht von den Senkungsverpflichtungen ausgenommene produktspezifische Beihilfen gewährt, so wird das äquivalente Stützungsmaß für die betreffenden Maßnahmen anhand der Berechnungen für die entsprechenden AMS-Komponenten (siehe Anhang 3 Absätze 10 bis 13) festgelegt.
4. Das äquivalente Stützungsmaß wird anhand des Beihilfenbetrags so nah wie möglich an dem ersten Verkaufszeitpunkt des betreffenden landwirtschaftlichen Erzeugnisses berechnet. Maßnahmen zugunsten von Verarbeitern landwirtschaftlicher Erzeugnisse werden in dem Ausmaß einbezogen, in dem sie den Erzeugern der landwirtschaftlichen Grunderzeugnisse zugute kommen. Von den Erzeugern gezahlte spezifische landwirtschaftliche Abschöpfungen oder Gebühren vermindern das äquivalente Stützungsmaß um den entsprechenden Betrag.

ANHANG 5

BESONDERE BEHANDLUNG GEMÄSS ARTIKEL 4 ABSATZ 2

Abschnitt A

1. Artikel 4 Absatz 2 dieses Übereinkommens wird für landwirtschaftliche Grunderzeugnisse und die dazugehörigen Verarbeitungserzeugnisse und/oder Zubereitungen ("bezeichnete Erzeugnisse"), für welche die folgenden Bedingungen erfüllt sind, nicht mit Inkrafttreten des WTO-Abkommens wirksam (im folgenden "besondere Behandlung" genannt):

- a) die Einfuhren der bezeichneten Erzeugnisse betragen weniger als 3 Prozent des entsprechenden internen Verbrauchs im Bezugszeitraum 1986 bis 1988 ("Bezugszeitraum");
- b) für die bezeichneten Erzeugnisse sind seit Beginn des Bezugszeitraums keine Ausfuhrsubventionen gewährt worden;
- c) für das betreffende landwirtschaftliche Grunderzeugnis werden wirksame Erzeugungsbegrenzungsmaßnahmen angewendet;
- d) diese Erzeugnisse sind in Teil I Abschnitt 1B der Liste eines Mitglieds im Anhang zum Protokoll von Marrakesch mit dem Symbol "ST-Anhang 5" als Erzeugnisse gekennzeichnet, die der besonderen Behandlung aufgrund von nicht handelsbezogenen Anliegen, wie Ernährungssicherung und Umweltschutz, unterliegen;
- e) der in Teil I Abschnitt 1B der Liste des betreffenden Mitglieds festgelegte Mindestmarktzugang für die bezeichneten Erzeugnisse entspricht vom Beginn des ersten Jahres des Durchführungszeitraums an 4 Prozent des internen Verbrauchs der bezeichneten Erzeugnisse im Bezugszeitraum und wird im restlichen Durchführungszeitraum jährlich um 0,8 Prozent des entsprechenden internen Verbrauchs im Bezugszeitraum angehoben.

2. Zu Beginn eines jeden Jahres des Durchführungszeitraums kann ein Mitglied die besondere Behandlung für ein bezeichnetes Erzeugnis nach Maßgabe des Absatzes 6 einstellen. In diesem Fall gewährt das betreffende Mitglied weiterhin den zu diesem Zeitpunkt bereits gewährten Mindestmarktzugang und erhöht diesen im restlichen Durchführungszeitraum jährlich um 0,4 Prozent des entsprechenden internen Verbrauchs im Bezugszeitraum. Danach wird der Mindestmarktzugang, der nach dieser Formel für das letzte Jahr des Durchführungszeitraums berechnet wird, in der Liste des betreffenden Mitglieds gebunden.

3. Verhandlungen über eine mögliche Fortsetzung der besonderen Behandlung nach Absatz 1 nach dem Ende des Durchführungszeitraums werden innerhalb des Durchführungszeitraums als Teil der Verhandlungen nach Artikel 20 dieses Übereinkommens unter Berücksichtigung der nicht handelsbezogenen Anliegen abgeschlossen.

4. Wird in den in Absatz 3 erwähnten Verhandlungen Einigung darüber erzielt, daß ein Mitglied die besondere Behandlung fortsetzen darf, so gewährt dieses Mitglied zusätzliche und annehmbare Zugeständnisse, die in diesen Verhandlungen festgelegt werden.

5. Darf die besondere Behandlung nach dem Ende des Durchführungszeitraums nicht fortgesetzt werden, so wendet das betreffende Mitglied Absatz 6 an. In diesem Fall wird nach dem Ende des Durchführungszeitraums der Mindestmarktzugang für die bezeichneten Erzeugnisse in Höhe von 8 Prozent des entsprechenden internen Verbrauchs im Bezugszeitraum in der Liste des betreffenden Mitglieds gebunden.

6. Grenzmaßnahmen, die keine Zölle im eigentlichen Sinn darstellen und für die bezeichneten Erzeugnisse aufrechterhalten werden, unterliegen ab dem Beginn des Jahres, in dem die besondere Behandlung eingestellt wird, Artikel 4 Absatz 2 dieses Übereinkommens. Die betreffenden Erzeugnisse unterliegen ab dem Beginn des Jahres, in dem die besondere Behandlung eingestellt wird, Zöllen im eigentlichen Sinne, die in der Liste des betreffenden Mitglieds gebunden werden und deren Sätze so festgesetzt werden, als ob während des Durchführungszeitraums eine Senkung von mindestens 15 Prozent in gleichen jährlichen Stufen durchgeführt worden wäre. Diese Zölle werden unter Zugrundlegung von Zolläquivalenten festgesetzt, die gemäß den Richtlinien in der Anlage zu diesem Anhang berechnet werden.

Abschnitt B

7. Artikel 4 Absatz 2 wird ferner für ein landwirtschaftliches Grunderzeugnis, der das Hauptprodukt der traditionellen Ernährung eines Entwicklungsland-Mitglieds darstellt und für das zusätzlich zu den in Absatz 1 Buchstaben a) bis d) aufgeführten Bedingungen die folgenden Bedingungen erfüllt sind, nicht mit Inkrafttreten des WTO-Abkommens wirksam:

a) der in Teil I Abschnitt 1B der Liste des betreffenden Entwicklungsland-Mitglieds angegebene Mindestmarktzugang für die betreffenden Erzeugnisse entspricht vom Beginn des ersten Jahres des Durchführungszeitraums an 1 Prozent des internen Verbrauchs der betreffenden Erzeugnisse im Bezugszeitraum und wird in gleichen jährlichen Stufen auf 2 Prozent des entsprechenden internen Verbrauchs im Bezugszeitraum zu Beginn des fünften Jahres des Durchführungszeitraums angehoben. Vom Beginn des sechsten Jahres des Durchführungszeitraums an entspricht der Mindestmarktzugang für die betreffenden Erzeugnisse 2 Prozent des entsprechenden internen Verbrauchs im Bezugszeitraum und wird bis zum Anfang des zehnten Jahres in gleichen jährlichen Stufen auf 4 Prozent des entsprechenden internen Verbrauchs im Bezugszeitraum angehoben. Danach wird der Mindestmarktzugang, das nach dieser Formel für das zehnte Jahr berechnet wird, in der Liste des betreffenden Entwicklungsland-Mitglieds gebunden;

b) bei anderen unter dieses Übereinkommen fallenden Erzeugnissen wird ein angemessener Marktzugang gewährt.

8. Verhandlungen über eine Fortsetzung der besonderen Behandlung nach dem Ende des zehnten Jahres des Durchführungszeitraums gemäß Absatz 7 werden innerhalb des zehnten Jahres nach Beginn des Durchführungszeitraums eingeleitet und abgeschlossen.

9. Wird in den in Absatz 3 erwähnten Verhandlungen Einigung darüber erzielt wird, daß ein Mitglied die besondere Behandlung fortsetzen darf, so gewährt dieses Mitglied zusätzliche und annehmbare Zugeständnisse, dsie in diesen Verhandlung festgelegt werden.

10. Darf diese besondere Behandlung gemäß Absatz 7 nach dem Ende des zehnten Jahres des Durchführungszeitraums nicht fortgesetzt werden, so unterliegen die betreffenden Erzeugnisse Zöllen im eigentlichen Sinne, die unter Zugrundlegung von gemäß den Richtlinien in der Anlage zu diesem Anhang berechneten Zolläquivalenten festgesetzt und in der Liste des betreffenden Mitglieds gebunden werden. Ansonsten gilt vorbehaltlich der besonderen und differenzierte Behandlung, die Entwicklungsland-Mitgliedern nach diesem Übereinkommen gewährt wird, Absatz 6.

Anlage zu Anhang 5

Richtlinien für die Berechnung von Zolläquivalenten für die Zwecke der Absätze 6 und 10 dieses Anhangs

1. Die Berechnung von als Wertzölle oder spezifische Zölle ausgedrückten Zolläquivalenten erfolgt auf transparente Weise unter Zugrundelegung der tatsächlichen Differenz zwischen internen und externen Preisen. Zugrunde gelegt werden die Zahlen der Jahre 1986 bis 1988. Die Zolläquivalente
 - a) werden in erster Linie für die vierstelligen HS-Nummern berechnet;
 - b) werden, soweit zweckdienlich, für sechsstellige HS-Nummern oder für darüber hinausgehende Unterteilungen berechnet;
 - c) werden in der Regel für Verarbeitungserzeugnisse und/oder Zubereitungen berechnet, indem das spezifische Zolläquivalent für ein landwirtschaftliches Grunderzeugnis mit dem wertmäßigen oder mengenmäßigen Anteil des betreffenden landwirtschaftlichen Grunderzeugnisses an einem Verarbeitungserzeugnis oder einer Zubereitung multipliziert wird, wobei gegebenenfalls zusätzliche Elemente des Schutzes des betreffenden Wirtschaftszweigs in Betracht gezogen werden.
2. Die externen Preise sind in der Regel die tatsächlichen durchschnittlichen cif-Werte pro Einheit im Einfuhrland. Falls die durchschnittlichen cif-Werte pro Einheit nicht zur Verfügung stehen oder ungeeignet sind, sind externe Preise entweder:
 - a) geeignete durchschnittliche cif-Werte pro Einheit in einem nahegelegenen Land;
oder
 - b) Schätzwerte unter Zugrundelegung des durchschnittlichen fob-Werts pro Einheit in einem geeigneten Hauptausfuhrland, die durch Hinzurechnung von geschätzten Versicherungs-, Fracht- und verwandten Kosten für das Einfuhrland berichtigt werden.
3. Die externen Preise werden in der Regel unter Zugrundelegung des Jahresdurchschnitts der Wechselkurse in dem für die Preisangaben herangezogenen Zeitraum in die Landeswährung umgerechnet,
4. Der interne Preis ist in der Regel ein repräsentativer Großhandelspreis am Binnenmarkt oder, wenn keine geeigneten Angaben vorliegen, ein geschätzter Preis auf der genannten Stufe.
5. Die ursprünglichen Zolläquivalente können, wenn notwendig, unter Verwendung eines geeigneten Koeffizienten berichtigt werden, um Qualitäts- oder Sortenunterschieden Rechnung zu tragen.
6. Ist ein nach diesen Richtlinien berechnetes Zolläquivalent negativ oder niedriger als der jeweilige gebundene Zollsatz, so kann das Ausgangszolläquivalent in der Höhe des gebundenen Zollsatzes oder auf der Grundlage von internen Angeboten für dieses Erzeugnis festgesetzt werden.
7. Wenn die Höhe eines nach diesen Richtlinien berechneten Zolläquivalents berichtigt wird, räumt das betreffende Mitglied auf Ersuchen jede Gelegenheit zu Konsultationen im Hinblick auf die Aushandlung geeigneter Lösungen ein.

AGREEMENT ON AGRICULTURE

Members,

Having decided to establish a basis for initiating a process of reform of trade in agriculture in line with the objectives of the negotiations as set out in the Punta del Este Declaration;

Recalling that their long-term objective as agreed at the Mid-Term Review of the Uruguay Round "is to establish a fair and market-oriented agricultural trading system and that a reform process should be initiated through the negotiation of commitments on support and protection and through the establishment of strengthened and more operationally effective GATT rules and disciplines";

Recalling further that "the above-mentioned long-term objective is to provide for substantial progressive reductions in agricultural support and protection sustained over an agreed period of time, resulting in correcting and preventing restrictions and distortions in world agricultural markets";

Committed to achieving specific binding commitments in each of the following areas: market access; domestic support; export competition; and to reaching an agreement on sanitary and phytosanitary issues;

Having agreed that in implementing their commitments on market access, developed country Members would take fully into account the particular needs and conditions of developing country Members by providing for a greater improvement of opportunities and terms of access for agricultural products of particular interest to these Members, including the fullest liberalization of trade in tropical agricultural products as agreed at the Mid-Term Review, and for products of particular importance to the diversification of production from the growing of illicit narcotic crops;

Noting that commitments under the reform programme should be made in an equitable way among all Members, having regard to non-trade concerns, including food security and the need to protect the environment; having regard to the agreement that special and differential treatment for developing countries is an integral element of the negotiations, and taking into account the possible negative effects of the implementation of the reform programme on least-developed and net food-importing developing countries;

Hereby *agree* as follows:

Part I

Article 1

Definition of Terms

In this Agreement, unless the context otherwise requires:

- (a) "Aggregate Measurement of Support" and "AMS" mean the annual level of support, expressed in monetary terms, provided for an agricultural product in favour of the producers of the basic agricultural product or non-product-specific support provided in favour of agricultural producers in general, other than support provided under programmes that qualify as exempt from reduction under Annex 2 to this Agreement, which is:

- (i) with respect to support provided during the base period, specified in the relevant tables of supporting material incorporated by reference in Part IV of a Member's Schedule; and
 - (ii) with respect to support provided during any year of the implementation period and thereafter, calculated in accordance with the provisions of Annex 3 of this Agreement and taking into account the constituent data and methodology used in the tables of supporting material incorporated by reference in Part IV of the Member's Schedule;
- (b) "basic agricultural product" in relation to domestic support commitments is defined as the product as close as practicable to the point of first sale as specified in a Member's Schedule and in the related supporting material;
- (c) "budgetary outlays" or "outlays" includes revenue foregone;
- (d) "Equivalent Measurement of Support" means the annual level of support, expressed in monetary terms, provided to producers of a basic agricultural product through the application of one or more measures, the calculation of which in accordance with the AMS methodology is impracticable, other than support provided under programmes that qualify as exempt from reduction under Annex 2 to this Agreement, and which is:
- (i) with respect to support provided during the base period, specified in the relevant tables of supporting material incorporated by reference in Part IV of a Member's Schedule; and
 - (ii) with respect to support provided during any year of the implementation period and thereafter, calculated in accordance with the provisions of Annex 4 of this Agreement and taking into account the constituent data and methodology used in the tables of supporting material incorporated by reference in Part IV of the Member's Schedule;
- (e) "export subsidies" refers to subsidies contingent upon export performance, including the export subsidies listed in Article 9 of this Agreement;
- (f) "implementation period" means the six-year period commencing in the year 1995, except that, for the purposes of Article 13, it means the nine-year period commencing in 1995;
- (g) "market access concessions" includes all market access commitments undertaken pursuant to this Agreement;
- (h) "Total Aggregate Measurement of Support" and "Total AMS" mean the sum of all domestic support provided in favour of agricultural producers, calculated as the sum of all aggregate measurements of support for basic agricultural products, all non-product-specific aggregate measurements of support and all equivalent measurements of support for agricultural products, and which is:
- (i) with respect to support provided during the base period (i.e. the "Base Total AMS") and the maximum support permitted to be provided during any year of the implementation period or thereafter (i.e. the "Annual and Final Bound Commitment Levels"), as specified in Part IV of a Member's Schedule; and

- (ii) with respect to the level of support actually provided during any year of the implementation period and thereafter (i.e. the "Current Total AMS"), calculated in accordance with the provisions of this Agreement, including Article 6, and with the constituent data and methodology used in the tables of supporting material incorporated by reference in Part IV of the Member's Schedule;
- (i) "year" in paragraph (f) above and in relation to the specific commitments of a Member refers to the calendar, financial or marketing year specified in the Schedule relating to that Member.

Article 2

Product Coverage

This Agreement applies to the products listed in Annex 1 to this Agreement, hereinafter referred to as agricultural products.

Part II

Article 3

Incorporation of Concessions and Commitments

1. The domestic support and export subsidy commitments in Part IV of each Member's Schedule constitute commitments limiting subsidization and are hereby made an integral part of GATT 1994.
2. Subject to the provisions of Article 6, a Member shall not provide support in favour of domestic producers in excess of the commitment levels specified in Section I of Part IV of its Schedule.
3. Subject to the provisions of paragraphs 2(b) and 4 of Article 9, a Member shall not provide export subsidies listed in paragraph 1 of Article 9 in respect of the agricultural products or groups of products specified in Section II of Part IV of its Schedule in excess of the budgetary outlay and quantity commitment levels specified therein and shall not provide such subsidies in respect of any agricultural product not specified in that Section of its Schedule.

Part III

Article 4

Market Access

1. Market access concessions contained in Schedules relate to bindings and reductions of tariffs, and to other market access commitments as specified therein.
2. Members shall not maintain, resort to, or revert to any measures of the kind which have been required to be converted into ordinary customs duties¹, except as otherwise provided for in Article 5 and Annex 5.

¹ These measures include quantitative import restrictions, variable import levies, minimum import prices, discretionary import licensing, non-tariff measures maintained through state-trading enterprises, voluntary export restraints, and similar border measures other than ordinary customs duties, whether or not the measures are maintained under country-specific

*Article 5**Special Safeguard Provisions*

1. Notwithstanding the provisions of paragraph 1(b) of Article II of GATT 1994, any Member may take recourse to the provisions of paragraphs 4 and 5 below in connection with the importation of an agricultural product, in respect of which measures referred to in paragraph 2 of Article 4 of this Agreement have been converted into an ordinary customs duty and which is designated in its Schedule with the symbol "SSG" as being the subject of a concession in respect of which the provisions of this Article may be invoked, if:

- (a) the volume of imports of that product entering the customs territory of the Member granting the concession during any year exceeds a trigger level which relates to the existing market access opportunity as set out in paragraph 4; or, but not concurrently:
- (b) the price at which imports of that product may enter the customs territory of the Member granting the concession, as determined on the basis of the c.i.f. import price of the shipment concerned expressed in terms of its domestic currency, falls below a trigger price equal to the average 1986 to 1988 reference price² for the product concerned.

2. Imports under current and minimum access commitments established as part of a concession referred to in paragraph 1 above shall be counted for the purpose of determining the volume of imports required for invoking the provisions of subparagraph 1(a) and paragraph 4, but imports under such commitments shall not be affected by any additional duty imposed under either subparagraph 1(a) and paragraph 4 or subparagraph 1(b) and paragraph 5 below.

3. Any supplies of the product in question which were *en route* on the basis of a contract settled before the additional duty is imposed under subparagraph 1(a) and paragraph 4 shall be exempted from any such additional duty, provided that they may be counted in the volume of imports of the product in question during the following year for the purposes of triggering the provisions of subparagraph 1(a) in that year.

4. Any additional duty imposed under subparagraph 1(a) shall only be maintained until the end of the year in which it has been imposed, and may only be levied at a level which shall not exceed one third of the level of the ordinary customs duty in effect in the year in which the action is taken. The trigger level shall be set according to the following schedule based on market access opportunities defined as imports as a percentage of the corresponding domestic consumption³ during the three preceding years for which data are available:

- (a) where such market access opportunities for a product are less than or equal to 10 per cent, the base trigger level shall equal 125 per cent;

derogations from the provisions of GATT 1947, but not measures maintained under balance-of-payments provisions or under other general, non-agriculture-specific provisions of GATT 1994 or of the other Multilateral Trade Agreements in Annex 1A to the WTO Agreement.

² The reference price used to invoke the provisions of this subparagraph shall, in general, be the average c.i.f. unit value of the product concerned, or otherwise shall be an appropriate price in terms of the quality of the product and its stage of processing. It shall, following its initial use, be publicly specified and available to the extent necessary to allow other Members to assess the additional duty that may be levied.

³ Where domestic consumption is not taken into account, the base trigger level under subparagraph 4(a) shall apply.

- (b) where such market access opportunities for a product are greater than 10 per cent but less than or equal to 30 per cent, the base trigger level shall equal 110 per cent;
- (c) where such market access opportunities for a product are greater than 30 per cent, the base trigger level shall equal 105 per cent.

In all cases the additional duty may be imposed in any year where the absolute volume of imports of the product concerned entering the customs territory of the Member granting the concession exceeds the sum of (x) the base trigger level set out above multiplied by the average quantity of imports during the three preceding years for which data are available and (y) the absolute volume change in domestic consumption of the product concerned in the most recent year for which data are available compared to the preceding year, provided that the trigger level shall not be less than 105 per cent of the average quantity of imports in (x) above.

5. The additional duty imposed under subparagraph 1(b) shall be set according to the following schedule:

- (a) if the difference between the c.i.f. import price of the shipment expressed in terms of the domestic currency (hereinafter referred to as the "import price") and the trigger price as defined under that subparagraph is less than or equal to 10 per cent of the trigger price, no additional duty shall be imposed;
- (b) if the difference between the import price and the trigger price (hereinafter referred to as the "difference") is greater than 10 per cent but less than or equal to 40 per cent of the trigger price, the additional duty shall equal 30 per cent of the amount by which the difference exceeds 10 per cent;
- (c) if the difference is greater than 40 per cent but less than or equal to 60 per cent of the trigger price, the additional duty shall equal 50 per cent of the amount by which the difference exceeds 40 per cent, plus the additional duty allowed under (b);
- (d) if the difference is greater than 60 per cent but less than or equal to 75 per cent, the additional duty shall equal 70 per cent of the amount by which the difference exceeds 60 per cent of the trigger price, plus the additional duties allowed under (b) and (c);
- (e) if the difference is greater than 75 per cent of the trigger price, the additional duty shall equal 90 per cent of the amount by which the difference exceeds 75 per cent, plus the additional duties allowed under (b), (c) and (d).

6. For perishable and seasonal products, the conditions set out above shall be applied in such a manner as to take account of the specific characteristics of such products. In particular, shorter time periods under subparagraph 1(a) and paragraph 4 may be used in reference to the corresponding periods in the base period and different reference prices for different periods may be used under subparagraph 1(b).

7. The operation of the special safeguard shall be carried out in a transparent manner. Any Member taking action under subparagraph 1(a) above shall give notice in writing, including relevant data, to the Committee on Agriculture as far in advance as may be practicable and in any event within 10 days of the implementation of such action. In cases where changes in consumption volumes must be allocated to individual tariff lines subject to action under paragraph 4, relevant data shall include the information and methods used to allocate these changes. A Member taking action under paragraph 4 shall afford any interested Members the opportunity to consult with it in respect of the conditions of application of such action. Any Member taking action under subparagraph 1(b) above shall give notice

in writing, including relevant data, to the Committee on Agriculture within 10 days of the implementation of the first such action or, for perishable and seasonal products, the first action in any period. Members undertake, as far as practicable, not to take recourse to the provisions of subparagraph 1(b) where the volume of imports of the products concerned are declining. In either case a Member taking such action shall afford any interested Members the opportunity to consult with it in respect of the conditions of application of such action.

8. Where measures are taken in conformity with paragraphs 1 through 7 above, Members undertake not to have recourse, in respect of such measures, to the provisions of paragraphs 1(a) and 3 of Article XIX of GATT 1994 or paragraph 2 of Article 8 of the Agreement on Safeguards.

9. The provisions of this Article shall remain in force for the duration of the reform process as determined under Article 20.

Part IV

Article 6

Domestic Support Commitments

1. The domestic support reduction commitments of each Member contained in Part IV of its Schedule shall apply to all of its domestic support measures in favour of agricultural producers with the exception of domestic measures which are not subject to reduction in terms of the criteria set out in this Article and in Annex 2 to this Agreement. The commitments are expressed in terms of Total Aggregate Measurement of Support and "Annual and Final Bound Commitment Levels".

2. In accordance with the Mid-Term Review Agreement that government measures of assistance, whether direct or indirect, to encourage agricultural and rural development are an integral part of the development programmes of developing countries, investment subsidies which are generally available to agriculture in developing country Members and agricultural input subsidies generally available to low-income or resource-poor producers in developing country Members shall be exempt from domestic support reduction commitments that would otherwise be applicable to such measures, as shall domestic support to producers in developing country Members to encourage diversification from growing illicit narcotic crops. Domestic support meeting the criteria of this paragraph shall not be required to be included in a Member's calculation of its Current Total AMS.

3. A Member shall be considered to be in compliance with its domestic support reduction commitments in any year in which its domestic support in favour of agricultural producers expressed in terms of Current Total AMS does not exceed the corresponding annual or final bound commitment level specified in Part IV of the Member's Schedule.

4. (a) A Member shall not be required to include in the calculation of its Current Total AMS and shall not be required to reduce:
- (i) product-specific domestic support which would otherwise be required to be included in a Member's calculation of its Current AMS where such support does not exceed 5 per cent of that Member's total value of production of a basic agricultural product during the relevant year; and
 - (ii) non-product-specific domestic support which would otherwise be required to be included in a Member's calculation of its Current AMS where such support does not exceed 5 per cent of the value of that Member's total agricultural production.

- (b) For developing country Members, the *de minimis* percentage under this paragraph shall be 10 per cent.
5. (a) Direct payments under production-limiting programmes shall not be subject to the commitment to reduce domestic support if:
- (i) such payments are based on fixed area and yields; or
 - (ii) such payments are made on 85 per cent or less of the base level of production; or
 - (iii) livestock payments are made on a fixed number of head.
- (b) The exemption from the reduction commitment for direct payments meeting the above criteria shall be reflected by the exclusion of the value of those direct payments in a Member's calculation of its Current Total AMS.

Article 7

General Disciplines on Domestic Support

1. Each Member shall ensure that any domestic support measures in favour of agricultural producers which are not subject to reduction commitments because they qualify under the criteria set out in Annex 2 to this Agreement are maintained in conformity therewith.
2. (a) Any domestic support measure in favour of agricultural producers, including any modification to such measure, and any measure that is subsequently introduced that cannot be shown to satisfy the criteria in Annex 2 to this Agreement or to be exempt from reduction by reason of any other provision of this Agreement shall be included in the Member's calculation of its Current Total AMS.
- (b) Where no Total AMS commitment exists in Part IV of a Member's Schedule, the Member shall not provide support to agricultural producers in excess of the relevant *de minimis* level set out in paragraph 4 of Article 6.

Part V

Article 8

Export Competition Commitments

Each Member undertakes not to provide export subsidies otherwise than in conformity with this Agreement and with the commitments as specified in that Member's Schedule.

Article 9

Export Subsidy Commitments

1. The following export subsidies are subject to reduction commitments under this Agreement:

- (a) the provision by governments or their agencies of direct subsidies, including payments-in-kind, to a firm, to an industry, to producers of an agricultural product, to a cooperative or other association of such producers, or to a marketing board, contingent on export performance;
 - (b) the sale or disposal for export by governments or their agencies of non-commercial stocks of agricultural products at a price lower than the comparable price charged for the like product to buyers in the domestic market;
 - (c) payments on the export of an agricultural product that are financed by virtue of governmental action, whether or not a charge on the public account is involved, including payments that are financed from the proceeds of a levy imposed on the agricultural product concerned or on an agricultural product from which the exported product is derived;
 - (d) the provision of subsidies to reduce the costs of marketing exports of agricultural products (other than widely available export promotion and advisory services) including handling, upgrading and other processing costs, and the costs of international transport and freight;
 - (e) internal transport and freight charges on export shipments, provided or mandated by governments, on terms more favourable than for domestic shipments;
 - (f) subsidies on agricultural products contingent on their incorporation in exported products.
2. (a) Except as provided in subparagraph (b), the export subsidy commitment levels for each year of the implementation period, as specified in a Member's Schedule, represent with respect to the export subsidies listed in paragraph 1 of this Article:
- (i) in the case of budgetary outlay reduction commitments, the maximum level of expenditure for such subsidies that may be allocated or incurred in that year in respect of the agricultural product, or group of products, concerned; and
 - (ii) in the case of export quantity reduction commitments, the maximum quantity of an agricultural product, or group of products, in respect of which such export subsidies may be granted in that year.
- (b) In any of the second through fifth years of the implementation period, a Member may provide export subsidies listed in paragraph 1 above in a given year in excess of the corresponding annual commitment levels in respect of the products or groups of products specified in Part IV of the Member's Schedule, provided that:
- (i) the cumulative amounts of budgetary outlays for such subsidies, from the beginning of the implementation period through the year in question, does not exceed the cumulative amounts that would have resulted from full compliance with the relevant annual outlay commitment levels specified in the Member's Schedule by more than 3 per cent of the base period level of such budgetary outlays;
 - (ii) the cumulative quantities exported with the benefit of such export subsidies, from the beginning of the implementation period through the year in question, does not exceed the cumulative quantities that would have resulted from full compliance with the relevant annual quantity commitment levels specified in

the Member's Schedule by more than 1.75 per cent of the base period quantities;

- (iii) the total cumulative amounts of budgetary outlays for such export subsidies and the quantities benefiting from such export subsidies over the entire implementation period are no greater than the totals that would have resulted from full compliance with the relevant annual commitment levels specified in the Member's Schedule; and
- (iv) the Member's budgetary outlays for export subsidies and the quantities benefiting from such subsidies, at the conclusion of the implementation period, are no greater than 64 per cent and 79 per cent of the 1986-1990 base period levels, respectively. For developing country Members these percentages shall be 76 and 86 per cent, respectively.

3. Commitments relating to limitations on the extension of the scope of export subsidization are as specified in Schedules.

4. During the implementation period, developing country Members shall not be required to undertake commitments in respect of the export subsidies listed in subparagraphs (d) and (e) of paragraph 1 above, provided that these are not applied in a manner that would circumvent reduction commitments.

Article 10

Prevention of Circumvention of Export Subsidy Commitments

1. Export subsidies not listed in paragraph 1 of Article 9 shall not be applied in a manner which results in, or which threatens to lead to, circumvention of export subsidy commitments; nor shall non-commercial transactions be used to circumvent such commitments.

2. Members undertake to work toward the development of internationally agreed disciplines to govern the provision of export credits, export credit guarantees or insurance programmes and, after agreement on such disciplines, to provide export credits, export credit guarantees or insurance programmes only in conformity therewith.

3. Any Member which claims that any quantity exported in excess of a reduction commitment level is not subsidized must establish that no export subsidy, whether listed in Article 9 or not, has been granted in respect of the quantity of exports in question.

4. Members donors of international food aid shall ensure:

- (a) that the provision of international food aid is not tied directly or indirectly to commercial exports of agricultural products to recipient countries;
- (b) that international food aid transactions, including bilateral food aid which is monetized, shall be carried out in accordance with the FAO "Principles of Surplus Disposal and Consultative Obligations", including, where appropriate, the system of Usual Marketing Requirements (UMRs); and
- (c) that such aid shall be provided to the extent possible in fully grant form or on terms no less concessional than those provided for in Article IV of the Food Aid Convention 1986.

*Article 11**Incorporated Products*

In no case may the per-unit subsidy paid on an incorporated agricultural primary product exceed the per-unit export subsidy that would be payable on exports of the primary product as such.

*Part VI**Article 12**Disciplines on Export Prohibitions and Restrictions*

1. Where any Member institutes any new export prohibition or restriction on foodstuffs in accordance with paragraph 2(a) of Article XI of GATT 1994, the Member shall observe the following provisions:

- (a) the Member instituting the export prohibition or restriction shall give due consideration to the effects of such prohibition or restriction on importing Members' food security;
- (b) before any Member institutes an export prohibition or restriction, it shall give notice in writing, as far in advance as practicable, to the Committee on Agriculture comprising such information as the nature and the duration of such measure, and shall consult, upon request, with any other Member having a substantial interest as an importer with respect to any matter related to the measure in question. The Member instituting such export prohibition or restriction shall provide, upon request, such a Member with necessary information.

2. The provisions of this Article shall not apply to any developing country Member, unless the measure is taken by a developing country Member which is a net-food exporter of the specific foodstuff concerned.

*Part VII**Article 13**Due Restraint*

During the implementation period, notwithstanding the provisions of GATT 1994 and the Agreement on Subsidies and Countervailing Measures (referred to in this Article as the "Subsidies Agreement"):

- (a) domestic support measures that conform fully to the provisions of Annex 2 to this Agreement shall be:
 - (i) non-actionable subsidies for purposes of countervailing duties⁴;

⁴"Countervailing duties" where referred to in this Article are those covered by Article VI of GATT 1994 and Part V of the Agreement on Subsidies and Countervailing Measures.

- (ii) exempt from actions based on Article XVI of GATT 1994 and Part III of the Subsidies Agreement; and
 - (iii) exempt from actions based on non-violation nullification or impairment of the benefits of tariff concessions accruing to another Member under Article II of GATT 1994, in the sense of paragraph 1(b) of Article XXIII of GATT 1994;
- (b) domestic support measures that conform fully to the provisions of Article 6 of this Agreement including direct payments that conform to the requirements of paragraph 5 thereof, as reflected in each Member's Schedule, as well as domestic support within *de minimis* levels and in conformity with paragraph 2 of Article 6, shall be:
- (i) exempt from the imposition of countervailing duties unless a determination of injury or threat thereof is made in accordance with Article VI of GATT 1994 and Part V of the Subsidies Agreement, and due restraint shall be shown in initiating any countervailing duty investigations;
 - (ii) exempt from actions based on paragraph 1 of Article XVI of GATT 1994 or Articles 5 and 6 of the Subsidies Agreement, provided that such measures do not grant support to a specific commodity in excess of that decided during the 1992 marketing year; and
 - (iii) exempt from actions based on non-violation nullification or impairment of the benefits of tariff concessions accruing to another Member under Article II of GATT 1994, in the sense of paragraph 1(b) of Article XXIII of GATT 1994, provided that such measures do not grant support to a specific commodity in excess of that decided during the 1992 marketing year;
- (c) export subsidies that conform fully to the provisions of Part V of this Agreement, as reflected in each Member's Schedule, shall be:
- (i) subject to countervailing duties only upon a determination of injury or threat thereof based on volume, effect on prices, or consequent impact in accordance with Article VI of GATT 1994 and Part V of the Subsidies Agreement, and due restraint shall be shown in initiating any countervailing duty investigations; and
 - (ii) exempt from actions based on Article XVI of GATT 1994 or Articles 3, 5 and 6 of the Subsidies Agreement.

Part VIII

Article 14

Sanitary and Phytosanitary Measures

Members agree to give effect to the Agreement on the Application of Sanitary and Phytosanitary Measures.

*Part IX**Article 15**Special and Differential Treatment*

1. In keeping with the recognition that differential and more favourable treatment for developing country Members is an integral part of the negotiation, special and differential treatment in respect of commitments shall be provided as set out in the relevant provisions of this Agreement and embodied in the Schedules of concessions and commitments.
2. Developing country Members shall have the flexibility to implement reduction commitments over a period of up to 10 years. Least-developed country Members shall not be required to undertake reduction commitments.

*Part X**Article 16**Least-Developed and Net Food-Importing Developing Countries*

1. Developed country Members shall take such action as is provided for within the framework of the Decision on Measures Concerning the Possible Negative Effects of the Reform Programme on Least-Developed and Net Food-Importing Developing Countries.
2. The Committee on Agriculture shall monitor, as appropriate, the follow-up to this Decision.

*Part XI**Article 17**Committee on Agriculture*

A Committee on Agriculture is hereby established.

*Article 18**Review of the Implementation of Commitments*

1. Progress in the implementation of commitments negotiated under the Uruguay Round reform programme shall be reviewed by the Committee on Agriculture.
2. The review process shall be undertaken on the basis of notifications submitted by Members in relation to such matters and at such intervals as shall be determined, as well as on the basis of such documentation as the Secretariat may be requested to prepare in order to facilitate the review process.
3. In addition to the notifications to be submitted under paragraph 2, any new domestic support measure, or modification of an existing measure, for which exemption from reduction is claimed shall be notified promptly. This notification shall contain details of the new or modified measure and its conformity with the agreed criteria as set out either in Article 6 or in Annex 2.
4. In the review process Members shall give due consideration to the influence of excessive rates of inflation on the ability of any Member to abide by its domestic support commitments.

5. Members agree to consult annually in the Committee on Agriculture with respect to their participation in the normal growth of world trade in agricultural products within the framework of the commitments on export subsidies under this Agreement.
6. The review process shall provide an opportunity for Members to raise any matter relevant to the implementation of commitments under the reform programme as set out in this Agreement.
7. Any Member may bring to the attention of the Committee on Agriculture any measure which it considers ought to have been notified by another Member.

Article 19

Consultation and Dispute Settlement

The provisions of Articles XXII and XXIII of GATT 1994, as elaborated and applied by the Dispute Settlement Understanding, shall apply to consultations and the settlement of disputes under this Agreement.

Part XII

Article 20

Continuation of the Reform Process

Recognizing that the long-term objective of substantial progressive reductions in support and protection resulting in fundamental reform is an ongoing process, Members agree that negotiations for continuing the process will be initiated one year before the end of the implementation period, taking into account:

- (a) the experience to that date from implementing the reduction commitments;
- (b) the effects of the reduction commitments on world trade in agriculture;
- (c) non-trade concerns, special and differential treatment to developing country Members, and the objective to establish a fair and market-oriented agricultural trading system, and the other objectives and concerns mentioned in the preamble to this Agreement; and
- (d) what further commitments are necessary to achieve the above mentioned long-term objectives.

Part XIII

Article 21

Final Provisions

1. The provisions of GATT 1994 and of other Multilateral Trade Agreements in Annex 1A to the WTO Agreement shall apply subject to the provisions of this Agreement.

2. **The Annexes to this Agreement are hereby made an integral part of this Agreement.**

ANNEX 1

PRODUCT COVERAGE

1. This Agreement shall cover the following products:

(i)	HS Chapters 1 to 24 less fish and fish products, plus*		
(ii)	HS Code	2905.43	(mannitol)
	HS Code	2905.44	(sorbitol)
	HS Heading	33.01	(essential oils)
	HS Headings	35.01 to 35.05	(albuminoidal substances, modified starches, glues)
	HS Code	3809.10	(finishing agents)
	HS Code	3823.60	(sorbitol n.e.p.)
	HS Headings	41.01 to 41.03	(hides and skins)
	HS Heading	43.01	(raw furskins)
	HS Headings	50.01 to 50.03	(raw silk and silk waste)
	HS Headings	51.01 to 51.03	(wool and animal hair)
	HS Headings	52.01 to 52.03	(raw cotton, waste and cotton carded or combed)
	HS Heading	53.01	(raw flax)
	HS Heading	53.02	(raw hemp)

2. The foregoing shall not limit the product coverage of the Agreement on the Application of Sanitary and Phytosanitary Measures.

*The product descriptions in round brackets are not necessarily exhaustive.

ANNEX 2

DOMESTIC SUPPORT: THE BASIS FOR EXEMPTION FROM
THE REDUCTION COMMITMENTS

1. Domestic support measures for which exemption from the reduction commitments is claimed shall meet the fundamental requirement that they have no, or at most minimal, trade-distorting effects or effects on production. Accordingly, all measures for which exemption is claimed shall conform to the following basic criteria:

- (a) the support in question shall be provided through a publicly-funded government programme (including government revenue foregone) not involving transfers from consumers; and,
- (b) the support in question shall not have the effect of providing price support to producers;

plus policy-specific criteria and conditions as set out below.

Government Service Programmes

2. General services

Policies in this category involve expenditures (or revenue foregone) in relation to programmes which provide services or benefits to agriculture or the rural community. They shall not involve direct payments to producers or processors. Such programmes, which include but are not restricted to the following list, shall meet the general criteria in paragraph 1 above and policy-specific conditions where set out below:

- (a) research, including general research, research in connection with environmental programmes, and research programmes relating to particular products;
- (b) pest and disease control, including general and product-specific pest and disease control measures, such as early-warning systems, quarantine and eradication;
- (c) training services, including both general and specialist training facilities;
- (d) extension and advisory services, including the provision of means to facilitate the transfer of information and the results of research to producers and consumers;
- (e) inspection services, including general inspection services and the inspection of particular products for health, safety, grading or standardization purposes;
- (f) marketing and promotion services, including market information, advice and promotion relating to particular products but excluding expenditure for unspecified purposes that could be used by sellers to reduce their selling price or confer a direct economic benefit to purchasers; and
- (g) infrastructural services, including: electricity reticulation, roads and other means of transport, market and port facilities, water supply facilities, dams and drainage schemes, and infrastructural works associated with environmental programmes. In all cases the expenditure shall be directed to the provision or construction of capital works only, and shall exclude the subsidized provision of on-farm facilities other than for the

reticulation of generally available public utilities. It shall not include subsidies to inputs or operating costs, or preferential user charges.

3. Public stockholding for food security purposes⁵

Expenditures (or revenue foregone) in relation to the accumulation and holding of stocks of products which form an integral part of a food security programme identified in national legislation. This may include government aid to private storage of products as part of such a programme.

The volume and accumulation of such stocks shall correspond to predetermined targets related solely to food security. The process of stock accumulation and disposal shall be financially transparent. Food purchases by the government shall be made at current market prices and sales from food security stocks shall be made at no less than the current domestic market price for the product and quality in question.

4. Domestic food aid⁶

Expenditures (or revenue foregone) in relation to the provision of domestic food aid to sections of the population in need.

Eligibility to receive the food aid shall be subject to clearly-defined criteria related to nutritional objectives. Such aid shall be in the form of direct provision of food to those concerned or the provision of means to allow eligible recipients to buy food either at market or at subsidized prices. Food purchases by the government shall be made at current market prices and the financing and administration of the aid shall be transparent.

5. Direct payments to producers

Support provided through direct payments (or revenue foregone, including payments in kind) to producers for which exemption from reduction commitments is claimed shall meet the basic criteria set out in paragraph 1 above, plus specific criteria applying to individual types of direct payment as set out in paragraphs 6 through 13 below. Where exemption from reduction is claimed for any existing or new type of direct payment other than those specified in paragraphs 6 through 13, it shall conform to criteria (b) through (e) in paragraph 6, in addition to the general criteria set out in paragraph 1.

6. Decoupled income support

- (a) Eligibility for such payments shall be determined by clearly-defined criteria such as income, status as a producer or landowner, factor use or production level in a defined and fixed base period.
- (b) The amount of such payments in any given year shall not be related to, or based on, the type or volume of production (including livestock units) undertaken by the producer in any year after the base period.

⁵For the purposes of paragraph 3 of this Annex, governmental stockholding programmes for food security purposes in developing countries whose operation is transparent and conducted in accordance with officially published objective criteria or guidelines shall be considered to be in conformity with the provisions of this paragraph, including programmes under which stocks of foodstuffs for food security purposes are acquired and released at administered prices, provided that the difference between the acquisition price and the external reference price is accounted for in the AMS.

^{5 & 6}For the purposes of paragraphs 3 and 4 of this Annex, the provision of foodstuffs at subsidized prices with the objective of meeting food requirements of urban and rural poor in developing countries on a regular basis at reasonable prices shall be considered to be in conformity with the provisions of this paragraph.

- (c) The amount of such payments in any given year shall not be related to, or based on, the prices, domestic or international, applying to any production undertaken in any year after the base period.
 - (d) The amount of such payments in any given year shall not be related to, or based on, the factors of production employed in any year after the base period.
 - (e) No production shall be required in order to receive such payments.
7. Government financial participation in income insurance and income safety-net programmes
- (a) Eligibility for such payments shall be determined by an income loss, taking into account only income derived from agriculture, which exceeds 30 per cent of average gross income or the equivalent in net income terms (excluding any payments from the same or similar schemes) in the preceding three-year period or a three-year average based on the preceding five-year period, excluding the highest and the lowest entry. Any producer meeting this condition shall be eligible to receive the payments.
 - (b) The amount of such payments shall compensate for less than 70 per cent of the producer's income loss in the year the producer becomes eligible to receive this assistance.
 - (c) The amount of any such payments shall relate solely to income; it shall not relate to the type or volume of production (including livestock units) undertaken by the producer; or to the prices, domestic or international, applying to such production; or to the factors of production employed.
 - (d) Where a producer receives in the same year payments under this paragraph and under paragraph 8 (relief from natural disasters), the total of such payments shall be less than 100 per cent of the producer's total loss.
8. Payments (made either directly or by way of government financial participation in crop insurance schemes) for relief from natural disasters
- (a) Eligibility for such payments shall arise only following a formal recognition by government authorities that a natural or like disaster (including disease outbreaks, pest infestations, nuclear accidents, and war on the territory of the Member concerned) has occurred or is occurring; and shall be determined by a production loss which exceeds 30 per cent of the average of production in the preceding three-year period or a three-year average based on the preceding five-year period, excluding the highest and the lowest entry.
 - (b) Payments made following a disaster shall be applied only in respect of losses of income, livestock (including payments in connection with the veterinary treatment of animals), land or other production factors due to the natural disaster in question.
 - (c) Payments shall compensate for not more than the total cost of replacing such losses and shall not require or specify the type or quantity of future production.
 - (d) Payments made during a disaster shall not exceed the level required to prevent or alleviate further loss as defined in criterion (b) above.

- (e) Where a producer receives in the same year payments under this paragraph and under paragraph 7 (income insurance and income safety-net programmes), the total of such payments shall be less than 100 per cent of the producer's total loss.
9. Structural adjustment assistance provided through producer retirement programmes
- (a) Eligibility for such payments shall be determined by reference to clearly defined criteria in programmes designed to facilitate the retirement of persons engaged in marketable agricultural production, or their movement to non-agricultural activities.
- (b) Payments shall be conditional upon the total and permanent retirement of the recipients from marketable agricultural production.
10. Structural adjustment assistance provided through resource retirement programmes
- (a) Eligibility for such payments shall be determined by reference to clearly defined criteria in programmes designed to remove land or other resources, including livestock, from marketable agricultural production.
- (b) Payments shall be conditional upon the retirement of land from marketable agricultural production for a minimum of three years, and in the case of livestock on its slaughter or definitive permanent disposal.
- (c) Payments shall not require or specify any alternative use for such land or other resources which involves the production of marketable agricultural products.
- (d) Payments shall not be related to either the type or quantity of production or to the prices, domestic or international, applying to production undertaken using the land or other resources remaining in production.
11. Structural adjustment assistance provided through investment aids
- (a) Eligibility for such payments shall be determined by reference to clearly-defined criteria in government programmes designed to assist the financial or physical restructuring of a producer's operations in response to objectively demonstrated structural disadvantages. Eligibility for such programmes may also be based on a clearly-defined government programme for the reprivatization of agricultural land.
- (b) The amount of such payments in any given year shall not be related to, or based on, the type or volume of production (including livestock units) undertaken by the producer in any year after the base period other than as provided for under criterion (e) below.
- (c) The amount of such payments in any given year shall not be related to, or based on, the prices, domestic or international, applying to any production undertaken in any year after the base period.
- (d) The payments shall be given only for the period of time necessary for the realization of the investment in respect of which they are provided.
- (e) The payments shall not mandate or in any way designate the agricultural products to be produced by the recipients except to require them not to produce a particular product.

- (f) The payments shall be limited to the amount required to compensate for the structural disadvantage.
12. Payments under environmental programmes
- (a) Eligibility for such payments shall be determined as part of a clearly-defined government environmental or conservation programme and be dependent on the fulfilment of specific conditions under the government programme, including conditions related to production methods or inputs.
- (b) The amount of payment shall be limited to the extra costs or loss of income involved in complying with the government programme.
13. Payments under regional assistance programmes
- (a) Eligibility for such payments shall be limited to producers in disadvantaged regions. Each such region must be a clearly designated contiguous geographical area with a definable economic and administrative identity, considered as disadvantaged on the basis of neutral and objective criteria clearly spelt out in law or regulation and indicating that the region's difficulties arise out of more than temporary circumstances.
- (b) The amount of such payments in any given year shall not be related to, or based on, the type or volume of production (including livestock units) undertaken by the producer in any year after the base period other than to reduce that production.
- (c) The amount of such payments in any given year shall not be related to, or based on, the prices, domestic or international, applying to any production undertaken in any year after the base period.
- (d) Payments shall be available only to producers in eligible regions, but generally available to all producers within such regions.
- (e) Where related to production factors, payments shall be made at a degressive rate above a threshold level of the factor concerned.
- (f) The payments shall be limited to the extra costs or loss of income involved in undertaking agricultural production in the prescribed area.

ANNEX 3

**DOMESTIC SUPPORT:
CALCULATION OF AGGREGATE MEASUREMENT OF SUPPORT**

1. Subject to the provisions of Article 6, an Aggregate Measurement of Support (AMS) shall be calculated on a product-specific basis for each basic agricultural product receiving market price support, non-exempt direct payments, or any other subsidy not exempted from the reduction commitment ("other non-exempt policies"). Support which is non-product specific shall be totalled into one non-product-specific AMS in total monetary terms.
2. Subsidies under paragraph 1 shall include both budgetary outlays and revenue foregone by governments or their agents.
3. Support at both the national and sub-national level shall be included.
4. Specific agricultural levies or fees paid by producers shall be deducted from the AMS.
5. The AMS calculated as outlined below for the base period shall constitute the base level for the implementation of the reduction commitment on domestic support.
6. For each basic agricultural product, a specific AMS shall be established, expressed in total monetary value terms.
7. The AMS shall be calculated as close as practicable to the point of first sale of the basic agricultural product concerned. Measures directed at agricultural processors shall be included to the extent that such measures benefit the producers of the basic agricultural products.
8. Market price support: market price support shall be calculated using the gap between a fixed external reference price and the applied administered price multiplied by the quantity of production eligible to receive the applied administered price. Budgetary payments made to maintain this gap, such as buying-in or storage costs, shall not be included in the AMS.
9. The fixed external reference price shall be based on the years 1986 to 1988 and shall generally be the average f.o.b. unit value for the basic agricultural product concerned in a net exporting country and the average c.i.f. unit value for the basic agricultural product concerned in a net importing country in the base period. The fixed reference price may be adjusted for quality differences as necessary.
10. Non-exempt direct payments: non-exempt direct payments which are dependent on a price gap shall be calculated either using the gap between the fixed reference price and the applied administered price multiplied by the quantity of production eligible to receive the administered price, or using budgetary outlays.
11. The fixed reference price shall be based on the years 1986 to 1988 and shall generally be the actual price used for determining payment rates.
12. Non-exempt direct payments which are based on factors other than price shall be measured using budgetary outlays.

13. Other non-exempt measures, including input subsidies and other measures such as marketing-cost reduction measures: the value of such measures shall be measured using government budgetary outlays or, where the use of budgetary outlays does not reflect the full extent of the subsidy concerned, the basis for calculating the subsidy shall be the gap between the price of the subsidized good or service and a representative market price for a similar good or service multiplied by the quantity of the good or service.

ANNEX 4

**DOMESTIC SUPPORT:
CALCULATION OF EQUIVALENT MEASUREMENT OF SUPPORT**

1. Subject to the provisions of Article 6, equivalent measurements of support shall be calculated in respect of all basic agricultural products where market price support as defined in Annex 3 exists but for which calculation of this component of the AMS is not practicable. For such products the base level for implementation of the domestic support reduction commitments shall consist of a market price support component expressed in terms of equivalent measurements of support under paragraph 2 below, as well as any non-exempt direct payments and other non-exempt support, which shall be evaluated as provided for under paragraph 3 below. Support at both national and sub-national level shall be included.
2. The equivalent measurements of support provided for in paragraph 1 shall be calculated on a product-specific basis for all basic agricultural products as close as practicable to the point of first sale receiving market price support and for which the calculation of the market price support component of the AMS is not practicable. For those basic agricultural products, equivalent measurements of market price support shall be made using the applied administered price and the quantity of production eligible to receive that price or, where this is not practicable, on budgetary outlays used to maintain the producer price.
3. Where basic agricultural products falling under paragraph 1 are the subject of non-exempt direct payments or any other product-specific subsidy not exempted from the reduction commitment, the basis for equivalent measurements of support concerning these measures shall be calculations as for the corresponding AMS components (specified in paragraphs 10 through 13 of Annex 3).
4. Equivalent measurements of support shall be calculated on the amount of subsidy as close as practicable to the point of first sale of the basic agricultural product concerned. Measures directed at agricultural processors shall be included to the extent that such measures benefit the producers of the basic agricultural products. Specific agricultural levies or fees paid by producers shall reduce the equivalent measurements of support by a corresponding amount.

ANNEX 5

SPECIAL TREATMENT WITH RESPECT TO PARAGRAPH 2 OF ARTICLE 4

Section A

1. The provisions of paragraph 2 of Article 4 shall not apply with effect from the entry into force of the WTO Agreement to any primary agricultural product and its worked and/or prepared products ("designated products") in respect of which the following conditions are complied with (hereinafter referred to as "special treatment"):

- (a) imports of the designated products comprised less than 3 per cent of corresponding domestic consumption in the base period 1986-1988 ("the base period");
- (b) no export subsidies have been provided since the beginning of the base period for the designated products;
- (c) effective production-restricting measures are applied to the primary agricultural product;
- (d) such products are designated with the symbol "ST-Annex 5" in Section I-B of Part I of a Member's Schedule annexed to the Marrakesh Protocol, as being subject to special treatment reflecting factors of non-trade concerns, such as food security and environmental protection; and
- (e) minimum access opportunities in respect of the designated products correspond, as specified in Section I-B of Part I of the Schedule of the Member concerned, to 4 per cent of base period domestic consumption of the designated products from the beginning of the first year of the implementation period and, thereafter, are increased by 0.8 per cent of corresponding domestic consumption in the base period per year for the remainder of the implementation period.

2. At the beginning of any year of the implementation period a Member may cease to apply special treatment in respect of the designated products by complying with the provisions of paragraph 6. In such a case, the Member concerned shall maintain the minimum access opportunities already in effect at such time and increase the minimum access opportunities by 0.4 per cent of corresponding domestic consumption in the base period per year for the remainder of the implementation period. Thereafter, the level of minimum access opportunities resulting from this formula in the final year of the implementation period shall be maintained in the Schedule of the Member concerned.

3. Any negotiation on the question of whether there can be a continuation of the special treatment as set out in paragraph 1 after the end of the implementation period shall be completed within the time-frame of the implementation period itself as a part of the negotiations set out in Article 20 of this Agreement, taking into account the factors of non-trade concerns.

4. If it is agreed as a result of the negotiation referred to in paragraph 3 that a Member may continue to apply the special treatment, such Member shall confer additional and acceptable concessions as determined in that negotiation.

5. Where the special treatment is not to be continued at the end of the implementation period, the Member concerned shall implement the provisions of paragraph 6. In such a case, after the end of the implementation period the minimum access opportunities for the designated products shall be

maintained at the level of 8 per cent of corresponding domestic consumption in the base period in the Schedule of the Member concerned.

6. Border measures other than ordinary customs duties maintained in respect of the designated products shall become subject to the provisions of paragraph 2 of Article 4 with effect from the beginning of the year in which the special treatment ceases to apply. Such products shall be subject to ordinary customs duties, which shall be bound in the Schedule of the Member concerned and applied, from the beginning of the year in which special treatment ceases and thereafter, at such rates as would have been applicable had a reduction of at least 15 per cent been implemented over the implementation period in equal annual instalments. These duties shall be established on the basis of tariff equivalents to be calculated in accordance with the guidelines prescribed in the attachment hereto.

Section B

7. The provisions of paragraph 2 of Article 4 shall also not apply with effect from the entry into force of the WTO Agreement to a primary agricultural product that is the predominant staple in the traditional diet of a developing country Member and in respect of which the following conditions, in addition to those specified in paragraph 1(a) through 1(d), as they apply to the products concerned, are complied with:

- (a) minimum access opportunities in respect of the products concerned, as specified in Section I-B of Part I of the Schedule of the developing country Member concerned, correspond to 1 per cent of base period domestic consumption of the products concerned from the beginning of the first year of the implementation period and are increased in equal annual instalments to 2 per cent of corresponding domestic consumption in the base period at the beginning of the fifth year of the implementation period. From the beginning of the sixth year of the implementation period, minimum access opportunities in respect of the products concerned correspond to 2 per cent of corresponding domestic consumption in the base period and are increased in equal annual instalments to 4 per cent of corresponding domestic consumption in the base period until the beginning of the 10th year. Thereafter, the level of minimum access opportunities resulting from this formula in the 10th year shall be maintained in the Schedule of the developing country Member concerned;
- (b) appropriate market access opportunities have been provided for in other products under this Agreement.

8. Any negotiation on the question of whether there can be a continuation of the special treatment as set out in paragraph 7 after the end of the 10th year following the beginning of the implementation period shall be initiated and completed within the time-frame of the 10th year itself following the beginning of the implementation period.

9. If it is agreed as a result of the negotiation referred to in paragraph 8 that a Member may continue to apply the special treatment, such Member shall confer additional and acceptable concessions as determined in that negotiation.

10. In the event that special treatment under paragraph 7 is not to be continued beyond the 10th year following the beginning of the implementation period, the products concerned shall be subject to ordinary customs duties, established on the basis of a tariff equivalent to be calculated in accordance with the guidelines prescribed in the attachment hereto, which shall be bound in the Schedule of the Member concerned. In other respects, the provisions of paragraph 6 shall apply as modified by the relevant special and differential treatment accorded to developing country Members under this Agreement.

Attachment to Annex 5

**Guidelines for the Calculation of Tariff
Equivalents for the Specific Purpose Specified in
Paragraphs 6 and 10 of this Annex**

1. The calculation of the tariff equivalents, whether expressed as *ad valorem* or specific rates, shall be made using the actual difference between internal and external prices in a transparent manner. Data used shall be for the years 1986 to 1988. Tariff equivalents:

- (a) shall primarily be established at the four-digit level of the HS;
- (b) shall be established at the six-digit or a more detailed level of the HS wherever appropriate;
- (c) shall generally be established for worked and/or prepared products by multiplying the specific tariff equivalent(s) for the primary agricultural product(s) by the proportion(s) in value terms or in physical terms as appropriate of the primary agricultural product(s) in the worked and/or prepared products, and take account, where necessary, of any additional elements currently providing protection to industry.

2. External prices shall be, in general, actual average c.i.f. unit values for the importing country. Where average c.i.f. unit values are not available or appropriate, external prices shall be either:

- (a) appropriate average c.i.f. unit values of a near country; or
- (b) estimated from average f.o.b. unit values of (an) appropriate major exporter(s) adjusted by adding an estimate of insurance, freight and other relevant costs to the importing country.

3. The external prices shall generally be converted to domestic currencies using the annual average market exchange rate for the same period as the price data.

4. The internal price shall generally be a representative wholesale price ruling in the domestic market or an estimate of that price where adequate data is not available.

5. The initial tariff equivalents may be adjusted, where necessary, to take account of differences in quality or variety using an appropriate coefficient.

6. Where a tariff equivalent resulting from these guidelines is negative or lower than the current bound rate, the initial tariff equivalent may be established at the current bound rate or on the basis of national offers for that product.

7. Where an adjustment is made to the level of a tariff equivalent which would have resulted from the above guidelines, the Member concerned shall afford, on request, full opportunities for consultation with a view to negotiating appropriate solutions.

ÜBEREINKOMMEN ÜBER DIE ANWENDUNG GESUNDHEITSPOLIZEILICHER UND PFLANZENSCHUTZRECHTLICHER MASSNAHMEN

Die Mitglieder,

unter erneuter Bekräftigung der Tatsache, daß kein Land daran gehindert werden soll, Maßnahmen zum Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen zu treffen, sofern solche Maßnahmen nicht so angewendet werden, daß sie ein Mittel zur willkürlichen oder ungerechtfertigten Diskriminierung zwischen Ländern, in denen die gleichen Bedingungen herrschen, oder eine verschleierte Beschränkung des internationalen Handels darstellen,

in dem Wunsch, die Gesundheit von Menschen und Tieren und die pflanzenschutzrechtliche Lage im Gebiet aller Mitglieder zu verbessern;

in der Erkenntnis, daß gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen häufig aufgrund von bilateralen Abkommen oder Protokollen angewendet werden;

in dem Wunsch, einen multilateralen Rahmen von Regeln und Disziplinen für die Entwicklung, Annahme und Durchsetzung von gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen zu schaffen, um deren nachteilige Auswirkungen auf den Handel auf ein Mindestmaß zu beschränken;

in Anerkennung dessen, daß internationale Normen, Richtlinien und Empfehlungen in dieser Hinsicht einen wichtigen Beitrag leisten können;

in dem Wunsch, die Anwendung von gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen zu fördern, die zwischen den Mitgliedern auf der Grundlage von internationalen Normen, Richtlinien und Empfehlungen, die von den zuständigen internationalen Organisationen einschließlich der Kommission des Codex Alimentarius, des Internationalen Tierseuchenamts und der im Rahmen der Internationalen Pflanzenschutzkonvention tätigen einschlägigen internationalen und regionalen Organisationen entwickelt worden sind, harmonisiert werden, ohne daß die Mitglieder gezwungen werden, das ihnen angemessen erscheinende Niveau des Schutzes des Leben oder der Gesundheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen zu ändern;

in Anerkennung dessen, daß für Entwicklungsland-Mitglieder bei der Einhaltung der gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen der Einfuhrmitglieder und folglich beim Marktzugang besondere Schwierigkeiten auftreten können, und in dem Wunsch, sie bei ihren Bemühungen auf diesem Gebiet zu unterstützen,

in dem Wunsch, dementsprechend Durchführungsbestimmungen zu den Artikeln des GATT 1994 auszuarbeiten, die die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen betreffen, insbesondere zu Artikel XX Buchstabe b)¹,

kommen wie folgt überein:

Artikel 1

Allgemeine Bestimmungen

¹In diesem Übereinkommen gilt die Bezugnahme auf Artikel XX Buchstabe b) auch für die einführenden Bestimmungen zu diesem Artikel.

1. Dieses Übereinkommen gilt für alle gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen, die sich mittelbar oder unmittelbar auf den internationalen Handel auswirken können. Solche Maßnahmen werden gemäß diesem Übereinkommen entwickelt und angewendet.

I. Für die Zwecke dieses Übereinkommens gelten die Definitionen in Anhang A.

2. Die Anhänge sind Bestandteil dieses Übereinkommens.

3. Dieses Übereinkommen läßt die Rechte der Mitglieder nach dem Übereinkommen über technische Handelshemmnisse in bezug auf nicht in den Geltungsbereich dieses Übereinkommens fallende Maßnahmen unberührt.

Artikel 2

Grundlegende Rechte und Pflichten

1. Die Mitglieder haben das Recht, gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen zu treffen, die zum Schutz des Leben oder der Gesundheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen notwendig sind, sofern solche Maßnahmen nicht im Widerspruch zu diesem Übereinkommen stehen.

2. Die Mitglieder stellen sicher, daß eine gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Maßnahme nur insoweit angewendet wird, wie dies zum Schutz des Leben oder der Gesundheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen notwendig ist, auf wissenschaftlichen Grundsätzen beruht und außer in Fällen nach Artikel 5 Absatz 7 nicht ohne hinreichenden wissenschaftlichen Nachweis beibehalten wird .

3. Die Mitglieder stellen sicher, daß ihre gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen keine willkürliche oder ungerechtfertigte Diskriminierung zwischen Mitgliedern, in denen die gleichen oder ähnliche Bedingungen herrschen, oder zwischen ihrem eigenen Gebiet und anderen Mitgliedern bewirken. Gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen werden nicht so angewendet, daß sie zu einer verschleierte Beschränkung des internationalen Handels führen.

4. Gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen, die mit den einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens übereinstimmen, gelten als im Einklang mit den die Anwendung von gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen betreffenden Verpflichtungen der Mitglieder aufgrund des GATT 1994, insbesondere mit Artikel XX Buchstabe b).

Artikel 3

Harmonisierung

1. Mit dem Ziel, eine möglichst weitgehende Harmonisierung der gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen zu erreichen, stützen sich die Mitglieder bei ihren gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen auf internationale Normen, Richtlinien oder Empfehlungen, soweit diese bestehen, es sei denn, daß in diesem Übereinkommen und insbesondere in Absatz 3 etwas Gegenteiliges bestimmt ist.

2. Gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen, die internationalen Normen, Richtlinien oder Empfehlungen entsprechen, gelten als notwendig zum Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen und als im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens und des GATT 1994.

3. Die Mitglieder können gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen einführen oder

beibehalten, die ein höheres gesundheitspolizeiliches oder pflanzenschutzrechtliches Schutzniveau bewirken als das, welches durch Maßnahmen auf der Grundlage der einschlägigen internationalen Normen, Richtlinien oder Empfehlungen erreicht würde, wenn eine wissenschaftliche Begründung vorliegt oder sich dieses höhere Niveau als Folge des von einem Mitglied gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Artikels 5 Absätze 1 bis 8 als angemessen festgelegten gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Schutzes ergibt.² Unbeschadet der vorstehenden Bestimmung dürfen Maßnahmen, die ein gesundheitspolizeiliches oder pflanzenschutzrechtliches Schutzniveau erreichen, das sich von dem unterscheidet, das durch auf internationalen Normen, Richtlinien oder Empfehlungen beruhenden Maßnahmen erreicht würde, nicht im Widerspruch zu den übrigen Bestimmungen dieses Übereinkommens stehen.

4. Die Mitglieder beteiligen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten voll und ganz an den Arbeiten der zuständigen internationalen Organisationen und ihrer Unterorganisationen, insbesondere der Kommission des Codex Alimentarius, des Internationalen Tierseuchenamts und der im Rahmen der Internationalen Pflanzenschutzkonvention tätigen internationalen und regionalen Organisationen, um in deren Rahmen die Entwicklung und regelmäßige Überprüfung von Normen, Richtlinien oder Empfehlungen in bezug auf alle Aspekte gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen zu fördern.

5. Der Ausschuß für gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen gemäß Artikel 12 Absätze 1 und 4 erarbeitet ein Verfahren zur Überwachung des internationalen Harmonisierungsprozesses und koordiniert die diesbezüglichen Anstrengungen mit den zuständigen internationalen Organisationen.

Artikel 4

Gleichwertigkeit

1. Die Mitglieder erkennen gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen anderer Mitglieder als gleichwertig an, selbst wenn sich diese Maßnahmen von ihren eigenen oder von denen anderer mit der gleichen Ware handelnder Mitglieder unterscheiden, wenn das Ausfuhrmitglied dem Einfuhrmitglied objektiv nachweist, daß seine Maßnahmen das von dem Einfuhrmitglied als angemessen betrachtete gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Schutzniveau erreichen. Für diesen Zweck erhält das Einfuhrmitglied auf Ersuchen vertretbaren Zugang zu Kontroll-, Prüf- und sonstigen einschlägigen Verfahren.

2. Die Mitglieder treten auf Ersuchen in Konsultationen ein mit dem Ziel, bilaterale und multilaterale Übereinkünfte über die Anerkennung der Gleichwertigkeit bestimmter gesundheitspolizeilicher oder pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen zu erzielen.

Artikel 5

Risikobewertung und Festlegung des angemessenen gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Schutzniveaus

1. Die Mitglieder stellen sicher, daß ihre gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen auf einer den Umständen angepaßten Bewertung der Gefahren für das Leben oder die Gesundheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen beruhen, wobei die von den zuständigen internationalen Organisationen

²Für die Zwecke des Artikels 3 Absatz 3 liegt eine wissenschaftliche Begründung vor, wenn ein Mitglied auf der Grundlage einer Prüfung und Bewertung verfügbarer wissenschaftlicher Angaben gemäß den einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens festlegt, daß die einschlägigen internationalen Normen, Richtlinien oder Empfehlungen nicht ausreichen, um das für angemessen erachtete Schutzniveau zu erreichen.

entwickelten Risikobewertungsmethoden zugrunde gelegt werden.

2. Bei der Bewertung der Gefahren berücksichtigen die Mitglieder das verfügbare wissenschaftliche Beweismaterial, die einschlägigen Verfahren und Produktionsmethoden, die einschlägigen Inspektions-, Probenahme- und Prüfverfahren, das Vorkommen bestimmter Krankheiten oder Schädlinge, das Bestehen schädlings- oder krankheitsfreier Gebiete, die einschlägigen ökologischen und Umweltbedingungen sowie Quarantäne oder sonstige Behandlungen.

3. Bei der Bewertung der Gefahren für das Leben oder die Gesundheit von Tieren oder Pflanzen und bei der Festlegung der Maßnahme, durch die ein angemessener gesundheitspolizeilicher oder pflanzenschutzrechtlicher Schutz vor solchen Gefahren erreicht werden soll, berücksichtigen die Mitglieder die einschlägigen wirtschaftlichen Faktoren, den potentiellen Schaden durch Produktions- oder Absatzausfälle im Falle der Einschleppung, des Auftretens oder der Verbreitung eines Schädlings oder einer Krankheit, die Kosten der Bekämpfung oder Ausrottung im Gebiet des Einfuhrmitglieds und die relative Kostenwirksamkeit alternativer Methoden zur Risikobegrenzung.

4. Bei der Festlegung des angemessenen gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Schutzniveaus berücksichtigen die Mitglieder das Ziel, die nachteiligen Auswirkungen auf den Handel auf ein Mindestmaß zu beschränken.

5. Mit dem Ziel einer konsequenten Anwendung des Konzepts eines angemessenen Niveaus des gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Schutzes vor Gefahren für das Leben oder die Gesundheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen vermeidet jedes Mitglied willkürliche oder ungerechtfertigte Unterschiede des Schutzniveaus, das er unter unterschiedlichen Umständen als angemessen erachtet, wenn solche Unterschiede zu Diskriminierung oder verschleierten Beschränkungen des internationalen Handels führen. Die Mitglieder arbeiten gemäß Artikel 12 Absatz 1, 2 und 3 im Ausschuß zusammen, um Richtlinien zur Förderung der praktischen Umsetzung dieser Bestimmung zu entwickeln. Bei der Entwicklung von Richtlinien berücksichtigt der Ausschuß alle einschlägigen Faktoren einschließlich der außergewöhnlichen Natur von Gesundheitsrisiken für den Menschen, denen sich Personen freiwillig aussetzen.

6. Unbeschadet des Artikels 3 Absatz 2 stellen die Mitglieder bei der Einführung oder Beibehaltung von gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen zur Erreichung des angemessenen gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Schutzniveaus sicher, daß solche Maßnahmen nicht handelsbeschränkender sind als notwendig, um unter Berücksichtigung der technischen und wirtschaftlichen Durchführbarkeit³ das angemessene gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Schutzniveau zu erreichen.

7. In Fällen, in denen das einschlägige wissenschaftliche Beweismaterial nicht ausreicht, kann ein Mitglied gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen vorübergehend auf der Grundlage der verfügbaren einschlägigen Angaben einschließlich Angaben zuständiger internationaler Organisationen sowie auf der Grundlage der von anderen Mitgliedern angewendeten gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen einführen. In solchen Fällen bemühen sich die Mitglieder, die notwendigen zusätzlichen Informationen für eine objektivere Risikobewertung einzuholen, und nehmen innerhalb einer vertretbaren Frist eine entsprechende Überprüfung der gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Maßnahme vor.

8. Hat ein Mitglied Grund zu der Annahme, daß eine bestimmte gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Maßnahme, die von einem anderen Mitglied eingeführt oder beibehalten wird, seine

³Für die Zwecke des Artikels 5 Absatz 6 ist eine Maßnahme nicht handelsbeschränkender als notwendig, wenn keine andere Maßnahme unter vertretbaren technischen und wirtschaftlichen Bedingungen zur Verfügung steht, die das angemessene Schutzniveau erreicht und wesentlich weniger handelbeschränkend ist.

Ausführen beschränkt oder beschränkten könnte, und stützt sich die betreffende Maßnahme nicht auf die einschlägigen internationalen Normen, Richtlinien oder Empfehlungen oder gibt es keine solchen Normen, Richtlinien oder Empfehlungen, so kann eine Erläuterung der Gründe für diese gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Maßnahme verlangt werden, die von dem Mitglied, das die Maßnahme beibehält, zu liefern ist.

Artikel 6

Anpassung an regionale Bedingungen einschließlich schädlings- oder krankheitsfreier Gebiete und Gebiete mit geringem Auftreten von Schädlingen oder Krankheiten

1. Die Mitglieder stellen sicher, daß ihre gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen den gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Gegebenheiten des Gebiets, das ein ganzes Land, ein Teil eines Landes oder ein alle oder bestimmte Teile mehrerer Länder einschließendes Gebiet sein kann, in dem die Ware ihren Ursprung hat und für das die Ware bestimmt ist. Bei der Bewertung der gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Gegebenheiten eines Gebietes ziehen die Mitglieder unter anderem die Intensität des Auftretens bestimmter Krankheiten oder Schädlinge, das Bestehen von Ausrottungs- oder Bekämpfungsprogrammen sowie die geeigneten Kriterien oder Richtlinien, die von den zuständigen internationalen Organisationen entwickelt werden können, in Betracht.

2. Die Mitglieder erkennen insbesondere das Konzept von schädlings- oder krankheitsfreien Gebieten und Gebieten mit geringem Auftreten von Schädlingen oder Krankheiten an. Die Festlegung solcher Gebiete stützt sich auf Faktoren wie geographische Lage, Ökosysteme, epidemiologische Überwachung und Wirksamkeit gesundheitspolizeilicher oder pflanzenschutzrechtlicher Kontrollen.

3. Ausfuhrmitglieder, die behaupten, daß Teile ihres Gebiets schädlings- oder krankheitsfreie Gebiete oder Gebiete mit geringem Auftreten von Schädlingen oder Krankheiten sind, liefern das notwendige Beweismaterial, um dem Einfuhrmitglied den objektiven Nachweis zu erbringen, daß die betreffenden Gebiete schädlings- oder krankheitsfreie Gebiete oder Gebiete mit geringem Auftreten von Schädlingen oder Krankheiten sind und voraussichtlich bleiben werden. Für diesen Zweck erhält das Einfuhrmitglied auf Ersuchen vertretbaren Zugang zu Kontroll-, Prüf- und sonstigen einschlägigen Verfahren.

Artikel 7

Transparenz

Die Mitglieder notifizieren Änderungen ihrer gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen und machen Angaben über ihre gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen nach Maßgabe des Anhangs B.

Artikel 8

Kontroll-, Inspektions- und Genehmigungsverfahren

Die Mitglieder beachten Anhang C bei der Durchführung von Kontroll-, Inspektions- und Genehmigungsverfahren einschließlich nationaler Systeme zur Genehmigung der Verwendung von Zusätzen oder zur Festlegung von Toleranzen für Verunreinigungen in Nahrungsmitteln, Getränken und Futtermitteln und stellen ansonsten sicher, daß ihre Verfahren nicht im Widerspruch zu diesem Übereinkommen stehen.

*Artikel 9**Technische Unterstützung*

1. Die Mitglieder kommen überein, die Bereitstellung technischer Unterstützung für andere Mitglieder, insbesondere Entwicklungsland-Mitglieder, entweder bilateral oder durch die zuständigen internationalen Organisationen zu erleichtern. Diese Unterstützung kann unter anderem Verarbeitungstechniken, Forschung und Infrastruktur einschließlich der Errichtung nationaler vorschriftensetzender Stellen betreffen und in Form von Beratung, Krediten, Zuwendungen und Zuschüssen, auch für die Einholung technischer Gutachten, für Ausbildung und für Ausrüstung, erfolgen, um den betreffenden Ländern die Möglichkeit zu geben, sich auf die gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen einzustellen und solchen Maßnahmen zu entsprechen, die notwendig sind, um das angemessene gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Schutzniveau auf ihren Ausfuhrmärkten zu erreichen.
2. Soweit ein ausführendes Entwicklungsland-Mitglied wesentliche Investitionen tätigen muß, um den gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Erfordernissen eines Einfuhrmitglieds zu entsprechen, zieht das letztere die Bereitstellung von technischer Unterstützung in Betracht, die dem Entwicklungsland-Mitglied die Möglichkeit gibt, seine Marktzugangsmöglichkeiten für die betreffende Ware zu erhalten und auszuweiten.

*Artikel 10**Besondere und differenzierte Behandlung*

1. Die Mitglieder berücksichtigen bei der Ausarbeitung und Anwendung gesundheitspolizeilicher oder pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsland-Mitglieder, insbesondere der am wenigsten entwickelten Mitglieder.
2. Soweit das angemessene gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Schutzniveau Spielraum für eine stufenweise Einführung neuer gesundheitspolizeilicher oder pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen läßt, sollen für Erzeugnisse, die für Entwicklungsland-Mitglieder von Interesse sind, längere Umsetzungsfristen festgesetzt werden, damit die Ausfuhrmöglichkeiten erhalten bleiben.
3. Um sicherzustellen, daß Entwicklungsland-Mitglieder dieses Übereinkommen einhalten können, wird der Ausschuß ermächtigt, solchen Ländern auf Ersuchen bestimmte zeitlich begrenzte vollständige oder teilweise Ausnahmen von den Verpflichtungen nach diesem Übereinkommen zu gewähren, wobei ihre Finanz-, Handels- und Entwicklungsbedürfnissen in Betracht gezogen werden.
4. Die Mitglieder sollen die aktive Teilnahme von Entwicklungsland-Mitgliedern in den zuständigen internationalen Organisationen fördern und erleichtern.

*Artikel 11**Konsultationen und Streitbeilegung*

1. Konsultationen und Streitbeilegung nach diesem Übereinkommen unterliegen den Artikeln XXII und XXIII des GATT 1994, ergänzt und ausgelegt durch die Streitbeilegungsvereinbarung, sofern nicht in diesem Übereinkommen ausdrücklich etwas Gegenteiliges bestimmt ist.
2. Geht es bei einem Streitfall im Rahmen dieses Übereinkommens um wissenschaftliche oder technische Fragen, so soll sich die Sondergruppe von Sachverständigen beraten lassen, die von der Sondergruppe im

Benehmen mit den Streitparteien ausgewählt werden. Zu diesem Zweck kann die Sondergruppe, wenn sie dies für zweckmäßig hält, auf Ersuchen einer Streitpartei oder von sich aus eine beratende technische Sachverständigengruppe einsetzen oder die zuständigen internationalen Organisationen konsultieren.

3. Dieses Übereinkommen berührt nicht die Rechte der Mitglieder aufgrund anderer internationaler Übereinkünfte einschließlich des Rechts, Vermittlung oder Streitbeilegungsverfahren anderer internationaler Organisationen oder im Rahmen einer internationalen Übereinkunft in Anspruch zu nehmen.

Artikel 12

Verwaltung

1. Es wird ein Ausschuß für gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen eingesetzt, um ein ordentliches Forum für Konsultationen zu schaffen. Der Ausschuß erfüllt die zur Durchführung dieses Übereinkommens oder zur Förderung seiner Ziele notwendigen Aufgaben, insbesondere im Bereich der Harmonisierung. Der Ausschuß trifft seine Beschlüsse im Wege des Konsensus.

2. Der Ausschuß fördert und erleichtert ad hoc eingeleitete Konsultationen oder Verhandlungen seiner Mitglieder über besondere gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Fragen. Der Ausschuß fördert die Anwendung internationaler Normen, Richtlinien oder Empfehlungen durch alle Mitglieder und betreut zu diesem Zweck technische Konsultationen und Studien mit dem Ziel einer zunehmenden Koordinierung und Integration von internationalen und nationalen Systemen and Verfahren für die Genehmigung von Nahrungsmittelzusätzen oder die Festlegung von Toleranzen für Verunreinigungen in Nahrungsmitteln, Getränken und Futtermitteln.

3. Der Ausschuß unterhält enge Kontakte mit den zuständigen internationalen Organisationen im Bereich des gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Schutzes, insbesondere mit der Kommission des Codex Alimentarius, dem Internationales Tierseuchenamt and dem Sekretariat der Internationalen Pflanzenschutzkonvention, mit dem Ziel, die bestmögliche wissenschaftliche und technische Beratung für die Verwaltung dieses Übereinkommens sicherzustellen and unnötige Doppelarbeit zu vermeiden.

4. Der Ausschuß entwickelt ein Verfahren für die Überwachung des Prozesses der internationalen Harmonisierung and der Anwendung internationaler Normen, Richtlinien oder Empfehlungen. Zu diesem Zweck soll der Ausschuß in Verbindung mit den zuständigen internationalen Organisationen ein Verzeichnis der internationalen Normen, Richtlinien oder Empfehlungen im Zusammenhang mit gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen aufstellen, die nach Feststellung des Ausschusses erhebliche Auswirkungen auf den Handel haben. Das Verzeichnis gibt für jedes Mitglied die internationalen Normen, Richtlinien oder Empfehlungen an, deren Einhaltung eine Voraussetzung für die Einfuhr ist oder auf deren Grundlage die den betreffenden Normen entsprechenden Waren Marktzugang erhalten. In Fällen, in denen ein Mitglied keine internationale Norm, Richtlinie oder Empfehlung als Voraussetzung für die Einfuhr anwendet, gibt das betreffende Mitglied den Grund dafür an und erklärt insbesondere, ob seiner Meinung nach die betreffende Norm nicht streng genug ist, um das angemessene gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Schutzniveau zu gewährleisten. Wenn ein Mitglied seine Haltung ändert, nachdem es die Anwendung einer Norm, Richtlinie oder Empfehlung als Voraussetzung für die Einfuhr angegeben hat, liefert es eine Erklärung für die Änderung und setzt das Sekretariat sowie die zuständigen internationalen Organisationen davon in Kenntnis, es sei denn, Notification und Erklärung erfolgen nach dem Verfahren des Anhangs B.

5. Um unnötige Doppelarbeit zu vermeiden, kann der Ausschuß, soweit zweckmäßig, beschließen, sich auf Informationen zu stützen, die aus den einschlägigen Verfahren, insbesondere Notifikationsverfahren, der zuständigen internationalen Organisationen hervorgehen.

6. Der Ausschuß kann auf Veranlassung eines der Mitglieder durch geeignete Kanäle die zuständigen internationalen Organisationen oder ihre Unterorganisationen einladen, besondere Fragen im Zusammenhang mit einer Norm, Richtlinie oder Empfehlung einschließlich der Erklärungen für die Nichtanwendung gemäß Absatz 4 zu prüfen.

7. Der Ausschuß prüft die Handhabung und Durchführung dieses Übereinkommens drei Jahre nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens und sodann bei Bedarf. Unter anderem im Hinblick auf die bei der Durchführung dieses Übereinkommens gewonnenen Erfahrungen wird der Ausschuß dem Rat für Warenverkehr, soweit zweckmäßig, Änderungen des Wortlauts dieses Übereinkommens vorschlagen.

Artikel 13

Durchführung

Die Mitglieder sind nach diesem Übereinkommen voll verantwortlich für die Erfüllung aller darin enthaltenen Verpflichtungen. Die Mitglieder werden positive Maßnahmen und Verfahren zur Unterstützung der Einhaltung dieses Übereinkommens durch andere Stellen als die der Zentralregierung erarbeiten und durchführen. Die Mitglieder treffen die ihnen zur Verfügung stehenden geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß nichtstaatliche Stellen in ihren Gebieten sowie regionale Stellen, denen die zuständigen Stellen in ihren Gebieten als Mitglieder angehören, die einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens einhalten. Außerdem treffen die Mitglieder keine Maßnahmen, die die Wirkung haben, diese regionalen Stellen, nichtstaatlichen Stellen oder Stellen einer lokalen Regierung oder Verwaltung mittelbar oder unmittelbar zu verpflichten oder zu ermutigen, in einer mit diesem Übereinkommennicht zu vereinbarenden Weise zu handeln. Die Mitglieder stellen sicher, daß sie sich für die Durchführung gesundheitspolizeilicher oder pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen nur insoweit auf die Dienste nichtstaatlicher Stellen stützen, als diese Stelle dieses Übereinkommen einhalten.

Artikel 14

Schlußbestimmungen

1. Die am wenigsten entwickelten Mitglieder können die Durchführung dieses Übereinkommens in bezug auf gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen, die sich auf die Einfuhr oder auf Einfuhrwaren auswirken, um fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens aufschieben. Andere Entwicklungsland-Mitglieder können die Durchführung dieses Übereinkommens mit Ausnahme des Artikel 5 Absatz 8 und des Artikels 7 in bezug auf bestehende gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen, die sich auf die Einfuhr oder auf Einfuhrwaren auswirken, um zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens aufschieben, wenn die Durchführung des Übereinkommens durch Mangel an technischem Sachverstand, technischer Infrastruktur oder Ressourcen verhindert wird.

ANHANG A

DEFINITIONEN⁴

Für die Zwecke dieses Übereinkommens gelten die folgenden Definitionen:

1. *Gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Maßnahme* - Jede Maßnahme, die angewendet wird

- a) zum Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Tieren oder Pflanzen im Gebiet des Mitglieds vor Gefahren, die durch die Einschleppung, das Auftreten oder die Verbreitung von Schädlingen, Krankheiten, krankheitsübertragenden oder krankheitsverursachenden Organismen entstehen;
- b) zum Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen oder Tieren im Gebiet des Mitglieds vor Gefahren, die durch Zusätze, Verunreinigungen, Toxine oder krankheitsverursachende Organismen in Nahrungsmitteln, Getränken oder Futtermitteln entstehen;
- c) zum Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen im Gebiet des Mitglieds vor Gefahren, die durch von Tieren, Pflanzen oder Waren daraus übertragene Krankheiten oder durch die Einschleppung, das Auftreten oder die Verbreitung von Schädlingen entstehen;
- d) zur Verhütung oder Begrenzung sonstiger Schäden im Gebiet des Mitglieds, die durch die Einschleppung, das Auftreten oder die Verbreitung von Schädlingen entstehen.

Zu den gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen gehören alle einschlägigen Gesetze, Erlasse, Verordnungen, Auflagen und Verfahren einschließlich Kriterien in bezug auf das Endprodukt, ferner Verfahren und Produktionsmethoden, Prüf-, Inspektions-, Zertifizierungs- und Genehmigungsverfahren, Quarantänemaßnahmen einschließlich der einschlägigen Vorschriften für die Beförderung von Tieren oder Pflanzen oder die für ihr Überleben während der Beförderung notwendig materiellen Voraussetzungen, Bestimmungen über einschlägige statistische Verfahren, Verfahren der Probenahme und der Risikobewertung sowie unmittelbar mit der Sicherheit von Nahrungsmitteln zusammenhängende Verpackungs- und Kennzeichnungsvorschriften .

2. *Harmonisierung* - Die Festlegung, Anerkennung und Anwendung gemeinsamer gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen durch verschiedene Mitglieder.

3. *Internationale Normen, Richtlinien und Empfehlungen*

- a) für die Nahrungsmittelsicherheit die Normen, Richtlinien und Empfehlungen der Kommission des Codex Alimentarius in bezug auf Nahrungsmittelzusätze, Rückstände von Tierarzneimitteln und Pestiziden, Verunreinigungen, Analyse- und Probenahmemethoden sowie Verhaltenskodizes und Richtlinien für die Praxis;
- b) für Tiergesundheit und Zoonosen die Normen, Richtlinien und Empfehlungen, die unter der Schirmherrschaft des Internationalen Tierseuchenamts entwickelt werden;

⁴Für die Zwecke dieser Definitionen schließt der Begriff "Tiere" Fische und wildlebende Tiere, der Begriff "Pflanzen" Wälder und wildlebende Pflanzen, der Begriff "Schädlinge" Unkraut und der Begriff "Verunreinigungen" Rückstände von Pestiziden und Tierarzneimitteln sowie Fremdstoffe ein.

- c) für Pflanzengesundheit die internationalen Normen, Richtlinien und Empfehlungen, die unter der Schirmherrschaft des Sekretariats der Internationalen Pflanzenschutzkonvention in Zusammenarbeit mit im Rahmen der Internationalen Pflanzenschutzkonvention tätigen regionalen Organisationen entwickelt werden;
- d) für Angelegenheiten, die nicht durch die oben genannten Organisationen abgedeckt sind, geeignete Normen, Richtlinien und Empfehlungen anderer einschlägiger internationaler Organisationen, deren Mitgliedschaft nach Feststellung des Ausschusses allen Mitgliedern offensteht.
4. *Risikobewertung* - Die Bewertung der Wahrscheinlichkeit der Einschleppung, des Auftretens oder der Verbreitung von Schädlingen oder Krankheiten im Gebiet eines Einfuhrmitglieds unter Berücksichtigung der gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen, die angewendet werden könnten, und der potentiellen biologischen oder wirtschaftlichen Folgen oder die Bewertung der möglichen schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen oder Tieren, die durch das Vorkommen von Zusätzen, Verunreinigungen, Toxinen oder krankheitsverursachenden Organismen in Nahrungsmitteln, Getränken oder Futtermitteln entstehen.
5. *Angemessenes gesundheitspolizeiliches oder pflanzenschutzrechtliches Schutzniveau* - Das Schutzniveau, das von dem Mitglied, welches eine gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Maßnahme zum Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen in seinem Gebiet trifft, als angemessen erachtet wird.
- Anmerkung: Viele Mitglieder bezeichnen diesen Begriff ansonsten als "annehmbares Risikoniveau".
6. *Schädlings- oder krankheitsfreies Gebiet* - Ein Gebiet - ein ganzes Land, ein Teil eines Landes oder alle oder bestimmte Teile mehrerer Länder -, in dem nach Feststellung der zuständigen Behörden ein bestimmter Schädling oder eine bestimmte Krankheit nicht vorkommt.
- Anmerkung: Ein schädlings- oder krankheitsfreies Gebiet kann - innerhalb eines Landes oder einer alle oder bestimmte Teile mehrerer Länder umfassenden geographischen Region - ein Gebiet umschließen, von einem Gebiet umschlossen sein oder an ein Gebiet angrenzen, in dem bekanntermaßen ein bestimmter Schädling oder eine bestimmte Krankheit vorkommt, der betreffende Schädling oder die betreffende Krankheit jedoch durch regionale Kontrollmaßnahmen, wie die Festlegung von Schutz-, Überwachungs- oder Pufferzonen, begrenzt oder ausgerottet wird.
7. *Gebiet mit geringem Auftreten von Schädlingen oder Krankheiten* - Ein Gebiet - ein ganzes Land, ein Teil eines Landes oder alle oder verschiedene Teile mehrerer Länder -, in dem nach Feststellung der zuständigen Behörden ein bestimmter Schädling oder eine bestimmte Krankheit nur in geringem Maße vorkommt und wirksame Überwachungs-, Kontroll- oder Ausrottungsmaßnahmen getroffen worden sind.

ANHANG B

TRANSPARENZ DER GESUNDHEITSPOLIZEILICHE UND
PFLANZENSCHUTZRECHTLICHEN VORSCHRIFTEN*Veröffentlichung*

1. Die Mitglieder stellen sicher, daß alle gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Vorschriften⁵, die erlassen worden sind, unverzüglich so veröffentlicht werden, da interessierte Mitglieder davon Kenntnis nehmen können.
2. Außer in dringenden Fällen räumen die Mitglieder zwischen der Veröffentlichung und dem Inkrafttreten einer gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Vorschrift eine ausreichende Frist ein, damit die Erzeuger in den Ausfuhrmitgliedern und vor allem in den Entwicklungsland-Mitgliedern Zeit haben, ihre Erzeugnisse oder Erzeugungsmethoden den Erfordernissen des Einfuhrmitglieds anzupassen.

Auskunftsstellen

3. Jedes Mitglied stellt sicher, daß es eine Auskunftsstelle gibt, die dafür zuständig ist, alle sinnvollen Anfragen von interessierten Mitgliedern zu folgenden Punkten zu beantworten sowie die entsprechenden Dokumente zur Verfügung zu stellen:
 - a) alle gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Vorschriften, die in seinem Gebiet erlassen oder entworfen worden sind;
 - b) alle Kontroll- und Inspektionsverfahren, Erzeugungs- und Quarantänenvorschriften, Genehmigungsverfahren für Toleranzen für Pestizide und Zusätze in Nahrungsmitteln, die in seinem Gebiet durchgeführt werden;
 - c) Risikobewertungsverfahren, in Betracht gezogene Faktoren sowie die Festlegung des angemessenen gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Schutzniveaus;
 - d) die Mitgliedschaft oder Teilnahme des Mitglieds oder der zuständigen Stellen in seinem Gebiet in internationalen und regionalen Organisationen und Systemen im Bereich gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen und bei bilateralen und multilateralen Übereinkünften und Vereinbarungen im Rahmen dieses Übereinkommens sowie den Wortlaut dieser Übereinkünfte und Vereinbarungen.
4. Die Mitglieder stellen sicher, daß Kopien von Dokumenten, die von interessierten Mitgliedern beantragt werden, abgesehen von den Zustellungskosten zum selben Preis (sofern nicht unentgeltlich) zur Verfügung gestellt werden wie den Staatsangehörigen⁶ des betreffenden Mitglieds.

Notifikationsverfahren

⁵Gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen wie Gesetze, Erlasse oder Verordnung mit allgemeiner Geltung.

⁶„Staatsangehörige“ sind in diesem Zusammenhang im Falle eines besonderen Zollgebiets, das Mitglied der WTO ist, natürliche oder juristische Personen mit Wohnsitz oder Sitz oder mit einer tatsächlichen und effektiven Gewerbe- oder Handelsniederlassung in diesem Zollgebiet.

5. Besteht keine internationale Norm, Richtlinie oder Empfehlung oder weicht der Inhalt einer entworfenen gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Vorschrift wesentlich vom Inhalt einer internationalen Norm, Richtlinie oder Empfehlung ab und kann die betreffende Vorschrift eine erhebliche Auswirkung auf den Handel anderer Mitglieder haben, so werden die Mitglieder

- a) die beabsichtigte Einführung einer bestimmten Vorschrift zu einem angemessenen frühen Zeitpunkt so bekanntmachen, daß interessierte Mitglieder davon Kenntnis nehmen können;
- b) den anderen Mitgliedern über das Sekretariat die Erzeugnisse notifizieren, für die die entworfenen Vorschriften gelten werden, und kurz Zweck und Gründe der Einführung dieser Vorschriften angeben. Solche Notifikationen erfolgen zu einem angemessenen frühen Zeitpunkt, wenn noch Änderungen angebracht und Bemerkungen in Betracht gezogen werden können;
- c) auf Ersuchen anderen Mitgliedern Kopien der entworfenen Vorschriften zur Verfügung stellen und, sofern möglich, die Teile bezeichnen, deren Inhalt wesentlich von den einschlägigen internationalen Normen, Richtlinien oder Empfehlungen abweicht;
- d) anderen Mitgliedern ohne Diskriminierung eine angemessene Frist für schriftliche Bemerkungen einräumen, diese Bemerkungen auf Ersuchen erörtern sowie die schriftlichen Bemerkungen und die Ergebnisse der Erörterungen in Betracht ziehen.

6. Ein Mitglied kann jedoch, sofern es dies als notwendig erachtet, in Absatz 5 aufgezählte Schritte unterlassen, wenn sich für es dringende Probleme des Gesundheitsschutzes ergeben oder zu ergeben drohen, vorausgesetzt, daß dieses Mitglied

- a) den anderen Mitgliedern über das Sekretariat unverzüglich die betreffende Vorschrift und die Erzeugnisse, für die sie gilt, sowie den Zweck und die Gründe der Einführung der Vorschrift einschließlich der Art der dringenden Probleme notifiziert;
- b) auf Ersuchen den anderen Mitgliedern Kopien der Vorschrift zur Verfügung stellt;
- c) anderen Mitgliedern ohne Diskriminierung die Möglichkeit einräumt, schriftliche Bemerkungen abzugeben, diese Bemerkungen auf Ersuchen erörtert sowie diese schriftlichen Bemerkungen und die Ergebnisse dieser Erörterungen in Betracht zieht.

7. Notifikationen an das Sekretariat erfolgen in englischer, französischer oder spanischer Sprache.

8. Die Industrieland-Mitglieder stellen auf Ersuchen anderer Mitglieder Übersetzungen der von einer Notifikation erfaßten Dokumente oder, im Falle umfangreicher Dokumente, von Zusammenfassungen davon in englischer, französischer oder spanischer Sprache zur Verfügung.

9. Das Sekretariat übermittelt Kopien dieser Notifikationen an alle Mitglieder sowie an alle interessierten internationalen Organisationen und lenkt die Aufmerksamkeit der Entwicklungsland-Mitglieder auf alle Notifikationen, die Erzeugnisse von besonderem Interesse für sie betreffen.

10. Die Mitglieder bezeichnen eine einzige Behörde der Zentralregierung, die auf interner Ebene für die Durchführung der Bestimmungen über die Notifikationsverfahren gemäß den Absätzen 5, 6, 7 und 8 zuständig ist.

Allgemeine Vorbehalte

4.1 Dieses Übereinkommen verpflichtet ein Mitglied nicht dazu,

- a) Einzelheiten oder Kopien von Entwürfen in anderen Sprachen als derjenigen des Mitglieds zur Verfügung zu stellen oder Dokumente in anderen Sprachen als derjenigen des Mitglieds zu veröffentlichen, ausgenommen gemäß Absatz 8;

- b) vertrauliche Angaben preiszugeben, die die Durchsetzung von gesundheitspolizeilichen oder pflanzenschutzrechtlichen Vorschriften behindern oder den berechtigten Geschäftsinteressen einzelner Unternehmen zuwiderlaufen würden.

ANHANG C

KONTROLL-, INSPEKTIONS UND GENEHMIGUNGSVERFAHREN⁷

1. Die Mitglieder stellen in bezug auf Verfahren zur Kontrolle und Sicherstellung der Einhaltung gesundheitspolizeilicher oder pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen sicher, daß
- a) solche Verfahren so rasch wie möglich und in einer für eingeführte Erzeugnisse nicht weniger günstigen Weise als für gleichartige einheimische Erzeugnisse eingeleitet und abgeschlossen werden;
 - b) die normale Bearbeitungsdauer jedes Verfahrens veröffentlicht wird oder die voraussichtliche Bearbeitungsdauer dem Anmelder auf Ersuchen mitgeteilt wird; nach Eingang einer Anmeldung prüft die zuständige Stelle unverzüglich die Vollständigkeit der Unterlagen und unterrichtet den Anmelder genau und vollständig über alle Mängel; die zuständige Stelle übermittelt dem Anmelder so rasch wie möglich die Ergebnisse des Verfahrens in genauer und vollständiger Weise, damit, wenn nötig, entsprechende Änderungen vorgenommen werden können; auch wenn die Anmeldung Mängel aufweist, fährt die zuständige Stelle auf Ersuchen des Anmelders so weit wie möglich mit dem Verfahren fort; der Anmelder wird auf Ersuchen über den Verfahrensstand unterrichtet, wobei etwaige Verzögerungen begründet werden;
 - c) die verlangten Angaben auf das für angemessene Kontroll-, Inspektions und Genehmigungsverfahren einschließlich der Genehmigung von Zusätzen oder der Festlegung von Toleranzen für Verunreinigungen in Nahrungsmitteln, Getränken und Futtermitteln erforderliche Maß beschränkt werden;
 - d) Angaben vertraulicher Natur über eingeführte Erzeugnisse, die sich aus Kontroll-, Inspektions und Genehmigungsverfahren ergeben oder im Zusammenhang mit diesen zur Verfügung gestellt werden, genauso wie vertrauliche Angaben über einheimische Erzeugnisse und in einer Weise behandelt werden, daß berechnigte Geschäftsinteressen geschützt werden;
 - e) die Erfordernisse der Kontrolle, Inspektion oder Genehmigung einzelner Muster eines Erzeugnisses auf das vertretbare und erforderliche Maß beschränkt werden;
 - f) alle Gebühren, die für ein Verfahren bei einem eingeführten Erzeugnis erhoben werden, in angemessenem Verhältnis zu den Gebühren stehen, die für gleichartige einheimische Erzeugnisse zu entrichten sind, und nicht höher sind als die tatsächlichen Kosten der erbrachten Dienstleistung;
 - g) bei der Wahl des Standorts der für die Verfahren benutzten Einrichtungen und der Auswahl der Proben für eingeführte Erzeugnisse die gleichen Kriterien zugrunde gelegt werden wie für einheimische Erzeugnisse, um Schwierigkeiten für die Anmelder, Einführer, Ausführer oder ihre Vertreter auf ein Mindestmaß zu beschränken;
 - h) wenn Spezifikationen eines Erzeugnisses nach seiner Kontrolle oder Inspektion anhand der geltenden Vorschriften geändert werden, das Verfahren für das geänderte Erzeugnis auf das Maß beschränkt wird, das notwendig ist, um angemessenes Vertrauen in die weitere Übereinstimmung dieses Erzeugnisses mit den betreffenden Vorschriften zu erlauben;

⁷Kontroll-, Inspektions- und Genehmigungsverfahren schließen unter anderem Probenahme- und Zertifizierungsverfahren ein.

- i) ein Verfahren zur Prüfung von Beschwerden über die Durchführung des Konformitätsbewertungsverfahrens besteht und eine Berichtigung vorgenommen werden kann, wenn eine Beschwerde begründet ist.

Wendet ein Einfuhrmitglied ein System zur Genehmigung der Verwendung von Nahrungsmittelzusätzen oder zur Festlegung von Toleranzen für Verunreinigungen in Nahrungsmitteln, Getränken und Futtermitteln an, das den Zugang zu seinem Binnenmarkt für Erzeugnisse bei fehlender Genehmigung verbietet oder beschränkt, so zieht das betreffende Einfuhrmitglied die Anwendung einer einschlägigen internationalen Norm als Grundlage für den Marktzugang in Betracht, bis eine endgültige Feststellung getroffen wird.

2. Schreibt eine gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Maßnahme Kontrollen auf der Ebene der Erzeugung vor, so gewährt das Mitglied, in dessen Gebiet die Erzeugung stattfindet, die notwendige Unterstützung zur Erleichterung solcher Kontrollen und der Arbeit der Kontrollbehörden.

3. Dieses Übereinkommen hindert die Mitglieder nicht daran, in ihrem Gebiet eine vertretbare Inspektion durchzuführen.

**AGREEMENT ON THE APPLICATION OF
SANITARY AND PHYTOSANITARY MEASURES**

Members,

Reaffirming that no Member should be prevented from adopting or enforcing measures necessary to protect human, animal or plant life or health, subject to the requirement that these measures are not applied in a manner which would constitute a means of arbitrary or unjustifiable discrimination between Members where the same conditions prevail or a disguised restriction on international trade;

Desiring to improve the human health, animal health and phytosanitary situation in all Members;

Noting that sanitary and phytosanitary measures are often applied on the basis of bilateral agreements or protocols;

Desiring the establishment of a multilateral framework of rules and disciplines to guide the development, adoption and enforcement of sanitary and phytosanitary measures in order to minimize their negative effects on trade;

Recognizing the important contribution that international standards, guidelines and recommendations can make in this regard;

Desiring to further the use of harmonized sanitary and phytosanitary measures between Members, on the basis of international standards, guidelines and recommendations developed by the relevant international organizations, including the Codex Alimentarius Commission, the International Office of Epizootics, and the relevant international and regional organizations operating within the framework of the International Plant Protection Convention, without requiring Members to change their appropriate level of protection of human, animal or plant life or health;

Recognizing that developing country Members may encounter special difficulties in complying with the sanitary or phytosanitary measures of importing Members, and as a consequence in access to markets, and also in the formulation and application of sanitary or phytosanitary measures in their own territories, and desiring to assist them in their endeavours in this regard;

Desiring therefore to elaborate rules for the application of the provisions of GATT 1994 which relate to the use of sanitary or phytosanitary measures, in particular the provisions of Article XX(b)¹;

Hereby agree as follows:

Article I

General Provisions

1. This Agreement applies to all sanitary and phytosanitary measures which may, directly or indirectly, affect international trade. Such measures shall be developed and applied in accordance with the provisions of this Agreement.

¹ In this Agreement, reference to Article XX(b) includes also the chapeau of that Article.

2. For the purposes of this Agreement, the definitions provided in Annex A shall apply.
3. The annexes are an integral part of this Agreement.
4. Nothing in this Agreement shall affect the rights of Members under the Agreement on Technical Barriers to Trade with respect to measures not within the scope of this Agreement.

Article 2

Basic Rights and Obligations

1. Members have the right to take sanitary and phytosanitary measures necessary for the protection of human, animal or plant life or health, provided that such measures are not inconsistent with the provisions of this Agreement.
2. Members shall ensure that any sanitary or phytosanitary measure is applied only to the extent necessary to protect human, animal or plant life or health, is based on scientific principles and is not maintained without sufficient scientific evidence, except as provided for in paragraph 7 of Article 5.
3. Members shall ensure that their sanitary and phytosanitary measures do not arbitrarily or unjustifiably discriminate between Members where identical or similar conditions prevail, including between their own territory and that of other Members. Sanitary and phytosanitary measures shall not be applied in a manner which would constitute a disguised restriction on international trade.
4. Sanitary or phytosanitary measures which conform to the relevant provisions of this Agreement shall be presumed to be in accordance with the obligations of the Members under the provisions of GATT 1994 which relate to the use of sanitary or phytosanitary measures, in particular the provisions of Article XX(b).

Article 3

Harmonization

1. To harmonize sanitary and phytosanitary measures on as wide a basis as possible, Members shall base their sanitary or phytosanitary measures on international standards, guidelines or recommendations, where they exist, except as otherwise provided for in this Agreement, and in particular in paragraph 3.
2. Sanitary or phytosanitary measures which conform to international standards, guidelines or recommendations shall be deemed to be necessary to protect human, animal or plant life or health, and presumed to be consistent with the relevant provisions of this Agreement and of GATT 1994.
3. Members may introduce or maintain sanitary or phytosanitary measures which result in a higher level of sanitary or phytosanitary protection than would be achieved by measures based on the relevant international standards, guidelines or recommendations, if there is a scientific justification, or as a consequence of the level of sanitary or phytosanitary protection a Member determines to be

appropriate in accordance with the relevant provisions of paragraphs 1 through 8 of Article 5.² Notwithstanding the above, all measures which result in a level of sanitary or phytosanitary protection different from that which would be achieved by measures based on international standards, guidelines or recommendations shall not be inconsistent with any other provision of this Agreement.

4. Members shall play a full part, within the limits of their resources, in the relevant international organizations and their subsidiary bodies, in particular the Codex Alimentarius Commission, the International Office of Epizootics, and the international and regional organizations operating within the framework of the International Plant Protection Convention, to promote within these organizations the development and periodic review of standards, guidelines and recommendations with respect to all aspects of sanitary and phytosanitary measures.

5. The Committee on Sanitary and Phytosanitary Measures provided for in paragraphs 1 and 4 of Article 12 (referred to in this Agreement as the "Committee") shall develop a procedure to monitor the process of international harmonization and coordinate efforts in this regard with the relevant international organizations.

Article 4

Equivalence

1. Members shall accept the sanitary or phytosanitary measures of other Members as equivalent, even if these measures differ from their own or from those used by other Members trading in the same product, if the exporting Member objectively demonstrates to the importing Member that its measures achieve the importing Member's appropriate level of sanitary or phytosanitary protection. For this purpose, reasonable access shall be given, upon request, to the importing Member for inspection, testing and other relevant procedures.

2. Members shall, upon request, enter into consultations with the aim of achieving bilateral and multilateral agreements on recognition of the equivalence of specified sanitary or phytosanitary measures.

Article 5

Assessment of Risk and Determination of the Appropriate Level of Sanitary or Phytosanitary Protection

1. Members shall ensure that their sanitary or phytosanitary measures are based on an assessment, as appropriate to the circumstances, of the risks to human, animal or plant life or health, taking into account risk assessment techniques developed by the relevant international organizations.

2. In the assessment of risks, Members shall take into account available scientific evidence; relevant processes and production methods; relevant inspection, sampling and testing methods;

²For the purposes of paragraph 3 of Article 3, there is a scientific justification if, on the basis of an examination and evaluation of available scientific information in conformity with the relevant provisions of this Agreement, a Member determines that the relevant international standards, guidelines or recommendations are not sufficient to achieve its appropriate level of sanitary or phytosanitary protection.

prevalence of specific diseases or pests; existence of pest- or disease-free areas; relevant ecological and environmental conditions; and quarantine or other treatment.

3. In assessing the risk to animal or plant life or health and determining the measure to be applied for achieving the appropriate level of sanitary or phytosanitary protection from such risk, Members shall take into account as relevant economic factors: the potential damage in terms of loss of production or sales in the event of the entry, establishment or spread of a pest or disease; the costs of control or eradication in the territory of the importing Member; and the relative cost-effectiveness of alternative approaches to limiting risks.

4. Members should, when determining the appropriate level of sanitary or phytosanitary protection, take into account the objective of minimizing negative trade effects.

5. With the objective of achieving consistency in the application of the concept of appropriate level of sanitary or phytosanitary protection against risks to human life or health, or to animal and plant life or health, each Member shall avoid arbitrary or unjustifiable distinctions in the levels it considers to be appropriate in different situations, if such distinctions result in discrimination or a disguised restriction on international trade. Members shall cooperate in the Committee, in accordance with paragraphs 1, 2 and 3 of Article 12, to develop guidelines to further the practical implementation of this provision. In developing the guidelines, the Committee shall take into account all relevant factors, including the exceptional character of human health risks to which people voluntarily expose themselves.

6. Without prejudice to paragraph 2 of Article 3, when establishing or maintaining sanitary or phytosanitary measures to achieve the appropriate level of sanitary or phytosanitary protection, Members shall ensure that such measures are not more trade-restrictive than required to achieve their appropriate level of sanitary or phytosanitary protection, taking into account technical and economic feasibility.³

7. In cases where relevant scientific evidence is insufficient, a Member may provisionally adopt sanitary or phytosanitary measures on the basis of available pertinent information, including that from the relevant international organizations as well as from sanitary or phytosanitary measures applied by other Members. In such circumstances, Members shall seek to obtain the additional information necessary for a more objective assessment of risk and review the sanitary or phytosanitary measure accordingly within a reasonable period of time.

8. When a Member has reason to believe that a specific sanitary or phytosanitary measure introduced or maintained by another Member is constraining, or has the potential to constrain, its exports and the measure is not based on the relevant international standards, guidelines or recommendations, or such standards, guidelines or recommendations do not exist, an explanation of the reasons for such sanitary or phytosanitary measure may be requested and shall be provided by the Member maintaining the measure.

³For purposes of paragraph 6 of Article 5, a measure is not more trade-restrictive than required unless there is another measure, reasonably available taking into account technical and economic feasibility, that achieves the appropriate level of sanitary or phytosanitary protection and is significantly less restrictive to trade.

*Article 6**Adaptation to Regional Conditions, Including Pest- or Disease-Free Areas
and Areas of Low Pest or Disease Prevalence*

1. Members shall ensure that their sanitary or phytosanitary measures are adapted to the sanitary or phytosanitary characteristics of the area - whether all of a country, part of a country, or all or parts of several countries - from which the product originated and to which the product is destined. In assessing the sanitary or phytosanitary characteristics of a region, Members shall take into account, *inter alia*, the level of prevalence of specific diseases or pests, the existence of eradication or control programmes, and appropriate criteria or guidelines which may be developed by the relevant international organizations.
2. Members shall, in particular, recognize the concepts of pest- or disease-free areas and areas of low pest or disease prevalence. Determination of such areas shall be based on factors such as geography, ecosystems, epidemiological surveillance, and the effectiveness of sanitary or phytosanitary controls.
3. Exporting Members claiming that areas within their territories are pest- or disease-free areas or areas of low pest or disease prevalence shall provide the necessary evidence thereof in order to objectively demonstrate to the importing Member that such areas are, and are likely to remain, pest- or disease-free areas or areas of low pest or disease prevalence, respectively. For this purpose, reasonable access shall be given, upon request, to the importing Member for inspection, testing and other relevant procedures.

*Article 7**Transparency*

Members shall notify changes in their sanitary or phytosanitary measures and shall provide information on their sanitary or phytosanitary measures in accordance with the provisions of Annex B.

*Article 8**Control, Inspection and Approval Procedures*

Members shall observe the provisions of Annex C in the operation of control, inspection and approval procedures, including national systems for approving the use of additives or for establishing tolerances for contaminants in foods, beverages or feedstuffs, and otherwise ensure that their procedures are not inconsistent with the provisions of this Agreement.

*Article 9**Technical Assistance*

1. Members agree to facilitate the provision of technical assistance to other Members, especially developing country Members, either bilaterally or through the appropriate international organizations. Such assistance may be, *inter alia*, in the areas of processing technologies, research and infrastructure, including in the establishment of national regulatory bodies, and may take the form of advice, credits, donations and grants, including for the purpose of seeking technical expertise, training and equipment to allow such countries to adjust to, and comply with, sanitary or phytosanitary measures necessary to achieve the appropriate level of sanitary or phytosanitary protection in their export markets.
2. Where substantial investments are required in order for an exporting developing country Member to fulfil the sanitary or phytosanitary requirements of an importing Member, the latter shall consider providing such technical assistance as will permit the developing country Member to maintain and expand its market access opportunities for the product involved.

*Article 10**Special and Differential Treatment*

1. In the preparation and application of sanitary or phytosanitary measures, Members shall take account of the special needs of developing country Members, and in particular of the least-developed country Members.
2. Where the appropriate level of sanitary or phytosanitary protection allows scope for the phased introduction of new sanitary or phytosanitary measures, longer time-frames for compliance should be accorded on products of interest to developing country Members so as to maintain opportunities for their exports.
3. With a view to ensuring that developing country Members are able to comply with the provisions of this Agreement, the Committee is enabled to grant to such countries, upon request, specified, time-limited exceptions in whole or in part from obligations under this Agreement, taking into account their financial, trade and development needs.
4. Members should encourage and facilitate the active participation of developing country Members in the relevant international organizations.

*Article 11**Consultations and Dispute Settlement*

1. The provisions of Articles XXII and XXIII of GATT 1994 as elaborated and applied by the Dispute Settlement Understanding shall apply to consultations and the settlement of disputes under this Agreement, except as otherwise specifically provided herein.
2. In a dispute under this Agreement involving scientific or technical issues, a panel should seek advice from experts chosen by the panel in consultation with the parties to the dispute. To this end, the

panel may, when it deems it appropriate, establish an advisory technical experts group, or consult the relevant international organizations, at the request of either party to the dispute or on its own initiative.

3. Nothing in this Agreement shall impair the rights of Members under other international agreements, including the right to resort to the good offices or dispute settlement mechanisms of other international organizations or established under any international agreement.

Article 12

Administration

1. A Committee on Sanitary and Phytosanitary Measures is hereby established to provide a regular forum for consultations. It shall carry out the functions necessary to implement the provisions of this Agreement and the furtherance of its objectives, in particular with respect to harmonization. The Committee shall reach its decisions by consensus.

2. The Committee shall encourage and facilitate ad hoc consultations or negotiations among Members on specific sanitary or phytosanitary issues. The Committee shall encourage the use of international standards, guidelines or recommendations by all Members and, in this regard, shall sponsor technical consultation and study with the objective of increasing coordination and integration between international and national systems and approaches for approving the use of food additives or for establishing tolerances for contaminants in foods, beverages or feedstuffs.

3. The Committee shall maintain close contact with the relevant international organizations in the field of sanitary and phytosanitary protection, especially with the Codex Alimentarius Commission, the International Office of Epizootics, and the Secretariat of the International Plant Protection Convention, with the objective of securing the best available scientific and technical advice for the administration of this Agreement and in order to ensure that unnecessary duplication of effort is avoided.

4. The Committee shall develop a procedure to monitor the process of international harmonization and the use of international standards, guidelines or recommendations. For this purpose, the Committee should, in conjunction with the relevant international organizations, establish a list of international standards, guidelines or recommendations relating to sanitary or phytosanitary measures which the Committee determines to have a major trade impact. The list should include an indication by Members of those international standards, guidelines or recommendations which they apply as conditions for import or on the basis of which imported products conforming to these standards can enjoy access to their markets. For those cases in which a Member does not apply an international standard, guideline or recommendation as a condition for import, the Member should provide an indication of the reason therefor, and, in particular, whether it considers that the standard is not stringent enough to provide the appropriate level of sanitary or phytosanitary protection. If a Member revises its position, following its indication of the use of a standard, guideline or recommendation as a condition for import, it should provide an explanation for its change and so inform the Secretariat as well as the relevant international organizations, unless such notification and explanation is given according to the procedures of Annex B.

5. In order to avoid unnecessary duplication, the Committee may decide, as appropriate, to use the information generated by the procedures, particularly for notification, which are in operation in the relevant international organizations.

6. The Committee may, on the basis of an initiative from one of the Members, through appropriate channels invite the relevant international organizations or their subsidiary bodies to examine specific matters with respect to a particular standard, guideline or recommendation, including the basis of explanations for non-use given according to paragraph 4.

7. The Committee shall review the operation and implementation of this Agreement three years after the date of entry into force of the WTO Agreement, and thereafter as the need arises. Where appropriate, the Committee may submit to the Council for Trade in Goods proposals to amend the text of this Agreement having regard, *inter alia*, to the experience gained in its implementation.

Article 13

Implementation

Members are fully responsible under this Agreement for the observance of all obligations set forth herein. Members shall formulate and implement positive measures and mechanisms in support of the observance of the provisions of this Agreement by other than central government bodies. Members shall take such reasonable measures as may be available to them to ensure that non-governmental entities within their territories, as well as regional bodies in which relevant entities within their territories are members, comply with the relevant provisions of this Agreement. In addition, Members shall not take measures which have the effect of, directly or indirectly, requiring or encouraging such regional or non-governmental entities, or local governmental bodies, to act in a manner inconsistent with the provisions of this Agreement. Members shall ensure that they rely on the services of non-governmental entities for implementing sanitary or phytosanitary measures only if these entities comply with the provisions of this Agreement.

Article 14

Final Provisions

The least-developed country Members may delay application of the provisions of this Agreement for a period of five years following the date of entry into force of the WTO Agreement with respect to their sanitary or phytosanitary measures affecting importation or imported products. Other developing country Members may delay application of the provisions of this Agreement, other than paragraph 8 of Article 5 and Article 7, for two years following the date of entry into force of the WTO Agreement with respect to their existing sanitary or phytosanitary measures affecting importation or imported products, where such application is prevented by a lack of technical expertise, technical infrastructure or resources.

ANNEX A

DEFINITIONS⁴

1. *Sanitary or phytosanitary measure* - Any measure applied:
 - (a) to protect animal or plant life or health within the territory of the Member from risks arising from the entry, establishment or spread of pests, diseases, disease-carrying organisms or disease-causing organisms;
 - (b) to protect human or animal life or health within the territory of the Member from risks arising from additives, contaminants, toxins or disease-causing organisms in foods, beverages or feedstuffs;
 - (c) to protect human life or health within the territory of the Member from risks arising from diseases carried by animals, plants or products thereof, or from the entry, establishment or spread of pests; or
 - (d) to prevent or limit other damage within the territory of the Member from the entry, establishment or spread of pests.

Sanitary or phytosanitary measures include all relevant laws, decrees, regulations, requirements and procedures including, *inter alia*, end product criteria; processes and production methods; testing, inspection, certification and approval procedures; quarantine treatments including relevant requirements associated with the transport of animals or plants, or with the materials necessary for their survival during transport; provisions on relevant statistical methods, sampling procedures and methods of risk assessment; and packaging and labelling requirements directly related to food safety.

2. *Harmonization* - The establishment, recognition and application of common sanitary and phytosanitary measures by different Members.

3. *International standards, guidelines and recommendations*
 - (a) for food safety, the standards, guidelines and recommendations established by the Codex Alimentarius Commission relating to food additives, veterinary drug and pesticide residues, contaminants, methods of analysis and sampling, and codes and guidelines of hygienic practice;
 - (b) for animal health and zoonoses, the standards, guidelines and recommendations developed under the auspices of the International Office of Epizootics;
 - (c) for plant health, the international standards, guidelines and recommendations developed under the auspices of the Secretariat of the International Plant Protection Convention in cooperation with regional organizations operating within the framework of the International Plant Protection Convention; and

⁴For the purpose of these definitions, "animal" includes fish and wild fauna; "plant" includes forests and wild flora; "pests" include weeds; and "contaminants" include pesticide and veterinary drug residues and extraneous matter.

- (d) for matters not covered by the above organizations, appropriate standards, guidelines and recommendations promulgated by other relevant international organizations open for membership to all Members, as identified by the Committee.

4. *Risk assessment* - The evaluation of the likelihood of entry, establishment or spread of a pest or disease within the territory of an importing Member according to the sanitary or phytosanitary measures which might be applied, and of the associated potential biological and economic consequences; or the evaluation of the potential for adverse effects on human or animal health arising from the presence of additives, contaminants, toxins or disease-causing organisms in food, beverages or feedstuffs.

5. *Appropriate level of sanitary or phytosanitary protection* - The level of protection deemed appropriate by the Member establishing a sanitary or phytosanitary measure to protect human, animal or plant life or health within its territory.

NOTE: Many Members otherwise refer to this concept as the "acceptable level of risk".

6. *Pest- or disease-free area* - An area, whether all of a country, part of a country, or all or parts of several countries, as identified by the competent authorities, in which a specific pest or disease does not occur.

NOTE: A pest- or disease-free area may surround, be surrounded by, or be adjacent to an area - whether within part of a country or in a geographic region which includes parts of or all of several countries - in which a specific pest or disease is known to occur but is subject to regional control measures such as the establishment of protection, surveillance and buffer zones which will confine or eradicate the pest or disease in question.

7. *Area of low pest or disease prevalence* - An area, whether all of a country, part of a country, or all or parts of several countries, as identified by the competent authorities, in which a specific pest or disease occurs at low levels and which is subject to effective surveillance, control or eradication measures.

ANNEX B

TRANSPARENCY OF SANITARY AND PHYTOSANITARY REGULATIONS

Publication of regulations

1. Members shall ensure that all sanitary and phytosanitary regulations⁵ which have been adopted are published promptly in such a manner as to enable interested Members to become acquainted with them.
2. Except in urgent circumstances, Members shall allow a reasonable interval between the publication of a sanitary or phytosanitary regulation and its entry into force in order to allow time for producers in exporting Members, and particularly in developing country Members, to adapt their products and methods of production to the requirements of the importing Member.

Enquiry points

3. Each Member shall ensure that one enquiry point exists which is responsible for the provision of answers to all reasonable questions from interested Members as well as for the provision of relevant documents regarding:
 - (a) any sanitary or phytosanitary regulations adopted or proposed within its territory;
 - (b) any control and inspection procedures, production and quarantine treatment, pesticide tolerance and food additive approval procedures, which are operated within its territory;
 - (c) risk assessment procedures, factors taken into consideration, as well as the determination of the appropriate level of sanitary or phytosanitary protection;
 - (d) the membership and participation of the Member, or of relevant bodies within its territory, in international and regional sanitary and phytosanitary organizations and systems, as well as in bilateral and multilateral agreements and arrangements within the scope of this Agreement, and the texts of such agreements and arrangements.
4. Members shall ensure that where copies of documents are requested by interested Members, they are supplied at the same price (if any), apart from the cost of delivery, as to the nationals⁶ of the Member concerned.

⁵Sanitary and phytosanitary measures such as laws, decrees or ordinances which are applicable generally.

⁶When "nationals" are referred to in this Agreement, the term shall be deemed, in the case of a separate customs territory Member of the WTO, to mean persons, natural or legal, who are domiciled or who have a real and effective industrial or commercial establishment in that customs territory.

Notification procedures

5. Whenever an international standard, guideline or recommendation does not exist or the content of a proposed sanitary or phytosanitary regulation is not substantially the same as the content of an international standard, guideline or recommendation, and if the regulation may have a significant effect on trade of other Members, Members shall:

- (a) publish a notice at an early stage in such a manner as to enable interested Members to become acquainted with the proposal to introduce a particular regulation;
- (b) notify other Members, through the Secretariat, of the products to be covered by the regulation together with a brief indication of the objective and rationale of the proposed regulation. Such notifications shall take place at an early stage, when amendments can still be introduced and comments taken into account;
- (c) provide upon request to other Members copies of the proposed regulation and, whenever possible, identify the parts which in substance deviate from international standards, guidelines or recommendations;
- (d) without discrimination, allow reasonable time for other Members to make comments in writing, discuss these comments upon request, and take the comments and the results of the discussions into account.

6. However, where urgent problems of health protection arise or threaten to arise for a Member, that Member may omit such of the steps enumerated in paragraph 5 of this Annex as it finds necessary, provided that the Member:

- (a) immediately notifies other Members, through the Secretariat, of the particular regulation and the products covered, with a brief indication of the objective and the rationale of the regulation, including the nature of the urgent problem(s);
- (b) provides, upon request, copies of the regulation to other Members;
- (c) allows other Members to make comments in writing, discusses these comments upon request, and takes the comments and the results of the discussions into account.

7. Notifications to the Secretariat shall be in English, French or Spanish.

8. Developed country Members shall, if requested by other Members, provide copies of the documents or, in case of voluminous documents, summaries of the documents covered by a specific notification in English, French or Spanish.

9. The Secretariat shall promptly circulate copies of the notification to all Members and interested international organizations and draw the attention of developing country Members to any notifications relating to products of particular interest to them.

10. Members shall designate a single central government authority as responsible for the implementation, on the national level, of the provisions concerning notification procedures according to paragraphs 5, 6, 7 and 8 of this Annex.

General reservations

-
11. Nothing in this Agreement shall be construed as requiring:
- (a) the provision of particulars or copies of drafts or the publication of texts other than in the language of the Member except as stated in paragraph 8 of this Annex; or
 - (b) Members to disclose confidential information which would impede enforcement of sanitary or phytosanitary legislation or which would prejudice the legitimate commercial interests of particular enterprises.

ANNEX C

CONTROL, INSPECTION AND APPROVAL PROCEDURES⁷

1. Members shall ensure, with respect to any procedure to check and ensure the fulfilment of sanitary or phytosanitary measures, that:
- (a) such procedures are undertaken and completed without undue delay and in no less favourable manner for imported products than for like domestic products;
 - (b) the standard processing period of each procedure is published or that the anticipated processing period is communicated to the applicant upon request; when receiving an application, the competent body promptly examines the completeness of the documentation and informs the applicant in a precise and complete manner of all deficiencies; the competent body transmits as soon as possible the results of the procedure in a precise and complete manner to the applicant so that corrective action may be taken if necessary; even when the application has deficiencies, the competent body proceeds as far as practicable with the procedure if the applicant so requests; and that upon request, the applicant is informed of the stage of the procedure, with any delay being explained;
 - (c) information requirements are limited to what is necessary for appropriate control, inspection and approval procedures, including for approval of the use of additives or for the establishment of tolerances for contaminants in food, beverages or feedstuffs;
 - (d) the confidentiality of information about imported products arising from or supplied in connection with control, inspection and approval is respected in a way no less favourable than for domestic products and in such a manner that legitimate commercial interests are protected;
 - (e) any requirements for control, inspection and approval of individual specimens of a product are limited to what is reasonable and necessary;
 - (f) any fees imposed for the procedures on imported products are equitable in relation to any fees charged on like domestic products or products originating in any other Member and should be no higher than the actual cost of the service;
 - (g) the same criteria should be used in the siting of facilities used in the procedures and the selection of samples of imported products as for domestic products so as to minimize the inconvenience to applicants, importers, exporters or their agents;
 - (h) whenever specifications of a product are changed subsequent to its control and inspection in light of the applicable regulations, the procedure for the modified product is limited to what is necessary to determine whether adequate confidence exists that the product still meets the regulations concerned; and
 - (i) a procedure exists to review complaints concerning the operation of such procedures and to take corrective action when a complaint is justified.

⁷ Control, inspection and approval procedures include, *inter alia*, procedures for sampling, testing and certification.

Where an importing Member operates a system for the approval of the use of food additives or for the establishment of tolerances for contaminants in food, beverages or feedstuffs which prohibits or restricts access to its domestic markets for products based on the absence of an approval, the importing Member shall consider the use of a relevant international standard as the basis for access until a final determination is made.

2. Where a sanitary or phytosanitary measure specifies control at the level of production, the Member in whose territory the production takes place shall provide the necessary assistance to facilitate such control and the work of the controlling authorities.

3. Nothing in this Agreement shall prevent Members from carrying out reasonable inspection within their own territories.

ÜBEREINKOMMEN ÜBER TEXTILWAREN UND BEKLEIDUNG

Die Mitglieder -

im Hinblick darauf, daß die Minister in Punta del Este vereinbart haben, daß "die Verhandlungen im Bereich Textilwaren und Bekleidung darauf abzielen, die Modalitäten einer späteren Einbeziehung dieses Sektors in das GATT auf der Grundlage verstärkter GATT-Regeln und - Disziplinen festzulegen und dabei auch zu einer stärkeren Liberalisierung des Handels beizutragen",

im Hinblick darauf, daß der Ausschuß für die Handelsverhandlungen in seinem Beschluß vom April 1989 übereingekommen war, daß dieser Einbeziehungsprozeß nach dem Abschluß der Uruguay-Runde beginnen und stufenweise durchgeführt werden soll,

im Hinblick auch darauf, daß vereinbart wurde, daß den am wenigsten entwickelten Mitgliedern eine besondere Behandlung eingeräumt werden soll,

kommen wie folgt überein:

Artikel 1

1. Dieses Übereinkommen legt die Bestimmungen fest, die von den Mitgliedern während einer Übergangszeit bis zur Einbeziehung des Textil- und Bekleidungssektors in das GATT 1994 angewendet werden.
2. Die Mitglieder kommen überein, Artikel 2 Absatz 18 und Artikel 6 Absatz 6 Buchstabe b) in einer Weise anzuwenden, die eine bedeutungsvolle Steigerung der Zugangsmöglichkeiten für kleine Lieferländer und die Entwicklung eines kommerziell erheblichen Handelsvolumens für neue Marktteilnehmer im Bereich des Handels mit Textilwaren und Bekleidung gestattet.¹
3. Die Mitglieder berücksichtigen gebührend die Lage solcher Mitglieder, die die Protokolle zur Verlängerung der Vereinbarung über den Internationalen Handel mit Textilien (in diesem Übereinkommen "MFV" genannt) seit 1986 nicht angenommen haben, und räumen diesen im Rahmen des Möglichen bei der Durchführung dieses Übereinkommens eine besondere Behandlung ein.
4. Die Mitglieder kommen überein, daß den besonderen Interessen der Baumwolle produzierenden Ausfuhrmitglieder in Konsultationen mit diesen bei der Durchführung dieses Übereinkommens Rechnung getragen werden soll.
5. Zur Erleichterung der Einbeziehung des Textil- und Bekleidungssektors in das GATT 1994 sollen die Mitglieder autonom und kontinuierlich für eine Anpassung ihrer Industrie und für verstärkten Wettbewerb auf ihren Märkten sorgen.
6. Soweit in diesem Übereinkommen nichts Gegenteiliges bestimmt ist, werden die Rechte und Pflichten der Mitglieder aufgrund des WTO-Abkommens und der Multilateralen Handelsübereinkünfte durch dieses Übereinkommen nicht berührt.
7. Die Textil- und Bekleidungswaren, die unter dieses Übereinkommen fallen, sind im Anhang aufgeführt.

¹ Im Rahmen des Möglichen kann diese Bestimmung auch den Ausfuhrern der am wenigsten entwickelten Mitglieder zugute kommen.

Artikel 2

1. Alle mengenmäßigen Beschränkungen im Rahmen von nach Artikel 4 MFV aufrechterhaltenen oder nach Artikel 7 oder 8 MFV notifizierten bilateralen Abkommen, die am Tag vor dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens in Kraft sind, müssen von den Mitgliedern, die diese Beschränkungen aufrechterhalten, innerhalb von 60 Tagen nach seinem Inkrafttreten unter Angabe aller Einzelheiten einschließlich der Höchstmengen, Steigerungsraten und Flexibilitätsbestimmungen dem nach Artikel 8 eingesetzten Textilaufsichtsorgan (in diesem Übereinkommen "TMB" genannt) notifiziert werden. Die Mitglieder kommen überein, daß mit dem Tag des Inkrafttretens des WTO-Abkommens alle derartigen Beschränkungen zwischen Vertragsparteien des GATT 1947, die am Tag vor dem Inkrafttreten des genannten Abkommens in Kraft waren, durch dieses Übereinkommen geregelt werden.

2. Das TMB leitet diese Notifikationen allen Mitgliedern zur Unterrichtung zu. Es steht den Mitgliedern frei, dem TMB innerhalb von 60 Tagen nach der Verteilung einer derartigen Notifikation für notwendig erachtete Bemerkungen zu einer Notifikation zur Kenntnis zu bringen. Diese Bemerkungen werden den anderen Mitgliedern zur Unterrichtung zugeleitet. Das TMB kann gegebenenfalls an die betreffenden Mitglieder gerichtete Empfehlungen aussprechen.

3. Wenn der Zwölfmonatszeitraum von nach Absatz 1 zu notifizierenden Beschränkungen nicht mit dem Zwölfmonatszeitraum übereinstimmt, der dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens unmittelbar vorangeht, sollen die betreffenden Mitglieder einvernehmlich Vereinbarungen darüber treffen, wie der Beschränkungszeitraum mit dem Übereinkommensjahr² in Übereinstimmung gebracht werden kann, und im Hinblick auf die Durchführung dieses Artikels fiktive Grundmengen derartiger Beschränkungen festlegen. Die betreffenden Mitglieder kommen überein, auf Antrag unverzüglich Konsultationen aufzunehmen, um zu einer allseitig zufriedenstellenden Vereinbarung zu gelangen. Bei derartigen Vereinbarungen werden unter anderem saisonbedingte Schwankungen der Lieferungen in den letzten Jahren berücksichtigt. Die Ergebnisse dieser Konsultationen werden dem TMB notifiziert, die für angemessen erachtete Empfehlungen an die betreffenden Mitglieder richten kann.

4. Die nach Absatz 1 notifizierten Beschränkungen gelten als die Gesamtheit derartiger Beschränkungen, die von den betreffenden Mitgliedern am Tag vor dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens angewendet werden. Neue Beschränkungen für bestimmte Waren oder bestimmte Mitglieder dürfen nur nach Maßgabe dieses Übereinkommens oder der einschlägigen Bestimmungen des GATT 1994 eingeführt werden.³ Beschränkungen, die nicht innerhalb von 60 Tagen nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens notifiziert worden sind, werden unverzüglich außer Kraft gesetzt.

5. Einseitige Maßnahmen nach Artikel 3 MFV, die vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des WTO-Abkommens getroffen worden sind, dürfen während der vorgesehenen Dauer, aber nicht länger als 12 Monate in Kraft bleiben, sofern sie von dem durch die MFV eingesetzten Textilüberwachungsorgan (in diesem Übereinkommen "TSB" genannt) geprüft worden sind. Hatte das TSB noch keine Gelegenheit, eine derartige einseitige Maßnahme zu prüfen, so wird diese Maßnahme von dem TMB im Einklang mit den Vorschriften und Verfahren geprüft, die nach der MFV für Maßnahmen gemäß Artikel 3 MFV gelten. Maßnahmen aufgrund eines Abkommens nach Artikel 4 MFV, die vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des WTO-Abkommens angewendet wurden und Gegenstand eines Streits sind, der von dem TSB noch nicht geprüft werden konnte, werden gleichfalls von dem TMB nach den für eine solche Prüfung geltenden Regeln und Verfahren der MFV geprüft.

6. Mit dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens wird jedes Mitglied Waren, auf die 1990 nicht weniger als 16 v.H. des Gesamtvolumens der Einfuhren des betreffenden Mitglieds von im Anhang aufgeführten Waren entfielen, unter Zugrundelegung der betreffenden HS-Nummern oder Kategorien in

² Ein Übereinkommensjahr wird definiert als der Zwölfmonatszeitraum, der mit dem Inkrafttreten des WTO- Abkommens beginnt, bzw. die jeweils nachfolgenden Zwölfmonatszeiträume.

³ Für Waren, die noch nicht in das GATT 1994 einbezogen worden sind, gehört Artikel XIX nicht zu den einschlägigen Bestimmungen des GATT 1994, sofern nicht in Absatz 3 des Anhangs ausdrücklich etwas Gegenteiliges bestimmt ist.

das GATT 1994 einbeziehen. Die einzubeziehenden Waren schließen Waren aus jeder der folgenden vier Gruppen ein: Kammzüge und Garne, Gewebe, konfektionierte Textilwaren und Bekleidung.

7. Die vollen Einzelheiten der nach Absatz 6 getroffenen Maßnahmen werden von den betreffenden Mitgliedern wie folgt notifiziert:

- a) Mitglieder, die Beschränkungen nach Absatz 1 aufrechterhalten, verpflichten sich, unbeschadet des Zeitpunkts des Inkrafttretens des WTO-Abkommens alle Einzelheiten dem GATT-Sekretariat spätestens zu dem mit Ministerbeschluß vom 15. April 1994 festgelegten Zeitpunkt zu notifizieren. Das GATT-Sekretariat leitet diese Notifikationen umgehend den übrigen Teilnehmern zur Unterrichtung zu. Diese Notifikationen werden dem TMB nach dessen Errichtung für die Zwecke des Absatzes 21 zur Verfügung gestellt;
- b) Mitglieder, die nicht nach Artikel 6 Absatz 1 auf das Recht verzichtet haben, sich auf Artikel 6 zu berufen, notifizieren diese Einzelheiten dem TMB spätestens 60 Tage nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens oder, im Falle von Mitgliedern im Sinne des Artikels 1 Absatz 3, spätestens am Ende des zwölften Monats nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens. Das TMB leitet diese Notifikationen den übrigen Mitgliedern zur Unterrichtung zu und prüft sie gemäß Absatz 21.

8. Die übrigen Waren, d.h. Waren, die nicht nach Absatz 6 in das GATT 1994 einbezogen werden, werden unter Zugrundelegung der betreffenden HS-Nummern oder Kategorien in drei Stufen wie folgt einbezogen:

- a) am ersten Tag des 37. Monats nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens werden die Waren einbezogen, auf die 1990 nicht weniger als 17 v.H. des Gesamtvolumens der Einfuhren der betreffenden Mitglieder von im Anhang aufgeführten Waren entfielen. Die von den Mitgliedern einzubeziehenden Waren schließen Waren aus jeder der folgenden vier Gruppen ein: Kammzüge und Garne, Gewebe, konfektionierte Textilwaren und Bekleidung;
- b) am ersten Tag des 85. Monats nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens werden die Waren einbezogen, auf die 1990 nicht weniger als 18 v.H. des Gesamtvolumens der Einfuhren der betreffenden Mitglieder von im Anhang aufgeführten Waren entfielen. Die von den Mitgliedern einzubeziehenden Waren schließen Waren aus jeder der folgenden vier Gruppen ein: Kammzüge und Garne, Gewebe, konfektionierte Textilwaren und Bekleidung;
- c) am ersten Tag des 121. Monats nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens wird der Textil- und Bekleidungssektor vollständig in das GATT 1994 einbezogen, nachdem alle Beschränkungen nach diesem Übereinkommen aufgehoben worden sind.

9. Haben Mitglieder nach Artikel 6 Absatz 1 ihre Absicht notifiziert, auf das Recht zur Berufung auf Artikel 6 zu verzichten, so gilt ihr Textil- und Bekleidungssektor für die Zwecke dieses Übereinkommens als in das GATT 1994 einbezogen. Diese Mitglieder brauchen daher den Absätzen 6 bis 8 und 11 nicht nachzukommen.

10. Dieses Übereinkommen hindert Mitglieder, die ein Programm für die Einbeziehung gemäß Absatz 6 oder 8 vorgelegt haben, nicht daran, Waren früher als nach dem Programm vorgesehen in das GATT 1994 einzubeziehen. Die Einbeziehung dieser Waren wird jedoch mit Beginn eines Übereinkommensjahres wirksam; die Einzelheiten sind dem TMB mindestens drei Monate vorher zwecks Weiterleitung an alle Mitglieder zu übermitteln.

11. Die Programme für die Einbeziehung nach Absatz 8 werden dem TMB im einzelnen mindestens 12 Monate im voraus notifiziert und von dem TMB an alle Mitglieder weitergeleitet.

12. Die Grundmengen der Beschränkungen für die übrigen Waren im Sinne des Absatzes 8 sind die in Absatz 1 genannten Höchstmengen.

13. Während der Stufe 1 dieses Übereinkommens (vom Tag des Inkrafttretens des WTO-Abkommens bis zum Ende des 36. Monats nach seinem Inkrafttreten) wird jede im Rahmen eines bilateralen MFV-Abkommens festgesetzte Höchstmenge, die für den Zwölfmonatszeitraum vor dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens gilt, jährlich um nicht weniger als die für die betreffenden Höchstmengen geltenden Steigerungsraten, erhöht um 16 v.H., angehoben.

14. Sofern nicht der Rat für Warenverkehr oder das Streitbeilegungsorgan nach Artikel 8 Absatz 12 etwas Gegenteiliges beschließt, werden die verbleibenden Höchstmengen im Verlauf der weiteren Stufen dieses Übereinkommens um nicht weniger als die folgenden Vornhundertsätze angehoben:

- a) für Stufe 2 (vom 37. bis zum 84. Monat nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens) um die für Stufe 1 geltende Steigerungsrate für die betreffende Höchstmenge, erhöht um 25 v.H.;
- b) für Stufe 3 (vom 85. bis zum 120. Monat nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens) um die für Stufe 2 geltende Steigerungsrate für die betreffende Höchstmenge, erhöht um 27 v.H..

15. Dieses Übereinkommen hindert ein Mitglied nicht daran, nach diesem Artikel aufrechterhaltene Beschränkungen im Verlauf der Übergangszeit mit Wirkung vom Beginn eines Übereinkommensjahres aufzuheben, sofern das betreffende Ausfuhrmitglied und das TMB mindestens drei Monate vor dem Wirksamwerden der Maßnahme unterrichtet werden. Die Frist für die vorherige Unterrichtung kann mit Zustimmung des Mitglieds, gegen das die Beschränkung gerichtet war, verkürzt werden. Das TMB leitet solche Notifikationen an alle Mitglieder weiter. Mitglieder, die die Aufhebung von Beschränkungen nach diesem Absatz in Betracht ziehen, berücksichtigen die Behandlung gleichartiger Ausfuhren anderer Mitglieder.

16. Die Flexibilitätsbestimmungen, d.h. Übertragungen zwischen Kategorien, Übertragungen auf das folgende Übereinkommensjahr und Ausnutzung im Vorgriff, die für alle nach diesem Artikel in Kraft bleibenden Beschränkungen gelten, entsprechen den Flexibilitätsbestimmungen, die nach den bilateralen MFV-Abkommen für den Zwölfmonatszeitraum vor dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens galten. Eine mengenmäßige Beschränkung der kumulierten Inanspruchnahme der Übertragung zwischen Kategorien, der Übertragung auf das folgende Übereinkommensjahr und der Ausnutzung im Vorgriff darf weder eingeführt noch beibehalten werden.

17. Verwaltungsvereinbarungen, die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Artikels für notwendig erachtet werden, können zwischen den betreffenden Mitgliedern getroffen werden. Sie sind dem TMB zu notifizieren.

18. Mitgliedern, deren Ausfuhren am Tag vor dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens Beschränkungen unterlagen und deren Beschränkungen 1,2 v.H. oder weniger des Gesamtvolumens der von einem Einfuhrmitglied am 31. Dezember 1991 angewendeten und nach diesem Artikel notifizierten Beschränkungen ausmachen, wird mit dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens und für die Dauer dieses Übereinkommens eine bedeutungsvolle Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten für ihre Ausfuhren gewährt, und zwar entweder durch die sofortige Anwendung der Steigerungsraten für die nächsthöhere Stufe im Sinne der Absätze 13 und 14 oder durch mindestens gleichwertige Änderungen der Zusammensetzung der Grundmengen, Steigerungsraten und Flexibilitätsbestimmungen, die einvernehmlich vereinbart werden. Diese Verbesserungen werden dem TMB notifiziert.

19. Wird während der Geltungsdauer dieses Übereinkommens von einem Mitglied für eine Ware im ersten Jahr nach der Einbeziehung der betreffenden Ware in das GATT 1994 nach Maßgabe dieses Artikels eine Schutzmaßnahme gemäß Artikel XIX des GATT 1994 eingeleitet, so gilt in jedem Fall Artikel XIX in der Auslegung des Übereinkommens über Schutzmaßnahmen, sofern nicht in Absatz 20 etwas Gegenteiliges bestimmt ist.

20. Wird eine derartige Maßnahme mit nichttarifären Mitteln durchgeführt, so wendet das betreffende Einfuhrmitglied die Maßnahme auf Antrag eines Ausfuhrmitglieds, dessen Ausfuhren der betreffenden Ware zu irgendeinem Zeitpunkt des der Einleitung der Schutzmaßnahme unmittelbar vorausgehenden Einjahreszeitraums einer Beschränkung unterlagen, in der in Artikel XIII Absatz 2 Buchstabe d) des GATT 1994 beschriebenen Weise an. Das betreffende Ausfuhrmitglied verwaltet die Maßnahme. Die anwendbare Höchstmenge darf nicht zur Folge haben, daß die betreffenden Ausfuhren unter das Niveau eines nicht zu weit zurückliegenden repräsentativen Zeitraums gesenkt werden; darunter sind normalerweise die durchschnittlichen Ausfuhren des betreffenden Mitglieds in den letzten drei repräsentativen Jahren, für die Statistiken vorliegen, zu verstehen. Wird die Schutzmaßnahme für mehr als ein Jahr angewendet, so muß ferner die betreffende Höchstmenge im Verlauf des Anwendungszeitraums in regelmäßigen Zeitabständen schrittweise liberalisiert werden. In derartigen Fällen macht das betreffende Ausfuhrmitglied von dem Recht gemäß Artikel XIX Absatz 3 Buchstabe a) des GATT 1994, im wesentlichen gleichwertige Zugeständnisse oder andere Verpflichtungen aufgrund des GATT 1994 auszusetzen, keinen Gebrauch.

21. Das TMB überprüft laufend die Durchführung dieses Artikels. Es prüft auf Antrag eines Mitglieds jede besondere Frage im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Artikels. Es richtet innerhalb von 30 Tagen geeignete Empfehlungen oder Feststellungen an das betreffende Mitglied bzw. die betreffenden Mitglieder, nachdem es diese zur Teilnahme eingeladen hat.

Artikel 3

1. Mitglieder, die (andere als die im Rahmen der MFV aufrechterhaltenen und unter Artikel 2 fallenden) Beschränkungen⁴ für Textil- und Bekleidungswaren beibehalten, müssen unabhängig davon, ob diese mit dem GATT 1994 vereinbar sind oder nicht, innerhalb von 60 Tagen nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens entweder a) die betreffenden Beschränkungen dem TMB im einzelnen notifizieren oder b) Notifikationen solcher Beschränkungen, die anderen WTO-Organen vorgelegt worden sind, dem TMB zur Verfügung stellen. Soweit angebracht, sollen diese Notifikationen Angaben enthalten über die Begründung der Beschränkungen nach dem GATT 1994 einschließlich der einschlägigen Bestimmungen des GATT 1994, aufgrund deren diese Beschränkungen eingeführt wurden.

2. Mitglieder, die unter Absatz 1 fallende Beschränkungen aufrechterhalten, die nicht durch eine Bestimmung des GATT 1994 begründet sind, müssen diese Beschränkungen

- a) innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens in Übereinstimmung mit dem GATT 1994 bringen, wobei sie dies dem TMB zur Unterrichtung notifizieren, oder
- b) nach einem Programm, das sie dem TMB spätestens sechs Monate nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens vorlegen müssen, schrittweise aufheben. Dieses Programm muß vorsehen, daß alle Beschränkungen innerhalb eines Zeitraums aufgehoben werden, der die Geltungsdauer dieses Übereinkommens nicht überschreitet. Das TMB kann an das betreffende Mitglied Empfehlungen in bezug auf ein derartiges Programm richten.

3. Während der Geltungsdauer dieses Übereinkommens stellen die Mitglieder dem TMB zur Unterrichtung alle Notifikationen von nach einer Bestimmung des GATT 1994 eingeführten neuen Beschränkungen oder Änderungen bestehender Beschränkungen für Textil- und Bekleidungswaren, die anderen WTO-Organen vorgelegt worden sind, innerhalb von 60 Tagen nach dem Wirksamwerden dieser Beschränkungen oder Änderungen zur Verfügung.

⁴ Der Begriff "Beschränkungen" bezeichnet alle einseitigen mengenmäßigen Beschränkungen sowie alle bilateralen Vereinbarungen und sonstigen Maßnahmen mit gleicher Wirkung.

4. Es steht den Mitgliedern frei, dem TMB zur Unterrichtung Gegennotifikationen in bezug auf die Begründung nach dem GATT 1994 oder in bezug auf nicht nach Maßgabe dieses Artikels notifizierte Beschränkungen zuzuleiten. Verfahren im Zusammenhang mit solchen Gegennotifikationen können von allen Mitgliedern nach den einschlägigen Regeln und Verfahren der GATT 1994 bei dem zuständigen WTO-Organ eingeleitet werden.

5. Das TMB leitet die ihm nach diesem Artikel zur Verfügung gestellten Notifikationen allen Mitgliedern zur Unterrichtung zu.

Artikel 4

1. Die in Artikel 2 genannten und die nach Artikel 6 angewendeten Beschränkungen werden von den Ausfuhrmitgliedern verwaltet. Die Einfuhrmitglieder sind nicht verpflichtet, Sendungen zur Einfuhr zuzulassen, die über die nach Artikel 2 notifizierten oder nach Artikel 6 angewendeten Höchstmengen hinausgehen.

2. Die Mitglieder kommen überein, daß Änderungen in der Anwendung oder Verwaltung von nach diesem Übereinkommen notifizierten oder angewendeten Beschränkungen, wie Änderungen der Praxis, der Vorschriften, der Verfahren oder der Kategorien von Textil- und Bekleidungswaren einschließlich Änderungen des Harmonisierten Systems, nicht zur Folge haben dürfen, daß das Gleichgewicht der Rechte und Pflichten der Mitglieder nach diesem Übereinkommen gestört, das den Mitgliedern eingeräumte Zugangsrecht beeinträchtigt, die volle Ausnutzung dieses Zugangsrechts behindert oder der unter dieses Übereinkommen fallende Handel zerrüttet wird.

3. Wird nach Artikel 2 die Einbeziehung einer Ware notifiziert, die nur einen Teil einer Höchstmenge darstellt, so kommen die Mitglieder überein, daß Änderungen der betreffenden Höchstmenge das Gleichgewicht der Rechte und Pflichten der Mitglieder nach diesem Übereinkommen nicht beeinträchtigen dürfen.

4. Sofern in den Absätzen 2 und 3 genannte Änderungen notwendig sind, kommen die Mitglieder überein, daß ein Mitglied, das solche Änderungen vornehmen will, die davon betroffenen Mitglieder unterrichtet und nach Möglichkeit Konsultationen mit ihnen einleitet, bevor die betreffenden Änderungen wirksam werden, um eine allseitig annehmbare Lösung für eine angemessene und gerechte Anpassung zu erzielen. Die Mitglieder kommen ferner überein, daß in Fällen, in denen vorherige Konsultationen nicht durchführbar sind, die Mitglieder, die solche Änderungen vornehmen, auf Antrag der betroffenen Mitglieder nach Möglichkeit innerhalb von 60 Tagen Konsultationen aufnehmen, um eine allseitig annehmbare Lösung für eine angemessene und gerechte Anpassung zu erzielen. Wird keine allseitig annehmbare Lösung erzielt, so kann jedes beteiligte Mitglied die Angelegenheit dem TMB unterbreiten, die Empfehlungen nach Artikel 8 ausspricht. Hatte das TSB keine Gelegenheit, einen Streitfall im Zusammenhang mit solchen Änderungen zu prüfen, das vor dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens vorgenommen worden waren, so wird der betreffende Fall von dem TMB nach den einschlägigen Bestimmungen und Verfahren der MFV geprüft.

Artikel 5

1. Die Mitglieder kommen überein, daß die Umgehung dieses Übereinkommens durch Umladung, Umleitung, falsche Angabe des Ursprungslandes oder Ursprungsorts und Fälschung von amtlichen Papieren die Durchführung dieses Übereinkommens zur Einbeziehung des Textil- und Bekleidungssektors in das GATT 1994 beeinträchtigt. Die Mitglieder sollen daher die notwendigen Rechtsvorschriften und/oder Verwaltungsverfahren festlegen, um solche Vorfälle zu behandeln und Abhilfe zu schaffen. Die Mitglieder kommen ferner überein, gemäß ihren inländischen Rechtsvorschriften und Verfahren uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, um Probleme aufgrund der Umgehung dieses Übereinkommens zu lösen.

2. Ist ein Mitglied der Auffassung, daß dieses Übereinkommen durch Umladung, Umleitung, falsche Angabe des Ursprungslandes oder Ursprungsorts und Fälschung von amtlichen Papieren

umgangen wird und daß keine oder nur unzureichende Maßnahmen getroffen werden, um solche Vorfälle zu behandeln und Abhilfe zu schaffen, so führt es Konsultationen mit dem betreffenden Mitglied bzw. den betreffenden Mitgliedern durch, um zu einer allseitig zufriedenstellenden Lösung zu gelangen. Diese Konsultationen finden unverzüglich statt, nach Möglichkeit innerhalb von 30 Tagen. Wird keine allseitig zufriedenstellende Lösung erzielt, so kann die Angelegenheit von einem der beteiligten Mitglieder dem TMB unterbreitet werden, das Empfehlungen ausspricht.

3. Die Mitglieder kommen überein, gemäß ihren inländischen Rechtsvorschriften und Verfahren die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um Umgehungspraktiken in ihrem Gebiet zu verhüten, zu untersuchen und gegebenenfalls rechtliche und/oder administrative Maßnahmen zu treffen. Die Mitglieder kommen überein, gemäß ihren inländischen Rechtsvorschriften und Verfahren in Fällen der Umgehung oder behaupteten Umgehung dieses Übereinkommens uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, um am Ort der Einfuhr, der Ausfuhr und gegebenenfalls der Umladung den Sachverhalt zu ermitteln. Es besteht Einvernehmen darüber, daß diese Zusammenarbeit gemäß den inländischen Rechtsvorschriften und Verfahren auf Antrag und von Fall zu Fall die Untersuchung von Umgehungspraktiken, die einen Anstieg der Höchstmengen unterliegenden Ausfuhren in das Gebiet des die Beschränkung aufrechterhaltenden Mitglieds verursachen, den Austausch von verfügbaren Unterlagen, Briefwechseln, Berichten und sonstigen einschlägigen Angaben sowie die Erleichterung von Unternehmensbesuchen und Kontakten einschließt. Die Mitglieder sollen sich bemühen, die Umstände solcher Umgehungen oder behaupteten Umgehungen einschließlich der Rolle der beteiligten Ausführer oder Einführer aufzuklären.

4. Liegen aufgrund einer Untersuchung hinreichende Beweise dafür vor, daß dieses Übereinkommen umgangen worden ist (d.h. liegen Beweise für das tatsächliche Ursprungsland oder den tatsächlichen Ursprungsort und die Umstände einer Umgehung vor), so kommen die Mitglieder überein, daß die zur Lösung des Problems erforderlichen geeigneten Maßnahmen getroffen werden sollen. Zu diesen Maßnahmen kann die Zurückweisung von Einfuhren der betreffenden Waren oder, sofern die Waren bereits eingeführt worden sind, die Anrechnung auf die dem tatsächlichen Ursprungsland oder Ursprungsort entsprechenden Höchstmengen gehören, wobei den genauen Umständen der Umgehung und der Beteiligung des tatsächlichen Ursprungslandes oder Ursprungsorts angemessen Rechnung getragen wird. Sofern Beweise für eine Beteiligung der Mitglieder vorliegen, in deren Gebiet eine Umladung vorgenommen wurde, kann zu diesen Maßnahmen auch die Einführung von Höchstmengen gegenüber den betreffenden Mitgliedern gehören. Derartige Maßnahmen mit angemessenem Zeitplan und Geltungsbereich können getroffen werden, nachdem zwischen den betreffenden Mitgliedern Konsultationen im Hinblick auf die Erzielung einer allseitig zufriedenstellenden Lösung durchgeführt worden sind, und werden dem TMB mit einer ausführlichen Begründung notifiziert. Die betreffenden Mitglieder können in den Konsultationen andere Möglichkeiten der Abhilfe vereinbaren. Alle derartigen Vereinbarungen sind dem TMB ebenfalls zu notifizieren; das TMB kann für zweckmäßig erachtete Empfehlungen an die Mitglieder richten. Wird keine allseitig zufriedenstellende Lösung erzielt, so kann jedes betroffene Mitglied die Angelegenheit dem TMB unterbreiten, das umgehend eine Prüfung vornimmt und Empfehlungen ausspricht.

5. Die Mitglieder stellen fest, daß in einigen Fällen von Umgehung Sendungen im Transit durch Länder oder Gebiete befördert werden können, in denen an den Umschlagorten keine Veränderungen der in diesen Sendungen enthaltenen Waren vorgenommen werden. Sie stellen fest, daß möglicherweise nicht generell eine Kontrolle dieser Sendungen an den Umschlagorten durchführbar ist.

6. Die Mitglieder kommen überein, daß falsche Angaben über Spinnstoffgehalt, Mengen, Warenbezeichnung oder Einreihung von Waren in die Zollnomenklatur gleichfalls die Ziele dieses Übereinkommens beeinträchtigen. Sofern Beweise dafür vorliegen, daß solche falschen Angaben zum Zwecke der Umgehung dieses Übereinkommens gemacht worden sind, kommen die Mitglieder überein, daß gemäß den inländischen Rechtsvorschriften und Verfahren Maßnahmen gegen die beteiligten Ausführer oder Einführer getroffen werden sollen. Ist ein Mitglied der Auffassung, daß dieses Übereinkommen durch solche falschen Angaben umgangen wird und daß keine oder nur unzureichende Verwaltungsmaßnahmen getroffen werden, um solche Vorfälle zu behandeln und/oder Abhilfe zu schaffen, so soll dieses Mitglied umgehend in Konsultationen mit dem beteiligten Mitglied eintreten, um eine beiderseitig zufriedenstellende Lösung zu finden. Kommt eine solche Lösung nicht zustande, so kann jedes beteiligte Mitglied die Angelegenheit dem TMB unterbreiten, das Empfehlungen ausspricht.

Diese Bestimmung soll die Mitglieder nicht daran hindern, technische Berichtigungen vorzunehmen, wenn bei der Anmeldung der Waren unbeabsichtigt Irrtümer unterlaufen sind.

Artikel 6

1. Die Mitglieder erkennen an, daß es während der Übergangszeit notwendig sein kann, eine besondere vorübergehende Schutzklausel (in diesem Übereinkommen "vorübergehende Schutzklausel" genannt) anzuwenden. Diese vorübergehende Schutzklausel kann von allen Mitgliedern für die im Anhang aufgeführten Waren angewendet werden, die noch nicht gemäß Artikel 2 in das GATT 1994 einbezogen worden sind. Mitglieder, die keine unter Artikel 2 fallenden Beschränkungen aufrechterhalten, teilen dem TMB innerhalb von 60 Tagen nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens mit, ob sie das Recht zur Berufung auf diesen Artikel wahren wollen. Mitglieder, die die Protokolle zur Verlängerung der MFV seit 1986 nicht angenommen haben, machen diese Mitteilung innerhalb von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens. Die vorübergehende Schutzklausel soll so sparsam wie möglich und in einer Weise angewendet werden, die mit diesem Artikel und mit der effektiven Durchführung des Einbeziehungsprozesses nach diesem Übereinkommen vereinbar ist.

2. Schutzmaßnahmen nach diesem Artikel können getroffen werden, wenn aufgrund der Feststellungen eines Mitglieds⁵ nachgewiesen wird, daß eine bestimmte Ware in derart erhöhten Mengen in das Gebiet des betreffenden Mitglieds eingeführt wird, daß dem inländischen Wirtschaftszweig, der ähnliche und/oder unmittelbar konkurrierende Waren produziert, ein erheblicher Schaden entsteht oder zu entstehen droht. Ein erheblicher Schaden bzw. die tatsächliche Gefahr eines erheblichen Schadens muß nachweislich durch die Erhöhung der Gesamteinfuhren der betreffenden Ware und nicht durch andere Faktoren, wie technologischer Wandel oder Änderungen der Verbrauchergewohnheiten, verursacht werden.

3. Das Mitglied, daß eine Feststellung eines erheblichen Schadens bzw. der tatsächlichen Gefahr eines erheblichen Schadens im Sinne des Absatzes 2 trifft, prüft die Auswirkungen der betreffenden Einfuhren auf die Lage des Wirtschaftszweiges anhand von Veränderungen einschlägiger Wirtschaftsindikatoren, wie Ausstoß, Produktivität, Kapazitätsauslastung, Langerbestände, Marktanteil, Ausfuhren, Löhne, Beschäftigung, inländische Preise, Gewinne und Investitionen, wobei keiner dieser Indikatoren für sich gesehen oder in Verbindung mit anderen Faktoren zwangsläufig einen entscheidenden Hinweis gibt.

4. Eine nach diesem Artikel eingeführte Maßnahme wird jeweils gegenüber bestimmten Mitgliedern angewendet. Die Mitglieder, denen ein erheblicher Schaden oder die tatsächliche Gefahr eines solchen Schadens zuzuschreiben ist, werden anhand folgender Kriterien bestimmt: ein bereits eingetretener oder bevorstehender scharfer und wesentlicher Anstieg der Einfuhren aus den betreffenden Mitgliedern für sich gesehen, die Höhe der Einfuhren im Vergleich zu den Einfuhren aus anderen Quellen, der Marktanteil sowie die Einfuhr- und Inlandspreise auf einer vergleichbaren Vermarktungsstufe, wobei keiner dieser Indikatoren für sich gesehen oder in Verbindung mit anderen Faktoren zwangsläufig einen entscheidenden Hinweis gibt. Schutzmaßnahmen nach diesem Artikel werden nicht auf Ausfuhren eines Mitglieds angewendet, dessen Ausfuhren der betreffenden Ware bereits einer Höchstmenge nach diesem Übereinkommen unterliegen.

⁵ Eine Zollunion kann eine Schutzmaßnahme für ihr gesamtes Gebiet oder für einen Mitgliedstaat anwenden. Beruft sich eine Zollunion auf die Schutzklausel für ihr gesamtes Gebiet, so müssen alle erforderlichen Feststellungen des erheblichen Schadens oder der tatsächlichen Gefahr eines erheblichen Schadens aufgrund der Lage in der Zollunion als ganzer getroffen werden. Wird eine Schutzmaßnahme für einen Mitgliedstaat angewendet, so werden alle erforderlichen Feststellungen des erheblichen Schadens oder der tatsächlichen Gefahr eines erheblichen Schadens aufgrund der Lage in diesem Mitgliedstaat getroffen; in diesem Fall gilt die Maßnahme nur für den betreffenden Mitgliedstaat.

5. Die Geltungsdauer einer Feststellung eines erheblichen Schadens oder der tatsächlichen Gefahr eines solchen Schadens für die Zwecke der Einführung einer Schutzmaßnahme darf 90 Tage nach der ursprünglichen Notifikation nach Absatz 7 nicht überschreiten.

6. Bei der Anwendung der vorübergehenden Schutzklausel werden die Interessen der Ausführmitglieder wie nachstehend beschrieben besonders berücksichtigt:

- a) die am wenigsten entwickelten Mitglieder erhalten eine deutlich günstigere Behandlung als die anderen in diesem Absatz genannten Gruppen von Mitgliedern, vorzugsweise in allen Elementen, zumindest jedoch global gesehen;
- b) Mitglieder, deren Gesamtvolumen an Textil- und Bekleidungsausfuhren im Vergleich zu dem Gesamtvolumen der Ausfuhren anderer Mitglieder klein ist und auf die nur ein geringer Anteil der Gesamteinfuhren der betreffenden Ware in das Gebiet des Einfuhrmitglieds entfällt, erhalten bei der Festlegung der wirtschaftlichen Bedingungen nach den Absätzen 8, 13 und 14 eine differenzierte und günstigere Behandlung. Bei diesen Lieferländern werden die künftigen Möglichkeiten für eine Entwicklung ihres Handels und die Notwendigkeit, ihnen kommerzielle Einfuhrmengen zuzugestehen, im Sinne des Artikels 1 Absätze 2 und 3 gebührend berücksichtigt;
- c) bei Waren aus Wolle aus einem Wolle produzierenden Entwicklungsland-Mitglied, dessen Wirtschaft und Handel mit Textilwaren und Bekleidung vom Wollsektor abhängig sind, dessen Textil- und Bekleidungsausfuhren nahezu ausschließlich aus Waren aus Wolle bestehen und dessen Handelsvolumen bei Textilwaren und Bekleidung auf den Märkten der Einfuhrmitglieder einen vergleichsweise geringen Anteil ausmacht, werden die Ausfuhrerfordernisse des betreffenden Mitglieds bei der Prüfung von Höchstmengen, Steigerungsraten und Flexibilitätsbestimmungen besonders in Betracht gezogen;
- d) ein Mitglied gewährt eine günstigere Behandlung für die Wiedereinfuhr von Textil- und Bekleidungswaren, die es zur Be- oder Verarbeitung und anschließenden Wiedereinfuhr in ein anderes Mitglied ausgeführt hatte; diese Behandlung unterliegt den Rechtsvorschriften und Praktiken des Einfuhrmitglieds und ist abhängig von zufriedenstellenden Kontroll- und Bescheinigungsverfahren, wenn diese Waren aus einem Mitglied eingeführt werden, für das ein wesentlicher Anteil der gesamten Textil- und Bekleidungsausfuhren auf diese Art des Warenverkehrs entfällt.

7. Ein Mitglied, das eine Schutzmaßnahme beabsichtigt, beantragt Konsultationen mit den Mitgliedern, die von der Maßnahme betroffen wären. Dem Konsultationsersuchen sind genaue und sachdienliche Angaben für einen möglichst nicht zu weit zurückliegenden Zeitraum beizufügen, aus denen insbesondere folgendes ersichtlich wird: a) die Faktoren gemäß Absatz 3, auf die das betreffende Mitglied die Feststellung eines erheblichen Schadens oder der tatsächlichen Gefahr eines solchen Schadens stützt, und b) die Faktoren gemäß Absatz 4, aufgrund deren es die Schutzmaßnahme gegenüber den betreffenden Mitgliedern vorschlägt. Bei Konsultationsersuchen nach diesem Absatz beziehen sich diese Angaben so eng wie möglich auf erkennbare Produktionssektoren und auf den in Absatz 8 genannten Bezugszeitraum. Das Mitglied, das die Schutzmaßnahme einführen will, gibt ferner an, in welcher Höhe die Beschränkung der Einfuhren der fraglichen Ware aus den betreffenden Mitgliedern festgesetzt werden soll; die vorgeschlagene Höchstmenge darf nicht unter dem in Absatz 8 genannten Niveau liegen. Das Mitglied, das ein Konsultationsersuchen stellt, teilt gleichzeitig dem Vorsitzenden des TMB das Konsultationsersuchen zusammen mit den in den Absätzen 3 und 4 genannten sachlichen Angaben einschließlich der vorgeschlagenen Höchstmenge mit. Der Vorsitzende unterrichtet die Mitglieder des TMB von dem Konsultationsersuchen unter Angabe des antragstellenden Mitglieds, der fraglichen Ware und der Mitglieder, an die das Ersuchen gerichtet ist. Mitglieder, an die ein Konsultationsersuchen gerichtet wird, geben diesem Ersuchen umgehend statt; die Konsultationen werden unverzüglich aufgenommen und normalerweise innerhalb von 60 Tagen nach Eingang des Konsultationsersuchens abgeschlossen.

8. Wird in den Konsultationen Einvernehmen darüber erzielt, daß die Lage eine Beschränkung der Ausfuhren der betreffenden Ware durch die betreffenden Mitglieder erfordert, so wird die Höchstmenge auf einem Niveau festgesetzt, daß nicht niedriger sein darf als das Niveau der Ausfuhren oder Einfuhren aus den betreffenden Mitgliedern in dem Zwölfmonatszeitraum, der zwei Monate vor dem Monat endet, in dem das Konsultationsersuchen gestellt wurde.

9. Die Einzelheiten der vereinbarten Beschränkungsmaßnahme werden dem TMB innerhalb von 60 Tagen nach dem Abschluß der Vereinbarung mitgeteilt. Das TMB stellt fest, ob die Vereinbarung nach Maßgabe dieses Artikels begründet ist. Bei dieser Feststellung stützt sich das TMB auf die sachlichen Angaben, die seinem Vorsitzenden nach Absatz 7 übermittelt worden sind, sowie auf alle sonstigen von den betreffenden Mitgliedern vorgelegten sachdienlichen Angaben. Das TMB kann an die betreffenden Mitglieder die für notwendig erachteten Empfehlungen richten.

10. Ist jedoch nach Ablauf von 60 Tagen nach dem Eingang des Konsultationsersuchens keine Einigung zwischen den betreffenden Mitgliedern zustande gekommen, so kann das Mitglied, das die Schutzmaßnahme vorgeschlagen hat, die Beschränkung nach Maßgabe dieses Artikels innerhalb von 30 Tagen nach dem Ablauf des Konsultationszeitraums von 60 Tagen anwenden, wobei das Einfuhrdatum oder das Ausfuhrdatum zugrunde gelegt wird; gleichzeitig befaßt es das TMB mit der Angelegenheit. Es steht allen betroffenen Mitgliedern frei, das TMB vor Ablauf des Zeitraums von 60 Tagen mit der Angelegenheit zu befassen. In beiden Fällen nimmt das TMB umgehend eine Prüfung des Sachverhalts einschließlich der Feststellung eines erheblichen Schadens oder der tatsächlichen Gefahr eines solchen Schadens vor und richtet innerhalb von 30 Tagen zweckmäßige Empfehlungen an die betreffenden Mitglieder. Bei dieser Prüfung stützt sich das TMB auf die sachlich Angaben, die seinem Vorsitzenden nach Absatz 7 übermittelt worden sind, sowie auf alle sonstigen von den betreffenden Mitgliedern vorgelegten sachdienlichen Angaben.

11. Unter äußerst ungewöhnlichen und kritischen Umständen, wenn eine Verzögerung einen schwer wiedergutzumachenden Schaden verursachen würde, kann eine Maßnahme nach Absatz 10 vorläufig getroffen werden, sofern das Konsultationsersuchen und die Mitteilung an das TMB innerhalb von höchstens 5 Arbeitstagen nach der Einführung der Maßnahme erfolgen. Kommt in diesen Konsultationen keine Einigung zustande, so wird das TMB bei Abschluß der Konsultationen, in keinem Falle jedoch später als 60 Tage nach der Einführung der Maßnahme unterrichtet. Das TMB nimmt umgehend eine Prüfung der Angelegenheit vor und richtet innerhalb von 30 Tagen zweckmäßig Empfehlungen an die betreffenden Mitglieder. Kommt in diesen Konsultationen eine Einigung zustande, so unterrichten die Mitglieder das TMB bei Abschluß der Konsultationen, in keinem Falle jedoch später als 90 Tage nach der Einführung der Maßnahme. Das TMB kann für zweckmäßig erachtete Empfehlungen an die betreffenden Mitglieder richten.

12. Ein Mitglied kann nach diesem Artikel angewendete Maßnahmen entweder a) bis zu drei Jahren ohne Verlängerung oder b) bis zur Einbeziehung der Waren in das GATT 1994 aufrechterhalten, wobei der jeweils frühere dieser beiden Zeitpunkte zugrunde gelegt wird.

13. Bleibt die Beschränkungsmaßnahme für einen Zeitraum von mehr als einem Jahr in Kraft, so gilt für die folgenden Jahre die für das erste Jahr festgesetzte Höchstmenge zuzüglich einer Steigerungsrate von nicht weniger als 6 v.H. pro Jahr, es sei denn, daß gegenüber dem TMB etwas Gegenteiliges begründet wird. Die Höchstmenge für die betreffende Ware kann in jedem von zwei aufeinanderfolgenden Jahren durch Ausnutzung im Vorgriff und/oder Übertragung auf das folgende Jahr um 10 v.H. überschritten werden, wobei auf die Ausnutzung im Vorgriff nicht mehr als 5 v.H. entfallen dürfen. Für die kumulierte Inanspruchnahme der Übertragung auf das folgende Jahr, der Ausnutzung im Vorgriff und des Absatzes 14 dürfen keine mengenmäßigen Beschränkungen gelten.

14. Führt ein Mitglied eine Beschränkung nach diesem Artikel für mehr als eine Ware eines anderen Mitglieds ein, so darf die nach diesem Artikel vereinbarte Höchstmenge für jede dieser Waren um 7 v.H. überschritten werden, sofern die Gesamtausfuhren von einer Beschränkung unterliegenden Waren die Summe der Höchstmengen für alle nach diesem Artikel einer Beschränkung unterworfenen Waren nicht überschreiten, wobei vereinbarte gemeinsame Maßeinheiten zugrunde gelegt werden. Stimmen die Anwendungszeiträume der Beschränkungen für diese Waren nicht überein, so wird diese Bestimmung pro rata temporis angewendet.

15. Wird eine Schutzmaßnahme nach diesem Artikel für eine Ware angewendet, für die im Zwölfmonatszeitraum vor dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens bereits eine Beschränkung nach der MFV oder nach Artikel 2 oder 6 galt, so wird die neue Höchstmenge in der in Absatz 8 genannten Höhe festgesetzt, es sei denn, das Inkrafttreten der neuen Höchstmenge erfolgt innerhalb eines Jahres nach

- a) dem Tag der Notifikation der Aufhebung der früheren Beschränkung nach Artikel 2 Absatz 15 oder
- b) dem Tag der Aufhebung der früheren nach diesem Artikel oder nach der MFV eingeführten Beschränkung;

in diesem Fall darf die neue Höchstmenge nicht niedriger sein als entweder i) die Höchstmenge für den letzten Zwölfmonatszeitraum, in dem eine Beschränkung für die Ware galt, oder ii) die Höchstmenge nach Absatz 8, wobei die höhere dieser beiden Höchstmengen zugrunde gelegt wird.

16. Beschließt ein Mitglied, das keine Beschränkung nach Artikel 2 aufrechterhält, eine Beschränkung nach diesem Artikel einzuführen, so trifft es angemessene Vorkehrungen, die a) Faktoren wie die bestehende Einreihung in die Zollnomenklatur und die auf üblichen Handelsbräuchen bei Einfuhr- und Ausfuhrgeschäften beruhenden Mengeneinheiten berücksichtigen, und zwar sowohl in bezug auf die Faserzusammensetzung als auch in bezug auf den Wettbewerb in dem betreffenden Segment des Binnenmarktes, und b) eine übermäßige Aufsplitterung der Kategorien vermeiden. Ein Konsultationsersuchen nach Absatz 7 oder 11 enthält vollständige Angaben über diese Vorkehrungen.

Artikel 7

1. Als Teil des Einbeziehungsprozesses und unter Bezugnahme auf die besonderen Verpflichtungen, die die Mitglieder aufgrund der Uruguay-Runde übernommen haben, treffen alle Mitglieder die erforderlichen Maßnahmen, um den Regeln und Disziplinen des GATT 1994 in folgender Hinsicht nachzukommen:

- a) Gewährleistung eines verbesserten Marktzugangs für Textil- und Bekleidungswaren durch Maßnahmen wie Senkung und Bindung von Zollsätzen, Senkung oder Beseitigung von nichttarifären Hemmnissen und Vereinfachung der Zoll-, Verwaltungs- und Lizenzerteilungsförmlichkeiten;
- b) Sicherstellung einer Politik fairer und angemessener Handelsbedingungen für Textilwaren und Bekleidung in Bereichen wie Dumping und Antidumpingbestimmungen und
-verfahren, Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen sowie Schutz der Rechte an geistigem Eigentum;
- c) Vermeidung einer Diskriminierung der Einfuhren im Textil- und Bekleidungssektor bei der Durchführung von Maßnahmen aus allgemeinen handelspolitischen Gründen.

Solche Maßnahmen lassen die Rechte und Pflichten der Mitglieder nach dem GATT 1994 unberührt.

2. Die Mitglieder notifizieren dem TMB die Maßnahmen nach Absatz 1, die sich auf die Durchführung dieses Übereinkommens auswirken. Soweit diese Maßnahmen anderen WTO-Organen notifiziert worden sind, genügt für die Zwecke dieses Absatzes eine Zusammenfassung mit einem Hinweis auf die ursprüngliche Notifikation. Es steht den Mitgliedern frei, Gegennotifikationen an das TMB zu richten.

3. Ist ein Mitglied der Auffassung, daß ein anderes Mitglied die in Absatz 1 bezeichneten Maßnahmen nicht getroffen hat und das Gleichgewicht der Rechte und Pflichten nach diesem Übereinkommen beeinträchtigt worden ist, so kann es die Angelegenheit den zuständigen WTO-Organen vorlegen und das TMB unterrichten. Alle Feststellungen oder Schlußfolgerungen der

betreffenden WTO-Organen in dieser Angelegenheit sind Teil des zusammenfassenden Berichts des TMB.

Artikel 8

1. Zur Überwachung der Durchführung dieses Übereinkommens, zur Prüfung der nach diesem Übereinkommen getroffenen Maßnahmen und deren Konformität mit diesem Übereinkommen sowie zur Ausübung der in diesem Übereinkommen ausdrücklich vorgesehenen Befugnisse wird das Textilaufsichtsorgan ("TMB") eingesetzt. Das TMB besteht aus einem Vorsitzenden und zehn Mitgliedern. Die Zusammensetzung des TMB soll ausgewogen und möglichst repräsentativ sein, und ein regelmäßiger Wechsel der Mitgliedschaft in angemessenen Zeitabständen ist vorgesehen. Die Mitglieder des TMB werden von den vom Rat für Warenverkehr für die Mitgliedschaft in dem TMB bezeichneten Mitgliedern dieses Übereinkommens benannt und üben ihre Funktion ad personam aus.
2. Das TMB entwickelt selbst seine Arbeitsverfahren. Es besteht jedoch Einvernehmen darüber, daß ein Konsensus in dem TMB ohne die Zustimmung von Mitgliedern zustande kommen kann, die von Mitgliedern dieses Übereinkommens benannt worden sind, die Partei in einem dem TMB zur Prüfung vorliegenden ungeklärten Streit sind.
3. Das TMB gilt als ständiges Organ und tritt nach Bedarf zusammen, um die ihm nach diesem Übereinkommen übertragenen Aufgaben wahrzunehmen. Es stützt sich dabei auf die von den Mitgliedern dieses Übereinkommens nach dessen einschlägigen Artikeln vorgenommenen Notifikationen und Mitteilungen, ergänzt durch gegebenenfalls erforderliche zusätzliche Angaben oder Einzelheiten, die von den Mitgliedern vorgelegt oder von dem TMB angefordert werden. Es kann sich ferner auf Notifikationen oder Berichte von anderen WTO-Organen oder aus anderen für geeignet erachteten Quellen stützen.
4. Die Mitglieder räumen einander angemessene Gelegenheit zu Konsultationen über alle die Durchführung dieses Übereinkommens betreffenden Angelegenheiten ein.
5. Kommt in bilateralen Konsultationen nach diesem Übereinkommen keine einvernehmlich vereinbarte Lösung zustande, so richtet das TMB auf Ersuchen eines der beiden Mitglieder nach einer gründlichen und zügigen Prüfung der Angelegenheit Empfehlungen an die betreffenden Mitglieder.
6. Das TMB prüft auf Ersuchen eines Mitglieds dieses Übereinkommens umgehend alle besonderen Angelegenheiten, die nach Auffassung dieses Mitglieds seinen Interessen im Rahmen dieses Übereinkommens schaden, wenn Konsultationen zwischen diesem Mitglied und den anderen betroffenen Mitgliedern keine allseitig zufriedenstellende Lösung ergeben haben. In einer solchen Angelegenheit macht das TMB gegenüber den betreffenden Mitgliedern sowie für die Zwecke der Prüfung nach Absatz 11 für zweckmäßig erachtete Bemerkungen.
7. Bevor das TMB seine Empfehlungen oder Bemerkungen abfaßt, lädt es die Mitglieder, die von der zur Prüfung vorgelegten Angelegenheit unmittelbar betroffen sein können, zur Teilnahme ein.
8. Das TMB gibt die Empfehlungen oder Feststellungen, um die es ersucht wird, nach Möglichkeit innerhalb von 30 Tagen ab, sofern in diesem Übereinkommen nichts Gegenteiliges bestimmt ist. Alle Empfehlungen oder Feststellungen werden den unmittelbar betroffenen Mitgliedern mitgeteilt. Alle Empfehlungen oder Feststellungen werden auch dem Rat für Warenverkehr zur Unterrichtung zugeleitet.
9. Die Mitglieder bemühen sich, den Empfehlungen des TMB in vollem Umfang nachzukommen; das TMB übt eine angemessene Kontrolle über die Umsetzung seiner Empfehlungen aus.
10. Hält ein Mitglied es für unmöglich, den Empfehlungen des TMB nachzukommen, so teilt es dem TMB spätestens einen Monat nach Eingang der betreffenden Empfehlung die Gründe dafür mit. Nach sorgfältiger Prüfung dieser Gründe spricht das TMB unverzüglich weitere für zweckmäßig erachtete Empfehlungen aus. Bleibt die Angelegenheit auch nach diesen Empfehlungen weiter ungelöst,

so kann jedes betroffene Mitglied den Fall dem Streitbeilegungsorgan unterbreiten und sich auf Artikel XXII Absatz 2 des GATT 1994 sowie auf die einschlägigen Bestimmungen der Streitbeilegungsvereinbarung berufen.

11. Zur Beaufsichtigung der Durchführung dieses Übereinkommens nimmt der Rat für Warenverkehr vor dem Ende jeder Stufe des Einbeziehungsprozesses eine umfassende Prüfung vor. Zur Unterstützung dieser Prüfung legt das TMB spätestens sechs Monate vor dem Ende jeder Stufe dem Rat für Warenverkehr einen vollständigen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens im Berichtszeitraum vor; in diesem Bericht werden insbesondere Fragen im Zusammenhang mit dem Einbeziehungsprozeß, der Anwendung der vorübergehenden Schutzklausel und der Anwendung der Regeln und Disziplinen des GATT 1994 gemäß den Artikeln 2, 3,6 und 7 behandelt. Dieser Bericht kann die von dem TMB für zweckmäßig erachteten Empfehlungen an den Rat für Warenverkehr einschließen.

12. Aufgrund der Ergebnisse der Prüfung kann der Rat für Warenverkehr im Wege des Konsensus Beschlüsse fassen, die er für zweckmäßig erachtet, um zu gewährleisten, daß das Gleichgewicht der Rechte und Pflichten nach diesem Übereinkommen nicht beeinträchtigt wird. Zur Beilegung von

Streitigkeiten, die im Zusammenhang mit einer Angelegenheit im Sinne des Artikels 7 entstehen können, kann das Streitbeilegungsorgan unbeschadet des in Artikel 9 festgelegten Datums des Außerkrafttretens für die an die Prüfung anschließende Stufe eine Anpassung des Artikels 2 Absatz 14 gegenüber Mitgliedern bewilligen, die ihren Verpflichtungen nach diesem Übereinkommen nachweislich nicht nachkommen.

Artikel 9

Dieses Übereinkommen und alle aufgrund dieses Übereinkommens angewendeten Beschränkungen treten am ersten Tag des 121. Monats nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens außer Kraft; am gleichen Tag wird der Textil- und Bekleidungssektor vollständig in das GATT 1994 einbezogen. Dieses Übereinkommen wird nicht verlängert.

ANHANG

LISTE DER UNTER DIESES ÜBEREINKOMMEN FALLENDEN WAREN

1. Dieser Anhang enthält die Liste der Textil- und Bekleidungswaren, die im Harmonisierten System zur Bezeichnung und Codierung der Waren (HS) mit sechsstelligen Nummern erfaßt sind.
2. Maßnahmen aufgrund der Schutzklausel in Artikel 6 werden für einzelne Textil- und Bekleidungswaren getroffen und nicht auf der Grundlage von HS-Nummern als solchen.
3. Maßnahmen aufgrund der Schutzklausel in Artikel 6 dürfen nicht für folgende Waren getroffen werden:
 - a) Ausfuhren der Entwicklungsland-Mitglieder von in Handwerksbetrieben auf Webstühlen mit Hand- oder Fußantrieb hergestellten Geweben, von in Handarbeit aus derartigen Geweben hergestellten Konfektionswaren sowie von handwerklichen Textil- und Bekleidungswaren der traditionellen Volkskunst, sofern für diese Waren nach zwischen den betreffenden Mitgliedern vereinbarten Verfahren ausgestellte ordnungsgemäße Bescheinigungen vorgelegt werden;
 - b) traditionell gehandelte Textilwaren, die vor 1982 in kommerziell bedeutenden Mengen international gehandelt wurden, wie Taschen, Säcke und Beutel, Teppichunterlagen, Bindfäden, Seile und Taue, Gepäckwaren, Matten, Teppiche und andere Fußbodenbeläge, die traditionell aus Fasern wie Jute, Kokos, Sisal, Abaca, Maguey und Henequen hergestellt werden;
 - c) Waren aus reiner Seide.

Für die vorgenannten Waren gilt Artikel XIX des GATT 1994 in der Auslegung des Übereinkommens über Schutzmaßnahmen.

Waren des Abschnitts XI (Spinnstoffe und Waren daraus) der Nomenklatur des Harmonisierten Systems zur Bezeichnung und Codierung der Waren (HS)

HS-Nr. Warenbezeichnung

Kap. 50	Seide.
5004 00	Seidengarne (andere als Schappeseidengarne od. Bouretteseidengarne), nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5005 00	Schappeseidengarne od. Bouretteseidengarne, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5006 00	Seidengarne, Schappeseidengarne od. Bouretteseidengarne, in Aufmachungen für den Einzelverkauf; Messinahaar
5007 10	Gewebe Bouretteseide
5007 20	Gewebe mit einem Anteil an Seide oder Schappeseide (ausgenommen Bouretteseide) von 85 GHT oder mehr
5007 90	Andere Gewebe aus Seide
Kap. 51	Wolle, feine und grobe Tierhaare; Garne und Gewebe aus Roßhaar
5105 10	Gekrempelte Wolle
5105 21	Gekämmte Wolle in loser Form ("open tops")
5105 29	Kammzüge aus Wolle und andere gekämmte Wolle, ausgenommen gekämmte Wolle in loser Form
5105 30	Feine Tierhaare, gekrempelt oder gekämmt
5106 10	Garne aus gekämmter Wolle, ≥ 85 GHT Wolle, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5106 20	Streichgarne aus Wolle, < 85 GHT Wolle, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5107 10	Kammgarne aus Wolle, ≥ 85 GHT Wolle, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5107 20	Kammgarne aus Wolle, < 85 GHT Wolle, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5108 10	Streichgarne aus feinen Tierhaaren, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5108 20	Kammgarne aus feinen Tierhaaren, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5109 10	Garne aus Wolle/feinen Tierhaaren, ≥ 85 GHT dieser Spinnstoffe, in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5109 90	Garne aus Wolle/feinen Tierhaaren, < 85 GHT dieser Spinnstoffe, in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5110 00	Garne aus groben Tierhaaren oder aus Roßhaar
5111 11	Streichgarngewebe aus Wolle/feinen Tierhaaren, ≥ 85 GHT, ≤ 300 g/m ²
5111 19	Streichgarngewebe aus Wolle/feinen Tierhaaren, ≥ 85 GHT, > 300 g/m ²
5111 20	Streichgarngewebe aus Wolle/feinen Tierhaaren, ≥ 85 GHT, mit synth. od. künstl. Filamenten gemischt
5111 30	Streichgarngewebe aus Wolle/feinen Tierhaaren, ≥ 85 GHT, mit synth. od. künstl. Spinnfasern gemischt
5111 90	Andere Streichgarngewebe aus Wolle/feinen Tierhaaren, ≥ 85 GHT
5112 11	Kammgarngewebe aus Wolle/feinen Tierhaaren, ≥ 85 , ≤ 200 g/m ²
5112 19	Kammgarngewebe aus Wolle/feinen Tierhaaren, ≥ 85 GHT, > 200 g/m ²
5112 20	Kammgarngewebe aus Wolle/feinen Tierhaaren, ≥ 85 GHT, mit synth. od. künstl. Filamenten gemischt
5112 30	Kammgarngewebe aus Wolle/feinen Tierhaaren, < 85 GHT, mit synth. od. künstl. Spinnfasern gemischt
5112 90	Andere Kammgarngewebe aus Wolle/feinen Tierhaaren, < 85 GHT
5113 00	Gewebe aus groben Tierhaaren oder aus Roßhaar

HS-Nr. Warenbezeichnung

Kap. 52	Baumwolle
5204 11	Nähgarne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT Baumwolle, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5204 19	Nähgarne aus Baumwolle, < 85 GHT Baumwolle, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5204 20	Nähgarne aus Baumwolle, in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5205 11	Garne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, ungezwirnt, aus nicht gekämmten Fasern, ≥ 714.29 dtex, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5205 12	Garne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, ungezwirnt, aus nicht gekämmten Fasern, $714.29 > \text{dtex} \geq 232.56$, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5205 13	Garne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, ungezwirnt, aus nicht gekämmten Fasern, $232.56 > \text{dtex} \geq 192.31$, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5205 14	Garne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, ungezwirnt, aus nicht gekämmten Fasern, $192.31 > \text{dtex} \geq 125$, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5205 15	Garne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, ungezwirnt, aus nicht gekämmten Fasern, < 125 dtex, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5205 21	Garne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, ungezwirnt, aus gekämmten Fasern, ≥ 714.29 , nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5205 22	Garne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, ungezwirnt, aus gekämmten Fasern, $714.29 > \text{dtex} \geq 232.56$, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5205 23	Garne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, ungezwirnt, aus gekämmten Fasern, $232.56 > \text{dtex} \geq 192.31$, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5205 24	Garne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, ungezwirnt, aus gekämmten Fasern, $192.31 > \text{dtex} \geq 125$, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5205 25	Garne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, ungezwirnt, aus gekämmten Fasern, < 125 dtex, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5205 31	Andere Garne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, gezwirnt, aus nicht gekämmten Fasern, ≥ 714.29 dtex, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5205 32	Andere Garne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, gezwirnt, aus nicht gekämmten Fasern, $714.29 > \text{dtex} \geq 232.56$, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5205 33	Andere Garne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, gezwirnt, aus nicht gekämmten Fasern, $232.56 > \text{dtex} \geq 192.31$, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5205 34	Andere Garne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, gezwirnt, aus nicht gekämmten Fasern, $192.31 > \text{dtex} \geq 125$, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5205 35	Andere Garne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, gezwirnt, aus nicht gekämmten Fasern, < 125 dtex, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5205 41	Andere Garne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, gezwirnt, aus gekämmten Fasern, ≥ 714.29 dtex, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5205 42	Andere Garne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, gezwirnt, aus gekämmten Fasern, $714.29 > \text{dtex} \geq 232.56$, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5205 43	Andere Garne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, gezwirnt, aus gekämmten Fasern, $232.56 > \text{dtex} \geq 192.31$, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5205 44	Andere Garne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, gezwirnt, aus gekämmten Fasern, $192.31 > \text{dtex} \geq 125$, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5205 45	Andere Garne aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, gezwirnt, aus gekämmten Fasern, < 125 dtex, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5206 11	Garne aus Baumwolle, < 85 GHT, ungezwirnt, aus nicht gekämmten Fasern, ≥ 714.29 dtex, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf

HS-Nr. Warenbezeichnung

- 5206 12 Garne aus Baumwolle, <85 GHT, ungezwirnt, aus nicht gekämmten Fasern, 714.29 >dtex>/=232.56, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5206 13 Garne aus Baumwolle, <85 GHT, ungezwirnt, aus nicht gekämmten Fasern, 232.56 >dtex>/=192.31, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5206 14 Garne aus Baumwolle, <85 GHT, ungezwirnt, aus nicht gekämmten Fasern, 192.31 >dtex>/=125, nt put up
- 5206 15 Garne aus Baumwolle,<85 GHT, ungezwirnt, aus nicht gekämmten Fasern,<125 dtex, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5206 21 Garne aus Baumwolle, <85 GHT, ungezwirnt, aus gekämmten Fasern,>/=714.29 dtex, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5206 22 Garne aus Baumwolle, <85 GHT, ungezwirnt, aus gekämmten Fasern, 714.29 >dtex>/=232.56, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5206 23 Garne aus Baumwolle, <85 GHT, ungezwirnt, aus gekämmten Fasern, 232.56 >dtex>/=192.31, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5206 24 Garne aus Baumwolle, <85 GHT, ungezwirnt, aus gekämmten Fasern, 192.31 >dtex>/=125, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5206 25 Garne aus Baumwolle,<85 GHT, ungezwirnt, aus gekämmten Fasern,<125 dtex, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5206 31 Andere Garne aus Baumwolle, <85 GHT, gezwirnt, aus nicht gekämmten Fasern,>/=714.29 dtex, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5206 32 Andere Garne aus Baumwolle,<85 GHT, gezwirnt, aus nicht gekämmten Fasern, 714.29 >dtex>/=232.56, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5206 33 Andere Garne aus Baumwolle,<85 GHT, gezwirnt, aus nicht gekämmten Fasern, 232.56 >dex>/=192.31, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5206 34 Andere Garne aus Baumwolle,<85 GHT, gezwirnt, aus nicht gekämmten Fasern, 192.31 >dtex>/=125, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5206 35 Andere Garne aus Baumwolle, <85 GHT, gezwirnt, aus nicht gekämmten Fasern, <125 dtex, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5206 41 Andere Garne aus Baumwolle, <85 GHT, gezwirnt, aus gekämmten Fasern,>/=714.29 dtex, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5206 42 Andere Garne aus Baumwolle,<85 GHT, gezwirnt, aus gekämmten Fasern, 714.29 >dtex>/=232.56, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5206 43 Andere Garne aus Baumwolle,<85 GHT, gezwirnt, aus gekämmten Fasern, 232.56 >dtex>/=192.31, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5206 44 Andere Garne aus Baumwolle,<85 GHT, gezwirnt, aus gekämmten Fasern, 192.31 >dtex>/=125, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5206 45 Andere Garne aus Baumwolle, <85 GHT, gezwirnt, aus gekämmten Fasern, <125 dtex, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5207 10 Garne aus Baumwolle (ausgenommen Nähgarne), >/=85 GHT Baumwolle, in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5207 90 Garne aus Baumwolle (ausgenommen Nähgarne), <85 GHT Baumwolle, in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5208 11 Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle, >/=85 GHT, nicht mehr als 100 g/m², roh
- 5208 12 Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle, >/=85 GHT, >100 g/m² bis 200 g/m², roh
- 5208 13 Köpergewebe aus Baumwolle,>/=85 GHT, nicht mehr als 200 g/m², roh
- 5208 19 Andere Gewebe aus Baumwolle,>/=85 GHT, nicht mehr als 200 g/m², roh

HS-Nr. Warenbezeichnung

5208 21	Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, nicht mehr als 100 g/m ² , gebleicht
5208 22	Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, >100 g/m ² bis 200 g/m ² , gebleicht
5208 23	Körpergewebe aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, nicht mehr als 200 g/m ² , gebleicht
5208 29	Andere Gewebe aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, nicht mehr als 200 g/m ² , gebleicht
5208 31	Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, nicht mehr als 100 g/m ² , gefärbt
5208 32	Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, >100g/m ² bis 200g/m ² , gefärbt
5208 33	Körpergewebe aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, nicht mehr als 200 g/m ² , gefärbt
5208 39	Andere Gewebe aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, nicht mehr als 200 g/m ² , gefärbt
5208 41	Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, nicht mehr als 100 g/m ² , buntgewebt
5208 42	Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, >100g/m ² bis 200g/m ² , buntgewebt
5208 43	Körpergewebe aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, nicht mehr als 200 g/m ² , buntgewebt
5208 49	Andere Gewebe aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, nicht mehr als 200 g/m ² , buntgewebt
5208 51	Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, nicht mehr als 100 g/m ² , bedruckt
5208 52	Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, >100g/m ² bis 200g/m ² , bedruckt
5208 53	Körpergewebe aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, nicht mehr als 200 g/m ² , bedruckt
5208 59	Andere Gewebe aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, nicht mehr als 200 g/m ² , bedruckt
5209 11	Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, mehr als 200 g/m ² , roh
5209 12	Körpergewebe aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, mehr als 200 g/m ² , roh
5209 19	Andere Gewebe aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, mehr als 200 g/m ² , roh
5209 21	Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, mehr als 200 g/m ² , gebleicht
5209 22	Körpergewebe aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, mehr als 200 g/m ² , gebleicht
5209 29	Andere Gewebe aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, mehr als 200 g/m ² , gebleicht
5209 31	Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, mehr als 200 g/m ² , gefärbt
5209 32	Körpergewebe aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, mehr als 200 g/m ² , gefärbt
5209 39	Andere Gewebe aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, mehr als 200 g/m ² , gefärbt
5209 41	Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, mehr als 200 g/m ² , buntgewebt
5209 42	Denim aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, mehr als 200 g/m ²
5209 43	Körpergewebe aus Baumwolle, andere als Denim, ≥ 85 GHT, mehr als 200 g/m ² , buntgewebt
5209 49	Andere Gewebe aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, mehr als 200 g/m ² , buntgewebt
5209 51	Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, mehr als 200 g/m ² , bedruckt
5209 52	Körpergewebe aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, mehr als 200 g/m ² , bedruckt
5209 59	Andere Gewebe aus Baumwolle, ≥ 85 GHT, mehr als 200 g/m ² , bedruckt
5210 11	Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle, <85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, nicht mehr als 200 g/m ² , roh
5210 12	Körpergewebe aus Baumwolle, <85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, nicht mehr als 200g/m ² , roh
5210 19	Andere Gewebe aus Baumwolle, <85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, ≤ 200 g/m ² , roh

HS-Nr. Warenbezeichnung

- 5210 21 Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, nicht mehr als 200 g/m2, gebleicht
- 5210 22 Köpergewebe aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, nicht mehr als 200 g/m2, gebleicht
- 5210 29 Andere Gewebe aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt,</=200 g/m2, gebleicht
- 5210 31 Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, nicht mehr als 200 g/m2, gefärbt
- 5210 32 Köpergewebe aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, nicht mehr als 200 g/m2, gefärbt
- 5210 39 Andere Gewebe aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt,</=200 g/m2, gefärbt
- 5210 41 Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, nicht mehr als 200g/m2, buntgewebt
- 5210 42 Köpergewebe aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, nicht mehr als 200g/m2, buntgewebt
- 5210 49 Andere Gewebe aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, </=200g/m2, buntgewebt
- 5210 51 Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, nicht mehr als 200 g/m2, bedruckt
- 5210 52 Köpergewebe aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, nicht mehr als 200g/m2, bedruckt
- 5210 59 Andere Gewebe aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt,</=200g/m2, bedruckt
- 5211 11 Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, nicht mehr als 200 g/m2, roh
- 5211 12 Köpergewebe aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, mehr als 200g/m2, roh
- 5211 19 Andere Gewebe aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, nicht mehr als 200g/m2, roh
- 5211 21 Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, mehr als 200 g/m2, gebleicht
- 5211 22 Köpergewebe aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, mehr als 200 g/m2, gebleicht
- 5211 29 Andere Gewebe aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, mehr als 200g/m2, gebleicht
- 5211 31 Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, mehr als 200 g/m2, gefärbt
- 5211 32 Köpergewebe aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, mehr als 200g/m2, gefärbt
- 5211 39 Andere Gewebe aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, mehr als 200g/m2, gefärbt
- 5211 41 Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, mehr als 200 g/m2, buntgewebt
- 5211 42 Denim aus Baumwolle, <85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, mehr als 200 g/m2
- 5211 43 Köpergewebe aus Baumwolle, andere als Denim,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt,>200g/m2, buntgewebt
- 5211 49 Andere Gewebe aus Baumwolle,<85 GHT, mit Chemiefasern gemischt,>200 g/m2, buntgewebt

HS-Nr. Warenbezeichnung

5211 51	Gewebe in Leinwandbindung, aus Baumwolle, <85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, mehr als 200 g/m ² , bedruckt
5211 52	Körpergewebe aus Baumwolle, <85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, mehr als 200 g/m ² , bedruckt
5211 59	Anderes Gewebe aus Baumwolle, <85 GHT, mit Chemiefasern gemischt, mehr als 200 g/m ² , bedruckt
5212 11	Anderes Gewebe aus Baumwolle, nicht mehr als 200 g/m ² , roh
5212 12	Anderes Gewebe aus Baumwolle, nicht mehr als 200 g/m ² , gebleicht
5212 13	Anderes Gewebe aus Baumwolle, nicht mehr als 200 g/m ² , gefärbt
5212 14	Anderes Gewebe aus Baumwolle, <=200 g/m ² , buntgewebt
5212 15	Anderes Gewebe aus Baumwolle, nicht mehr als 200 g/m ² , bedruckt
5212 21	Anderes Gewebe aus Baumwolle, mehr als 200 g/m ² , roh
5212 22	Anderes Gewebe aus Baumwolle, mehr als 200 g/m ² , gebleicht
5212 23	Anderes Gewebe aus Baumwolle, mehr als 200 g/m ² , gefärbt
5212 24	Anderes Gewebe aus Baumwolle, >200 g/m ² , buntgewebt
5212 25	Anderes Gewebe aus Baumwolle, mehr als 200 g/m ² , bedruckt
Kap. 53	Anderes pflanzliche Spinnstoffe; Papiergarne & Gewebe aus Papiergarnen
5306 10	Garne aus Flachs (Leinengarne), ungezwirnt
5306 20	Garne aus Flachs (Leinengarne), gezwirnt
5307 10	Garne aus Jute oder anderen textilen Bastfasern, ungezwirnt
5307 20	Garne aus Jute oder anderen textilen Bastfasern, gezwirnt
5308 20	Hanfgarne
5308 90	Garne aus anderen pflanzlichen Spinnstoffen
5309 11	Gewebe mit einem Anteil an Flachs von 85 GHT oder mehr, roh od. gebleicht
5309 19	Gewebe mit einem Anteil an Flachs von 85 GHT oder mehr, andere als roh od. gebleicht
5309 21	Gewebe aus Flachs (Leinengewebe), <85 GHT Flachs, roh od. gebleicht
5309 29	Gewebe aus Flachs (Leinengewebe), <85 GHT Flachs, andere als roh od. gebleicht
5310 10	Gewebe aus Jute oder anderen textilen Bastfasern, roh
5310 90	Gewebe aus Jute oder anderen textilen Bastfasern, andere als roh
5311 00	Gewebe aus anderen pflanzlichen Spinnstoffen; Gewebe aus Papiergarnen
Kap. 54	Synthetische oder künstliche Filamente
5401 10	Nähgarne aus synthetischen Filamenten
5401 20	Nähgarne aus künstlichen Filamenten
5402 10	Hochfeste Garne (ausgenommen Nähgarne), aus Nylon od. anderen Polyamiden, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5402 20	Hochfeste Garne (ausgenommen Nähgarne), aus Polyestern, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5402 31	Texturierte Garne, aus Nylon od. anderen Polyamiden, mit einem Titer der einfachen Garne von <=50 tex, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5402 32	Texturierte Garne, aus Nylon od. anderen Polyamiden, mit einem Titer der einfachen Garne von >50 tex, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5402 33	Texturierte Garne, aus Polyestern, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5402 39	Anderes texturierte Garne aus synthetischen Filamenten, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5402 41	Garne aus Nylon od. anderen Polyamiden, ungezwirnt, ungedreht, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf

HS-Nr. Warenbezeichnung

- 5402 42 Garne aus Polyestern, teilverstreckt, ungezwirmt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5402 43 Garne aus anderen Polyestern, ungezwirmt, ungedreht, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5402 49 Andere Garne aus synthetischen Filamenten, ungezwirmt, ungedreht, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5402 51 Garne aus Nylon od. anderen Polyamiden, ungezwirmt, >50 Drehungen je Meter, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5402 52 Garne aus Polyestern, ungezwirmt, >50 Drehungen je Meter, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5402 59 Andere Garne aus synthetischen Filamenten, ungezwirmt, >50 Drehungen je Meter, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5402 61 Andere Garne aus Nylon od. anderen Polyamiden, gezwirmt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5402 62 Andere Garne aus Polyestern, gezwirmt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5402 69 Andere Garne aus synthetischen Filamenten, gezwirmt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5403 10 Hochfeste Garne (ausgenommen Nähgarne), aus Viskose, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5403 20 Texturierte Garne, aus künstlichen Filamenten, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5403 31 Garne aus Viskose, ungezwirmt, ungedreht, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5403 32 Garne aus Viskose, ungezwirmt, >120 Drehungen je Meter, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5403 33 Garne aus Celluloseacetat, ungezwirmt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5403 39 Andere Garne aus künstlichen Filamenten, ungezwirmt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5403 41 Andere Garne aus Viskose, gezwirmt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5403 42 Andere Garne aus Celluloseacetat, gezwirmt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5403 49 Andere Garne aus anderen künstlichen Filamenten, gezwirmt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5404 10 Synthetische Monofile, ≥ 67 dtex und einem größten Durchmesser von 1 mm od. weniger
- 5404 90 Streifen und dergleichen aus synth. Spinnmasse, mit einer augenscheinlichen Breite von 5mm od. weniger
- 5405 00 Künstliche Monofile, 67dtex, größter Durchmesser >1mm; Streifen und dergleichen aus synth. Spinnmasse, Breite ≤ 5 mm
- 5406 10 Garne aus synthetischen Filamenten (ausgenommen Nähgarne), in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5406 20 Garne aus künstlichen Filamenten (ausgenommen Nähgarne), in Aufmachungen für den Einzelverkauf
- 5407 10 Gewebe aus hochfesten Garnen aus Nylon od. anderen Polyamiden od. aus Polyester
- 5407 20 Gewebe aus Streifen oder dergleichen aus synthetischer Spinnmasse
- 5407 30 Gewebe im Sinne der Anmerkung 9 zu Abschnitt XI (Erzeugnisse aus Lagen parallel gelegter Spinnstoffgarne)
- 5407 41 Andere Gewebe, ≥ 85 GHT Filamente aus Nylon oder anderen Polyamiden, roh od. gebleicht
- 5407 42 Andere Gewebe, ≥ 85 GHT Filamente aus Nylon oder anderen Polyamiden, gefärbt
- 5407 43 Andere Gewebe, ≥ 85 GHT Filamente aus Nylon oder anderen Polyamiden, buntgewebt
- 5407 44 Andere Gewebe, ≥ 85 GHT Filamente aus Nylon oder anderen Polyamiden, bedruckt

HS-Nr. Warenbezeichnung

5407 51	Andere Gewebe, >=85 GHT texturierte Polyester-Filamente, roh od. gebleicht
5407 52	Andere Gewebe, >=85 GHT texturierte Polyester-Filamente, gefärbt
5407 53	Andere Gewebe, >=85 GHT texturierte Polyester-Filamente, buntgewebt
5407 54	Andere Gewebe, >=85 GHT texturierte Polyester-Filamente, bedruckt
5407 60	Andere Gewebe, >=85 GHT nicht texturierte Polyester-Filamente
5407 71	Andere Gewebe, >=85 GHT synthetische Filamente, roh od. gebleicht
5407 72	Andere Gewebe, >=85 GHT synthetische Filamente, gefärbt
5407 73	Andere Gewebe, >=85 GHT synthetische Filamente, buntgewebt
5407 74	Andere Gewebe, >=85 GHT synthetische Filamente, bedruckt
5407 81	Andere Gewebe aus synthetischen Filamenten, <85 GHT, mit Baumwolle gemischt, roh od. gebleicht
5407 82	Andere Gewebe aus synthetischen Filamenten, <85 GHT, mit Baumwolle gemischt, gefärbt
5407 83	Andere Gewebe aus synthetischen Filamenten, <85 GHT, mit Baumwolle gemischt, buntgewebt
5407 84	Andere Gewebe aus synthetischen Filamenten, <85 GHT, mit Baumwolle gemischt, bedruckt
5407 91	Andere Gewebe aus synthetischen Filamenten, roh od. gebleicht
5407 92	Andere Gewebe aus synthetischen Filamenten, gefärbt
5407 93	Andere Gewebe aus synthetischen Filamenten, buntgewebt
5407 94	Andere Gewebe aus synthetischen Filamenten, bedruckt
5408 10	Gewebe aus hochfesten Viskose-Garnen
5408 21	Andere Gewebe, >=85 GHT künstliche Filamente, Streifen od. dergleichen, roh/gebleicht
5408 22	Andere Gewebe, >=85 GHT künstliche Filamente, Streifen od. dergleichen, gefärbt
5408 23	Andere Gewebe, >=85 GHT künstliche Filamente, Streifen od. dergleichen, buntgewebt
5408 24	Andere Gewebe, >=85 GHT künstliche Filamente, Streifen od. dergleichen, bedruckt
5408 31	Andere Gewebe aus künstlichen Filamenten, roh od. gebleicht
5408 32	Andere Gewebe aus künstlichen Filamenten, gefärbt
5408 33	Andere Gewebe aus künstlichen Filamenten, buntgewebt
5408 34	Andere Gewebe aus künstlichen Filamenten, bedruckt
Kap. 55	Synthetische oder künstliche Spinnfasern
5501 10	Kabel aus synthetischen Filamenten, aus Nylon od. anderen Polyamiden
5501 20	Kabel aus synthetischen Filamenten, aus Polyestern
5501 30	Kabel aus synthetischen Filamenten, aus Polyacryl oder Modacryl
5501 90	Andere Kabel aus synthetischen Filamenten
5502 00	Kabel aus künstlichen Filamenten
5503 10	Spinnfasern aus Nylon od. anderen Polyamiden, weder gekrempelt noch gekämmt
5503 20	Spinnfasern aus Polyestern, weder gekrempelt noch gekämmt
5503 30	Spinnfasern aus Polyacryl oder Modacryl, weder gekrempelt noch gekämmt
5503 40	Spinnfasern aus Polypropylen, weder gekrempelt noch gekämmt
5503 90	Andere synthetische Spinnfasern, weder gekrempelt noch gekämmt
5504 10	Spinnfasern aus Viskose, weder gekrempelt noch gekämmt
5504 90	Künstliche Spinnfasern, andere als aus Viskose, weder gekrempelt noch gekämmt
5505 10	Abfälle aus synthetischen Chemiefasern
5505 20	Abfälle aus künstlichen Chemiefasern
5506 10	Spinnfasern aus Nylon od. anderen Polyamiden, gekrempelt oder gekämmt
5506 20	Spinnfasern aus Polyestern, gekrempelt oder gekämmt
5506 30	Spinnfasern aus Polyacryl oder Modacryl, gekrempelt oder gekämmt
5506 90	Andere synthetische Spinnfasern, gekrempelt oder gekämmt

HS-Nr. Warenbezeichnung

5507 00	Künstliche Spinnfasern, gekrempelt oder gekämmt
5508 10	Nähgarne aus synthetischen Spinnfasern
5508 20	Nähgarne aus künstlichen Spinnfasern
5509 11	Garne, >/=85 GHT Nylon- oder andere Polyamid-Spinnfasern, ungezwirnt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5509 12	Garne, >/=85 GHT Nylon- oder andere Polyamid-Spinnfasern, gezwirnt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5509 21	Garne, >/=85 GHT Polyester-Spinnfasern, ungezwirnt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5509 22	Garne, >/=85 GHT Polyester-Spinnfasern, gezwirnt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5509 31	Garne, >/=85 GHT Polyacryl- oder Modacryl-Spinnfasern, ungezwirnt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5509 32	Garne, >/=85 GHT Polyacryl-/Modacryl-Spinnfasern, gezwirnt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5509 41	Anderes Garne, >/=85 GHT andere synthetische Spinnfasern, ungezwirnt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5509 42	Anderes Garne, >/=85 GHT andere synthetische Spinnfasern, gezwirnt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5509 51	Anderes Garne aus Polyester-Spinnfasern mit Wolle/künstl. Spinnfasern gemischt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5509 52	Anderes Garne aus Polyester-Spinnfasern mit Wolle/feinen Tierhaaren gemischt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5509 53	Anderes Garne aus Polyester-Spinnfasern mit Baumwolle gemischt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5509 59	Anderes Garne aus Polyester-Spinnfasern, mit anderen Spinnfasern gemischt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5509 61	Anderes Garne aus Polyacryl-Spinnfasern mit Wolle/feinen Tierhaaren gemischt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5509 62	Anderes Garne aus Polyacryl-Spinnfasern mit Baumwolle gemischt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5509 69	Anderes Garne aus Polyacryl-Spinnfasern, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5509 91	Anderes Garne aus anderen synthetischen Spinnfasern mit Wolle/feinen Tierhaaren gemischt
5509 92	Anderes Garne aus anderen synthetischen Spinnfasern mit Baumwolle gemischt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5509 99	Anderes Garne aus anderen synthetischen Spinnfasern, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5510 11	Garne, >/=85 GHT künstliche Spinnfasern, ungezwirnt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5510 12	Garne, >/=85 GHT künstliche Spinnfasern, gezwirnt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5510 20	Anderes Garne aus künstlichen Spinnfasern mit Wolle/feinen Tierhaaren gemischt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5510 30	Anderes Garne aus künstlichen Spinnfasern mit Baumwolle gemischt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5510 90	Anderes Garne aus künstlichen Spinnfasern, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5511 10	Garne, >/=85 GHT synthetische Spinnfasern, ausgenommen Nähgarne, in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5511 20	Garne, <85 GHT synthetische Spinnfasern, in Aufmachungen für den Einzelverkauf

HS-Nr. Warenbezeichnung

5511 30	Garne aus künstlichen Spinnfasern (ausgenommen Nähgarne), in Aufmachungen für den Einzelverkauf
5512 11	Gewebe, ≥ 85 GHT Polyester-Spinnfasern, roh od. gebleicht
5512 19	Gewebe, ≥ 85 GHT Polyester-Spinnfasern, andere als roh od. gebleicht
5512 21	Gewebe, ≥ 85 GHT Polyacryl-Spinnfasern, roh od. gebleicht
5512 29	Gewebe, ≥ 85 GHT Polyacryl-Spinnfasern, andere als roh od. gebleicht
5512 91	Gewebe, ≥ 85 GHT andere synthetische Spinnfasern, roh/gebleicht
5512 99	Gewebe, ≥ 85 GHT andere synthetische Spinnfasern, andere als roh/gebleicht
5513 11	Gewebe in Leinwandbindung aus Polyester-Spinnfasern, < 85 GHT, mit Baumwolle gemischt, ≤ 170 g/m ² , roh/gebleicht
5513 12	Köpergewebe aus Polyester-Spinnfasern, < 85 GHT, mit Baumwolle gemischt, ≤ 170 g/m ² , roh/gebleicht
5513 13	Andere Gewebe aus Polyester-Spinnfasern, < 85 GHT, mit Baumwolle gemischt, ≤ 170 g/m ² , roh/gebleicht
5513 19	Andere Gewebe aus anderen synthetischen Spinnfasern, < 85 GHT, mit Baumwolle gemischt, ≤ 170 g/m ² , roh/gebleicht
5513 21	Gewebe in Leinwandbindung aus Polyester-Spinnfasern, < 85 GHT, mit Baumwolle gemischt, ≤ 170 g/m ² , gefärbt
5513 22	Köpergewebe aus Polyester-Spinnfasern, < 85 GHT, mit Baumwolle gemischt, ≤ 170 g/m ² , gefärbt
5513 23	Andere Gewebe aus Polyester-Spinnfasern, < 85 GHT, mit Baumwolle gemischt, ≤ 170 g/m ² , gefärbt
5513 29	Gewebe aus anderen synthetischen Spinnfasern, < 85 GHT, mit Baumwolle gemischt, ≤ 170 g/m ² , gefärbt
5513 31	Gewebe in Leinwandbindung aus Polyester-Spinnfasern, < 85 GHT, mit Baumwolle gemischt, ≤ 170 g/m ² , buntgewebt
5513 32	Köpergewebe aus Polyester-Spinnfasern, < 85 GHT, mit Baumwolle gemischt, ≤ 170 g/m ² , buntgewebt
5513 33	Andere Gewebe aus Polyester-Spinnfasern, < 85 GHT, mit Baumwolle gemischt, ≤ 170 g/m ² , gefärbt
5513 39	Andere Gewebe aus anderen synthetischen Spinnfasern, < 85 GHT, mit Baumwolle gemischt, ≤ 170 g/m ² , buntgewebt
5513 41	Gewebe in Leinwandbindung aus Polyester-Spinnfasern, < 85 GHT, mit Baumwolle gemischt, ≤ 170 g/m ² , bedruckt
5513 42	Köpergewebe aus Polyester-Spinnfasern, < 85 GHT, mit Baumwolle gemischt, ≤ 170 g/m ² , bedruckt
5513 43	Andere Gewebe aus Polyester-Spinnfasern, < 85 GHT, mit Baumwolle gemischt, ≤ 170 g/m ² , bedruckt
5513 49	Gewebe aus anderen synthetischen Spinnfasern, < 85 GHT, mit Baumwolle gemischt, ≤ 170 g/m ² , bedruckt
5514 11	Gewebe in Leinwandbindung aus Polyester-Spinnfasern, < 85 GHT, mit Baumwolle gemischt, > 170 g/m ² , roh/gebleicht
5514 12	Köpergewebe aus Polyester-Spinnfasern, < 85 GHT, mit Baumwolle gemischt, > 170 g/m ² , roh/gebleicht
5514 13	Andere Gewebe aus Polyester-Spinnfasern, < 85 GHT, mit Baumwolle gemischt, > 170 g/m ² , roh/gebleicht
5514 19	Andere Gewebe aus anderen synthetischen Spinnfasern, < 85 GHT, mit Baumwolle gemischt, > 170 g/m ² , roh/gebleicht

HS-Nr. Warenbezeichnung

5514 21	Gewebe in Leinwandbindung aus Polyester-Spinnfasern, <85 GHT, mit Baumwolle gemischt, >170g/m2, gefärbt
5514 22	Köpergewebe aus Polyester-Spinnfasern, <85 GHT, mit Baumwolle gemischt, >170g/m2, gefärbt
5514 23	Andere Gewebe aus Polyester-Spinnfasern, <85 GHT, mit Baumwolle gemischt, >170 g/m2, gefärbt
5514 29	Andere Gewebe aus anderen synthetischen Spinnfasern, <85 GHT, mit Baumwolle gemischt, >170g/m2, gefärbt
5514 31	Gewebe in Leinwandbindung aus Polyester-Spinnfasern, <85 GHT, mit Baumwolle gemischt, >170g/m2, buntgewebt
5514 32	Köpergewebe aus Polyester-Spinnfasern, <85 GHT, mit Baumwolle gemischt, >170g/m2, buntgewebt
5514 33	Andere Gewebe aus Polyester-Spinnfasern, <85 GHT, mit Baumwolle gemischt, >170g/m2, buntgewebt
5514 39	Andere Gewebe aus anderen synthetischen Spinnfasern, <85 GHT, mit Baumwolle gemischt, >170 g/m2, buntgewebt
5514 41	Gewebe in Leinwandbindung aus Polyester-Spinnfasern, <85 GHT, mit Baumwolle gemischt, >170g/m2, bedruckt
5514 42	Köpergewebe aus Polyester-Spinnfasern, <85 GHT, mit Baumwolle gemischt, >170g/m2, bedruckt
5514 43	Andere Gewebe aus Polyester-Spinnfasern, <85 GHT, mit Baumwolle gemischt, >170g/m2, bedruckt
5514 49	Andere Gewebe aus anderen synthetischen Spinnfasern, <85 GHT, mit Baumwolle gemischt, >17 g/m2, bedruckt
5515 11	Gewebe aus Polyester-Spinnfasern mit Viskose-Spinnfasern gemischt
5515 12	Gewebe aus Polyester-Spinnfasern mit synthetischen oder künstlichen Filamenten gemischt
5515 13	Gewebe aus Polyester-Spinnfasern mit Wolle/feinen Tierhaaren gemischt
5515 19	Andere Gewebe aus Polyester-Spinnfasern
5515 21	Gewebe aus Polyacryl-Spinnfasern, mit synthetischen oder künstlichen Filamenten gemischt
5515 22	Gewebe aus Polyacryl-Spinnfasern, mit Wolle/feinen Tierhaaren gemischt
5515 29	Andere Gewebe aus Polyacryl oder Modacryl Spinnfasern
5515 91	Andere Gewebe aus synthetischen Spinnfasern, mit synthetischen oder künstlichen Filamenten gemischt
5515 92	Andere Gewebe aus anderen synthetischen Spinnfasern, mit Wolle od. feinen Tierhaaren gemischt
5515 99	Andere Gewebe aus synthetischen Spinnfasern
5516 11	Gewebe, >/=85 GHT künstliche Spinnfasern, roh/gebleicht
5516 12	Gewebe, >/=85 GHT künstliche Spinnfasern, gefärbt
5516 13	Gewebe, >/=85 GHT künstliche Spinnfasern, buntgewebt
5516 14	Gewebe, >/=85 GHT künstliche Spinnfasern, bedruckt
5516 21	Gewebe aus künstlichen Spinnfasern, <85 GHT, mit synthetischen oder künstlichen Filamenten gemischt, roh/gebleicht
5516 22	Gewebe aus künstlichen Spinnfasern, <85 GHT, mit synthetischen oder künstlichen Filamenten gemischt, gefärbt
5516 23	Gewebe aus künstlichen Spinnfasern, <85 GHT, mit synthetischen oder künstlichen Filamenten gemischt, buntgewebt
5516 24	Gewebe aus künstlichen Spinnfasern, <85 GHT, mit synthetischen oder künstlichen Filamenten gemischt, bedruckt

HS-Nr. Warenbezeichnung

- 5516 31 Gewebe aus künstlichen Spinnfasern, <85 GHT, mit Wolle/feinen Tierhaaren gemischt, roh/gebleicht
- 5516 32 Gewebe aus künstlichen Spinnfasern, <85 GHT, mit Wolle/feinen Tierhaaren gemischt, gefärbt
- 5516 33 Gewebe aus künstlichen Spinnfasern, <85 GHT, mit Wolle/feinen Tierhaaren gemischt, buntgewebt
- 5516 34 Gewebe of künstlichen Spinnfasern,<85 GHT, mit Wolle/feinen Tierhaaren gemischt, bedruckt
- 5516 41 Gewebe aus künstlichen Spinnfasern,<85 GHT, mit Baumwolle gemischt, roh od. gebleicht
- 5516 42 Gewebe aus künstlichen Spinnfasern, <85 GHT, mit Baumwolle gemischt, gefärbt
- 5516 43 Gewebe aus künstlichen Spinnfasern,<85 GHT, mit Baumwolle gemischt, buntgewebt
- 5516 44 Gewebe aus künstlichen Spinnfasern,<85 GHT, mit Baumwolle gemischt, bedruckt
- 5516 91 Andere Gewebe aus künstlichen Spinnfasern, roh od. gebleicht
- 5516 92 Andere Gewebe aus künstlichen Spinnfasern, gefärbt
- 5516 93 Andere Gewebe aus künstlichen Spinnfasern, buntgewebt
- 5516 94 Andere Gewebe aus künstlichen Spinnfasern, bedruckt
- Kap. 56** **Watte, Filze und Vliesstoffe; Spezialgarne; Bindfäden, Seile und Taue; Seilerwaren**
- 5601 10 Hygienische Binden und Tampons, Windeln für Kleinkinder und ähnl. hygienische Waren, aus Watte
- 5601 21 Watte aus Baumwolle und Waren daraus, andere als hygienische Waren
- 5601 22 Watte aus Chemiefasern und Waren daraus, andere als hygienische Waren
- 5601 29 Watte aus anderen Spinnstoffen und Waren daraus, andere als hygienische Waren
- 5601 30 Scherstaub, Knoten und Noppen, aus Spinnstoffen
- 5602 10 Nadelfilze und nähgewirkte Flächenerzeugnisse
- 5602 21 Filze, andere als Nadelfilze, aus Wolle oder feinen Tierhaaren, weder getränkt, bestrichen, überzogen oder mit Lagen versehen
- 5602 29 Fiilze, andere als Nadelfilze, aus anderen Spinnstoffen, weder getränkt, bestrichen, überzogen oder mit Lagen versehen
- 5602 90 Anderer Filze aus Spinnstoffen
- 5603 00 Vliesstoffe, getränkt, bestrichen, überzogen oder mit Lagen versehen
- 5604 10 Fäden und Kordeln aus Kautschuk, mit einem Überzug aus Spinnstoffen
- 5604 20 Hochfeste Garne aus Polyester, Nylon od. and. Polyamiden od. aus Viskose, getränkt od. bestrichen
- 5604 90 Andere Garne, Streifen und dergl. aus Spinnstoffen, mit Kautschuk oder Kunststoff getränkt, bestrichen, überzogen oder umhüllt
- 5605 00 Metallgarne und metallisierte Garne, auch umspunnen, bestehend aus Spinnstoffgarnen in Verbindung mit Metall in Form von Fäden, Streifen oder Pulver usw.
- 5606 00 Gimpen, umspunne Streifen und dergl.; Chenillegarne; Maschengarne
- 5607 10 Bindfäden, Seile und Taue, aus Jute od. anderen textilen Bastfasern
- 5607 21 Bidegarne oder Pressengarne, aus Sisal od. anderen textilen Agavefasern
- 5607 29 Andere Bindfäden, Seile und Taue, aus Sisal od. anderen textilen Agavefasern
- 5607 30 Bindfäden, Seile und Taue, aus Abaca (Manilahanf) od. aus anderen harten Blattfasern
- 5607 41 Bidegarne oder Pressengarne, aus Polyethylen od. Polypropylen
- 5607 49 Andere Bindfäden, Seile und Taue, aus Polyethylen od. Polypropylen
- 5607 50 Bindfäden, Seile und Taue, aus anderen synthetischen Chemiefasern
- 5607 90 Bindfäden, Seile und Taue, aus anderen Spinnstoffen
- 5608 11 Konfektionierte Fischernetze, aus synthetischen od. künstlichen Spinnstoffen

HS-Nr. Warenbezeichnung

- 5608 19 Geknüpftete Netze aus Bindfäden, Seilen und Tauen und andere konfektionierte Netze aus synthetischen od. künstlichen Spinnstoffen
- 5608 90 Andere geknüpftete Netze aus Bindfäden, Seilen und Tauen und andere konfektionierte Netze aus anderen Spinnstoffen
- 5609 00 Waren aus Garnen, aus Streifen od. dergl., aus Bindfäden, Seilen und Tauen, anderweit weder genannt noch inbegriffen

Kap. 57 Teppiche und andere Fußbodenbeläge, aus Spinnstoffen

- 5701 10 Geknüpftete Teppiche aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 5701 90 Geknüpftete Teppiche aus anderen Spinnstoffen
- 5702 10 Kelim, Sumak, Karamanie und ähnliche handgewebte Teppiche
- 5702 20 Fußbodenbeläge aus Kokosfasern
- 5702 31 Andere Teppiche aus Wolle/feinen Tierhaaren, mit Flor, nicht konfektioniert
- 5702 32 Andere Teppiche aus synth. od. künstl. Spinnstoffen, mit Flor, nicht konfektioniert
- 5702 39 Andere Teppiche aus anderen Spinnstoffen, mit Flor, nicht konfektioniert
- 5702 41 Andere Teppiche aus Wolle/feinen Tierhaaren, mit Flor, konfektioniert
- 5702 42 Andere Teppiche aus synth. od. künstl. Spinnstoffen, mit Flor, konfektioniert
- 5702 49 Andere Teppiche aus anderen Spinnstoffen, mit Flor, konfektioniert
- 5702 51 Andere Teppiche aus Wolle od. feinen Tierhaaren, ohne Flor, nicht konfektioniert
- 5702 52 Andere Teppiche aus synth. od. künstl. Spinnstoffen, ohne Flor, nicht konfektioniert
- 5702 59 Andere Teppiche aus anderen Spinnstoffen, ohne Flor, nicht konfektioniert
- 5702 91 Andere Teppiche aus Wolle od. feinen Tierhaaren, ohne Flor, konfektioniert
- 5702 92 Andere Teppiche aus synth. od. künstl. Spinnstoffen, ohne Flor, konfektioniert
- 5702 99 Andere Teppiche aus anderen Spinnstoffen, ohne Flor, konfektioniert
- 5703 10 Teppiche aus Wolle od. feinen Tierhaaren, getuftet (Nadelflor)
- 5703 20 Teppiche aus Nylon od. anderen Polyamiden, getuftet (Nadelflor)
- 5703 30 Teppiche aus anderen synth. od. künstl. Spinnstoffen, getuftet (Nadelflor)
- 5703 90 Teppiche aus anderen Spinnstoffen, getuftet (Nadelflor)
- 5704 10 Fliesen mit einer Oberfläche von 0,3 m² oder weniger
- 5704 90 Andere Teppiche aus Filz
- 5705 00 Andere Teppiche und andere Fußbodenbeläge, aus Spinnstoffen

Kap. 58 Spezialgewebe; getuftete Spinnstofferzeugnisse; Spitzen; Tapissereien; Posamentierwaren; Stickereien

- 5801 10 Samt und Plüsch, gewebt, aus Wolle/feinen Tierhaaren, ausgenommen Schlingengewebe und Bänder
- 5801 21 Schußsamt und Schußplüsch, aus Baumwolle, nicht aufgeschnitten
- 5801 22 Rippenschußsamt und Rippenschußplüsch, aus Baumwolle, ausgenommen Bänder
- 5801 23 Anderer Schußsamt und Schußplüsch, aus Baumwolle
- 5801 24 Kettsamt und Kettplüsch, aus Baumwolle, nicht aufgeschnitten (Epinglé), ausgenommen Schlingengewebe und Bänder
- 5801 25 Kettsamt und Kettplüsch, aus Baumwolle, aufgeschnitten, ausgenommen Schlingengewebe und Bänder
- 5801 26 Chenillegewebe aus Baumwolle, ausgenommen Bänder
- 5801 31 Schußsamt und Schußplüsch, aus Chemiefasern, ausgenommen Schlingengewebe und Bänder
- 5801 32 Rippenschußsamt und Rippenschußplüsch, aus Chemiefasern, aufgeschnitten, ausgenommen Bänder
- 5801 33 Schußsamt und Schußplüsch, aus Chemiefasern

HS-Nr. Warenbezeichnung

- 5801 34 Kettsamt und Kettplüsch, aus Chemiefasern, nicht aufgeschnitten (Epinglé), ausgenommen Schlingengewebe und Bänder
- 5801 35 Kettsamt und Kettplüsch, aus Chemiefasern, aufgeschnitten, ausgenommen Schlingengewebe und Bänder
- 5801 36 Chenillegewebe aus Chemiefasern, ausgenommen Bänder
- 5801 90 Samt und Plüsch, gewebt, und Chenillegewebe, aus anderen Spinnstoffen, ausgenommen Schlingengewebe und Bänder
- 5802 11 Schlingengewebe nach der Art der Frottiergewebe, aus Baumwolle, ausgenommen Bänder, roh
- 5802 19 Schlingengewebe nach der Art der Frottiergewebe, aus Baumwolle, ausgenommen Bänder, andere als roh
- 5802 20 Schlingengewebe nach der Art der Frottiergewebe, aus anderen Spinnstoffen, ausgenommen Bänder
- 5802 30 Getuftete Spinnstoffzeugnisse, ausgenommen Erzeugnisse der Position 57.03
- 5803 10 Drehergewebe aus Baumwolle, ausgenommen Bänder
- 5803 90 Drehergewebe aus anderen Spinnstoffen, ausgenommen Bänder
- 5804 10 Tülle (einschl. Bobinetgardinstoffe) und geknüpfte Netzstoffe, ungemustert
- 5804 21 Maschinengefertigte Spitzen, aus Chemiefasern, als Meterware, Streifen oder als Motive
- 5804 29 Maschinengefertigte Spitzen, aus anderen Spinnstoffen, als Meterware, Streifen oder als Motive
- 5804 30 Handgefertigte Spitzen, als Meterware, Streifen oder als Motive
- 5805 00 Tapisserien, handgewebt, und Tapisserien als Nadelarbeit, auch konfektioniert
- 5806 10 Bänder aus Samt, Plüsch und Chenillegewebe
- 5806 20 Andere Bänder, ≥ 5 GHT Elastomergarne oder Kautschukfäden
- 5806 31 Andere Bänder, aus Baumwolle
- 5806 32 Andere Bänder, Chemiefasern
- 5806 39 Andere Bänder, aus anderen Spinnstoffen
- 5806 40 Schußlose Bänder aus parallel gelegten und geklebten Garnen oder Fasern (Bolducs)
- 5807 10 Etiketten, Abzeichen und ähnliche Waren, gewebt, aus Spinnstoffen
- 5807 90 Etiketten, Abzeichen und ähnliche Waren, andere als gewebt, aus Spinnstoffen
- 5808 10 Geflechte als Meterware
- 5808 90 Posamentierwaren und ähnliche Zierwaren, als Meterware, andere als solche aus Gewirken oder Gestricken; Quasten, Troddeln, Oliven, Nüsse, Pompons und ähnl. Waren
- 5809 00 Gewebe aus Metallfäden/aus Metallgarnen oder metallisierten Garnen, von zur Bekleidung usw. verwendeten Art, anderweit weder genannt noch inbegriffen
- 5810 10 Ätzstickereien, als Meterware, Streifen oder als Motive
- 5810 91 Andere Stickereien, aus Baumwolle, als Meterware, Streifen oder als Motive
- 5810 92 Andere Stickereien, aus Chemiefasern, als Meterware, Streifen oder als Motive
- 5810 99 Andere Stickereien, aus anderen Spinnstoffen, als Meterware, Streifen oder als Motive
- 5811 00 Spinnstoffzeugnisse als Meterware, aus einer oder mehreren Spinnstofflagen, mit Wattierungstoff verbunden, durch Steppen oder auf andere Weise abgeteilt
- Kap. 59** **Getränkte, bestrichene, überzogene oder mit Lagen versehene Gewebe;**
Waren des technischen Bedarfs, aus Spinnstoffen
- 5901 10 Gewebe, mit Leim od. stärkehaltigen Stoffen bestrichen, von der zum Einbinden von Büchern usw. verwendeten Art
- 5901 90 Pausleinwand; präparierte Malleinwand; Bougram und ähnlich steife Gewebe, von der für die Hutmacherei verwendeten Art
- 5902 10 Reifencordgewebe aus hochfesten Garnen aus Nylon od. anderen Polyamiden

HS-Nr. Warenbezeichnung

5902 20	Reifencordgewebe aus hochfesten Garnen aus Polyester
5902 90	Reifencordgewebe aus hochfesten Garnen aus Viskose
5903 10	Gewebe, mit Polyvinylchlorid getränkt, bestrichen, überzogen oder mit Lagen aus Polyvinylchlorid versehen
5903 20	Gewebe, mit Polyurethan getränkt, bestrichen, überzogen oder mit Lagen aus Polyurethan versehen
5903 90	Gewebe, mit anderen Kunststoffen getränkt, bestrichen, überzogen oder mit Lagen aus anderen Kunststoffen versehen
5904 10	Linoleum, auch zugeschnitten
5904 91	Fußbodenbeläge, andere als Linoleum, mit einer Unterlage aus Nadelfilz od. Vliesstoff
5904 92	Fußbodenbeläge, andere als Linoleum, mit anderer Spinnstoffunterlage
5905 00	Wandverkleidungen aus Spinnstoffen
5906 10	Klebebänder, mit einer Breite von 20 cm oder weniger
5906 91	Andere kautschutierte Gewebe, aus Gewirken oder Gestricken
5906 99	Andere kautschutierte Gewebe
5907 00	Andere Gewebe, getränkt, bestrichen oder überzogen; bemalte Gewebe für Theaterdekorationen usw.
5908 00	Dochte, für Lampen, Kocher usw.; Glühstrümpfe und schlauchförmige Gewirke oder Gestricke für Glühstrümpfe
5909 00	Pumpenschläuche und ähnliche Schläuche
5910 00	Förderbänder und Treibriemen, aus Spinnstoffen, auch mit Metall od. anderen Stoffen verstärkt
5911 10	Gewebe, Filze oder mit Filz belegte Gewebe, usw., von der zum Herstellen von Kratzengarnituren verwendeten Art, sowie ähnliche Erzeugnisse zu anderen technischen Zwecken
5911 20	Müllergaze, auch konfektioniert
5911 31	Gewebe, usw., von der auf Papiermaschinen verwendeten Art, <650 g/m ²
5911 32	Gewebe, usw., von der auf Papiermaschinen verwendeten Art, ≥650 g/m ²
5911 40	Filtertücher, von der zum Pressen von Öl od. zu ähnl. technischen Zwecken verwendeten Art, auch aus Menschenhaaren
5911 90	Andere Erzeugnisse und Waren des technischen Bedarfs, aus Spinnstoffen
Kap. 60	Gewirke und Gestricke.
6001 10	Hochflorerzeugnisse
6001 21	Schlingengewirke und Schlingengestricke, aus Baumwolle
6001 22	Schlingengewirke und Schlingengestricke, aus Chemiefasern
6001 29	Schlingengewirke und Schlingengestricke, aus anderen Spinnstoffen
6001 91	Anderer Samt und Plüsch, gewirkt oder gestrickt, aus Baumwolle
6001 92	Anderer Samt und Plüsch, gewirkt oder gestrickt, aus Chemiefasern
6001 99	Anderer Samt und Plüsch, gewirkt oder gestrickt, aus anderen Spinnstoffen
6002 10	Andere Gewirke und Gestricke, Breite ≤30 cm, ≥5 GHT Elastomergarne, jedoch keine Kautschukfäden enthaltend
6002 20	Andere Gewirke und Gestricke, Breite 30 cm oder weniger
6002 30	Andere Gewirke und Gestricke, Breite > 30 cm, ≥5 GHT Elastomergarne od. Kautschukfäden
6002 41	Kettengewirke, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
6002 42	Kettengewirke, aus Baumwolle
6002 43	Kettengewirke, aus Chemiefasern
6002 49	Kettengewirke, aus anderen Spinnstoffen

HS-Nr. Warenbezeichnung

6002 91	Andere Gewirke od. Gestricke, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
6002 92	Andere Gewirke od. Gestricke, aus Baumwolle
6002 93	Andere Gewirke od. Gestricke, aus Chemiefasern
6002 99	Andere Gewirke od. Gestricke, aus anderen Spinnstoffen
Kap. 61	Bekleidung und Bekleidungszubehör, aus Gewirken oder Gestrickten
6101 10	Mäntel (einschl. Kurzmäntel), Umhänge, Anoraks usw., für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestrickten, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
6101 20	Mäntel (einschl. Kurzmäntel), Umhänge, Anoraks usw., für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestrickten, aus Baumwolle
6101 30	Mäntel (einschl. Kurzmäntel), Umhänge, Anoraks usw., für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestrickten, aus Chemiefasern
6101 90	Mäntel (einschl. Kurzmäntel), Umhänge, Anoraks usw., für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestrickten, aus anderen Spinnstoffen
6102 10	Mäntel (einschl. Kurzmäntel), Umhänge, Anoraks usw., für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestrickten, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
6102 20	Mäntel (einschl. Kurzmäntel), Umhänge, Anoraks usw., für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestrickten, aus Baumwolle
6102 30	Mäntel (einschl. Kurzmäntel), Umhänge, Anoraks usw., für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestrickten, aus Chemiefasern
6102 90	Mäntel (einschl. Kurzmäntel), Umhänge, Anoraks usw., für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestrickten, aus anderen Spinnstoffen
6103 11	Anzüge, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestrickten, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
6103 12	Anzüge, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestrickten, aus synthetischen Chemiefasern
6103 19	Anzüge, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestrickten, aus anderen Spinnstoffen
6103 21	Kombinationen, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestrickten aus Wolle od. feinen Tierhaaren
6103 22	Kombinationen, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestrickten aus Baumwolle
6103 23	Kombinationen, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestrickten aus synthetischen Chemiefasern
6103 29	Kombinationen, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestrickten aus anderen Spinnstoffen
6103 31	Jacken, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestrickten aus Wolle od. feinen Tierhaaren
6103 32	Jacken, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestrickten aus Baumwolle
6103 33	Jacken, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestrickten aus synthetischen Chemiefasern
6103 39	Jacken, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestrickten aus anderen Spinnstoffen
6103 41	Lange Hosen (einschl. Kniebundhosen u. ähnl. Hosen), Latzhosen und kurze Hosen, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestrickten aus Wolle od. feinen Tierhaaren
6103 42	Lange Hosen (einschl. Kniebundhosen u. ähnl. Hosen), Latzhosen und kurze Hosen, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestrickten aus Baumwolle
6103 43	Lange Hosen (einschl. Kniebundhosen u. ähnl. Hosen), Latzhosen und kurze Hosen, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestrickten aus synthetischen Chemiefasern
6103 49	Lange Hosen (einschl. Kniebundhosen u. ähnl. Hosen), Latzhosen und kurze Hosen, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestrickten aus anderen Spinnstoffen

HS-Nr. Warenbezeichnung

6104 11	Kostüme, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
6104 12	Kostüme, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
6104 13	Kostüme, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
6104 19	Kostüme, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
6104 21	Kombinationen, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
6104 22	Kombinationen, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
6104 23	Kombinationen, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
6104 29	Kombinationen, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
6104 31	Jacken, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
6104 32	Jacken, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
6104 33	Jacken, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
6104 39	Jacken, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
6104 41	Kleider, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
6104 42	Kleider, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
6104 43	Kleider, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
6104 44	Kleider, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus künstlichen Chemiefasern
6104 49	Kleider, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
6104 51	Röcke und Hosenröcke, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
6104 52	Röcke und Hosenröcke, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
6104 53	Röcke und Hosenröcke, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
6104 59	Röcke und Hosenröcke, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
6104 61	Lange Hosen (einschl. Kniebundhosen u. ähnl. Hosen), Latzhosen und kurze Hosen, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
6104 62	Lange Hosen (einschl. Kniebundhosen u. ähnl. Hosen), Latzhosen und kurze Hosen, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
6104 63	Lange Hosen (einschl. Kniebundhosen u. ähnl. Hosen), Latzhosen und kurze Hosen, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
6104 69	Lange Hosen (einschl. Kniebundhosen u. ähnl. Hosen), Latzhosen und kurze Hosen, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
6105 10	Hemden für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
6105 20	Hemden für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
6105 90	Hemden für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
6106 10	Blusen und Hemdblusen, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle

HS-Nr. Warenbezeichnung

- 6106 20 Blusen und Hemdblusen, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6106 90 Blusen und Hemdblusen, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6107 11 Slips und andere Unterhosen, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6107 12 Slips und andere Unterhosen, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6107 19 Slips und andere Unterhosen, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6107 21 Nachthemden und Schlafanzüge, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6107 22 Nachthemden und Schlafanzüge, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6107 29 Nachthemden und Schlafanzüge, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6107 91 Bademäntel und -jacken, Hausmäntel usw., für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6107 92 Bademäntel und -jacken, Hausmäntel usw., für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6107 99 Bademäntel und -jacken, Hausmäntel usw., für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6108 11 Unterkleider und Unterröcke, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6108 19 Unterkleider und Unterröcke, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6108 21 Slips und andere Unterhosen, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6108 22 Slips und andere Unterhosen, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6108 29 Slips und andere Unterhosen, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6108 31 Nachthemden und Schlafanzüge, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6108 32 Nachthemden und Schlafanzüge, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6108 39 Nachthemden und Schlafanzüge, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6108 91 Negligés, Bademäntel usw., für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6108 92 Negligés, Bademäntel usw., für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6108 99 Negligés, Bademäntel usw., für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6109 10 T-Shirts und Unterhemden, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6109 90 T-Shirts und Unterhemden, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6110 10 Pullover, Strickjacken usw. und ähnl. Waren, aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren

HS-Nr. Warenbezeichnung

- 6110 20 Pullover, Strickjacken usw. und ähnl. Waren, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6110 30 Pullover, Strickjacken usw. und ähnl. Waren, aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6110 90 Pullover, Strickjacken usw. und ähnl. Waren, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6111 10 Bekleidung und Bekleidungszubehör, für Kleinkinder, aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 6111 20 Bekleidung und Bekleidungszubehör, für Kleinkinder, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6111 30 Bekleidung und Bekleidungszubehör, für Kleinkinder, aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
- 6111 90 Bekleidung und Bekleidungszubehör, für Kleinkinder, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6112 11 Trainingsanzüge, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6112 12 Trainingsanzüge, aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
- 6112 19 Trainingsanzüge, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6112 20 Skianzüge, aus Gewirken oder Gestricken, aus Spinnstoffen
- 6112 31 Badeanzüge und Badehosen, für Männer od. Knaben, aus synthetischen Chemiefasern
- 6112 39 Badeanzüge und Badehosen, für Männer od. Knaben, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6112 41 Badeanzüge und Badehosen, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
- 6112 49 Badeanzüge und Badehosen, für Frauen od. Mädchen, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6113 00 Bekleidung aus mit Kunststoff getränkten, bestrichenen oder überzogenen, mit Lagen aus Kunststoff versehenen oder kautschutierten Gewirken oder Gestricken
- 6114 10 Andere Bekleidung, aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 6114 20 Andere Bekleidung, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6114 30 Andere Bekleidung, aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6114 90 Andere Bekleidung, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6115 11 Strumpfhosen, aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern, mit einem Titer der einfachen Garne von <67 dtex
- 6115 12 Strumpfhosen, aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern, mit einem Titer der einfachen Garne von >=67 dtex
- 6115 19 Strumpfhosen, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6115 20 Damenstrümpfe usw., aus Spinnstoffgarnen mit einem Titer der einfachen Garne von <67 dtex
- 6115 91 Andere Strumpfwaren, aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 6115 92 Andere Strumpfwaren, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6115 93 Andere Strumpfwaren, aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
- 6115 99 Andere Strumpfwaren, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6116 10 Handschuhe, aus Gewirken oder Gestricken, mit Kunststoff oder Kautschuk getränkt, bestrichen oder überzogen
- 6116 91 Andere Handschuhe, aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 6116 92 Andere Handschuhe, aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6116 93 Andere Handschuhe, aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
- 6116 99 Andere Handschuhe, aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen

HS-Nr. Warenbezeichnung

- 6117 10 Schals, Umschlagtücher, usw. und ähnl. Waren, aus Gewirken oder Gestricken, aus Spinnstoffen
- 6117 20 Krawatten, Schleifen (z.B. Querbinder) und Krawattenschals, aus Gewirken oder Gestricken, aus Spinnstoffen
- 6117 80 Anderes Bekleidungszubehör, aus Gewirken oder Gestricken, aus Spinnstoffen
- 6117 90 Teile von Bekleidung/Bekleidungszubehör, aus Gewirken oder Gestricken, aus Spinnstoffen
- Kap. 62 Bekleidung und Bekleidungszubehör, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken**
- 6201 11 Mäntel (einschl. Kurzmäntel) u. ähnl. Waren, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle/feinen Tierhaaren
- 6201 12 Mäntel (einschl. Kurzmäntel) u. ähnl. Waren, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6201 13 Mäntel (einschl. Kurzmäntel) u. ähnl. Waren, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6201 19 Mäntel (einschl. Kurzmäntel) u. ähnl. Waren, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6201 91 Anoraks und ähnl. Waren, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle/feinen Tierhaaren
- 6201 92 Anoraks und ähnl. Waren, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6201 93 Anoraks und ähnl. Waren, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6201 99 Anoraks und ähnl. Waren, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6202 11 Mäntel (einschl. Kurzmäntel) und ähnl. Waren, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle/feinen Tierhaaren
- 6202 12 Mäntel (einschl. Kurzmäntel) und ähnl. Waren, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6202 13 Mäntel (einschl. Kurzmäntel) und ähnl. Waren, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6202 19 Mäntel (einschl. Kurzmäntel) und ähnl. Waren, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6202 91 Anoraks und ähnl. Waren, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle/feinen Tierhaaren
- 6202 92 Anoraks und ähnl. Waren, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6202 93 Anoraks und ähnl. Waren, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6202 99 Anoraks und ähnl. Waren, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6203 11 Anzüge, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 6203 12 Anzüge, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
- 6203 19 Anzüge, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6203 21 Kombinationen, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren

HS-Nr. Warenbezeichnung

- 6203 22 Kombinationen, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6203 23 Kombinationen, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
- 6203 29 Kombinationen, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6203 31 Jacken, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 6203 32 Jacken, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6203 33 Jacken, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
- 6203 39 Jacken, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6203 41 Lange Hosen (einschl. Kniebundhosen u. ähnl. Hosen), Latzhosen und kurze Hosen, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 6203 42 Lange Hosen (einschl. Kniebundhosen u. ähnl. Hosen), Latzhosen und kurze Hosen, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6203 43 Lange Hosen (einschl. Kniebundhosen und ähnl. Hosen), Latzhosen und kurze Hosen, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
- 6203 49 Lange Hosen (einschl. Kniebundhosen und ähnl. Hosen), Latzhosen und kurze Hosen, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6204 11 Kostüme, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 6204 12 Kostüme, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6204 13 Kostüme, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
- 6204 19 Kostüme, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6204 21 Kombinationen, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 6204 22 Kombinationen, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6204 23 Kombinationen, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
- 6204 29 Kombinationen, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6204 31 Jacken, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 6204 32 Jacken, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6204 33 Jacken, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
- 6204 39 Jacken, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen

HS-Nr. Warenbezeichnung

- 6204 41 Kleider, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 6204 42 Kleider, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6204 43 Kleider, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
- 6204 44 Kleider, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus künstlichen Chemiefasern
- 6204 49 Kleider, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6204 51 Röcke und Hosenröcke, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 6204 52 Röcke und Hosenröcke, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6204 53 Röcke und Hosenröcke, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
- 6204 59 Röcke und Hosenröcke, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6204 61 Lange Hosen (einschl. Kniebundhosen u. ähnl. Hosen), Latzhosen und kurze Hosen, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 6204 62 Lange Hosen (einschl. Kniebundhosen u. ähnl. Hosen), Latzhosen und kurze Hosen, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6204 63 Lange Hosen (einschl. Kniebundhosen u. ähnl. Hosen), Latzhosen und kurze Hosen, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
- 6204 69 Lange Hosen (einschl. Kniebundhosen u. ähnl. Hosen), Latzhosen und kurze Hosen, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6205 10 Hemden, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 6205 20 Hemden, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6205 30 Hemden, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6205 90 Hemden, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6206 10 Blusen und Hemdblusen, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Seide, Schappeseide od. Bouretteseide
- 6206 20 Blusen und Hemdblusen, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 6206 30 Blusen und Hemdblusen, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6206 40 Blusen und Hemdblusen, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6206 90 Blusen und Hemdblusen, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6207 11 Slips und andere Unterhosen, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle

HS-Nr. Warenbezeichnung

- 6207 19 Slips und andere Unterhosen, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6207 21 Nachthemden und Schlafanzüge, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6207 22 Nachthemden und Schlafanzüge, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6207 29 Nachthemden und Schlafanzüge, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6207 91 Bademäntel und -jacken, Hausmäntel usw., für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6207 92 Bademäntel und -jacken, Hausmäntel usw., für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6207 99 Bademäntel und -jacken, Hausmäntel usw., für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6208 11 Unterkleider und Unterröcke, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6208 19 Unterkleider und Unterröcke, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6208 21 Nachthemden und Schlafanzüge, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6208 22 Nachthemden und Schlafanzüge, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6208 29 Nachthemden und Schlafanzüge, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6208 91 Negligés, Bademäntel usw., für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6208 92 Negligés, Bademäntel usw., für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6208 99 Negligés, Bademäntel usw., für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6209 10 Bekleidung und Bekleidungszubehör, für Kleinkinder, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 6209 20 Bekleidung und Bekleidungszubehör, für Kleinkinder, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6209 30 Bekleidung und Bekleidungszubehör, für Kleinkinder, aus synthetischen Chemiefasern, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken
- 6209 90 Bekleidung und Bekleidungszubehör, für Kleinkinder, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6210 10 Bekleidung aus Filzen und Vliesstoffen
- 6210 20 Mäntel (einschl. Kurzmäntel) u. ähnl. Waren, für Männer od. Knaben, aus kautschutierten oder mit Kunststoff getränkten, bestrichenen oder überzogenen Geweben
- 6210 30 Mäntel einschl. Kurzmäntel und ähnl. Waren, für Frauen od. Mädchen, aus kautschutierten oder mit Kunststoff getränkten, bestrichenen oder überzogenen Geweben
- 6210 40 Andere Bekleidung für Männer od. Knaben, aus kautschutierten oder mit Kunststoff getränkten, bestrichenen oder überzogenen Geweben
- 6210 50 Andere Bekleidung für Frauen od. Mädchen, aus kautschutierten oder mit Kunststoff getränkten, bestrichenen oder überzogenen Geweben
- 6211 11 Badeanzüge und Badehosen, für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Spinnstoffen

HS-Nr. Warenbezeichnung

- 6211 12 Badeanzüge und Badehosen, für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Spinnstoffen
- 6211 20 Skianzüge, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Spinnstoffen
- 6211 31 Andere Bekleidung für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 6211 32 Andere Bekleidung für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6211 33 Andere Bekleidung für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6211 39 Andere Bekleidung für Männer od. Knaben, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6211 41 Andere Bekleidung für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 6211 42 Andere Bekleidung für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6211 43 Andere Bekleidung für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6211 49 Andere Bekleidung für Frauen od. Mädchen, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6212 10 Büstenhalter und Teile davon, aus Spinnstoffen
- 6212 20 Hüftgürtel und Miederhosen und Teile davon, aus Spinnstoffen
- 6212 30 Korsetts und Teile davon, aus Spinnstoffen
- 6212 90 Korsette, Hosenträger usw. und ähnl. Waren, Teile davon, aus Spinnstoffen
- 6213 10 Taschentücher, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Seide, Schappeseide oder Bouretteseide
- 6213 20 Taschentücher, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6213 90 Taschentücher, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6214 10 Schals, Umschlagtücher usw. und ähnl. Waren, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Seide, Schappeseide oder Bouretteseide
- 6214 20 Schals, Umschlagtücher usw. und ähnl. Waren, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 6214 30 Schals, Umschlagtücher usw. und ähnl. Waren, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
- 6214 40 Schals, Umschlagtücher usw. und ähnl. Waren, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus künstlichen Chemiefasern
- 6214 90 Schals, Umschlagtücher usw. und ähnl. Waren, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6215 10 Krawatten, Schleifen (z.B. Querbinder) und Krawattenschals, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Seide, Schappeseide oder Bouretteseide
- 6215 20 Krawatten, Schleifen (z.B. Querbinder) und Krawattenschals, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Chemiefasern
- 6215 90 Krawatten, Schleifen (z.B. Querbinder) und Krawattenschals, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6216 00 Handschuhe, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Spinnstoffen
- 6217 10 Anderes Bekleidungszubehör, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Spinnstoffen
- 6217 90 Teile von Bekleidung oder von Bekleidungszubehör, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Spinnstoffen
- Kap. 63 Andere konfektionierte Spinnstoffwaren; Warenzusammenstellungen; Altwaren und Lumpen**
- 6301 10 Decken mit elektrischer Heizvorrichtung, aus Spinnstoffen

HS-Nr. Warenbezeichnung

- 6301 20 Decken (ausgenommen Decken mit elektrischer Heizvorrichtung), aus Wolle od. feinen Tierhaaren
- 6301 30 Decken (ausgenommen Decken mit elektrischer Heizvorrichtung) , aus Baumwolle
- 6301 40 Decken (ausgenommen Decken mit elektrischer Heizvorrichtung) , aus synthetischen Chemiefasern
- 6301 90 Decken (ausgenommen Decken mit elektrischer Heizvorrichtung) , aus anderen Spinnstoffen
- 6302 10 Bettwäsche aus Gewirken oder Gestricken
- 6302 21 Andere Bettwäsche, aus Baumwolle, bedruckt
- 6302 22 Andere Bettwäsche, aus Chemiefasern, bedruckt
- 6302 29 Andere Bettwäsche, aus anderen Spinnstoffen, bedruckt
- 6302 31 Andere Bettwäsche, aus Baumwolle
- 6302 32 Andere Bettwäsche, aus Chemiefasern
- 6302 39 Andere Bettwäsche, aus anderen Spinnstoffen
- 6302 40 Tischwäsche aus Gewirken oder Gestricken
- 6302 51 Andere Tischwäsche, aus Baumwolle
- 6302 52 Andere Tischwäsche, aus Flachs
- 6302 53 Andere Tischwäsche, aus Chemiefasern
- 6302 59 Andere Tischwäsche, aus anderen Spinnstoffen
- 6302 60 Wäsche zur Körperpflege und Küchenwäsche, aus Frottierware, aus Baumwolle
- 6302 91 Andere Wäsche zur Körperpflege und Küchenwäsche, aus Baumwolle
- 6302 92 Andere Wäsche zur Körperpflege und Küchenwäsche, aus Flachs
- 6302 93 Andere Wäsche zur Körperpflege und Küchenwäsche, aus Chemiefasern
- 6302 99 Andere Wäsche zur Körperpflege und Küchenwäsche, aus anderen Spinnstoffen
- 6303 11 Gardinen, Vorhänge und Innenrollos; Fenster- u. Bettbehänge (Schabracken), aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6303 12 Gardinen, Vorhänge und Innenrollos; Fenster- u. Bettbehänge (Schabracken), aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
- 6303 19 Gardinen, Vorhänge und Innenrollos; Fenster- u. Bettbehänge (Schabracken), aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6303 91 Gardinen, Vorhänge und Innenrollos; Fenster- u. Bettbehänge (Schabracken), ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6303 92 Gardinen, Vorhänge und Innenrollos; Fenster- u. Bettbehänge (Schabracken), ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
- 6303 99 Gardinen, Vorhänge und Innenrollos; Fenster- u. Bettbehänge (Schabracken), ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6304 11 Bettüberwürfe, aus Gewirken oder Gestricken, aus Spinnstoffen
- 6304 19 Bettüberwürfe, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken aus Spinnstoffen
- 6304 91 Andere Waren zur Innenausstattung, aus Gewirken oder Gestricken, aus Spinnstoffen
- 6304 92 Andere Waren zur Innenausstattung, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus Baumwolle
- 6304 93 Andere Waren zur Innenausstattung, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus synthetischen Chemiefasern
- 6304 99 Andere Waren zur Innenausstattung, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, aus anderen Spinnstoffen
- 6305 10 Säcke und Beutel zu Verpackungszwecken, aus Jute oder anderen textilen Bastfasern
- 6305 20 Säcke und Beutel zu Verpackungszwecken, aus Baumwolle
- 6305 31 Säcke und Beutel zu Verpackungszwecken, aus Polyethylen- oder Polypropylen-Streifen

HS-Nr. Warenbezeichnung

6305 39	Säcke und Beutel zu Verpackungszwecken, aus anderen synthetischen oder künstlichen Spinnstoffen
6305 90	Säcke und Beutel zu Verpackungszwecken, aus anderen Spinnstoffen
6306 11	Planen und Markisen, aus Baumwolle
6306 12	Planen und Markisen, aus synthetischen Chemiefasern
6306 19	Planen und Markisen, aus anderen Spinnstoffen
6306 21	Zelte, aus Baumwolle
6306 22	Zelte, aus synthetischen Chemiefasern
6306 29	Zelte, aus anderen Spinnstoffen
6306 31	Segel, aus synthetischen Chemiefasern
6306 39	Segel, aus anderen Spinnstoffen
6306 41	Luftmatratzen, aus Baumwolle
6306 49	Luftmatratzen, aus anderen Spinnstoffen
6306 91	Andere Campingausrüstungen, aus Baumwolle
6306 99	Andere Campingausrüstungen, aus anderen Spinnstoffen
6307 10	Scheuertücher, Wischtücher, Spültücher, Staubtücher und ähnl. Waren, aus Spinnstoffen
6307 20	Schwimmwesten und Rettungsgürtel, aus Spinnstoffen
6307 90	Andere konfektionierte Waren einschl. Schnittmuster, aus Spinnstoffen
6308 00	Warenzusammenstellungen aus Geweben und Garn, auch mit Zubehör, für die Herstellung von Teppichen, usw.
6309 00	Altwaren

Textil- und Bekleidungswaren der Kapitel 30-49 und 64-96**HS-Nr. Warenbezeichnung**

3005 90	Watte, Mull, Binden und dergleichen
ex 3921 12)
ex 3921 13	(Mit Kunststoffen getränkte, bestrichene, überzogene oder mit Lagen von Kunststoffen (versehene Gewebe, Gewirke oder Gestricke und Vliesstoffe
ex 3921 90)
ex 4202 12)
ex 4202 22	(Reisekoffer, Handtaschen, Kosmetikkoffer und ähnliche Waren, mit Außenseite (überwiegend aus Spinnstoffen
ex 4202 32)
ex 4202 92)
ex 6405 20	Schuhe mit Laufsohlen und Oberteil aus Spinnstoffen
ex 6406 10	Schuhoberteile, deren Außenseite zu 50 GHT oder mehr aus Spinnstoffen besteht
ex 6406 99	Gamaschen und ähnliche Waren, aus Spinnstoffen
6501 00	Hutstumpen, weder geformt noch randgeformt, aus Filz; Hutplatten, Bandeaux (auch aufgeschnitten), aus Filz
6502 00	Hutstumpen oder Hutrohlinge, geflochten oder durch Verbindung von Streifen aus Stoffen aller Art hergestellt
6503 00	Hüte und andere Kopfbedeckungen, aus Filz
6504 00	Hüte und andere Kopfbedeckungen, aus geflochten oder durch Verbindung von Streifen aus Stoffen aller Art hergestellt
6505 90	Hüte und andere Kopfbedeckungen, gewirkt oder gestrickt oder aus Stücken (ausgen. Streifen) von Spitzen, Filz oder anderen Spinnstoffzeugnissen hergestellt
6601 10	Gartenschirme und ähnliche Waren
6601 91	Taschenschirme
6601 99	Andere Regenschirme und Sonnenschirme
ex 7019 10	Garne aus Glasfasern
ex 7019 20	Gewebe aus Glasfasern
8708 21	Sicherheitsgurte von Kraftfahrzeugen
8804 00	Fallschirme (einschl. lenkbare oder rotierende Fallschirme); Teile davon und Zubehör
9113 90	Uhrarmbänder aus Spinnstoffen
ex 9404 90	Kissen, Schlummerrollen und Kopfkissen, aus Baumwolle; Steppdecken, Deckbetten und ähnliche Waren, aus Spinnstoffen (comforters)
9502 91	Bekleidung und Bekleidungszubehör für Puppen
ex 9612 10	Farbbänder, aus Chemiefasern, ausgenommen solche mit einer Breite von weniger als

AGREEMENT ON TEXTILES AND CLOTHING

Members,

Recalling that Ministers agreed at Punta del Este that "negotiations in the area of textiles and clothing shall aim to formulate modalities that would permit the eventual integration of this sector into GATT on the basis of strengthened GATT rules and disciplines, thereby also contributing to the objective of further liberalization of trade";

Recalling also that in the April 1989 Decision of the Trade Negotiations Committee it was agreed that the process of integration should commence following the conclusion of the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations and should be progressive in character;

Recalling further that it was agreed that special treatment should be accorded to the least-developed country Members;

Hereby *agree* as follows:

Article 1

1. This Agreement sets out provisions to be applied by Members during a transition period for the integration of the textiles and clothing sector into GATT 1994.
2. Members agree to use the provisions of paragraph 18 of Article 2 and paragraph 6(b) of Article 6 in such a way as to permit meaningful increases in access possibilities for small suppliers and the development of commercially significant trading opportunities for new entrants in the field of textiles and clothing trade.¹
3. Members shall have due regard to the situation of those Members which have not accepted the Protocols extending the Arrangement Regarding International Trade in Textiles (referred to in this Agreement as the "MFA") since 1986 and, to the extent possible, shall afford them special treatment in applying the provisions of this Agreement.
4. Members agree that the particular interests of the cotton-producing exporting Members should, in consultation with them, be reflected in the implementation of the provisions of this Agreement.
5. In order to facilitate the integration of the textiles and clothing sector into GATT 1994, Members should allow for continuous autonomous industrial adjustment and increased competition in their markets.
6. Unless otherwise provided in this Agreement, its provisions shall not affect the rights and obligations of Members under the provisions of the WTO Agreement and the Multilateral Trade Agreements.
7. The textile and clothing products to which this Agreement applies are set out in the Annex.

¹ To the extent possible, exports from a least-developed country Member may also benefit from this provision.

Article 2

1. All quantitative restrictions within bilateral agreements maintained under Article 4 or notified under Article 7 or 8 of the MFA in force on the day before the entry into force of the WTO Agreement shall, within 60 days following such entry into force, be notified in detail, including the restraint levels, growth rates and flexibility provisions, by the Members maintaining such restrictions to the Textiles Monitoring Body provided for in Article 8 (referred to in this Agreement as the "TMB"). Members agree that as of the date of entry into force of the WTO Agreement, all such restrictions maintained between GATT 1947 contracting parties, and in place on the day before such entry into force, shall be governed by the provisions of this Agreement.

2. The TMB shall circulate these notifications to all Members for their information. It is open to any Member to bring to the attention of the TMB, within 60 days of the circulation of the notifications, any observations it deems appropriate with regard to such notifications. Such observations shall be circulated to the other Members for their information. The TMB may make recommendations, as appropriate, to the Members concerned.

3. When the 12-month period of restrictions to be notified under paragraph 1 does not coincide with the 12-month period immediately preceding the date of entry into force of the WTO Agreement, the Members concerned should mutually agree on arrangements to bring the period of restrictions into line with the agreement year², and to establish notional base levels of such restrictions in order to implement the provisions of this Article. Concerned Members agree to enter into consultations promptly upon request with a view to reaching such mutual agreement. Any such arrangements shall take into account, *inter alia*, seasonal patterns of shipments in recent years. The results of these consultations shall be notified to the TMB, which shall make such recommendations as it deems appropriate to the Members concerned.

4. The restrictions notified under paragraph 1 shall be deemed to constitute the totality of such restrictions applied by the respective Members on the day before the entry into force of the WTO Agreement. No new restrictions in terms of products or Members shall be introduced except under the provisions of this Agreement or relevant GATT 1994 provisions.³ Restrictions not notified within 60 days of the date of entry into force of the WTO Agreement shall be terminated forthwith.

5. Any unilateral measure taken under Article 3 of the MFA prior to the date of entry into force of the WTO Agreement may remain in effect for the duration specified therein, but not exceeding 12 months, if it has been reviewed by the Textiles Surveillance Body (referred to in this Agreement as the "TSB") established under the MFA. Should the TSB not have had the opportunity to review any such unilateral measure, it shall be reviewed by the TMB in accordance with the rules and procedures governing Article 3 measures under the MFA. Any measure applied under an MFA Article 4 agreement prior to the date of entry into force of the WTO Agreement that is the subject of a dispute which the TSB has not had the opportunity to review shall also be reviewed by the TMB in accordance with the MFA rules and procedures applicable for such a review.

6. On the date of entry into force of the WTO Agreement, each Member shall integrate into GATT 1994 products which accounted for not less than 16 per cent of the total volume of the Member's 1990 imports of the products in the Annex, in terms of HS lines or categories. The products to be integrated shall encompass products from each of the following four groups: tops and yarns, fabrics, made-up textile products, and clothing.

²The "agreement year" is defined to mean a 12-month period beginning from the date of entry into force of the WTO Agreement and at the subsequent 12-month intervals.

³The relevant GATT 1994 provisions shall not include Article XIX in respect of products not yet integrated into GATT 1994, except as specifically provided in paragraph 3 of the Annex.

7. Full details of the actions to be taken pursuant to paragraph 6 shall be notified by the Members concerned according to the following:

- (a) Members maintaining restrictions falling under paragraph 1 undertake, notwithstanding the date of entry into force of the WTO Agreement, to notify such details to the GATT Secretariat not later than the date determined by the Ministerial Decision of 15 April 1994. The GATT Secretariat shall promptly circulate these notifications to the other participants for information. These notifications will be made available to the TMB, when established, for the purposes of paragraph 21;
- (b) Members which have, pursuant to paragraph 1 of Article 6, retained the right to use the provisions of Article 6, shall notify such details to the TMB not later than 60 days following the date of entry into force of the WTO Agreement, or, in the case of those Members covered by paragraph 3 of Article 1, not later than at the end of the 12th month that the WTO Agreement is in effect. The TMB shall circulate these notifications to the other Members for information and review them as provided in paragraph 21.

8. The remaining products, i.e. the products not integrated into GATT 1994 under paragraph 6, shall be integrated, in terms of HS lines or categories, in three stages, as follows:

- (a) on the first day of the 37th month that the WTO Agreement is in effect, products which accounted for not less than 17 per cent of the total volume of the Member's 1990 imports of the products in the Annex. The products to be integrated by the Members shall encompass products from each of the following four groups: tops and yarns, fabrics, made-up textile products, and clothing;
- (b) on the first day of the 85th month that the WTO Agreement is in effect, products which accounted for not less than 18 per cent of the total volume of the Member's 1990 imports of the products in the Annex. The products to be integrated by the Members shall encompass products from each of the following four groups: tops and yarns, fabrics, made-up textile products, and clothing;
- (c) on the first day of the 121st month that the WTO Agreement is in effect, the textiles and clothing sector shall stand integrated into GATT 1994, all restrictions under this Agreement having been eliminated.

9. Members which have notified, pursuant to paragraph 1 of Article 6, their intention not to retain the right to use the provisions of Article 6 shall, for the purposes of this Agreement, be deemed to have integrated their textiles and clothing products into GATT 1994. Such Members shall, therefore, be exempted from complying with the provisions of paragraphs 6 to 8 and 11.

10. Nothing in this Agreement shall prevent a Member which has submitted an integration programme pursuant to paragraph 6 or 8 from integrating products into GATT 1994 earlier than provided for in such a programme. However, any such integration of products shall take effect at the beginning of an agreement year, and details shall be notified to the TMB at least three months prior thereto for circulation to all Members.

11. The respective programmes of integration, in pursuance of paragraph 8, shall be notified in detail to the TMB at least 12 months before their coming into effect, and circulated by the TMB to all Members.

12. The base levels of the restrictions on the remaining products, mentioned in paragraph 8, shall be the restraint levels referred to in paragraph 1.

13. During Stage 1 of this Agreement (from the date of entry into force of the WTO Agreement to the 36th month that it is in effect, inclusive) the level of each restriction under MFA bilateral agreements in force for the 12-month period prior to the date of entry into force of the WTO Agreement shall be increased annually by not less than the growth rate established for the respective restrictions, increased by 16 per cent.

14. Except where the Council for Trade in Goods or the Dispute Settlement Body decides otherwise under paragraph 12 of Article 8, the level of each remaining restriction shall be increased annually during subsequent stages of this Agreement by not less than the following:

- (a) for Stage 2 (from the 37th to the 84th month that the WTO Agreement is in effect, inclusive), the growth rate for the respective restrictions during Stage 1, increased by 25 per cent;
- (b) for Stage 3 (from the 85th to the 120th month that the WTO Agreement is in effect, inclusive), the growth rate for the respective restrictions during Stage 2, increased by 27 per cent.

15. Nothing in this Agreement shall prevent a Member from eliminating any restriction maintained pursuant to this Article, effective at the beginning of any agreement year during the transition period, provided the exporting Member concerned and the TMB are notified at least three months prior to the elimination coming into effect. The period for prior notification may be shortened to 30 days with the agreement of the restrained Member. The TMB shall circulate such notifications to all Members. In considering the elimination of restrictions as envisaged in this paragraph, the Members concerned shall take into account the treatment of similar exports from other Members.

16. Flexibility provisions, i.e. swing, carryover and carry forward, applicable to all restrictions maintained pursuant to this Article, shall be the same as those provided for in MFA bilateral agreements for the 12-month period prior to the entry into force of the WTO Agreement. No quantitative limits shall be placed or maintained on the combined use of swing, carryover and carry forward.

17. Administrative arrangements, as deemed necessary in relation to the implementation of any provision of this Article, shall be a matter for agreement between the Members concerned. Any such arrangements shall be notified to the TMB.

18. As regards those Members whose exports are subject to restrictions on the day before the entry into force of the WTO Agreement and whose restrictions represent 1.2 per cent or less of the total volume of the restrictions applied by an importing Member as of 31 December 1991 and notified under this Article, meaningful improvement in access for their exports shall be provided, at the entry into force of the WTO Agreement and for the duration of this Agreement, through advancement by one stage of the growth rates set out in paragraphs 13 and 14, or through at least equivalent changes as may be mutually agreed with respect to a different mix of base levels, growth and flexibility provisions. Such improvements shall be notified to the TMB.

19. In any case, during the duration of this Agreement, in which a safeguard measure is initiated by a Member under Article XIX of GATT 1994 in respect of a particular product during a period of one year immediately following the integration of that product into GATT 1994 in accordance with the provisions of this Article, the provisions of Article XIX, as interpreted by the Agreement on Safeguards, will apply, save as set out in paragraph 20.

20. Where such a measure is applied using non-tariff means, the importing Member concerned shall apply the measure in a manner as set forth in paragraph 2(d) of Article XIII of GATT 1994 at the request of any exporting Member whose exports of such products were subject to restrictions under this Agreement at any time in the one-year period immediately prior to the initiation of the safeguard measure. The exporting Member concerned shall administer such a measure. The applicable level shall not reduce the relevant exports below the level of a recent representative period, which shall normally be the average of exports from the Member concerned in the last three representative years for which statistics are available. Furthermore, when the safeguard measure is applied for more than one year, the applicable level shall be progressively liberalized at regular intervals during the period of application. In such cases the exporting Member concerned shall not exercise the right of suspending substantially equivalent concessions or other obligations under paragraph 3(a) of Article XIX of GATT 1994.

21. The TMB shall keep under review the implementation of this Article. It shall, at the request of any Member, review any particular matter with reference to the implementation of the provisions of this Article. It shall make appropriate recommendations or findings within 30 days to the Member or Members concerned, after inviting the participation of such Members.

Article 3

1. Within 60 days following the date of entry into force of the WTO Agreement, Members maintaining restrictions⁴ on textile and clothing products (other than restrictions maintained under the MFA and covered by the provisions of Article 2), whether consistent with GATT 1994 or not, shall (a) notify them in detail to the TMB, or (b) provide to the TMB notifications with respect to them which have been submitted to any other WTO body. The notifications should, wherever applicable, provide information with respect to any GATT 1994 justification for the restrictions, including GATT 1994 provisions on which they are based.

2. Members maintaining restrictions falling under paragraph 1, except those justified under a GATT 1994 provision, shall either:

- (a) bring them into conformity with GATT 1994 within one year following the entry into force of the WTO Agreement, and notify this action to the TMB for its information; or
- (b) phase them out progressively according to a programme to be presented to the TMB by the Member maintaining the restrictions not later than six months after the date of entry into force of the WTO Agreement. This programme shall provide for all restrictions to be phased out within a period not exceeding the duration of this Agreement. The TMB may make recommendations to the Member concerned with respect to such a programme.

3. During the duration of this Agreement, Members shall provide to the TMB, for its information, notifications submitted to any other WTO bodies with respect to any new restrictions or changes in existing restrictions on textile and clothing products, taken under any GATT 1994 provision, within 60 days of their coming into effect.

4. It shall be open to any Member to make reverse notifications to the TMB, for its information, in regard to the GATT 1994 justification, or in regard to any restrictions that may not have been

⁴Restrictions denote all unilateral quantitative restrictions, bilateral arrangements and other measures having a similar effect.

notified under the provisions of this Article. Actions with respect to such notifications may be pursued by any Member under relevant GATT 1994 provisions or procedures in the appropriate WTO body.

5. The TMB shall circulate the notifications made pursuant to this Article to all Members for their information.

Article 4

1. Restrictions referred to in Article 2, and those applied under Article 6, shall be administered by the exporting Members. Importing Members shall not be obliged to accept shipments in excess of the restrictions notified under Article 2, or of restrictions applied pursuant to Article 6.

2. Members agree that the introduction of changes, such as changes in practices, rules, procedures and categorization of textile and clothing products, including those changes relating to the Harmonized System, in the implementation or administration of those restrictions notified or applied under this Agreement should not: upset the balance of rights and obligations between the Members concerned under this Agreement; adversely affect the access available to a Member; impede the full utilization of such access; or disrupt trade under this Agreement.

3. If a product which constitutes only part of a restriction is notified for integration pursuant to the provisions of Article 2, Members agree that any change in the level of that restriction shall not upset the balance of rights and obligations between the Members concerned under this Agreement.

4. When changes mentioned in paragraphs 2 and 3 are necessary, however, Members agree that the Member initiating such changes shall inform and, wherever possible, initiate consultations with the affected Member or Members prior to the implementation of such changes, with a view to reaching a mutually acceptable solution regarding appropriate and equitable adjustment. Members further agree that where consultation prior to implementation is not feasible, the Member initiating such changes will, at the request of the affected Member, consult, within 60 days if possible, with the Members concerned with a view to reaching a mutually satisfactory solution regarding appropriate and equitable adjustments. If a mutually satisfactory solution is not reached, any Member involved may refer the matter to the TMB for recommendations as provided in Article 8. Should the TSB not have had the opportunity to review a dispute concerning such changes introduced prior to the entry into force of the WTO Agreement, it shall be reviewed by the TMB in accordance with the rules and procedures of the MFA applicable for such a review.

Article 5

1. Members agree that circumvention by transshipment, re-routing, false declaration concerning country or place of origin, and falsification of official documents, frustrates the implementation of this Agreement to integrate the textiles and clothing sector into GATT 1994. Accordingly, Members should establish the necessary legal provisions and/or administrative procedures to address and take action against such circumvention. Members further agree that, consistent with their domestic laws and procedures, they will cooperate fully to address problems arising from circumvention.

2. Should any Member believe that this Agreement is being circumvented by transshipment, re-routing, false declaration concerning country or place of origin, or falsification of official documents, and that no, or inadequate, measures are being applied to address and/or to take action against such circumvention, that Member should consult with the Member or Members concerned with a view to seeking a mutually satisfactory solution. Such consultations should be held promptly, and within 30 days when possible. If a mutually satisfactory solution is not reached, the matter may be referred by any Member involved to the TMB for recommendations.

3. Members agree to take necessary action, consistent with their domestic laws and procedures, to prevent, to investigate and, where appropriate, to take legal and/or administrative action against circumvention practices within their territory. Members agree to cooperate fully, consistent with their domestic laws and procedures, in instances of circumvention or alleged circumvention of this Agreement, to establish the relevant facts in the places of import, export and, where applicable, transshipment. It is agreed that such cooperation, consistent with domestic laws and procedures, will include: investigation of circumvention practices which increase restrained exports to the Member maintaining such restraints; exchange of documents, correspondence, reports and other relevant information to the extent available; and facilitation of plant visits and contacts, upon request and on a case-by-case basis. Members should endeavour to clarify the circumstances of any such instances of circumvention or alleged circumvention, including the respective roles of the exporters or importers involved.

4. Where, as a result of investigation, there is sufficient evidence that circumvention has occurred (e.g. where evidence is available concerning the country or place of true origin, and the circumstances of such circumvention), Members agree that appropriate action, to the extent necessary to address the problem, should be taken. Such action may include the denial of entry of goods or, where goods have entered, having due regard to the actual circumstances and the involvement of the country or place of true origin, the adjustment of charges to restraint levels to reflect the true country or place of origin. Also, where there is evidence of the involvement of the territories of the Members through which the goods have been transshipped, such action may include the introduction of restraints with respect to such Members. Any such actions, together with their timing and scope, may be taken after consultations held with a view to arriving at a mutually satisfactory solution between the concerned Members and shall be notified to the TMB with full justification. The Members concerned may agree on other remedies in consultation. Any such agreement shall also be notified to the TMB, and the TMB may make such recommendations to the Members concerned as it deems appropriate. If a mutually satisfactory solution is not reached, any Member concerned may refer the matter to the TMB for prompt review and recommendations.

5. Members note that some cases of circumvention may involve shipments transiting through countries or places with no changes or alterations made to the goods contained in such shipments in the places of transit. They note that it may not be generally practicable for such places of transit to exercise control over such shipments.

6. Members agree that false declaration concerning fibre content, quantities, description or classification of merchandise also frustrates the objective of this Agreement. Where there is evidence that any such false declaration has been made for purposes of circumvention, Members agree that appropriate measures, consistent with domestic laws and procedures, should be taken against the exporters or importers involved. Should any Member believe that this Agreement is being circumvented by such false declaration and that no, or inadequate, administrative measures are being applied to address and/or to take action against such circumvention, that Member should consult promptly with the Member involved with a view to seeking a mutually satisfactory solution. If such a solution is not reached, the matter may be referred by any Member involved to the TMB for recommendations. This provision is not intended to prevent Members from making technical adjustments when inadvertent errors in declarations have been made.

Article 6

1. Members recognize that during the transition period it may be necessary to apply a specific transitional safeguard mechanism (referred to in this Agreement as "transitional safeguard"). The transitional safeguard may be applied by any Member to products covered by the Annex, except those integrated into GATT 1994 under the provisions of Article 2. Members not maintaining restrictions falling under Article 2 shall notify the TMB within 60 days following the date of entry into force of the WTO Agreement, as to whether or not they wish to retain the right to use the provisions of this Article.

Members which have not accepted the Protocols extending the MFA since 1986 shall make such notification within 6 months following the entry into force of the WTO Agreement. The transitional safeguard should be applied as sparingly as possible, consistently with the provisions of this Article and the effective implementation of the integration process under this Agreement.

2. Safeguard action may be taken under this Article when, on the basis of a determination by a Member⁵, it is demonstrated that a particular product is being imported into its territory in such increased quantities as to cause serious damage, or actual threat thereof, to the domestic industry producing like and/or directly competitive products. Serious damage or actual threat thereof must demonstrably be caused by such increased quantities in total imports of that product and not by such other factors as technological changes or changes in consumer preference.

3. In making a determination of serious damage, or actual threat thereof, as referred to in paragraph 2, the Member shall examine the effect of those imports on the state of the particular industry, as reflected in changes in such relevant economic variables as output, productivity, utilization of capacity, inventories, market share, exports, wages, employment, domestic prices, profits and investment; none of which, either alone or combined with other factors, can necessarily give decisive guidance.

4. Any measure invoked pursuant to the provisions of this Article shall be applied on a Member-by-Member basis. The Member or Members to whom serious damage, or actual threat thereof, referred to in paragraphs 2 and 3, is attributed, shall be determined on the basis of a sharp and substantial increase in imports, actual or imminent⁶, from such a Member or Members individually, and on the basis of the level of imports as compared with imports from other sources, market share, and import and domestic prices at a comparable stage of commercial transaction; none of these factors, either alone or combined with other factors, can necessarily give decisive guidance. Such safeguard measure shall not be applied to the exports of any Member whose exports of the particular product are already under restraint under this Agreement.

5. The period of validity of a determination of serious damage or actual threat thereof for the purpose of invoking safeguard action shall not exceed 90 days from the date of initial notification as set forth in paragraph 7.

6. In the application of the transitional safeguard, particular account shall be taken of the interests of exporting Members as set out below:

⁵ A customs union may apply a safeguard measure as a single unit or on behalf of a member State. When a customs union applies a safeguard measure as a single unit, all the requirements for the determination of serious damage or actual threat thereof under this Agreement shall be based on the conditions existing in the customs union as a whole. When a safeguard measure is applied on behalf of a member State, all the requirements for the determination of serious damage, or actual threat thereof, shall be based on the conditions existing in that member State and the measure shall be limited to that member State.

⁶ Such an imminent increase shall be a measurable one and shall not be determined to exist on the basis of allegation, conjecture or mere possibility arising, for example, from the existence of production capacity in the exporting Members.

- (a) least-developed country Members shall be accorded treatment significantly more favourable than that provided to the other groups of Members referred to in this paragraph, preferably in all its elements but, at least, on overall terms;
- (b) Members whose total volume of textile and clothing exports is small in comparison with the total volume of exports of other Members and who account for only a small percentage of total imports of that product into the importing Member shall be accorded differential and more favourable treatment in the fixing of the economic terms provided in paragraphs 8, 13 and 14. For those suppliers, due account will be taken, pursuant to paragraphs 2 and 3 of Article 1, of the future possibilities for the development of their trade and the need to allow commercial quantities of imports from them;
- (c) with respect to wool products from wool-producing developing country Members whose economy and textiles and clothing trade are dependent on the wool sector, whose total textile and clothing exports consist almost exclusively of wool products, and whose volume of textiles and clothing trade is comparatively small in the markets of the importing Members, special consideration shall be given to the export needs of such Members when considering quota levels, growth rates and flexibility;
- (d) more favourable treatment shall be accorded to re-imports by a Member of textile and clothing products which that Member has exported to another Member for processing and subsequent reimportation, as defined by the laws and practices of the importing Member, and subject to satisfactory control and certification procedures, when these products are imported from a Member for which this type of trade represents a significant proportion of its total exports of textiles and clothing.

7. The Member proposing to take safeguard action shall seek consultations with the Member or Members which would be affected by such action. The request for consultations shall be accompanied by specific and relevant factual information, as up-to-date as possible, particularly in regard to: (a) the factors, referred to in paragraph 3, on which the Member invoking the action has based its determination of the existence of serious damage or actual threat thereof; and (b) the factors, referred to in paragraph 4, on the basis of which it proposes to invoke the safeguard action with respect to the Member or Members concerned. In respect of requests made under this paragraph, the information shall be related, as closely as possible, to identifiable segments of production and to the reference period set out in paragraph 8. The Member invoking the action shall also indicate the specific level at which imports of the product in question from the Member or Members concerned are proposed to be restrained; such level shall not be lower than the level referred to in paragraph 8. The Member seeking consultations shall, at the same time, communicate to the Chairman of the TMB the request for consultations, including all the relevant factual data outlined in paragraphs 3 and 4, together with the proposed restraint level. The Chairman shall inform the members of the TMB of the request for consultations, indicating the requesting Member, the product in question and the Member having received the request. The Member or Members concerned shall respond to this request promptly and the consultations shall be held without delay and normally be completed within 60 days of the date on which the request was received.

8. If, in the consultations, there is mutual understanding that the situation calls for restraint on the exports of the particular product from the Member or Members concerned, the level of such restraint shall be fixed at a level not lower than the actual level of exports or imports from the Member concerned during the 12-month period terminating two months preceding the month in which the request for consultation was made.

9. Details of the agreed restraint measure shall be communicated to the TMB within 60 days from the date of conclusion of the agreement. The TMB shall determine whether the agreement is justified in

accordance with the provisions of this Article. In order to make its determination, the TMB shall have available to it the factual data provided to the Chairman of the TMB, referred to in paragraph 7, as well as any other relevant information provided by the Members concerned. The TMB may make such recommendations as it deems appropriate to the Members concerned.

10. If, however, after the expiry of the period of 60 days from the date on which the request for consultations was received, there has been no agreement between the Members, the Member which proposed to take safeguard action may apply the restraint by date of import or date of export, in accordance with the provisions of this Article, within 30 days following the 60-day period for consultations, and at the same time refer the matter to the TMB. It shall be open to either Member to refer the matter to the TMB before the expiry of the period of 60 days. In either case, the TMB shall promptly conduct an examination of the matter, including the determination of serious damage, or actual threat thereof, and its causes, and make appropriate recommendations to the Members concerned within 30 days. In order to conduct such examination, the TMB shall have available to it the factual data provided to the Chairman of the TMB, referred to in paragraph 7, as well as any other relevant information provided by the Members concerned.

11. In highly unusual and critical circumstances, where delay would cause damage which would be difficult to repair, action under paragraph 10 may be taken provisionally on the condition that the request for consultations and notification to the TMB shall be effected within no more than five working days after taking the action. In the case that consultations do not produce agreement, the TMB shall be notified at the conclusion of consultations, but in any case no later than 60 days from the date of the implementation of the action. The TMB shall promptly conduct an examination of the matter, and make appropriate recommendations to the Members concerned within 30 days. In the case that consultations do produce agreement, Members shall notify the TMB upon conclusion but, in any case, no later than 90 days from the date of the implementation of the action. The TMB may make such recommendations as it deems appropriate to the Members concerned.

12. A Member may maintain measures invoked pursuant to the provisions of this Article: (a) for up to three years without extension, or (b) until the product is integrated into GATT 1994, whichever comes first.

13. Should the restraint measure remain in force for a period exceeding one year, the level for subsequent years shall be the level specified for the first year increased by a growth rate of not less than 6 per cent per annum, unless otherwise justified to the TMB. The restraint level for the product concerned may be exceeded in either year of any two subsequent years by carry forward and/or carryover of 10 per cent of which carry forward shall not represent more than 5 per cent. No quantitative limits shall be placed on the combined use of carryover, carry forward and the provision of paragraph 14.

14. When more than one product from another Member is placed under restraint under this Article by a Member, the level of restraint agreed, pursuant to the provisions of this Article, for each of these products may be exceeded by 7 per cent, provided that the total exports subject to restraint do not exceed the total of the levels for all products so restrained under this Article, on the basis of agreed common units. Where the periods of application of restraints of these products do not coincide with each other, this provision shall be applied to any overlapping period on a *pro rata* basis.

15. If a safeguard action is applied under this Article to a product for which a restraint was previously in place under the MFA during the 12-month period prior to the entry into force of the WTO Agreement, or pursuant to the provisions of Article 2 or 6, the level of the new restraint shall be the level provided for in paragraph 8 unless the new restraint comes into force within one year of:

- (a) the date of notification referred to in paragraph 15 of Article 2 for the elimination of the previous restraint; or

- (b) the date of removal of the previous restraint put in place pursuant to the provisions of this Article or of the MFA

in which case the level shall not be less than the higher of (i) the level of restraint for the last 12-month period during which the product was under restraint, or (ii) the level of restraint provided for in paragraph 8.

16. When a Member which is not maintaining a restraint under Article 2 decides to apply a restraint pursuant to the provisions of this Article, it shall establish appropriate arrangements which: (a) take full account of such factors as established tariff classification and quantitative units based on normal commercial practices in export and import transactions, both as regards fibre composition and in terms of competing for the same segment of its domestic market, and (b) avoid over-categorization. The request for consultations referred to in paragraphs 7 or 11 shall include full information on such arrangements.

Article 7

1. As part of the integration process and with reference to the specific commitments undertaken by the Members as a result of the Uruguay Round, all Members shall take such actions as may be necessary to abide by GATT 1994 rules and disciplines so as to:

- (a) achieve improved access to markets for textile and clothing products through such measures as tariff reductions and bindings, reduction or elimination of non-tariff barriers, and facilitation of customs, administrative and licensing formalities;
- (b) ensure the application of policies relating to fair and equitable trading conditions as regards textiles and clothing in such areas as dumping and anti-dumping rules and procedures, subsidies and countervailing measures, and protection of intellectual property rights; and
- (c) avoid discrimination against imports in the textiles and clothing sector when taking measures for general trade policy reasons.

Such actions shall be without prejudice to the rights and obligations of Members under GATT 1994.

2. Members shall notify to the TMB the actions referred to in paragraph 1 which have a bearing on the implementation of this Agreement. To the extent that these have been notified to other WTO bodies, a summary, with reference to the original notification, shall be sufficient to fulfil the requirements under this paragraph. It shall be open to any Member to make reverse notifications to the TMB.

3. Where any Member considers that another Member has not taken the actions referred to in paragraph 1, and that the balance of rights and obligations under this Agreement has been upset, that Member may bring the matter before the relevant WTO bodies and inform the TMB. Any subsequent findings or conclusions by the WTO bodies concerned shall form a part of the TMB's comprehensive report.

Article 8

1. In order to supervise the implementation of this Agreement, to examine all measures taken under this Agreement and their conformity therewith, and to take the actions specifically required of it by this Agreement, the Textiles Monitoring Body ("TMB") is hereby established. The TMB shall consist of a Chairman and 10 members. Its membership shall be balanced and broadly representative of the Members and shall provide for rotation of its members at appropriate intervals. The members shall be appointed by Members designated by the Council for Trade in Goods to serve on the TMB, discharging their function on an *ad personam* basis.
2. The TMB shall develop its own working procedures. It is understood, however, that consensus within the TMB does not require the assent or concurrence of members appointed by Members involved in an unresolved issue under review by the TMB.
3. The TMB shall be considered as a standing body and shall meet as necessary to carry out the functions required of it under this Agreement. It shall rely on notifications and information supplied by the Members under the relevant Articles of this Agreement, supplemented by any additional information or necessary details they may submit or it may decide to seek from them. It may also rely on notifications to and reports from other WTO bodies and from such other sources as it may deem appropriate.
4. Members shall afford to each other adequate opportunity for consultations with respect to any matters affecting the operation of this Agreement.
5. In the absence of any mutually agreed solution in the bilateral consultations provided for in this Agreement, the TMB shall, at the request of either Member, and following a thorough and prompt consideration of the matter, make recommendations to the Members concerned.
6. At the request of any Member, the TMB shall review promptly any particular matter which that Member considers to be detrimental to its interests under this Agreement and where consultations between it and the Member or Members concerned have failed to produce a mutually satisfactory solution. On such matters, the TMB may make such observations as it deems appropriate to the Members concerned and for the purposes of the review provided for in paragraph 11.
7. Before formulating its recommendations or observations, the TMB shall invite participation of such Members as may be directly affected by the matter in question.
8. Whenever the TMB is called upon to make recommendations or findings, it shall do so, preferably within a period of 30 days, unless a different time period is specified in this Agreement. All such recommendations or findings shall be communicated to the Members directly concerned. All such recommendations or findings shall also be communicated to the Council for Trade in Goods for its information.
9. The Members shall endeavour to accept in full the recommendations of the TMB, which shall exercise proper surveillance of the implementation of such recommendations.
10. If a Member considers itself unable to conform with the recommendations of the TMB, it shall provide the TMB with the reasons therefor not later than one month after receipt of such recommendations. Following thorough consideration of the reasons given, the TMB shall issue any further recommendations it considers appropriate forthwith. If, after such further recommendations, the matter remains unresolved, either Member may bring the matter before the Dispute Settlement Body and invoke paragraph 2 of Article XXIII of GATT 1994 and the relevant provisions of the Dispute Settlement Understanding.

11. In order to oversee the implementation of this Agreement, the Council for Trade in Goods shall conduct a major review before the end of each stage of the integration process. To assist in this review, the TMB shall, at least five months before the end of each stage, transmit to the Council for Trade in Goods a comprehensive report on the implementation of this Agreement during the stage under review, in particular in matters with regard to the integration process, the application of the transitional safeguard mechanism, and relating to the application of GATT 1994 rules and disciplines as defined in Articles 2, 3, 6 and 7 respectively. The TMB's comprehensive report may include any recommendation as deemed appropriate by the TMB to the Council for Trade in Goods.

12. In the light of its review the Council for Trade in Goods shall by consensus take such decisions as it deems appropriate to ensure that the balance of rights and obligations embodied in this Agreement is not being impaired. For the resolution of any disputes that may arise with respect to matters referred to in Article 7, the Dispute Settlement Body may authorize, without prejudice to the final date set out under Article 9, an adjustment to paragraph 14 of Article 2, for the stage subsequent to the review, with respect to any Member found not to be complying with its obligations under this Agreement.

Article 9

This Agreement and all restrictions thereunder shall stand terminated on the first day of the 121st month that the WTO Agreement is in effect, on which date the textiles and clothing sector shall be fully integrated into GATT 1994. There shall be no extension of this Agreement.

ANNEX

LIST OF PRODUCTS COVERED BY THIS AGREEMENT

1. This Annex lists textile and clothing products defined by Harmonized Commodity Description and Coding System (HS) codes at the six-digit level.
2. Actions under the safeguard provisions in Article 6 will be taken with respect to particular textile and clothing products and not on the basis of the HS lines *per se*.
3. Actions under the safeguard provisions in Article 6 of this Agreement shall not apply to:
 - (a) developing country Members' exports of handloom fabrics of the cottage industry, or hand-made cottage industry products made of such handloom fabrics, or traditional folklore handicraft textile and clothing products, provided that such products are properly certified under arrangements established between the Members concerned;
 - (b) historically traded textile products which were internationally traded in commercially significant quantities prior to 1982, such as bags, sacks, carpetbacking, cordage, luggage, mats, mattings and carpets typically made from fibres such as jute, coir, sisal, abaca, maguey and henequen;
 - (c) products made of pure silk.

For such products, the provisions of Article XIX of GATT 1994, as interpreted by the Agreement on Safeguards, shall be applicable.

**Products within Section XI (Textiles and Textile Articles) of the
Harmonized Commodity Description and Coding System (HS) Nomenclature**

HS No. Product Description

Ch. 50 Silk

- 5004.00 Silk yarn (other than yarn spun from silk waste) not put up for retail sale
- 5005.00 Yarn spun from silk waste, not put up for retail sale
- 5006.00 Silk yarn&yarn spun from silk waste, put up f retail sale; silk-worm gut
- 5007.10 Woven fabrics of noil silk
- 5007.20 Woven fabrics of silk/silk waste, other than noil silk, 85%/more of such fibres
- 5007.90 Woven fabrics of silk, nes

Ch. 51 Wool, fine/coarse animal hair, horsehair yarn & fabric

- 5105.10 Carded wool
- 5105.21 Combed wool in fragments
- 5105.29 Wool tops and other combed wool, other than combed wool in fragments
- 5105.30 Fine animal hair, carded or combed
- 5106.10 Yarn of carded wool, >=85% by weight of wool, nt put up for retail sale
- 5106.20 Yarn of carded, wool, <85% by weight of wool, not put up for retail sale
- 5107.10 Yarn of combed wool, >=85% by weight of wool, not put up for retail sale
- 5107.20 Yarn of combed wool, <85% by weight of wool, not put up for retail sale
- 5108.10 Yarn of carded fine animal hair, not put up for retail sale
- 5108.20 Yarn of combed fine animal hair, not put up for retail sale
- 5109.10 Yarn of wool/of fine animal hair, >=85% by weight of such fibres, put up
- 5109.90 Yarn of wool/of fine animal hair, <85% by weight of such fibres, put up
- 5110.00 Yarn of coarse animal hair or of horsehair
- 5111.11 Woven fabrics of carded wool/fine animal hair, >=85% by weight, <=300 g/m2
- 5111.19 Woven fabrics of carded wool/fine animal hair, >=85% by weight, >300 g/m2
- 5111.20 Woven fabric of carded wool/fine animal hair, >=85% by wt, mixd w m-m fi
- 5111.30 Woven fabric of carded wool/fine animal hair, >=85% by wt, mixd w m-m fib
- 5111.90 Woven fabrics of carded wool/fine animal hair, >= 85% by weight, nes
- 5112.11 Woven fabric of combed wool/fine animal hair, >=85% by weight, <=200 g/m2
- 5112.19 Woven fabrics of combed wool/fine animal hair, >=85% by weight, >200 g/m2
- 5112.20 Woven fabrics of combed wool/fine animal hair, <85% by wt, mixd w m-m fil
- 5112.30 Woven fabrics of combed wool/fine animal hair, <85% by wt, mixd w m-m fib
- 5112.90 Woven fabrics of combed wool/fine animal hair, <85% by weight, nes
- 5113.00 Woven fabrics of coarse animal hair or of horsehair

Ch. 52 Cotton

- 5204.11 Cotton sewing thread >=85% by weight of cotton, not put up for retail sale
- 5204.19 Cotton sewing thread, <85% by weight of cotton, not put up for retail sale
- 5204.20 Cotton sewing thread, put up for retail sale
- 5205.11 Cotton yarn, >=85%, single, uncombed, >=714.29 dtex, nt put up
- 5205.12 Cotton yarn, >=85%, single, uncombed, 714.29 >dtex >=232.56, not put up
- 5205.13 Cotton yarn, >=85%, single, uncombed, 232.56 >dtex >=192.31, not put up
- 5205.14 Cotton yarn, >=85%, single, uncombed, 192.31 >dtex >=125, not put up
- 5205.15 Cotton yarn, >=85%, single, uncombed, <125 dtex, nt put up f retail sale
- 5205.21 Cotton yarn, >=85%, single, combed, >=714.29, not put up
- 5205.22 Cotton yarn, >=85%, single, combed, 714.29 >dtex >=232.56, not put up
- 5205.23 Cotton yarn, >=85%, single, combed, 232.56 >dtex >=192.31, not put up
- 5205.24 Cotton yarn, >=85%, single, combed, 192.31 >dtex >=125, not put up
- 5205.25 Cotton yarn, >=85%, single, combed, <125 dtex, not put up for retail sale

HS No.	Product Description
5205.31	Cotton yarn, ≥85%, multi, uncombed, ≥714.29 dtex, not put up, nes
5205.32	Cotton yarn, ≥85%, multi, uncombed, 714.29 >dtex ≥232.56, not put up, nes
5205.33	Cotton yarn, ≥85%, multi, uncombed, 232.56 >dtex ≥192.31, not put up, nes
5205.34	Cotton yarn, ≥85%, multi, uncombed, 192.31 >dtex ≥125, nt put up, nes
5205.35	Cotton yarn, ≥85%, multi, uncombed, <125 dtex, not put up, nes
5205.41	Cotton yarn, ≥85%, multiple, combed, ≥714.29 dtex, not put up, nes
5205.42	Cotton yarn, ≥85%, multi, combed, 714.29 >dtex ≥232.56, nt put up, nes
5205.43	Cotton yarn, ≥85%, multi, combed, 232.56 >dtex ≥192.31, nt put up, nes
5205.44	Cotton yarn, ≥85%, multiple, combed, 192.31 >dtex ≥125, not put up, nes
5205.45	Cotton yarn, ≥85%, multiple, combed, <125 dtex, not put up, nes
5206.11	Cotton yarn, <85%, single, uncombed, ≥714.29, not put up
5206.12	Cotton yarn, <85%, single, uncombed, 714.29 >dtex ≥232.56, nt put up
5206.13	Cotton yarn, <85%, single, uncombed, 232.56 >dtex ≥192.31, not put up
5206.14	Cotton yarn, <85%, single, uncombed, 192.31 >dtex ≥125, nt put up
5206.15	Cotton yarn, <85%, single, uncombed, <125 dtex, not put up for retail sale
5206.21	Cotton yarn, <85%, single, combed, ≥714.29 dtex, nt put up
5206.22	Cotton yarn, <85%, single, combed, 714.29 >dtex ≥232.56, not put up
5206.23	Cotton yarn, <85%, single, combed, 232.56 >dtex ≥192.31, not put up
5206.24	Cotton yarn, <85%, single, combed, 192.31 >dtex ≥125, not put up
5206.25	Cotton yarn, <85%, single, combed, <125 dtex, not put up for retail sale
5206.31	Cotton yarn, <85%, multiple, uncombed, ≥714.29, not put up, nes
5206.32	Cotton yarn, <85%, multiple, uncombed, 714.29 >dtex ≥232.56, nt put up, nes
5206.33	Cotton yarn, <85%, multiple, uncombed, 232.56 >dex ≥192.31, nt put up, nes
5206.34	Cotton yarn, <85%, multiple, uncombed, 192.31 >dtex ≥125, nt put up, nes
5206.35	Cotton yarn, <85%, multiple, uncombed, <125 dtex, not put up, nes
5206.41	Cotton yarn, <85%, multiple, combed, ≥714.29, nt put up, nes
5206.42	Cotton yarn, <85%, multiple, combed, 714.29 >dtex ≥232.56, nt put up, nes
5206.43	Cotton yarn, <85%, multiple, combed, 232.56 >dtex ≥192.31, nt put up, nes
5206.44	Cotton yarn, <85%, multiple, combed, 192.31 >dtex ≥125, nt put up, nes
5206.45	Cotton yarn, <85%, multiple, combed, <125 dtex, not put up, nes
5207.10	Cotton yarn (other than sewing thread) ≥85% by weight of cotton, put up
5207.90	Cotton yarn (other than sewg thread) <85% by wt of cotton, put up f retl sale
5208.11	Plain weave cotton fabric, ≥85%, not more than 100 g/m2, unbleached
5208.12	Plain weave cotton fabric, ≥85%, >100 g/m2 to 200 g/m2, unbleached
5208.13	Twill weave cotton fabric, ≥85%, not more than 200 g/m2, unbleached
5208.19	Woven fabrics of cotton, ≥85%, not more than 200 g/m2, unbleached, nes
5208.21	Plain weave cotton fabrics, ≥85%, not more than 100 g/m2, bleached
5208.22	Plain weave cotton fabric, ≥85%, >100 g/m2 to 200 g/m2, bleached
5208.23	Twill weave cotton fabric, ≥85%, not more than 200 g/m2, bleached
5208.29	Woven fabrics of cotton, ≥85%, nt more than 200 g/m2, bleached, nes
5208.31	Plain weave cotton fabric, ≥85%, not more than 100 g/m2, dyed
5208.32	Plain weave cotton fabric, ≥85%, >100g/m= to 200g/m=, dyed
5208.33	Twill weave cotton fabrics, ≥85%, not more than 200 g/m2, dyed
5208.39	Woven fabrics of cotton, ≥85%, not more than 200 g/m2, dyed, nes
5208.41	Plain weave cotton fabric, ≥85%, not more than 100 g/m2, yarn dyed
5208.42	Plain weave cotton fabrics, ≥85%, >100 g/m2 to 200 g/m2, yarn dyed
5208.43	Twill weave cotton fabric, ≥85%, not more than 200 g/m2, yarn dyed
5208.49	Woven fabrics of cotton, ≥85%, nt more than 200 g/m2, yarn dyed, nes
5208.51	Plain weave cotton fabrics, ≥85%, not more than 100 g/m2, printed
5208.52	Plain weave cotton fabric, ≥85%, >100 g/m2 to 200 g/m2, printed
5208.53	Twill weave cotton fabric, ≥85%, not more than 200 g/m2, printed
5208.59	Woven fabrics of cotton, ≥85%, not more than 200 g/m2, printed, nes

HS No.	Product Description
5209.11	Plain weave cotton fabric, ≥85%, more than 200 g/m ² , unbleached
5209.12	Twill weave cotton fabric, ≥85%, more than 200 g/m ² , unbleached
5209.19	Woven fabrics of cotton, ≥85%, more than 200 g/m ² , unbleached, nes
5209.21	Plain weave cotton fabric, ≥85%, more than 200 g/m ² , bleached
5209.22	Twill weave cotton fabrics, ≥85%, more than 200 g/m ² , bleached
5209.29	Woven fabrics of cotton, ≥85%, more than 200 g/m ² , bleached, nes
5209.31	Plain weave cotton fabrics, ≥85%, more than 200 g/m ² , dyed
5209.32	Twill weave cotton fabrics, ≥85%, more than 200 g/m ² , dyed
5209.39	Woven fabrics of cotton, ≥85%, more than 200 g/m ² , dyed, nes
5209.41	Plain weave cotton fabrics, ≥85%, more than 200 g/m ² , yarn dyed
5209.42	Denim fabrics of cotton, ≥85%, more than 200 g/m ²
5209.43	Twill weave cotton fab, other than denim, ≥85%, more than 200 g/m ² , yarn dyed
5209.49	Woven fabrics of cotton, ≥85%, more than 200 g/m ² , yarn dyed, nes
5209.51	Plain weave cotton fabrics, ≥85%, more than 200 g/m ² , printed
5209.52	Twill weave cotton fabrics, ≥85%, more than 200 g/m ² , printed
5209.59	Woven fabrics of cotton, ≥85%, more than 200 g/m ² , printed, nes
5210.11	Plain weave cotton fab, <85% mixd w m-m fib, not more than 200 g/m ² , unbl
5210.12	Twill weave cotton fab, <85% mixd w m-m fib, not more than 200 g/m ² , unbl
5210.19	Woven fab of cotton, <85% mixd with m-m fib, ≤200 g/m ² , unbl, nes
5210.21	Plain weave cotton fab, <85% mixd w m-m fib, not more than 200 g/m ² , bl
5210.22	Twill weave cotton fab, <85% mixd w m-m fib, not more than 200 g/m ² , bl
5210.29	Woven fabrics of cotton, <85% mixd with m-m fib, ≤200 g/m ² , bl, nes
5210.31	Plain weave cotton fab, <85% mixd w m-m fib, not more than 200 g/m ² , dyd
5210.32	Twill weave cotton fab, <85% mixd w m-m fib, not more than 200 g/m ² , dyd
5210.39	Woven fabrics of cotton, <85% mixd with m-m fib, ≤200 g/m ² , dyed, nes
5210.41	Plain weave cotton fab, <85% mixd w m-m fib, nt mor thn 200g/m ² , yarn dyd
5210.42	Twill weave cotton fab, <85% mixd w m-m fib, nt mor thn 200g/m ² , yarn dyd
5210.49	Woven fabrics of cotton, <85% mixed w m-m fib, ≤200g/m ² , yarn dyed, nes
5210.51	Plain weave cotton fab, <85% mixd w m-m fib, nt more thn 200 g/m ² , printd
5210.52	Twill weave cotton fab, <85% mixd w m-m fib, nt more thn 200g/m ² , printd
5210.59	Woven fabrics of cotton, <85% mixed with m-m fib, ≤200g/m ² , printed, nes
5211.11	Plain weave cotton fab, <85% mixd w m-m fib, more thn 200 g/m ² , unbleachd
5211.12	Twill weave cotton fab, <85% mixed with m-m fib, more than 200 g/m ² , unbl
5211.19	Woven fabrics of cotton, <85% mixd w m-m fib, more thn 200g/m ² , unbl, nes
5211.21	Plain weave cotton fab, <85% mixd w m-m fib, more than 200 g/m ² , bleachd
5211.22	Twill weave cotton fab, <85% mixd w m-m fib, more than 200 g/m ² , bleachd
5211.29	Woven fabrics of cotton, <85% mixd w m-m fib, more than 200 g/m ² , bl, nes
5211.31	Plain weave cotton fab, <85% mixed with m-m fib, more than 200 g/m ² , dyed
5211.32	Twill weave cotton fab, <85% mixed with m-m fib, more than 200 g/m ² , dyed
5211.39	Woven fabrics of cotton, <85% mixd w m-m fib, more than 200 g/m ² , dyd, nes
5211.41	Plain weave cotton fab, <85% mixd w m-m fib, more than 200 g/m ² , yarn dyd
5211.42	Denim fabrics of cotton, <85% mixed with m-m fib, more than 200 g/m ²
5211.43	Twill weave cotton fab, other than denim, <85% mixd w m-m fib, >200g/m ² , yarn dyd
5211.49	Woven fabrics of cotton, <85% mixd with m-m fib, >200 g/m ² , yarn dyed, nes
5211.51	Plain weave cotton fab, <85% mixd w m-m fib, more than 200 g/m ² , printd
5211.52	Twill weave cotton fab, <85% mixd w m-m fib, more than 200 g/m ² , printd
5211.59	Woven fabrics of cotton, <85% mixd w m-m fib, mor thn 200g/m ² , printd, nes
5212.11	Woven fabrics of cotton, weighing not more than 200 g/m ² , unbleached, nes
5212.12	Woven fabrics of cotton, weighing not more than 200 g/m ² , bleached, nes
5212.13	Woven fabrics of cotton, weighing not more than 200 g/m ² , dyed, nes
5212.14	Woven fabrics of cotton, ≤200g/m ² , of yarns of different colours, nes
5212.15	Woven fabrics of cotton, weighing not more than 200 g/m ² , printed, nes

HS No. Product Description

5212.21	Woven fabrics of cotton, weighing more than 200 g/m ² , unbleached, nes
5212.22	Woven fabrics of cotton, weighing more than 200 g/m ² , bleached, nes
5212.23	Woven fabrics of cotton, weighing more than 200 g/m ² , dyed, nes
5212.24	Woven fabrics of cotton, >200 g/m ² , of yarns of different colours, nes
5212.25	Woven fabrics of cotton, weighing more than 200 g/m ² , printed, nes

Ch. 53 Other vegetable textile fibres; paper yarn & woven fab

5306.10	Flax yarn, single
5306.20	Flax yarn, multile (folded) or cabled
5307.10	Yarn of jute or of other textile bast fibres, single
5307.20	Yarn of jute or of oth textile bast fibres, multiple (folded) or cabled
5308.20	True hemp yarn
5308.90	Yarn of other vegetable textile fibres
5309.11	Woven fabrics, containg 85% or more by weight of flax, unbleached or bl
5309.19	Woven fabrics, containing 85% or more by weight of flax, other than unbl or bl
5309.21	Woven fabrics of flax, containg <85% by weight of flax, unbleached or bl
5309.29	Woven fabrics of flax, containing <85% by weight of flax, other than unbl or bl
5310.10	Woven fabrics of jute or of other textile bast fibres, unbleached
5310.90	Woven fabrics of jute or of other textile bast fibres, other than unbleached
5311.00	Woven fabrics of oth vegetable textile fibres; woven fab of paper yarn

Ch. 54 Man-made filaments

5401.10	Sewing thread of synthetic filaments
5401.20	Sewing thread of artificial filaments
5402.10	High tenacity yarn (other than sewg thread),nylon/oth polyamides fi, nt put up
5402.20	High tenacity yarn (other than sewg thread),of polyester filaments, not put up
5402.31	Texturd yarn nes, of nylon/oth polyamides fi,<=50tex/s.y.,not put up
5402.32	Texturd yarn nes, of nylon/oth polyamides fi,>50 tex/s.y.,not put up
5402.33	Textured yarn nes, of polyester filaments, not put up for retail sale
5402.39	Textured yarn of synthetic filaments, nes, not put up
5402.41	Yarn of nylon or other polyamides fi, single, untwisted, nes, not put up
5402.42	Yarn of polyester filaments, partially oriented, single, nes, not put up
5402.43	Yarn of polyester filaments, single, untwisted, nes, not put up
5402.49	Yarn of synthetic filaments, single, untwisted, nes, not put up
5402.51	Yarn of nylon or other polyamides fi, single, >50 turns/m, not put up
5402.52	Yarn of polyester filaments, single, >50 turns per metre, not put up
5402.59	Yarn of synthetic filaments, single,>50 turns per metre, nes, not put up
5402.61	Yarn of nylon or other polyamides fi, multiple, nes, not put up
5402.62	Yarn of polyester filaments, multiple, nes, not put up
5402.69	Yarn of synthetic filaments, multiple, nes, not put up
5403.10	High tenacity yarn (other than sewg thread),of viscose rayon filamt, nt put up
5403.20	Textured yarn nes, of artificial filaments, not put up for retail sale
5403.31	Yarn of viscose rayon filaments, single, untwisted, nes, not put up
5403.32	Yarn of viscose rayon filaments, single,>120 turns per m, nes, nt put up
5403.33	Yarn of cellulose acetate filaments, single, nes, not put up
5403.39	Yarn of artificial filaments, single, nes, not put up
5403.41	Yarn of viscose rayon filaments, multiple, nes, not put up
5403.42	Yarn of cellulose acetate filaments, multiple, nes, not put up
5403.49	Yarn of artificial filaments, multiple, nes, not put up
5404.10	Synthetic mono,>=67dtex, no cross sectional dimension exceeds 1 mm
5404.90	Strip&the like of syn tex material of an apparent width nt exceedg 5mm
5405.00	Artificial mono, 67 dtex, cross-sect >1mm; strip of arti tex mat w <=5mm

HS No.	Product Description
5406.10	Yarn of synthetic filament (other than sewing thread), put up for retail sale
5406.20	Yarn of artificial filament (other than sewing thread), put up for retail sale
5407.10	Woven fab of high tenacity fi yarns of nylon oth polyamides/polyesters
5407.20	Woven fab obtained from strip/the like of synthetic textile materials
5407.30	Fabrics specif in Note 9 Section XI (layers of parallel syn tex yarn)
5407.41	Woven fab, >=85% of nylon/other polyamides filaments, unbl or bl, nes
5407.42	Woven fabrics, >=85% of nylon/other polyamides filaments, dyed, nes
5407.43	Woven fab, >=85% of nylon/other polyamides filaments, yarn dyed, nes
5407.44	Woven fabrics, >=85% of nylon/other polyamides filaments, printed, nes
5407.51	Woven fabrics, >=85% of textured polyester filaments, unbl or bl, nes
5407.52	Woven fabrics, >=85% of textured polyester filaments, dyed, nes
5407.53	Woven fabrics, >=85% of textured polyester filaments, yarn dyed, nes
5407.54	Woven fabrics, >=85% of textured polyester filaments, printed, nes
5407.60	Woven fabrics, >=85% of non-textured polyester filaments, nes
5407.71	Woven fab, >=85% of synthetic filaments, unbleached or bleached, nes
5407.72	Woven fabrics, >=85% of synthetic filaments, dyed, nes
5407.73	Woven fabrics, >=85% of synthetic filaments, yarn dyed, nes
5407.74	Woven fabrics, >=85% of synthetic filaments, printed, nes
5407.81	Woven fabrics of synthetic filaments, <85% mixd w cotton, unbl o bl, nes
5407.82	Woven fabrics of synthetic filaments, <85% mixed with cotton, dyed, nes
5407.83	Woven fabrics of synthetic filaments, <85% mixd w cotton, yarn dyd, nes
5407.84	Woven fabrics of synthetic filaments, <85% mixd with cotton, printed, nes
5407.91	Woven fabrics of synthetic filaments, unbleached or bleached, nes
5407.92	Woven fabrics of synthetic filaments, dyed, nes
5407.93	Woven fabrics of synthetic filaments, yarn dyed, nes
5407.94	Woven fabrics of synthetic filaments, printed, nes
5408.10	Woven fabrics of high tenacity filament yarns of viscose rayon
5408.21	Woven fab, >=85% of artificial fi o strip of art tex mat, unbl/bl, nes
5408.22	Woven fab, >=85% of artificial fi or strip of art tex mat, dyed, nes
5408.23	Woven fab, >=85% of artificial fi or strip of art tex mat, y dyed, nes
5408.24	Woven fab, >=85% of artificial fi or strip of art tex mat, printd, nes
5408.31	Woven fabrics of artificial filaments, unbleached or bleached, nes
5408.32	Woven fabrics of artificial filaments, dyed, nes
5408.33	Woven fabrics of artificial filaments, yarn dyed, nes
5408.34	Woven fabrics of artificial filaments, printed, nes
Ch. 55 Man-made staple fibres	
5501.10	Filament tow of nylon or other polyamides
5501.20	Filament tow of polyesters
5501.30	Filament tow of acrylic or modacrylic
5501.90	Synthetic filament tow, nes
5502.00	Artificial filament tow
5503.10	Staple fibres of nylon or other polyamides, not carded or combed
5503.20	Staple fibres of polyesters, not carded or combed
5503.30	Staple fibres of acrylic or modacrylic, not carded or combed
5503.40	Staple fibres of polypropylene, not carded or combed
5503.90	Synthetic staple fibres, not carded or combed, nes
5504.10	Staple fibres of viscose, not carded or combed
5504.90	Artificial staple fibres, other than viscose, not carded or combed
5505.10	Waste of synthetic fibres
5505.20	Waste of artificial fibres
5506.10	Staple fibres of nylon or other polyamides, carded or combed

HS No.	Product Description
5506.20	Staple fibres of polyesters, carded or combed
5506.30	Staple fibres of acrylic or modacrylic, carded or combed
5506.90	Synthetic staple fibres, carded or combed, nes
5507.00	Artificial staple fibres, carded or combed
5508.10	Sewing thread of synthetic staple fibres
5508.20	Sewing thread of artificial staple fibres
5509.11	Yarn, >=85% nylon or other polyamides staple fibres, single, not put up
5509.12	Yarn, >=85% nylon o oth polyamides staple fibres, multi, not put up, nes
5509.21	Yarn, >=85% of polyester staple fibres, single, not put up
5509.22	Yarn, >=85% of polyester staple fibres, multiple, not put up, nes
5509.31	Yarn, >=85% of acrylic or modacrylic staple fibres, single, not put up
5509.32	Yarn, >=85% acrylic/modacrylic staple fibres, multiple, not put up, nes
5509.41	Yarn, >=85% of other synthetic staple fibres, single, not put up
5509.42	Yarn, >=85% of other synthetic staple fibres, multiple, not put up, nes
5509.51	Yarn of polyester staple fibres mixd w/ arti staple fib, not put up, nes
5509.52	Yarn of polyester staple fib mixd w wool/fine animal hair, nt put up, nes
5509.53	Yarn of polyester staple fibres mixed with cotton, not put up, nes
5509.59	Yarn of polyester staple fibres, not put up, nes
5509.61	Yarn of acrylic staple fib mixd w wool/fine animal hair, not put up, nes
5509.62	Yarn of acrylic staple fibres mixed with cotton, not put up, nes
5509.69	Yarn of acrylic staple fibres, not put up, nes
5509.91	Yarn of oth synthetic staple fibres mixed w/wool/fine animal hair, nes
5509.92	Yarn of other synthetic staple fibres mixed with cotton, not put up, nes
5509.99	Yarn of other synthetic staple fibres, not put up, nes
5510.11	Yarn, >=85% of artificial staple fibres, single, not put up
5510.12	Yarn, >=85% of artificial staple fibres, multiple, not put up, nes
5510.20	Yarn of artifical staple fib mixd w wool/fine animal hair, not put up, nes
5510.30	Yarn of artificial staple fibres mixed with cotton, not put up, nes
5510.90	Yarn of artificial staple fibres, not put up, nes
5511.10	Yarn, >=85% of synthetic staple fibres, other than sewing thread, put up
5511.20	Yarn, <85% of synthetic staple fibres, put up for retail sale, nes
5511.30	Yarn of artificial fibres (other than sewing thread), put up for retail sale
5512.11	Woven fabrics, containing >=85% of polyester staple fibres, unbl or bl
5512.19	Woven fabrics, containg >=85% of polyester staple fibres, other than unbl or bl
5512.21	Woven fabrics, containg >=85% of acrylic staple fibres, unbleached or bl
5512.29	Woven fabrics, containing >=85% of acrylic staple fibres, other than unbl or bl
5512.91	Woven fabrics, containing >=85% of oth synthetic staple fibres, unbl/bl
5512.99	Woven fabrics, containg >=85% of other synthetic staple fib, other than unbl/bl
5513.11	Plain weave polyest stapl fib fab, <85%, mixd w/cottn, <=170g/m2, unbl/bl
5513.12	Twill weave polyest stapl fib fab, <85%, mixd w/cottn, <=170g/m2, unbl/bl
5513.13	Woven fab of polyest staple fib, <85% mixd w/cot, <=170g/m2, unbl/bl, nes
5513.19	Woven fabrics of oth syn staple fib, <85%, mixd w/cot, <=170g/m2, unbl/bl
5513.21	Plain weave polyester staple fib fab, <85%, mixd w/cotton, <=170g/m2, dyd
5513.22	Twill weave polyest staple fib fab, <85%, mixd w/cotton, <=170g/m2, dyd
5513.23	Woven fab of polyester staple fib, <85%, mixd w/cot, <=170 g/m2, dyd, nes
5513.29	Woven fabrics of oth syn staple fib, <85% mixd w/cotton, <=170g/m2, dyed
5513.31	Plain weave polyest stapl fib fab, <85% mixd w/cot, <=170g/m2, yarn dyd
5513.32	Twill weave polyest stapl fib fab, <85% mixd w/cot, <=170g/m2, yarn dyd
5513.33	Woven fab of polyest staple fib, <85% mixd w/cot, <=170 g/m2, dyd nes
5513.39	Woven fab of oth syn staple fib, <85% mixd w/cot, <=170g/m2, yarn dyd
5513.41	Plain weave polyester stapl fib fab, <85%, mixd w/cot, <=170g/m2, printd
5513.42	Twill weave polyest staple fib fab, <85%, mixd w/cot, <=170g/m2, printd

HS No.	Product Description
5513.43	Woven fab of polyester staple fib, <85%, mixd w/cot, <=170g/m2, ptd, nes
5513.49	Woven fab of oth syn staple fib, <85%, mixed w/cot, <=170g/m2, printed
5514.11	Plain weave polyest staple fib fab, <85%, mixd w/cotton, >170g/m2, unbl/bl
5514.12	Twill weave polyest stapl fib fab, <85%, mixd w/cotton, >170g/m2, unbl/bl
5514.13	Woven fab of polyester staple fib, <85% mixd w/cot, >170g/m2, unbl/bl, nes
5514.19	Woven fabrics of oth syn staple fib, <85%, mixed w/cot, >170 g/m2, unbl/bl
5514.21	Plain weave polyester staple fibre fab, <85%, mixd w/cotton, >170g/m2, dyd
5514.22	Twill weave polyester staple fibre fab, <85%, mixd w/cotton, >170g/m2, dyd
5514.23	Woven fabrics of polyester staple fib, <85%, mixed w/cot, >170 g/m2, dyed
5514.29	Woven fabrics of oth synthetic staple fib, <85%, mixd w/cot, >170g/m2, dyd
5514.31	Plain weave polyester staple fib fab, <85% mixd w/cot, >170g/m2, yarn dyd
5514.32	Twill weave polyester staple fib fab, <85% mixd w/cot, >170g/m2, yarn dyd
5514.33	Woven fab of polyester stapl fib, <85% mixd w/cot, >170g/m2, yarn dyd nes
5514.39	Woven fabrics of oth syn staple fib, <85% mixd w/cot, >170 g/m2, yarn dyd
5514.41	Plain weave polyester staple fibre fab, <85%, mixd w/cot, >170g/m2, printd
5514.42	Twill weave polyester staple fibre fab, <85%, mixd w/cot, >170g/m2, printd
5514.43	Woven fab of polyester staple fibres <85%, mixd w/cot, >170g/m2, ptd, nes
5514.49	Woven fabrics of oth syn staple fib, <85%, mixed w/cot, >170 g/m2, printed
5515.11	Woven fab of polyester staple fib mixd w viscose rayon staple fib, nes
5515.12	Woven fabrics of polyester staple fibres mixd w man-made filaments, nes
5515.13	Woven fab of polyester staple fibres mixd w/wool/fine animal hair, nes
5515.19	Woven fabrics of polyester staple fibres, nes
5515.21	Woven fabrics of acrylic staple fibres, mixd w man-made filaments, nes
5515.22	Woven fab of acrylic staple fibres, mixd w/wool/fine animal hair, nes
5515.29	Woven fabrics of acrylic or modacrylic staple fibres, nes
5515.91	Woven fabrics of oth syn staple fib, mixed with man-made filaments, nes
5515.92	Woven fabrics of oth syn staple fib, mixd w/wool o fine animal hair, nes
5515.99	Woven fabrics of synthetic staple fibres, nes
5516.11	Woven fabrics, containg >=85% of artificial staple fibres, unbleached/bl
5516.12	Woven fabrics, containing >=85% of artificial staple fibres, dyed
5516.13	Woven fabrics, containing >=85% of artificial staple fib, yarn dyed
5516.14	Woven fabrics, containing >=85% of artificial staple fibres, printed
5516.21	Woven fabrics of artificial staple fib, <85%, mixd w man-made fi, unbl/bl
5516.22	Woven fabrics of artificial staple fib, <85%, mixd with man-made fi, dyd
5516.23	Woven fabrics of artificial staple fib, <85%, mixd with m-m fi, yarn dyd
5516.24	Woven fabrics of artificial staple fib, <85%, mixd w man-made fi, printd
5516.31	Woven fab of arti staple fib, <85% mixd w/wool/fine animal hair, unbl/bl
5516.32	Woven fabrics of arti staple fib, <85% mixd w/wool/fine animal hair, dyd
5516.33	Woven fab of arti staple fib, <85% mixd w/wool/fine animal hair, yarn dyd
5516.34	Woven fab of arti staple fib, <85% mixd w/wool/fine animal hair, printd
5516.41	Woven fabrics of artificial staple fib, <85% mixd with cotton, unbl o bl
5516.42	Woven fabrics of artificial staple fib, <85% mixed with cotton, dyed
5516.43	Woven fabrics of artificial staple fib, <85% mixed with cotton, yarn dyd
5516.44	Woven fabrics of artificial staple fib, <85% mixed with cotton, printed
5516.91	Woven fabrics of artificial staple fibres, unbleached or bleached, nes
5516.92	Woven fabrics of artificial staple fibres, dyed, nes
5516.93	Woven fabrics of artificial staple fibres, yarn dyed, nes
5516.94	Woven fabrics of artificial staple fibres, printed, nes
Ch. 56	Wadding, felt & nonwoven; yarns; twine, cordage, etc.
5601.10	Sanitary articles of waddg of textile mat i.e. sanitary towels, tampons
5601.21	Wadding of cotton and articles thereof, other than sanitary articles

HS No. Product Description

5601.22	Wadding of man-made fibres and articles thereof, other than sanitary articles
5601.29	Wadding of other textile materials and articles thereof, other than sanitary articles
5601.30	Textile flock and dust and mill neps
5602.10	Needleloom felt and stitch-bonded fibre fabrics
5602.21	Felt other than needleloom, of wool or fine animal hair, not impregnated, coated, covered etc
5602.29	Felt other than needleloom, of other textile materials, not impregnated, coated, covered etc
5602.90	Felt of textile materials, nes
5603.00	Nonwovens, whether or not impregnated, coated, covered or laminated
5604.10	Rubber thread and cord, textile covered
5604.20	High tenacity yarn of polyester, nylon or polyamide, viscose rayon, etc
5604.90	Textile yarn, strips and the like, impregnated/coated with rubber or plastics, nes
5605.00	Metallic yarn, being textile yarn combined with metal thread, strip/powder
5606.00	Knitted yarn; chenille yarn; loop wale-yarn
5607.10	Twine, cordage, ropes and cables, of jute or other textile bast fibres
5607.21	Binder or baler twine, of sisal or other textile fibres of the genus Agave
5607.29	Twine, cordage, ropes and cables, of sisal textile fibres
5607.30	Twine, cordage, ropes and cables, of abaca or other hard (leaf) fibres
5607.41	Binder or baler twine, of polyethylene or polypropylene
5607.49	Twine, cordage, ropes and cables, of polyethylene or polypropylene
5607.50	Twine, cordage, ropes and cables, of other synthetic fibres
5607.90	Twine, cordage, ropes and cables, of other materials
5608.11	Made up fishing nets, of man-made textile materials
5608.19	Knitted netting of twine/cordage/rope, and other made up nets of man-made textile material
5608.90	Knitted netting of twine/cordage/rope, nes, and made up nets of other textile material
5609.00	Articles of yarn, strip, twine, cordage, rope and cables, nes

Ch. 57 Carpets and other textile floor coverings

5701.10	Carpets of wool or fine animal hair, knotted
5701.90	Carpets of other textile materials, knotted
5702.10	Kelem, Schumacks, Karamanie and similar textile hand-woven rugs
5702.20	Floor coverings of coconut fibres (coir)
5702.31	Carpets of wool/fine animal hair, of woven pile construction, not made up, nes
5702.32	Carpets of man-made textile material, of woven pile construction, not made up, nes
5702.39	Carpets of other textile material, of woven pile construction, not made up, nes
5702.41	Carpets of wool/fine animal hair, of woven pile construction, made up, nes
5702.42	Carpets of man-made textile material, of woven pile construction, made up, nes
5702.49	Carpets of other textile materials, of woven pile construction, made up, nes
5702.51	Carpets of wool or fine animal hair, woven, not made up, nes
5702.52	Carpets of man-made textile materials, woven, not made up, nes
5702.59	Carpets of other textile materials, woven, not made up, nes
5702.91	Carpets of wool or fine animal hair, woven, made up, nes
5702.92	Carpets of man-made textile materials, woven, made up, nes
5702.99	Carpets of other textile materials, woven, made up, nes
5703.10	Carpets of wool or fine animal hair, tufted
5703.20	Carpets of nylon or other polyamides, tufted
5703.30	Carpets of other man-made textile materials, tufted
5703.90	Carpets of other textile materials, tufted
5704.10	Tiles of felt of textile materials, having a max surface area of 0.3 m ²
5704.90	Carpets of felt of textile materials, nes
5705.00	Carpets and other textile floor coverings, nes

- Ch. 58 Special woven fab; tufted tex fab; lace; tapestries etc.**
- 5801.10 Woven pile fabrics of wool/fine animal hair, other than terry&narrow fabrics
 - 5801.21 Woven uncut weft pile fabrics of cotton, other than terry and narrow fabrics
 - 5801.22 Cut corduroy fabrics of cotton, other than narrow fabrics
 - 5801.23 Woven weft pile fabrics of cotton, nes
 - 5801.24 Woven warp pile fab of cotton, pingl (uncut),other than terry&narrow fab
 - 5801.25 Woven warp pile fabrics of cotton, cut, other than terry and narrow fabrics
 - 5801.26 Chenille fabrics of cotton, other than narrow fabrics
 - 5801.31 Woven uncut weft pile fabrics of manmade fibres, other than terry&narrow fab.
 - 5801.32 Cut corduroy fabrics of man-made fibres, other than narrow fabrics
 - 5801.33 Woven weft pile fabrics of man-made fibres, nes
 - 5801.34 Woven warp pile fab of man-made fib, pingl (uncut),other than terry&nar fab
 - 5801.35 Woven warp pile fabrics of man-made fib, cut, other than terry & narrow fabrics
 - 5801.36 Chenille fabrics of man-made fibres, other than narrow fabrics
 - 5801.90 Woven pile fab&chenille fab of other tex mat, other than terry&narrow fabrics
 - 5802.11 Terry towelg & similar woven terry fab of cotton, other than narrow fab, unbl
 - 5802.19 Terry towelg&similar woven terry fab of cotton, other than unbl&other than nar fab
 - 5802.20 Terry towelg&sim woven terry fab of oth tex mat, other than narrow fabrics
 - 5802.30 Tufted textile fabrics, other than products of heading No 57.03
 - 5803.10 Gauze of cotton, other than narrow fabrics
 - 5803.90 Gauze of other textile material, other than narrow fabrics
 - 5804.10 Tulles & other net fabrics, not incl woven, knitted or crocheted fabrics
 - 5804.21 Mechanically made lace of man-made fib, in the piece, in strips/motifs
 - 5804.29 Mechanically made lace of oth tex mat, in the piece, in strips/in motifs
 - 5804.30 Hand-made lace, in the piece, in strips or in motifs
 - 5805.00 Hand-woven tapestries&needle-worked tapestries, whether or not made up
 - 5806.10 Narrow woven pile fabrics and narrow chenille fabrics
 - 5806.20 Narrow woven fab, cntg by wt>=5% elastomeric yarn/rubber thread nes
 - 5806.31 Narrow woven fabrics of cotton, nes
 - 5806.32 Narrow woven fabrics of man-made fibres, nes
 - 5806.39 Narrow woven fabrics of other textile materials, nes
 - 5806.40 Fabrics consisting of warp w/o weft assembled by means of an adhesive
 - 5807.10 Labels, badges and similar woven articles of textile materials
 - 5807.90 Labels, badges and similar articles, not woven, of textile materials, nes
 - 5808.10 Braids in the piece
 - 5808.90 Ornamental trimmings in the piece, other than knit; tassels, pompons&similar art
 - 5809.00 Woven fabrics of metal thread/of metallisd yarn, for apparel, etc, nes
 - 5810.10 Embroidery without visible ground, in the piece, in strips or in motifs
 - 5810.91 Embroidery of cotton, in the piece, in strips or in motifs, nes
 - 5810.92 Embroidery of man-made fibres, in the piece, in strips or in motifs, nes
 - 5810.99 Embroidery of oth textile materials, in the piece, in strips/motifs, nes
 - 5811.00 Quilted textile products in the piece

Ch. 59 Impregnated, coated, cover/laminated textile fabric etc.

- 5901.10 Textile fabrics coated with gum, of a kind used for outer covers of books
- 5901.90 Tracing cloth; prepared painting canvas; stiffened textile fabric; for hats etc
- 5902.10 Tire cord fabric made of nylon or other polyamides high tenacity yarns
- 5902.20 Tire cord fabric made of polyester high tenacity yarns
- 5902.90 Tire cord fabric made of viscose rayon high tenacity yarns
- 5903.10 Textile fabric impregnated, coated, covered, or laminated with polyvinyl chloride, nes
- 5903.20 Textile fabrics impregnated, coated, covered, or laminated with polyurethane, nes
- 5903.90 Textile fabrics impregnated, coated, covered, or laminated with plastics, nes
- 5904.10 Linoleum, whether or not cut to shape
- 5904.91 Floor coverings, other than linoleum, with a base of needleloom felt/nonwovens
- 5904.92 Floor coverings, other than linoleum, with other textile base
- 5905.00 Textile wall coverings
- 5906.10 Rubberised textile adhesive tape of a width not exceeding 20 cm
- 5906.91 Rubberised textile knitted or crocheted fabrics, nes
- 5906.99 Rubberised textile fabrics, nes
- 5907.00 Textile fabric impregnated, coated, covered, nes; painting canvas (e.g. theatrical scenery)
- 5908.00 Textile wicks for lamps, stoves, etc; gas mantles & knitted gas mantle fabric
- 5909.00 Textile hose-piping and similar textile tubing
- 5910.00 Transmission or conveyor belts or belting of textile material
- 5911.10 Textile fabrics used for card clothing, and similar fabric for technical uses
- 5911.20 Textile bolting cloth, whether or not made up
- 5911.31 Textile fabrics used in paper-making or similar machines, <650 g/m²
- 5911.32 Textile fabrics used in paper-making or similar machines, weighing ≥650 g/m²
- 5911.40 Textile straining cloth used in oil presses or the like, including human hair
- 5911.90 Textile products and articles for technical uses, nes

Ch. 60 Knitted or crocheted fabrics

- 6001.10 Long pile knitted or crocheted textile fabrics
- 6001.21 Looped pile knitted or crocheted fabrics, of cotton
- 6001.22 Looped pile knitted or crocheted fabrics, of man-made fibres
- 6001.29 Looped pile knitted or crocheted fabrics, of other textile materials
- 6001.91 Pile knitted or crocheted fabrics, of cotton, nes
- 6001.92 Pile knitted or crocheted fabrics, of man-made fibres, nes
- 6001.99 Pile knitted or crocheted fabrics, of other textile materials, nes
- 6002.10 Knitted or crocheted textile fabric, width ≤30 cm, ≥5% of elastomeric/rubber, nes
- 6002.20 Knitted or crocheted textile fabrics, of a width not exceeding 30 cm, nes
- 6002.30 Knitted/crocheted textile fabric, width > 30 cm, ≥5% of elastomeric/rubber, nes
- 6002.41 Warp knitted fabrics, of wool or fine animal hair, nes
- 6002.42 Warp knitted fabrics, of cotton, nes
- 6002.43 Warp knitted fabrics, of man-made fibres, nes
- 6002.49 Warp knitted fabrics, of other materials, nes
- 6002.91 Knitted or crocheted fabrics, of wool or of fine animal hair, nes
- 6002.92 Knitted or crocheted fabrics, of cotton, nes
- 6002.93 Knitted or crocheted fabrics, of man-made fibres, nes
- 6002.99 Knitted or crocheted fabrics, of other materials, nes

Ch. 61 Art of apparel & clothing accessories, knitted or crocheted

- 6101.10 Mens/boys overcoats, anoraks etc, of wool or fine animal hair, knitted
- 6101.20 Mens/boys overcoats, anoraks etc, of cotton, knitted
- 6101.30 Mens/boys overcoats, anoraks etc, of man-made fibres, knitted
- 6101.90 Mens/boys overcoats, anoraks etc, of other textile materials, knitted
- 6102.10 Womens/girls overcoats, anoraks etc, of wool or fine animal hair, knitted

- 6102.20 Womens/girls overcoats, anoraks etc, of cotton, knitted
- 6102.30 Womens/girls overcoats, anoraks etc, of man-made fibres, knitted
- 6102.90 Womens/girls overcoats, anoraks etc, of other textile materials, knitted
- 6103.11 Mens/boys suits, of wool or fine animal hair, knitted
- 6103.12 Mens/boys suits, of synthetic fibres, knitted
- 6103.19 Mens/boys suits, of other textile materials, knitted
- 6103.21 Mens/boys ensembles, of wool or fine animal hair, knitted
- 6103.22 Mens/boys ensembles, of cotton, knitted
- 6103.23 Mens/boys ensembles, of synthetic fibres, knitted
- 6103.29 Mens/boys ensembles, of other textile materials, knitted
- 6103.31 Mens/boys jackets and blazers, of wool or fine animal hair, knitted
- 6103.32 Mens/boys jackets and blazers, of cotton, knitted
- 6103.33 Mens/boys jackets and blazers, of synthetic fibres, knitted
- 6103.39 Mens/boys jackets and blazers, of other textile materials, knitted
- 6103.41 Mens/boys trousers and shorts, of wool or fine animal hair, knitted
- 6103.42 Mens/boys trousers and shorts, of cotton, knitted
- 6103.43 Mens/boys trousers and shorts, of synthetic fibres, knitted
- 6103.49 Mens/boys trousers and shorts, of other textile materials, knitted
- 6104.11 Womens/girls suits, of wool or fine animal hair, knitted
- 6104.12 Womens/girls suits, of cotton, knitted
- 6104.13 Womens/girls suits, of synthetic fibres, knitted
- 6104.19 Womens/girls suits, of other textile materials, knitted
- 6104.21 Womens/girls ensembles, of wool or fine animal hair, knitted
- 6104.22 Womens/girls ensembles, of cotton, knitted
- 6104.23 Womens/girls ensembles, of synthetic fibres, knitted
- 6104.29 Womens/girls ensembles, of other textile materials, knitted
- 6104.31 Womens/girls jackets, of wool or fine animal hair, knitted
- 6104.32 Womens/girls jackets, of cotton, knitted
- 6104.33 Womens/girls jackets, of synthetic fibres, knitted
- 6104.39 Womens/girls jackets, of other textile materials, knitted
- 6104.41 Womens/girls dresses, of wool or fine animal hair, knitted
- 6104.42 Womens/girls dresses, of cotton, knitted
- 6104.43 Womens/girls dresses, of synthetic fibres, knitted
- 6104.44 Womens/girls dresses, of artificial fibres, knitted
- 6104.49 Womens/girls dresses, of other textile materials, knitted
- 6104.51 Womens/girls skirts, of wool or fine animal hair, knitted
- 6104.52 Womens/girls skirts, of cotton, knitted
- 6104.53 Womens/girls skirts, of synthetic fibres, knitted
- 6104.59 Womens/girls skirts, of other textile materials, knitted
- 6104.61 Womens/girls trousers and shorts, of wool or fine animal hair, knitted
- 6104.62 Womens/girls trousers and shorts, of cotton, knitted
- 6104.63 Womens/girls trousers and shorts, of synthetic fibres, knitted
- 6104.69 Womens/girls trousers and shorts, of other textile materials, knitted
- 6105.10 Mens/boys shirts, of cotton, knitted
- 6105.20 Mens/boys shirts, of man-made fibres, knitted
- 6105.90 Mens/boys shirts, of other textile materials, knitted
- 6106.10 Womens/girls blouses and shirts, of cotton, knitted
- 6106.20 Womens/girls blouses and shirts, of man-made fibres, knitted
- 6106.90 Womens/girls blouses and shirts, of other materials, knitted
- 6107.11 Mens/boys underpants and briefs, of cotton, knitted
- 6107.12 Mens/boys underpants and briefs, of man-made fibres, knitted
- 6107.19 Mens/boys underpants and briefs, of other textile materials, knitted
- 6107.21 Mens/boys nightshirts and pyjamas, of cotton, knitted
- 6107.22 Mens/boys nightshirts and pyjamas, of man-made fibres, knitted

- 6107.29 Mens/boys nightshirts and pyjamas, of other textile materials, knitted
- 6107.91 Mens/boys bathrobes, dressing gowns etc of cotton, knitted
- 6107.92 Mens/boys bathrobes, dressing gowns, etc of man-made fibres, knitted
- 6107.99 Mens/boys bathrobes, dressg gowns, etc of oth textile materials, knitted
- 6108.11 Womens/girls slips and petticoats, of man-made fibres, knitted
- 6108.19 Womens/girls slips and petticoats, of other textile materials, knitted
- 6108.21 Womens/girls briefs and panties, of cotton, knitted
- 6108.22 Womens/girls briefs and panties, of man-made fibres, knitted
- 6108.29 Womens/girls briefs and panties, of other textile materials, knitted
- 6108.31 Womens/girls nightdresses and pyjamas, of cotton, knitted
- 6108.32 Womens/girls nightdresses and pyjamas, of man-made fibres, knitted
- 6108.39 Womens/girls nightdresses & pyjamas, of other textile materials, knitted
- 6108.91 Womens/girls bathrobes, dressing gowns, etc, of cotton, knitted
- 6108.92 Womens/girls bathrobes, dressing gowns, etc, of man-made fibres, knitted
- 6108.99 Women/girls bathrobes, dressg gowns, etc, of oth textile materials, knitted
- 6109.10 T-shirts, singlets and other vests, of cotton, knitted
- 6109.90 T-shirts, singlets and other vests, of other textile materials, knitted
- 6110.10 Pullovers, cardigans&similar article of wool or fine animal hair, knitted
- 6110.20 Pullovers, cardigans and similar articles of cotton, knitted
- 6110.30 Pullovers, cardigans and similar articles of man-made fibres, knitted
- 6110.90 Pullovers, cardigans&similar articles of oth textile materials, knitted
- 6111.10 Babies garments&clothg accessories of wool or fine animal hair, knitted
- 6111.20 Babies garments and clothing accessories of cotton, knitted
- 6111.30 Babies garments and clothing accessories of synthetic fibres, knitted
- 6111.90 Babies garments&clothg accessories of other textile materials, knitted
- 6112.11 Track suits, of cotton, knitted
- 6112.12 Track suits, of synthetic fibres, knitted
- 6112.19 Track suits, of other textile materials, knitted
- 6112.20 Ski suits, of textile materials, knitted
- 6112.31 Mens/boys swimwear, of synthetic fibres, knitted
- 6112.39 Mens/boys swimwear, of other textile materials, knitted
- 6112.41 Womens/girls swimwear, of synthetic fibres, knitted
- 6112.49 Womens/girls swimwear, of other textile materials, knitted
- 6113.00 Garments made up of impreg, coatd, coverd or laminatd textile knitted fab
- 6114.10 Garments nes, of wool or fine animal hair, knitted
- 6114.20 Garments nes, of cotton, knitted
- 6114.30 Garments nes, of man-made fibres, knitted
- 6114.90 Garments nes, of other textile materials, knitted
- 6115.11 Panty hose&tights, of synthetic fibre yarns <67 dtex/single yarn knitted
- 6115.12 Panty hose&tights, of synthetic fib yarns >=67 dtex/single yarn knitted
- 6115.19 Panty hose and tights, of other textile materials, knitted
- 6115.20 Women full-l/knee-l hosiery, of textile yarn<67 dtex/single yarn knitted
- 6115.91 Hosiery nes, of wool or fine animal hair, knitted
- 6115.92 Hosiery nes, of cotton, knitted
- 6115.93 Hosiery nes, of synthetic fibres, knitted
- 6115.99 Hosiery nes, of other textile materials, knitted
- 6116.10 Gloves impregnated, coated or covered with plastics or rubber, knitted
- 6116.91 Gloves, mittens and mitts, nes, of wool or fine animal hair, knitted
- 6116.92 Gloves, mittens and mitts, nes, of cotton, knitted
- 6116.93 Gloves, mittens and mitts, nes, of synthetic fibres, knitted
- 6116.99 Gloves, mittens and mitts, nes, of other textile materials, knitted
- 6117.10 Shawls, scarves, veils and the like, of textile materials, knitted
- 6117.20 Ties, bow ties and cravats, of textile materials, knitted
- 6117.80 Clothing accessories nes, of textile materials, knitted

6117.90 Parts of garments/of clothg accessories, of textile materials, knittd

Ch. 62 Art of apparel & clothing access, not knitted/crocheted

- 6201.11 Mens/boys overcoats&similar articles of wool/fine animal hair, not knit
- 6201.12 Mens/boys overcoats and similar articles of cotton, not knitted
- 6201.13 Mens/boys overcoats & similar articles of man-made fibres, not knitted
- 6201.19 Mens/boys overcoats&sim articles of oth textile materials, not knittd
- 6201.91 Mens/boys anoraks&similar articles, of wool/fine animal hair, not knittd
- 6201.92 Mens/boys anoraks and similar articles, of cotton, not knitted
- 6201.93 Mens/boys anoraks and similar articles, of man-made fibres, not knitted
- 6201.99 Mens/boys anoraks&similar articles, of oth textile materials, not knittd
- 6202.11 Womens/girls overcoats&sim articles of wool/fine animal hair nt knit
- 6202.12 Womens/girls overcoats and similar articles of cotton, not knitted
- 6202.13 Womens/girls overcoats&sim articles of man-made fibres, not knittd
- 6202.19 Womens/girls overcoats&similar articles of other textile mat, not knit
- 6202.91 Womens/girls anoraks&similar article of wool/fine animal hair, not knit
- 6202.92 Womens/girls anoraks and similar article of cotton, not knitted
- 6202.93 Womens/girls anoraks & similar article of man-made fibres, not knitted
- 6202.99 Womens/girls anoraks&similar article of oth textile materials, not knit
- 6203.11 Mens/boys suits, of wool or fine animal hair, not knitted
- 6203.12 Mens/boys suits, of synthetic fibres, not knitted
- 6203.19 Mens/boys suits, of other textile materials, not knitted
- 6203.21 Mens/boys ensembles, of wool or fine animal hair, not knitted
- 6203.22 Mens/boys ensembles, of cotton, not knitted
- 6203.23 Mens/boys ensembles, of synthetic fibres, not knitted
- 6203.29 Mens/boys ensembles, of other textile materials, not knitted
- 6203.31 Mens/boys jackets and blazers, of wool or fine animal hair, not knitted
- 6203.32 Mens/boys jackets and blazers, of cotton, not knitted
- 6203.33 Mens/boys jackets and blazers, of synthetic fibres, not knitted
- 6203.39 Mens/boys jackets and blazers, of other textile materials, not knitted
- 6203.41 Mens/boys trousers and shorts, of wool or fine animal hair, not knitted
- 6203.42 Mens/boys trousers and shorts, of cotton, not knitted
- 6203.43 Mens/boys trousers and shorts, of synthetic fibres, not knitted
- 6203.49 Mens/boys trousers and shorts, of other textile materials, not knitted
- 6204.11 Womens/girls suits, of wool or fine animal hair, not knitted
- 6204.12 Womens/girls suits, of cotton, not knitted
- 6204.13 Womens/girls suits, of synthetic fibres, not knitted
- 6204.19 Womens/girls suits, of other textile materials, not knitted
- 6204.21 Womens/girls ensembles, of wool or fine animal hair, not knitted
- 6204.22 Womens/girls ensembles, of cotton, not knitted
- 6204.23 Womens/girls ensembles, of synthetic fibres, not knitted
- 6204.29 Womens/girls ensembles, of other textile materials, not knitted
- 6204.31 Womens/girls jackets, of wool or fine animal hair, not knitted
- 6204.32 Womens/girls jackets, of cotton, not knitted
- 6204.33 Womens/girls jackets, of synthetic fibres, not knitted
- 6204.39 Womens/girls jackets, of other textile materials, not knitted
- 6204.41 Womens/girls dresses, of wool or fine animal hair, not knitted
- 6204.42 Womens/girls dresses, of cotton, not knitted
- 6204.43 Womens/girls dresses, of synthetic fibres, not knitted
- 6204.44 Womens/girls dresses, of artificial fibres, not knitted
- 6204.49 Womens/girls dresses, of other textile materials, not knitted
- 6204.51 Womens/girls skirts, of wool or fine animal hair, not knitted
- 6204.52 Womens/girls skirts, of cotton, not knitted
- 6204.53 Womens/girls skirts, of synthetic fibres, not knitted

- 6204.59 Womens/girls skirts, of other textile materials, not knitted
- 6204.61 Womens/girls trousers & shorts, of wool or fine animal hair, not knitted
- 6204.62 Womens/girls trousers and shorts, of cotton, not knitted
- 6204.63 Womens/girls trousers and shorts, of synthetic fibres, not knitted
- 6204.69 Womens/girls trousers & shorts, of other textile materials, not knitted
- 6205.10 Mens/boys shirts, of wool or fine animal hair, not knitted
- 6205.20 Mens/boys shirts, of cotton, not knitted
- 6205.30 Mens/boys shirts, of man-made fibres, not knitted
- 6205.90 Mens/boys shirts, of other textile materials, not knitted
- 6206.10 Womens/girls blouses and shirts, of silk or silk waste, not knitted
- 6206.20 Womens/girls blouses & shirts, of wool or fine animal hair, not knitted
- 6206.30 Womens/girls blouses and shirts, of cotton, not knitted
- 6206.40 Womens/girls blouses and shirts, of man-made fibres, not knitted
- 6206.90 Womens/girls blouses and shirts, of other textile materials, not knitted
- 6207.11 Mens/boys underpants and briefs, of cotton, not knitted
- 6207.19 Mens/boys underpants and briefs, of other textile materials, not knitted
- 6207.21 Mens/boys nightshirts and pyjamas, of cotton, not knitted
- 6207.22 Mens/boys nightshirts and pyjamas, of man-made fibres, not knitted
- 6207.29 Mens/boys nightshirts & pyjamas, of other textile materials, not knitted
- 6207.91 Mens/boys bathrobes, dressing gowns, etc of cotton, not knitted
- 6207.92 Mens/boys bathrobes, dressing gowns, etc of man-made fibres, not knitted
- 6207.99 Mens/boys bathrobes, dressg gowns, etc of oth textile materials, not knit
- 6208.11 Womens/girls slips and petticoats, of man-made fibres, not knitted
- 6208.19 Womens/girls slips & petticoats, of other textile materials, not knitted
- 6208.21 Womens/girls nightdresses and pyjamas, of cotton, not knitted
- 6208.22 Womens/girls nightdresses and pyjamas, of man-made fibres, not knitted
- 6208.29 Womens/girls nightdresses&pyjamas, of oth textile materials, not knitted
- 6208.91 Womens/girls panties, bathrobes, etc, of cotton, not knitted
- 6208.92 Womens/girls panties, bathrobes, etc, of man-made fibres, not knitted
- 6208.99 Womens/girls panties, bathrobes, etc, of oth textile materials, not knittd
- 6209.10 Babies garments&clothg accessories of wool o fine animal hair, not knit
- 6209.20 Babies garments and clothing accessories of cotton, not knitted
- 6209.30 Babies garments & clothing accessories of synthetic fibres, not knitted
- 6209.90 Babies garments&clothg accessories of oth textile materials, not knittd
- 6210.10 Garments made up of textile felts and of nonwoven textile fabrics
- 6210.20 Mens/boys overcoats&similar articles of impreg, ctd, cov etc, tex wov fab
- 6210.30 Womens/girls overcoats&sim articles, of impreg, ctd, etc, tex wov fab
- 6210.40 Mens/boys garments nes, made up of impreg, ctd, cov, etc, textile woven fab
- 6210.50 Womens/girls garments nes, of impregnatd, ctd, cov, etc, textile woven fab
- 6211.11 Mens/boys swimwear, of textile materials not knitted
- 6211.12 Womens/girls swimwear, of textile materials, not knitted
- 6211.20 Ski suits, of textile materials, not knitted
- 6211.31 Mens/boys garments nes, of wool or fine animal hair, not knitted
- 6211.32 Mens/boys garments nes, of cotton, not knitted
- 6211.33 Mens/boys garments nes, of man-made fibres, not knitted
- 6211.39 Mens/boys garments nes, of other textile materials, not knitted
- 6211.41 Womens/girls garments nes, of wool or fine animal hair, not knitted
- 6211.42 Womens/girls garments nes, of cotton, not knitted
- 6211.43 Womens/girls garments nes, of man-made fibres, not knitted
- 6211.49 Womens/girls garments nes, of other textile materials, not knitted
- 6212.10 Brassieres and parts thereof, of textile materials
- 6212.20 Girdles, panty girdles and parts thereof, of textile materials
- 6212.30 Corsettes and parts thereof, of textile materials
- 6212.90 Corsets, braces & similar articles & parts thereof, of textile materials

- 6213.10 Handkerchiefs, of silk or silk waste, not knitted
- 6213.20 Handkerchiefs, of cotton, not knitted
- 6213.90 Handkerchiefs, of other textile materials, not knitted
- 6214.10 Shawls, scarves, veils and the like, of silk or silk waste, not knitted
- 6214.20 Shawls, scarves, veils&the like, of wool or fine animal hair, not knitted
- 6214.30 Shawls, scarves, veils and the like, of synthetic fibres, not knitted
- 6214.40 Shawls, scarves, veils and the like, of artificial fibres, not knitted
- 6214.90 Shawls, scarves, veils & the like, of other textile materials, not knitted
- 6215.10 Ties, bow ties and cravats, of silk or silk waste, not knitted
- 6215.20 Ties, bow ties and cravats, of man-made fibres, not knitted
- 6215.90 Ties, bow ties and cravats, of other textile materials, not knitted
- 6216.00 Gloves, mittens and mitts, of textile materials, not knitted
- 6217.10 Clothing accessories nes, of textile materials, not knitted
- 6217.90 Parts of garments or of clothg accessories nes, of tex mat, not knitted.

Ch. 63 Other made up textile articles; sets; worn clothing etc.

- 6301.10 Electric blankets, of textile materials
- 6301.20 Blankets (other than electric) & travelling rugs, of wool or fine animal hair
- 6301.30 Blankets (other than electric) and travelling rugs, of cotton
- 6301.40 Blankets (other than electric) and travelling rugs, of synthetic fibres
- 6301.90 Blankets (other than electric) and travelling rugs, of other textile materials
- 6302.10 Bed linen, of textile knitted or crocheted materials
- 6302.21 Bed linen, of cotton, printed, not knitted
- 6302.22 Bed linen, of man-made fibres, printed, not knitted
- 6302.29 Bed linen, of other textile materials, printed, not knitted
- 6302.31 Bed linen, of cotton, nes
- 6302.32 Bed linen, of man-made fibres, nes
- 6302.39 Bed linen, of other textile materials, nes
- 6302.40 Table linen, of textile knitted or crocheted materials
- 6302.51 Table linen, of cotton, not knitted
- 6302.52 Table linen, of flax, not knitted
- 6302.53 Table linen, of man-made fibres, not knitted
- 6302.59 Table linen, of other textile materials, not knitted
- 6302.60 Toilet&kitchen linen, of terry towellg or similar terry fab, of cotton
- 6302.91 Toilet and kitchen linen, of cotton, nes
- 6302.92 Toilet and kitchen linen, of flax
- 6302.93 Toilet and kitchen linen, of man-made fibres
- 6302.99 Toilet and kitchen linen, of other textile materials
- 6303.11 Curtains, drapes, interior blinds&curtain or bed valances, of cotton, knit
- 6303.12 Curtains, drapes, interior blinds&curtain/bd valances, of syn fib, knitted
- 6303.19 Curtains, drapes, interior blinds&curtain/bd valances, oth tex mat, knit
- 6303.91 Curtains/drapes/interior blinds&curtain/bd valances, of cotton, not knit
- 6303.92 Curtains/drapes/interior blinds curtain/bd valances, of syn fib, nt knit
- 6303.99 Curtain/drape/interior blind curtain/bd valance, of oth tex mat, nt knit
- 6304.11 Bedspreads of textile materials, nes, knitted or crocheted
- 6304.19 Bedspreads of textile materials, nes, not knitted or crocheted
- 6304.91 Furnishing articles nes, of textile materials, knitted or crocheted
- 6304.92 Furnishing articles nes, of cotton, not knitted or crocheted
- 6304.93 Furnishing articles nes, of synthetic fibres, not knitted or crocheted
- 6304.99 Furnishg articles nes, of oth textile materials, not knitted o crocheted
- 6305.10 Sacks&bags, for packg of goods, of jute or of other textile bast fibres
- 6305.20 Sacks and bags, for packing of goods, of cotton
- 6305.31 Sacks&bags, for packg of goods, of polyethylene or polypropylene strips
- 6305.39 Sacks & bags, for packing of goods, of other man-made textile materials

6305.90	Sacks and bags, for packing of goods, of other textile materials
6306.11	Tarpaulins, awnings and sunblinds, of cotton
6306.12	Tarpaulins, awnings and sunblinds, of synthetic fibres
6306.19	Tarpaulins, awnings and sunblinds, of other textile materials
6306.21	Tents, of cotton
6306.22	Tents, of synthetic fibres
6306.29	Tents, of other textile materials
6306.31	Sails, of synthetic fibres
6306.39	Sails, of other textile materials
6306.41	Pneumatic mattresses, of cotton
6306.49	Pneumatic mattresses, of other textile materials
6306.91	Camping goods nes, of cotton
6306.99	Camping goods nes, of other textile materials
6307.10	Floor-cloths, dish-cloths, dusters & similar cleaning cloths, of tex mat
6307.20	Life jackets and life belts, of textile materials
6307.90	Made up articles, of textile materials, nes, including dress patterns
6308.00	Sets consistg of woven fab & yarn, for makg up into rugs, tapestries etc
6309.00	Worn clothing and other worn articles

Textile and clothing products in Chapters 30-49, 64-96

HS No.	Product Description
3005.90	Wadding, gauze, bandages and the like
ex 3921.12}	{
ex 3921.13}	{ Woven, knitted or non-woven fabrics coated, covered or laminated with plastics
ex 3921.90}	{
ex 4202.12}	{
ex 4202.22}	{Luggage, handbags and flatgoods with an outer surface predominantly of textile
ex 4202.32}	{materials
ex 4202.92}	{
ex 6405.20	Footwear with soles and uppers of wool felt
ex 6406.10	Footwear uppers of which 50% or more of the external surface area is textile material
ex 6406.99	Leg warmers and gaiters of textile material
6501.00	Hat-forms, hat bodies and hoods of felt; plateaux and manchons of felt
6502.00	Hat-shapes, plaited or made by assembling strips of any material
6503.00	Felt hats and other felt headgear
6504.00	Hats & other headgear, plaited or made by assembling strips of any material
6505.90	Hats & other headgear, knitted or made up from lace, or other textile material
6601.10	Umbrellas and sun umbrellas, garden type
6601.91	Other umbrella types, telescopic shaft
6601.99	Other umbrellas
ex 7019.10	Yarns of fibre glass
ex 7019.20	Woven fabrics of fibre glass
8708.21	Safety seat belts for motor vehicles
8804.00	Parachutes; their parts and accessories
9113.90	Watch straps, bands and bracelets of textile materials

HS No.	Product Description
ex 9404.90	Pillow and cushions of cotton; quilts; eiderdowns; comforters and similar articles of textile materials
9502.91	Garments for dolls
ex 9612.10	Woven ribbons, of man-made fibres, other than those measuring less than 30 mm in width and permanently put up in cartridges

ÜBEREINKOMMEN ÜBER TECHNISCHE HANDELSHEMMNISSE

Die Mitglieder,

im Hinblick auf die Multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde,

in dem Wunsch, die Ziele des GATT 1994 zu fördern,

in Anerkennung des bedeutenden Beitrages, den internationale Normen und Konformitätsbewertungssysteme durch Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Produktion und Erleichterung des internationalen Handels in dieser Hinsicht leisten können,

in dem Wunsch, die Entwicklung solcher internationaler Normen und Konformitätsbewertungssysteme zu fördern,

in dem Wunsch, dennoch sicherzustellen, daß technische Vorschriften und Normen einschließlich Erfordernisse der Verpackung, Kennzeichnung und Beschriftung sowie Verfahren zur Bewertung der Übereinstimmung mit technischen Vorschriften und Normen keine unnötigen Hemmnisse für den internationalen Handel schaffen,

in Anerkennung dessen, daß kein Land daran gehindert werden sollte, auf als geeignet erachteter Ebene Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die Qualität seiner Ausfuhren zu erhalten, das Leben oder die Gesundheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen sowie die Umwelt zu schützen oder irreführende Praktiken zu verhindern, sofern solche Maßnahmen nicht so angewendet werden, daß sie ein Mittel zur willkürlichen oder ungerechtfertigten Diskriminierung zwischen Ländern, in denen die gleichen Bedingungen herrschen, oder eine verschleierte Beschränkung des internationalen Handels darstellen, und ansonsten mit diesem Übereinkommen übereinstimmen,

in Anerkennung dessen, daß kein Land daran gehindert werden sollte, Maßnahmen zu treffen, die für den Schutz seiner wesentlichen Sicherheitsinteressen notwendig sind,

in Anerkennung des Beitrags, den die internationale Normung zum Technologietransfer aus Industrieland-Mitgliedern nach Entwicklungsland-Mitgliedern leisten kann,

in Anerkennung dessen, daß für die Entwicklungsland-Mitglieder bei der Ausarbeitung und Anwendung technischer Vorschriften und Normen und Verfahren für die Bewertung der Übereinstimmung mit technischen Vorschriften und Normen besondere Schwierigkeiten auftreten können, und in dem Wunsch, sie bei ihren Bemühungen auf diesem Gebiet zu unterstützen,

kommen wie folgt überein:

Artikel 1**Allgemeine Bestimmungen**

1.1 Die allgemeinen Begriffe für Normung und Konformitätsbewertungsverfahren haben normalerweise unter Berücksichtigung ihres Zusammenhangs und im Hinblick auf die Ziele und Zwecke dieses Übereinkommens die Bedeutung, die ihnen durch die im Rahmen der Vereinten Nationen und durch internationale Normenorganisationen angenommenen Definitionen gegeben wurden.

1.2 Für die Zwecke dieses Übereinkommens werden die Begriffe jedoch in der in Anhang 1 aufgeführten Bedeutung verwendet.

1.3 Alle Waren einschließlich Industrieprodukte und landwirtschaftliche Erzeugnisse fallen unter dieses Übereinkommen.

1.4 Einkaufsspezifikationen, die von staatlichen Stellen für die Produktion oder den Verbrauch durch staatliche Stellen erstellt werden, fallen nicht unter dieses Übereinkommen, sondern sind Gegenstand des Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen gemäß seinem Geltungsbereich.

1.5 Dieses Übereinkommen gilt nicht für gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen, die in Anhang A des Übereinkommens über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen beschrieben sind.

1.6 Jede Bezugnahme in diesem Übereinkommen auf technische Vorschriften, Normen und Konformitätsbewertungsverfahren ist so auszulegen, daß sie auch alle Änderungen hierzu sowie alle Ergänzungen der Regeln oder der in deren Anwendungsbereich fallenden Waren, ausgenommen Änderungen und Ergänzungen unbedeutender Art, einschließt.

TECHNISCHE VORSCHRIFTEN UND NORMEN

Artikel 2

Ausarbeitung, Annahme und Anwendung technischer Vorschriften durch Stellen der Zentralregierung

In bezug auf die Stellen der Zentralregierung gilt folgendes:

2.1 Die Mitglieder stellen sicher, daß aus dem Gebiet eines anderen Mitglieds eingeführte Waren in bezug auf technische Vorschriften eine nicht weniger günstige Behandlung erhalten als gleichartige Waren inländischen Ursprungs oder gleichartige Waren mit Ursprung in einem anderen Land.

2.2 Die Mitglieder stellen sicher, daß technische Vorschriften nicht in der Absicht oder mit der Wirkung ausgearbeitet, angenommen oder angewendet werden, unnötige Hemmnisse für den internationalen Handel zu schaffen. Zu diesem Zweck sind technische Vorschriften nicht handelsbeschränkender als notwendig, um ein berechtigtes Ziel zu erreichen, wobei die Gefahren, die entständen, wenn dieses Ziel nicht erreicht würde, berücksichtigt werden. Berechtigte Ziele sind unter anderem Erfordernisse der nationalen Sicherheit, Verhinderung irreführender Praktiken, Schutz der Gesundheit und Sicherheit von Menschen, des Lebens oder der Gesundheit von Tieren und Pflanzen oder der Umwelt. Bei der Bewertung solcher Gefahren werden unter anderem verfügbare wissenschaftliche und technische Informationen, verwandte Produktionstechniken oder der beabsichtigte Endverbrauch der Waren zugrunde gelegt.

2.3 Technische Vorschriften werden nicht beibehalten, wenn die Umstände oder Ziele, die zu ihrer Annahme geführt haben, nicht mehr bestehen oder wenn veränderte Umstände oder Ziele in einer weniger handelsbeschränkenden Weise behandelt werden können.

2.4 Soweit technische Vorschriften erforderlich sind und einschlägige internationale Normen bestehen oder deren Fertigstellung unmittelbar bevorsteht, verwenden die Mitglieder diese oder die einschlägigen Teile derselben als Grundlage für ihre technischen Vorschriften, es sei denn, diese internationalen Normen oder die einschlägigen Teile derselben wären unwirksame oder ungeeignete Mittel zur Erreichung der angestrebten berechtigten Ziele, zum Beispiel wegen grundlegender klimatischer oder geographischer Faktoren oder grundlegender technologischer Probleme.

2.5 Bei der Ausarbeitung, Annahme oder Anwendung einer technischen Vorschrift, die eine erhebliche Auswirkung auf den Handel anderer Mitglieder haben kann, erläutert das Mitglied auf Ersuchen eines anderen Mitglieds die Rechtfertigung dieser technischen Vorschrift im Sinne der Absätze 2 bis 4. Wird eine technische Vorschrift für eines der in Absatz 2 ausdrücklich genannten Ziele ausgearbeitet, angenommen oder angewendet und ist sie konform mit einschlägigen internationalen Normen, so besteht die widerlegbare Vermutung, daß sie kein unnötiges Hemmnis für den internationalen Handel schafft.

2.6 Die Mitglieder beteiligen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten und mit dem Ziel, eine möglichst weitgehende Harmonisierung der technischen Vorschriften zu erreichen, voll und ganz an der Ausarbeitung von internationalen Normen durch die zuständigen internationalen Normenorganisationen, wenn sie für die betreffenden Waren technische Vorschriften angenommen haben oder vorsehen.

2.7 Die Mitglieder prüfen wohlwollend die Anerkennung der Gleichwertigkeit technischer Vorschriften anderer Mitglieder, selbst wenn sich diese Vorschriften von ihren eigenen unterscheiden, sofern sie sich davon überzeugt haben, daß durch diese Vorschriften die Ziele ihrer eigenen Vorschriften angemessen erreicht werden.

2.8 Soweit angebracht, umschreiben die Mitglieder die technischen Vorschriften eher in bezug auf die Gebrauchstauglichkeit als in bezug auf Konstruktion oder beschreibende Merkmale.

2.9 Besteht keine einschlägige internationale Norm oder weicht der technische Inhalt einer entworfenen technischen Vorschrift wesentlich vom technischen Inhalt einschlägiger internationaler Normen ab und kann die technische Vorschrift eine erhebliche Auswirkung auf den Handel anderer Mitglieder haben, so werden die Mitglieder

2.9.1 die beabsichtigte Einführung einer bestimmten technischen Vorschrift zu einem angemessenen frühen Zeitpunkt in einem Publikationsorgan so bekanntmachen, daß interessierte Parteien anderer Mitglieder davon Kenntnis nehmen können;

2.9.2 den anderen Mitgliedern über das Sekretariat die Waren notifizieren, für die die entworfenen technischen Vorschriften gelten werden, und kurz Zweck und Gründe der Einführung dieser Vorschriften angeben. Solche Notifikationen erfolgen zu einem angemessenen frühen Zeitpunkt, wenn noch Änderungen angebracht und Bemerkungen in Betracht gezogen werden können;

2.9.3 auf Ersuchen anderen Mitgliedern Einzelheiten oder Kopien der entworfenen technischen Vorschriften zur Verfügung stellen und, sofern möglich, die Teile bezeichnen, deren Inhalt wesentlich von den einschlägigen internationalen Normen abweicht;

2.9.4 anderen Mitgliedern ohne Diskriminierung eine angemessene Frist für schriftliche Bemerkungen einräumen, diese Bemerkungen auf Ersuchen erörtern sowie die schriftlichen Bemerkungen und die Ergebnisse der Erörterungen in Betracht ziehen.

2.10 Vorbehaltlich der einführenden Bestimmungen des Absatzes 9 kann ein Mitglied, sofern es dies als notwendig erachtet, in Absatz 9 aufgezählte Schritte unterlassen, wenn sich für es dringende Probleme der Sicherheit, der Gesundheit, des Umweltschutzes oder der nationalen Sicherheit ergeben oder zu ergeben drohen, vorausgesetzt, daß dieses Mitglied nach Annahme einer technischen Vorschrift

2.10.1 den anderen Mitgliedern über das Sekretariat unverzüglich die betreffende technische Vorschrift und die Waren, für die sie gilt, sowie den Zweck und die Gründe der Einführung der technischen Vorschrift einschließlich der Art der dringenden Probleme notifiziert;

2.10.2 auf Ersuchen den anderen Mitgliedern Kopien der technischen Vorschrift zur Verfügung stellt;

2.10.3 anderen Mitgliedern ohne Diskriminierung die Möglichkeit einräumt, schriftliche Bemerkungen abzugeben, diese Bemerkungen auf Ersuchen erörtert sowie diese schriftlichen Bemerkungen und die Ergebnisse dieser Erörterungen in Betracht zieht.

2.11 Die Mitglieder stellen sicher, daß alle angenommenen technischen Vorschriften unverzüglich so veröffentlicht oder in anderer Weise verfügbar gemacht werden, daß die interessierten Parteien anderer Mitglieder davon Kenntnis nehmen können.

2.12 Sofern keine der in Absatz 10 erwähnten dringenden Umstände vorliegen, räumen die Mitglieder zwischen der Veröffentlichung und dem Inkrafttreten technischer Vorschriften eine ausreichende Frist ein, damit die Hersteller in den Ausfuhrmitgliedern und vor allem in den Entwicklungsland-Mitgliedern Zeit haben, ihre Produkte oder Produktionsmethoden den Erfordernissen des Einfuhrmitglieds anzupassen.

Artikel 3

Ausarbeitung, Annahme und Anwendung technischer Vorschriften durch Stellen einer lokalen Regierung oder Verwaltung und nichtstaatliche Stellen

In bezug auf die Stellen einer lokalen Regierung oder Verwaltung und die nichtstaatlichen Stellen gilt folgendes:

- 3.1 Die Mitglieder treffen die ihnen zur Verfügung stehenden geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die genannten Stellen Artikel 2 mit Ausnahme der Notifikationsverpflichtung gemäß den Unterabsätzen 9.2 und 10.1 einhalten.
- 3.2 Die Mitglieder stellen sicher, daß die technischen Vorschriften von Stellen einer lokalen Regierung oder Verwaltung auf der Ebene unmittelbar unterhalb der Zentralregierung gemäß Artikel 2 Unterabsätze 9.2 und 10.1 notifiziert werden, jedoch wird keine Notifikation von technischen Vorschriften verlangt, deren technischer Inhalt im wesentlichen derselbe ist wie der von früher notifizierten technischen Vorschriften der Stellen der Zentralregierung des betreffenden Mitglieds.
- 3.3 Die Mitglieder können verlangen, daß Kontakte mit anderen Mitgliedern einschließlich Notifikationen, Bereitstellung von Informationen, Bemerkungen und Erörterungen gemäß Artikel 2 Absätze 9 und 10 über die Zentralregierung stattfinden.
- 3.4 Die Mitglieder treffen keine Maßnahmen, durch die Stellen einer lokalen Regierung oder Verwaltung oder nichtstaatliche Stellen in ihrem Gebiet verpflichtet oder ermutigt werden, in einer mit Artikel 2 nicht zu vereinbarenden Weise zu handeln.
- 3.5 Die Mitglieder sind nach diesem Übereinkommen für die Einhaltung aller Bestimmungen des Artikels 2 voll verantwortlich. Die Mitglieder werden positive Maßnahmen und Verfahren zur Unterstützung der Einhaltung des Artikels 2 durch andere Stellen als die der Zentralregierung ausarbeiten und durchführen.

Artikel 4

Ausarbeitung, Annahme und Anwendung von Normen

- 4.1 Die Mitglieder stellen sicher, daß die Normenorganisationen der Zentralregierung den Verhaltenskodex für die Ausarbeitung, Annahme und Anwendung von Normen in Anhang 3 dieses Übereinkommens (in diesem Übereinkommen "Verhaltenskodex" genannt) annehmen und einhalten. Sie treffen die ihnen zur Verfügung stehenden geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß Normenorganisationen einer lokalen Regierung oder Verwaltung oder nichtstaatliche Normenorganisationen in ihrem Gebiet sowie regionale Normenorganisationen, denen sie oder eine oder mehrere Organisationen in ihrem Gebiet als Mitglieder angehören, den Verhaltenskodex annehmen und einhalten. Außerdem treffen die Mitglieder keine Maßnahmen, die die Wirkung haben, diese Organisationen mittelbar oder unmittelbar zu verpflichten oder zu ermutigen, in einer mit dem Verhaltenskodex nicht zu vereinbarenden Weise zu handeln. Die Verpflichtungen der Mitglieder in bezug auf die Einhaltung des Verhaltenskodex durch die Normenorganisationen gelten ohne Rücksicht darauf, ob eine Normenorganisation den Verhaltenskodex angenommen hat oder nicht.
- 4.2 Normenorganisationen, die den Verhaltenskodex angenommen haben und einhalten, werden von den Mitgliedern als den Grundsätzen dieses Übereinkommens entsprechend anerkannt.

ÜBEREINSTIMMUNG MIT TECHNISCHEN VORSCHRIFTEN UND NORMEN

Artikel 5

Konformitätsbewertungsverfahren der Stellen der Zentralregierung

- 5.1 Die Mitglieder stellen sicher, daß die Stellen ihrer Zentralregierung in den Fällen, in denen ein positiver Nachweis für die Übereinstimmung mit technischen Vorschriften und Normen verlangt wird, auf Waren mit Ursprung im Gebiet anderer Mitglieder die folgenden Bestimmungen anwenden:
- 5.1.1 Konformitätsbewertungsverfahren werden so ausgearbeitet, angenommen und angewendet, daß Lieferanten gleichartiger Waren mit Ursprung im Gebiet anderer Mitglieder zu Bedingungen Zugang haben, die nicht weniger günstig sind als die, welche

unter vergleichbaren Umständen Lieferanten gleichartiger Waren mit inländischem Ursprung oder Ursprung in einem anderen Land gewährt werden; der Zugang schließt das Recht des Lieferanten auf Konformitätsbewertung gemäß den Verfahrensbestimmungen ein, wozu gegebenenfalls die Möglichkeit gehört, die Konformitätsbewertung in den Räumlichkeiten des Unternehmens vornehmen zu lassen und das Zeichen des Systems zu erhalten;

5.1.2 Konformitätsbewertungsverfahren werden nicht in der Absicht oder mit der Wirkung ausgearbeitet, angenommen oder angewendet, unnötige Hemmnisse für den internationalen Handel zu schaffen. Dies bedeutet unter anderem, daß Konformitätsbewertungsverfahren nicht strenger sind oder angewendet werden als notwendig, um dem Einfuhrmitglied angemessenes Vertrauen in die Übereinstimmung der Waren mit den geltenden technischen Vorschriften oder Normen zu erlauben, wobei die Gefahren, die entstünden, wenn diese Übereinstimmung nicht gewährleistet wäre, berücksichtigt werden.

5.2 Bei der Durchführung des Artikels 5 Absatz 1 stellen die Mitglieder sicher, daß

5.2.1 Konformitätsbewertungsverfahren so rasch wie möglich und in einer für Waren mit Ursprung im Gebiet anderer Mitglieder nicht weniger günstigen Reihenfolge als für gleichartige inländische Waren eingeleitet und abgeschlossen werden;

5.2.2 die normale Bearbeitungsdauer jedes Konformitätsbewertungsverfahrens veröffentlicht wird oder die voraussichtliche Bearbeitungsdauer dem Anmelder auf Ersuchen mitgeteilt wird; nach Eingang einer Anmeldung prüft die zuständige Stelle unverzüglich die Vollständigkeit der Unterlagen und unterrichtet den Anmelder genau und vollständig über alle Mängel; die zuständige Stelle übermittelt dem Anmelder so rasch wie möglich die Bewertungsergebnisse in genauer und vollständiger Weise, damit, wenn nötig, entsprechende Änderungen vorgenommen werden können; auch wenn die Anmeldung Mängel aufweist, fährt die zuständige Stelle auf Ersuchen des Anmelders so weit wie möglich mit der Konformitätsbewertung fort; der Anmelder wird auf Ersuchen über den Verfahrensstand unterrichtet, wobei etwaige Verzögerungen begründet werden;

5.2.3 die verlangten Angaben auf das für die Konformitätsbewertung und die Gebührenfestsetzung erforderliche Maß beschränkt werden;

5.2.4 Angaben vertraulicher Natur über Waren mit Ursprung im Gebiet anderer Mitglieder, die sich aus Konformitätsbewertungsverfahren ergeben oder im Zusammenhang mit diesen zur Verfügung gestellt werden, genauso wie vertrauliche Angaben über inländische Waren und in einer Weise behandelt werden, daß berechnigte Geschäftsinteressen geschützt werden;

5.2.5 alle Gebühren, die für ein Konformitätsbewertungsverfahren bei einer Ware mit Ursprung im Gebiet eines anderen Mitglieds erhoben werden, müssen in angemessenem Verhältnis zu den Gebühren stehen, die für die Konformitätsbewertung gleichartiger Waren inländischen Ursprungs oder mit Ursprung in einem anderen Land zu entrichten sind, wobei die Kommunikations-, Transport- und sonstigen Kosten, die sich aus der Entfernung zwischen dem Standort des Unternehmens des Anmelders und der Konformitätsbewertungsstelle ergeben, zu berücksichtigen sind;

5.2.6 die Wahl des Standorts der Konformitätsbewertungseinrichtungen und die Auswahl der Proben keine unnötigen Schwierigkeiten für die Anmelder oder ihre Vertreter verursachen;

5.2.7 wenn Spezifikationen einer Ware nach Bewertung ihrer Übereinstimmung mit den geltenden technischen Vorschriften oder Normen geändert werden, das Konformitätsbewertungsverfahren für die geänderte Ware auf das Maß beschränkt wird, das notwendig ist, um angemessenes Vertrauen in die weitere Übereinstimmung dieser Ware mit den betreffenden technischen Vorschriften oder Normen zu erlauben;

5.2.8 ein Verfahren zur Prüfung von Beschwerden über die Durchführung des Konformitätsbewertungsverfahrens besteht und eine Berichtigung vorgenommen werden kann, wenn eine Beschwerde begründet ist.

5.3 Die Absätze 1 und 2 hindern die Mitglieder nicht daran, in ihren Gebieten angemessene Stichproben durchzuführen.

5.4 In den Fällen, in denen ein positiver Nachweis für die Übereinstimmung mit technischen Vorschriften und Normen verlangt wird und einschlägige Richtlinien oder Empfehlungen internationaler Normenorganisationen bestehen oder ihre Fertigstellung unmittelbar bevorsteht, stellen die Mitglieder sicher, daß die Stellen ihrer Zentralregierung diese oder die einschlägigen Teile derselben als Grundlage für ihre Konformitätsbewertungsverfahren verwenden, es sei denn, daß solche Richtlinien und Empfehlungen oder die einschlägigen Teile derselben für die betreffenden Mitglieder ungeeignet sind, und zwar unter anderem aus Gründen der nationalen Sicherheit, der Verhinderung irreführender Praktiken, des Schutzes der Gesundheit oder Sicherheit von Menschen, des Lebens oder der Gesundheit von Tieren und Pflanzen oder der Umwelt, wegen wesentlicher klimatischer oder sonstiger geographischer Faktoren oder wegen grundlegender technologischer oder infrastruktureller Probleme.

5.5 Die Mitglieder beteiligen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten und mit dem Ziel, eine möglichst weitgehende Harmonisierung der Konformitätsbewertungsverfahren zu erreichen, voll und ganz an der Ausarbeitung von Richtlinien und Empfehlungen für Konformitätsbewertungsverfahren durch die einschlägigen internationalen Normenorganisationen.

5.6 Besteht keine einschlägige Richtlinie oder Empfehlung einer internationalen Normenorganisation oder weicht der technische Inhalt eines entworfenen Konformitätsbewertungsverfahrens von den einschlägigen Richtlinien und Empfehlungen internationaler Normenorganisationen ab und kann das Konformitätsbewertungsverfahren eine erhebliche Auswirkung auf den Handel anderer Mitglieder haben, so werden die Mitglieder

5.6.1 die beabsichtigte Einführung eines bestimmten Konformitätsbewertungsverfahrens zu einem angemessenen frühen Zeitpunkt in einem Publikationsorgan so bekanntmachen, daß interessierte Parteien anderer Mitglieder davon Kenntnis nehmen können;

5.6.2 den anderen Mitgliedern über das Sekretariat die Waren notifizieren, für die das entworfene Konformitätsbewertungsverfahren gelten wird, und kurz Zweck und Gründe seiner Einführung angeben. Solche Notifikationen erfolgen zu einem angemessenen frühen Zeitpunkt, wenn noch Änderungen angebracht und Bemerkungen in Betracht gezogen werden können;

5.6.3 auf Ersuchen anderen Mitgliedern Einzelheiten oder Kopien des entworfenen Konformitätsbewertungsverfahrens zur Verfügung stellen und, sofern möglich, die Teile bezeichnen, deren Inhalt wesentlich von den einschlägigen internationalen Normen abweicht;

5.6.4 anderen Mitgliedern ohne Diskriminierung eine angemessene Frist für schriftliche Bemerkungen einräumen, diese Bemerkungen auf Ersuchen erörtern sowie die schriftlichen Bemerkungen und die Ergebnisse der Erörterungen in Betracht ziehen.

5.7 Vorbehaltlich der einführenden Bestimmungen des Absatzes 6 kann ein Mitglied, sofern es dies als notwendig erachtet, in Absatz 6 aufgezählte Schritte unterlassen, wenn sich für es dringende Probleme der Sicherheit, der Gesundheit, des Umweltschutzes oder der nationalen Sicherheit ergeben oder zu ergeben drohen, vorausgesetzt, daß dieses Mitglied nach Annahme eines Verfahrens

5.7.1 den anderen Mitgliedern über das Sekretariat unverzüglich das betreffende Verfahren und die Waren, für die es gilt, sowie den Zweck und die Gründe der Einführung des Verfahrens einschließlich der Art der dringenden Probleme notifiziert;

5.7.2 auf Ersuchen den anderen Mitgliedern Kopien der Verfahrensbestimmungen zur Verfügung stellt;

5.7.3 anderen Mitgliedern ohne Diskriminierung die Möglichkeit einräumt, schriftliche Bemerkungen abzugeben, diese Bemerkungen auf Ersuchen erörtert sowie diese schriftlichen Bemerkungen und die Ergebnisse dieser Erörterungen in Betracht zieht.

5.8 Die Mitglieder stellen sicher, daß alle angenommenen Konformitätsbewertungsverfahren unverzüglich so veröffentlicht oder in anderer Weise verfügbar gemacht werden, daß die interessierten Parteien anderer Mitglieder davon Kenntnis nehmen können.

5.9 Sofern keine der in Absatz 7 erwähnten dringenden Umstände vorliegen, räumen die Mitglieder zwischen der Veröffentlichung und dem Inkrafttreten eines Konformitätsbewertungsverfahrens eine ausreichende Frist ein, damit die Hersteller in den Ausfuhrmitgliedern und vor allem in den Entwicklungsland-Mitgliedern Zeit haben, ihre Produkte oder Produktionsmethoden den Erfordernissen des Einfuhrmitglieds anzupassen.

Artikel 6

Anerkennung der Konformitätsbewertung durch Stellen der Zentralregierung

In bezug auf die Stellen der Zentralregierung gilt folgendes:

6.1 Unbeschadet der Absätze 3 und 4 stellen die Mitglieder, soweit möglich, sicher, daß die Ergebnisse von Konformitätsbewertungsverfahren anderer Mitglieder anerkannt werden, und zwar auch dann, wenn diese Verfahren von ihren eigenen Verfahren abweichen, sofern sie sich davon überzeugt haben, daß diese Verfahren ein ihren eigenen Verfahren gleichwertiges Vertrauen in die Übereinstimmung mit den geltenden technischen Vorschriften und Normen erlauben. Es wird anerkannt, daß vorherige Konsultationen notwendig sein können, um eine allseits zufriedenstellende Vereinbarung insbesondere über folgende Punkte zu erreichen:

6.1.1 angemessener und beständiger technischer Sachverstand der betreffenden Konformitätsbewertungsstellen in den Ausfuhrmitgliedern, damit das Vertrauen in die beständige Zuverlässigkeit der Ergebnisse ihrer Konformitätsbewertung gewährleistet bleibt; diesbezüglich wird beispielsweise die im Wege der Akkreditierung geprüfte Einhaltung der einschlägigen Richtlinien oder Empfehlungen internationaler Normenorganisationen als Nachweis für angemessenen technischen Sachverstand berücksichtigt;

6.1.2 Beschränkungen der Anerkennung der Konformitätsbewertungsergebnisse auf die Ergebnisse der von dem Ausfuhrmitglied bezeichneten Stellen.

6.2 Die Mitglieder stellen sicher, daß ihre Konformitätsbewertungsverfahren so weit wie möglich die Durchführung des Absatzes 1 erlauben.

6.3 Die Mitglieder werden ermutigt, auf Ersuchen anderer Mitglieder dazu bereit zu sein, in Verhandlungen über den Abschluß von Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung der Ergebnisse von Konformitätsbewertungsverfahren einzutreten. Die Mitglieder können verlangen, daß solche Abkommen die Kriterien des Absatzes 1 erfüllen und in bezug auf ihre Möglichkeiten zur Erleichterung des Handels mit den betreffenden Waren beide Seite zufriedenstellen.

6.4 Die Mitglieder werden ermutigt, die Teilnahme von Konformitätsbewertungsstellen mit Sitz in den Gebieten anderer Mitglieder an ihren Konformitätsbewertungsverfahren unter nicht weniger günstigen Bedingungen zuzulassen als denen, die sie Bewertungsstellen mit Sitz in ihrem Gebiet oder im Gebiet eines anderen Landes einräumen.

Artikel 7

Konformitätsbewertungsverfahren von Stellen einer lokalen Regierung oder Verwaltung

In bezug auf die Stellen einer lokalen Regierung oder Verwaltung im Gebiet der Mitglieder gilt folgendes:

- 7.1 Die Mitglieder treffen die ihnen zur Verfügung stehenden geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die genannten Stellen die Artikel 5 und 6 mit Ausnahme der Notifikationsverpflichtung gemäß Artikel 5 Unterabsätze 6.2 und 7.1 einhalten.
- 7.2 Die Mitglieder stellen sicher, daß die Konformitätsbewertungsverfahren von Stellen einer lokalen Regierung oder Verwaltung auf der Ebene unmittelbar unterhalb der Zentralregierung gemäß Artikel 5 Unterabsätze 6.2 und 7.1 notifiziert werden, jedoch wird keine Notifikation von Konformitätsbewertungsverfahren verlangt, deren technischer Inhalt im wesentlichen derselbe ist wie der von früher notifizierten Konformitätsbewertungsverfahren der Stellen der Zentralregierung des betreffenden Mitglieds.
- 7.3 Die Mitglieder können verlangen, daß Kontakte mit anderen Mitgliedern einschließlich Notifikationen, Bereitstellung von Informationen, Bemerkungen und Erörterungen gemäß Artikel 5 Absätze 6 und 7 über die Zentralregierung stattfinden.
- 7.4 Die Mitglieder treffen keine Maßnahmen, durch die Stellen einer lokalen Regierung oder Verwaltung in ihrem Gebiet verpflichtet oder ermutigt werden, in einer mit den Artikeln 5 und 6 nicht zu vereinbarenden Weise zu handeln.
- 7.5 Die Mitglieder sind nach diesem Übereinkommen für die Einhaltung aller Bestimmungen der Artikel 5 und 6 voll verantwortlich. Die Mitglieder werden positive Maßnahmen und Verfahren zur Unterstützung der Einhaltung der Artikel 5 und 6 durch andere Stellen als die der Zentralregierung ausarbeiten und durchführen.

Artikel 8

Konformitätsbewertungsverfahren nichtstaatlicher Stellen

- 8.1 Die Mitglieder treffen die ihnen zur Verfügung stehenden geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß nichtstaatliche Stellen in ihren Gebieten, die Konformitätsbewertungsverfahren durchführen, die Artikel 5 und 6 mit Ausnahme der Verpflichtung zur Notifikation entworfenen Konformitätsbewertungsverfahren einhalten. Außerdem treffen die Mitglieder keine Maßnahmen, die die Wirkung haben, diese Stellen mittelbar oder unmittelbar zu verpflichten oder zu ermutigen, in einer mit den Artikeln 5 und 6 nicht zu vereinbarenden Weise zu handeln.
- 8.2 Die Mitglieder stellen sicher, daß sich die Stellen ihrer Zentralregierung nur insoweit auf die von nichtstaatlichen Stellen durchgeführten Konformitätsbewertungsverfahren stützen, als diese Stellen die Artikel 5 und 6 mit Ausnahme der Verpflichtung zur Notifikation entworfenen Konformitätsbewertungsverfahren einhalten.

Artikel 9

Internationale und regionale Systeme

- 9.1 Wird ein positiver Nachweis der Übereinstimmung mit einer technischen Vorschrift oder Norm verlangt, so werden die Mitglieder, soweit möglich, internationale Konformitätsbewertungssysteme ausarbeiten und annehmen und Mitglieder solcher Konformitätsbewertungssysteme werden oder daran teilnehmen.
- 9.2 Die Mitglieder treffen die ihnen zur Verfügung stehenden geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß internationale und regionale Konformitätsbewertungssysteme, denen die zuständigen Stellen in ihren Gebieten als Mitglieder oder Teilnehmer angehören, die Artikel 5 und 6 einhalten. Außerdem treffen die Mitglieder keine Maßnahmen, die die Wirkung haben, solche Systeme mittelbar oder unmittelbar zu verpflichten oder zu ermutigen, in einer mit den Artikeln 5 und 6 nicht zu vereinbarenden Weise zu handeln.
- 9.3 Die Mitglieder stellen sicher, daß sich die Stellen ihre Zentralregierung nur insoweit auf internationale und regionale Konformitätsbewertungssysteme stützen, als diese Systeme die einschlägigen Bestimmungen der Artikel 5 und 6 einhalten.

*Artikel 10**Information über technische Vorschriften, Normen und Konformitätsbewertungsverfahren*

10.1 Jedes Mitglied stellt sicher, daß es eine Auskunftsstelle gibt, die in der Lage ist, alle sinnvollen Anfragen von Mitgliedern und interessierten Parteien im Gebiet anderer Mitglieder zu folgenden Punkten zu beantworten sowie die entsprechenden Dokumente zur Verfügung zu stellen:

10.1.1 technische Vorschriften, die in seinem Gebiet von Stellen der Zentralregierung oder einer lokalen Regierung oder Verwaltung, von nichtstaatlichen Stellen, die durch Gesetz ermächtigt sind, eine technische Vorschrift durchzusetzen, oder von regionalen Normenorganisationen, denen solche Stellen als Mitglieder oder Teilnehmer angehören, angenommen oder entworfen werden;

10.1.2 Normen, die in seinem Gebiet von Stellen der Zentralregierung oder einer lokalen Regierung oder Verwaltung oder von regionalen Normenorganisationen, denen solche Stellen als Mitglieder oder Teilnehmer angehören, angenommen oder entworfen werden;

10.1.3 bestehende oder entworfenen Konformitätsbewertungsverfahren, die in seinem Gebiet von Stellen der Zentralregierung oder einer lokalen Regierung oder Verwaltung, von nichtstaatlichen Stellen, die durch Gesetz ermächtigt sind, eine technische Vorschrift durchzusetzen, oder von regionalen Stellen, denen diese Stellen als Mitglieder oder Teilnehmer angehören, durchgeführt werden;

10.1.4 die Mitgliedschaft oder Teilnahme des Mitglieds oder der zuständigen Stellen der Zentralregierung oder einer lokalen Regierung oder Verwaltung in seinem Gebiet in internationalen und regionalen Normenorganisationen und Konformitätsbewertungssystemen sowie in bilateralen und multilateralen Übereinkünfte im Rahmen dieses Übereinkommens; die Auskunftsstelle muß ebenfalls in der Lage sein, angemessene Angaben über die Einzelheiten solcher Systeme und Übereinkünfte zu machen;

10.1.5 die Stellen, an denen Bekanntmachungen gemäß diesem Übereinkommen veröffentlicht werden, oder Angaben darüber, wo die entsprechenden Informationen erhältlich sind;

10.1.6 den Standort der Auskunftsstellen gemäß Absatz 3.

10.2 Wird jedoch von einem Mitglied aus rechtlichen oder verwaltungstechnischen Gründen mehr als eine Auskunftsstelle eingerichtet, so stellt dieses Mitglied den anderen Mitgliedern vollständige und eindeutige Informationen über den Zuständigkeitsbereich jeder dieser Auskunftsstellen zur Verfügung. Außerdem stellt dieses Mitglied sicher, daß an eine unzuständige Auskunftsstelle gerichtete Anfragen unverzüglich an die zuständige Auskunftsstelle weitergeleitet werden.

10.3 Jedes Mitglied trifft die ihm zur Verfügung stehenden geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß es eine oder mehrere Auskunftsstellen gibt, die in der Lage sind, alle sinnvollen Anfragen anderer Mitglieder oder interessierter Parteien im Gebiet anderer Mitglieder zu folgenden Punkten zu beantworten sowie die entsprechenden Dokumente oder Angaben darüber, wo diese Dokumente erhältlich sind, zur Verfügung zu stellen:

10.3.1 alle Normen, die in seinem Gebiet von nichtstaatlichen Normenorganisationen oder von regionalen Normenorganisationen, denen diese Stellen als Mitglieder oder Teilnehmer angehören, angenommen oder entworfen werden;

10.3.2 alle bestehenden oder entworfenen Konformitätsbewertungsverfahren, die in seinem Gebiet von nichtstaatlichen Stellen oder regionalen Stellen, denen diese Stellen als Mitglieder oder Teilnehmer angehören, durchgeführt werden;

10.3.3 die Mitgliedschaft oder Teilnahme einschlägiger nichtstaatlicher Stellen in seinem Gebiet in internationalen und regionalen Normenorganisationen und Konformitätsbewertungssystemen sowie in bilateralen und multilateralen Übereinkünfte im

Rahmen dieses Übereinkommens ; die Auskunftsstelle muß ebenfalls in der Lage sein, angemessene Angaben über die Einzelheiten solcher Systeme und Übereinkünfte zu machen.

10.4 Die Mitglieder treffen die ihnen zur Verfügung stehenden geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß Kopien von Dokumenten, die von anderen Mitgliedern oder interessierten Parteien im Gebiet anderer Mitglieder gemäß diesem Übereinkommen beantragt werden, zum selben Preis (sofern nicht unentgeltlich) zur Verfügung gestellt werden wie den Staatsangehörigen¹ des betreffenden Mitglieds und jedes anderen Mitglieds.

10.5 Die Industrieland-Mitglieder stellen auf Ersuchen anderer Mitglieder Übersetzungen der von einer bestimmten Notifikation erfaßten Dokumente oder, im Falle umfangreicher Dokumente, von Zusammenfassungen davon in englischer, französischer oder spanischer Sprache zur Verfügung.

10.6 Wenn das Sekretariat Notifikationen gemäß diesem Übereinkommen erhält, übermittelt es Kopien dieser Notifikationen an alle Mitglieder sowie an alle interessierten internationalen Normenorganisationen und Konformitätsbewertungsstellen und lenkt die Aufmerksamkeit der Entwicklungsland-Mitglieder auf alle Notifikationen, die Waren von besonderem Interesse für sie betreffen.

10.7 Hat ein Mitglied mit einem oder mehreren anderen Ländern eine Übereinkunft über Fragen betreffend technische Vorschriften, Normen oder Konformitätsbewertungsverfahren erzielt, die erhebliche Auswirkungen auf den Handel haben kann, so wird mindestens eines der Mitglieder, die Vertragspartei dieser Übereinkunft sind, den anderen Mitgliedern über das Sekretariat die von der Übereinkunft erfaßten Waren mit einer kurzen Beschreibung der Übereinkunft notifizieren. Die betroffenen Mitglieder werden ermutigt, auf Ersuchen in Konsultationen mit anderen Mitgliedern einzutreten, um ähnliche Übereinkünfte zu schließen oder ihre Teilnahme an solchen Übereinkünften zu regeln.

10.8 Dieses Übereinkommen verpflichtet ein Mitglied nicht dazu,

10.8.1 Texte in anderen Sprachen als derjenigen des Mitglieds zu veröffentlichen;

10.8.2 Einzelheiten oder Kopien von Entwürfen in anderen Sprachen als derjenigen des Mitglieds zur Verfügung zu stellen, ausgenommen gemäß Absatz 5;

10.8.3 Angaben zu liefern, deren Preisgabe seiner Meinung nach seinen wesentlichen Sicherheitsinteressen zuwiderläuft.

10.9 Die Notifikationen an das Sekretariat erfolgen in englischer, französischer oder spanischer Sprache.

10.10 Die Mitglieder bezeichnen eine einzige Behörde der Zentralregierung, die auf innerstaatlicher Ebene für die Durchführung der Bestimmungen über die Notifikationsverfahren gemäß diesem Übereinkommen ausgenommen der Bestimmungen des Anhangs 3 verantwortlich ist.

10.11 Ist jedoch aus rechtlichen oder verwaltungstechnischen Gründen die Verantwortung für Notifikationsverfahren auf zwei oder mehrere Behörden der Zentralregierung verteilt, so stellt das betreffende Mitglied den anderen Mitgliedern vollständige und eindeutige Informationen über den Zuständigkeitsbereich jeder dieser Behörden zur Verfügung.

Artikel 11

Technische Unterstützung für andere Mitglieder

11.1 Die Mitglieder beraten auf Ersuchen andere Mitglieder, vor allem Entwicklungsland-Mitglieder, bei der Ausarbeitung technischer Vorschriften.

¹ "Staatsangehörige" sind in diesem Zusammenhang im Falle eines besonderen Zollgebiets, das Mitglied der WTO ist, natürliche oder juristische Personen mit Wohnsitz oder Sitz oder mit einer tatsächlichen und effektiven Gewerbe- oder Handelsniederlassung in diesem Zollgebiet.

11.2 Die Mitglieder beraten auf Ersuchen andere Mitglieder, vor allem Entwicklungsland-Mitglieder, und gewähren ihnen zu gegenseitig vereinbarten Modalitäten und Bedingungen technische Unterstützung bei der Errichtung nationaler Normenorganisationen und bei der Teilnahme an internationalen Normenorganisationen; sie ermutigen ihre nationalen Normenorganisationen, das gleiche zu tun.

11.3 Die Mitglieder treffen auf Ersuchen die ihnen zur Verfügung stehenden geeigneten Maßnahmen, damit die vorschriftensetzenden Stellen in ihrem Gebiet andere Mitglieder, vor allem Entwicklungsland-Mitglieder, beraten und ihnen zu gegenseitig vereinbarten Modalitäten und Bedingungen technische Unterstützung gewähren, und zwar in bezug auf

11.3.1 die Errichtung von vorschriftensetzenden Stellen oder Konformitätsbewertungsstellen; und

11.3.2 die Methoden, die für die Einhaltung ihrer technischen Vorschriften am besten geeignet sind.

11.4 Die Mitglieder treffen auf Ersuchen die ihnen zur Verfügung stehenden geeigneten Maßnahmen, um andere Mitglieder, vor allem Entwicklungsland-Mitglieder, zu beraten und ihnen zu gegenseitig vereinbarten Modalitäten und Bedingungen technische Unterstützung zu gewähren bei der Errichtung von Stellen für die Bewertung der Übereinstimmung mit Normen, die im Gebiet des ersuchenden Mitglieds angenommen worden sind.

11.5 Die Mitglieder beraten auf Ersuchen andere Mitglieder, vor allem Entwicklungsland-Mitglieder, und gewähren ihnen zu gegenseitig vereinbarten Modalitäten und Bedingungen technische Unterstützung in bezug auf Maßnahmen, die ihre Hersteller treffen sollten, wenn sie Zugang zu den Konformitätsbewertungssystemen staatlicher oder nichtstaatlicher Stellen im Gebiet des ersuchten Mitglieds erhalten wollen.

11.6 Mitglieder, die Mitglied oder Teilnehmer internationaler oder regionaler Konformitätsbewertungssysteme sind, beraten auf Ersuchen andere Mitglieder, vor allem Entwicklungsland-Mitglieder, und gewähren ihnen zu gegenseitig vereinbarten Modalitäten und Bedingungen technische Unterstützung bei der Errichtung des Verwaltungs- und Rechtsrahmens, der es ihnen ermöglichen würde, die Verpflichtungen der Mitgliedschaft oder Teilnahme an solchen Systemen zu erfüllen.

11.7 Die Mitglieder ermutigen auf Ersuchen die Stellen in ihren Gebieten, die Mitglied oder Teilnehmer internationaler oder regionaler Konformitätsbewertungssysteme sind, andere Mitglieder, vor allem Entwicklungsland-Mitglieder, zu beraten; sie sollen Ersuchen von Mitgliedern um technische Unterstützung bei der Errichtung eines Verwaltungsrahmens, der es den zuständigen Stellen in ihren Gebieten ermöglichen würde, die Verpflichtungen der Mitgliedschaft oder Teilnahme zu erfüllen, in Betracht ziehen.

11.8 Bei der Beratung und technischen Unterstützung anderer Mitglieder im Sinne der Absätze 1 bis 7 behandeln die Mitglieder die Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Mitglieder vorrangig.

Artikel 12

Besondere und differenzierte Behandlung von Entwicklungsland-Mitgliedern

12.1 Die Mitglieder gewähren den Entwicklungsland-Mitgliedern dieses Übereinkommens aufgrund der folgenden Bestimmungen sowie aufgrund der einschlägigen Bestimmungen anderer Artikel dieses Übereinkommens eine differenzierte und günstigere Behandlung.

12.2 Die Mitglieder schenken den Bestimmungen dieses Übereinkommens betreffend die Rechte und Pflichten der Entwicklungsland-Mitglieder besondere Aufmerksamkeit und ziehen bei der Durchführung dieses Übereinkommens auf innerstaatlicher Ebene wie auch bei der Handhabung der institutionellen Vereinbarungen dieses Übereinkommens die besonderen Entwicklungs-, Finanz- und Handelsbedürfnisse der Entwicklungsland-Mitglieder in Betracht.

12.3 Die Mitglieder berücksichtigen bei der Ausarbeitung und Anwendung technischer Vorschriften, Normen und Konformitätsbewertungsverfahren die besonderen Entwicklungs-, Finanz- und Handelsbedürfnisse der Entwicklungsland-Mitglieder, um sicherzustellen, daß solche technischen

Vorschriften, Normen und Konformitätsbewertungsverfahren keine unnötigen Hemmnisse für die Ausföhren von Entwicklungsland-Mitgliedern schaffen.

12.4 Die Mitglieder erkennen an, daß Entwicklungsland-Mitglieder auch dann, wenn möglicherweise internationale Normen, Richtlinien und Empfehlungen bestehen, angesichts ihrer besonderen technologischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen gewisse technische Vorschriften, Normen oder Konformitätsbewertungsverfahren mit dem Ziel annehmen, die einheimische Technologie und die ihren Entwicklungsbedürfnissen entsprechenden Produktionsmethoden und Verfahren zu erhalten. Die Mitglieder erkennen daher an, daß von Entwicklungsland-Mitgliedern nicht erwartet werden soll, daß sie internationale Normen, die ihren Entwicklungs-, Finanz- und Handelsbedürfnissen nicht angepaßt sind, als Grundlage für ihre technischen Vorschriften oder Normen einschließlich der Prüfmethöden verwenden.

12.5 Die Mitglieder treffen die ihnen zur Verfügung stehenden geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß internationale Normenorganisationen und internationale Konformitätsbewertungssysteme in einer Weise organisiert und geführt werden, die eine aktive und repräsentative Teilnahme der zuständigen Stellen aller Mitglieder erleichtert, wobei die besonderen Probleme der Entwicklungsland-Mitglieder in Betracht gezogen werden.

12.6 Die Mitglieder treffen die ihnen zur Verfügung stehenden geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß internationale Normenorganisationen auf Ersuchen von Entwicklungsland-Mitgliedern die Möglichkeit prüfen, internationale Normen für Waren von besonderem Interesse für Entwicklungsland-Mitglieder zu schaffen, und, soweit möglich, solche Normen ausarbeiten.

12.7 Die Mitglieder gewähren nach Artikel 11 Entwicklungsland-Mitgliedern technische Unterstützung, um sicherzustellen, daß die Ausarbeitung und Anwendung technischer Vorschriften, Normen und Konformitätsbewertungsverfahren keine unnötigen Hemmnisse für die Ausweitung und Diversifizierung der Ausföhren der Entwicklungsland-Mitglieder schaffen. Bei der Festlegung der Modalitäten und Bedingungen der technischen Unterstützung wird der Entwicklungsstand der ersuchenden Mitglieder, vor allem der am wenigsten entwickelten Mitglieder, berücksichtigen.

12.8 Es wird anerkannt, daß Entwicklungsland-Mitglieder bei der Ausarbeitung und Anwendung technischer Vorschriften, Normen und Konformitätsbewertungsverfahren besonderen Problemen einschließlich institutioneller und infrastruktureller Problemen gegenüberstehen können. Es wird ferner anerkannt, daß die besonderen Entwicklungs- und Handelsbedürfnisse der Entwicklungsland-Mitglieder sowie der Stand ihrer technologischen Entwicklung diese Mitglieder daran hindern kann, ihre Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen in vollem Umfang zu erfüllen. Die Mitglieder ziehen daher diese Tatsache voll in Betracht. Um sicherzustellen, daß die Entwicklungsland-Mitglieder dieses Übereinkommen einhalten können, ist somit der in Artikel 13 vorgesehene Ausschuß "Technische Handelshemmnisse" (in diesem Übereinkommen "Ausschuß" genannt) ermächtigt, auf Ersuchen besondere zeitlich begrenzte vollständige oder teilweise Ausnahmen von den Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen zu gewähren. Bei der Prüfung derartiger Ersuchen zieht der Ausschuß die besonderen Probleme bei der Ausarbeitung und Anwendung technischer Vorschriften, Normen und Konformitätsbewertungsverfahren ebenso in Betracht wie die besonderen Entwicklungs- und Handelsbedürfnisse des Entwicklungsland-Mitglieds und den Stand seiner technologischen Entwicklung, die dieses Mitglied daran hindern können, seine Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen voll zu erfüllen. Der Ausschuß zieht vor allem die besonderen Probleme der am wenigsten entwickelten Mitglieder in Betracht.

12.9 Bei Konsultationen behalten die Industrieland-Mitglieder die besonderen Schwierigkeiten im Auge, die sich für Entwicklungsland-Mitglieder bei der Ausarbeitung und Anwendung von Normen, technischen Vorschriften und Konformitätsbewertungsverfahren ergeben; in dem Wunsch, die Entwicklungsland-Mitglieder bei ihren Bemühungen auf diesem Gebiet zu unterstützen, berücksichtigen die Industrieland-Mitglieder die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsland-Mitglieder auf dem Gebiet der Finanzierung, des Handels und der Entwicklung.

12.10 Der Ausschuß überprüft in regelmäßigen Zeitabständen die in diesem Übereinkommen festgelegte besondere und differenzierte Behandlung, die den Entwicklungsland-Mitgliedern auf nationaler und internationaler Ebene gewährt wird.

INSTITUTIONEN, KONSULTATIONEN UND STREITBEILEGUNG

*Artikel 13**Ausschuß "Technische Handelshemmnisse"*

13.1 Es wird ein Ausschuß "Technische Handelshemmnisse" eingesetzt, der aus Vertretern jedes Mitglieds besteht. Der Ausschuß wählt seinen Vorsitzenden und tagt bei Bedarf, mindestens aber einmal im Jahr, um den Mitgliedern die Möglichkeit zu bieten, sich über alle Angelegenheiten, die die Durchführung dieses Übereinkommens oder die Förderung seiner Ziele betreffen, zu beraten; er erfüllt ferner die Aufgaben, die ihm nach diesem Übereinkommen oder von den Mitgliedern zugewiesen werden.

13.2 Der Ausschuß setzt nach Bedarf Arbeitsgruppen oder andere Gruppen ein, welche die Aufgaben erfüllen, die ihnen vom Ausschuß gemäß den einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens zugewiesen werden.

13.3 Es besteht Einvernehmen darüber, daß eine unnötige Doppelgleisigkeit der Tätigkeit im Rahmen dieses Übereinkommens und der Tätigkeit der Regierungen in anderen technischen Institutionen vermieden werden soll. Der Ausschuß untersucht dieses Problem, um eine solche Doppelgleisigkeit auf ein Mindestmaß zu beschränken.

*Artikel 14**Konsultationen und Streitbeilegung*

14.1 Konsultationen und Streitbeilegung im Zusammenhang mit allen die Durchführung dieses Übereinkommens berührenden Angelegenheiten finden unter der Schirmherrschaft des Streitbeilegungsorgans statt und unterliegen mutatis mutandis den Artikeln XXII und XXIII des GATT 1994, ergänzt und ausgelegt durch die Streitbeilegungsvereinbarung.

14.2 Eine Sondergruppe (Panel) kann auf Ersuchen einer Streitpartei oder von sich aus eine technische Sachverständigungsgruppe einsetzen, um in Fragen technischer Natur, die eine eingehende Prüfung durch Sachverständige erfordern, Unterstützung zu gewähren.

14.3 Für technische Sachverständigengruppen gelten die in Anhang 2 aufgeführten Verfahren.

14.4 Ein Mitglied kann sich auf die vorstehenden Streitbeilegungsbestimmungen berufen, wenn es der Ansicht ist, daß ein anderes Mitglied keine zufriedenstellenden Ergebnisse im Sinne der Artikel 3, 4, 7, 8 und 9 erzielt hat und seine Handelsinteressen erhebliche beeinträchtigt werden. In dieser Hinsicht müssen solche Ergebnisse denjenigen gleichwertig sein, als ob die betreffende Stelle Mitglied wäre.

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

*Artikel 15**Schlußbestimmungen**Vorbehalte*

15.1 Vorbehalte gegen Bestimmungen dieses Übereinkommens dürfen nur mit Zustimmung der anderen Mitglieder gemacht werden.

Überprüfung

15.2 Jedes Mitglied teilt dem Ausschuß innerhalb kürzester Frist nach dem Tag, an dem das WTO-Abkommen für dieses Mitglied in Kraft getreten ist, die Maßnahmen mit, die bestehen oder getroffen werden, um die Durchführung und Verwaltung dieses Übereinkommens sicherzustellen. Alle späteren Änderungen solcher Maßnahmen werden dem Ausschuß gleichfalls notifiziert.

15.3 Der Ausschuß überprüft jährlich die Durchführung und Handhabung dieses Übereinkommens unter Berücksichtigung der damit verfolgten Ziele.

15.4 Der Ausschuß überprüft spätestens am Ende des dritten Jahres nach Inkrafttreten des WTO-Abkommens und sodann jeweils am Ende jedes Dreijahreszeitraums die Handhabung und Durchführung dieses Übereinkommens einschließlich der Bestimmungen über die Transparenz mit dem Ziel, eine Anpassung der Rechte und Pflichten aus diesem Übereinkommen zu empfehlen, sofern dies unbeschadet des Artikels 12 zur Sicherstellung gegenseitiger wirtschaftlicher Vorteile und des Gleichgewichts der Rechte und Pflichten notwendig ist. Unter anderem im Hinblick auf die bei der Durchführung dieses Übereinkommens gewonnenen Erfahrungen wird der Ausschuß dem Rat für Warenverkehr, soweit zweckmäßig, Änderungen des Wortlauts dieses Übereinkommens vorschlagen.

Anhänge

15.5 Die Anhänge sind Bestandteil dieses Übereinkommens.

ANHANG 1

BEGRIFFE UND DEFINITIONEN FÜR DIE ZWECKE DIESES ÜBEREINKOMMENS

Die Begriffe, die in dem ISO/IEC-Leitfaden 2 "Allgemeine Begriffe im Bereich der Normung und verwandter Tätigkeiten und ihre Definitionen" (6. Auflage, 1991) erfaßt sind, haben in diesem Übereinkommen die Bedeutung, die der Definition in dem Leitfaden entspricht, wobei zu berücksichtigen ist, daß Dienstleistungen aus dem Geltungsbereich dieses Übereinkommens ausgenommen sind.

Für die Zwecke dieses Übereinkommens gelten jedoch die folgenden Definitionen:

1. Technische Vorschrift

Ein Dokument, das Merkmale eines Produkts oder die entsprechenden Verfahren und Produktionsmethoden einschließlich der anwendbaren Verwaltungsbestimmungen festlegt, deren Einhaltung zwingend vorgeschrieben ist. Es kann unter anderem oder ausschließlich Festlegungen über Terminologie, Bildzeichen sowie Verpackungs-, Kennzeichnungs- oder Beschriftungserfordernisse für ein Produkt, ein Verfahren oder eine Produktionsmethode enthalten.

Erläuternde Bemerkung

Die Definition in dem ISO/IEC-Leitfaden 2 ist nicht eigenständig zu verwenden, sondern beruht auf dem sogenannten "Bausteinsystem".

2. Norm

Ein von einer anerkannten Stelle angenommenes Dokument, das zur allgemeinen und wiederholten Anwendung Regeln, Richtlinien oder Merkmale für ein Produkt oder die entsprechenden Verfahren oder Produktionsmethoden festlegt, deren Einhaltung nicht zwingend vorgeschrieben ist. Es kann unter anderem oder ausschließlich Festlegungen über Terminologie, Bildzeichen sowie Verpackungs-, Kennzeichnungs- oder Beschriftungserfordernisse für ein Produkt, ein Verfahren oder eine Produktionsmethode enthalten.

Erläuternde Bemerkung

Die Definitionen in dem ISO/IEC-Leitfaden 2 erfassen Produkte, Verfahren und Dienstleistungen. Dieses Übereinkommen erfaßt nur technische Vorschriften, Normen und Konformitätsbewertungsverfahren in bezug auf Produkte oder Verfahren und Produktionsmethoden. Normen im Sinne des ISO/IEC-Leitfadens 2 können verbindlich oder freiwillig sein. Für die Zwecke dieses Übereinkommens werden Normen als freiwillig und technische Vorschriften als verbindlich definiert. Von der internationalen Normungsgemeinschaft ausgearbeitete Normen gründen sich auf Konsens. Dieses Übereinkommen erfaßt auch Dokumente, die sich nicht auf Konsens gründen.

3. Konformitätsbewertungsverfahren

Jedes Verfahren, das mittelbar oder unmittelbar der Feststellung dient, daß einschlägige Erfordernisse in technischen Vorschriften oder Normen erfüllt sind.

Erläuternde Bemerkung:

Konformitätsbewertungsverfahren schließen unter anderem Verfahren für Probenahme, Prüfung und Kontrolle, Bewertung, Nachprüfung und Bescheinigung der Konformität, Registrierung, Akkreditierung und Genehmigung sowie Kombinationen solcher Verfahren ein.

4. Internationale Organisation oder internationales System

Eine Organisation oder ein System, der bzw. dem zuständige Stellen zumindest aller Mitglieder beitreten können.

5. Regionale Organisation oder regionales System

Eine Organisation oder ein System, der bzw. dem zuständige Stellen nur einiger Mitglieder beitreten können.

6. Stelle der Zentralregierung

Die Zentralregierung, ihre Ministerien und Abteilungen oder jede andere Stelle, die in bezug auf die betreffende Tätigkeit der Aufsicht der Zentralregierung untersteht.

Erläuternde Bemerkung:

Im Fall der Europäischen Gemeinschaften finden die Bestimmungen über die Zentralregierung Anwendung. Es können jedoch regionale Organisationen oder Konformitätsbewertungssysteme innerhalb der Europäischen Gemeinschaften errichtet werden, welche dann den Bestimmungen dieses Übereinkommens betreffend regionale Organisationen oder Konformitätsbewertungssysteme unterliegen.

7. Stellen einer lokalen Regierung oder Verwaltung

Eine Regierung oder Verwaltung, die keine Zentralregierung ist (z.B. Mitglieder eines Bundesstaats, Provinzen, Bundesländer, Kantone, Gemeinden, usw.), ihre Ministerien oder Abteilungen oder jede andere Stelle, die in bezug auf die betreffende Tätigkeit der Aufsicht dieser Regierung oder Verwaltung untersteht

8. Nichtstaatliche Stelle

Eine Stelle, die keine Stelle einer Zentralregierung und keine Stelle einer lokalen Regierung oder Verwaltung oder Verwaltung ist, einschließlich einer nichtstaatlichen Stelle, die durch Gesetz ermächtigt ist, eine technische Vorschrift durchzusetzen.

ANHANG 2

TECHNISCHE SACHVERSTÄNDIGENGRUPPEN

Die folgenden Verfahren gelten für die nach Artikel 14 eingesetzten technischen Sachverständigengruppen.

1. Technische Sachverständigengruppen stehen unter der Aufsicht der Sondergruppe. Ihr Mandat und die Einzelheiten ihrer Arbeitsverfahren werden von der Sondergruppe beschlossen, der sie Bericht erstatten.
2. Die Teilnahme an technischen Sachverständigengruppen ist auf Personen beschränkt, die auf dem fraglichen Gebiet als Fachleute anerkannt sind und Erfahrungen besitzen.
3. Staatsangehörige der Streitparteien dürfen ohne gemeinsame Zustimmung der Streitparteien nicht Mitglieder einer technischen Sachverständigengruppe sein, es sei denn, daß die Sondergruppe unter besonderen Umständen befindet, daß der benötigte wissenschaftliche Sachverstand auf andere Weise nicht gewährleistet werden kann. Beamte der Streitparteien dürfen nicht Mitglieder einer technischen Sachverständigengruppe sein. Die Mitglieder einer technischen Sachverständigengruppe handeln in ihrer persönlichen Eigenschaft und nicht als Regierungsvertreter oder Vertreter einer Organisation. Regierungen oder Organisationen dürfen ihnen daher keine Weisungen in bezug auf die in einer technischen Sachverständigengruppe behandelten Fragen erteilen.
4. Technische Sachverständigengruppen können Konsultationen durchführen und Informationen und technische Gutachten aus jeder ihnen geeignet erscheinenden Quelle einholen. Bevor eine technische Sachverständigengruppe solche Informationen oder Gutachten aus einer der Rechtsprechung eines Mitglieds unterliegenden Quelle einholt, setzt sie die Regierung dieses Mitglieds davon in Kenntnis. Jedes Mitglied

beantwortet unverzüglich und vollständig jedes Ersuchen einer technischen Sachverständigengruppe um die von ihr für notwendig und angemessen erachteten Auskünfte.

5. Die Streitparteien haben Zugang zu allen einer technischen Sachverständigengruppe erteilten einschlägigen Auskünften, sofern diese nicht vertraulicher Natur sind. Der technischen Sachverständigengruppe erteilte vertrauliche Auskünfte dürfen ohne förmliche Zustimmung der diese Auskunft erteilenden Regierung, Organisation oder Person nicht preisgegeben werden. Wird von der technischen Sachverständigengruppe eine Auskunft verlangt, die sie nicht preisgeben darf, so stellt die Regierung, Organisation oder Person, die die Auskunft erteilt hat, eine nicht vertrauliche Zusammenfassung zur Verfügung.

6. Die technische Sachverständigengruppe unterbreitet den betreffenden Mitgliedern einen Berichtsentwurf, um deren Bemerkungen einzuholen, und wird diese Bemerkungen im Schlußbericht gegebenenfalls berücksichtigen; dieser Bericht wird auch den betreffenden Mitgliedern zugeleitet, wenn er der Sondergruppe unterbreitet wird.

ANHANG 3

VERHALTENSKODEX FÜR DIE AUSARBEITUNG, ANNAHME UND ANWENDUNG VON NORMEN

Allgemeine Bestimmungen

- A. Für die Zwecke dieses Kodex gelten die Definitionen in Anhang 1 dieses Übereinkommens.
- B. Dieser Kodex liegt für alle Normenorganisationen im Gebiet eines Mitglieds der WTO unabhängig davon, ob es sich um Stellen der Zentralregierung, Stellen einer lokalen Regierung oder Verwaltung oder nichtstaatliche Stellen handelt, zur Annahme auf, ferner für staatliche regionale Normenorganisationen, wenn eines oder mehrere ihrer Mitglieder Mitglieder der WTO sind, sowie für nichtstaatliche regionale Normenorganisationen, wenn eines oder mehrere ihrer Mitglieder ihren Sitz im Gebiet eines Mitglieds der WTO haben (im folgenden zusammengefaßt "Normenorganisationen" bzw. einzeln "Normenorganisation" genannt).
- C. Normenorganisationen, die diesen Kodex angenommen haben oder davon zurückgetreten sind, notifizieren diesen Umstand dem ISO/IEC-Informationszentrum in Genf. Die Notifikation enthält den Namen und die Anschrift der betreffenden Stelle und den Umfang ihrer gegenwärtigen und zu erwartenden Normungstätigkeiten. Die Notifikation erfolgt entweder unmittelbar an das ISO/IEC-Informationszentrum, durch die nationale Stelle, die Mitglied der ISO/IEC ist, oder - vorzugsweise - durch das zuständige nationale Mitglied beziehungsweise das internationale Mitglied von ISONET.

MATERIELLE BESTIMMUNGEN

- D. In bezug auf Normen gewähren die Normenorganisationen Waren mit Ursprung im Gebiet eines anderen Mitglieds der WTO keine weniger günstige Behandlung als gleichartigen Waren nationalen Ursprungs und gleichartigen Waren mit Ursprung in einem anderen Land.
- E. Die Normenorganisationen stellen sicher, daß Normen nicht in der Absicht oder mit der Wirkung ausgearbeitet, angenommen oder angewendet werden, unnötige Hemmnisse für den internationalen Handel zu schaffen.
- F. Sofern einschlägige internationale Normen bestehen oder deren Fertigstellung unmittelbar bevorsteht, verwendet die Normenorganisation diese oder die einschlägigen Teile derselben als Grundlage für die Normen, die sie entwickelt, es sei denn, diese internationalen Normen oder die einschlägigen Teile derselben wären unwirksam oder ungeeignet, zum Beispiel wegen eines ungenügenden Schutzniveaus oder wegen grundlegender klimatischer oder geographischer Faktoren oder grundlegender technologischer Probleme.
- G. Die Normenorganisation beteiligt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten und mit dem Ziel, eine möglichst weitgehende Harmonisierung der Normen zu erreichen, voll und ganz an der Ausarbeitung internationaler Normen durch die einschlägigen internationalen Normenorganisationen, wenn sie für den betreffenden Gegenstand Normen ausgearbeitet hat oder die Ausarbeitung von Normen beabsichtigt. Die Teilnahme von Normenorganisationen im Gebiet eines Mitglieds an einer bestimmten internationalen Normungstätigkeit erfolgt soweit möglich durch eine Delegation aller Normenorganisationen in diesem Gebiet, die für den Gegenstand, auf den sich die internationale Normungstätigkeit bezieht, Normen angenommen haben oder anzunehmen beabsichtigen.
- H. Die Normenorganisation im Gebiet eines Mitglieds unternimmt jede Anstrengung, um Doppelgleisigkeit oder Überschneidungen mit der Arbeit anderer nationaler Normenorganisationen oder mit der Arbeit einschlägiger internationaler Normenorganisationen zu vermeiden. Sie unternehmen auch jede Anstrengung, um einen nationalen Konsens über die Normen, die sie entwickeln, zu erreichen. Die regionalen Normenorganisationen unternehmen jede Anstrengung, um Doppelgleisigkeit oder Überschneidungen mit der Arbeit einschlägiger internationaler Normenorganisationen zu vermeiden.
- I. Soweit angebracht, umschreibt die Normenorganisation die Normen eher in bezug auf die Grauchstauglichkeit als in bezug auf Konstruktion oder beschreibende Merkmale.

J. Mindestens einmal alle sechs Monate veröffentlicht die Normenorganisation ein Arbeitsprogramm mit ihrem Namen und ihrer Anschrift, den Normen, deren Ausarbeitung im Gange ist, und den Normen, die sie im vorangegangenen Zeitraum angenommen hat. Eine Norm gilt als in Ausarbeitung von dem Zeitpunkt, zu dem die Entscheidung getroffen wurde, eine Norm zu entwickeln, bis zu ihrer Annahme. Die Titel einzelner Norm-Entwürfe werden auf Ersuchen in englischer, französischer oder spanischer Sprache zur Verfügung gestellt. Eine Mitteilung über das Bestehen des Arbeitsprogramms wird in einem nationalen oder gegebenenfalls regionalen Publikationsorgan für Normungstätigkeiten veröffentlicht.

Das Arbeitsprogramm enthält für jede Norm gemäß den ISONET-Regeln Angaben über die den Gegenstand betreffende Klassifikation, den Stand der Entwicklung der Norm und die Verweisungen auf internationale Normen, die als Grundlage herangezogen wurden. Spätestens zum Zeitpunkt der Veröffentlichung ihres Arbeitsprogramms notifiziert die Normenorganisation dessen Bestehen dem ISO/IEC-Informationszentrum in Genf.

Die Notifikation enthält den Namen und die Anschrift der Normenorganisation, den Namen und Nummer des Publikationsorgans, in dem das Arbeitsprogramm veröffentlicht ist, den Zeitraum, für den das Arbeitsprogramm gilt, sowie gegebenenfalls Angaben darüber, zu welchem Preis (sofern nicht unentgeltlich), wie und wo es erhältlich ist. Die Notifikation wird gegebenenfalls unmittelbar, vorzugsweise jedoch über das zuständige nationale Mitglied oder das internationale Mitglied von ISONET an das ISO/IEC-Informationszentrum gerichtet.

K. Das nationale Mitglied der ISO/IEC wird jede Anstrengung unternehmen, um Mitglied von ISONET zu werden oder eine andere Stelle zu beauftragen, Mitglied zu werden, und die möglichst weitgehende Form der ISONET-Mitgliedschaft zu erlangen. Andere Normenorganisationen werden jede Anstrengung unternehmen, sich mit dem ISONET-Mitglied zu assoziieren.

L. Vor Annahme einer Norm räumt die Normenorganisation eine Frist von mindestens 60 Tagen ein, damit interessierte Parteien im Gebiet eines Mitglieds der WTO Bemerkungen zu dem Norm-Entwurf vorlegen können. Diese Frist kann jedoch in Fällen, in denen dringende Sicherheits-, Gesundheits- oder Umweltprobleme entstehen oder zu entstehen drohen, verkürzt werden. Spätestens zu Beginn der Frist für Bemerkungen veröffentlicht die Normenorganisation in dem in Absatz J genannten Publikationsorgan eine Bekanntmachung über den Beginn dieser Frist. In dieser Bekanntmachung ist, soweit möglich, anzugeben, ob der Norm-Entwurf von einschlägigen internationalen Normen abweicht.

M. Auf Ersuchen jeder interessierten Partei im Gebiet eines Mitglieds der WTO wird die Normenorganisation unverzüglich eine Kopie des Norm-Entwurfs, den sie für Bemerkungen unterbreitet hat, zur Verfügung stellen oder Vorsorge hierfür treffen. Alle für diese Dienstleistung in Rechnung gestellten Gebühren mit Ausnahme der reinen Versandkosten sind für in- und ausländische Parteien gleich.

N. Die Normenorganisation zieht bei der weiteren Ausarbeitung der Norm die innerhalb der Frist für Bemerkungen eingegangenen Bemerkungen in Betracht. Bemerkungen von Normenorganisationen, die diesen Verhaltenskodex angenommen haben, werden auf Ersuchen so rasch wie möglich beantwortet. Die Antwort enthält eine Erläuterung, warum eine Abweichung von einschlägigen internationalen Normen notwendig ist.

O. Wenn eine Norm angenommen worden ist, wird sie unverzüglich veröffentlicht.

P. Auf Ersuchen jeder interessierten Partei im Gebiet eines Mitglieds der WTO wird die Normenorganisation unverzüglich eine Kopie ihres jüngsten Arbeitsprogramms oder einer von ihr festgelegten Norm zur Verfügung stellen oder Vorsorge hierfür treffen. Alle für diese Dienstleistung in Rechnung gestellten Gebühren mit Ausnahme der reinen Versandkosten sind für in- und ausländische Parteien gleich.

Q. Die Normenorganisation wird Konsultationen über Darlegungen von Normenorganisationen, die diesen Verhaltenskodex angenommen haben, wohlwollend in Betracht ziehen und angemessene Gelegenheit für solche Konsultationen bieten. Sie wird jede Anstrengung zur Bereinigung von Beschwerden unternehmen.

AGREEMENT ON TECHNICAL BARRIERS TO TRADE

Members,

Having regard to the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations;

Desiring to further the objectives of GATT 1994;

Recognizing the important contribution that international standards and conformity assessment systems can make in this regard by improving efficiency of production and facilitating the conduct of international trade;

Desiring therefore to encourage the development of such international standards and conformity assessment systems;

Desiring however to ensure that technical regulations and standards, including packaging, marking and labelling requirements, and procedures for assessment of conformity with technical regulations and standards do not create unnecessary obstacles to international trade;

Recognizing that no country should be prevented from taking measures necessary to ensure the quality of its exports, or for the protection of human, animal or plant life or health, of the environment, or for the prevention of deceptive practices, at the levels it considers appropriate, subject to the requirement that they are not applied in a manner which would constitute a means of arbitrary or unjustifiable discrimination between countries where the same conditions prevail or a disguised restriction on international trade, and are otherwise in accordance with the provisions of this Agreement;

Recognizing that no country should be prevented from taking measures necessary for the protection of its essential security interest;

Recognizing the contribution which international standardization can make to the transfer of technology from developed to developing countries;

Recognizing that developing countries may encounter special difficulties in the formulation and application of technical regulations and standards and procedures for assessment of conformity with technical regulations and standards, and desiring to assist them in their endeavours in this regard;

Hereby *agree* as follows:

Article 1

General Provisions

1.1 General terms for standardization and procedures for assessment of conformity shall normally have the meaning given to them by definitions adopted within the United Nations system and by international standardizing bodies taking into account their context and in the light of the object and purpose of this Agreement.

1.2 However, for the purposes of this Agreement the meaning of the terms given in Annex 1 applies.

1.3 All products, including industrial and agricultural products, shall be subject to the provisions of this Agreement.

1.4 Purchasing specifications prepared by governmental bodies for production or consumption requirements of governmental bodies are not subject to the provisions of this Agreement but are addressed in the Agreement on Government Procurement, according to its coverage.

1.5 The provisions of this Agreement do not apply to sanitary and phytosanitary measures as defined in Annex A of the Agreement on the Application of Sanitary and Phytosanitary Measures.

1.6 All references in this Agreement to technical regulations, standards and conformity assessment procedures shall be construed to include any amendments thereto and any additions to the rules or the product coverage thereof, except amendments and additions of an insignificant nature.

TECHNICAL REGULATIONS AND STANDARDS

Article 2

Preparation, Adoption and Application of Technical Regulations by Central Government Bodies

With respect to their central government bodies:

2.1 Members shall ensure that in respect of technical regulations, products imported from the territory of any Member shall be accorded treatment no less favourable than that accorded to like products of national origin and to like products originating in any other country.

2.2 Members shall ensure that technical regulations are not prepared, adopted or applied with a view to or with the effect of creating unnecessary obstacles to international trade. For this purpose, technical regulations shall not be more trade-restrictive than necessary to fulfil a legitimate objective, taking account of the risks non-fulfilment would create. Such legitimate objectives are, *inter alia*: national security requirements; the prevention of deceptive practices; protection of human health or safety, animal or plant life or health, or the environment. In assessing such risks, relevant elements of consideration are, *inter alia*: available scientific and technical information, related processing technology or intended end-uses of products.

2.3 Technical regulations shall not be maintained if the circumstances or objectives giving rise to their adoption no longer exist or if the changed circumstances or objectives can be addressed in a less trade-restrictive manner.

2.4 Where technical regulations are required and relevant international standards exist or their completion is imminent, Members shall use them, or the relevant parts of them, as a basis for their technical regulations except when such international standards or relevant parts would be an ineffective or inappropriate means for the fulfilment of the legitimate objectives pursued, for instance because of fundamental climatic or geographical factors or fundamental technological problems.

2.5 A Member preparing, adopting or applying a technical regulation which may have a significant effect on trade of other Members shall, upon the request of another Member, explain the justification for that technical regulation in terms of the provisions of paragraphs 2 to 4. Whenever a technical regulation is prepared, adopted or applied for one of the legitimate objectives explicitly mentioned in paragraph 2, and is in accordance with relevant international standards, it shall be rebuttably presumed not to create an unnecessary obstacle to international trade.

2.6 With a view to harmonizing technical regulations on as wide a basis as possible, Members shall play a full part, within the limits of their resources, in the preparation by appropriate international standardizing bodies of international standards for products for which they either have adopted, or expect to adopt, technical regulations.

2.7 Members shall give positive consideration to accepting as equivalent technical regulations of other Members, even if these regulations differ from their own, provided they are satisfied that these regulations adequately fulfil the objectives of their own regulations.

2.8 Wherever appropriate, Members shall specify technical regulations based on product requirements in terms of performance rather than design or descriptive characteristics.

2.9 Whenever a relevant international standard does not exist or the technical content of a proposed technical regulation is not in accordance with the technical content of relevant international standards, and if the technical regulation may have a significant effect on trade of other Members, Members shall:

2.9.1 publish a notice in a publication at an early appropriate stage, in such a manner as to enable interested parties in other Members to become acquainted with it, that they propose to introduce a particular technical regulation;

2.9.2 notify other Members through the Secretariat of the products to be covered by the proposed technical regulation, together with a brief indication of its objective and rationale. Such notifications shall take place at an early appropriate stage, when amendments can still be introduced and comments taken into account;

2.9.3 upon request, provide to other Members particulars or copies of the proposed technical regulation and, whenever possible, identify the parts which in substance deviate from relevant international standards;

2.9.4 without discrimination, allow reasonable time for other Members to make comments in writing, discuss these comments upon request, and take these written comments and the results of these discussions into account.

2.10 Subject to the provisions in the lead-in to paragraph 9, where urgent problems of safety, health, environmental protection or national security arise or threaten to arise for a Member, that Member may omit such of the steps enumerated in paragraph 9 as it finds necessary, provided that the Member, upon adoption of a technical regulation, shall:

2.10.1 notify immediately other Members through the Secretariat of the particular technical regulation and the products covered, with a brief indication of the objective and the rationale of the technical regulation, including the nature of the urgent problems;

2.10.2 upon request, provide other Members with copies of the technical regulation;

2.10.3 without discrimination, allow other Members to present their comments in writing, discuss these comments upon request, and take these written comments and the results of these discussions into account.

2.11 Members shall ensure that all technical regulations which have been adopted are published promptly or otherwise made available in such a manner as to enable interested parties in other Members to become acquainted with them.

2.12 Except in those urgent circumstances referred to in paragraph 10, Members shall allow a reasonable interval between the publication of technical regulations and their entry into force in order to allow time for producers in exporting Members, and particularly in developing country Members, to adapt their products or methods of production to the requirements of the importing Member.

Article 3

Preparation, Adoption and Application of Technical Regulations by Local Government Bodies and Non-Governmental Bodies

With respect to their local government and non-governmental bodies within their territories:

3.1 Members shall take such reasonable measures as may be available to them to ensure compliance by such bodies with the provisions of Article 2, with the exception of the obligation to notify as referred to in paragraphs 9.2 and 10.1 of Article 2.

3.2 Members shall ensure that the technical regulations of local governments on the level directly below that of the central government in Members are notified in accordance with the provisions of paragraphs 9.2 and 10.1 of Article 2, noting that notification shall not be required for technical regulations the technical content of which is substantially the same as that of previously notified technical regulations of central government bodies of the Member concerned.

3.3 Members may require contact with other Members, including the notifications, provision of information, comments and discussions referred to in paragraphs 9 and 10 of Article 2, to take place through the central government.

3.4 Members shall not take measures which require or encourage local government bodies or non-governmental bodies within their territories to act in a manner inconsistent with the provisions of Article 2.

3.5 Members are fully responsible under this Agreement for the observance of all provisions of Article 2. Members shall formulate and implement positive measures and mechanisms in support of the observance of the provisions of Article 2 by other than central government bodies.

Article 4

Preparation, Adoption and Application of Standards

4.1 Members shall ensure that their central government standardizing bodies accept and comply with the Code of Good Practice for the Preparation, Adoption and Application of Standards in Annex 3 to this Agreement (referred to in this Agreement as the "Code of Good Practice"). They shall take such reasonable measures as may be available to them to ensure that local government and non-governmental standardizing bodies within their territories, as well as regional standardizing bodies of which they or one or more bodies within their territories are members, accept and comply with this Code of Good Practice. In addition, Members shall not take measures which have the effect of, directly or indirectly, requiring or encouraging such standardizing bodies to act in a manner inconsistent with the Code of Good Practice. The obligations of Members with respect to compliance of standardizing bodies with the provisions of the Code of Good Practice shall apply irrespective of whether or not a standardizing body has accepted the Code of Good Practice.

4.2 Standardizing bodies that have accepted and are complying with the Code of Good Practice shall be acknowledged by the Members as complying with the principles of this Agreement.

CONFORMITY WITH TECHNICAL REGULATIONS AND STANDARDS

Article 5

Procedures for Assessment of Conformity by Central Government Bodies

5.1 Members shall ensure that, in cases where a positive assurance of conformity with technical regulations or standards is required, their central government bodies apply the following provisions to products originating in the territories of other Members:

5.1.1 conformity assessment procedures are prepared, adopted and applied so as to grant access for suppliers of like products originating in the territories of other Members under conditions no less favourable than those accorded to suppliers of like products of national origin or originating in any other country, in a comparable situation; access entails suppliers' right to an assessment of conformity under the rules of the procedure, including, when foreseen by this procedure, the possibility to have conformity assessment activities undertaken at the site of facilities and to receive the mark of the system;

5.1.2 conformity assessment procedures are not prepared, adopted or applied with a view to or with the effect of creating unnecessary obstacles to international trade. This means, *inter alia*, that conformity assessment procedures shall not be more strict or be applied more strictly than is necessary to give the importing Member adequate confidence that products conform with the applicable technical regulations or standards, taking account of the risks non-conformity would create.

5.2 When implementing the provisions of paragraph 1, Members shall ensure that:

5.2.1 conformity assessment procedures are undertaken and completed as expeditiously as possible and in a no less favourable order for products originating in the territories of other Members than for like domestic products;

5.2.2 the standard processing period of each conformity assessment procedure is published or that the anticipated processing period is communicated to the applicant upon request; when receiving an application, the competent body promptly examines the completeness of the documentation and informs the applicant in a precise and complete manner of all deficiencies; the competent body transmits as soon as possible the results of the assessment in a precise and complete manner to the applicant so that corrective action may be taken if necessary; even when the application has deficiencies, the competent body proceeds as far as practicable with the conformity assessment if the applicant so requests; and that, upon request, the applicant is informed of the stage of the procedure, with any delay being explained;

5.2.3 information requirements are limited to what is necessary to assess conformity and determine fees;

5.2.4 the confidentiality of information about products originating in the territories of other Members arising from or supplied in connection with such conformity assessment

procedures is respected in the same way as for domestic products and in such a manner that legitimate commercial interests are protected;

- 5.2.5 any fees imposed for assessing the conformity of products originating in the territories of other Members are equitable in relation to any fees chargeable for assessing the conformity of like products of national origin or originating in any other country, taking into account communication, transportation and other costs arising from differences between location of facilities of the applicant and the conformity assessment body;
- 5.2.6 the siting of facilities used in conformity assessment procedures and the selection of samples are not such as to cause unnecessary inconvenience to applicants or their agents;
- 5.2.7 whenever specifications of a product are changed subsequent to the determination of its conformity to the applicable technical regulations or standards, the conformity assessment procedure for the modified product is limited to what is necessary to determine whether adequate confidence exists that the product still meets the technical regulations or standards concerned;
- 5.2.8 a procedure exists to review complaints concerning the operation of a conformity assessment procedure and to take corrective action when a complaint is justified.

5.3 Nothing in paragraphs 1 and 2 shall prevent Members from carrying out reasonable spot checks within their territories.

5.4 In cases where a positive assurance is required that products conform with technical regulations or standards, and relevant guides or recommendations issued by international standardizing bodies exist or their completion is imminent, Members shall ensure that central government bodies use them, or the relevant parts of them, as a basis for their conformity assessment procedures, except where, as duly explained upon request, such guides or recommendations or relevant parts are inappropriate for the Members concerned, for, *inter alia*, such reasons as: national security requirements; the prevention of deceptive practices; protection of human health or safety, animal or plant life or health, or the environment; fundamental climatic or other geographical factors; fundamental technological or infrastructural problems.

5.5 With a view to harmonizing conformity assessment procedures on as wide a basis as possible, Members shall play a full part, within the limits of their resources, in the preparation by appropriate international standardizing bodies of guides and recommendations for conformity assessment procedures.

5.6 Whenever a relevant guide or recommendation issued by an international standardizing body does not exist or the technical content of a proposed conformity assessment procedure is not in accordance with relevant guides and recommendations issued by international standardizing bodies, and if the conformity assessment procedure may have a significant effect on trade of other Members, Members shall:

- 5.6.1 publish a notice in a publication at an early appropriate stage, in such a manner as to enable interested parties in other Members to become acquainted with it, that they propose to introduce a particular conformity assessment procedure;
- 5.6.2 notify other Members through the Secretariat of the products to be covered by the proposed conformity assessment procedure, together with a brief indication of its

objective and rationale. Such notifications shall take place at an early appropriate stage, when amendments can still be introduced and comments taken into account;

5.6.3 upon request, provide to other Members particulars or copies of the proposed procedure and, whenever possible, identify the parts which in substance deviate from relevant guides or recommendations issued by international standardizing bodies;

5.6.4 without discrimination, allow reasonable time for other Members to make comments in writing, discuss these comments upon request, and take these written comments and the results of these discussions into account.

5.7 Subject to the provisions in the lead-in to paragraph 6, where urgent problems of safety, health, environmental protection or national security arise or threaten to arise for a Member, that Member may omit such of the steps enumerated in paragraph 6 as it finds necessary, provided that the Member, upon adoption of the procedure, shall:

5.7.1 notify immediately other Members through the Secretariat of the particular procedure and the products covered, with a brief indication of the objective and the rationale of the procedure, including the nature of the urgent problems;

5.7.2 upon request, provide other Members with copies of the rules of the procedure;

5.7.3 without discrimination, allow other Members to present their comments in writing, discuss these comments upon request, and take these written comments and the results of these discussions into account.

5.8 Members shall ensure that all conformity assessment procedures which have been adopted are published promptly or otherwise made available in such a manner as to enable interested parties in other Members to become acquainted with them.

5.9 Except in those urgent circumstances referred to in paragraph 7, Members shall allow a reasonable interval between the publication of requirements concerning conformity assessment procedures and their entry into force in order to allow time for producers in exporting Members, and particularly in developing country Members, to adapt their products or methods of production to the requirements of the importing Member.

Article 6

Recognition of Conformity Assessment by Central Government Bodies

With respect to their central government bodies:

6.1 Without prejudice to the provisions of paragraphs 3 and 4, Members shall ensure, whenever possible, that results of conformity assessment procedures in other Members are accepted, even when those procedures differ from their own, provided they are satisfied that those procedures offer an assurance of conformity with applicable technical regulations or standards equivalent to their own procedures. It is recognized that prior consultations may be necessary in order to arrive at a mutually satisfactory understanding regarding, in particular:

6.1.1 adequate and enduring technical competence of the relevant conformity assessment bodies in the exporting Member, so that confidence in the continued reliability of their conformity assessment results can exist; in this regard, verified compliance, for instance through accreditation, with relevant guides or recommendations issued by

international standardizing bodies shall be taken into account as an indication of adequate technical competence;

6.1.2 limitation of the acceptance of conformity assessment results to those produced by designated bodies in the exporting Member.

6.2 Members shall ensure that their conformity assessment procedures permit, as far as practicable, the implementation of the provisions in paragraph 1.

6.3 Members are encouraged, at the request of other Members, to be willing to enter into negotiations for the conclusion of agreements for the mutual recognition of results of each other's conformity assessment procedures. Members may require that such agreements fulfil the criteria of paragraph 1 and give mutual satisfaction regarding their potential for facilitating trade in the products concerned.

6.4 Members are encouraged to permit participation of conformity assessment bodies located in the territories of other Members in their conformity assessment procedures under conditions no less favourable than those accorded to bodies located within their territory or the territory of any other country.

Article 7

Procedures for Assessment of Conformity by Local Government Bodies

With respect to their local government bodies within their territories:

7.1 Members shall take such reasonable measures as may be available to them to ensure compliance by such bodies with the provisions of Articles 5 and 6, with the exception of the obligation to notify as referred to in paragraphs 6.2 and 7.1 of Article 5.

7.2 Members shall ensure that the conformity assessment procedures of local governments on the level directly below that of the central government in Members are notified in accordance with the provisions of paragraphs 6.2 and 7.1 of Article 5, noting that notifications shall not be required for conformity assessment procedures the technical content of which is substantially the same as that of previously notified conformity assessment procedures of central government bodies of the Members concerned.

7.3 Members may require contact with other Members, including the notifications, provision of information, comments and discussions referred to in paragraphs 6 and 7 of Article 5, to take place through the central government.

7.4 Members shall not take measures which require or encourage local government bodies within their territories to act in a manner inconsistent with the provisions of Articles 5 and 6.

7.5 Members are fully responsible under this Agreement for the observance of all provisions of Articles 5 and 6. Members shall formulate and implement positive measures and mechanisms in support of the observance of the provisions of Articles 5 and 6 by other than central government bodies.

Article 8

Procedures for Assessment of Conformity by Non-Governmental Bodies

8.1 Members shall take such reasonable measures as may be available to them to ensure that non-governmental bodies within their territories which operate conformity assessment procedures comply with the provisions of Articles 5 and 6, with the exception of the obligation to notify proposed conformity assessment procedures. In addition, Members shall not take measures which have the effect of, directly or indirectly, requiring or encouraging such bodies to act in a manner inconsistent with the provisions of Articles 5 and 6.

8.2 Members shall ensure that their central government bodies rely on conformity assessment procedures operated by non-governmental bodies only if these latter bodies comply with the provisions of Articles 5 and 6, with the exception of the obligation to notify proposed conformity assessment procedures.

Article 9

International and Regional Systems

9.1 Where a positive assurance of conformity with a technical regulation or standard is required, Members shall, wherever practicable, formulate and adopt international systems for conformity assessment and become members thereof or participate therein.

9.2 Members shall take such reasonable measures as may be available to them to ensure that international and regional systems for conformity assessment in which relevant bodies within their territories are members or participants comply with the provisions of Articles 5 and 6. In addition, Members shall not take any measures which have the effect of, directly or indirectly, requiring or encouraging such systems to act in a manner inconsistent with any of the provisions of Articles 5 and 6.

9.3 Members shall ensure that their central government bodies rely on international or regional conformity assessment systems only to the extent that these systems comply with the provisions of Articles 5 and 6, as applicable.

INFORMATION AND ASSISTANCE

Article 10

Information About Technical Regulations, Standards and Conformity Assessment Procedures

10.1 Each Member shall ensure that an enquiry point exists which is able to answer all reasonable enquiries from other Members and interested parties in other Members as well as to provide the relevant documents regarding:

10.1.1 any technical regulations adopted or proposed within its territory by central or local government bodies, by non-governmental bodies which have legal power to enforce a technical regulation, or by regional standardizing bodies of which such bodies are members or participants;

10.1.2 any standards adopted or proposed within its territory by central or local government bodies, or by regional standardizing bodies of which such bodies are members or participants;

- 10.1.3 any conformity assessment procedures, or proposed conformity assessment procedures, which are operated within its territory by central or local government bodies, or by non-governmental bodies which have legal power to enforce a technical regulation, or by regional bodies of which such bodies are members or participants;
- 10.1.4 the membership and participation of the Member, or of relevant central or local government bodies within its territory, in international and regional standardizing bodies and conformity assessment systems, as well as in bilateral and multilateral arrangements within the scope of this Agreement; it shall also be able to provide reasonable information on the provisions of such systems and arrangements;
- 10.1.5 the location of notices published pursuant to this Agreement, or the provision of information as to where such information can be obtained; and
- 10.1.6 the location of the enquiry points mentioned in paragraph 3.
- 10.2 If, however, for legal or administrative reasons more than one enquiry point is established by a Member, that Member shall provide to the other Members complete and unambiguous information on the scope of responsibility of each of these enquiry points. In addition, that Member shall ensure that any enquiries addressed to an incorrect enquiry point shall promptly be conveyed to the correct enquiry point.
- 10.3 Each Member shall take such reasonable measures as may be available to it to ensure that one or more enquiry points exist which are able to answer all reasonable enquiries from other Members and interested parties in other Members as well as to provide the relevant documents or information as to where they can be obtained regarding:
- 10.3.1 any standards adopted or proposed within its territory by non-governmental standardizing bodies, or by regional standardizing bodies of which such bodies are members or participants; and
- 10.3.2 any conformity assessment procedures, or proposed conformity assessment procedures, which are operated within its territory by non-governmental bodies, or by regional bodies of which such bodies are members or participants;
- 10.3.3 the membership and participation of relevant non-governmental bodies within its territory in international and regional standardizing bodies and conformity assessment systems, as well as in bilateral and multilateral arrangements within the scope of this Agreement; they shall also be able to provide reasonable information on the provisions of such systems and arrangements.
- 10.4 Members shall take such reasonable measures as may be available to them to ensure that where copies of documents are requested by other Members or by interested parties in other Members, in accordance with the provisions of this Agreement, they are supplied at an equitable price (if any) which shall, apart from the real cost of delivery, be the same for the nationals¹ of the Member concerned or of any other Member.
- 10.5 Developed country Members shall, if requested by other Members, provide, in English, French or Spanish, translations of the documents covered by a specific notification or, in case of voluminous documents, of summaries of such documents.

¹ "Nationals" here shall be deemed, in the case of a separate customs territory Member of the WTO, to mean persons, natural or legal, who are domiciled or who have a real and effective industrial or commercial establishment in that customs territory.

10.6 The Secretariat shall, when it receives notifications in accordance with the provisions of this Agreement, circulate copies of the notifications to all Members and interested international standardizing and conformity assessment bodies, and draw the attention of developing country Members to any notifications relating to products of particular interest to them.

10.7 Whenever a Member has reached an agreement with any other country or countries on issues related to technical regulations, standards or conformity assessment procedures which may have a significant effect on trade, at least one Member party to the agreement shall notify other Members through the Secretariat of the products to be covered by the agreement and include a brief description of the agreement. Members concerned are encouraged to enter, upon request, into consultations with other Members for the purposes of concluding similar agreements or of arranging for their participation in such agreements.

10.8 Nothing in this Agreement shall be construed as requiring:

10.8.1 the publication of texts other than in the language of the Member;

10.8.2 the provision of particulars or copies of drafts other than in the language of the Member except as stated in paragraph 5; or

10.8.3 Members to furnish any information, the disclosure of which they consider contrary to their essential security interests.

10.9 Notifications to the Secretariat shall be in English, French or Spanish.

10.10 Members shall designate a single central government authority that is responsible for the implementation on the national level of the provisions concerning notification procedures under this Agreement except those included in Annex 3.

10.11 If, however, for legal or administrative reasons the responsibility for notification procedures is divided among two or more central government authorities, the Member concerned shall provide to the other Members complete and unambiguous information on the scope of responsibility of each of these authorities.

Article 11

Technical Assistance to Other Members

11.1 Members shall, if requested, advise other Members, especially the developing country Members, on the preparation of technical regulations.

11.2 Members shall, if requested, advise other Members, especially the developing country Members, and shall grant them technical assistance on mutually agreed terms and conditions regarding the establishment of national standardizing bodies, and participation in the international standardizing bodies, and shall encourage their national standardizing bodies to do likewise.

11.3 Members shall, if requested, take such reasonable measures as may be available to them to arrange for the regulatory bodies within their territories to advise other Members, especially the developing country Members, and shall grant them technical assistance on mutually agreed terms and conditions regarding:

11.3.1 the establishment of regulatory bodies, or bodies for the assessment of conformity with technical regulations; and

11.3.2 the methods by which their technical regulations can best be met.

11.4 Members shall, if requested, take such reasonable measures as may be available to them to arrange for advice to be given to other Members, especially the developing country Members, and shall grant them technical assistance on mutually agreed terms and conditions regarding the establishment of bodies for the assessment of conformity with standards adopted within the territory of the requesting Member.

11.5 Members shall, if requested, advise other Members, especially the developing country Members, and shall grant them technical assistance on mutually agreed terms and conditions regarding the steps that should be taken by their producers if they wish to have access to systems for conformity assessment operated by governmental or non-governmental bodies within the territory of the Member receiving the request.

11.6 Members which are members or participants of international or regional systems for conformity assessment shall, if requested, advise other Members, especially the developing country Members, and shall grant them technical assistance on mutually agreed terms and conditions regarding the establishment of the institutions and legal framework which would enable them to fulfil the obligations of membership or participation in such systems.

11.7 Members shall, if so requested, encourage bodies within their territories which are members or participants of international or regional systems for conformity assessment to advise other Members, especially the developing country Members, and should consider requests for technical assistance from them regarding the establishment of the institutions which would enable the relevant bodies within their territories to fulfil the obligations of membership or participation.

11.8 In providing advice and technical assistance to other Members in terms of paragraphs 1 to 7, Members shall give priority to the needs of the least-developed country Members.

Article 12

Special and Differential Treatment of Developing Country Members

12.1 Members shall provide differential and more favourable treatment to developing country Members to this Agreement, through the following provisions as well as through the relevant provisions of other Articles of this Agreement.

12.2 Members shall give particular attention to the provisions of this Agreement concerning developing country Members' rights and obligations and shall take into account the special development, financial and trade needs of developing country Members in the implementation of this Agreement, both nationally and in the operation of this Agreement's institutional arrangements.

12.3 Members shall, in the preparation and application of technical regulations, standards and conformity assessment procedures, take account of the special development, financial and trade needs of developing country Members, with a view to ensuring that such technical regulations, standards and conformity assessment procedures do not create unnecessary obstacles to exports from developing country Members.

12.4 Members recognize that, although international standards, guides or recommendations may exist, in their particular technological and socio-economic conditions, developing country Members

adopt certain technical regulations, standards or conformity assessment procedures aimed at preserving indigenous technology and production methods and processes compatible with their development needs.

Members therefore recognize that developing country Members should not be expected to use international standards as a basis for their technical regulations or standards, including test methods, which are not appropriate to their development, financial and trade needs.

12.5 Members shall take such reasonable measures as may be available to them to ensure that international standardizing bodies and international systems for conformity assessment are organized and operated in a way which facilitates active and representative participation of relevant bodies in all Members, taking into account the special problems of developing country Members.

12.6 Members shall take such reasonable measures as may be available to them to ensure that international standardizing bodies, upon request of developing country Members, examine the possibility of, and, if practicable, prepare international standards concerning products of special interest to developing country Members.

12.7 Members shall, in accordance with the provisions of Article 11, provide technical assistance to developing country Members to ensure that the preparation and application of technical regulations, standards and conformity assessment procedures do not create unnecessary obstacles to the expansion and diversification of exports from developing country Members. In determining the terms and conditions of the technical assistance, account shall be taken of the stage of development of the requesting Members and in particular of the least-developed country Members.

12.8 It is recognized that developing country Members may face special problems, including institutional and infrastructural problems, in the field of preparation and application of technical regulations, standards and conformity assessment procedures. It is further recognized that the special development and trade needs of developing country Members, as well as their stage of technological development, may hinder their ability to discharge fully their obligations under this Agreement. Members, therefore, shall take this fact fully into account. Accordingly, with a view to ensuring that developing country Members are able to comply with this Agreement, the Committee on Technical Barriers to Trade provided for in Article 13 (referred to in this Agreement as the "Committee") is enabled to grant, upon request, specified, time-limited exceptions in whole or in part from obligations under this Agreement. When considering such requests the Committee shall take into account the special problems, in the field of preparation and application of technical regulations, standards and conformity assessment procedures, and the special development and trade needs of the developing country Member, as well as its stage of technological development, which may hinder its ability to discharge fully its obligations under this Agreement. The Committee shall, in particular, take into account the special problems of the least-developed country Members.

12.9 During consultations, developed country Members shall bear in mind the special difficulties experienced by developing country Members in formulating and implementing standards and technical regulations and conformity assessment procedures, and in their desire to assist developing country Members with their efforts in this direction, developed country Members shall take account of the special needs of the former in regard to financing, trade and development.

12.10 The Committee shall examine periodically the special and differential treatment, as laid down in this Agreement, granted to developing country Members on national and international levels.

INSTITUTIONS, CONSULTATION AND DISPUTE SETTLEMENT

*Article 13**The Committee on Technical Barriers to Trade*

13.1 A Committee on Technical Barriers to Trade is hereby established, and shall be composed of representatives from each of the Members. The Committee shall elect its own Chairman and shall meet as necessary, but no less than once a year, for the purpose of affording Members the opportunity of consulting on any matters relating to the operation of this Agreement or the furtherance of its objectives, and shall carry out such responsibilities as assigned to it under this Agreement or by the Members.

13.2 The Committee shall establish working parties or other bodies as may be appropriate, which shall carry out such responsibilities as may be assigned to them by the Committee in accordance with the relevant provisions of this Agreement.

13.3 It is understood that unnecessary duplication should be avoided between the work under this Agreement and that of governments in other technical bodies. The Committee shall examine this problem with a view to minimizing such duplication.

*Article 14**Consultation and Dispute Settlement*

14.1 Consultations and the settlement of disputes with respect to any matter affecting the operation of this Agreement shall take place under the auspices of the Dispute Settlement Body and shall follow, *mutatis mutandis*, the provisions of Articles XXII and XXIII of GATT 1994, as elaborated and applied by the Dispute Settlement Understanding.

14.2 At the request of a party to a dispute, or at its own initiative, a panel may establish a technical expert group to assist in questions of a technical nature, requiring detailed consideration by experts.

14.3 Technical expert groups shall be governed by the procedures of Annex 2.

14.4 The dispute settlement provisions set out above can be invoked in cases where a Member considers that another Member has not achieved satisfactory results under Articles 3, 4, 7, 8 and 9 and its trade interests are significantly affected. In this respect, such results shall be equivalent to those as if the body in question were a Member.

FINAL PROVISIONS*Article 15**Final Provisions**Reservations*

15.1 Reservations may not be entered in respect of any of the provisions of this Agreement without the consent of the other Members.

Review

15.2 Each Member shall, promptly after the date on which the WTO Agreement enters into force for it, inform the Committee of measures in existence or taken to ensure the implementation and administration of this Agreement. Any changes of such measures thereafter shall also be notified to the Committee.

15.3 The Committee shall review annually the implementation and operation of this Agreement taking into account the objectives thereof.

15.4 Not later than the end of the third year from the date of entry into force of the WTO Agreement and at the end of each three-year period thereafter, the Committee shall review the operation and implementation of this Agreement, including the provisions relating to transparency, with a view to recommending an adjustment of the rights and obligations of this Agreement where necessary to ensure mutual economic advantage and balance of rights and obligations, without prejudice to the provisions of Article 12. Having regard, *inter alia*, to the experience gained in the implementation of the Agreement, the Committee shall, where appropriate, submit proposals for amendments to the text of this Agreement to the Council for Trade in Goods.

Annexes

15.5 The annexes to this Agreement constitute an integral part thereof.

ANNEX 1

TERMS AND THEIR DEFINITIONS FOR THE
PURPOSE OF THIS AGREEMENT

The terms presented in the sixth edition of the ISO/IEC Guide 2: 1991, General Terms and Their Definitions Concerning Standardization and Related Activities, shall, when used in this Agreement, have the same meaning as given in the definitions in the said Guide taking into account that services are excluded from the coverage of this Agreement.

For the purpose of this Agreement, however, the following definitions shall apply:

1. *Technical regulation*

Document which lays down product characteristics or their related processes and production methods, including the applicable administrative provisions, with which compliance is mandatory. It may also include or deal exclusively with terminology, symbols, packaging, marking or labelling requirements as they apply to a product, process or production method.

Explanatory note

The definition in ISO/IEC Guide 2 is not self-contained, but based on the so-called "building block" system.

2. *Standard*

Document approved by a recognized body, that provides, for common and repeated use, rules, guidelines or characteristics for products or related processes and production methods, with which compliance is not mandatory. It may also include or deal exclusively with terminology, symbols, packaging, marking or labelling requirements as they apply to a product, process or production method.

Explanatory note

The terms as defined in ISO/IEC Guide 2 cover products, processes and services. This Agreement deals only with technical regulations, standards and conformity assessment procedures related to products or processes and production methods. Standards as defined by ISO/IEC Guide 2 may be mandatory or voluntary. For the purpose of this Agreement standards are defined as voluntary and technical regulations as mandatory documents. Standards prepared by the international standardization community are based on consensus. This Agreement covers also documents that are not based on consensus.

3. *Conformity assessment procedures*

Any procedure used, directly or indirectly, to determine that relevant requirements in technical regulations or standards are fulfilled.

Explanatory note

Conformity assessment procedures include, *inter alia*, procedures for sampling, testing and inspection; evaluation, verification and assurance of conformity; registration, accreditation and approval as well as their combinations.

4. *International body or system*

Body or system whose membership is open to the relevant bodies of at least all Members.

5. *Regional body or system*

Body or system whose membership is open to the relevant bodies of only some of the Members.

6. *Central government body*

Central government, its ministries and departments or any body subject to the control of the central government in respect of the activity in question.

Explanatory note:

In the case of the European Communities the provisions governing central government bodies apply. However, regional bodies or conformity assessment systems may be established within the European Communities, and in such cases would be subject to the provisions of this Agreement on regional bodies or conformity assessment systems.

7. *Local government body*

Government other than a central government (e.g. states, provinces, Länder, cantons, municipalities, etc.), its ministries or departments or any body subject to the control of such a government in respect of the activity in question.

8. *Non-governmental body*

Body other than a central government body or a local government body, including a non-governmental body which has legal power to enforce a technical regulation.

ANNEX 2

TECHNICAL EXPERT GROUPS

The following procedures shall apply to technical expert groups established in accordance with the provisions of Article 14.

1. Technical expert groups are under the panel's authority. Their terms of reference and detailed working procedures shall be decided by the panel, and they shall report to the panel.
2. Participation in technical expert groups shall be restricted to persons of professional standing and experience in the field in question.
3. Citizens of parties to the dispute shall not serve on a technical expert group without the joint agreement of the parties to the dispute, except in exceptional circumstances when the panel considers that the need for specialized scientific expertise cannot be fulfilled otherwise. Government officials of parties to the dispute shall not serve on a technical expert group. Members of technical expert groups shall serve in their individual capacities and not as government representatives, nor as representatives of any organization. Governments or organizations shall therefore not give them instructions with regard to matters before a technical expert group.
4. Technical expert groups may consult and seek information and technical advice from any source they deem appropriate. Before a technical expert group seeks such information or advice from a source within the jurisdiction of a Member, it shall inform the government of that Member. Any Member shall respond promptly and fully to any request by a technical expert group for such information as the technical expert group considers necessary and appropriate.
5. The parties to a dispute shall have access to all relevant information provided to a technical expert group, unless it is of a confidential nature. Confidential information provided to the technical expert group shall not be released without formal authorization from the government, organization or person providing the information. Where such information is requested from the technical expert group but release of such information by the technical expert group is not authorized, a non-confidential summary of the information will be provided by the government, organization or person supplying the information.
6. The technical expert group shall submit a draft report to the Members concerned with a view to obtaining their comments, and taking them into account, as appropriate, in the final report, which shall also be circulated to the Members concerned when it is submitted to the panel.

ANNEX 3

CODE OF GOOD PRACTICE FOR THE PREPARATION, ADOPTION AND
APPLICATION OF STANDARDS*General Provisions*

- A. For the purposes of this Code the definitions in Annex 1 of this Agreement shall apply.
- B. This Code is open to acceptance by any standardizing body within the territory of a Member of the WTO, whether a central government body, a local government body, or a non-governmental body; to any governmental regional standardizing body one or more members of which are Members of the WTO; and to any non-governmental regional standardizing body one or more members of which are situated within the territory of a Member of the WTO (referred to in this Code collectively as "standardizing bodies" and individually as "the standardizing body").
- C. Standardizing bodies that have accepted or withdrawn from this Code shall notify this fact to the ISO/IEC Information Centre in Geneva. The notification shall include the name and address of the body concerned and the scope of its current and expected standardization activities. The notification may be sent either directly to the ISO/IEC Information Centre, or through the national member body of ISO/IEC or, preferably, through the relevant national member or international affiliate of ISONET, as appropriate.

SUBSTANTIVE PROVISIONS

- D. In respect of standards, the standardizing body shall accord treatment to products originating in the territory of any other Member of the WTO no less favourable than that accorded to like products of national origin and to like products originating in any other country.
- E. The standardizing body shall ensure that standards are not prepared, adopted or applied with a view to, or with the effect of, creating unnecessary obstacles to international trade.
- F. Where international standards exist or their completion is imminent, the standardizing body shall use them, or the relevant parts of them, as a basis for the standards it develops, except where such international standards or relevant parts would be ineffective or inappropriate, for instance, because of an insufficient level of protection or fundamental climatic or geographical factors or fundamental technological problems.
- G. With a view to harmonizing standards on as wide a basis as possible, the standardizing body shall, in an appropriate way, play a full part, within the limits of its resources, in the preparation by relevant international standardizing bodies of international standards regarding subject matter for which it either has adopted, or expects to adopt, standards. For standardizing bodies within the territory of a Member, participation in a particular international standardization activity shall, whenever possible, take place through one delegation representing all standardizing bodies in the territory that have adopted, or expect to adopt, standards for the subject matter to which the international standardization activity relates.
- H. The standardizing body within the territory of a Member shall make every effort to avoid duplication of, or overlap with, the work of other standardizing bodies in the national territory or with the work of relevant international or regional standardizing bodies. They shall also make every effort to achieve a national consensus on the standards they develop. Likewise the regional standardizing body shall make every effort to avoid duplication of, or overlap with, the work of relevant international standardizing bodies.

I. Wherever appropriate, the standardizing body shall specify standards based on product requirements in terms of performance rather than design or descriptive characteristics.

J. At least once every six months, the standardizing body shall publish a work programme containing its name and address, the standards it is currently preparing and the standards which it has adopted in the preceding period. A standard is under preparation from the moment a decision has been taken to develop a standard until that standard has been adopted. The titles of specific draft standards shall, upon request, be provided in English, French or Spanish. A notice of the existence of the work programme shall be published in a national or, as the case may be, regional publication of standardization activities.

The work programme shall for each standard indicate, in accordance with any ISONET rules, the classification relevant to the subject matter, the stage attained in the standard's development, and the references of any international standards taken as a basis. No later than at the time of publication of its work programme, the standardizing body shall notify the existence thereof to the ISO/IEC Information Centre in Geneva.

The notification shall contain the name and address of the standardizing body, the name and issue of the publication in which the work programme is published, the period to which the work programme applies, its price (if any), and how and where it can be obtained. The notification may be sent directly to the ISO/IEC Information Centre, or, preferably, through the relevant national member or international affiliate of ISONET, as appropriate.

K. The national member of ISO/IEC shall make every effort to become a member of ISONET or to appoint another body to become a member as well as to acquire the most advanced membership type possible for the ISONET member. Other standardizing bodies shall make every effort to associate themselves with the ISONET member.

L. Before adopting a standard, the standardizing body shall allow a period of at least 60 days for the submission of comments on the draft standard by interested parties within the territory of a Member of the WTO. This period may, however, be shortened in cases where urgent problems of safety, health or environment arise or threaten to arise. No later than at the start of the comment period, the standardizing body shall publish a notice announcing the period for commenting in the publication referred to in paragraph J. Such notification shall include, as far as practicable, whether the draft standard deviates from relevant international standards.

M. On the request of any interested party within the territory of a Member of the WTO, the standardizing body shall promptly provide, or arrange to provide, a copy of a draft standard which it has submitted for comments. Any fees charged for this service shall, apart from the real cost of delivery, be the same for foreign and domestic parties.

N. The standardizing body shall take into account, in the further processing of the standard, the comments received during the period for commenting. Comments received through standardizing bodies that have accepted this Code of Good Practice shall, if so requested, be replied to as promptly as possible. The reply shall include an explanation why a deviation from relevant international standards is necessary.

O. Once the standard has been adopted, it shall be promptly published.

P. On the request of any interested party within the territory of a Member of the WTO, the standardizing body shall promptly provide, or arrange to provide, a copy of its most recent work programme or of a standard which it produced. Any fees charged for this service shall, apart from the real cost of delivery, be the same for foreign and domestic parties.

Q. The standardizing body shall afford sympathetic consideration to, and adequate opportunity for, consultation regarding representations with respect to the operation of this Code presented by standardizing bodies that have accepted this Code of Good Practice. It shall make an objective effort to solve any complaints.

ÜBEREINKOMMEN ÜBER HANDELSBEZOGENE INVESTITIONSMASSNAHMEN

Die Mitglieder -

in der Erwägung, daß die Minister in der Erklärung von Punta del Este darin übereinstimmen, daß "nach einer Untersuchung des Funktionierens der GATT-Artikel betreffend die Handelsbeschränkungen und handelsverzerrenden Auswirkungen von Investitionsmaßnahmen (...) in den Verhandlungen gegebenenfalls weitere Bestimmungen ausgearbeitet [werden], die erforderlich sein können, um derartige nachteilige Auswirkungen auf den Handel zu verhüten";

in dem Wunsch, die Ausweitung und allmähliche Liberalisierung des Welthandels zu fördern und Investitionen über die internationalen Grenzen hinweg zu erleichtern, um so das Wirtschaftswachstum aller Handelspartner, insbesondere der Entwicklungsland-Mitglieder, zu steigern und gleichzeitig den freien Wettbewerb zu gewährleisten;

unter Berücksichtigung der besonderen Handels- und Entwicklungserfordernisse sowie der besonderen finanziellen Erfordernisse der Entwicklungsland-Mitglieder, insbesondere der am wenigsten entwickelten unter ihnen;

in der Erkenntnis, daß bestimmte Investitionsmaßnahmen handelsbeschränkende und handelsverzerrende Auswirkungen haben können -

kommen wie folgt überein:

Artikel 1

Erfasste Maßnahmen

Dieses Übereinkommen gilt nur für handelsbezogene Investitionsmaßnahmen (in diesem Übereinkommen "TRIMs" genannt).

Artikel 2

Inländerbehandlung und mengenmäßige Beschränkungen

1. Unbeschadet anderer Rechte und Pflichten nach dem GATT 1994 wendet kein Mitglied TRIMs an, die mit Artikel III oder Artikel XI des GATT 1994 unvereinbar sind.

2. Eine nicht erschöpfende Liste von TRIMs, die mit der Verpflichtung zur Inländerbehandlung gemäß Artikel III Absatz 4 des GATT 1994 und der Verpflichtung zur allgemeinen Beseitigung mengenmäßiger Beschränkungen gemäß Artikel XI Absatz 1 des GATT 1994 unvereinbar sind, ist diesem Übereinkommen im Anhang beigefügt.

Artikel 3

Ausnahmen

Alle Ausnahmen aufgrund des GATT 1994 gelten gegebenenfalls für dieses Übereinkommen.

Artikel 4

Entwicklungsland-Mitglieder

Einem Entwicklungsland-Mitglied steht es frei, von Artikel 2 zeitweilig so weit und in der Weise abzuweichen, wie Artikel XVIII des GATT 1994, die Vereinbarung über Zahlungsbilanzbestimmungen des GATT 1994 und die Erklärung betreffend Handelsmaßnahmen aus Zahlungsbilanzgründen vom 28. November 1979 (BISD 26S/205-209) dem Mitglied gestatten, von den Artikeln III und XI des GATT 1994 abzuweichen.

Artikel 5

Notifikation und Übergangsregelungen

1. Innerhalb von 90 Tagen ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des WTO-Abkommens notifizieren die Mitglieder dem Rat für Warenverkehr alle TRIMs, die sie anwenden und die nicht mit diesem Übereinkommen übereinstimmen. Solche allgemein oder in besonderen Fällen geltenden TRIMs werden zusammen mit ihren Hauptmerkmalen notifiziert.
2. Jedes Mitglied beseitigt alle nach Absatz 1 notifizierten TRIMs innerhalb von zwei Jahren ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des WTO-Abkommens, soweit es sich um ein Industrieland-Mitglied handelt, innerhalb von fünf Jahren, soweit es sich um ein Entwicklungsland-Mitglied handelt, und innerhalb von sieben Jahren, soweit es sich um ein zu den am wenigsten entwickelten Ländern gehörendes Mitglied handelt.
3. Auf Antrag kann der Rat für Warenverkehr die Übergangszeit für die Beseitigung der nach Absatz 1 notifizierten TRIMs für ein Entwicklungsland-Mitglied sowie ein zu den am wenigsten entwickelten Ländern gehörendes Mitglied, das besondere Schwierigkeiten bei der Durchführung dieses Übereinkommens nachweist, verlängern. Bei der Prüfung des Antrags berücksichtigt der Rat für Warenverkehr die besonderen Entwicklungs-, Finanz- und Handelserfordernisse des betreffenden Mitglieds.
4. Während der Übergangszeit ändert ein Mitglied die Bedingungen für von ihm nach Absatz 1 notifizierte TRIMs gegenüber den zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des WTO-Abkommens geltenden Bedingungen nicht dergestalt, daß der Grad der Unvereinbarkeit mit Artikel 2 erhöht wird. Für TRIMs, die später als 180 Tage vor dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens eingeführt werden, gelten die Übergangsregelungen nach Absatz 2 nicht.
5. Unbeschadet des Artikels 2 kann ein Mitglied, um bestehende Unternehmen, für die eine nach Absatz 1 notifizierte TRIM gilt, nicht zu benachteiligen, während der Übergangszeit die gleiche TRIM auf ein neues Unternehmen anwenden, i) wenn es sich bei den Erzeugnissen des betreffenden Unternehmens und denen der bestehenden Unternehmen um gleichartige Erzeugnisse handelt und ii) wenn dies notwendig ist, um eine Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen zwischen dem neuen Unternehmen und den bestehenden Unternehmen zu verhindern. Alle solchen für neue Unternehmen geltenden TRIMs werden dem Rat für Warenverkehr notifiziert. Die Bedingungen für solche TRIMs müssen in ihren Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit den für die bestehenden Unternehmen geltenden Bedingungen entsprechen und zur gleichen Zeit auslaufen.

(
Werden TRIMs nach freiem Ermessen angewendet, so wird jede einzelne Anwendung notifiziert. Informationen, durch die die berechtigten Geschäftsinteressen einzelner Unternehmen geschädigt würden, brauchen nicht preisgegeben zu werden.

Artikel 6

Transparenz

1. Die Mitglieder bekräftigen bezüglich der TRIMs, daß sie zu ihren Verpflichtungen betreffend Transparenz und Notifikation nach Artikel X des GATT 1994, nach der in der Vereinbarung über Notifizierungen, Konsultationen, Streitbeilegung und Überwachung vom 28. November 1979 enthaltenen Übereinkunft über "Notifizierung" sowie nach dem Ministerbeschluß zu Notifikationsverfahren vom 15. April 1994 stehen.
2. Jedes Mitglied notifiziert dem Sekretariat die Bekanntmachungen, die möglicherweise TRIMs umfassen, einschließlich der von Behörden auf regionaler und kommunaler Ebene in deren Gebieten angewendeten TRIMs.
3. Jedes Mitglied prüft Auskunftersuchen wohlwollend und gibt in angemessenem Umfang Gelegenheit zu Konsultationen über alle von einem anderen Mitglied zur Sprache gebrachten Fragen, die sich aus diesem Übereinkommen ergeben. Gemäß Artikel X des GATT 1994 ist kein Mitglied zur Preisgabe von Informationen verpflichtet, deren Veröffentlichung die Durchführung der Rechtsvorschriften behindern oder sonst dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen oder die berechtigten Wirtschaftsinteressen bestimmter öffentlicher oder privater Unternehmen schädigen würde.

Artikel 7

Ausschuß für handelsbezogene Investitionsmaßnahmen

1. Es wird ein Ausschuß für handelsbezogene Investitionsmaßnahmen (in diesem Übereinkommen "Ausschuß" genannt) eingesetzt, in dem alle Mitglieder vertreten sein können. Der Ausschuß wählt seinen Vorsitzenden und seinen stellvertretenden Vorsitzenden und tagt mindestens einmal im Jahr oder auf Antrag eines Mitglieds.
2. Der Ausschuß nimmt die ihm vom Rat für Warenverkehr übertragenen Aufgaben wahr und gibt den Mitgliedern Gelegenheit, sich über alle Fragen im Zusammenhang mit dem Funktionieren und der Durchführung dieses Übereinkommens zu beraten.
3. Der Ausschuß überwacht das Funktionieren und die Durchführung dieses Übereinkommens und erstattet dem Rat für Warenverkehr jährlich darüber Bericht.

Artikel 8

Konsultationen und Streitbeilegung

Die gemäß der Streitbeilegungsvereinbarung ergänzten und angewendeten Artikel XXII und XXIII des GATT 1994 gelten für die Konsultationen und Streitbeilegungen im Rahmen dieses Übereinkommens.

Artikel 9

Überprüfung durch den Rat für Warenverkehr

Spätestens fünf Jahre nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des WTO-Abkommens überprüft der Rat für Warenverkehr das Funktionieren dieses Übereinkommens und schlägt der Ministerkonferenz gegebenenfalls Änderungen im Wortlaut vor. Bei dieser Überprüfung erwägt der Rat für Warenverkehr, ob

das Übereinkommen durch Bestimmungen über Investitionspolitik und Wettbewerbspolitik ergänzt werden sollte.

ANHANG

Nicht erschöpfende Liste

1. Unvereinbar mit der Verpflichtung zur Inländerbehandlung gemäß Artikel III Absatz 4 de GATT 1994 sind unter anderen diejenigen TRIMS, die aufgrund inländischer Rechtsvorschriften oder aufgrund von Verwaltungsentscheidungen zwingend vorgeschrieben oder durchsetzbar sind oder deren Einhaltung zur Erlangung eines Vorteils notwendig ist und denenzufolge

- a) ein Unternehmen Waren inländischen Ursprungs oder inländischer Herkunft kaufen oder verwenden muß, wobei bestimmte Waren, eine Warenmenge oder ein Warenwert oder ein Anteil an der Menge oder am Wert seiner einheimischen Produktion vorgeschrieben sein können;
- oder
- b) die Käufe oder die Verwendung eingeführter Waren durch ein Unternehmen auf einen Umfang beschränkt werden, der sich nach der Menge oder dem Wert einheimischer Waren, die das Unternehmen ausführt, richtet.

2. Unvereinbar mit der Verpflichtung zur allgemeinen Beseitigung mengenmäßiger Beschränkungen gemäß Artikel XI Absatz 1 des GATT 1994 sind unter anderen diejenigen TRIMS, die aufgrund inländischer Rechtsvorschriften oder aufgrund von Verwaltungsentscheidungen zwingend vorgeschrieben oder durchsetzbar sind oder deren Einhaltung zur Erlangung eines Vorteils notwendig ist und durch die beschränkt werden:

- a) die Einfuhr von Waren durch ein Unternehmen, die bei dessen einheimischer Produktion verwendet werden oder diese Produktion betreffen, sei es generell oder auf einen Umfang, der sich nach der Menge oder dem Wert der von dem Unternehmen ausgeführten einheimischen Produktion richtet;
- b) die Einfuhr von Waren durch ein Unternehmen, die bei dessen einheimischer Produktion verwendet werden oder diese Produktion betreffen, durch Beschränkung des Zugangs zu Devisen auf eine Menge, die sich nach den dem Unternehmen anzurechnenden Devisenzuflüssen richtet; oder
- c) die Ausfuhr oder den Verkauf zur Ausfuhr von Waren durch ein Unternehmen, wobei bestimmte Waren, eine Warenmenge oder ein Warenwert oder ein Anteil an der Menge oder am Wert seiner einheimischen Produktion vorgeschrieben sein können.

AGREEMENT ON TRADE-RELATED INVESTMENT MEASURES

Members,

Considering that Ministers agreed in the Punta del Este Declaration that "Following an examination of the operation of GATT Articles related to the trade restrictive and distorting effects of investment measures, negotiations should elaborate, as appropriate, further provisions that may be necessary to avoid such adverse effects on trade";

Desiring to promote the expansion and progressive liberalisation of world trade and to facilitate investment across international frontiers so as to increase the economic growth of all trading partners, particularly developing country Members, while ensuring free competition;

Taking into account the particular trade, development and financial needs of developing country Members, particularly those of the least-developed country Members;

Recognizing that certain investment measures can cause trade-restrictive and distorting effects;

Hereby *agree* as follows:

Article 1

Coverage

This Agreement applies to investment measures related to trade in goods only (referred to in this Agreement as "TRIMs").

Article 2

National Treatment and Quantitative Restrictions

1. Without prejudice to other rights and obligations under GATT 1994, no Member shall apply any TRIM that is inconsistent with the provisions of Article III or Article XI of GATT 1994.

2. An illustrative list of TRIMs that are inconsistent with the obligation of national treatment provided for in paragraph 4 of Article III of GATT 1994 and the obligation of general elimination of quantitative restrictions provided for in paragraph 1 of Article XI of GATT 1994 is contained in the Annex to this Agreement.

*Article 3**Exceptions*

All exceptions under GATT 1994 shall apply, as appropriate, to the provisions of this Agreement.

*Article 4**Developing Country Members*

A developing country Member shall be free to deviate temporarily from the provisions of Article 2 to the extent and in such a manner as Article XVIII of GATT 1994, the Understanding on the Balance-of-Payments Provisions of GATT 1994, and the Declaration on Trade Measures Taken for Balance-of-Payments Purposes adopted on 28 November 1979 (BISD 26S/205-209) permit the Member to deviate from the provisions of Articles III and XI of GATT 1994.

*Article 5**Notification and Transitional Arrangements*

1. Members, within 90 days of the date of entry into force of the WTO Agreement, shall notify the Council for Trade in Goods of all TRIMs they are applying that are not in conformity with the provisions of this Agreement. Such TRIMs of general or specific application shall be notified, along with their principal features.¹
2. Each Member shall eliminate all TRIMs which are notified under paragraph 1 within two years of the date of entry into force of the WTO Agreement in the case of a developed country Member, within five years in the case of a developing country Member, and within seven years in the case of a least-developed country Member.
3. On request, the Council for Trade in Goods may extend the transition period for the elimination of TRIMs notified under paragraph 1 for a developing country Member, including a least-developed country Member, which demonstrates particular difficulties in implementing the provisions of this Agreement. In considering such a request, the Council for Trade in Goods shall take into account the individual development, financial and trade needs of the Member in question.
4. During the transition period, a Member shall not modify the terms of any TRIM which it notifies under paragraph 1 from those prevailing at the date of entry into force of the WTO Agreement so as to increase the degree of inconsistency with the provisions of Article 2. TRIMs introduced less than 180 days before the date of entry into force of the WTO Agreement shall not benefit from the transitional arrangements provided in paragraph 2.
5. Notwithstanding the provisions of Article 2, a Member, in order not to disadvantage established enterprises which are subject to a TRIM notified under paragraph 1, may apply during the transition period the same TRIM to a new investment (i) where the products of such investment are like products to those of the established enterprises, and (ii) where necessary to avoid distorting the

¹ In the case of TRIMs applied under discretionary authority, each specific application shall be notified. Information that would prejudice the legitimate commercial interests of particular enterprises need not be disclosed.

conditions of competition between the new investment and the established enterprises. Any TRIM so applied to a new investment shall be notified to the Council for Trade in Goods. The terms of such a TRIM shall be equivalent in their competitive effect to those applicable to the established enterprises, and it shall be terminated at the same time.

Article 6

Transparency

1. Members reaffirm, with respect to TRIMs, their commitment to obligations on transparency and notification in Article X of GATT 1994, in the undertaking on "Notification" contained in the Understanding Regarding Notification, Consultation, Dispute Settlement and Surveillance adopted on 28 November 1979 and in the Ministerial Decision on Notification Procedures adopted on 15 April 1994.
2. Each Member shall notify the Secretariat of the publications in which TRIMs may be found, including those applied by regional and local governments and authorities within their territories.
3. Each Member shall accord sympathetic consideration to requests for information, and afford adequate opportunity for consultation, on any matter arising from this Agreement raised by another Member. In conformity with Article X of GATT 1994 no Member is required to disclose information the disclosure of which would impede law enforcement or otherwise be contrary to the public interest or would prejudice the legitimate commercial interests of particular enterprises, public or private.

Article 7

Committee on Trade-Related Investment Measures

1. A Committee on Trade-Related Investment Measures (referred to in this Agreement as the "Committee") is hereby established, and shall be open to all Members. The Committee shall elect its own Chairman and Vice-Chairman, and shall meet not less than once a year and otherwise at the request of any Member.
2. The Committee shall carry out responsibilities assigned to it by the Council for Trade in Goods and shall afford Members the opportunity to consult on any matters relating to the operation and implementation of this Agreement.
3. The Committee shall monitor the operation and implementation of this Agreement and shall report thereon annually to the Council for Trade in Goods.

*Article 8**Consultation and Dispute Settlement*

The provisions of Articles XXII and XXIII of GATT 1994, as elaborated and applied by the Dispute Settlement Understanding, shall apply to consultations and the settlement of disputes under this Agreement.

*Article 9**Review by the Council for Trade in Goods*

Not later than five years after the date of entry into force of the WTO Agreement, the Council for Trade in Goods shall review the operation of this Agreement and, as appropriate, propose to the Ministerial Conference amendments to its text. In the course of this review, the Council for Trade in Goods shall consider whether the Agreement should be complemented with provisions on investment policy and competition policy.

ANNEX

Illustrative List

1. TRIMs that are inconsistent with the obligation of national treatment provided for in paragraph 4 of Article III of GATT 1994 include those which are mandatory or enforceable under domestic law or under administrative rulings, or compliance with which is necessary to obtain an advantage, and which require:

- (a) the purchase or use by an enterprise of products of domestic origin or from any domestic source, whether specified in terms of particular products, in terms of volume or value of products, or in terms of a proportion of volume or value of its local production; or
- (b) that an enterprise's purchases or use of imported products be limited to an amount related to the volume or value of local products that it exports.

2. TRIMs that are inconsistent with the obligation of general elimination of quantitative restrictions provided for in paragraph 1 of Article XI of GATT 1994 include those which are mandatory or enforceable under domestic law or under administrative rulings, or compliance with which is necessary to obtain an advantage, and which restrict:

- (a) the importation by an enterprise of products used in or related to its local production, generally or to an amount related to the volume or value of local production that it exports;
- (b) the importation by an enterprise of products used in or related to its local production by restricting its access to foreign exchange to an amount related to the foreign exchange inflows attributable to the enterprise; or
- (c) the exportation or sale for export by an enterprise of products, whether specified in terms of particular products, in terms of volume or value of products, or in terms of a proportion of volume or value of its local production.

Übereinkommen zur Durchführung des Artikels VI
des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994

Die Mitglieder kommen wie folgt überein:

TEIL I

Artikel 1

Grundsätze

Eine Antidumpingmaßnahme darf nur unter den in Artikel VI des GATT 1994 vorgesehenen Umständen und aufgrund von Untersuchungen angewendet werden, die gemäß diesem Übereinkommen eingeleitet⁽¹⁾ und durchgeführt werden. Die folgenden Bestimmungen regeln die Anwendung des Artikels VI des GATT 1994 in den Fällen, in denen Maßnahmen aufgrund von Antidumpinggesetzen oder -verordnungen getroffen werden.

Artikel 2

Feststellung des Dumpings

2.1 Im Sinne dieses Übereinkommens gilt eine Ware als gedumpte, das heißt als unter ihrem Normalwert auf den Markt eines anderen Landes gebracht, wenn ihr Preis bei Ausfuhr von einem Land in ein anderes niedriger ist als der vergleichbare Preis der zum Verbrauch im Ausfuhrland bestimmten gleichartigen Ware im normalen Handelsverkehr.

2.2 Wird die gleichartige Ware auf dem Inlandsmarkt des Ausfuhrlandes nicht im normalen Handelsverkehr verkauft oder lassen die Verkäufe auf dem Inlandsmarkt des Ausfuhrlandes wegen der besonderen Marktlage oder der geringen Verkaufsmenge⁽²⁾ keinen angemessenen Vergleich zu, so wird die Dumpingspanne entweder durch Vergleich mit einem anderen vergleichbaren Preis der in ein geeignetes Drittland ausgeführten gleichartigen Ware bestimmt, sofern dieser Preis repräsentativ ist, oder durch Vergleich mit den Herstellungskosten im Ursprungsland zuzüglich eines angemessenen Betrags für Verwaltungs-, Vertriebs- und Gemeinkosten sowie für Gewinne.

2.2.1 Verkäufe der gleichartigen Ware auf dem Inlandsmarkt des Ausfuhrlandes oder Verkäufe in ein Drittland zu Preisen, die unter den (fixen und variablen) Stückkosten zuzüglich der Verwaltungs-, Vertriebs- und Gemeinkosten liegen, können nur dann aus preislichen Gründen als nicht im normalen Handelsverkehr getätigt angesehen und bei der Bestimmung des Normalwertes unberücksichtigt gelassen werden, wenn die Behörden⁽³⁾ feststellen, daß solche Verkäufe während eines längeren Zeitraums⁽⁴⁾ in erheblichen Mengen⁽⁵⁾ und zu Preisen getätigt werden, die während eines angemessenen Zeitraums nicht die Deckung aller Kosten ermöglichen. Wenn die Preise, die zum Zeitpunkt des Verkaufs unter den Stückkosten liegen, die gewogenen durchschnittlichen Stückkosten im Untersuchungszeitraum übersteigen, gelten sie als Preise, die während eines angemessenen Zeitraums die Deckung der Kosten ermöglichen.

2.2.1.1 Für die Zwecke des Absatzes 2 werden die Kosten normalerweise anhand der Aufzeichnungen des untersuchten Ausführers oder Herstellers berechnet, sofern diese Aufzeichnungen den allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen des Ausfuhrlandes entsprechen und die mit der Produktion und dem Verkauf der fraglichen Ware zusammenhängenden Kosten angemessen darstellen. Die Behörden berücksichtigen alle verfügbaren Nachweise für die ordnungsgemäße Kostenverteilung – einschließlich der Nachweise, die der Ausführer oder Hersteller während der Untersuchung vorlegt –, sofern solche Kostenverteilungen traditionell von dem Ausführer oder Hersteller vorgenommen wurden, und dies insbesondere im Hinblick auf die Festsetzung angemessener Tilgungs- und Abschreibungszeiträume sowie angemessener Berichtigungen für Investitionsausgaben und sonstige Entwicklungskosten. Sofern dies nicht bereits bei den Kostenverteilungen gemäß diesem Unterabsatz erfolgt ist, werden angemessene Berichtigungen vorgenommen für die nichtwiederkehrenden Kostenfaktoren, die der künftigen und/oder derzeitigen Produktion zugute kommen, sowie in den Fällen, in denen die Kosten im Untersuchungszeitraum durch die Produktionsaufnahme beeinflusst werden⁽⁶⁾.

2.2.2 Für die Zwecke des Absatzes 2 werden die Beträge für Verwaltungs-, Vertriebs- und Gemeinkosten sowie für Gewinne anhand von Zahlen festgesetzt, die der untersuchte Hersteller oder Ausführer bei der Produktion und dem Verkauf der gleichartigen Ware im normalen Handelsverkehr tatsächlich verzeichnet. Ist dies nicht möglich, so können die Beträge festgesetzt werden:

- (i) anhand der Kosten und Gewinne, die der fragliche Ausführer oder Hersteller bei der Produktion und dem Verkauf von Waren der gleichen allgemeinen Warengruppe auf dem Inlandsmarkt des Ursprungslandes tatsächlich verzeichnet;
- (ii) anhand der gewogenen durchschnittlichen Kosten und Gewinne, die andere untersuchte Ausführer oder Hersteller bei der Produktion und dem Verkauf der gleichartigen Ware auf dem Inlandsmarkt des Ursprungslandes tatsächlich verzeichnen;

⁽¹⁾ Der Begriff „eingeleitet“ bezeichnet in diesem Übereinkommen die verfahrensmäßigen Schritte, durch die ein Mitglied eine Untersuchung nach Artikel 5 formell beginnt.

⁽²⁾ Verkäufe der gleichartigen Ware zum Verbrauch auf dem Inlandsmarkt des Ausfuhrlandes gelten normalerweise als für die Bestimmung des Normalwertes ausreichend, wenn sie 5% oder mehr der Verkäufe der fraglichen Ware an das Einfuhrmitglied ausmachen; ein niedrigerer Prozentsatz sollte zulässig sein, sofern nachgewiesen ist, daß die Inlandsverkäufe trotz dieses niedrigeren Prozentsatzes für einen angemessenen Vergleich ausreichen.

⁽³⁾ In diesem Übereinkommen sind unter „Behörden“ solche auf angemessener höherer Ebene zu verstehen.

⁽⁴⁾ Der längere Zeitraum sollte normalerweise ein Jahr umfassen und darf in keinem Fall kürzer sein als sechs Monate.

⁽⁵⁾ Verkäufe unter Stückkosten werden in erheblichen Mengen getätigt, wenn die Behörden feststellen, daß der gewogene durchschnittliche Verkaufspreis der zur Bestimmung des Normalwertes berücksichtigten Geschäfte niedriger ist als die gewogenen durchschnittlichen Stückkosten oder daß die Verkäufe unter Stückkosten mindestens 20 Prozent der zur Bestimmung des Normalwertes berücksichtigten Geschäfte ausmachen.

⁽⁶⁾ Die Berichtigung für die Produktionsaufnahme spiegelt die Kosten am Ende der Anlaufphase wider oder aber, sofern sich diese Phase über den Untersuchungszeitraum hinaus erstreckt, die neuesten Kosten, die die Behörden angemessenerweise während der Untersuchung berücksichtigen können.

- (iii) auf jeder anderen angemessenen Grundlage, sofern der auf diese Weise ermittelte Betrag für die Gewinne nicht höher ist als die Gewinne, die andere Ausführer oder Hersteller normalerweise beim Verkauf von Waren der gleichen allgemeinen Warengruppe auf dem Inlandsmarkt des Ursprungslandes verzeichnen.

2.3 Gibt es keinen Ausführpreis oder sind die zuständigen Behörden der Auffassung, daß der Ausführpreis wegen einer geschäftlichen Verbindung der einer Ausgleichsvereinbarung zwischen dem Ausführer und dem Einführer oder einem Dritten nicht zuverlässig ist, so kann der Ausführpreis auf der Grundlage des Preises errechnet werden, zu dem die eingeführten Waren erstmals an einen unabhängigen Käufer weiterverkauft werden, oder, wenn die Waren nicht an einen unabhängigen Käufer oder nicht in dem Zustand weiterverkauft werden, in dem sie eingeführt wurden, auf einer von den Behörden festzusetzenden angemessenen Grundlage.

2.4 Zwischen dem Ausführpreis und dem Normalwert wird ein fairer Vergleich durchgeführt. Dieser Vergleich erfolgt auf derselben Handelsstufe, und zwar normalerweise auf der Stufe ab Werk, und unter Zugrundelegung von Verkäufen, die zu möglichst nahe beieinanderliegenden Zeitpunkten getätigt werden. Dabei werden jedesmal gebührende Berichtigungen für Unterschiede vorgenommen, die die Vergleichbarkeit der Preise beeinflussen, einschließlich Unterschieden in den Verkaufsbedingungen, der Besteuerung, den Handelsstufen, den Mengen und den materiellen Eigenschaften sowie sonstigen Faktoren, die nachweislich die Vergleichbarkeit der Preise beeinflussen⁽⁷⁾. In den in Absatz 3 genannten Fällen sollten ferner Berichtigungen für die zwischen der Einfuhr und dem Weiterverkauf entstandenen Kosten, einschließlich Zöllen und Steuern, sowie für erzielte Gewinne vorgenommen werden. Ist in diesen Fällen die Vergleichbarkeit der Preise nicht gegeben, so bestimmen die Behörden den Normalwert auf der gleichen Handelsstufe wie den rechnerisch ermittelten Ausführpreis, oder nehmen gemäß diesem Absatz gebührende Berichtigungen vor. Die Behörden setzen die betroffenen Parteien davon in Kenntnis, welche Informationen für einen fairen Vergleich erforderlich sind, und legen diesen Parteien keine unangemessene Beweislast auf.

2.4.1 Erfordert der Vergleich nach Absatz 4 eine Währungsumrechnung, so soll dafür der Wechselkurs vom Verkaufstag⁽⁸⁾ herangezogen werden; steht ein Devisenverkauf auf Terminmärkten unmittelbar mit dem fraglichen Ausfuhrgeschäft in Zusammenhang, so wird jedoch der beim Terminverkauf angewandte Wechselkurs herangezogen. Wechselkursschwankungen werden nicht berücksichtigt; bei einer Untersuchung räumen die Behörden den Ausführern eine Mindestfrist von 60 Tagen ein, damit diese ihre Ausführpreise zur Berücksichtigung anhaltender Wechselkursschwankungen im Untersuchungszeitraum anpassen können.

2.4.2 Vorbehaltlich der Bestimmungen in Absatz 4 über einen fairen Vergleich werden Dumpingspannen während der Untersuchung normalerweise durch einen Vergleich des gewogenen durchschnittlichen Normalwertes mit dem gewogenen durchschnittlichen Preis aller vergleichbaren Ausfuhrgeschäfte oder durch einen Vergleich des Normalwertes mit den Ausführpreisen je Geschäftsvorgang ermittelt. Ein gewogener durchschnittlicher Normalwert kann mit den Preisen einzelner Ausfuhrgeschäfte verglichen werden, wenn die Behörden feststellen, daß die Ausführpreise je nach Käufer, Region oder Verkaufszeitraum erheblich voneinander abweichen, und wenn begründet wird, warum solche Unterschiede bei einem Vergleich der gewogenen Durchschnitte oder bei einem Vergleich je Geschäftsvorgang nicht angemessen berücksichtigt werden können.

2.5 Werden Waren nicht unmittelbar aus dem Ursprungsland eingeführt, sondern aus einem Drittland in das Einfuhrmitglied ausgeführt, so wird der Preis, zu dem diese Waren vom Ausfuhrland an das Einfuhrmitglied verkauft werden, normalerweise mit dem vergleichbaren Preis im Ausfuhrland verglichen. Er kann jedoch mit dem Preis im Ursprungsland verglichen werden, wenn zum Beispiel die Waren durch das Ausfuhrland nur durchgeführt oder im Ausfuhrland nicht hergestellt werden oder wenn es dort keinen vergleichbaren Preis für sie gibt.

2.6 In diesem Übereinkommen ist unter dem Begriff „gleichartige Ware“ („like product“, „produit similaire“) eine Ware zu verstehen, die mit der fraglichen Ware identisch ist, d. h. ihr in jeder Hinsicht gleicht, oder in Ermangelung einer solchen Ware eine andere Ware, die zwar der fraglichen Ware nicht in jeder Hinsicht gleicht, aber Merkmale aufweist, die denen der fraglichen Ware sehr ähnlich sind.

2.7 Dieser Artikel gilt unbeschadet der zweiten ergänzenden Bestimmung zu Artikel VI Absatz 1 in Anlage I des GATT 1994.

Artikel 3

Feststellung der Schädigung⁽⁹⁾

3.1 Die Feststellung, daß eine Schädigung im Sinne des Artikels VI des GATT 1994 vorliegt, stützt sich auf eindeutige Beweise und erfordert eine objektive Prüfung a) des Umfangs der gedumpte Einfuhren und ihrer Auswirkungen auf die Preise gleichartiger Waren auf dem Inlandsmarkt und b) der Folgen dieser Einfuhren für die inländischen Hersteller dieser Waren.

3.2 Zum Umfang der gedumpte Einfuhren prüfen die untersuchenden Behörden, ob sich diese Einfuhren entweder absolut oder im Verhältnis zu Produktion oder Verbrauch im Einfuhrmitglied erheblich erhöht haben. Zu den Auswirkungen der gedumpte Einfuhren auf die Preise prüfen die untersuchenden Behörden, ob im Vergleich zum Preis einer gleichartigen Ware des Einfuhrmitglieds eine erhebliche Preisunterbietung durch die gedumpte Einfuhren stattgefunden hat oder ob diese Einfuhren auf andere Weise einen erheblichen Preisdruck bewirkt oder wesentlich zur Verhinderung von Preiserhöhungen beigetragen haben, die andernfalls eingetreten wären. Weder eines noch mehrere dieser Kriterien sind notwendigerweise maßgeblich.

3.3 Sind Einfuhren einer Ware aus mehr als einem Land gleichzeitig Gegenstand von Antidumpinguntersuchungen, so können die untersuchenden Behörden die Auswirkungen solcher Einfuhren nur dann kumulativ beurteilen, wenn sie feststellen, daß a) die ermittelte Dumpingspanne für die Einfuhren aus jedem einzelnen Land den in Artikel 5 Absatz 8 genannten Mindestprozentsatz übersteigt und das Volumen der Einfuhren aus jedem einzelnen Land nicht unbedeutend ist und b) eine kumulative Beurteilung der Auswirkungen der Einfuhren unter Berücksichtigung des Wettbewerbs zwischen den eingeführten Waren sowie des Wettbewerbs zwischen den eingeführten Waren und der gleichartigen inländischen Ware angemessen ist.

3.4 Die Prüfung der Auswirkungen der gedumpte Einfuhren auf den betroffenen inländischen Wirtschaftszweig umfaßt eine Beurteilung aller relevanten Wirtschaftsfaktoren und -indizes, die die Lage des Wirtschaftszweigs beeinflussen, so zum Beispiel tatsächliche

⁽⁷⁾ Es wird davon ausgegangen, daß sich einige der obengenannten Faktoren überschneiden können; die Behörden stellen sicher, daß sie Anpassungen gemäß dieser Bestimmung nicht doppelt vornehmen.

⁽⁸⁾ Normalerweise entspricht der Verkaufstag dem Datum des Vertrages, der Bestellung, der Bestellungsbestätigung oder der Rechnung, je nachdem, worin die Verkaufsbedingungen festgelegt sind.

⁽⁹⁾ Soweit nichts anderes bestimmt ist, bedeutet der Begriff „Schädigung“ im Sinne dieses Übereinkommens, daß ein inländischer Wirtschaftszweig bedeutend geschädigt wird oder geschädigt zu werden droht oder daß die Errichtung eines inländischen Wirtschaftszweigs erheblich verzögert wird, und ist gemäß den Bestimmungen dieses Artikels auszulegen.

und potentielle Verringerung des Absatzes, der Gewinne, der Produktion, des Marktanteils, der Produktivität, der Investitionserträge oder der Kapazitätsauslastung; Faktoren, die die Inlandspreise beeinflussen; die Höhe der Dumpingspanne; tatsächliche und potentielle negative Auswirkungen auf Cash-flow, Lagerbestände, Beschäftigung, Löhne, Wachstum, Kapitalbeschaffungs- oder Investitionsmöglichkeiten. Diese Liste ist nicht erschöpfend, und weder eines noch mehrere dieser Kriterien sind notwendigerweise maßgeblich.

3.5 Es muß nachgewiesen werden, daß die gedumpte Einfuhren durch die in den Absätzen 2 und 4 beschriebenen Auswirkungen des Dumpings eine Schädigung im Sinne dieses Übereinkommens verursachen. Der Nachweis eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen den gedumpten Einfuhren und der Schädigung des inländischen Wirtschaftszweiges stützt sich auf die Prüfung aller sachdienlichen Beweise, die den Behörden vorliegen. Die Behörden prüfen auch alle anderen bekannten Faktoren als die gedumpte Einfuhren, die den inländischen Wirtschaftszweig zur gleichen Zeit schädigen; die von diesen anderen Faktoren verursachte Schädigung darf nicht den gedumpten Einfuhren angelastet werden. In diesem Zusammenhang können unter anderem folgende Faktoren von Bedeutung sein: Umfang und Preise der nichtgedumpten Einfuhren, Nachfragerückgang oder Änderung der Verbrauchsgewohnheiten, handelsbeschränkende Praktiken der inländischen und ausländischen Hersteller und Wettbewerb zwischen diesen Herstellern, Entwicklungen in der Technologie und Ausfuhrleistung und Produktivität des inländischen Wirtschaftszweiges.

3.6 Die Auswirkungen der gedumpten Einfuhren werden an der inländischen Produktion der gleichartigen Ware gemessen, sofern die verfügbaren Informationen eine Abgrenzung dieser Produktion anhand von Kriterien wie Produktionsverfahren, Verkäufe und Gewinne der Hersteller erlauben. Läßt sich diese Produktion nicht abgrenzen, so werden die Auswirkungen der gedumpten Einfuhren an der Produktion der kleinsten, die gleichartige Ware miteinschließenden Gruppe oder Palette von Waren gemessen, für die die erforderlichen Informationen erhältlich sind.

3.7 Die Feststellung, daß eine bedeutende Schädigung droht, muß auf Tatsachen beruhen und darf sich nicht lediglich auf Behauptungen, Vermutungen oder entfernte Möglichkeiten stützen. Das Eintreten von Umständen, unter denen das Dumping eine Schädigung verursachen würde, muß klar vorzusehen sein und unmittelbar bevorstehen⁽¹⁰⁾. Bei der Feststellung, daß eine bedeutende Schädigung droht, sollten die Behörden unter anderem folgende Faktoren berücksichtigen:

- (i) eine erhebliche Steigerungsrate bei den gedumpten Einfuhren auf dem Inlandsmarkt als Indiz für einen voraussichtlichen erheblichen Einfuhranstieg;
- (ii) genügend frei verfügbare Kapazitäten beim Ausführer oder eine unmittelbar bevorstehende, erhebliche Ausweitung seiner Kapazitäten als Indiz für einen voraussichtlichen erheblichen Anstieg der gedumpten Ausfuhren in das Einfuhrmitglied, wobei zu berücksichtigen ist, in welchem Maße andere Ausfuhrmärkte zusätzliche Ausfuhren aufnehmen können;
- (iii) die Tatsache, daß die Einfuhren zu Preisen getätigt werden, die einen erheblichen Druck auf die Inlandspreise ausüben oder in erheblichem Maße eine Erhöhung der Inlandspreise verhindern und die Nachfrage nach weiteren Einfuhren voraussichtlich steigern dürften und
- (iv) Lagerbestände bei der fraglichen Ware.

Keiner dieser Faktoren ist für sich genommen notwendigerweise maßgeblich, aber alle berücksichtigten Faktoren zusammen müssen zu der Schlußfolgerung führen, daß weitere gedumpte Ausfuhren unmittelbar bevorstehen und daß ohne die Einführung von Schutzmaßnahmen eine bedeutende Schädigung verursacht würde.

3.8 In den Fällen, in denen gedumpte Einfuhren eine Schädigung zu verursachen drohen, ist die Anwendung von Antidumpingmaßnahmen mit besonderer Sorgfalt zu prüfen und zu beschließen.

Artikel 4

Bestimmung des Begriffs „Inländischer Wirtschaftszweig“

4.1 Für die Zwecke dieses Übereinkommens bezeichnet der Begriff „inländischer Wirtschaftszweig“ alle inländischen Hersteller der gleichartigen Waren oder derjenigen unter ihnen, deren Produktion insgesamt einen erheblichen Teil der gesamten Inlandsproduktion dieser Waren ausmacht; dabei gilt jedoch folgendes:

- (i) Sind Hersteller mit den Ausführern oder Einführern geschäftlich verbunden⁽¹¹⁾ oder selbst Einführer der angeblich gedumpten Ware, so ist es zulässig, unter dem Begriff „inländischer Wirtschaftszweig“ nur die übrigen Hersteller zu verstehen;
- (ii) Unter außergewöhnlichen Umständen besteht die Möglichkeit, das Gebiet eines Mitglieds im Hinblick auf die fragliche Produktion in zwei oder mehr Wettbewerbsmärkte aufzuteilen und die Hersteller auf jedem einzelnen Markt als eigenen Wirtschaftszweig anzusehen, wenn a) die Hersteller auf einem solchen Markt ihre gesamte oder nahezu ihre gesamte Produktion der fraglichen Ware auf diesem Markt verkaufen und b) die Nachfrage auf diesem Markt nicht in erheblichem Maße von Herstellern der fraglichen Ware gedeckt wird, die ihren Standort in einem anderen Teil des Gebietes haben. Unter solchen Umständen kann eine Schädigung selbst dann festgestellt werden, wenn ein größerer Teil des gesamten inländischen Wirtschaftszweiges nicht geschädigt wird, sofern sich die gedumpte Einfuhren auf einen solchen isolierten Markt konzentrieren und die Hersteller der gesamten oder nahezu gesamten Produktion auf diesem Markt schädigen.

4.2 Werden die Hersteller in einer bestimmten Region, d. h. auf einem Markt im Sinne des Absatzes 1 Ziffer ii), als eigener Wirtschaftszweig angesehen, so werden Antidumpingzölle nur auf die zum Endverbrauch in dieser Region bestimmten Waren erhoben⁽¹²⁾. Ist nach den verfassungsrechtlichen Bestimmungen des Einfuhrmitglieds die Erhebung von Antidumpingzöllen auf dieser Grundlage nicht zulässig, so darf das Einfuhrmitglied Antidumpingzölle ohne Beschränkung nur dann erheben, wenn a) den Ausführern Gelegenheit gegeben wurde, die gedumpte Ausfuhren in die betreffende Region einzustellen oder andere Zusicherungen nach Artikel 8 zu geben, und derartige Zusicherungen nicht umgehend und in angemessener Form gegeben wurden und b) wenn diese Zölle nicht allein auf Waren bestimmter Hersteller erhoben werden können, die die betreffende Region beliefern.

⁽¹⁰⁾ Dies ist beispielsweise – jedoch nicht ausschließlich – der Fall, wenn überzeugende Gründe zu der Annahme bestehen, daß die Einfuhren der Ware zu Dumpingpreisen in naher Zukunft erheblich zunehmen werden.

⁽¹¹⁾ Im Sinne dieses Absatzes gilt ein Hersteller nur dann als mit einem Ausführer oder Einführer geschäftlich verbunden, wenn a) einer von ihnen direkt oder indirekt den anderen kontrolliert oder b) beide von ihnen direkt oder indirekt von einem Dritten kontrolliert werden oder c) sie gemeinsam, direkt oder indirekt, einen Dritten kontrollieren, sofern Gründe zu der Annahme oder dem Verdacht bestehen, daß der betreffende Hersteller aufgrund dieser geschäftlichen Verbindung anders handelt als ein unabhängiger Hersteller. Im Sinne dieses Absatzes gilt, daß einer einen anderen kontrolliert, wenn er rechtlich oder geschäftlich in der Lage ist, auf den anderen Zwang auszuüben oder ihm Weisungen zu erteilen.

⁽¹²⁾ Für die Zwecke dieses Übereinkommens bedeutet „erheben“ die endgültige oder abschließende Festsetzung oder Erhebung eines Zolls oder einer Abgabe.

4.3 Haben zwei oder mehr Länder gemäß Artikel XXIV Absatz 8 Buchstabe a) des GATT 1994 einen solchen Integrationsgrad erreicht, daß sie die Merkmale eines einzigen einheitlichen Marktes aufweisen, so gelten die Hersteller in diesem gesamten Integrationsgebiet als inländischer Wirtschaftszweig im Sinne des Absatzes 1.

4.4 Artikel 3 Absatz 6 findet auf diesen Artikel Anwendung.

Artikel 5

Einleitung des Verfahrens und anschließende Untersuchung

5.1 Vorbehaltlich des Absatzes 6 wird eine Untersuchung zur Feststellung des Vorliegens, des Umfangs und der Auswirkungen angeblicher Dumpingpraktiken auf einen schriftlichen Antrag eingeleitet, der von dem inländischen Wirtschaftszweig oder in seinem Namen gestellt wird.

5.2 Ein Antrag nach Absatz 1 muß ausreichende Beweise für das Vorliegen a) von Dumping, b) einer Schädigung im Sinne des Artikels VI des GATT 1994 in der Auslegung durch dieses Übereinkommen und c) eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen den gedumpte Einfuhren und der angeblichen Schädigung enthalten. Einfache Behauptungen, die sich nicht auf entsprechende Beweise stützen, können nicht als ausreichend im Sinne dieses Absatzes angesehen werden. Der Antrag enthält die folgenden dem Antragsteller normalerweise zur Verfügung stehenden Informationen:

- (i) den Namen des Antragstellers und eine Beschreibung des Volumens und des Wertes seiner inländischen Produktion der gleichartigen Ware. Wird ein schriftlicher Antrag im Namen des inländischen Wirtschaftszweiges gestellt, so ist zur Identifizierung dieses Wirtschaftszweiges eine Liste aller bekannten inländischen Hersteller der gleichartigen Ware (bzw. Zusammenschlüsse inländischer Hersteller der gleichartigen Ware) und, soweit möglich, eine Beschreibung des Volumens und des Wertes der auf diese Hersteller entfallenden inländischen Produktion der gleichartigen Ware vorzulegen;
- (ii) eine vollständige Beschreibung der angeblich gedumpte Ware, die Namen des oder der fraglichen Ursprungs- oder Ausfuhrländer, die Namen aller bekannten Ausführer oder ausländischen Hersteller sowie eine Liste der bekannten Einführer der fraglichen Ware;
- (iii) Informationen über die Preise, zu denen die fragliche Ware zum Verbrauch auf den Inlandsmärkten des oder der Ursprungs- oder Ausfuhrländer verkauft wird (oder, soweit angemessen, Informationen über die Preise, zu denen die Ware aus dem oder den Ursprungs- oder Ausfuhrländern an ein oder mehrere Drittländer verkauft wird, oder über den rechnerisch ermittelten Wert der Ware) sowie Informationen über die Ausführpreise oder, soweit angemessen, über die Preise, zu denen die Ware erstmals an einen unabhängigen Käufer im Gebiet des Einfuhrmitglied weiterverkauft wird;
- (iv) Informationen über die Entwicklung des Volumens der angeblich gedumpte Einfuhren, die Auswirkungen dieser Einfuhren auf die Inlandspreise der gleichartigen Ware und folglich auf den inländischen Wirtschaftszweig, so wie sie sich beispielsweise in den Artikel 3 Absätze 2 und 4 aufgeführten relevanten Faktoren und Indizes widerspiegeln, die die Lage des inländischen Wirtschaftszweiges beeinflussen.

5.3 Die Behörden prüfen die Richtigkeit und die Stichhaltigkeit der dem Antrag beigefügten Beweise, um festzustellen, ob genügend Beweise vorliegen, um die Einleitung einer Untersuchung zu rechtfertigen.

5.4 Eine Untersuchung nach Absatz 1 wird nur dann eingeleitet, wenn die Behörden geprüft haben, in welchem Maße der Antrag von den inländischen Herstellern der gleichartigen Ware unterstützt bzw. abgelehnt wird^(*), und daraufhin festgestellt haben, daß der Antrag vom oder im Namen des inländischen Wirtschaftszweiges gestellt wurde^(**). Der Antrag gilt als „vom oder im Namen des inländischen Wirtschaftszweiges“ gestellt, wenn er von inländischen Herstellern unterstützt wird, deren Produktion insgesamt mehr als 50% der Gesamtproduktion der gleichartigen Ware darstellt, die auf den Teil des inländischen Wirtschaftszweiges entfällt, der den Antrag entweder unterstützt oder ablehnt. Eine Untersuchung wird jedoch nicht eingeleitet, wenn auf die inländischen Hersteller, die den Antrag ausdrücklich unterstützen, weniger als 25% der Gesamtproduktion der gleichartigen, vom inländischen Wirtschaftszweig hergestellten Ware entfallen.

5.5 Die Behörden geben den Antrag auf Einleitung einer Untersuchung nicht öffentlich bekannt, bevor ein Beschluß über die Einleitung einer solchen Untersuchung ergangen ist. Nach Erhalt eines mit den erforderlichen Unterlagen versehenen Antrags unterrichten die Behörden jedoch vor der Einleitung einer Untersuchung die Regierung des betroffenen Ausfuhrmitglied.

5.6 Beschließen die betreffenden Behörden unter besonderen Umständen, eine Untersuchung einzuleiten, ohne daß ein entsprechender schriftlicher Antrag von oder im Namen des inländischen Wirtschaftszweiges gestellt wurde, so setzt dies voraus, daß sie gemäß Absatz 2 genügend Beweise für das Vorliegen von Dumping, einer Schädigung und eines ursächlichen Zusammenhangs haben, um die Einleitung einer Untersuchung zu rechtfertigen.

5.7 Die Beweise sowohl für das Dumping als auch die Schädigung werden a) bei dem Beschluß über die Einleitung einer Untersuchung und b) danach während der Untersuchung gleichzeitig berücksichtigt, beginnend zu einem Zeitpunkt, der nicht nach dem frühestmöglichen Zeitpunkt liegen darf, zu dem gemäß diesem Übereinkommen vorläufige Maßnahmen angewendet werden dürfen.

5.8 Ein Antrag nach Absatz 1 wird zurückgewiesen und eine Untersuchung wird eingestellt, sobald die zuständigen Behörden festgestellt haben, daß weder die Beweise für das Dumping noch die Schädigung ausreichen, um eine weitere Untersuchung des Falls zu rechtfertigen. Die Untersuchung wird umgehend eingestellt, wenn die Behörden feststellen, daß die Dumpingspanne geringfügig oder das Volumen der tatsächlichen oder potentiellen gedumpte Einfuhren oder die Schädigung unerheblich ist. Die Dumpingspanne gilt als geringfügig, wenn sie, ausgedrückt als Prozentsatz des Ausführpreises, weniger als 2% beträgt. Das Volumen der gedumpte Einfuhren gilt normalerweise als unerheblich, wenn die gedumpte Einfuhren aus einem bestimmten Land weniger als 3% der Einfuhren der gleichartigen Ware in das Einfuhrmitglied ausmachen, außer wenn Länder, auf die einzeln weniger als 3% der Einfuhren der gleichartigen Ware in das Einfuhrmitglied entfallen, zusammen mehr als 7% der Einfuhren der gleichartigen Ware in das Einfuhrmitglied erreichen.

(*) Im Falle fragmentierter Wirtschaftszweige mit einer ungewöhnlich hohen Zahl von Herstellern können die Behörden das Ausmaß der Unterstützung und der Ablehnung durch normale statistische Stichprobenverfahren ermitteln.

(**) Den Mitgliedern ist bekannt, daß im Gebiet bestimmter Mitglieder Beschäftigte von inländischen Herstellern der gleichartigen Ware oder Vertreter dieser Beschäftigten einen Antrag auf Einleitung einer Untersuchung nach Absatz 1 stellen oder unterstützen können.

5.9 Ein Antidumpingverfahren steht der Zollabfertigung nicht entgegen.

5.10 Außer unter besonderen Umständen werden Untersuchungen innerhalb eines Jahres, in jedem Fall jedoch innerhalb von 18 Monaten nach ihrer Einleitung abgeschlossen.

Artikel 6

Beweise

6.1 Alle interessierten Parteien werden im Rahmen einer Antidumpinguntersuchung davon unterrichtet, welche Informationen die Behörden benötigen, und erhalten ausreichend Gelegenheit, schriftlich sämtliche Beweise vorzulegen, die sie für die fragliche Antidumpinguntersuchung für sachdienlich halten.

6.1.1 Ausführern oder ausländischen Herstellern wird zur Beantwortung von Fragebögen im Rahmen einer Antidumpinguntersuchung eine Mindestfrist von 30 Tagen eingeräumt⁽¹⁵⁾. Anträge auf Verlängerung der 30-Tage-Frist sollen gebührend geprüft werden, und bei entsprechender Begründung soll, soweit möglich, eine solche Verlängerung gewährt werden.

6.1.2 Vorbehaltlich der erforderlichen Wahrung der Vertraulichkeit werden Beweise, die eine interessierte Partei schriftlich vorlegt, den anderen interessierten Parteien, die an der Untersuchung mitarbeiten, umgehend zur Verfügung gestellt.

6.1.3 Unmittelbar nach der Erteilung einer Untersuchung übermitteln die Behörden den bekanntermaßen betroffenen Ausführern sowie den Behörden des Ausfuhrmitglied den vollen Wortlaut des schriftlichen Antrags nach Artikel 5 Absatz 1⁽¹⁶⁾ und stellen ihn auch den anderen interessierten Parteien auf Antrag zur Verfügung. Vertrauliche Informationen sind gemäß Absatz 5 gebührend zu schützen.

6.2 Während der Antidumpinguntersuchung haben alle interessierten Parteien uneingeschränkt Gelegenheit, ihre Interessen zu verteidigen. Zu diesem Zweck geben die Behörden allen interessierten Parteien auf Antrag Gelegenheit, mit den Parteien zusammenzutreffen, die entgegengesetzte Interessen vertreten, damit gegenteilige Ansichten geäußert und Gegenargumente vorgebracht werden können. Dabei ist der notwendigen Vertraulichkeit und den praktischen Bedürfnissen der Parteien Rechnung zu tragen. Die Parteien werden nicht verpflichtet, an solchen Zusammenkünften teilzunehmen, und ihre Abwesenheit ist ihrer Sache nicht abträglich. Die interessierten Parteien haben bei entsprechender Begründung auch das Recht, weitere Informationen mündlich vorzubringen.

6.3 Mündliche Informationen nach Absatz 2 werden von den Behörden nur insoweit berücksichtigt, wie sie in schriftlicher Form nachgereicht und den anderen interessierten Parteien gemäß Absatz 1 Unterabsatz 2 zur Verfügung gestellt werden.

6.4 Die Behörden geben allen interessierten Parteien, soweit möglich, rechtzeitig Gelegenheit, alle von ihnen in einer Antidumpinguntersuchung verwendeten Unterlagen einzusehen, die für die Darlegung des Standpunktes der Parteien relevant und nicht vertraulich im Sinne des Absatzes 5 sind, und Stellungnahmen anhand dieser Unterlagen vorzubereiten.

6.5 Alle Informationen, die ihrer Natur nach vertraulich sind (beispielsweise, weil ihre Preisgabe einem Konkurrenten erhebliche Wettbewerbsvorteile verschaffen würde oder für den Auskunftgeber oder die Person, von der er die Informationen erhalten hat, von erheblichem Nachteil wäre) oder von den Parteien auf vertraulicher Grundlage für eine Antidumpinguntersuchung zur Verfügung gestellt werden, sind bei entsprechender Begründung von den Behörden vertraulich zu behandeln. Solche Informationen dürfen nicht ohne die ausdrückliche Zustimmung der Partei, die sie übermittelt hat, preisgegeben werden⁽¹⁷⁾.

6.5.1 Die interessierten Parteien, die vertrauliche Informationen übermitteln, werden von den Behörden aufgefordert, eine nichtvertrauliche Zusammenfassung dieser Informationen vorzulegen. Diese Zusammenfassungen sind so ausführlich, daß sie ein angemessenes Verständnis des wesentlichen Inhalts der vertraulichen Informationen ermöglichen. Unter besonderen Umständen können diese Parteien erklären, daß sich diese Informationen nicht für eine Zusammenfassung eignen. In diesem Fall müssen die Gründe angegeben werden, aus denen eine Zusammenfassung nicht möglich ist.

6.5.2 Ist nach Auffassung der Behörden ein Antrag auf vertrauliche Behandlung nicht gerechtfertigt und ist der Auskunftgeber weder bereit, die Informationen bekanntzugeben noch ihrer Bekanntgabe in großen Zügen oder in gekürzter Form zuzustimmen, so können die Behörden diese Informationen unberücksichtigt lassen, sofern ihnen nicht aus geeigneten Quellen überzeugend nachgewiesen wird, daß die Informationen zutreffen⁽¹⁸⁾.

6.6 Vorbehaltlich des Absatzes B überzeugen sich die Behörden während einer Untersuchung von der Richtigkeit der von den interessierten Parteien übermittelten Informationen, auf die sie ihre Feststellungen stützen.

6.7 Zur Nachprüfung oder Ergänzung der erhaltenen Informationen können die Behörden erforderlichenfalls im Gebiet anderer Mitglieder Untersuchungen durchführen, sofern sie dafür die Zustimmung der betroffenen Unternehmen erhalten, die Vertreter der Regierung des betroffenen Mitglieds offiziell unterrichten und dieses Mitglied keine Einwände gegen die Untersuchung erhebt. Für Untersuchungen im Gebiet anderer Mitglieder gelten die Verfahren nach Anhang I. Vorbehaltlich der erforderlichen Wahrung der Vertraulichkeit stellen die Behörden die Ergebnisse solcher Untersuchungen den betroffenen Unternehmen zur Verfügung oder teilen sie ihnen gemäß Absatz 9 mit und können sie den Antragstellern zur Verfügung stellen.

6.8 Verweigert eine interessierte Partei den Zugang zu den erforderlichen Informationen oder übermittelt sie diese Informationen nicht innerhalb einer angemessenen Frist oder behindert sie erheblich die Untersuchung, so können vorläufige und endgültige Feststellungen positiver oder negativer Art auf der Grundlage der verfügbaren Informationen getroffen werden. Bei der Anwendung dieses Absatzes sind die Bestimmungen des Anhangs II einzuhalten.

6.9 Vor einer endgültigen Feststellung unterrichten die Behörden alle interessierten Parteien über die wesentlichen Fakten, auf deren Grundlage der Beschluß über die Anwendung endgültiger Maßnahmen gefaßt wird. Diese Unterrichtung soll so rechtzeitig erfolgen, daß die Parteien ihre Interessen verteidigen können.

⁽¹⁵⁾ Als allgemeine Regel gilt, daß die Frist für die Ausführer an dem Tag des Eingangs des Fragebogens beginnt; zu diesem Zweck wird davon ausgegangen, daß der Fragebogen eine Woche nach dem Tag eingeht, an dem er an den Empfänger abgesandt wurde oder dem zuständigen diplomatischen Vertreter des Ausfuhrmitglied oder – im Falle eines gesonderten Zollgebiets, das Mitglied der WTO ist – einem offiziellen Vertreter des Ausfuhrgebietes übermittelt wurde.

⁽¹⁶⁾ Es wird davon ausgegangen, daß der volle Wortlaut des schriftlichen Antrags lediglich den Behörden des Ausfuhrmitglied oder dem zuständigen Wirtschaftsverband übermittelt werden soll, wenn besonders viele Ausführer betroffen sind.

⁽¹⁷⁾ Den Mitgliedern ist bekannt, daß im Gebiet bestimmter Mitglieder die Preisgabe aufgrund einer eng gefaßten Schutzanordnung verlangt werden kann.

⁽¹⁸⁾ Die Mitglieder sind sich darüber einig, daß Ersuchen um vertrauliche Behandlung nicht willkürlich abgelehnt werden sollen.

6.10 Die Behörden ermitteln in der Regel eine individuelle Dumpingspanne für jeden bekanntermaßen betroffenen Ausführer oder Hersteller der fraglichen Ware. Sollte dies aufgrund der großen Anzahl der betroffenen Ausführer, Hersteller, Einführer oder Warentypen nicht möglich sein, so können die Behörden ihre Untersuchung entweder auf eine vertretbare Anzahl interessierter Parteien oder Waren beschränken, indem sie nach den normalen statistischen Verfahren Stichproben auf der Grundlage der Informationen bilden, die ihnen zum Zeitpunkt der Stichprobenbildung zur Verfügung stehen, oder aber auf den höchsten Prozentsatz der Ausfuhren aus dem fraglichen Land, der in angemessener Weise untersucht werden kann.

6.10.1 Jede Auswahl unter den Ausführern, Herstellern, Einführern oder Warentypen gemäß diesem Absatz erfolgt vorzugsweise in Absprache und im Einvernehmen mit den betreffenden Ausführern, Herstellern oder Einführern.

6.10.2 In den Fällen, in denen die Behörden ihre Untersuchung gemäß diesem Absatz beschränken, ermitteln sie dennoch eine individuelle Dumpingspanne für jeden ursprünglich nicht ausgewählten Ausführer oder Hersteller, der die erforderlichen Informationen so rechtzeitig vorlegt, daß sie während der Untersuchung berücksichtigt werden können, außer wenn die Anzahl der Ausführer oder Hersteller so groß ist, daß individuelle Ermittlungen die Behörden über Gebühr belasten und den fristgerechten Abschluß der Untersuchung verhindern würden. Freiwillige Stellungnahmen sind zulässig.

6.11 Im Sinne dieses Übereinkommens umfaßt der Begriff „interessierte Parteien“:

- (i) einen Ausführer oder ausländischen Hersteller oder den Einführer einer Ware, die Gegenstand einer Untersuchung ist, oder einen Wirtschafts- oder Geschäftsverband, dessen überwiegende Zahl von Mitgliedern Hersteller, Ausführer oder Einführer einer solchen Ware ist,
- (ii) die Regierung des Ausfuhrmitglieds und
- (iii) einen Hersteller der gleichartigen Ware im Einfuhrmitglied oder einen Wirtschafts- oder Fachverband, dessen überwiegende Zahl von Mitgliedern die gleichartige Waren im Gebiet des Einfuhrmitglieds herstellt.

Diese Liste hindert die Mitglieder nicht daran, andere als die vorgenannten inländischen oder ausländischen Parteien ebenfalls als interessierte Parteien anzusehen.

6.12 Die Behörden geben gewerblichen Abnehmern der Ware, die Gegenstand der Untersuchung ist, und – in den Fällen, in denen die Ware üblicherweise im Einzelhandel verkauft wird – repräsentativen Verbraucherverbänden Gelegenheit, Informationen vorzulegen, die für die Untersuchung des Dumpings, der Schädigung und des ursächlichen Zusammenhangs von Bedeutung sind.

6.13 Die Behörden berücksichtigen in gebührender Weise die Schwierigkeiten, die interessierte Parteien und insbesondere kleine Unternehmen beim Erteilen der gewünschten Auskünfte haben, und leisten soweit wie möglich Unterstützung.

6.14 Die vorgenannten Verfahren sollen die Behörden eines Mitglieds nicht daran hindern, gemäß den einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens ohne Verzögerung Untersuchungen einzuleiten, vorläufige oder endgültige Feststellungen positiver oder negativer Art zu treffen oder vorläufige oder endgültige Maßnahmen anzuwenden.

Artikel 7

Vorläufige Maßnahmen

7.1 Vorläufige Maßnahmen dürfen nur angewendet werden, wenn:

- (i) eine Untersuchung gemäß Artikel 5 eingeleitet wurde, eine Bekanntmachung darüber veröffentlicht wurde und die interessierten Parteien ausreichend Gelegenheit erhalten haben, Informationen vorzulegen und Stellungnahmen abzugeben;
- (ii) vorläufig festgestellt wurde, daß Dumping vorliegt und ein inländischer Wirtschaftszweig dadurch geschädigt wird, und
- (iii) die zuständigen Behörden solche Maßnahmen für notwendig halten, um eine Schädigung während der Untersuchung zu verhindern.

7.2 Vorläufige Maßnahmen können darin bestehen, daß ein vorläufiger Zoll erhoben wird oder, was vorzuziehen ist, daß eine Sicherheitsleistung – durch Barhinterlegung oder Bürgschaft – in Höhe des vorläufig geschätzten Antidumpingzolls gefordert wird, wobei die vorläufig geschätzte Dumpingspanne nicht überschritten werden darf. Die Aussetzung der endgültigen Zollfestsetzung ist eine angemessene vorläufige Maßnahme, sofern der übliche Zoll und der geschätzte Betrag des Antidumpingzolls angegeben werden und die Aussetzung der endgültigen Zollfestsetzung denselben Bedingungen unterliegt wie andere vorläufige Maßnahmen.

7.3 Vorläufige Maßnahmen werden frühestens 60 Tage nach Einleitung der Untersuchung angewendet.

7.4 Vorläufige Maßnahmen sind auf einen möglichst kurzen Zeitraum zu beschränken; dieser darf vier Monate oder – wenn die zuständigen Behörden dies auf Antrag von Ausführern beschließen, die einen wesentlichen Prozentsatz des betreffenden Handels bestreiten – sechs Monate nicht überschreiten. Wenn die Behörden während einer Untersuchung prüfen, ob ein Zoll, der niedriger ist als die Dumpingspanne, ausreicht, um die Schädigung zu beseitigen, können diese Zeiträume sechs beziehungsweise neun Monate betragen.

7.5 Bei der Anwendung vorläufiger Maßnahmen werden die einschlägigen Bestimmungen des Artikels 9 befolgt.

Artikel 8

Preisverpflichtungen

8.1 Ein Verfahren kann⁽¹⁹⁾ ohne Anwendung von vorläufigen Maßnahmen oder Antidumpingzöllen ausgesetzt oder eingestellt werden, wenn sich der Ausführer freiwillig und in zufriedenstellender Form verpflichtet, seine Preise zu ändern oder die Ausfuhr zu Dumpingpreisen in das betreffende Gebiet zu unterlassen, so daß die Behörden davon überzeugt sind, daß die schädigenden Auswirkungen des Dumpings beseitigt werden. Preiserhöhungen aufgrund solcher Verpflichtungen dürfen nur so hoch sein, wie dies zum Ausgleich der Dumpingspanne erforderlich ist. Es ist wünschenswert, daß die Preiserhöhungen niedriger sind als die Dumpingspanne, wenn solche Erhöhungen ausreichen, um die Schädigung des inländischen Wirtschaftszweiges zu beseitigen.

⁽¹⁹⁾ Das Wort „kann“ ist nicht so auszulegen, daß eine Fortsetzung des Verfahrens bei gleichzeitiger Erfüllung von Preisverpflichtungen gestattet ist, außer in Fällen nach Absatz 4.

8.2 Preisverpflichtungen dürfen von den Ausführem nur dann verlangt oder angenommen werden, wenn die Behörden des Einfuhrmitglieds vorläufig festgestellt haben, daß Dumping vorliegt und dadurch eine Schädigung verursacht wird.

8.3 Verpflichtungsangebote brauchen nicht angenommen zu werden, wenn die Behörden ihre Annahme für unmöglich halten, zum Beispiel weil die Zahl der tatsächlichen oder potentiellen Ausführer zu groß ist oder weil andere Gründe, einschließlich Erwägungen grundsätzlicher Art, dagegen sprechen. In diesem Fall teilen die Behörden dem Ausführer gegebenenfalls die Gründe mit, aus denen sie die Annahme einer Verpflichtung für unangemessen halten und geben dem Ausführer soweit wie möglich Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen.

8.4 Wird eine Verpflichtung angenommen, so ist die Dumping- und Schadensuntersuchung dennoch abzuschließen, wenn der Ausführer dies wünscht oder die Behörden dies beschließen. Wird in einem solchen Fall festgestellt, daß kein Dumping oder keine Schädigung vorliegt, so wird die Verpflichtung automatisch hinfällig, sofern diese Feststellung nicht weitgehend auf das Bestehen einer Preisverpflichtung zurückzuführen ist. In solchen Fällen können die Behörden verlangen, daß eine Verpflichtung über einen angemessenen Zeitraum im Einklang mit diesem Übereinkommen aufrechterhalten wird. Wird festgestellt, daß Dumping und eine Schädigung vorliegen, so wird die Verpflichtung entsprechend den Verpflichtungsbedingungen und den Bestimmungen dieses Übereinkommens aufrechterhalten.

8.5 Preisverpflichtungen können von den Behörden des Einfuhrmitglieds vorgeschlagen werden, aber kein Ausführer ist gezwungen, solche Verpflichtungen einzugehen. Die Tatsache, daß Ausführer solche Verpflichtungen nicht anbieten oder einer entsprechenden Aufforderung nicht nachkommen, darf sich nicht nachteilig auf die Prüfung des Falls auswirken. Den Behörden steht es jedoch frei festzustellen, daß eine drohende Schädigung eintreten wird, wenn die gedumpte Einfuhren andauern.

8.6 Die Behörden eines Einfuhrmitglieds können von jedem Ausführer, dessen Verpflichtung sie angenommen haben, verlangen, daß er regelmäßig Informationen über die Erfüllung dieser Verpflichtung vorlegt und die Überprüfung sachdienlicher Daten zuläßt. Bei der Verletzung einer Verpflichtung können die Behörden des Einfuhrmitglieds gemäß diesem Übereinkommen umgehend Maßnahmen treffen, zu denen auch die sofortige Anwendung vorläufiger Maßnahmen auf der Grundlage der besten verfügbaren Informationen gehören kann. In solchen Fällen können gemäß diesem Übereinkommen auf Waren, die nicht mehr als 90 Tage vor Anwendung solcher vorläufiger Maßnahmen zum freien Verkehr abgefertigt wurden, endgültige Zölle erhoben werden; die rückwirkende Zollfestsetzung gilt jedoch nicht nur für Einfuhren, die vor der Verletzung der Verpflichtung abgefertigt wurden.

Artikel 9

Festsetzung und Erhebung von Antidumpingzöllen

9.1 Der Beschluß darüber, ob bei Vorliegen aller Voraussetzungen ein Antidumpingzoll festgesetzt werden soll und ob ein solcher Zoll in voller Höhe der Dumpingspanne oder niedriger festzusetzen ist, obliegt den Behörden des Einfuhrmitglieds. Es ist wünschenswert, daß im Gebiet aller Mitglieder die Festsetzung fakultativ und der Zoll niedriger ist als die Dumpingspanne, wenn dieser niedrigere Zoll ausreicht, um die Schädigung des inländischen Wirtschaftszweigs zu beseitigen.

9.2 Der für reine Ware festgesetzte Antidumpingzoll wird jeweils in der angemessenen Höhe ohne Diskriminierung auf alle Einfuhren dieser Ware gleich welcher Herkunft erhoben, sofern festgestellt wurde, daß sie gedumpte sind und eine Schädigung verursachen, ausgenommen Einfuhren aus solchen Quellen, von denen gemäß diesem Übereinkommen Preisverpflichtungen angenommen wurden. Die Behörden nennen den oder die Lieferanten der betreffenden Ware. Sind jedoch mehrere Lieferanten desselben Landes betroffen und ist es aus praktischen Gründen nicht möglich, alle Lieferanten zu nennen, so können die Behörden das Lieferland nennen. Sind mehrere Lieferanten aus mehr als einem Land betroffen, so können die Behörden entweder alle betroffenen Lieferanten oder, wenn dies aus praktischen Gründen nicht möglich ist, alle betroffenen Lieferländer nennen.

9.3 Der Betrag des Antidumpingzolls darf die nach Artikel 2 ermittelte Dumpingspanne nicht übersteigen.

9.3.1 Wird der Betrag des Antidumpingzolls rückwirkend festgesetzt, so erfolgt die endgültige Feststellung der Zollschuld für den Antidumpingzoll umgehend, und zwar normalerweise binnen 12 Monaten, aber keinesfalls später als 18 Monate nach dem Datum eines Antrags auf endgültige Festsetzung des Betrags des Antidumpingzolls⁽²⁰⁾. Erstattungen werden umgehend vorgenommen, und zwar normalerweise binnen 90 Tagen nach der endgültigen Feststellung der Zollschuld gemäß diesem Unterabsatz. Erfolgt die Erstattung nicht binnen 90 Tagen, so legen die Behörden auf Antrag die Gründe dafür vor.

9.3.2 Wird der Betrag des Antidumpingzolls im voraus festgesetzt, so wird dafür Sorge getragen, daß der die Dumpingspanne übersteigende Zollbetrag auf Antrag unverzüglich erstattet wird. Über die Erstattung des die tatsächliche Dumpingspanne übersteigenden Zollbetrags wird normalerweise binnen 12 Monaten entschieden, spätestens aber 18 Monate nach dem Tag, an dem ein Einführer der Ware, die dem Antidumpingzoll unterliegt, einen auf ausreichende Beweise gestützten Erstattungsantrag gestellt hat. Die Erstattung soll normalerweise binnen 90 Tagen nach der vorgenannten Entscheidung erfolgen.

9.3.3 Bei der Feststellung, ob und in welcher Höhe eine Erstattung in den Fällen vorgenommen werden soll, in denen der Ausführpreis gemäß Artikel 2 Absatz 3 rechnerisch ermittelt wurde, sollen die Behörden alle Änderungen des Normalwerts und der zwischen der Einfuhr und dem Weiterverkauf entstandenen Kosten sowie alle Änderungen des Weiterverkaufspreises, die sich in den späteren Verkaufspreisen ordnungsgemäß niederschlagen, berücksichtigen und den Ausführpreis ohne Abzug des für den Antidumpingzoll entrichteten Betrags berechnen, sofern entsprechende schlüssige Beweise vorgelegt werden.

9.4 Wenn die Behörden ihre Untersuchung gemäß Artikel 6 Absatz 10 zweiter Satz beschränken, so dürfen die Antidumpingzölle auf die Einfuhren von den nicht in die Untersuchung einbezogenen Ausführem oder Herstellern die folgenden Beträge nicht übersteigen.

- (i) die gewogenen durchschnittliche Dumpingspanne, die für die ausgewählten Ausführer oder Hersteller ermittelt wurde, oder
- (ii) (in Fällen, in denen die Zollschuld anhand eines prospektiv ermittelten Normalwertes berechnet wird) die Differenz zwischen dem gewogenen durchschnittlichen Normalwert der ausgewählten Ausführer oder Hersteller und den Ausführpreisen der nicht individuell untersuchten Ausführer oder Hersteller,

⁽²⁰⁾ Es wird davon ausgegangen, daß die Einhaltung der in diesem Unterabsatz und in Unterabsatz 2 genannten Fristen nicht möglich sein kann, wenn die fragliche Ware Gegenstand einer gerichtlichen Überprüfung ist.

vorausgesetzt, daß die Behörden für die Zwecke dieses Absatzes Dumpingspannen in Höhe von 0 %, geringfügige Dumpingspannen und gemäß Artikel 6 Absatz 8 ermittelte Dumpingspannen nicht berücksichtigen. Die Behörden wenden individuelle Zölle oder Normalwerte auf die Einfuhren von den nicht in die Untersuchung einbezogenen Ausführern oder Herstellern an, die während der Untersuchung gemäß Artikel 6 Absatz 10 Unterabsatz 2 die erforderlichen Informationen vorgelegt haben.

9.5 Unterliegt eine Ware in eine Einfuhrmitglied Antidumpingzöllen, so führen die Behörden umgehend eine Überprüfung durch, um individuelle Dumpingspannen für die Ausführer oder Hersteller in dem fraglichen Ausfuhrland zu ermitteln, die die Ware im Untersuchungszeitraum nicht in das Einfuhrmitglied ausgeführt haben, sofern diese Ausführer oder Hersteller nachweisen können, daß sie mit den Ausführern oder Herstellern im Ausfuhrland, die dem Antidumpingzoll unterliegen, nicht geschäftlich verbunden sind. Eine solche Überprüfung wird im Vergleich zu den normalen Zollfestsetzungs- und Überprüfungsverfahren im Einfuhrmitglied beschleunigt eingeleitet und durchgeführt. Während der Überprüfung werden keine Antidumpingzölle auf die Einfuhren von solchen Ausführern oder Herstellern erhoben. Die Behörden können jedoch die endgültige Zollfestsetzung aussetzen und/oder Sicherheitsleistungen verlangen, um zu gewährleisten, daß Antidumpingzölle rückwirkend bis zum Tage der Einleitung der Überprüfung erhoben werden können, falls im Rahmen dieser Überprüfung festgestellt werden sollte, daß bei diesen Herstellern oder Ausführern Dumping vorliegt.

Artikel 10

Rückwirkung

10.1 Vorläufige Maßnahmen und Antidumpingzölle werden nur auf Waren angewendet, die nach dem Zeitpunkt, zu dem der nach Artikel 7 Absatz 1 und Artikel 9 Absatz 1 gefaßte Beschluß in Kraft tritt, zum freien Verkehr abgefertigt werden, vorbehaltlich der in diesem Artikel genannten Ausnahmen.

10.2 Wird endgültig festgestellt, daß eine Schädigung (jedoch nicht ein drohende Schädigung oder eine erhebliche Verzögerung der Errichtung eines Wirtschaftszweiges) vorliegt, oder hätten im Falle der endgültigen Feststellung einer drohenden Schädigung die Auswirkungen der gedumpten Einfuhren zur Feststellung einer Schädigung geführt, wenn die vorläufigen Maßnahmen unterblieben wären, so können Antidumpingzölle rückwirkend für den Zeitraum erhoben werden, in dem etwaige vorläufige Maßnahmen angewendet wurden.

10.3 Ist der endgültige Antidumpingzoll höher als der entrichtete oder zu entrichtende vorläufige Zoll oder der geschätzte Betrag für die Sicherheitsleistung, so wird der Differenzbetrag nicht vereinnahmt. Ist der endgültige Zoll niedriger als der entrichtete oder zu entrichtende vorläufige Zoll oder der geschätzte Betrag der Sicherheitsleistung, so wird je nach Sachlage der Differenzbetrag erstattet oder Zoll neu berechnet.

10.4 Außer bei Anwendung des Absatzes 2 darf bei der Feststellung einer drohenden Schädigung oder einer erheblichen Verzögerung (ohne daß eine Schädigung schon eingetreten wäre) ein endgültiger Antidumpingzoll erst ab dem Zeitpunkt der Feststellung der drohenden Schädigung oder der erheblichen Verzögerung erhoben werden. Während der Geltungsdauer der vorläufigen Maßnahmen hinterlegte Barbeiträge werden ohne Verzögerung erstattet, und Bürgschaften werden ohne Verzögerung freigegeben.

10.5 Im Falle einer negativen endgültigen Feststellung werden die während der Geltungsdauer der vorläufigen Maßnahmen hinterlegten Barbeiträge ohne Verzögerung erstattet und Bürgschaften ohne Verzögerung freigegeben.

10.6 Ein endgültiger Antidumpingzoll kann auf Waren erhoben werden, die innerhalb von 90 Tagen vor der Anwendung der vorläufigen Maßnahmen zum freien Verkehr abgefertigt wurden, sofern die Behörden bei der fraglichen gedumpten Ware feststellen:

- (i) daß schon früher gedumpte Einfuhren eine Schädigung verursacht haben oder der Einführer wußte oder hätte wissen müsse, daß der Ausführer Dumping betreibt und daß dies eine Schädigung verursachen würde, und
- (ii) daß die Schädigung durch massive gedumpte Einfuhren der Ware in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum verursacht wird, so daß es in Anbetracht der Zeitspanne und des Volumens der gedumpten Einfuhren und sonstiger Umstände (zum Beispiel ein rascher Aufbau von Lagerbeständen bei der eingeführten Ware) wahrscheinlich ist, daß die Abhilfewirkung des anzuwendenden endgültigen Antidumpingzolls ernsthaft untergraben wird, vorausgesetzt, daß den betroffenen Einführern Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wurde.

10.7. Die Behörden können nach Einleitung einer Untersuchung die erforderlichen Maßnahmen – zum Beispiel Aussetzung der endgültigen Zollfestsetzung – treffen, um gemäß Absatz 6 Antidumpingzölle rückwirkend erheben zu können, sobald sie ausreichende Beweise dafür haben, daß die in diesem Absatz genannte Voraussetzungen erfüllt sind.

10.8 Auf Waren, die vor der Einleitung der Untersuchung zum freien Verkehr abgefertigt wurden, werden rückwirkend keine Zölle gemäß Absatz 6 erhoben.

Artikel 11

Geltungsdauer und Überprüfung von Antidumpingzöllen und Preisverpflichtungen

11.1 Ein Antidumpingzoll bleibt nur so lange und in dem Umfang in Kraft, wie dies notwendig ist, um das schädigende Dumping unwirksam zu machen.

11.2 Die Behörden überprüfen bei Bedarf die Notwendigkeit der weiteren Erhebung des Zolls von sich aus oder – sofern seit der Einführung des endgültigen Antidumpingzolls eine angemessene Zeitspanne vergangen ist – auf Antrag der interessierten Parteien, wenn diese den Nachweis für die Notwendigkeit einer Überprüfung erbringen⁽²¹⁾. Die interessierten Parteien können die Behörden auffordern zu prüfen, ob die Erhebung des Zolls weiterhin zum Ausgleich des Dumpings erforderlich ist und/oder ob die Schädigung im Falle der Aufhebung oder der Änderung des Zolls wahrscheinlich anhalten oder erneut auftreten würde. Sollten die Behörden nach der Überprüfung gemäß diesem Absatz feststellen, daß der Antidumpingzoll nicht mehr gerechtfertigt ist, so wird er sofort aufgehoben.

11.3 Unbeschadet der Absätze 1 und 2 werden endgültige Antidumpingzölle spätestens fünf Jahr nach ihrer Einführung (oder dem Datum der letzten Überprüfung gemäß Absatz 2, sofern sich diese Überprüfung sowohl auf das Dumping als auch die Schädigung bezog, oder der letzten Überprüfung gemäß diesem Absatz) aufgehoben, außer wenn die Behörden vor diesem Zeitpunkt von sich aus oder auf einen ordnungsgemäß begründeten Antrag hin, der binnen einer angemessenen Frist vor diesem Zeitpunkt von oder im Namen

(²¹) Eine endgültige Feststellung der Zollschild für Antidumpingzölle gemäß Artikel 9 Absatz 3 ist für sich genommen keine Überprüfung im Sinne dieses Artikels.

des inländischen Wirtschaftszweiges gestellt wird, eine Untersuchung einleiten und dabei feststellen, daß das Dumping und die Schädigung bei einem Auslaufen des Zolls wahrscheinlich anhalten oder erneut auftreten würden⁽²²⁾. Der Zoll kann bis zum Abschluß einer solchen Überprüfung in Kraft bleiben.

11-4 Die Bestimmungen des Artikels 6 über die Beweise und das Verfahren gelten für alle Überprüfungen gemäß diesem Artikel. Solche Überprüfungen werden ohne Verzögerung durchgeführt und normalerweise binnen 12 Monaten nach Einleitung der Überprüfung abgeschlossen.

11.5 Die Bestimmungen dieses Artikels gelten sinngemäß für Preisverpflichtungen, die gemäß Artikel 8 angenommen werden.

Artikel 12

Öffentliche Bekanntmachung und Erläuterung der Feststellungen

12.1 Stellen die Behörden fest, daß genügend Beweise vorliegen, um die Einleitung einer Antidumpinguntersuchung gemäß Artikel 5 zu rechtfertigen, so werden das Mitglied oder die Mitglieder, dessen beziehungsweise deren Waren Gegenstand einer solchen Untersuchung sind, sowie andere den untersuchenden Behörden bekannte interessierte Parteien davon in Kenntnis gesetzt, und es ergeht eine öffentliche Bekanntmachung.

12.1.1 Eine öffentliche Bekanntmachung über die Einleitung einer Untersuchung oder ein gesonderter Bericht⁽²³⁾ enthält angemessene Informationen zu folgenden Punkten:

- (i) Name des Ausfuhrlandes oder der Ausfuhrländer und Bezeichnung der fraglichen Ware;
- (ii) Zeitpunkt der Einleitung der Untersuchung;
- (iii) Grundlage, auf die sich Dumpingbehauptung in dem Antrag stützt;
- (iv) Zusammenfassung der Faktoren, auf die sich die Schadensbehauptung stützt;
- (v) Anschrift, an die die Stellungnahmen der interessierten Parteien gerichtet werden sollen;
- (vi) Fristen, die den interessierten Parteien zur Darlegung ihres Standpunkts eingeräumt werden.

12.2 Vorläufige oder endgültige Feststellungen positiver oder negativer Art, Beschlüsse über die Annahme von Verpflichtungen gemäß Artikel 8, das Aulafen solcher Verpflichtungen sowie das Auslaufen endgültiger Antidumpingzölle werden öffentlich bekanntgemacht. In diesen Bekanntmachungen oder in gesonderten Berichten werden die Ergebnisse und Schlußfolgerungen, zu denen die untersuchenden Behörden in allen als wesentlich angesehenen Sach- und Rechtsfragen gelangt sind, in hinreichenden Einzelheiten dargelegt. Alle Bekanntmachungen und Berichte werden an das Mitglied oder die Mitglieder, dessen oder deren Waren Gegenstand einer solchen Feststellung oder Verpflichtung sind, sowie anderen bekanntermaßen interessierten Parteien übermittelt.

12.2.1 In einer öffentlichen Bekanntmachung über die Einführung vorläufiger Maßnahmen oder in einem gesonderten Bericht werden die vorläufigen Dumping- und Schadensfeststellungen sowie die maßgeblichen Fakten und Rechtsvorschriften für die Annahme oder die Zurückweisung von Argumenten in hinreichenden Einzelheiten erläutert. Vorbehaltlich der erforderlichen Wahrung der Vertraulichkeit enthalten solche Bekanntmachungen oder Berichte insbesondere folgende Informationen:

- (i) Die Namen der betroffenen Lieferanten oder, wenn dies nicht möglich ist, der betroffenen Lieferländer;
- (ii) eine für zollamtliche Zwecke ausreichende Warenbeschreibung;
- (iii) die ermittelten Dumpingspannen und eine umfassende Erläuterung der Gründe für die Wahl der Methode zur Ermittlung und zum Vergleich von Ausführpreis und Normalwert gemäß Artikel 2;
- (iv) Erwägungen, die für die Schadensfeststellung gemäß Artikel 3 von Bedeutung gewesen sind;
- (v) die Hauptgründe, die zu der Feststellung geführt haben.

12.2.2 In einer öffentlichen Bekanntmachung über den Abschluß oder die Aussetzung einer Untersuchung im Falle einer positiven Feststellung, die zu der Einführung eines endgültigen Zolls oder der Annahme einer Preisverpflichtung führt, oder in einem gesonderten Bericht werden alle maßgeblichen Fakten, Rechtsvorschriften und Gründe dargelegt, auf die sich die Einführung endgültiger Maßnahmen oder die Annahme einer Preisverpflichtung stützt; dabei wird der erforderlichen Wahrung der Vertraulichkeit gebührend Rechnung getragen. Die Bekanntmachung oder der Bericht enthält insbesondere die in Unterabsatz 1 aufgeführten Informationen sowie die Gründe, aus denen relevante Argumente oder Forderungen der Ausführer und Einführer angenommen bzw. zurückgewiesen wurden, sowie die Grundlage für jeden Beschluß gemäß Artikel 6 Absatz 10 Unterabsatz 2.

12.2.3 In einer öffentlichen Bekanntmachung über den Abschluß oder die Aussetzung einer Untersuchung nach der Annahme einer Verpflichtung gemäß Artikel 8 oder in einem gesonderten Bericht werden die nichtvertraulichen Bestimmungen dieser Preisverpflichtung aufgeführt.

12.3 Die Bestimmungen dieses Artikels gelten sinngemäß für die Einleitung und den Abschluß von Überprüfungen gemäß Artikel 11 sowie für Beschlüsse gemäß Artikel 10 über die rückwirkende Anwendung von Zöllen.

Artikel 13

Gerichtliche Überprüfung

Jedes Mitglied, dessen innerstaatliche Rechtsvorschriften Bestimmungen über Antidumpingmaßnahmen umfassen, behält Gericht, Schiedsgerichte oder Verwaltungsgerichte oder Verfahren bei, die unter anderem dem Zweck dienen, Verwaltungsmaßnahmen im Zusammenhang mit endgültigen Feststellungen und Überprüfungen von Feststellungen im Sinne des Artikels 11 umgehend zu

⁽²²⁾ Wird der Betrag des Antidumpingzolls rückwirkend festgesetzt und ergibt das letzte Feststellungsverfahren gemäß Artikel 9 Absatz 3 Unterabsatz 1, daß kein Zoll zu erheben ist, so veranlaßt diese Tatsache an sich die Behörden nicht, den endgültigen Zoll aufzuheben.

⁽²³⁾ Legen die Behörden Informationen und Erläuterungen gemäß diesem Artikel in einem gesonderten Bericht vor, so stellen sie sicher, daß dieser Bericht der Öffentlichkeit frei zugänglich ist.

überprüfen. Solche Gerichte oder Verfahren sind unabhängig von den Behörden, die für die fragliche Feststellung oder Überprüfung zuständig sind.

Artikel 14

Antidumpingmaßnahmen zugunsten eines Drittlandes

14. Ein Antrag auf Einführung von Antidumpingmaßnahmen zugunsten eines Drittlandes wird von den Behörden des die Maßnahmen beantragenden Drittlandes gestellt.

14.2 Ein solcher Antrag wird auf Preisangaben gestützt, aus denen hervorgeht, daß die Einfuhren gedumpt sind, sowie auf ausführliche Angaben darüber, daß das angebliche Dumping eine Schädigung des betreffenden inländischen Wirtschaftszweiges im Drittland verursacht. Die Regierung des Drittlandes gewährt den Behörden des Einfuhrlandes jede Unterstützung bei der Beschaffung aller weiteren Informationen, die die Behörden für notwendig halten.

14.3 Bei der Prüfung eines solchen Antrags berücksichtigen die Behörden des Einfuhrlandes die Auswirkungen, die das angebliche Dumping im Drittland auf den betroffenen Wirtschaftszweig insgesamt hat; mit anderen Worten wird die Schädigung weder ausschließlich an den Auswirkungen gemessen, die das angebliche Dumping auf die Ausfuhren des Wirtschaftszweiges in das Einfuhrland hat, noch ausschließlich an den Auswirkungen auf die Gesamtausfuhren des Wirtschaftszweiges.

14.4 Der Beschluß über die Einleitung eines Verfahrens obliegt dem Einfuhrland. Ist das Einfuhrland bereit, Maßnahmen zu ergreifen, so obliegt es ihm, die Zustimmung des Rates für Warenverkehr einzuholen.

Artikel 15

Entwicklungsland-Mitglieder

Es wird anerkannt, daß Industrieland-Mitglieder, wenn sie Antidumpingmaßnahmen aufgrund dieses Übereinkommens erwägen, die spezifische Lage der Entwicklungsland-Mitglieder besonders berücksichtigen müssen. Vor der Anwendung von Antidumpingzöllen, die die wesentlichen Interessen der Entwicklungsland-Mitglieder berühren würden, sind die Möglichkeiten von konstruktiven Abhilfen, die im Rahmen dieses Übereinkommens vorgesehen sind, zu prüfen.

TEIL II

Artikel 16

Ausschuß für Antidumpingmaßnahmen

16.1 Es wird ein Ausschuß für Antidumpingmaßnahmen (in diesem Übereinkommen „Ausschuß“ genannt) aus Vertretern aller Mitglieder eingesetzt. Der Ausschuß wählt seinen Vorsitzenden und tritt mindestens zweimal im Jahr sowie auf Antrag eines Mitglieds nach Maßgabe dieses Übereinkommens zusammen. Der Ausschuß erfüllt die Aufgaben, die ihm aufgrund dieses Übereinkommens übertragen oder von den Mitgliedern zugewiesen werden, und bietet den Mitgliedern Gelegenheit, über alle das Funktionieren dieses Übereinkommens oder die Verfolgung seiner Ziele betreffenden Fragen zu beraten. Die Sekretariatsgeschäfte des Ausschusses werden vom WTO-Sekretariat wahrgenommen.

16.2 Der Ausschuß kann bei Bedarf Untergruppen einsetzen.

16.3 Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben können der Ausschuß und die Untergruppen sich mit jeder ihnen geeignet erscheinenden Stelle beraten und von dieser Informationen einholen. Bevor jedoch der Ausschuß oder eine Untergruppe Informationen von einer Stelle im Hoheitsgebiet eines Mitglieds einholt, wird das betreffende Mitglied davon in Kenntnis gesetzt. Der Ausschuß muß die Zustimmung des Mitglieds und des Unternehmens erhalte, das befragt werden soll.

16.4 Die Mitglieder berichten dem Ausschuß unverzüglich über alle von ihnen getroffenen vorläufigen oder endgültigen Antidumpingmaßnahmen. Diese Berichte können von den anderen Mitgliedern im Sekretariat eingesehen werden. Die Mitglieder unterbreiten ferner Halbjahresberichte über die während der vorausgegangenen 6 Monate getroffenen Antidumpingmaßnahmen. Die Halbjahresberichte werden nach einem vereinbarten einheitlichen Muster vorgelegt.

16.5 Jedes Mitglied notifiziert dem Ausschuß a) seine für die Einleitung und Durchführung einer Untersuchung nach Artikel 5 zuständigen Behörden und b) seine innerstaatlichen Verfahren zur Einleitung und Durchführung solcher Untersuchungen.

Artikel 17

Konsultationen und Streitbeilegung

17.1 Die Vereinbarung über die Streitbeilegung gilt für die Konsultationen und die Beilegung von Streitigkeiten im Rahmen dieses Übereinkommens, sofern darin nichts anderes bestimmt ist.

17.2 Jedes Mitglied prüft wohlwollend die Vorstellungen anderer Mitglieder zu allen das Funktionieren dieses Übereinkommens betreffenden Fragen und bietet ausreichend Gelegenheit zu Konsultationen.

17.3 Ist ein Mitglied der Auffassung, daß durch ein anderes Mitglied oder durch andere Mitglieder ein ihm aus diesem Übereinkommen mittelbar oder unmittelbar erwachsender Vorteil zunichte gemacht oder verringert oder die Erreichung eines der Ziele des Übereinkommens behindert wird, so kann es zur Erzielung einer allseits befriedigenden Lösung der Frage schriftlich um Konsultationen mit dem betreffenden Mitglied beziehungsweise den betreffenden Mitgliedern ersuchen. Jedes Mitglied prüft das Konsultationsersuchen eines anderen Mitglieds wohlwollend.

17.4 Ist das Mitglied, das um Konsultationen ersucht hat, der Auffassung, daß die Konsultationen nach Absatz 3 keine einvernehmliche Lösung erbracht haben, und wurden von den Verwaltungsbehörden des Einfuhrmitglieds endgültige Maßnahmen betreffend die Erhebung endgültiger Antidumpingzölle oder die Annahme von Preisverpflichtungen getroffen, so kann dieses Mitglied die Angelegenheit dem Streitbeilegungsorgan („DSB“) unterbreiten. Hat eine vorläufige Maßnahme wesentliche Auswirkungen und ist das Mitglied, das um Konsultationen ersucht hat, der Auffassung, daß die getroffene Maßnahme gegen Artikel 7 Absatz 1 verstößt, so kann das Mitglied eine solche Angelegenheit ebenfalls dem DSB unterbreiten.

17.5 Das DSB setzt auf Ersuchen der antragstellenden Partei eine Sondergruppe ein, die die Angelegenheit prüft aufgrund:

- (i) einer schriftlichen Erklärung des antragstellenden Mitglieds, in dem es darlegt, in welcher Form ein ihm aus diesem Übereinkommen mittelbar oder unmittelbar erwachsender Vorteil zunichte gemacht oder verringert wird, oder daß die Erreichung der Ziele des Übereinkommens behindert wird, und
- (ii) der den Behörden des Einfuhrmitglieds gemäß den einschlägigen inländischen Verfahren zur Verfügung gestellten Informationen.

17.6 Bei der Prüfung der in Absatz 5 genannten Angelegenheit:

- (i) stellt die Sondergruppe zwecks Beurteilung des Sachverhalts fest, ob die Sachverhaltsfeststellung der Behörden richtig und die Sachverhaltswürdigung unparteiisch und objektiv war. War die Sachverhaltsfeststellung richtig und die Sachverhaltswürdigung unparteiisch und objektiv, so kann die Würdigung nicht verworfen werden, auch wenn die Sondergruppe möglicherweise zu einer anderen Schlußfolgerung gekommen wäre;
- (ii) legt die Sondergruppe die maßgeblichen Bestimmungen dieses Übereinkommens gemäß den üblichen Regeln für die Auslegung des Völkerrechts aus. Stellt die Sondergruppe fest, daß eine maßgebliche Bestimmung des Übereinkommens mehr als eine Auslegung zuläßt, so erklärt sie die Maßnahme der Behörden als mit dem Übereinkommen vereinbar, sofern sich diese Maßnahme auf eine der zulässigen Auslegungen stützt.

17.7 Die der Sondergruppe übermittelten vertraulichen Informationen dürfen ohne förmliche Zustimmung der diese Informationen übermittelnden Person, Stelle oder Behörde nicht preisgegeben werden. Werden derartige Informationen von der Sondergruppe verlangt und wird ihrer Preisgabe durch die Sondergruppe nicht zugestimmt, so wird mit Zustimmung der die Informationen übermittelnden Person, Stelle oder Behörde eine nichtvertrauliche Zusammenfassung dieser Informationen vorgelegt.

TEIL III

Artikel 19

Schlußbestimmungen

18.1 Spezifische Maßnahmen gegen gedumpte Ausfuhren eines anderen Mitglieds dürfen nur gemäß den Bestimmungen des GATT 1994 in der Auslegung durch dieses Übereinkommen getroffen werden^(*).

18.2 Vorbehalte zu den Bestimmungen dieses Übereinkommens dürfen nicht ohne die Zustimmung der anderen Mitglieder gemacht werden.

18.3 Vorbehaltlich des Absatzes 3 Unterabsätze 1 und 2 gelten die Bestimmungen dieses Übereinkommens für Untersuchungen und für Überprüfungen bestehender Maßnahmen aufgrund von Anträgen, die an oder nach dem Tag gestellt werden, an dem das WTO-Abkommen für ein Mitglied in Kraft tritt.

18.3.1 Für die Berechnung der Dumpingspannen in Erstattungsverfahren gemäß Artikel 9 Absatz 3 gelten die Regeln, die bei der jüngsten Dumpingfeststellung oder Dumpingüberprüfung angewendet wurden.

18.3.2 Für die Zwecke des Artikels 11 Absatz 3 wird davon ausgegangen, daß bestehende Antidumpingmaßnahmen spätestens an dem Tag eingeführt werden, an dem das WTO-Abkommen für ein Mitglied in Kraft tritt, außer in den Fällen, in denen die geltenden inländischen Rechtsvorschriften eines Mitglieds zu diesem Zeitpunkt bereits eine ähnliche Klausel umfassen wie in diesem Absatz vorgesehen.

18.4 Jedes Mitglied unternimmt aller erforderlichen Schritte allgemeiner oder besonderer Art, um sicherzustellen, daß seine Gesetze, sonstigen Vorschriften und Verwaltungsverfahren spätestens zu dem Zeitpunkt, zu dem das WTO-Abkommen für dieses Mitglied in Kraft tritt, mit den Bestimmungen dieses Übereinkommens, soweit sie auf das betreffende Mitglied Anwendung finden, im Einklang stehen.

18.5 Jedes Mitglied unterrichtet den Ausschuß über alle Änderungen seiner Gesetze und sonstigen Vorschriften, die für dieses Übereinkommen von Bedeutung sind, sowie über alle Änderungen bei ihrer Anwendung.

18.6 Der Ausschuß überprüft jährlich unter Berücksichtigung der Ziele dieses Übereinkommens dessen Durchführung und Funktionieren. Der Ausschuß unterrichtet den Rat für Warenverkehr jährlich über die Entwicklung während des Prüfungszeitraums.

18.7 Die Anhänge sind Bestandteil des Übereinkommens.

(*) Dies schließt jedoch bei Bedarf Maßnahmen aufgrund anderer einschlägiger Bestimmungen des GATT 1994 nicht aus.

Anhang I

Verfahren für Untersuchungen an Ort und Stelle
gemäß Artikel 6 Absatz 7

1. Bei Einleitung einer Untersuchung sollen die Behörden des Ausfuhrmitglieds und die bekanntermaßen betroffenen Unternehmen von der Absicht in Kenntnis gesetzt werden, Untersuchungen an Ort und Stelle durchzuführen.
2. Sollte unter außergewöhnlichen Umständen beabsichtigt werden, nichtstaatliche Sachverständige an der Untersuchung zu beteiligen, so sollen die Unternehmen und die Behörden des Ausfuhrmitglieds davon in Kenntnis gesetzt werden. Solche nichtstaatlichen Sachverständigen sollen im Falle einer Verletzung der Geheimhaltungspflicht wirksamen Sanktionen unterliegen.
3. Es soll gängige Praxis sein, vor der endgültigen Planung des Besuchs die ausdrückliche Zustimmung der betroffenen Unternehmen im Ausfuhrmitglied einzuholen.
4. Sobald die Zustimmung der betreffenden Unternehmen vorliegt, sollen die untersuchenden Behörden den Behörden des Ausfuhrmitglieds die Namen und Anschriften der zu besuchenden Unternehmen sowie die vereinbarten Termine mitteilen.
5. Die betreffenden Unternehmen sollen rechtzeitig vor dem Besuch unterrichtet werden.
6. Besuche zur Erläuterung des Fragebogens sollen nur auf Antrag eines Ausfuhrunternehmens erfolgen. Solche Besuche dürfen nur durchgeführt werden, wenn a) die Behörden des Einfuhrmitglieds die Vertreter des betreffenden Mitglieds benachrichtigen und b) letztere keine Einwände gegen den Besuch erheben.
7. Da die Untersuchungen an Ort und Stelle in erster Linie zur Überprüfung der übermittelten Informationen oder zur Einholung ergänzender Angaben dienen, sollen sie erst nach Eingang der Antwort auf den Fragebogen durchgeführt werden, außer wenn das Unternehmen dem Gegenteil zustimmt und die Regierung des Ausfuhrmitglieds von den untersuchenden Behörden über den vorgezogenen Besuch informiert wird und keine Einwände erhebt; außerdem soll es gängige Praxis sein, die betreffenden Unternehmen vor dem Besuch über die allgemeine Natur der zu überprüfenden Informationen und der vorzulegenden zusätzlichen Informationen zu unterrichten; dies soll jedoch nicht ausschließen, daß an Ort und Stelle in Anbetracht der erhaltenen Informationen weitere Einzelheiten erbeten werden.
8. Fragen der Behörden oder Unternehmen des Ausfuhrmitglieds, die für eine erfolgreiche Untersuchung an Ort und Stelle notwendig sind, sollen soweit wie möglich vor dem Besuch beantwortet werden.

Anhang II

Beste verfügbare Informationen im Sinne des Artikels 6 Absatz 8

1. Nach Einleitung der Untersuchung sollen die untersuchenden Behörden die interessierten Parteien umgehend in allen Einzelheiten über die erbetenen Informationen unterrichten und angeben, wie die interessierten Parteien diese Informationen in ihrer Antwort gliedern sollen. Die Behörden sollen ferner sicherstellen, daß den Parteien bekannt ist, daß die Behörden, sollten die Informationen nicht innerhalb eines angemessenen Zeitraums übermittelt werden, Feststellungen auf der Grundlage der verfügbaren Informationen treffen können, einschließlich der Informationen in dem Antrag des inländischen Wirtschaftszweiges auf Einleitung der Untersuchung.
2. Die Behörden können eine interessierte Partei ferner auffordern, ihre Antwort auf einem bestimmten Datenträger (Magnetband) oder in einem bestimmten Datenformat zu übermitteln. In diesem Fall sollen die Behörden berücksichtigen, inwieweit die interessierte Partei normalerweise in der Lage ist, ihre Antwort auf dem bevorzugten Datenträger oder in dem bevorzugten Datenformat zu übermitteln, und sollen von der Partei nicht verlangen, für ihre Antwort ein anderes EDV-System zu benutzen als das, das die Partei selbst verwendet. Die Behörden sollen nicht auf einer Antwort in elektronischer Form bestehen, wenn die interessierte Partei ihre Buchhaltung nicht auf EDV führt und wenn die Übermittlung der Antwort in der gewünschten Form die interessierte Partei über Gebühr zusätzlich belasten würde, zum Beispiel wenn damit unangemessene zusätzliche Kosten und Schwierigkeiten verbunden wären. Die Behörden sollen nicht auf der Übermittlung der Antwort auf einem bestimmten Datenträger oder in einem bestimmten Datenformat bestehen, wenn die interessierte Partei ihre Buchhaltung nicht auf einem solchen Datenträger oder in einem solchen Datenformat führt und wenn die Übermittlung der Antwort in der gewünschten Form die interessierte Partei über Gebühr zusätzlich belasten würde, zum Beispiel wenn damit unangemessene zusätzliche Kosten und Schwierigkeiten verbunden wären.
3. Bei den Feststellungen sollen alle überprüfbaren Informationen berücksichtigt werden, die fristgerecht und so vorgelegt werden, daß sie ohne ungebührliche Schwierigkeiten für die Untersuchung verwendet werden können, und die gegebenenfalls auf dem von den Behörden gewünschten Datenträger oder in dem von ihnen gewünschten Datenformat übermittelt werden. Legt eine interessierte Partei ihre Antwort nicht auf dem gewünschten Datenträger oder in dem gewünschten Datenformat vor und stellen die Behörden fest, daß die Voraussetzungen nach Absatz 2 erfüllt sind, so soll nicht die Auffassung vertreten werden, daß diese Unterlassung die Untersuchung erheblich behindert.
4. Sollten die Behörden die auf einem bestimmten Datenträger übermittelten Informationen (z. B. Magnetband) nicht verarbeiten können, so sollen diese Informationen schriftlich oder in jeder anderen für die Behörden annehmbaren Form übermittelt werden.
5. Sollten sich die übermittelten Informationen nicht in jeder Hinsicht als vollkommen erweisen, so soll dies die Behörden nicht berechtigen, diese Informationen unberücksichtigt zu lassen, sofern die interessierte Partei nach besten Kräften gehandelt hat.
6. Sollten Nachweise oder Informationen nicht akzeptiert werden, so soll die Partei, die sie vorgelegt hat, über die Gründe informiert werden und die Möglichkeit erhalten, innerhalb einer angemessenen Frist weitere Erläuterungen zu geben; dabei sind die Fristen für die Untersuchung gebührend zu berücksichtigen. Sollten die Behörden die Erläuterungen nicht für ausreichend halten, so sind die Gründe für die Zurückweisung solcher Nachweise oder Informationen in veröffentlichten Feststellungen darzulegen.
7. Müssen die Behörden ihre Feststellungen, einschließlich der Feststellungen betreffend den Normalwert, auf Informationen aus zweiter Hand, einschließlich der Angaben in dem Antrag auf Einleitung der Untersuchung, stützen, so sollen sie mit besonderer Vorsicht vorgehen. In solchen Fällen sollen die Behörden, soweit möglich, die Informationen anhand von Angaben aus anderen ihnen zugänglichen unabhängigen Quellen (z. B. veröffentlichte Preislisten, amtliche Einfuhrstatistiken und Zollerklärungen) sowie von Informationen prüfen, die andere interessierte Parteien während der Untersuchung vorlegen. Wenn eine interessierte Partei nicht mitarbeitet und somit den Behörden maßgebliche Informationen vorenthält, kann dies selbstverständlich zu einem Ergebnis führen, das für diese Partei weniger günstig ist als wenn sie mitgearbeitet hätte.

**AGREEMENT ON IMPLEMENTATION OF ARTICLE VI
OF THE GENERAL AGREEMENT ON TARIFFS AND TRADE 1994**

Members hereby agree as follows:

PART I

Article 1

Principles

An anti-dumping measure shall be applied only under the circumstances provided for in Article VI of GATT 1994 and pursuant to investigations initiated¹ and conducted in accordance with the provisions of this Agreement. The following provisions govern the application of Article VI of GATT 1994 in so far as action is taken under anti-dumping legislation or regulations.

Article 2

Determination of Dumping

2.1 For the purpose of this Agreement, a product is to be considered as being dumped, i.e. introduced into the commerce of another country at less than its normal value, if the export price of the product exported from one country to another is less than the comparable price, in the ordinary course of trade, for the like product when destined for consumption in the exporting country.

2.2 When there are no sales of the like product in the ordinary course of trade in the domestic market of the exporting country or when, because of the particular market situation or the low volume of the sales in the domestic market of the exporting country², such sales do not permit a proper comparison, the margin of dumping shall be determined by comparison with a comparable price of the like product when exported to an appropriate third country, provided that this price is representative, or with the cost of production in the country of origin plus a reasonable amount for administrative, selling and general costs and for profits.

2.2.1 Sales of the like product in the domestic market of the exporting country or sales to a third country at prices below per unit (fixed and variable) costs of production plus administrative, selling and general costs may be treated as not being in the ordinary course of trade by reason of price and may be disregarded in determining normal value only if the authorities³ determine that such sales are made within an extended period of time⁴ in substantial quantities⁵ and are at prices which do not provide for the recovery

¹ The term "initiated" as used in this Agreement means the procedural action by which a Member formally commences an investigation as provided in Article 5.

² Sales of the like product destined for consumption in the domestic market of the exporting country shall normally be considered a sufficient quantity for the determination of the normal value if such sales constitute 5 per cent or more of the sales of the product under consideration to the importing Member, provided that a lower ratio should be acceptable where the evidence demonstrates that domestic sales at such lower ratio are nonetheless of sufficient magnitude to provide for a proper comparison.

³ When in this Agreement the term "authorities" is used, it shall be interpreted as meaning authorities at an appropriate senior level.

⁴ The extended period of time should normally be one year but shall in no case be less than six months.

⁵ Sales below per unit costs are made in substantial quantities when the authorities establish that the weighted average selling price of the transactions under consideration for the determination of the normal value is below the weighted average per unit costs, or that the volume of sales

of all costs within a reasonable period of time. If prices which are below per unit costs at the time of sale are above weighted average per unit costs for the period of investigation, such prices shall be considered to provide for recovery of costs within a reasonable period of time.

2.2.1.1 For the purpose of paragraph 2, costs shall normally be calculated on the basis of records kept by the exporter or producer under investigation, provided that such records are in accordance with the generally accepted accounting principles of the exporting country and reasonably reflect the costs associated with the production and sale of the product under consideration. Authorities shall consider all available evidence on the proper allocation of costs, including that which is made available by the exporter or producer in the course of the investigation provided that such allocations have been historically utilized by the exporter or producer, in particular in relation to establishing appropriate amortization and depreciation periods and allowances for capital expenditures and other development costs. Unless already reflected in the cost allocations under this sub-paragraph, costs shall be adjusted appropriately for those non-recurring items of cost which benefit future and/or current production, or for circumstances in which costs during the period of investigation are affected by start-up operations.⁶

2.2.2 For the purpose of paragraph 2, the amounts for administrative, selling and general costs and for profits shall be based on actual data pertaining to production and sales in the ordinary course of trade of the like product by the exporter or producer under investigation. When such amounts cannot be determined on this basis, the amounts may be determined on the basis of:

- (i) the actual amounts incurred and realized by the exporter or producer in question in respect of production and sales in the domestic market of the country of origin of the same general category of products;
- (ii) the weighted average of the actual amounts incurred and realized by other exporters or producers subject to investigation in respect of production and sales of the like product in the domestic market of the country of origin;
- (iii) any other reasonable method, provided that the amount for profit so established shall not exceed the profit normally realized by other exporters or producers on sales of products of the same general category in the domestic market of the country of origin.

2.3 In cases where there is no export price or where it appears to the authorities concerned that the export price is unreliable because of association or a compensatory arrangement between the exporter and the importer or a third party, the export price may be constructed on the basis of the price at which the imported products are first resold to an independent buyer, or if the products are not resold to an independent buyer, or not resold in the condition as imported, on such reasonable basis as the authorities may determine.

below per unit costs represents not less than 20 per cent of the volume sold in transactions under consideration for the determination of the normal value.

⁶ The adjustment made for start-up operations shall reflect the costs at the end of the start-up period or, if that period extends beyond the period of investigation, the most recent costs which can reasonably be taken into account by the authorities during the investigation.

2.4 A fair comparison shall be made between the export price and the normal value. This comparison shall be made at the same level of trade, normally at the ex-factory level, and in respect of sales made at as nearly as possible the same time. Due allowance shall be made in each case, on its merits, for differences which affect price comparability, including differences in conditions and terms of sale, taxation, levels of trade, quantities, physical characteristics, and any other differences which are also demonstrated to affect price comparability.⁷ In the cases referred to in paragraph 3, allowances for costs, including duties and taxes, incurred between importation and resale, and for profits accruing, should also be made. If in these cases price comparability has been affected, the authorities shall establish the normal value at a level of trade equivalent to the level of trade of the constructed export price, or shall make due allowance as warranted under this paragraph. The authorities shall indicate to the parties in question what information is necessary to ensure a fair comparison and shall not impose an unreasonable burden of proof on those parties.

2.4.1 When the comparison under paragraph 4 requires a conversion of currencies, such conversion should be made using the rate of exchange on the date of sale⁸, provided that when a sale of foreign currency on forward markets is directly linked to the export sale involved, the rate of exchange in the forward sale shall be used. Fluctuations in exchange rates shall be ignored and in an investigation the authorities shall allow exporters at least 60 days to have adjusted their export prices to reflect sustained movements in exchange rates during the period of investigation.

2.4.2 Subject to the provisions governing fair comparison in paragraph 4, the existence of margins of dumping during the investigation phase shall normally be established on the basis of a comparison of a weighted average normal value with a weighted average of prices of all comparable export transactions or by a comparison of normal value and export prices on a transaction-to-transaction basis. A normal value established on a weighted average basis may be compared to prices of individual export transactions if the authorities find a pattern of export prices which differ significantly among different purchasers, regions or time periods, and if an explanation is provided as to why such differences cannot be taken into account appropriately by the use of a weighted average-to-weighted average or transaction-to-transaction comparison.

2.5 In the case where products are not imported directly from the country of origin but are exported to the importing Member from an intermediate country, the price at which the products are sold from the country of export to the importing Member shall normally be compared with the comparable price in the country of export. However, comparison may be made with the price in the country of origin, if, for example, the products are merely transshipped through the country of export, or such products are not produced in the country of export, or there is no comparable price for them in the country of export.

2.6 Throughout this Agreement the term "like product" ("produit similaire") shall be interpreted to mean a product which is identical, i.e. alike in all respects to the product under consideration, or in the absence of such a product, another product which, although not alike in all respects, has characteristics closely resembling those of the product under consideration.

2.7 This Article is without prejudice to the second Supplementary Provision to paragraph 1 of Article VI in Annex I to GATT 1994.

⁷ It is understood that some of the above factors may overlap, and authorities shall ensure that they do not duplicate adjustments that have been already made under this provision.

⁸ Normally, the date of sale would be the date of contract, purchase order, order confirmation, or invoice, whichever establishes the material terms of sale.

*Article 3**Determination of Injury⁹*

3.1 A determination of injury for purposes of Article VI of GATT 1994 shall be based on positive evidence and involve an objective examination of both (a) the volume of the dumped imports and the effect of the dumped imports on prices in the domestic market for like products, and (b) the consequent impact of these imports on domestic producers of such products.

3.2 With regard to the volume of the dumped imports, the investigating authorities shall consider whether there has been a significant increase in dumped imports, either in absolute terms or relative to production or consumption in the importing Member. With regard to the effect of the dumped imports on prices, the investigating authorities shall consider whether there has been a significant price undercutting by the dumped imports as compared with the price of a like product of the importing Member, or whether the effect of such imports is otherwise to depress prices to a significant degree or prevent price increases, which otherwise would have occurred, to a significant degree. No one or several of these factors can necessarily give decisive guidance.

3.3 Where imports of a product from more than one country are simultaneously subject to anti-dumping investigations, the investigating authorities may cumulatively assess the effects of such imports only if they determine that (a) the margin of dumping established in relation to the imports from each country is more than *de minimis* as defined in paragraph 8 of Article 5 and the volume of imports from each country is not negligible and (b) a cumulative assessment of the effects of the imports is appropriate in light of the conditions of competition between the imported products and the conditions of competition between the imported products and the like domestic product.

3.4 The examination of the impact of the dumped imports on the domestic industry concerned shall include an evaluation of all relevant economic factors and indices having a bearing on the state of the industry, including actual and potential decline in sales, profits, output, market share, productivity, return on investments, or utilization of capacity; factors affecting domestic prices; the magnitude of the margin of dumping; actual and potential negative effects on cash flow, inventories, employment, wages, growth, ability to raise capital or investments. This list is not exhaustive, nor can one or several of these factors necessarily give decisive guidance.

3.5 It must be demonstrated that the dumped imports are, through the effects of dumping, as set forth in paragraphs 2 and 4, causing injury within the meaning of this Agreement. The demonstration of a causal relationship between the dumped imports and the injury to the domestic industry shall be based on an examination of all relevant evidence before the authorities. The authorities shall also examine any known factors other than the dumped imports which at the same time are injuring the domestic industry, and the injuries caused by these other factors must not be attributed to the dumped imports. Factors which may be relevant in this respect include, *inter alia*, the volume and prices of imports not sold at dumping prices, contraction in demand or changes in the patterns of consumption, trade restrictive practices of and competition between the foreign and domestic producers, developments in technology and the export performance and productivity of the domestic industry.

⁹ Under this Agreement the term "injury" shall, unless otherwise specified, be taken to mean material injury to a domestic industry, threat of material injury to a domestic industry or material retardation of the establishment of such an industry and shall be interpreted in accordance with the provisions of this Article.

3.6 The effect of the dumped imports shall be assessed in relation to the domestic production of the like product when available data permit the separate identification of that production on the basis of such criteria as the production process, producers' sales and profits. If such separate identification of that production is not possible, the effects of the dumped imports shall be assessed by the examination of the production of the narrowest group or range of products, which includes the like product, for which the necessary information can be provided.

3.7 A determination of a threat of material injury shall be based on facts and not merely on allegation, conjecture or remote possibility. The change in circumstances which would create a situation in which the dumping would cause injury must be clearly foreseen and imminent.¹⁰ In making a determination regarding the existence of a threat of material injury, the authorities should consider, *inter alia*, such factors as:

- (i) a significant rate of increase of dumped imports into the domestic market indicating the likelihood of substantially increased importation;
- (ii) sufficient freely disposable, or an imminent, substantial increase in, capacity of the exporter indicating the likelihood of substantially increased dumped exports to the importing Member's market, taking into account the availability of other export markets to absorb any additional exports;
- (iii) whether imports are entering at prices that will have a significant depressing or suppressing effect on domestic prices, and would likely increase demand for further imports; and
- (iv) inventories of the product being investigated.

No one of these factors by itself can necessarily give decisive guidance but the totality of the factors considered must lead to the conclusion that further dumped exports are imminent and that, unless protective action is taken, material injury would occur.

3.8 With respect to cases where injury is threatened by dumped imports, the application of anti-dumping measures shall be considered and decided with special care.

Article 4

Definition of Domestic Industry

4.1 For the purposes of this Agreement, the term "domestic industry" shall be interpreted as referring to the domestic producers as a whole of the like products or to those of them whose collective output of the products constitutes a major proportion of the total domestic production of those products, except that:

- (i) when producers are related¹¹ to the exporters or importers or are themselves importers of the allegedly dumped product, the term "domestic industry" may be interpreted as referring to the rest of the producers;

¹⁰ One example, though not an exclusive one, is that there is convincing reason to believe that there will be, in the near future, substantially increased importation of the product at dumped prices.

¹¹ For the purpose of this paragraph, producers shall be deemed to be related to exporters or importers only if (a) one of them directly or indirectly controls the other; or (b) both of them are directly or indirectly controlled by a third person; or (c) together they directly or indirectly control a third person, provided that there are grounds for believing or suspecting that the effect of the relationship is such as to cause the producer concerned to behave differently from non-related producers.

- (ii) in exceptional circumstances the territory of a Member may, for the production in question, be divided into two or more competitive markets and the producers within each market may be regarded as a separate industry if (a) the producers within such market sell all or almost all of their production of the product in question in that market, and (b) the demand in that market is not to any substantial degree supplied by producers of the product in question located elsewhere in the territory. In such circumstances, injury may be found to exist even where a major portion of the total domestic industry is not injured, provided there is a concentration of dumped imports into such an isolated market and provided further that the dumped imports are causing injury to the producers of all or almost all of the production within such market.

4.2 When the domestic industry has been interpreted as referring to the producers in a certain area, i.e. a market as defined in paragraph 1(ii), anti-dumping duties shall be levied¹² only on the products in question consigned for final consumption to that area. When the constitutional law of the importing Member does not permit the levying of anti-dumping duties on such a basis, the importing Member may levy the anti-dumping duties without limitation only if (a) the exporters shall have been given an opportunity to cease exporting at dumped prices to the area concerned or otherwise give assurances pursuant to Article 8 and adequate assurances in this regard have not been promptly given, and (b) such duties cannot be levied only on products of specific producers which supply the area in question.

4.3 Where two or more countries have reached under the provisions of paragraph 8(a) of Article XXIV of GATT 1994 such a level of integration that they have the characteristics of a single, unified market, the industry in the entire area of integration shall be taken to be the domestic industry referred to in paragraph 1.

4.4 The provisions of paragraph 6 of Article 3 shall be applicable to this Article.

Article 5

Initiation and Subsequent Investigation

5.1 Except as provided for in paragraph 6, an investigation to determine the existence, degree and effect of any alleged dumping shall be initiated upon a written application by or on behalf of the domestic industry.

5.2 An application under paragraph 1 shall include evidence of (a) dumping, (b) injury within the meaning of Article VI of GATT 1994 as interpreted by this Agreement and (c) a causal link between the dumped imports and the alleged injury. Simple assertion, unsubstantiated by relevant evidence, cannot be considered sufficient to meet the requirements of this paragraph. The application shall contain such information as is reasonably available to the applicant on the following:

- (i) the identity of the applicant and a description of the volume and value of the domestic production of the like product by the applicant. Where a written application is made on behalf of the domestic industry, the application shall identify the industry on behalf of which the application is made by a list of all known domestic producers of the like product (or associations of domestic producers of the like product) and, to the extent

For the purpose of this paragraph, one shall be deemed to control another when the former is legally or operationally in a position to exercise restraint or direction over the latter.

¹² As used in this Agreement "levy" shall mean the definitive or final legal assessment or collection of a duty or tax.

possible, a description of the volume and value of domestic production of the like product accounted for by such producers;

- (ii) a complete description of the allegedly dumped product, the names of the country or countries of origin or export in question, the identity of each known exporter or foreign producer and a list of known persons importing the product in question;
- (iii) information on prices at which the product in question is sold when destined for consumption in the domestic markets of the country or countries of origin or export (or, where appropriate, information on the prices at which the product is sold from the country or countries of origin or export to a third country or countries, or on the constructed value of the product) and information on export prices or, where appropriate, on the prices at which the product is first resold to an independent buyer in the territory of the importing Member;
- (iv) information on the evolution of the volume of the allegedly dumped imports, the effect of these imports on prices of the like product in the domestic market and the consequent impact of the imports on the domestic industry, as demonstrated by relevant factors and indices having a bearing on the state of the domestic industry, such as those listed in paragraphs 2 and 4 of Article 3.

5.3 The authorities shall examine the accuracy and adequacy of the evidence provided in the application to determine whether there is sufficient evidence to justify the initiation of an investigation.

5.4 An investigation shall not be initiated pursuant to paragraph 1 unless the authorities have determined, on the basis of an examination of the degree of support for, or opposition to, the application expressed¹³ by domestic producers of the like product, that the application has been made by or on behalf of the domestic industry.¹⁴ The application shall be considered to have been made "by or on behalf of the domestic industry" if it is supported by those domestic producers whose collective output constitutes more than 50 per cent of the total production of the like product produced by that portion of the domestic industry expressing either support for or opposition to the application. However, no investigation shall be initiated when domestic producers expressly supporting the application account for less than 25 per cent of total production of the like product produced by the domestic industry.

5.5 The authorities shall avoid, unless a decision has been made to initiate an investigation, any publicizing of the application for the initiation of an investigation. However, after receipt of a properly documented application and before proceeding to initiate an investigation, the authorities shall notify the government of the exporting Member concerned.

5.6 If, in special circumstances, the authorities concerned decide to initiate an investigation without having received a written application by or on behalf of a domestic industry for the initiation of such investigation, they shall proceed only if they have sufficient evidence of dumping, injury and a causal link, as described in paragraph 2, to justify the initiation of an investigation.

5.7 The evidence of both dumping and injury shall be considered simultaneously (a) in the decision whether or not to initiate an investigation, and (b) thereafter, during the course of the investigation,

¹³ In the case of fragmented industries involving an exceptionally large number of producers, authorities may determine support and opposition by using statistically valid sampling techniques.

¹⁴ Members are aware that in the territory of certain Members employees of domestic producers of the like product or representatives of those employees may make or support an application for an investigation under paragraph 1.

starting on a date not later than the earliest date on which in accordance with the provisions of this Agreement provisional measures may be applied.

5.8 An application under paragraph 1 shall be rejected and an investigation shall be terminated promptly as soon as the authorities concerned are satisfied that there is not sufficient evidence of either dumping or of injury to justify proceeding with the case. There shall be immediate termination in cases where the authorities determine that the margin of dumping is *de minimis*, or that the volume of dumped imports, actual or potential, or the injury, is negligible. The margin of dumping shall be considered to be *de minimis* if this margin is less than 2 per cent, expressed as a percentage of the export price. The volume of dumped imports shall normally be regarded as negligible if the volume of dumped imports from a particular country is found to account for less than 3 per cent of imports of the like product in the importing Member, unless countries which individually account for less than 3 per cent of the imports of the like product in the importing Member collectively account for more than 7 per cent of imports of the like product in the importing Member.

5.9 An anti-dumping proceeding shall not hinder the procedures of customs clearance.

5.10 Investigations shall, except in special circumstances, be concluded within one year, and in no case more than 18 months, after their initiation.

Article 6

Evidence

6.1 All interested parties in an anti-dumping investigation shall be given notice of the information which the authorities require and ample opportunity to present in writing all evidence which they consider relevant in respect of the investigation in question.

6.1.1 Exporters or foreign producers receiving questionnaires used in an anti-dumping investigation shall be given at least 30 days for reply.¹⁵ Due consideration should be given to any request for an extension of the 30-day period and, upon cause shown, such an extension should be granted whenever practicable.

6.1.2 Subject to the requirement to protect confidential information, evidence presented in writing by one interested party shall be made available promptly to other interested parties participating in the investigation.

6.1.3 As soon as an investigation has been initiated, the authorities shall provide the full text of the written application received under paragraph 1 of Article 5 to the known exporters¹⁶ and to the authorities of the exporting Member and shall make it available, upon request, to other interested parties involved. Due regard shall be paid to the requirement for the protection of confidential information, as provided for in paragraph 5.

¹⁵ As a general rule, the time-limit for exporters shall be counted from the date of receipt of the questionnaire, which for this purpose shall be deemed to have been received one week from the date on which it was sent to the respondent or transmitted to the appropriate diplomatic representative of the exporting Member or, in the case of a separate customs territory Member of the WTO, an official representative of the exporting territory.

¹⁶ It being understood that, where the number of exporters involved is particularly high, the full text of the written application should instead be provided only to the authorities of the exporting Member or to the relevant trade association.

6.2 Throughout the anti-dumping investigation all interested parties shall have a full opportunity for the defence of their interests. To this end, the authorities shall, on request, provide opportunities for all interested parties to meet those parties with adverse interests, so that opposing views may be presented and rebuttal arguments offered. Provision of such opportunities must take account of the need to preserve confidentiality and of the convenience to the parties. There shall be no obligation on any party to attend a meeting, and failure to do so shall not be prejudicial to that party's case. Interested parties shall also have the right, on justification, to present other information orally.

6.3 Oral information provided under paragraph 2 shall be taken into account by the authorities only in so far as it is subsequently reproduced in writing and made available to other interested parties, as provided for in subparagraph 1.2.

6.4 The authorities shall whenever practicable provide timely opportunities for all interested parties to see all information that is relevant to the presentation of their cases, that is not confidential as defined in paragraph 5, and that is used by the authorities in an anti-dumping investigation, and to prepare presentations on the basis of this information.

6.5 Any information which is by nature confidential (for example, because its disclosure would be of significant competitive advantage to a competitor or because its disclosure would have a significantly adverse effect upon a person supplying the information or upon a person from whom that person acquired the information), or which is provided on a confidential basis by parties to an investigation shall, upon good cause shown, be treated as such by the authorities. Such information shall not be disclosed without specific permission of the party submitting it.¹⁷

6.5.1 The authorities shall require interested parties providing confidential information to furnish non-confidential summaries thereof. These summaries shall be in sufficient detail to permit a reasonable understanding of the substance of the information submitted in confidence. In exceptional circumstances, such parties may indicate that such information is not susceptible of summary. In such exceptional circumstances, a statement of the reasons why summarization is not possible must be provided.

6.5.2 If the authorities find that a request for confidentiality is not warranted and if the supplier of the information is either unwilling to make the information public or to authorize its disclosure in generalized or summary form, the authorities may disregard such information unless it can be demonstrated to their satisfaction from appropriate sources that the information is correct.¹⁸

6.6 Except in circumstances provided for in paragraph 8, the authorities shall during the course of an investigation satisfy themselves as to the accuracy of the information supplied by interested parties upon which their findings are based.

6.7 In order to verify information provided or to obtain further details, the authorities may carry out investigations in the territory of other Members as required, provided they obtain the agreement of the firms concerned and notify the representatives of the government of the Member in question, and unless that Member objects to the investigation. The procedures described in Annex I shall apply to investigations carried out in the territory of other Members. Subject to the requirement to protect confidential information, the authorities shall make the results of any such investigations available, or

¹⁷Members are aware that in the territory of certain Members disclosure pursuant to a narrowly-drawn protective order may be required.

¹⁸Members agree that requests for confidentiality should not be arbitrarily rejected.

shall provide disclosure thereof pursuant to paragraph 9, to the firms to which they pertain and may make such results available to the applicants.

6.8 In cases in which any interested party refuses access to, or otherwise does not provide, necessary information within a reasonable period or significantly impedes the investigation, preliminary and final determinations, affirmative or negative, may be made on the basis of the facts available. The provisions of Annex II shall be observed in the application of this paragraph.

6.9 The authorities shall, before a final determination is made, inform all interested parties of the essential facts under consideration which form the basis for the decision whether to apply definitive measures. Such disclosure should take place in sufficient time for the parties to defend their interests.

6.10 The authorities shall, as a rule, determine an individual margin of dumping for each known exporter or producer concerned of the product under investigation. In cases where the number of exporters, producers, importers or types of products involved is so large as to make such a determination impracticable, the authorities may limit their examination either to a reasonable number of interested parties or products by using samples which are statistically valid on the basis of information available to the authorities at the time of the selection, or to the largest percentage of the volume of the exports from the country in question which can reasonably be investigated.

6.10.1 Any selection of exporters, producers, importers or types of products made under this paragraph shall preferably be chosen in consultation with and with the consent of the exporters, producers or importers concerned.

6.10.2 In cases where the authorities have limited their examination, as provided for in this paragraph, they shall nevertheless determine an individual margin of dumping for any exporter or producer not initially selected who submits the necessary information in time for that information to be considered during the course of the investigation, except where the number of exporters or producers is so large that individual examinations would be unduly burdensome to the authorities and prevent the timely completion of the investigation. Voluntary responses shall not be discouraged.

6.11 For the purposes of this Agreement, "interested parties" shall include:

- (i) an exporter or foreign producer or the importer of a product subject to investigation, or a trade or business association a majority of the members of which are producers, exporters or importers of such product;
- (ii) the government of the exporting Member; and
- (iii) a producer of the like product in the importing Member or a trade and business association a majority of the members of which produce the like product in the territory of the importing Member.

This list shall not preclude Members from allowing domestic or foreign parties other than those mentioned above to be included as interested parties.

6.12 The authorities shall provide opportunities for industrial users of the product under investigation, and for representative consumer organizations in cases where the product is commonly sold at the retail level, to provide information which is relevant to the investigation regarding dumping, injury and causality.

6.13 The authorities shall take due account of any difficulties experienced by interested parties, in particular small companies, in supplying information requested, and shall provide any assistance practicable.

6.14 The procedures set out above are not intended to prevent the authorities of a Member from proceeding expeditiously with regard to initiating an investigation, reaching preliminary or final determinations, whether affirmative or negative, or from applying provisional or final measures, in accordance with relevant provisions of this Agreement.

Article 7

Provisional Measures

7.1 Provisional measures may be applied only if:

- (i) an investigation has been initiated in accordance with the provisions of Article 5, a public notice has been given to that effect and interested parties have been given adequate opportunities to submit information and make comments;
- (ii) a preliminary affirmative determination has been made of dumping and consequent injury to a domestic industry; and
- (iii) the authorities concerned judge such measures necessary to prevent injury being caused during the investigation.

7.2 Provisional measures may take the form of a provisional duty or, preferably, a security - by cash deposit or bond - equal to the amount of the anti-dumping duty provisionally estimated, being not greater than the provisionally estimated margin of dumping. Withholding of appraisement is an appropriate provisional measure, provided that the normal duty and the estimated amount of the anti-dumping duty be indicated and as long as the withholding of appraisement is subject to the same conditions as other provisional measures.

7.3 Provisional measures shall not be applied sooner than 60 days from the date of initiation of the investigation.

7.4 The application of provisional measures shall be limited to as short a period as possible, not exceeding four months or, on decision of the authorities concerned, upon request by exporters representing a significant percentage of the trade involved, to a period not exceeding six months. When authorities, in the course of an investigation, examine whether a duty lower than the margin of dumping would be sufficient to remove injury, these periods may be six and nine months, respectively.

7.5 The relevant provisions of Article 9 shall be followed in the application of provisional measures.

*Article 8**Price Undertakings*

8.1 Proceedings may¹⁹ be suspended or terminated without the imposition of provisional measures or anti-dumping duties upon receipt of satisfactory voluntary undertakings from any exporter to revise its prices or to cease exports to the area in question at dumped prices so that the authorities are satisfied that the injurious effect of the dumping is eliminated. Price increases under such undertakings shall not be higher than necessary to eliminate the margin of dumping. It is desirable that the price increases be less than the margin of dumping if such increases would be adequate to remove the injury to the domestic industry.

8.2 Price undertakings shall not be sought or accepted from exporters unless the authorities of the importing Member have made a preliminary affirmative determination of dumping and injury caused by such dumping.

8.3 Undertakings offered need not be accepted if the authorities consider their acceptance impractical, for example, if the number of actual or potential exporters is too great, or for other reasons, including reasons of general policy. Should the case arise and where practicable, the authorities shall provide to the exporter the reasons which have led them to consider acceptance of an undertaking as inappropriate, and shall, to the extent possible, give the exporter an opportunity to make comments thereon.

8.4 If an undertaking is accepted, the investigation of dumping and injury shall nevertheless be completed if the exporter so desires or the authorities so decide. In such a case, if a negative determination of dumping or injury is made, the undertaking shall automatically lapse, except in cases where such a determination is due in large part to the existence of a price undertaking. In such cases, the authorities may require that an undertaking be maintained for a reasonable period consistent with the provisions of this Agreement. In the event that an affirmative determination of dumping and injury is made, the undertaking shall continue consistent with its terms and the provisions of this Agreement.

8.5 Price undertakings may be suggested by the authorities of the importing Member, but no exporter shall be forced to enter into such undertakings. The fact that exporters do not offer such undertakings, or do not accept an invitation to do so, shall in no way prejudice the consideration of the case. However, the authorities are free to determine that a threat of injury is more likely to be realized if the dumped imports continue.

8.6 Authorities of an importing Member may require any exporter from whom an undertaking has been accepted to provide periodically information relevant to the fulfilment of such an undertaking and to permit verification of pertinent data. In case of violation of an undertaking, the authorities of the importing Member may take, under this Agreement in conformity with its provisions, expeditious actions which may constitute immediate application of provisional measures using the best information available. In such cases, definitive duties may be levied in accordance with this Agreement on products entered for consumption not more than 90 days before the application of such provisional measures, except that any such retroactive assessment shall not apply to imports entered before the violation of the undertaking.

¹⁹The word "may" shall not be interpreted to allow the simultaneous continuation of proceedings with the implementation of price undertakings except as provided in paragraph 4.

*Article 9**Imposition and Collection of Anti-Dumping Duties*

9.1 The decision whether or not to impose an anti-dumping duty in cases where all requirements for the imposition have been fulfilled, and the decision whether the amount of the anti-dumping duty to be imposed shall be the full margin of dumping or less, are decisions to be made by the authorities of the importing Member. It is desirable that the imposition be permissive in the territory of all Members, and that the duty be less than the margin if such lesser duty would be adequate to remove the injury to the domestic industry.

9.2 When an anti-dumping duty is imposed in respect of any product, such anti-dumping duty shall be collected in the appropriate amounts in each case, on a non-discriminatory basis on imports of such product from all sources found to be dumped and causing injury, except as to imports from those sources from which price undertakings under the terms of this Agreement have been accepted. The authorities shall name the supplier or suppliers of the product concerned. If, however, several suppliers from the same country are involved, and it is impracticable to name all these suppliers, the authorities may name the supplying country concerned. If several suppliers from more than one country are involved, the authorities may name either all the suppliers involved, or, if this is impracticable, all the supplying countries involved.

9.3 The amount of the anti-dumping duty shall not exceed the margin of dumping as established under Article 2.

9.3.1 When the amount of the anti-dumping duty is assessed on a retrospective basis, the determination of the final liability for payment of anti-dumping duties shall take place as soon as possible, normally within 12 months, and in no case more than 18 months, after the date on which a request for a final assessment of the amount of the anti-dumping duty has been made.²⁰ Any refund shall be made promptly and normally in not more than 90 days following the determination of final liability made pursuant to this sub-paragraph. In any case, where a refund is not made within 90 days, the authorities shall provide an explanation if so requested.

9.3.2 When the amount of the anti-dumping duty is assessed on a prospective basis, provision shall be made for a prompt refund, upon request, of any duty paid in excess of the margin of dumping. A refund of any such duty paid in excess of the actual margin of dumping shall normally take place within 12 months, and in no case more than 18 months, after the date on which a request for a refund, duly supported by evidence, has been made by an importer of the product subject to the anti-dumping duty. The refund authorized should normally be made within 90 days of the above-noted decision.

9.3.3 In determining whether and to what extent a reimbursement should be made when the export price is constructed in accordance with paragraph 3 of Article 2, authorities should take account of any change in normal value, any change in costs incurred between importation and resale, and any movement in the resale price which is duly reflected in subsequent selling prices, and should calculate the export price with no deduction for the amount of anti-dumping duties paid when conclusive evidence of the above is provided.

²⁰ It is understood that the observance of the time-limits mentioned in this subparagraph and in subparagraph 3.2 may not be possible where the product in question is subject to judicial review proceedings.

9.4 When the authorities have limited their examination in accordance with the second sentence of paragraph 10 of Article 6, any anti-dumping duty applied to imports from exporters or producers not included in the examination shall not exceed:

- (i) the weighted average margin of dumping established with respect to the selected exporters or producers or,
- (ii) where the liability for payment of anti-dumping duties is calculated on the basis of a prospective normal value, the difference between the weighted average normal value of the selected exporters or producers and the export prices of exporters or producers not individually examined,

provided that the authorities shall disregard for the purpose of this paragraph any zero and *de minimis* margins and margins established under the circumstances referred to in paragraph 8 of Article 6. The authorities shall apply individual duties or normal values to imports from any exporter or producer not included in the examination who has provided the necessary information during the course of the investigation, as provided for in subparagraph 10.2 of Article 6.

9.5 If a product is subject to anti-dumping duties in an importing Member, the authorities shall promptly carry out a review for the purpose of determining individual margins of dumping for any exporters or producers in the exporting country in question who have not exported the product to the importing Member during the period of investigation, provided that these exporters or producers can show that they are not related to any of the exporters or producers in the exporting country who are subject to the anti-dumping duties on the product. Such a review shall be initiated and carried out on an accelerated basis, compared to normal duty assessment and review proceedings in the importing Member. No anti-dumping duties shall be levied on imports from such exporters or producers while the review is being carried out. The authorities may, however, withhold appraisement and/or request guarantees to ensure that, should such a review result in a determination of dumping in respect of such producers or exporters, anti-dumping duties can be levied retroactively to the date of the initiation of the review.

Article 10

Retroactivity

10.1 Provisional measures and anti-dumping duties shall only be applied to products which enter for consumption after the time when the decision taken under paragraph 1 of Article 7 and paragraph 1 of Article 9, respectively, enters into force, subject to the exceptions set out in this Article.

10.2 Where a final determination of injury (but not of a threat thereof or of a material retardation of the establishment of an industry) is made or, in the case of a final determination of a threat of injury, where the effect of the dumped imports would, in the absence of the provisional measures, have led to a determination of injury, anti-dumping duties may be levied retroactively for the period for which provisional measures, if any, have been applied.

10.3 If the definitive anti-dumping duty is higher than the provisional duty paid or payable, or the amount estimated for the purpose of the security, the difference shall not be collected. If the definitive duty is lower than the provisional duty paid or payable, or the amount estimated for the purpose of the security, the difference shall be reimbursed or the duty recalculated, as the case may be.

10.4 Except as provided in paragraph 2, where a determination of threat of injury or material retardation is made (but no injury has yet occurred) a definitive anti-dumping duty may be imposed only from the date of the determination of threat of injury or material retardation, and any cash deposit made during the period of the application of provisional measures shall be refunded and any bonds released in an expeditious manner.

10.5 Where a final determination is negative, any cash deposit made during the period of the application of provisional measures shall be refunded and any bonds released in an expeditious manner.

10.6 A definitive anti-dumping duty may be levied on products which were entered for consumption not more than 90 days prior to the date of application of provisional measures, when the authorities determine for the dumped product in question that:

- (i) there is a history of dumping which caused injury or that the importer was, or should have been, aware that the exporter practises dumping and that such dumping would cause injury, and
- (ii) the injury is caused by massive dumped imports of a product in a relatively short time which in light of the timing and the volume of the dumped imports and other circumstances (such as a rapid build-up of inventories of the imported product) is likely to seriously undermine the remedial effect of the definitive anti-dumping duty to be applied, provided that the importers concerned have been given an opportunity to comment.

10.7 The authorities may, after initiating an investigation, take such measures as the withholding of appraisement or assessment as may be necessary to collect anti-dumping duties retroactively, as provided for in paragraph 6, once they have sufficient evidence that the conditions set forth in that paragraph are satisfied.

10.8 No duties shall be levied retroactively pursuant to paragraph 6 on products entered for consumption prior to the date of initiation of the investigation.

Article 11

Duration and Review of Anti-Dumping Duties and Price Undertakings

11.1 An anti-dumping duty shall remain in force only as long as and to the extent necessary to counteract dumping which is causing injury.

11.2 The authorities shall review the need for the continued imposition of the duty, where warranted, on their own initiative or, provided that a reasonable period of time has elapsed since the imposition of the definitive anti-dumping duty, upon request by any interested party which submits positive information substantiating the need for a review.²¹ Interested parties shall have the right to request the authorities to examine whether the continued imposition of the duty is necessary to offset dumping, whether the injury would be likely to continue or recur if the duty were removed or varied, or both. If, as a result of the review under this paragraph, the authorities determine that the anti-dumping duty is no longer warranted, it shall be terminated immediately.

²¹ A determination of final liability for payment of anti-dumping duties, as provided for in paragraph 3 of Article 9, does not by itself constitute a review within the meaning of this Article.

11.3 Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, any definitive anti-dumping duty shall be terminated on a date not later than five years from its imposition (or from the date of the most recent review under paragraph 2 if that review has covered both dumping and injury, or under this paragraph), unless the authorities determine, in a review initiated before that date on their own initiative or upon a duly substantiated request made by or on behalf of the domestic industry within a reasonable period

of time prior to that date, that the expiry of the duty would be likely to lead to continuation or recurrence of dumping and injury.²² The duty may remain in force pending the outcome of such a review.

11.4 The provisions of Article 6 regarding evidence and procedure shall apply to any review carried out under this Article. Any such review shall be carried out expeditiously and shall normally be concluded within 12 months of the date of initiation of the review.

11.5 The provisions of this Article shall apply *mutatis mutandis* to price undertakings accepted under Article 8.

Article 12

Public Notice and Explanation of Determinations

12.1 When the authorities are satisfied that there is sufficient evidence to justify the initiation of an anti-dumping investigation pursuant to Article 5, the Member or Members the products of which are subject to such investigation and other interested parties known to the investigating authorities to have an interest therein shall be notified and a public notice shall be given.

12.1.1 A public notice of the initiation of an investigation shall contain, or otherwise make available through a separate report²³, adequate information on the following:

- (i) the name of the exporting country or countries and the product involved;
- (ii) the date of initiation of the investigation;
- (iii) the basis on which dumping is alleged in the application;
- (iv) a summary of the factors on which the allegation of injury is based;
- (v) the address to which representations by interested parties should be directed;
- (vi) the time-limits allowed to interested parties for making their views known.

12.2 Public notice shall be given of any preliminary or final determination, whether affirmative or negative, of any decision to accept an undertaking pursuant to Article 8, of the termination of such an undertaking, and of the termination of a definitive anti-dumping duty. Each such notice shall set forth, or otherwise make available through a separate report, in sufficient detail the findings and conclusions reached on all issues of fact and law considered material by the investigating authorities. All such notices and reports shall be forwarded to the Member or Members the products of which are subject to such determination or undertaking and to other interested parties known to have an interest therein.

12.2.1 A public notice of the imposition of provisional measures shall set forth, or otherwise make available through a separate report, sufficiently detailed explanations for the preliminary determinations on dumping and injury and shall refer to the matters of fact

²²When the amount of the anti-dumping duty is assessed on a retrospective basis, a finding in the most recent assessment proceeding under subparagraph 3.1 of Article 9 that no duty is to be levied shall not by itself require the authorities to terminate the definitive duty.

²³Where authorities provide information and explanations under the provisions of this Article in a separate report, they shall ensure that such report is readily available to the public.

and law which have led to arguments being accepted or rejected. Such a notice or report shall, due regard being paid to the requirement for the protection of confidential information, contain in particular:

- (i) the names of the suppliers, or when this is impracticable, the supplying countries involved;
- (ii) a description of the product which is sufficient for customs purposes;
- (iii) the margins of dumping established and a full explanation of the reasons for the methodology used in the establishment and comparison of the export price and the normal value under Article 2;
- (iv) considerations relevant to the injury determination as set out in Article 3;
- (v) the main reasons leading to the determination.

12.2.2 A public notice of conclusion or suspension of an investigation in the case of an affirmative determination providing for the imposition of a definitive duty or the acceptance of a price undertaking shall contain, or otherwise make available through a separate report, all relevant information on the matters of fact and law and reasons which have led to the imposition of final measures or the acceptance of a price undertaking, due regard being paid to the requirement for the protection of confidential information. In particular, the notice or report shall contain the information described in subparagraph 2.1, as well as the reasons for the acceptance or rejection of relevant arguments or claims made by the exporters and importers, and the basis for any decision made under subparagraph 10.2 of Article 6.

12.2.3 A public notice of the termination or suspension of an investigation following the acceptance of an undertaking pursuant to Article 8 shall include, or otherwise make available through a separate report, the non-confidential part of this undertaking.

12.3 The provisions of this Article shall apply *mutatis mutandis* to the initiation and completion of reviews pursuant to Article 11 and to decisions under Article 10 to apply duties retroactively.

Article 13

Judicial Review

Each Member whose national legislation contains provisions on anti-dumping measures shall maintain judicial, arbitral or administrative tribunals or procedures for the purpose, *inter alia*, of the prompt review of administrative actions relating to final determinations and reviews of determinations within the meaning of Article 11. Such tribunals or procedures shall be independent of the authorities responsible for the determination or review in question.

*Article 14**Anti-Dumping Action on Behalf of a Third Country*

14.1 An application for anti-dumping action on behalf of a third country shall be made by the authorities of the third country requesting action.

14.2 Such an application shall be supported by price information to show that the imports are being dumped and by detailed information to show that the alleged dumping is causing injury to the domestic industry concerned in the third country. The government of the third country shall afford all assistance to the authorities of the importing country to obtain any further information which the latter may require.

14.3 In considering such an application, the authorities of the importing country shall consider the effects of the alleged dumping on the industry concerned as a whole in the third country; that is to say, the injury shall not be assessed in relation only to the effect of the alleged dumping on the industry's exports to the importing country or even on the industry's total exports.

14.4 The decision whether or not to proceed with a case shall rest with the importing country. If the importing country decides that it is prepared to take action, the initiation of the approach to the Council for Trade in Goods seeking its approval for such action shall rest with the importing country.

*Article 15**Developing Country Members*

It is recognized that special regard must be given by developed country Members to the special situation of developing country Members when considering the application of anti-dumping measures under this Agreement. Possibilities of constructive remedies provided for by this Agreement shall be explored before applying anti-dumping duties where they would affect the essential interests of developing country Members.

PART II

*Article 16**Committee on Anti-Dumping Practices*

16.1 There is hereby established a Committee on Anti-Dumping Practices (referred to in this Agreement as the "Committee") composed of representatives from each of the Members. The Committee shall elect its own Chairman and shall meet not less than twice a year and otherwise as envisaged by relevant provisions of this Agreement at the request of any Member. The Committee shall carry out responsibilities as assigned to it under this Agreement or by the Members and it shall afford Members the opportunity of consulting on any matters relating to the operation of the Agreement or the furtherance of its objectives. The WTO Secretariat shall act as the secretariat to the Committee.

16.2 The Committee may set up subsidiary bodies as appropriate.

16.3 In carrying out their functions, the Committee and any subsidiary bodies may consult with and seek information from any source they deem appropriate. However, before the Committee or a subsidiary body seeks such information from a source within the jurisdiction of a Member, it shall inform the Member involved. It shall obtain the consent of the Member and any firm to be consulted.

16.4 Members shall report without delay to the Committee all preliminary or final anti-dumping actions taken. Such reports shall be available in the Secretariat for inspection by other Members. Members shall also submit, on a semi-annual basis, reports of any anti-dumping actions taken within the preceding six months. The semi-annual reports shall be submitted on an agreed standard form.

16.5 Each Member shall notify the Committee (a) which of its authorities are competent to initiate and conduct investigations referred to in Article 5 and (b) its domestic procedures governing the initiation and conduct of such investigations.

Article 17

Consultation and Dispute Settlement

17.1 Except as otherwise provided herein, the Dispute Settlement Understanding is applicable to consultations and the settlement of disputes under this Agreement.

17.2 Each Member shall afford sympathetic consideration to, and shall afford adequate opportunity for consultation regarding, representations made by another Member with respect to any matter affecting the operation of this Agreement.

17.3 If any Member considers that any benefit accruing to it, directly or indirectly, under this Agreement is being nullified or impaired, or that the achievement of any objective is being impeded, by another Member or Members, it may, with a view to reaching a mutually satisfactory resolution of the matter, request in writing consultations with the Member or Members in question. Each Member shall afford sympathetic consideration to any request from another Member for consultation.

17.4 If the Member that requested consultations considers that the consultations pursuant to paragraph 3 have failed to achieve a mutually agreed solution, and if final action has been taken by the administering authorities of the importing Member to levy definitive anti-dumping duties or to accept price undertakings, it may refer the matter to the Dispute Settlement Body ("DSB"). When a provisional measure has a significant impact and the Member that requested consultations considers that the measure was taken contrary to the provisions of paragraph 1 of Article 7, that Member may also refer such matter to the DSB.

17.5 The DSB shall, at the request of the complaining party, establish a panel to examine the matter based upon:

- (i) a written statement of the Member making the request indicating how a benefit accruing to it, directly or indirectly, under this Agreement has been nullified or impaired, or that the achieving of the objectives of the Agreement is being impeded, and
- (ii) the facts made available in conformity with appropriate domestic procedures to the authorities of the importing Member.

17.6 In examining the matter referred to in paragraph 5:

- (i) in its assessment of the facts of the matter, the panel shall determine whether the authorities' establishment of the facts was proper and whether their evaluation of those facts was unbiased and objective. If the establishment of the facts was proper and the evaluation was unbiased and objective, even though the panel might have reached a different conclusion, the evaluation shall not be overturned;
- (ii) the panel shall interpret the relevant provisions of the Agreement in accordance with customary rules of interpretation of public international law. Where the panel finds that a relevant provision of the Agreement admits of more than one permissible interpretation, the panel shall find the authorities' measure to be in conformity with the Agreement if it rests upon one of those permissible interpretations.

17.7 Confidential information provided to the panel shall not be disclosed without formal authorization from the person, body or authority providing such information. Where such information is requested from the panel but release of such information by the panel is not authorized, a non-confidential summary of the information, authorized by the person, body or authority providing the information, shall be provided.

PART III

Article 18

Final Provisions

18.1 No specific action against dumping of exports from another Member can be taken except in accordance with the provisions of GATT 1994, as interpreted by this Agreement.²⁴

18.2 Reservations may not be entered in respect of any of the provisions of this Agreement without the consent of the other Members.

18.3 Subject to subparagraphs 3.1 and 3.2, the provisions of this Agreement shall apply to investigations, and reviews of existing measures, initiated pursuant to applications which have been made on or after the date of entry into force for a Member of the WTO Agreement.

18.3.1 With respect to the calculation of margins of dumping in refund procedures under paragraph 3 of Article 9, the rules used in the most recent determination or review of dumping shall apply.

18.3.2 For the purposes of paragraph 3 of Article 11, existing anti-dumping measures shall be deemed to be imposed on a date not later than the date of entry into force for a Member of the WTO Agreement, except in cases in which the domestic legislation of a Member in force on that date already included a clause of the type provided for in that paragraph.

18.4 Each Member shall take all necessary steps, of a general or particular character, to ensure, not later than the date of entry into force of the WTO Agreement for it, the conformity of its laws,

²⁴This is not intended to preclude action under other relevant provisions of GATT 1994, as appropriate.

regulations and administrative procedures with the provisions of this Agreement as they may apply for the Member in question.

18.5 Each Member shall inform the Committee of any changes in its laws and regulations relevant to this Agreement and in the administration of such laws and regulations.

18.6 The Committee shall review annually the implementation and operation of this Agreement taking into account the objectives thereof. The Committee shall inform annually the Council for Trade in Goods of developments during the period covered by such reviews.

18.7 The Annexes to this Agreement constitute an integral part thereof.

ANNEX I

PROCEDURES FOR ON-THE-SPOT INVESTIGATIONS PURSUANT
TO PARAGRAPH 7 OF ARTICLE 6

1. Upon initiation of an investigation, the authorities of the exporting Member and the firms known to be concerned should be informed of the intention to carry out on-the-spot investigations.
2. If in exceptional circumstances it is intended to include non-governmental experts in the investigating team, the firms and the authorities of the exporting Member should be so informed. Such non-governmental experts should be subject to effective sanctions for breach of confidentiality requirements.
3. It should be standard practice to obtain explicit agreement of the firms concerned in the exporting Member before the visit is finally scheduled.
4. As soon as the agreement of the firms concerned has been obtained, the investigating authorities should notify the authorities of the exporting Member of the names and addresses of the firms to be visited and the dates agreed.
5. Sufficient advance notice should be given to the firms in question before the visit is made.
6. Visits to explain the questionnaire should only be made at the request of an exporting firm. Such a visit may only be made if (a) the authorities of the importing Member notify the representatives of the Member in question and (b) the latter do not object to the visit.
7. As the main purpose of the on-the-spot investigation is to verify information provided or to obtain further details, it should be carried out after the response to the questionnaire has been received unless the firm agrees to the contrary and the government of the exporting Member is informed by the investigating authorities of the anticipated visit and does not object to it; further, it should be standard practice prior to the visit to advise the firms concerned of the general nature of the information to be verified and of any further information which needs to be provided, though this should not preclude requests to be made on the spot for further details to be provided in the light of information obtained.
8. Enquiries or questions put by the authorities or firms of the exporting Members and essential to a successful on-the-spot investigation should, whenever possible, be answered before the visit is made.

ANNEX II

BEST INFORMATION AVAILABLE IN TERMS OF PARAGRAPH 8 OF ARTICLE 6

1. As soon as possible after the initiation of the investigation, the investigating authorities should specify in detail the information required from any interested party, and the manner in which that information should be structured by the interested party in its response. The authorities should also ensure that the party is aware that if information is not supplied within a reasonable time, the authorities will be free to make determinations on the basis of the facts available, including those contained in the application for the initiation of the investigation by the domestic industry.
2. The authorities may also request that an interested party provide its response in a particular medium (e.g. computer tape) or computer language. Where such a request is made, the authorities should consider the reasonable ability of the interested party to respond in the preferred medium or computer language, and should not request the party to use for its response a computer system other than that used by the party. The authority should not maintain a request for a computerized response if the interested party does not maintain computerized accounts and if presenting the response as requested would result in an unreasonable extra burden on the interested party, e.g. it would entail unreasonable additional cost and trouble. The authorities should not maintain a request for a response in a particular medium or computer language if the interested party does not maintain its computerized accounts in such medium or computer language and if presenting the response as requested would result in an unreasonable extra burden on the interested party, e.g. it would entail unreasonable additional cost and trouble.
3. All information which is verifiable, which is appropriately submitted so that it can be used in the investigation without undue difficulties, which is supplied in a timely fashion, and, where applicable, which is supplied in a medium or computer language requested by the authorities, should be taken into account when determinations are made. If a party does not respond in the preferred medium or computer language but the authorities find that the circumstances set out in paragraph 2 have been satisfied, the failure to respond in the preferred medium or computer language should not be considered to significantly impede the investigation.
4. Where the authorities do not have the ability to process information if provided in a particular medium (e.g. computer tape), the information should be supplied in the form of written material or any other form acceptable to the authorities.
5. Even though the information provided may not be ideal in all respects, this should not justify the authorities from disregarding it, provided the interested party has acted to the best of its ability.
6. If evidence or information is not accepted, the supplying party should be informed forthwith of the reasons therefor, and should have an opportunity to provide further explanations within a reasonable period, due account being taken of the time-limits of the investigation. If the explanations are considered by the authorities as not being satisfactory, the reasons for the rejection of such evidence or information should be given in any published determinations.
7. If the authorities have to base their findings, including those with respect to normal value, on information from a secondary source, including the information supplied in the application for the initiation of the investigation, they should do so with special circumspection. In such cases, the authorities should, where practicable, check the information from other independent sources at their disposal, such as published price lists, official import statistics and customs returns, and from the

information obtained from other interested parties during the investigation. It is clear, however, that if an interested party does not cooperate and thus relevant information is being withheld from the authorities, this situation could lead to a result which is less favourable to the party than if the party did cooperate.

**ÜBEREINKOMMEN ZUR DURCHFÜHRUNG DES ARTIKELS VII
DES ALLGEMEINEN ZOLL- UND HANDELSABKOMMENS 1994****ALLGEMEINE EINLEITUNG**

1. Grundlage für den Zollwert nach diesem Übereinkommen ist in erster Linie der in Artikel 1 definierte "Transaktionswert". Artikel 1 ist zusammen mit Artikel 8 zu lesen, der unter anderem Berichtigungen des tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Preises in den Fällen vorsieht, in denen bestimmte einschlägige Wertelemente, die als Teil des Zollwerts angesehen werden, vom Käufer getragen werden, jedoch im gezahlten oder zu zahlenden Preis der eingeführten Waren nicht enthalten sind. Artikel 8 sieht ferner die Einbeziehung bestimmter Leistungen in den Transaktionswert vor, die der Käufer dem Käufer in Form bestimmter Waren oder Dienstleistungen anstatt in Form von Geld erbringt. Die Artikel 2 bis 7 sehen Verfahren für die Ermittlung des Zollwerts vor, wenn dieser nicht nach Artikel 1 ermittelt werden kann.

2. Kann der Zollwert nicht nach Artikel 1 ermittelt werden, so setzen sich normalerweise die Zollverwaltung und der Einführer in Verbindung, um zu einer Bewertungsgrundlage nach Artikel 2 oder 3 zu gelangen. Beispielsweise kann es vorkommen, daß der Einführer über Informationen zu dem Zollwert gleicher oder gleichartiger Waren verfügt, die der Zollverwaltung am Einfuhrort nicht unmittelbar zur Verfügung stehen. Andererseits kann die Zollverwaltung Informationen über den Zollwert gleicher oder gleichartiger eingeführter Waren haben, die sich der Einführer nicht ohne weiteres verschaffen kann. Indem sich beide Parteien miteinander in Verbindung setzen, ist vorbehaltlich der erforderlichen Wahrung des Geschäftsgeheimnisses ein Informationsaustausch zur Ermittlung einer passenden Grundlage für den Zollwert möglich.

3. Die Artikel 5 und 6 sehen zwei Grundlagen für die Ermittlung des Zollwerts vor, wenn dieser nicht auf der Grundlage des Transaktionswerts eingeführter Waren oder gleicher oder gleichartiger eingeführter Waren ermittelt werden kann. Nach Artikel 5 Absatz 1 wird der Zollwert auf der Grundlage des Preises ermittelt, zu dem die Waren in dem Zustand, in dem sie eingeführt wurden, an einen unabhängigen Käufer im Einfuhrland verkauft werden. Der Einführer ist ferner berechtigt, Waren, die nach der Einfuhr weiterverarbeitet werden, auf seinen Antrag nach Artikel 5 bewerten zu lassen. Nach Artikel 6 wird der Zollwert auf der Grundlage des "errechneten Wertes" ermittelt. Beide Verfahren weisen einige Schwierigkeiten auf; dem Einführer wird deshalb in Artikel 4 das Recht eingeräumt, die Reihenfolge der Anwendung der beiden Verfahren zu wählen.

4. Artikel 7 bestimmt, wie der Zollwert ermittelt wird, wenn er nicht nach den vorhergehenden Artikeln ermittelt werden kann.

Die Mitglieder -

im Hinblick auf die Multilateralen Handelsverhandlungen;

in dem Wunsch, die Zielsetzungen des GATT 1994 zu fördern und zusätzliche Vorteile für den internationalen Handel der Entwicklungsländer zu sichern;

in Anerkennung der Bedeutung des Artikels VII des GATT 1994 und in dem Wunsch, Regeln für die Anwendung auszuarbeiten, die eine größere Einheitlichkeit und Gewißheit bei ihrer Durchführung gewährleisten;

in Anerkennung der Notwendigkeit eines gerechten, einheitlichen und neutralen Systems für die Bewertung von Waren für Zollzwecke, das die Anwendung willkürlicher oder fiktiver Zollwerte ausschließt;

in Anerkennung der Tatsache, daß die Grundlage für die Bewertung der Waren für Zollzwecke soweit wie möglich der Transaktionswert der zu bewertenden Waren sein sollte;

in Anerkennung der Tatsache, daß der Zollwert auf einfachen und objektiven Kriterien beruhen sollte, die mit der Handelspraxis in Einklang stehen und daß die Bewertungsverfahren allgemein und unabhängig von den Lieferquellen angewendet werden sollten,

in Anerkennung der Tatsache, daß die Bewertungsverfahren nicht zur Bekämpfung von Dumping benutzt werden sollten;

kommen wie folgt überein:

TEIL I

REGELN ÜBER DEN ZOLLWERT

Artikel 1

1. Der Zollwert eingeführter Waren ist der Transaktionswert, das heißt der für die Waren bei einem Verkauf zur Ausfuhr in das Einfuhrland tatsächlich gezahlte oder zu zahlende Preis, gegebenenfalls nach Berichtigung gemäß Artikel 8, unter der Voraussetzung, daß

- a) keine Beschränkungen für die Verwendung und den Gebrauch der Waren durch den Käufer bestehen, ausgenommen solche, die
 - i) durch das Gesetz oder von den Behörden des Einfuhrlandes auferlegt oder gefordert werden,
 - ii) das Gebiet abgrenzen, in dem die Waren weiterverkauft werden können,
 - iii) den Wert der Waren nicht wesentlich beeinflussen;
- b) das Kaufgeschäft oder der Preis weder an Bedingungen noch Leistungen gebunden ist, deren Wert im Hinblick auf die zu bewertenden Waren nicht bestimmt werden kann;
- c) kein Teil des Erlöses aus späteren Weiterverkäufen, sonstigen Überlassungen oder Verwendungen

der Waren durch den Käufer unmittelbar oder mittelbar dem Verkäufer zugute kommt, wenn nicht eine angemessene Berichtigung gemäß Artikel 8 erfolgen kann;

d) der Käufer und der Verkäufer nicht miteinander verbunden sind oder, wenn sie miteinander verbunden sind, der Transaktionswert für Zollzwecke nach Absatz 2 anerkannt werden kann.

2. a) Bei der Feststellung, ob der Transaktionswert für die Anwendung des Absatzes 1 anerkannt werden kann, ist die Verbundenheit von Käufer und Verkäufer im Sinne von Artikel 15 allein kein Grund, den Transaktionswert als unannehmbar anzusehen. In solchen Fällen sind die Begleitumstände des Kaufgeschäfts zu prüfen und ist der Transaktionswert anzuerkennen, wenn die Verbundenheit den Preis nicht beeinflußt hat. Hat die Zollverwaltung jedoch aufgrund der vom Einführer oder auf andere Art beigebrachten Informationen Grund zu der Annahme, daß die Verbundenheit den Preis beeinflußte, teilt sie dem Einführer diesen Grund mit und gibt dem Einführer ausreichende Gelegenheit zur Gegenäußerung. Auf Antrag des Einführers sind ihm die Gründe schriftlich mitzuteilen.

b) Bei einem Kaufgeschäft zwischen verbundenen Personen wird der Transaktionswert anerkannt, und die Waren werden nach Absatz 1 bewertet, wenn der Einführer nachweist, daß dieser Wert einem der folgenden im selben oder annähernd im selben Zeitpunkt bestehenden Werte sehr nahekommt:

i) dem Transaktionswert bei Verkäufen an nicht verbundene Käufer gleicher oder gleichartiger Waren zur Ausfuhr in das gleiche Einfuhrland,

ii) dem Zollwert gleicher oder gleichartiger Waren, der nach Artikel 5 festgesetzt wurde;

iii) dem Zollwert gleicher oder gleichartiger Waren, der nach Artikel 6 festgesetzt wurde.

Bei den vorgenannten Vergleichen werden erwiesene Unterschiede bei der Handelsstufe, der Menge, den in Artikel 8 aufgezählten Faktoren sowie den Kosten, die der Verkäufer bei Verkäufen an nicht verbundene Käufer, nicht aber bei solchen an verbundene Käufer, trägt, gebührend berücksichtigt.

c) Die in Absatz 2 Buchstabe b) vorgesehenen Vergleiche sind auf Antrag des Einführers durchzuführen und dienen nur zu Vergleichszwecken. Alternative Werte dürfen nach Absatz 2 Buchstabe b) nicht festgesetzt werden.

Artikel 2

1. a) Kann der Zollwert der eingeführten Waren nicht nach Artikel 1 ermittelt werden, so ist der Zollwert der Transaktionswert gleicher Waren, die zur Ausfuhr in dasselbe Einfuhrland verkauft und im selben oder annähernd im selben Zeitpunkt wie die zu bewertenden Waren ausgeführt wurden.

b) Bei der Anwendung dieses Artikels wird zur Ermittlung des Zollwerts der Transaktionswert gleicher Waren aus einem Kaufgeschäft auf der gleichen Handelsstufe und über im wesentlichen gleiche

Mengen wie die zu bewertenden Waren herangezogen. Kann ein solches Kaufgeschäft nicht festgestellt werden, so ist der Transaktionswert gleicher Waren heranzuziehen, die auf einer anderen Handelsstufe und/oder in anderen Mengen verkauft wurden; dieser Transaktionswert ist für Unterschiede bei der Handelsstufe und/oder der Menge zu berichtigen, wenn diese Berichtigung auf der Grundlage von Nachweisen vorgenommen werden kann, welche die Richtigkeit und die Genauigkeit der Berichtigung klar darlegen, unabhängig davon, ob diese zu einer Erhöhung oder Verminderung des Wertes führt.

2. Sind die in Artikel 8 Absatz 2 angeführten Kosten und Abgaben im Transaktionswert enthalten, so ist eine Berichtigung vorzunehmen, um wesentlichen Unterschieden bei diesen Kosten und Abgaben zwischen den eingeführten Waren und den betreffenden gleichen Waren, die sich aus Unterschieden in der Entfernung und der Beförderungsart ergeben, Rechnung zu tragen.

3. Wird bei der Anwendung dieses Artikels mehr als ein Transaktionswert gleicher Waren festgestellt, so ist der niedrigste dieser Werte zur Ermittlung des Zollwerts der eingeführten Waren heranzuziehen.

Artikel 3

1. a) Kann der Zollwert der eingeführten Waren nicht nach den Artikeln 1 und 2 ermittelt werden, so ist der Zollwert der Transaktionswert gleichartiger Waren, die zur Ausfuhr in dasselbe Einfuhrland verkauft und im selben oder annähernd im selben Zeitpunkt wie die zu bewertenden Waren ausgeführt wurden.

b) Bei der Anwendung dieses Artikels ist zur Ermittlung des Zollwertes der Transaktionswert gleichartiger Waren aus einem Kaufgeschäft auf der gleichen Handelsstufe und über im wesentlichen gleiche Mengen wie die zu bewertenden Waren heranzuziehen. Kann ein solches Kaufgeschäft nicht festgestellt werden, so ist der Transaktionswert gleichartiger Waren heranzuziehen, die auf einer anderen Handelsstufe und/oder in anderen Mengen verkauft wurden; dieser Transaktionswert ist für Unterschiede bei der Handelsstufe und/oder der Menge zu berichtigen, wenn diese Berichtigung auf der Grundlage von Nachweisen vorgenommen werden kann, welche die Richtigkeit und die Genauigkeit der Berichtigung klar darlegen, unabhängig davon, ob diese zu einer Erhöhung oder Verminderung des Wertes führt.

2. Sind die in Artikel 8 Absatz 2 angeführten Kosten und Abgaben im Transaktionswert enthalten, so ist eine Berichtigung vorzunehmen, um wesentlichen Unterschieden bei diesen Kosten und Abgaben zwischen den eingeführten Waren und den betreffenden gleichartigen Waren, die sich aus Unterschieden in der Entfernung und der Beförderungsart ergeben, Rechnung zu tragen.

3. Wird bei der Anwendung dieses Artikels mehr als ein Transaktionswert gleichartiger Waren festgestellt, so ist der niedrigste dieser Werte zur Ermittlung des Zollwerts der eingeführten Waren heranzuziehen.

Artikel 4

1. Kann der Zollwert der eingeführten Waren nicht nach den Artikeln 1, 2 und 3 ermittelt werden, so ist der Zollwert nach Artikel 5 oder, wenn der Zollwert nicht nach diesem Artikel ermittelt werden kann, nach Artikel 6 zu ermitteln; auf Antrag des Einführers erfolgt die Anwendung der Artikel 5 und 6 jedoch in umgekehrter Reihenfolge.

Artikel 5

1. a) Werden die eingeführten Waren oder eingeführte gleiche oder gleichartige Waren in dem Zustand, in dem sie eingeführt wurden, im Einfuhrland verkauft, so ist die Grundlage für die Ermittlung des Zollwerts der eingeführten Waren nach diesem Artikel der Preis je Einheit, zu dem die eingeführten Waren oder eingeführte gleiche oder gleichartige Waren im selben oder annähernd im selben Zeitpunkt wie die Einfuhr der zu bewertenden Waren in der größten Menge insgesamt an Personen verkauft werden, die mit den Personen, von denen sie solche Waren kaufen, nicht verbunden sind. Hierbei sind abzuziehen:
 - i) entweder die bei Verkäufen im Einfuhrland in der Regel gezahlten oder vereinbarten Provisionen oder die üblichen Zuschläge für Gewinn und Gemeinkosten bei eingeführten Waren derselben Gattung oder Art;
 - ii) die im Einfuhrland anfallenden üblichen Beförderungs- und Versicherungskosten sowie damit zusammenhängende Kosten;
 - iii) gegebenenfalls die in Artikel 8 Absatz 2 angeführten Kosten;
 - iv) Zölle und andere aufgrund der Einfuhr oder des Verkaufs der Waren im Einfuhrland zu entrichtende inländische Abgaben.
- b) Werden weder die eingeführten Waren noch eingeführte gleiche oder gleichartige Waren im Zeitpunkt der Einfuhr der zu bewertenden Waren oder annähernd im selben Zeitpunkt verkauft, so ist der Zollwert vorbehaltlich des Absatzes 1 Buchstabe a) auf der Grundlage des Preises je Einheit zu ermitteln, zu dem die eingeführten oder eingeführte gleiche oder gleichartige Waren zum frühesten Zeitpunkt nach der Einfuhr der zu bewertenden Waren in dem Zustand, in dem sie eingeführt wurden, im Einfuhrland verkauft werden, jedoch vor Ablauf von 90 Tagen nach dieser Einfuhr.

2. Werden weder die eingeführten Waren noch eingeführte gleiche oder gleichartige Waren in dem Zustand, in dem sie eingeführt wurden, im Einfuhrland verkauft, so wird der Zollwert auf Antrag des Einführers auf der Grundlage des Preises je Einheit ermittelt, zu dem die eingeführten Waren nach weiterer Beoder Verarbeitung in der größten Menge insgesamt an Personen im Einfuhrland verkauft werden, die mit den Personen, von denen sie solche Waren kaufen, nicht verbunden sind, wobei der durch eine solche Be- oder Verarbeitung bewirkten Wertsteigerung und den in Absatz 1 Buchstabe a) vorgesehenen Abzügen Rechnung zu tragen ist.

Artikel 6

1. Der nach diesem Artikel ermittelte Zollwert eingeführter Waren beruht auf einem errechneten Wert. Der errechnete Wert besteht aus der Summe folgender Faktoren:
 - a) Kosten oder Wert des Materials und der Herstellung sowie sonstiger Beoder Verarbeitungen, die bei der Erzeugung der eingeführten Waren angefallen sind;
 - b) Betrag für Gewinn und Gemeinkosten, der jenem Betrag entspricht, der normalerweise von Herstellern im Ausfuhrland bei Verkäufen von Waren der gleichen Gattung oder Art wie die zu bewertenden Waren zur Ausfuhr in das Einfuhrland angesetzt wird;
 - c) Kosten oder Wert aller anderen Aufwendungen, die entsprechend der von

dem Mitglied nach Artikel 8 Absatz 2 getroffenen Wahl zu berücksichtigen sind.

2. Kein Mitglied darf von einer nicht in seinem eigenen Gebiet ansässigen Person verlangen oder sie dazu verpflichten, Buchhaltungskosten oder andere Unterlagen zur Ermittlung des errechneten Wertes zur Überprüfung vorzulegen oder zugänglich zu machen. Angaben, die vom Hersteller der Waren zur Ermittlung des Zollwerts nach diesem Artikel gemacht werden, können jedoch in einem anderen Land durch die Behörden des Einfuhrlandes mit Zustimmung des Herstellers überprüft werden, vorausgesetzt, daß sie die Regierung des betroffenen Landes rechtzeitig vorher benachrichtigen und diese keine Einwände gegen das Prüfungsverfahren erhebt.

Artikel 7

1. Kann der Zollwert der eingeführten Waren nicht nach Artikel 1 bis 6 ermittelt werden, so wird der Zollwert durch zweckmäßige Methoden, die mit den Grundsätzen und den allgemeinen Bestimmungen dieses Übereinkommens sowie mit Artikel VII des GATT 1994 vereinbar sind, und auf der Grundlage der im Einfuhrland verfügbaren Daten ermittelt.

2. Der Zollwert darf nach diesem Artikel nicht zur Grundlage haben:

- a) den Verkaufspreis im Einfuhrland von Waren, die in diesem Land hergestellt wurden;
- b) ein Verfahren, nach dem jeweils der höhere von zwei Alternativwerten für den Zollwert heranzuziehen ist;
- c) den Inlandsmarktpreis von Waren im Ausfuhrland;
- d) andere Herstellungskosten als jene, die bei dem errechneten Wert für gleiche oder gleichartige Waren nach Artikel 6 ermittelt wurden;
- e) den Ausführpreis der Waren für ein anderes als das Einfuhrland;
- f) Mindestzollwerte;
- g) willkürliche oder fiktive Werte.

3. Dem Einführer werden auf Antrag der nach diesem Artikel ermittelte Zollwert und die hierbei angewendete Methode schriftlich mitgeteilt.

Artikel 8

1. Bei der Ermittlung des Zollwerts nach Artikel 1 werden dem für die eingeführten Waren tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Preis hinzugerechnet:

- a) folgende Kosten, soweit diese dem Käufer entstehen, aber nicht in dem für die Waren tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Preis enthalten sind:
 - i) Provisionen und Maklerlöhne, ausgenommen Einkaufsprovisionen,
 - ii) Kosten von Umschließungen, die für Zollzwecke als Einheit mit den betreffenden Waren angesehen werden,

- iii) Verpackungskosten, und zwar sowohl Material- als auch Arbeitskosten;
 - b) der anteilig aufgeteilte Wert folgender Gegenstände und Leistungen, die vom Käufer unmittelbar oder mittelbar unentgeltlich oder zu ermäßigten Preisen zur Verwendung im Zusammenhang mit der Herstellung und dem Verkauf zur Ausfuhr der zu bewertenden Waren geliefert oder erbracht wurden, soweit dieser Wert im tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Preis nicht enthalten ist:
 - i) in den eingeführten Waren enthaltene Materialien, Bestandteile, Teile und dergleichen,
 - ii) bei der Herstellung der eingeführten Waren verwendete Werkzeuge, Matrizen, Gußformen und dergleichen,
 - iii) bei der Herstellung der eingeführten Waren verbrauchte Materialien,
 - iv) für die Herstellung der eingeführten Waren notwendige Techniken, Entwicklungen, Entwürfe, Pläne und Skizzen, die in einem anderen als dem Einfuhrland erarbeitet wurden;
 - c) Lizenzgebühren für die zu bewertenden Waren, die der Käufer entweder unmittelbar oder mittelbar nach den Bedingungen des Kaufgeschäfts für die zu bewertenden Waren zu zahlen hat, soweit diese Lizenzgebühren im tatsächlich gezahlten oder zu zahlendem Preis nicht enthalten sind;
 - d) der Wert jeglicher Erlöse aus späteren Weiterverkäufen, sonstigen Überlassungen oder Verwendungen der eingeführten Waren, die unmittelbar oder mittelbar dem Verkäufer zugute kommen.
2. Jedes Mitglied trifft gesetzliche Regelungen darüber, ob die nachstehenden Kosten ganz oder teilweise in den Zollwert einzubeziehen sind oder nicht:
- a) Beförderungskosten für die eingeführten Waren bis zum Einfuhrhafen oder Einfuhrort;
 - b) Lade- und Entladekosten sowie Bereitstellungskosten, die mit der Beförderung der eingeführten Waren bis zum Einfuhrhafen oder Einfuhrort zusammenhängen;
 - c) Versicherungskosten.
3. Zuschläge zu dem tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Preis dürfen nach diesem Artikel nur auf der Grundlage objektiver und quantifizierbarer Angaben vorgenommen werden.
4. Zuschläge zu dem tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Preis dürfen bei der Ermittlung des Zollwertes nur vorgenommen werden, wenn dies in diesem Artikel vorgesehen ist.

Artikel 9

1. Ist bei der Ermittlung des Zollwertes eine Währungsumrechnung erforderlich, so ist als Umrechnungskurs der von den zuständigen Behörden des betreffenden Einfuhrlandes ordnungsgemäß veröffentlichte Kurs anzuwenden. Dieser Kurs hat so genau wie möglich für jeden von einer solchen Veröffentlichung betroffenen Zeitabschnitt den Tageswert der betreffenden Währung im Handelsverkehr in der Währung des Einfuhrlandes wiederzugeben.

2. Maßgebender Umrechnungskurs ist je nach Vorschrift jedes Mitglied des Kurs zum Zeitpunkt der Ausfuhr oder zum Zeitpunkt der Einfuhr.

Artikel 10

Alle Angaben, die ihrer Natur nach vertraulich sind oder die für Zwecke der Zollwertermittlung vertraulich mitgeteilt werden, sind von den betreffenden Behörden streng vertraulich zu behandeln und dürfen, soweit dies nicht im Verlauf eines Gerichtsverfahrens verfügt wird, ohne ausdrückliche Erlaubnis der Person oder der Regierung, die diese Angaben gemacht hat, nicht preisgegeben werden.

Artikel 11

1. Jedes Mitglied sieht in seinen Rechtsvorschriften für den Einführer oder für jede andere Person, die zur Zahlung des Zolls herangezogen werden kann, im Zusammenhang mit der Zollwertermittlung ein straffreies Beschwerderecht vor.

2. Das straffreie Beschwerderecht kann zunächst gegenüber einer Behörde innerhalb der Zollverwaltung oder gegenüber einem unabhängigen Gremium ausgeübt werden; die Rechtsvorschriften eines jeden Mitglieds sehen jedoch ein straffreies Beschwerderecht an ein Gericht vor.

3. Dem Beschwerdeführer müssen die Entscheidung und die Entscheidungsgründe schriftlich mitgeteilt werden. Der Beschwerdeführer ist auch über weitere Beschwerderechte zu unterrichten.

Artikel 12

Gesetze und Verordnungen sowie allgemeingültige Gerichts- und Verwaltungsentscheidungen zur Umsetzung dieses Übereinkommens werden von dem betreffenden Einfuhrland nach Artikel X des GATT 1994 veröffentlicht.

Artikel 13

Wird es im Verlauf der Ermittlung des Zollwerts der eingeführten Waren notwendig, die endgültige Festsetzung des Zollwerts aufzuschieben, so darf der Einführer über seine Waren verfügen, sofern er auf Verlangen durch Bürgschaft, Hinterlegung oder auf andere geeignete Art eine ausreichende Sicherheit leistet, die den endgültigen Zollbetrag abdeckt, dem die Waren gegebenenfalls unterliegen. Die Rechtsvorschriften eines jeden Mitglieds müssen entsprechende Bestimmungen vorsehen.

Artikel 14

Anhang I ist Bestandteil dieses Übereinkommens; die Artikel dieses Übereinkommens sind daher in Verbindung mit den dazugehörigen jeweiligen Anmerkungen zu lesen und anzuwenden. Die Anhänge II und III sind ebenfalls Bestandteil dieses Übereinkommens.

Artikel 15

1. In diesem Übereinkommen bedeutet der Ausdruck:
 - a) "Zollwert von eingeführten Waren" den Wert von Waren für die Zwecke der Erhebung von Wertzöllen auf eingeführte Waren;
 - b) "Einfuhrland" das Einfuhrzollgebiet;
 - c) "hergestellt" auch angebaut, erzeugt oder abgebaut.
2. In diesem Übereinkommen:
 - a) bedeutet der Ausdruck "gleiche Waren" Waren, die in jeder Hinsicht einschließlich der materiellen Eigenschaften, der Qualität und des Ansehens - gleich sind. Geringfügige Unterschiede im Aussehen schließen Waren nicht aus, die ansonsten nach der Definition als gleich anzusehen sind;
 - b) bedeutet der Ausdruck "gleichartige Waren" Waren, die - obwohl sie nicht in jeder Hinsicht gleich sind - gleiche Eigenschaften und gleiche Materialzusammensetzungen aufweisen, die es ihnen ermöglichen, die gleichen Aufgaben zu erfüllen und im Handelsverkehr austauschbar zu sein. Bei der Feststellung, ob Waren als gleichartig anzusehen sind, sind unter anderem die Qualität der Waren, ihr Ansehen und das Vorhandensein eines Warenzeichens zu berücksichtigen;
 - c) schließen die Ausdrücke "gleiche Waren" und "gleichartige Waren" keine Waren ein, die Techniken, Entwicklungen, Entwürfe, Pläne und Skizzen beinhalten, für die keine Berichtigung nach Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b) Ziffer iv) vorgenommen wurde, weil sie im Einfuhrland erarbeitet wurden;
 - d) werden Waren nicht als "gleiche Waren" oder "gleichartige Waren" angesehen werden, wenn sie nicht im selben Land wie die zu bewertenden Waren hergestellt wurden;
 - e) werden von einer anderen Person hergestellte Waren nur in Betracht gezogen, wenn es keine gleichen oder gleichartigen Waren gibt, die von derselben Person hergestellt wurden, die auch die zu bewertenden Waren hergestellt hat.
3. In diesem Übereinkommen bedeutet der Ausdruck "Waren derselben Gattung oder Art" Waren, die zu einer Gruppe oder Palette von Waren gehören, welche von einer bestimmten Wirtschaftszweig hergestellt werden; dieser Ausdruck schließt auch gleiche oder gleichartige Waren ein.
4. Im Sinne dieses Übereinkommens gelten Personen nur dann als verbunden, wenn
 - a) sie der Leitung des Geschäftsbetriebs der jeweils anderen Person angehören;
 - b) sie Teilhaber oder Gesellschafter von Personengesellschaften sind;
 - c) sie sich in einem Arbeitgeber-Arbeitnehmerverhältnis zueinander befinden;
 - d) eine beliebige Person unmittelbar oder mittelbar 5 Prozent oder mehr der im Umlauf befindlichen stimmberechtigten Anteile oder Aktien beider Personen besitzt, kontrolliert oder innehat;

- e) eine von ihnen unmittelbar oder mittelbar die andere kontrolliert;
- f) beide von ihnen unmittelbar oder mittelbar von einer dritten Person kontrolliert werden;
- g) sie zusammen unmittelbar oder mittelbar eine dritte Person kontrollieren oder
- h) sie Mitglieder derselben Familie sind.

5. Personen, die dadurch miteinander verbunden sind, daß unabhängig von der Bezeichnung die eine von ihnen Alleinvertreter oder Alleinkonzessionär der anderen ist, gelten im Sinne dieses Übereinkommens nur dann als verbunden, wenn auf sie die Kriterien des Absatzes 4 zutreffen.

Artikel 16

Auf schriftlichen Antrag ist dem Einführer von der Zollverwaltung des Einfuhrlandes schriftlich mitzuteilen, auf welche Weise der Zollwert der Waren des Einführers ermittelt wurde.

Artikel 17

Dieses Übereinkommen schränkt in keiner Weise das Recht der Zollverwaltungen ein, sich von der Richtigkeit und Genauigkeit von Angaben, Erklärungen oder Unterlagen zu überzeugen, die für die Zollwertermittlung abgegeben wurden.

TEIL II

VERWALTUNG DES ÜBEREINKOMMENS, KONSULTATIONEN UND STREITBEILEGUNG

Artikel 18

Institutionen

1. Es wird ein Ausschuß für den Zollwert (in diesem Übereinkommen "der Ausschuß" genannt) eingesetzt, der sich aus Vertretern aller Mitglieder zusammensetzt. Der Ausschuß wählt seinen Vorsitzenden und tritt in der Regel einmal im Jahr oder nach Maßgabe dieses Übereinkommens zusammen, damit die Mitglieder einander in Fragen konsultieren können, die die Anwendung des Systems der Zollwertermittlung durch ein Mitglied betreffen, soweit diese Anwendung das Funktionieren dieses Übereinkommens und die Förderung seiner Ziele berührt; der Ausschuß tritt ferner zusammen, um alle anderen Aufgaben erfüllen zu können, die ihm von den Mitgliedern zugewiesen werden. Das Sekretariat der WTO handelt als Sekretariat des Ausschusses.

2. Es wird ein Technischer Ausschuß für den Zollwert (in diesem Übereinkommen "Technischer Ausschuß" genannt) unter der Schirmherrschaft des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens (in diesem Übereinkommen "RZZ" genannt) eingesetzt, welcher die im Anhang II dieses Übereinkommens genannten Aufgaben erfüllt und nach den darin enthaltenen Verfahrensvorschriften tätig wird.

Artikel 19

Konsultationen und Streitbeilegung

1. Sofern darin nichts anderes bestimmt ist, gilt die Vereinbarung über Streitbeilegung für Konsultationen und die Beilegung von Streitfällen im Rahmen dieses Übereinkommens.
2. Ist ein Mitglied der Auffassung, daß Zugeständnisse oder sonstige Vorteile, die ihm unmittelbar oder mittelbar aufgrund dieses Übereinkommens zustehen, zunichte gemacht oder geschmälert werden, oder daß die Erreichung eines der Ziele dieses Übereinkommens durch Handlungen eines anderen Mitglieds oder anderer Mitglieder behindert wird, so kann es zur Erzielung einer allseits zufriedenstellenden Lösung Konsultationen mit dem betreffenden Mitglied oder den betreffenden Mitgliedern verlangen. Jedes Mitglied wird das Konsultationsersuchen eines anderen Mitgliedes wohlwollend prüfen.
3. Der Technische Ausschuß wird den an Konsultationen beteiligten Mitgliedern auf Verlangen Rat und Beistand leisten.
4. Eine zur Prüfung eines Streitfalls im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen eingesetzte Sondergruppe kann auf Ersuchen einer Streitpartei oder von sich aus den Technischen Ausschuß mit der Prüfung jeder Frage beauftragen, die einer technischen Erörterung bedarf. Die Sondergruppe bestimmt den Aufgabenbereich des Technischen Ausschusses für den jeweiligen Streitfall und setzt eine Frist für die Vorlage des Berichts des Technischen Ausschusses. Die Sondergruppe hat den Bericht des Technischen Ausschusses zu berücksichtigen. Falls der Technische Ausschuß nicht in der Lage ist, in einer Angelegenheit im Sinne dieses Absatzes eine Einigung herbeizuführen, sollte die Sondergruppe den Streitparteien die Möglichkeit geben, der Sondergruppe ihre Standpunkte in der Angelegenheit darzulegen.
5. Der Sondergruppe erteilte vertrauliche Auskünfte dürfen ohne förmliche Zustimmung der diese Auskünfte erteilenden Person, Körperschaft oder Behörde nicht preisgegeben werden. Wird von einer Sondergruppe eine Auskunft verlangt, die diese nicht preisgeben darf, so wird mit Zustimmung der die Auskunft erteilenden Person, Körperschaft oder Behörde eine diesbezügliche nicht vertrauliche Zusammenfassung zur Verfügung gestellt.

TEIL III

BESONDERE UND DIFFERENZIERTE BEHANDLUNG

Artikel 20

1. Entwicklungsland-Mitglieder, die nicht Vertragspartei des Übereinkommens zur Durchführung des Artikels VII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 12. April 1979 sind, können die Anwendung dieses Übereinkommens für einen Zeitraum von längstens fünf Jahren ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des WTO-Übereinkommens für diese Mitglieder aufschieben. Entwicklungsland-Mitglieder, die sich für einen Aufschub der Anwendung dieses Übereinkommens entscheiden, notifizieren dies dem Generaldirektor der WTO.
2. Zusätzlich zu Absatz 1 können Entwicklungsland-Mitglieder, die nicht Vertragspartei des Übereinkommens zur Durchführung des Artikels VII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 12. April 1979 sind, die Anwendung des Artikels 1 Absatz 2 Buchstabe b) Ziffer iii) und des Artikels 6 für einen Zeitraum von längstens drei Jahren im Anschluß an die Anwendung aller anderen

Bestimmungen dieses Übereinkommens aufschieben. Entwicklungsland-Mitglieder, die sich für einen solchen Aufschub der Bestimmungen dieses Absatzes entscheiden, notifizieren dies dem Generaldirektor der WTO.

3. Industrieland-Mitglieder leisten den Entwicklungsland-Mitgliedern auf Antrag technische Hilfe zu einvernehmlich vereinbarten Bedingungen. Auf dieser Grundlage erstellen die Industrieland-Mitglieder Programme für technische Hilfe, die unter anderem Personalausbildung, Unterstützung bei der Vorbereitung von Durchführungsmaßnahmen, Zugang zu Informationsquellen betreffend die Methode der Zollwertermittlung und Beratung bei der Anwendung dieses Übereinkommens einschließen können.

TEIL IV

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 21

Vorbehalte

Vorbehalte gegen Bestimmungen dieses Übereinkommens dürfen nicht ohne Zustimmung der anderen Mitglieder gemacht werden.

Artikel 22

Innerstaatliche Rechtsvorschriften

1. Jedes Mitglied gewährleistet, daß spätestens an dem Zeitpunkt, an dem dieses Übereinkommen für es in Kraft tritt, seine Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsverfahren mit diesem Übereinkommen übereinstimmen.

2. Jedes Mitglied unterrichtet den Ausschuß über alle Änderungen seiner Gesetze und Verordnungen in bezug auf dieses Übereinkommen sowie über alle Änderungen in ihrer Durchführung.

Artikel 23

Überprüfung

Der Ausschuß überprüft jährlich unter Berücksichtigung der Ziele dieses Übereinkommens dessen Durchführung und Funktionieren. Er unterrichtet den Rat für den Warenverkehr jährlich über die Entwicklungen während des Überprüfungszeitraums.

Artikel 24

Sekretariat

Die Sekretariatsgeschäfte für dieses Übereinkommen werden vom Sekretariat der WTO wahrgenommen, ausgenommen bezüglich jener Verantwortlichkeiten, die dem Technischen Ausschuß im besonderen übertragen sind, der vom Sekretariat des RZZ betreut wird.

ANHANG I

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Anmerkung

Reihenfolge der Anwendung der Methoden der Zollwertermittlung

1. Die Artikel 1 bis 7 bestimmen, wie der Zollwert eingeführter Waren nach diesem Übereinkommen ermittelt wird. Die Methoden der Zollwertermittlung sind in der anzuwendenden Reihenfolge aufgeführt. Die vorrangig anzuwendende Methode ist in Artikel 1 festgelegt, das heißt, der Zollwert der eingeführten Waren wird nach diesem Artikel ermittelt, sofern die darin vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt sind.
2. Kann der Zollwert nicht nach Artikel 1 ermittelt werden, so ist er nach dem erstmöglichen der nachfolgenden Artikel zu ermitteln, der jeweils anwendbar ist. Abgesehen von der Regelung in Artikel 4 können die nächstfolgenden Artikel erst herangezogen werden, wenn der Zollwert nicht nach dem vorangehenden Artikel ermittelt werden kann.
3. Sofern der Einführer nicht die Umkehrung der Reihenfolge der Artikel 5 und 6 beantragt, ist die normale Reihenfolge einzuhalten. Stellt der Einführer einen solchen Antrag, erweist sich dann aber eine Ermittlung des Zollwerts nach Artikel 6 als unmöglich, so ist der Zollwert nach Artikel 5 festzulegen, wenn dieser anwendbar ist.
4. Kann der Zollwert nicht nach Artikel 1 bis 6 ermittelt werden, so ist er nach Artikel 7 zu ermitteln.

Anwendung allgemein anerkannter Buchführungsgrundsätze

1. Der Begriff "Allgemein anerkannte Buchführungsgrundsätze" bezieht sich auf Grundsätze, welche die einhellige oder in Fachkreisen anerkannte Meinung innerhalb eines Landes zu einem bestimmten Zeitpunkt darüber wiedergeben, welche wirtschaftlichen Hilfsquellen und Verpflichtungen als Aktiva und Passiva gebucht werden, welche Änderungen bei Aktiva und Passiva gebucht werden, wie die Aktiva und Passiva sowie ihre Änderungen bewertet werden, welche Informationen offengelegt und wie sie offengelegt werden und welche finanziellen Aufstellungen vorbereitet werden. Hierbei kann es sich sowohl um grobe Richtlinien von allgemeiner Geltung als auch um ins einzelne gehende Praktiken und Verfahren handeln.
2. Für die Zwecke dieses Übereinkommens verwenden die Zollverwaltungen der einzelnen Mitglieder Informationen, die den allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen in dem betreffenden Land entsprechen und sich für den fraglichen Artikel eignen. So stützt sich beispielsweise die Ermittlung des normalen Gewinns und der Gemeinkosten nach Artikel 5 auf Informationen, die mit den allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen des Einfuhrlandes übereinstimmen. Andererseits stützt sich die Ermittlung des normalen Gewinns und der Gemeinkosten nach Artikel 6 auf Informationen, die mit den allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen des Herstellungslandes in Einklang stehen. Ein weiteres Beispiel: der Wert eines der in Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b) Ziffer ii) genannten, im Einfuhrland hergestellten Gegenstands wird anhand von Informationen ermittelt, die mit den allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen dieses Landes übereinstimmen.

Anmerkungen zu Artikel 1

Tatsächlich gezahlter oder zu zahlender Preis

1. Der tatsächlich gezahlte oder zu zahlende Preis ist die vollständige Zahlung, die der Käufer an den Verkäufer oder zu seinen Gunsten für die eingeführten Waren entrichtet oder zu entrichten hat. Die Zahlung muß nicht unbedingt in Form einer Geldübertragung, sondern kann auch durch Kreditbriefe oder verkehrsfähige Wertpapiere erfolgen; sie kann unmittelbar oder mittelbar durchgeführt werden. Ein Beispiel für eine mittelbare Zahlung ist die vollständige oder teilweise Begleichung einer Schuld des Verkäufers durch den Käufer.

2. Vom Käufer für die Rechnung des Käufers durchgeführte Tätigkeiten werden, abgesehen von denen, für die in Artikel 8 eine Berichtigung vorgesehen ist, nicht als eine mittelbare Zahlung an den Verkäufer angesehen, selbst wenn sie als für den Verkäufer von Vorteil angesehen werden können. Die Kosten solcher Tätigkeiten werden daher bei der Ermittlung des Zollwertes dem tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Preis nicht zugeschlagen.

3. Die nachstehenden Abgaben oder Kosten werden nicht in den Zollwert einbezogen, vorausgesetzt, daß sie getrennt von dem für die eingeführten Waren tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Preis ausgewiesen werden:

- a) Zahlungen für den Bau, die Errichtung, die Montage, die Instandhaltung oder die technische Unterstützung, sofern diese Tätigkeiten an den eingeführten Waren, wie Industrieanlagen, Maschinen oder Ausrüstungen, nach der Einfuhr vorgenommen werden;
- b) Beförderungskosten nach der Einfuhr;
- c) Zölle und Abgaben des Einfuhrlandes.

4. Der tatsächlich gezahlte oder zu zahlende Preis bezieht sich auf den Preis der eingeführten Waren. Somit gehören Dividenden oder andere Zahlungen des Käufers an den Verkäufer, die sich nicht auf die eingeführten Waren beziehen, nicht zum Zollwert.

Zu Absatz 1 Buchstabe a) Ziffer iii)

Zu den Beschränkungen, die einen tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Preis nicht unannehmbar machen, gehören solche, die sich nicht wesentlich auf den Wert der Waren auswirken. Ein Beispiel für derartige Beschränkungen ist, daß ein Verkäufer von einem Autohändler verlangt, die Autos nicht vor einem festgelegten Zeitpunkt, an dem ein neues Modelljahr beginnt, zu verkaufen oder auszustellen.

Zu Absatz 1 Buchstabe b)

1. Ist das Kaufgeschäft oder der Preis an Bedingungen oder Leistungen gebunden, deren Wert im Hinblick auf die zu bewertenden Waren nicht bestimmt werden kann, so kann der Transaktionswert für Zollzwecke nicht anerkannt werden. Beispiele hierfür sind:

- a) Der Verkäufer legt den Preis für die eingeführten Waren unter der Bedingung fest, daß der Käufer auch andere Waren in bestimmten Mengen kauft.
- b) Der Preis für die eingeführten Waren hängt von dem Preis oder den Preisen ab, zu denen der Käufer der eingeführten Waren dem Verkäufer der eingeführten Waren andere Waren verkauft.
- c) Der Preis wird auf der Grundlage einer nicht mit den eingeführten Waren zusammenhängenden Form der Bezahlung festgelegt; das ist z.B. der Fall, wenn es sich bei den eingeführten Waren um Halbfertigerzeugnisse handelt, die von dem Verkäufer unter der Bedingung geliefert worden sind, daß er eine bestimmte Menge der Fertigerzeugnisse erhält.

2. Bedingungen oder Leistungen jedoch, die sich auf die Erzeugung oder den Absatz der eingeführten Waren beziehen, führen nicht zur Ablehnung des Transaktionswerts. So hat beispielsweise der Umstand, daß der Käufer den Verkäufer mit im Einfuhrland entwickelten Techniken und Plänen beliefert, nicht die Ablehnung des Transaktionswerts nach Artikel 1 zur Folge. Ebenso ist dann, wenn der Käufer auf eigene Rechnung, obgleich nach Absprache mit dem Verkäufer, für den Absatz der eingeführten Waren selbst tätig wird, der Wert dieser Tätigkeiten nicht Teil des Zollwerts; außerdem dürfen solche Tätigkeiten nicht zur Ablehnung des Transaktionswerts führen.

Zu Absatz 2

1. Absatz 2 Buchstaben a) und b) sehen unterschiedliche Mittel für die Feststellung vor, ob der Transaktionswert anerkannt werden kann.

2. Absatz 2 Buchstabe a) sieht vor, daß, falls der Käufer und der Verkäufer miteinander verbunden sind, die Begleitumstände des Kaufgeschäfts untersucht werden und der Transaktionswert als Zollwert anerkannt wird, sofern diese Verbundenheit den Preis nicht beeinflußt hat. Es ist nicht daran gedacht, eine Untersuchung dieser Umstände in allen Fällen vorzunehmen, in denen Käufer und Verkäufer miteinander verbunden sind. Eine solche Untersuchung ist nur erforderlich, wenn Zweifel daran bestehen, ob der Preis anerkannt werden kann. Zweifelt die Zollverwaltung nicht daran, daß der Preis anerkannt werden kann, so wird er anerkannt, ohne daß weitere Informationen vom Einführer verlangt werden. Beispielsweise kann die Zollverwaltung schon früher die Verbundenheit untersucht haben oder sie kann schon über ausführliche Informationen über den Käufer und den Verkäufer verfügen, und sie kann bereits anhand einer solchen Untersuchung oder Information zu dem Ergebnis gekommen sein, daß die Verbundenheit den Preis nicht beeinflußte.

3. Kann die Zollverwaltung den Transaktionswert nicht ohne weitere Nachforschung anerkennen, so gibt sie dem Einführer Gelegenheit zur Beschaffung solcher weitergehender Informationen, die für die Prüfung der Begleitumstände des Kaufgeschäfts durch sie erforderlich sein können. In diesem Zusammenhang muß die Zollverwaltung bereit sein, die maßgebenden Umstände des Kaufgeschäfts zu untersuchen, einschließlich der Art und Weise, nach der Käufer und Verkäufer ihre Handelsbeziehungen gestalten und in der der betreffende Preis zustande gekommen ist, um festzustellen, ob die Verbundenheit den Preis beeinflußte. Kann aufgezeigt werden, daß Käufer und Verkäufer, obwohl nach Artikel 15 miteinander verbunden, voneinander kaufen oder einander verkaufen, als wenn sie nicht miteinander verbunden wären, so würde dies beweisen, daß der Preis durch diese Verbundenheit nicht beeinflußt wurde. Ein Beispiel hierfür: Ist der Preis im Einklang mit der üblichen Preispraxis des betreffenden Wirtschaftszweigs oder so festgelegt worden, wie der Verkäufer die Preise für Verkäufe an Käufer festsetzt, die nicht mit dem Verkäufer verbunden sind, so beweist dies, daß der Preis durch die Verbundenheit nicht beeinflußt wurde. Ein weiteres Beispiel: Wird aufgezeigt, daß der Preis zur Deckung aller Kosten zuzüglich eines Gewinnes ausreicht, der dem allgemeinen Gewinn des Unternehmens innerhalb eines repräsentativen Zeitraums (z.B. auf jährlicher Grundlage) bei Verkäufen von Waren der gleichen Gattung oder Art entspricht, so würde dies beweisen, daß der Preis nicht beeinflußt wurde.

4. Absatz 2 Buchstabe b) gibt dem Einführer die Möglichkeit nachzuweisen, daß der Transaktionswert einem zuvor von der Zollverwaltung anerkannten "Vergleichswert" sehr nahe kommt und daher nach Artikel 1 anerkannt werden kann. Wird nach Artikel 2 Buchstabe b) ein Vergleichswert gefunden, so ist die Frage nach der Beeinflussung des Preises nach Absatz 2 Buchstabe a) nicht zu untersuchen. Verfügt die Zollverwaltung schon über ausreichende Informationen, die sie ohne weitere eingehende Untersuchung zu dem Ergebnis kommen lassen, daß einer der in Absatz 2 Buchstabe b) vorgesehenen Vergleichswerte gefunden wurde, so liegt kein Grund dafür vor, von dem Einführer den Nachweis zu verlangen, daß der Vergleich auch hier zum Erfolg führt. In Absatz 2 Buchstabe b) bedeutet der Begriff "nicht verbundene Käufer" Käufer, die in keinem konkreten Anwendungsfall mit dem Verkäufer verbunden sind.

Zu Absatz 2 Buchstabe b)

Bei der Feststellung, ob ein Wert einem anderen Wert "sehr nahe kommt", müssen mehrere Faktoren in Betracht gezogen werden. Dazu gehören die Art der eingeführten Waren, die Art des Wirtschaftszweigs, die Saison, in der die Waren eingeführt werden, und die Feststellung, ob der Wertunterschied im Handel von Bedeutung ist. Da diese Faktoren von Fall zu Fall verschieden sein können, ist es nicht möglich, in jedem Fall einen einheitlichen Maßstab, etwa in Form eines bestimmten Prozentsatzes, anzuwenden. So kann z.B. ein geringer Wertunterschied in einem Fall, der eine bestimmte Warenart betrifft, nicht anerkannt werden, während ein großer Unterschied im Fall einer anderen Art von Waren bei der Feststellung anerkannt werden kann, ob der Transaktionswert dem in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b) angeführten "Vergleichswert" sehr nahe kommt.

Anmerkungen zu Artikel 2

1. Bei der Anwendung des Artikels 2 zieht die Zollverwaltung nach Möglichkeit ein Kaufgeschäft über gleiche Waren auf der gleichen Handelsstufe und über im wesentlichen gleiche Mengen wie die zu bewertenden Waren heran. Ist ein solches Kaufgeschäft nicht ausfindig zu machen, so kann ein Kaufgeschäft über gleiche Waren herangezogen werden, das eine der nachstehenden drei Bedingungen erfüllt:

- a) ein Kaufgeschäft auf der gleichen Handelsstufe, jedoch über verschiedene Mengen;
- b) ein Kaufgeschäft auf einer anderen Handelsstufe, jedoch über im wesentlichen die gleichen Mengen;
- c) ein Kaufgeschäft auf einer anderen Handelsstufe und über verschiedene Mengen;

2. Sobald ein unter eine dieser drei Bedingungen fallendes Kaufgeschäft ausfindig gemacht wurde, werden je nach Lage des Falles Berichtigungen vorgenommen für:

- a) sich nur auf die Menge beziehende Faktoren;
- b) sich nur auf die Handelsstufe beziehende Faktoren; oder
- c) sich sowohl auf die Handelsstufe als auch auf die Menge beziehende Faktoren;

3. Der Ausdruck "und/oder" läßt genügend Spielraum für die Heranziehung von Kaufgeschäften und für die notwendigen Berichtigungen in allen drei vorgenannten Fällen.

4. Für die Zwecke des Artikels 2 ist der Transaktionswert eingeführter gleicher Waren ein Zollwert, der - gegebenenfalls nach den in Absatz 1 Buchstabe b) und Absatz 2 vorgesehenen Berichtigungen - bereits nach Artikel 1 anerkannt wurde.

5. Voraussetzung für eine Berichtigung für Unterschiede bei den Handelsstufen oder der Mengen ist, daß eine solche Berichtigung - unabhängig davon, ob sie zu einer Erhöhung oder Verminderung des Wertes führt - nur aufgrund von Nachweisen vorgenommen wird, welche die Richtigkeit und Genauigkeit klar darlegen, z.B. gültige Preislisten mit Preisen, die sich auf verschiedene Handelsstufen oder verschiedene Mengen beziehen. Hierfür ein Beispiel: Bestehen die zu bewertenden eingeführten Waren aus einer Sendung von 10 Einheiten, während die einzigen eingeführten gleichen Waren, für die ein Transaktionswert vorliegt, ein Kaufgeschäft über 500 Einheiten betrafen, und ist festgestellt worden, daß der Verkäufer Mengenrabatte einräumt, so muß bei der Berichtigung die Preisliste des Verkäufers berücksichtigt und der Preis genommen werden, der sich auf einen Verkauf von 10 Einheiten bezieht. Das setzt nicht voraus, daß ein Verkauf von 10 Einheiten tatsächlich stattgefunden hat, sofern sich die Preisliste anhand von Kaufgeschäften über andere Mengen als zuverlässig erwiesen hat. Fehlt jedoch sein solcher objektiver Maßstab, so ist die Ermittlung des Zollwerts nach Artikel 2 nicht angebracht.

Anmerkungen zu Artikel 3

1. Bei der Anwendung des Artikels 3 zieht die Zollverwaltung nach Möglichkeit ein Kaufgeschäft über gleichartige Waren auf der gleichen Handelsstufe und über im wesentlichen gleiche Mengen wie die zu bewertenden Waren heran. Ist ein solches Kaufgeschäft nicht ausfindig zu machen, so kann ein Kaufgeschäft über gleichartige Waren herangezogen werden, das eine der nachstehenden drei Bedingungen erfüllt:

- a) ein Kaufgeschäft auf der gleichen Handelsstufe, jedoch über verschiedene Mengen;
- b) ein Kaufgeschäft auf einer anderen Handelsstufe, jedoch über im wesentlichen die gleichen Mengen; oder
- c) ein Kaufgeschäft auf einer anderen Handelsstufe und über verschiedene Mengen.

2. Sobald ein unter eine dieser drei Bedingungen fallendes Kaufgeschäft ausfindig gemacht wurde, werden je nach Lage des Falles Berichtigungen vorgenommen für

- a) sich nur auf die Menge beziehende Faktoren;
- b) sich nur auf die Handelsstufe beziehende Faktoren; oder
- c) sich sowohl auf die Handelsstufe als auch auf die Menge beziehende Faktoren.

3. Der Ausdruck "und/oder" läßt genügend Spielraum für die Heranziehung von Kaufgeschäften und für die in allen drei vorgenannten Fällen notwendigen Berichtigungen.

4. Für die Zwecke des Artikels 3 ist der Transaktionswert eingeführter gleichartiger Waren ein Zollwert, der - gegebenenfalls nach den in Absatz 1 Buchstabe b) und Absatz 2 vorgesehenen Berichtigungen - bereits nach Artikel 1 anerkannt wurde.

5. Voraussetzung für eine Berichtigung für Unterschiede bei den Handelsstufen oder Mengen ist, daß eine solche Berichtigung - unabhängig davon, ob diese zu einer Erhöhung oder Verminderung des Wertes führt - nur aufgrund von Nachweisen vorgenommen wird, welche die Richtigkeit und Genauigkeit klar darlegen, z.B. gültige Preislisten mit Preisen, die sich auf verschiedene Handelsstufen oder verschiedene Mengen beziehen. Hierfür ein Beispiel: Bestehen die zu bewertenden eingeführten Waren aus einer Sendung von 10 Einheiten, während die einzigen eingeführten gleichartigen Waren, für die ein Transaktionswert vorliegt, ein Kaufgeschäft über 500 Einheiten betrafen, und ist festgestellt worden, daß der Verkäufer Mengenrabatte einräumt, so muß bei der Berichtigung die Preisliste des Verkäufers berücksichtigt und der Preis genommen werden, der sich auf einen Verkauf von 10 Einheiten bezieht. Das setzt nicht voraus, daß ein Verkauf von 10 Einheiten tatsächlich stattgefunden hat, sofern sich die Preisliste anhand von Kaufgeschäften über andere Mengen als zuverlässig erwiesen hat. Fehlt jedoch sein solcher objektiver Maßstab, so ist die Ermittlung des Zollwerts nach Artikel 3 nicht angebracht.

Anmerkungen zu Artikel 5

1. Der Begriff "Preis je Einheit, zu dem Waren in den größten Mengen insgesamt" verkauft werden, bedeutet den Preis, zu dem die größte Anzahl von Einheiten bei Verkäufen an Personen verkauft wird, die mit den Personen nicht verbunden sind, von denen sie diese Waren auf der ersten Handelsstufe nach der Einfuhr, auf der diese Verkäufe stattfinden, kaufen.

2. Hierfür ein Beispiel: Waren werden nach einer Preisliste verkauft, die günstigere Preise je Einheit für Käufe in größeren Mengen vorsieht.

Verkaufsmenge	Preis je Einheit	Anzahl der Verkäufe jeweiligen Preis verkauften Waren	Gesamtmenge der zum
1-10 Einheiten	100	10 Verkäufe zu 5 Einheiten 5 Verkäufe zu 3 Einheiten	65
11-25 Einheiten	95	5 Verkäufe zu 11 Einheiten	55
über 25 Einheiten	90	1 Verkauf zu 30 Einheiten 1 Verkauf zu 50 Einheiten	80

Die größte Anzahl der zu einem bestimmten Preis verkauften Einheiten beträgt 80; infolgedessen beläuft sich der Preis je Einheit für die größte Menge insgesamt auf 90.

3. Ein anderes Beispiel hierfür: Es liegen zwei Verkäufe vor. Bei dem ersten Verkauf werden 500 Einheiten zu einem Preis von je 95 Rechnungseinheiten verkauft. Bei dem zweiten Verkauf werden 400 Einheiten zu einem Preis von je 90 Rechnungseinheiten verkauft. Bei diesem Beispiel beträgt die größte Anzahl der zu einem bestimmten Preis verkauften Einheiten 500, der Preis je Einheit für die größte Menge insgesamt ist daher 95.

4. Ein drittes Beispiel betrifft den Fall, daß verschiedene Mengen zu verschiedenen Preisen verkauft werden.

a) Verkäufe

Verkaufsmenge	Preis je Einheit
40 Einheiten	100
30 Einheiten	90
15 Einheiten	100
50 Einheiten	95
25 Einheiten	105
35 Einheiten	90
5 Einheiten	100

b) Insgesamt

Insgesamt verkaufte Gesamtmenge	Preis je Einheit
65	90
50	95
60	100
25	105

Bei diesem Beispiel beträgt die größte Anzahl von zu einem bestimmten Preis verkauften 65; der Preis je Einheit für die jeweils größte Menge insgesamt ist daher 90.

5. Ein Verkauf im Einfuhrland im Sinne von Absatz 1 an eine Person, die unmittelbar oder mittelbar, unentgeltlich oder zu ermäßigten Preisen eine der in Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b) aufgeführten Gegenstände oder Leistungen für die Verwendung im Zusammenhang mit der Herstellung und dem Verkauf der eingeführten Waren zur Ausfuhr liefert oder erbringt, wird bei der Feststellung des Preises je Einheit nach Artikel 5 nicht in Betracht gezogen.

6. Zu beachten ist, daß der in Artikel 5 Absatz 1 angeführte Begriff "Gewinn und Gemeinkosten" als Ganzes anzusehen ist. Die Höhe des Abzugs wird auf der Grundlage der von dem oder für den Einführer gelieferten Angaben ermittelt, es sei denn, daß diese Zahlen nicht mit denjenigen in Einklang stehen, die sich bei Verkäufen eingeführter Waren derselben Gattung oder Art im Einfuhrland ergeben. Stehen die Zahlen des Einführers nicht mit den vorgenannten Zahlen in Einklang, so kann der Betrag für "Gewinn und Gemeinkosten" auf eine andere als die vom oder für den Einführer gegebene einschlägige Information gestützt werden.

7. Die "Gemeinkosten" umfassen die direkten und indirekten Kosten für die Vermarktung der betreffenden Waren.

8. Beim Verkauf der Waren anfallende örtliche Abgaben, die nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a) Ziffer iv) nicht abgezogen wurden, können nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a) Ziffer i) abgezogen werden.

9. Bei der Ermittlung der Provisionen oder der üblichen Gewinne und Gemeinkosten nach Artikel 5 Absatz 1 muß die Frage, ob bestimmte Waren derselben Gattung oder Art wie andere Waren angehören, von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände entschieden werden. Dabei werden Verkäufe im Einfuhrland untersucht, die eingeführte Waren derselben Gattung oder Art wie die zu bewertenden Waren betreffen und zu einer möglichst eng umschriebenen Warengruppe oder einem solchen Warenpalette wie die zu bewertenden Waren gehören und für die die notwendigen Informationen beschafft werden können. Der Begriff "Waren derselben Gattung oder Art" im Sinne des Artikels 5 umfaßt sowohl Waren aus dem gleichen Land wie die zu bewertenden Waren als auch aus anderen Ländern eingeführte Waren.

10. Als "frühester Zeitpunkt" im Sinne des Artikels 5 Absatz 1 Buchstabe b) gilt der Tag, an dem Verkäufe der eingeführten Waren oder eingeführter gleicher oder gleichartiger Waren in für die Ermittlung des Preises je Einheit ausreichenden Mengen vorliegen.

11. Die bei der Anwendung des Artikels 5 Absatz 2 vorzunehmenden Abzüge für die Wertsteigerung durch weitere Be- oder Verarbeitung müssen sich auf objektive und quantifizierbare Daten stützen, die sich auf die Kosten einer solchen Arbeit beziehen. Anerkannte industrielle Verarbeitungsmethoden, Industrienormen, Rezepturen, Konstruktionsverfahren und andere industrielle Verfahren bilden die Grundlage der Berechnungen.

12. Die Bewertungsmethode nach Artikel 5 Absatz 2 sollte normalerweise nicht angewendet werden, wenn die eingeführten Waren aufgrund der weiteren Be- oder Verarbeitung ihre Nämlichkeit verlieren. Es können jedoch Fälle auftreten, in denen die Wertsteigerung durch die Be- oder Verarbeitung trotz Verlustes der Nämlichkeit der eingeführten Waren ohne erhebliche Schwierigkeiten genau ermittelt werden kann. Andererseits gibt es auch Fälle, in denen die eingeführten Waren zwar ihre Nämlichkeit behalten, jedoch einen so unbedeutenden Bestandteil der im Einfuhrland verkauften Waren darstellen, daß die Anwendung dieser Bewertungsmethode nicht gerechtfertigt ist. Demgemäß muß jeder derartige Sachverhalt von Fall zu Fall geprüft werden.

Anmerkungen zu Artikel 6

1. Der Zollwert wird nach diesem Übereinkommen grundsätzlich anhand von im Einfuhrland leicht verfügbaren Informationen ermittelt. Zur Ermittlung eines errechneten Wertes kann es jedoch notwendig sein, die Angaben über die Herstellungskosten der zu bewertenden Waren und andere Angaben, die außerhalb des Einfuhrlandes beschafft werden müssen, zu überprüfen. Außerdem untersteht

der Hersteller der Waren meist nicht der Hoheitsgewalt der Behörden des Einfuhrlandes. Die Verwendung des errechneten Wertes ist im allgemeinen auf die Fälle beschränkt, in denen Käufer und Verkäufer miteinander verbunden sind und der Hersteller bereit ist, den Behörden des Einfuhrlandes die erforderlichen Preisberechnungen zu liefern und gegebenenfalls später notwendig werdende Überprüfungen möglich zu machen.

2. Die "Kosten oder der Wert" im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 Buchstabe a) sind aufgrund von Angaben zu ermitteln, die sich auf die Herstellung der zu bewertenden Waren beziehen und vom oder für den Hersteller geliefert werden. Die Ermittlung ist auf die Buchhaltungskonten des Herstellers zu stützen, sofern diese Konten dem im Herstellungsland angewendeten allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen entsprechen.

3. Zu den "Kosten oder dem Wert" gehören die in Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a) Ziffer ii) und iii) aufgeführten Kosten. Ferner gehört dazu der entsprechend der einschlägigen Anmerkung zu Artikel 8 anteilig aufgeteilte Wert aller in Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a) angeführten Gegenstände oder Leistungen, die vom Käufer unmittelbar oder mittelbar für die Verwendung im Zusammenhang mit der Herstellung der eingeführten Waren geliefert oder erbracht wurden. Der Wert der in Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b) Ziffer iv) angeführten und im Einfuhrland erarbeiteten Faktoren wird nur insoweit mit einbezogen, als diese dem Hersteller in Rechnung gestellt werden. Selbstverständlich dürfen die Kosten oder Werte der in diesem Absatz behandelten Gegenstände oder Leistungen bei der Ermittlung des "errechneten Wertes" nicht zweimal angerechnet werden.

4. Der "Betrag für Gewinn und Gemeinkosten" im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 Buchstabe b) ist aufgrund der vom oder für den Hersteller gelieferten Angaben festzusetzen, es sei denn, daß die Zahlen des Herstellers nicht mit denen in Einklang stehen, die sich normalerweise beim Verkauf von Waren derselben Gattung oder Art wie die zu bewertenden Waren ergeben, die von den Herstellern im Ausfuhrland zur Ausfuhr in das Einfuhrland hergestellt werden.

5. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß der "Betrag für Gewinn und Gemeinkosten" als Ganzes anzusehen ist. Wenn daher in einem bestimmten Fall die Gewinnmarge des Herstellers niedrig ist und die Gemeinkosten des Herstellers hoch liegen, können Gewinn und Gemeinkosten des Herstellers zusammen trotzdem mit dem in Einklang stehen, was sich gewöhnlich bei Verkäufen von Waren derselben Gattung oder Art ergibt. Das kann beispielsweise vorkommen, wenn ein Erzeugnis im Einfuhrland neu auf den Markt gebracht wird und der Hersteller es deshalb in Kauf nimmt, zunächst keinen oder nur einen geringen Gewinn zu erzielen, um seine mit der Einführung des Erzeugnisses zusammenhängenden hohen Gemeinkosten zu decken. Kann der Hersteller einen niedrigen Gewinn beim Verkauf der eingeführten Waren aufgrund besonderer handelsbedingter Umstände nachweisen, so wird der tatsächliche Gewinn des Herstellers berücksichtigt, sofern er triftige kaufmännische Gründe zu dessen Rechtfertigung anführen kann und die Preispolitik des Herstellers der üblichen Preispolitik des betreffenden Wirtschaftszweigs entspricht. Das kann beispielsweise vorkommen, wenn Hersteller wegen eines nicht vorhersehbaren Nachfragerückgangs gezwungen sind, vorübergehend ihre Preise zu senken, oder wenn sie Waren zur Ergänzung eines im Einfuhrland hergestellten Warensortiments verkaufen und sich zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit mit einem geringen Gewinn begnügen.

Stehen die Zahlenangaben des Herstellers für Gewinn und Gemeinkosten nicht mit den Zahlen in Einklang, die sich normalerweise bei Verkäufen von Waren derselben Gattung oder Art wie die zu bewertenden Waren ergeben, die im Ausfuhrland von Herstellern zur Ausfuhr in das Einfuhrland hergestellt werden, so kann der Betrag für Gewinn und Gemeinkosten auf andere einschlägige Informationen als die vom oder für den Hersteller der Waren gemachten Angaben gestützt werden.

6. Werden andere Informationen als die vom oder für den Hersteller gemachten Angaben für die Ermittlung eines errechneten Wertes benutzt, so haben die Behörden des Einfuhrlandes den Einführer auf dessen Antrag über die Herkunft dieser Informationen, die herangezogenen Daten und die darauf gestützten Berechnungen, vorbehaltlich des Artikels 10, zu unterrichten.

7. Zu den in Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b) angeführten "Gemeinkosten" gehören auch die direkten und indirekten Kosten für die Herstellung und den Verkauf der Waren zur Ausfuhr, die nicht von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a) umfaßt werden.

8. Ob bestimmte Waren "derselben Gattung oder Art" wie andere Waren angehören, ist von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der entsprechenden Umstände zu ermitteln. Bei der Ermittlung der üblichen Gewinne und Gemeinkosten nach Artikel 6 werden Verkäufe zur Ausfuhr in das Einfuhrland untersucht, die zu einer möglichst eng umschriebenen Warengruppe oder einem solchen Warenbereich wie die zu bewertenden Waren gehören und für welche die notwendigen Informationen beschafft werden können. "Waren derselben Gattung oder Art" im Sinne des Artikels 6 müssen aus demselben Land stammen wie die zu bewertenden Waren.

Anmerkungen zu Artikel 7

1. Die nach Artikel 7 ermittelten Zollwerte sollen möglichst auf schon früher ermittelten Zollwerten beruhen.

2. Als Bewertungsmethoden nach Artikel 7 sollen die in den Artikeln 1 bis 6 festgelegten Methoden herangezogen werden, doch steht eine angemessene Flexibilität bei der Anwendung solcher Methoden im Einklang mit den Zielsetzungen und Bestimmungen des Artikels 7.

3. Einige Beispiele für eine angemessene Flexibilität:

a) Gleiche Waren - das Erfordernis, daß die gleichen Waren im selben oder annähernd im selben Zeitpunkt wie die zu bewertenden Waren ausgeführt wurden, kann weit ausgelegt werden; in einem anderen Land als dem Ausfuhrland der zu bewertenden Waren hergestellte gleiche Waren können Grundlage für die Zollwertermittlung sein; bereits nach den Artikeln 5 und 6 ermittelte Zollwerte gleicher Waren können herangezogen werden.

b) Gleichartige Waren - das Erfordernis, daß die gleichartigen Waren im selben oder annähernd im selben Zeitpunkt wie die zu bewertenden Waren ausgeführt wurden, kann weit ausgelegt werden; in einem anderen Land als dem Ausfuhrland der zu bewertenden Waren hergestellte gleichartige Waren können Grundlage für die Zollwertermittlung sein; bereits nach den Artikeln 5 und 6 ermittelte Zollwerte gleichartiger Waren können herangezogen werden.

c) Deduktive Methode - das Erfordernis in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a), daß die Waren "in dem Zustand, in dem sie eingeführt wurden" verkauft werden, kann weit ausgelegt werden; die Frist von "90 Tagen" kann großzügig gehandhabt werden.

Anmerkungen zu Artikel 8

Zu Absatz 1 Buchstabe a) Ziffer i)

Unter dem Begriff "Einkaufsprovisionen" sind Beträge zu verstehen, die ein Einführer jemandem dafür zahlt, daß er den Einführer im Ausland beim Kauf der zu bewertenden Waren vertritt.

Zu Absatz 1 Buchstabe b) Ziffer ii)

1. Bei der Aufteilung des Wertes der in Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b) Ziffer ii) aufgeführten Gegenstände auf die eingeführten Waren ist zweierlei zu berücksichtigen - der Wert des Gegenstands selbst und die Art und Weise, wie dieser Wert auf die eingeführten Waren aufgeteilt wird. Die Aufteilung des Werts dieser Gegenstände

soll in sinnvoller, den Umständen angemessener Weise und in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen vorgenommen werden.

2. Erwirbt der Einführer den Gegenstand von einem mit dem Einführer nicht verbundenen Verkäufer zu einem bestimmten Preis, so ist der Wert des Gegenstands diesem Preis gleichzusetzen. Wurde der Gegenstand vom Einführer oder einer mit dem Einführer verbundenen Person hergestellt, so sind als sein Wert die Herstellungskosten anzusetzen; ist der Gegenstand vorher vom Einführer verwendet worden, gleichgültig, ob er ihn erworben oder hergestellt hat, so wird der ursprünglich für den Erwerb oder die Herstellung aufgewendete Betrag wegen der Verwendung nach unten berichtigt, um den Wert des Gegenstands zu erhalten.

3. Ist für den Gegenstand ein Wert ermittelt worden, so ist dieser Wert auf die eingeführten Waren aufzuteilen. Hierfür gibt es verschiedene Möglichkeiten. Der Wert kann beispielsweise der ersten Sendung zugeteilt werden, wenn der Einführer den Zoll auf den gesamten Wert auf einmal entrichten möchte. Der Einführer kann aber auch beantragen, daß der Wert auf die Anzahl der bis zu der Zeit der ersten Sendung hergestellten Einheiten aufgeteilt wird. Der Einführer kann ferner beantragen, daß der Wert auf die vorgesehene Gesamtproduktion aufgeteilt wird, wenn Verträge oder feste Firmenaufträge für diese Produktion vorliegen. Die Aufteilungsart hängt von den vom Einführer beigebrachten Unterlagen ab.

4. Zur Veranschaulichung der obigen Ausführungen: Ein Einführer stellt einem Hersteller eine Gußform zur Verfügung, die bei der Herstellung der eingeführten Waren benutzt werden soll, und vereinbart vertraglich mit dem Hersteller, 10.000 Einheiten zu kaufen. Beim Eingang der ersten Sendung von 1.000 Einheiten hat der Hersteller schon 4.000 Einheiten hergestellt. Der Einführer kann bei der Zollverwaltung beantragen, den Wert der Gußform auf 1.000, 4.000 oder 10.000 Einheiten aufzuteilen.

Zu Absatz 1 Buchstabe b) Ziffer iv)

1. Zuschläge für die in Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b) Ziffer iv) aufgeführten Gegenstände und Leistungen müssen auf objektive und quantifizierbare Daten gestützt werden. Um den Verwaltungsaufwand bei der Ermittlung der zuzuschlagenden Werte sowohl für den Einführer als auch die Zollverwaltung gering zu halten, sollen wenn möglich Daten herangezogen werden, die den Geschäftsbüchern des Käufers leicht entnommen werden können.

2. Bei den vom Käufer gelieferten Gegenständen oder erbrachten Leistungen, die der Käufer erworben oder gemietet hat, entspricht der Zuschlag dem Kaufpreis oder der Miete. Für jedermann zur Verfügung stehende Gegenstände oder Leistungen dürfen mit Ausnahme der Kosten für Kopien keine Zuschläge vorgenommen werden.

3. Ob die zuzuschlagende Werte leicht berechnet werden können, hängt vom Aufbau und der Art der Führung des betreffenden Unternehmens sowie von seinen Buchführungsmethoden ab.

4. Es ist beispielsweise möglich, daß ein Unternehmen, das eine Vielzahl von Erzeugnissen aus mehreren Ländern einführt, die Aufzeichnungen über sein außerhalb des Einfuhrlandes befindliches Modellbüro so führt, daß es die auf ein bestimmtes Erzeugnis entfallenden Kosten genau bestimmen kann. In solchen Fällen kann eine angemessene Berichtigung nach Artikel 8 ohne weiteres vorgenommen werden.

5. In einem anderen Fall kann ein Unternehmen die Kosten des Modellbüros außerhalb des Einfuhrlandes als Gemeinkosten ohne Zuweisung zu bestimmten Erzeugnissen ausweisen. Unter diesen Umständen kann eine angemessene Berichtigung bezüglich der eingeführten Waren nach Artikel 8 durch Aufteilung der Gesamtkosten des Modellbüros auf die gesamte Herstellung vorgenommen werden, für welche die Tätigkeit des Modellbüros von Nutzen ist; die aufgeteilten Kosten werden den Einfuhren auf die Einheit bezogen hinzugefügt.

6. Eine Änderung der oben genannten Umstände erfordert selbstverständlich andere Überlegungen bei der Ermittlung der passenden Zuweisungsmethode.

7. Werden die betreffenden Gegenstände oder Leistungen während eines bestimmten Zeitraums in mehreren Ländern hergestellt oder erarbeitet, so ist die Berichtigung auf die dadurch außerhalb des Einfuhrlandes tatsächlich eingetretene Wertsteigerung zu beschränken.

Zu Absatz 1 Buchstabe c)

1. Die in Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe c) aufgeführten Lizenzgebühren können unter anderem Zahlungen für Patente, Warenzeichen und Urheberrechte umfassen. Zahlungen für das Recht zur Vervielfältigung der eingeführten Waren im Einfuhrland dürfen jedoch bei der Ermittlung des Zollwerts nicht den für die eingeführten Waren tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Preis hinzugerechnet werden.

2. Zahlungen des Käufers für das Recht auf Vertrieb oder Wiederverkauf der eingeführten Waren werden nicht dem für die eingeführten Waren tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Preis hinzugerechnet, wenn diese Zahlungen nicht eine Bedingung für den Verkauf der eingeführten Waren zur Ausfuhr in das Einfuhrland darstellen.

Zu Absatz 3

Liegen keine objektiven und quantifizierbaren Angaben über die nach Artikel 8 vorzunehmenden Zuschläge vor, so kann der Transaktionswert nicht nach Artikel 1 ermittelt werden. Zur Veranschaulichung: es wird eine Lizenzgebühr auf der Grundlage des Preises bei einem Verkauf im Einfuhrland für einen Liter eines bestimmten Erzeugnisses gezahlt, das nach Kilogramm eingeführt und nach der Einfuhr zu einer Lösung verarbeitet wurde. Beruht die Lizenzgebühr teilweise auf den eingeführten Waren und teilweise auf anderen Faktoren, die nichts mit den eingeführten Waren zu tun haben (wenn die eingeführten Waren mit inländischen Teilen gemischt werden und nicht mehr als die eingeführten Waren erkennbar sind oder wenn die Lizenzgebühr von besonderen finanziellen Abmachungen zwischen Käufer und Verkäufer nicht unterschieden werden kann), so darf die Lizenzgebühr nicht hinzugerechnet werden. Bezieht sich die Lizenzgebühr jedoch ausschließlich auf die eingeführten Waren und läßt sie sich leicht der Höhe nach bestimmen, so kann sie dem tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Preis hinzugerechnet werden.

Anmerkung zu Artikel 9

Der Begriff "Zeitpunkt der Einfuhr" im Sinne des Artikels 9 kann auch den Zeitpunkt der Zollanmeldung umfassen.

Anmerkungen zu Artikel 11

1. Artikel 11 sichert dem Einführer ein Beschwerderecht gegen eine Entscheidung der Zollverwaltung über den Zollwert der zu bewertenden Waren zu. Die Entscheidung kann zunächst auf einer höheren Ebene der Zollverwaltung angefochten werden, doch muß der Einführer das Recht haben, letzten Endes ein Gericht anzurufen.

2. "Straffrei" bedeutet, daß der Einführer nicht mit einer Buße oder Bußandrohung belegt werden darf, nur weil der Einführer von dem Beschwerderecht Gebrauch macht. Die Zahlung der normalen Gerichtskosten und Anwaltsgebühren wird nicht als Buße betrachtet.

3. Artikel 11 hindert jedoch kein Mitglied daran, die volle Entrichtung der berechneten Zölle zu verlangen, auch wenn Beschwerde eingelegt wird.

Anmerkungen zu Artikel 15

Zu Absatz 4

Der Begriff "Personen" im Sinne dieses Artikels schließt juristische Personen ein.

Zu Absatz 4 Buchstabe e)

Im Sinne dieses Übereinkommens wird angenommen, daß eine Person eine andere kontrolliert, wenn die eine rechtlich oder tatsächlich in der Lage ist, der anderen Beschränkungen aufzuerlegen oder Anweisungen zu erteilen.

ANHANG II

TECHNISCHER AUSSCHUSS FÜR DEN ZOLLWERT

1. Nach Artikel 18 dieses Übereinkommens wird ein Technischer Ausschuß unter der Schirmherrschaft des RZZ eingesetzt, um auf technischer Ebene für die einheitliche Auslegung und Anwendung dieses Übereinkommens Sorge zu tragen.
2. Die Aufgaben des Technischen Ausschusses umfassen:
 - a) die Untersuchung technischer Probleme, die bei der Anwendung der Bewertungssysteme der Mitglieder immer wieder vorkommen und Gutachten zu geeigneten Lösungen anhand des dargelegten Sachverhalts;
 - b) auf Antrag die Untersuchung von die Bewertung betreffenden Rechtsvorschriften, Verfahren und -praktiken, soweit sie sich auf dieses Übereinkommen beziehen; ferner die Erstellung von Berichten über solche Untersuchungen;
 - c) die Ausarbeitung und Verteilung von Jahresberichten über das Funktionieren und den Stand dieses Übereinkommens in technischer Hinsicht;
 - d) die Unterrichtung und Beratung in allen Fragen im Zusammenhang mit der Ermittlung des Zollwertes eingeführter Waren, wenn dies von einem Mitglied oder vom Ausschuß verlangt wird. Solche Unterrichtungen oder Beratungen können in Form von Gutachten, Kommentaren oder Erläuterungen erfolgen;
 - e) auf Antrag Hilfestellung bei der technischen Unterstützung der Mitglieder, um die weltweite Annahme dieses Übereinkommens zu fördern;
 - f) die Prüfung der ihm von einer Sondergruppe nach Artikel 19 dieses Übereinkommens vorgelegten Fragen; und
 - g) die Übernahme weiterer Aufgaben, die ihm von Ausschuß übertragen werden.

Allgemeines

3. Der Technische Ausschuß ist bestrebt, seine Arbeit, insbesondere bei Fragen, die ihm von Mitgliedern, dem Ausschuß oder einer Sondergruppe vorgelegt werden, innerhalb angemessener kurzer Zeit abzuschließen. Nach Artikel 19 Absatz 4 setzt eine Sondergruppe jeweils eine bestimmte Frist für die Vorlage eines Berichts des Technischen Ausschusses, und der Technische Ausschuß legt diesen Bericht innerhalb dieser Frist vor.
4. Der Technische Ausschuß wird in seiner Tätigkeit vom Sekretariat des RZZ in geeigneter Weise unterstützt.
Vertretung
5. Jedes Mitglied ist berechtigt, Vertreter in den Technischen Ausschuß zu entsenden. Jedes Mitglied kann einen Delegierten und einen oder mehrere Stellvertreter zu seinen Vertretern im Technischen Ausschuß ernennen. Ein auf diese Weise im Technischen Ausschuß vertretenes Mitglied wird nachstehend als "Mitglied des Technischen Ausschusses" bezeichnet. Die Vertreter von Mitgliedern des Technischen Ausschusses können sich von Beratern unterstützen lassen. Das Sekretariat der WTO kann an den Sitzungen als Beobachter ebenfalls teilnehmen.
6. Mitglieder des RZZ, die nicht Mitglieder der WTO sind, können bei Sitzungen des Technischen Ausschusses durch einen Delegierten und einen oder mehrere

Stellvertreter vertreten sein. Diese Vertreter nehmen an den Sitzungen des Technischen Ausschusses als Beobachter teil.

7. Mit Zustimmung des Vorsitzenden des Technischen Ausschusses kann der Generalsekretär des RZZ (nachstehend als "der Generalsekretär" bezeichnet) Vertreter von Regierungen, die weder Mitglieder der WTO noch Mitglieder des RZZ sind, sowie Vertreter internationaler Regierungs- und Handelsorganisationen einladen, an den Sitzungen des Technischen Ausschusses als Beobachter teilzunehmen.

8. Die für die Sitzungen des Technischen Ausschusses vorgesehenen Delegierten, Stellvertreter und Berater sind dem Generalsekretär mitzuteilen.

Sitzungen des Technischen Ausschusses

9. Der Technische Ausschuß tritt nach Bedarf, mindestens jedoch zweimal jährlich zusammen. Die einzelnen Sitzungstermine werden vom Technischen Ausschuß auf der jeweils vorhergehenden Sitzung festgelegt. Der Sitzungstermin kann auf Antrag eines Mitglieds des Technischen Ausschusses mit Zustimmung der einfachen Mehrheit seiner Mitglieder oder in dringenden Fällen auf Verlangen des Vorsitzenden abgeändert werden. Unbeschadet des ersten Satzes dieses Absatzes tritt der Technische Ausschuß im Bedarfsfall zusammen, um über Angelegenheiten zu beraten, die ihm nach Artikel 19 dieses Übereinkommens von einer Sondergruppe vorgelegt werden.

10. Die Sitzungen des Technischen Ausschusses werden am Sitz des RZZ gehalten, sofern nichts anderes bestimmt wird.

11. Der Generalsekretär unterrichtet alle Mitglieder des Technischen Ausschusses und die in den Absätzen 6 und 7 Genannten - außer in dringenden Fällen - mindestens 30 Tage vorher über den Zeitpunkt des Beginns der einzelnen Sitzungsperioden des Technischen Ausschusses.

Tagesordnung

12. Für jede Sitzungsperiode stellt der Generalsekretär eine vorläufige Tagesordnung auf und gibt sie den Mitgliedern des Technischen Ausschusses sowie den in den Absätzen 6 und 7 genannten Teilnehmern - außer in dringenden Fällen mindestens 30 Tage vor der Sitzungsperiode bekannt. Diese Tagesordnung umfaßt alle Punkte, deren Aufnahme vom Technischen Ausschuß auf der vorhergehenden Sitzung genehmigt wurde, alle vom Vorsitzenden auf Veranlassung des Vorsitzenden aufgenommenen Punkte, sowie alle Punkte, deren Aufnahme vom Generalsekretär, dem Ausschuß oder einem Mitglied des Technischen Ausschusses beantragt wurde.

13. Der Technische Ausschuß beschließt seine Tagesordnung bei Beginn jeder Sitzungsperiode. Die Tagesordnung kann im Laufe der Sitzungsperiode jederzeit vom Technischen Ausschuß geändert werden.

Zusammensetzung und Geschäftsordnung des Ausschusses

14. Der Technische Ausschuß wählt unter den Vertretern seiner Mitglieder einen Vorsitzenden und einen oder mehrere stellvertretende Vorsitzende. Der Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden üben ihr Amt ein Jahr lang aus. Der Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende können wiedergewählt werden. Das Amt eines Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden endet automatisch, wenn er nicht mehr ein Mitglied des Technischen Ausschusses vertritt.

15. Ist der Vorsitzende während einer Sitzung nicht oder zeitweise nicht anwesend, so übernimmt ein stellvertretender Vorsitzender den Vorsitz. In diesem Fall hat der stellvertretende Vorsitzende die gleichen Rechte und Pflichten wie der Vorsitzende.

16. Der Vorsitzende einer Sitzung nimmt an den Beratungen des Technischen Ausschusses in dieser Eigenschaft und nicht als Vertreter eines Mitglieds des Technischen Ausschusses teil.

17. Zusätzlich zu den anderen, dem Vorsitzenden durch diese Regeln übertragenen Befugnissen hat der Vorsitzende die Aufgabe, die einzelnen Sitzungen zu eröffnen und zu schließen, die Diskussion zu leiten, das Wort zu erteilen und die Beratungen im Rahmen dieser Regeln zu lenken. Desgleichen kann der Vorsitzende einen Redner zur Ordnung rufen, wenn die Ausführungen des Redners nicht zur Sache gehören.

18. Bei der Diskussion jeder Angelegenheit kann der Vertreter eines Mitglieds eine Verfahrensfrage stellen. In diesem Fall entscheidet der Vorsitzende sofort. Wird diese Entscheidung bestritten, so legt der Vorsitzende sie dem Ausschuß zur Beschlußfassung vor; sie bleibt bestehen, sofern sie nicht verworfen wird.

19. Der Generalsekretär oder von dem Generalsekretär bestellte Bedienstete des Sekretariats erledigen die Sekretariatsarbeiten der Sitzungen des Technischen Ausschusses.

Beschlußfähigkeit und Abstimmung

20. Der Technische Ausschuß ist beschlußfähig, wenn eine einfache Mehrheit seiner Mitglieder vertreten ist.

21. Jedes Mitglied des Technischen Ausschusses hat eine Stimme. Beschlüsse des Technischen Ausschusses werden mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder gefaßt. Unabhängig vom Ergebnis der Abstimmung über eine bestimmte Sache ist es dem Technischen Ausschuß freigestellt, dem Ausschuß und dem RZZ einen umfassenden Bericht über diese Frage zu geben, in dem die in den einschlägigen Diskussionen geäußerten unterschiedlichen Standpunkte dargelegt werden. Unbeschadet der Bestimmungen dieses Absatzes faßt der Technische Ausschuß in Angelegenheiten, die ihm von einer Sondergruppe vorgelegt werden, seine Beschlüsse einvernehmlich. Falls im Technischen Ausschuß über die ihm von einer Sondergruppe vorgelegte Frage kein Einvernehmen erzielt wird, legt der Technische Ausschuß einen Bericht unter Angabe der Einzelheiten des Falles und Darlegung der Standpunkte der Mitglieder vor.

Sprachen und Aufzeichnungen

22. Die Amtssprachen des Technischen Ausschusses sind Englisch, Französisch und Spanisch. Ausführungen oder Erklärungen in einer dieser drei Sprachen werden unmittelbar in die Amtssprachen übersetzt, sofern nicht alle Mitglieder auf eine Übersetzung verzichten. Ausführungen oder Erklärungen in einer anderen Sprache sind mit der gleichen Maßgabe ins Englische, Französische oder Spanische zu übersetzen, vorausgesetzt, daß das betreffende Mitglied eine englische, eine französische oder eine spanische Übersetzung vorlegt. Für die offiziellen Dokumente des Technischen Ausschusses werden ausschließlich Englisch, Französisch und Spanisch benutzt. Alle Schriftstücke, die dem Technischen Ausschuß vorgelegt werden sollen, müssen in einer der Amtssprachen abgefaßt sein.

23. Der Technische Ausschuß erstellt über jede Sitzungsperiode einen Bericht und - falls der Vorsitzende es für notwendig hält - Sitzungsprotokolle oder Kurzberichte über die einzelnen Sitzungen. Der Vorsitzende oder der Beauftragte des Vorsitzenden erstatten bei jeder Sitzung des Ausschusses und bei jeder Sitzung des RZZ Bericht über die Arbeit des Technischen Ausschusses.

ANHANG III

1. Der für Entwicklungsland-Mitglieder vorgesehene Aufschub der Anwendung dieses Übereinkommens um fünf Jahre gemäß Artikel 20 Absatz 1 kann in der Praxis für einige Entwicklungsland-Mitglieder unzureichend sein. In solchen Fällen kann ein Entwicklungsland-Mitglied vor Ablauf der in Artikel 20 Absatz 1 genannten Frist eine Verlängerung dieser Frist beantragen, wobei Einvernehmen darüber besteht, daß die Mitglieder einen solchen Antrag in den Fällen, in denen das Entwicklungsland-Mitglied stichhaltige Gründe darlegen kann, wohlwollend prüfen.

2. Entwicklungsländer, die gegenwärtig die Zollwertermittlung auf der Grundlage amtlich festgesetzter Mindestwerte durchführen, können gegebenenfalls einen Vorbehalt machen wollen, um diese Werte für eine begrenzte Übergangszeit unter Bedingungen und Voraussetzungen, denen die Mitglieder zustimmen, beibehalten zu können.

3. Entwicklungsländer, die der Meinung sind, daß die Umkehrung der Reihenfolge der Anwendung auf Antrag des Einführers gemäß Artikel 4 ihnen echte Schwierigkeiten bereiten kann, können folgenden Vorbehalt zu Artikel 4 einlegen:

"Die Regierung von behält sich vor vorzuschreiben, daß die einschlägige Bestimmung des Artikels 4 des Übereinkommens nur Anwendung findet, wenn die Zollbehörden dem Antrag auf Anwendung der Artikel 5 und 6 in umgekehrter Reihenfolge stattgeben."

Legen Entwicklungsländer einen solchen Vorbehalt ein, so geben die Vertragsparteien diesem Vorbehalt gemäß Artikel 21 des Übereinkommens ihre Zustimmung.

4. Entwicklungsländer können folgenden Vorbehalt zu Artikel 5 Absatz 2 des Übereinkommens einlegen:

"Die Regierung von behält sich vor vorzuschreiben, daß Artikel 5 Absatz 2 des Übereinkommens in Übereinstimmung mit der einschlägigen Anmerkung angewendet wird, auch wenn der Einführer keinen entsprechenden Antrag gestellt hat."

Legen Entwicklungsländer einen solchen Vorbehalt ein, so geben die Mitglieder diesem Vorbehalt gemäß Artikel 21 des Übereinkommens ihre Zustimmung.

5. In einigen Entwicklungsländern können bei der Durchführung des Artikels 1 des Übereinkommens Schwierigkeiten auftreten, soweit er sich auf von Alleinvertretern oder Alleinkonzessionären getätigte Einfuhren in ihre Länder bezieht. Treten derartige Schwierigkeiten in der Praxis auf, so wird auf Antrag der Entwicklungsland-Mitglieder, die das Übereinkommen anwenden, eine Untersuchung dieser Frage durchgeführt, um geeignete Lösungen zu finden.

6. Artikel 17 erkennt an, daß die Zollverwaltungen bei der Anwendung des Übereinkommens gegebenenfalls Untersuchungen durchführen müssen, um sich von der Richtigkeit oder Genauigkeit von Angaben, Erklärungen oder Unterlagen zu überzeugen, die für die Zollwertermittlung abgegeben wurden. Der Artikel erkennt damit an, daß Untersuchungen durchgeführt werden können, mit denen beispielsweise nachgeprüft werden soll, ob die dem Zoll in Verbindung mit einer Zollwertermittlung angegebenen oder vorgelegten Wertfaktoren vollständig und richtig sind. Die Mitglieder haben vorbehaltlich ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Verfahren das Recht, die volle Mitwirkung der Einführer bei diesen Untersuchungen zu erwarten.

7. Der tatsächlich gezahlte oder zu zahlende Preis schließt alle Zahlungen ein, die als Bedingung für den Kauf der eingeführten Waren vom Käufer an den Verkäufer oder vom Käufer an einen Dritten zur Erfüllung einer Verpflichtung des Verkäufers tatsächlich geleistet worden oder zu leisten sind.

**AGREEMENT ON IMPLEMENTATION OF ARTICLE VII
OF THE GENERAL AGREEMENT ON TARIFFS AND TRADE 1994**

GENERAL INTRODUCTORY COMMENTARY

1. The primary basis for customs value under this Agreement is "transaction value" as defined in Article 1. Article 1 is to be read together with Article 8 which provides, *inter alia*, for adjustments to the price actually paid or payable in cases where certain specific elements which are considered to form a part of the value for customs purposes are incurred by the buyer but are not included in the price actually paid or payable for the imported goods. Article 8 also provides for the inclusion in the transaction value of certain considerations which may pass from the buyer to the seller in the form of specified goods or services rather than in the form of money. Articles 2 through 7 provide methods of determining the customs value whenever it cannot be determined under the provisions of Article 1.
2. Where the customs value cannot be determined under the provisions of Article 1 there should normally be a process of consultation between the customs administration and importer with a view to arriving at a basis of value under the provisions of Article 2 or 3. It may occur, for example, that the importer has information about the customs value of identical or similar imported goods which is not immediately available to the customs administration in the port of importation. On the other hand, the customs administration may have information about the customs value of identical or similar imported goods which is not readily available to the importer. A process of consultation between the two parties will enable information to be exchanged, subject to the requirements of commercial confidentiality, with a view to determining a proper basis of value for customs purposes.
3. Articles 5 and 6 provide two bases for determining the customs value where it cannot be determined on the basis of the transaction value of the imported goods or of identical or similar imported goods. Under paragraph 1 of Article 5 the customs value is determined on the basis of the price at which the goods are sold in the condition as imported to an unrelated buyer in the country of importation. The importer also has the right to have goods which are further processed after importation valued under the provisions of Article 5 if the importer so requests. Under Article 6 the customs value is determined on the basis of the computed value. Both these methods present certain difficulties and because of this the importer is given the right, under the provisions of Article 4, to choose the order of application of the two methods.
4. Article 7 sets out how to determine the customs value in cases where it cannot be determined under the provisions of any of the preceding Articles.

Members,

Having regard to the Multilateral Trade Negotiations;

Desiring to further the objectives of GATT 1994 and to secure additional benefits for the international trade of developing countries;

Recognizing the importance of the provisions of Article VII of GATT 1994 and desiring to elaborate rules for their application in order to provide greater uniformity and certainty in their implementation;

Recognizing the need for a fair, uniform and neutral system for the valuation of goods for customs purposes that precludes the use of arbitrary or fictitious customs values;

Recognizing that the basis for valuation of goods for customs purposes should, to the greatest extent possible, be the transaction value of the goods being valued;

Recognizing that customs value should be based on simple and equitable criteria consistent with commercial practices and that valuation procedures should be of general application without distinction between sources of supply;

Recognizing that valuation procedures should not be used to combat dumping;

Hereby *agree* as follows:

PART I

RULES ON CUSTOMS VALUATION

Article 1

1. The customs value of imported goods shall be the transaction value, that is the price actually paid or payable for the goods when sold for export to the country of importation adjusted in accordance with the provisions of Article 8, provided:

- (a) that there are no restrictions as to the disposition or use of the goods by the buyer other than restrictions which:
 - (i) are imposed or required by law or by the public authorities in the country of importation;
 - (ii) limit the geographical area in which the goods may be resold; or
 - (iii) do not substantially affect the value of the goods;
- (b) that the sale or price is not subject to some condition or consideration for which a value cannot be determined with respect to the goods being valued;
- (c) that no part of the proceeds of any subsequent resale, disposal or use of the goods by the buyer will accrue directly or indirectly to the seller, unless an appropriate adjustment can be made in accordance with the provisions of Article 8; and

- (d) that the buyer and seller are not related, or where the buyer and seller are related, that the transaction value is acceptable for customs purposes under the provisions of paragraph 2.
2. (a) In determining whether the transaction value is acceptable for the purposes of paragraph 1, the fact that the buyer and the seller are related within the meaning of Article 15 shall not in itself be grounds for regarding the transaction value as unacceptable. In such case the circumstances surrounding the sale shall be examined and the transaction value shall be accepted provided that the relationship did not influence the price. If, in the light of information provided by the importer or otherwise, the customs administration has grounds for considering that the relationship influenced the price, it shall communicate its grounds to the importer and the importer shall be given a reasonable opportunity to respond. If the importer so requests, the communication of the grounds shall be in writing.
- (b) In a sale between related persons, the transaction value shall be accepted and the goods valued in accordance with the provisions of paragraph 1 whenever the importer demonstrates that such value closely approximates to one of the following occurring at or about the same time:
- (i) the transaction value in sales to unrelated buyers of identical or similar goods for export to the same country of importation;
 - (ii) the customs value of identical or similar goods as determined under the provisions of Article 5;
 - (iii) the customs value of identical or similar goods as determined under the provisions of Article 6;

In applying the foregoing tests, due account shall be taken of demonstrated differences in commercial levels, quantity levels, the elements enumerated in Article 8 and costs incurred by the seller in sales in which the seller and the buyer are not related that are not incurred by the seller in sales in which the seller and the buyer are related.

- (c) The tests set forth in paragraph 2(b) are to be used at the initiative of the importer and only for comparison purposes. Substitute values may not be established under the provisions of paragraph 2(b).

Article 2

1. (a) If the customs value of the imported goods cannot be determined under the provisions of Article 1, the customs value shall be the transaction value of identical goods sold for export to the same country of importation and exported at or about the same time as the goods being valued.
- (b) In applying this Article, the transaction value of identical goods in a sale at the same commercial level and in substantially the same quantity as the goods being valued shall be used to determine the customs value. Where no such sale is found, the transaction value of identical goods sold at a different commercial level and/or in different quantities, adjusted to take account of differences attributable to commercial level and/or to quantity, shall be used, provided that such adjustments can be made on the basis of demonstrated evidence which clearly establishes the reasonableness and

accuracy of the adjustment, whether the adjustment leads to an increase or a decrease in the value.

2. Where the costs and charges referred to in paragraph 2 of Article 8 are included in the transaction value, an adjustment shall be made to take account of significant differences in such costs and charges between the imported goods and the identical goods in question arising from differences in distances and modes of transport.

3. If, in applying this Article, more than one transaction value of identical goods is found, the lowest such value shall be used to determine the customs value of the imported goods.

Article 3

1. (a) If the customs value of the imported goods cannot be determined under the provisions of Articles 1 and 2, the customs value shall be the transaction value of similar goods sold for export to the same country of importation and exported at or about the same time as the goods being valued.

(b) In applying this Article, the transaction value of similar goods in a sale at the same commercial level and in substantially the same quantity as the goods being valued shall be used to determine the customs value. Where no such sale is found, the transaction value of similar goods sold at a different commercial level and/or in different quantities, adjusted to take account of differences attributable to commercial level and/or to quantity, shall be used, provided that such adjustments can be made on the basis of demonstrated evidence which clearly establishes the reasonableness and accuracy of the adjustment, whether the adjustment leads to an increase or a decrease in the value.

2. Where the costs and charges referred to in paragraph 2 of Article 8 are included in the transaction value, an adjustment shall be made to take account of significant differences in such costs and charges between the imported goods and the similar goods in question arising from differences in distances and modes of transport.

3. If, in applying this Article, more than one transaction value of similar goods is found, the lowest such value shall be used to determine the customs value of the imported goods.

Article 4

If the customs value of the imported goods cannot be determined under the provisions of Articles 1, 2 and 3, the customs value shall be determined under the provisions of Article 5 or, when the customs value cannot be determined under that Article, under the provisions of Article 6 except that, at the request of the importer, the order of application of Articles 5 and 6 shall be reversed.

Article 5

1. (a) If the imported goods or identical or similar imported goods are sold in the country of importation in the condition as imported, the customs value of the imported goods under the provisions of this Article shall be based on the unit price at which the imported goods or identical or similar imported goods are so sold in the greatest aggregate quantity, at or about the time of the importation of the goods being valued, to persons who are not related to the persons from whom they buy such goods, subject to deductions for the following:
 - (i) either the commissions usually paid or agreed to be paid or the additions usually made for profit and general expenses in connection with sales in such country of imported goods of the same class or kind;
 - (ii) the usual costs of transport and insurance and associated costs incurred within the country of importation;
 - (iii) where appropriate, the costs and charges referred to in paragraph 2 of Article 8; and
 - (iv) the customs duties and other national taxes payable in the country of importation by reason of the importation or sale of the goods.
 - (b) If neither the imported goods nor identical nor similar imported goods are sold at or about the time of importation of the goods being valued, the customs value shall, subject otherwise to the provisions of paragraph 1(a), be based on the unit price at which the imported goods or identical or similar imported goods are sold in the country of importation in the condition as imported at the earliest date after the importation of the goods being valued but before the expiration of 90 days after such importation.
2. If neither the imported goods nor identical nor similar imported goods are sold in the country of importation in the condition as imported, then, if the importer so requests, the customs value shall be based on the unit price at which the imported goods, after further processing, are sold in the greatest aggregate quantity to persons in the country of importation who are not related to the persons from whom they buy such goods, due allowance being made for the value added by such processing and the deductions provided for in paragraph 1(a).

Article 6

1. The customs value of imported goods under the provisions of this Article shall be based on a computed value. Computed value shall consist of the sum of:
 - (a) the cost or value of materials and fabrication or other processing employed in producing the imported goods;
 - (b) an amount for profit and general expenses equal to that usually reflected in sales of goods of the same class or kind as the goods being valued which are made by producers in the country of exportation for export to the country of importation;
 - (c) the cost or value of all other expenses necessary to reflect the valuation option chosen by the Member under paragraph 2 of Article 8.

2. No Member may require or compel any person not resident in its own territory to produce for examination, or to allow access to, any account or other record for the purposes of determining a computed value. However, information supplied by the producer of the goods for the purposes of determining the customs value under the provisions of this Article may be verified in another country by the authorities of the country of importation with the agreement of the producer and provided they give sufficient advance notice to the government of the country in question and the latter does not object to the investigation.

Article 7

1. If the customs value of the imported goods cannot be determined under the provisions of Articles 1 through 6, inclusive, the customs value shall be determined using reasonable means consistent with the principles and general provisions of this Agreement and of Article VII of GATT 1994 and on the basis of data available in the country of importation.

2. No customs value shall be determined under the provisions of this Article on the basis of:

- (a) the selling price in the country of importation of goods produced in such country;
- (b) a system which provides for the acceptance for customs purposes of the higher of two alternative values;
- (c) the price of goods on the domestic market of the country of exportation;
- (d) the cost of production other than computed values which have been determined for identical or similar goods in accordance with the provisions of Article 6;
- (e) the price of the goods for export to a country other than the country of importation;
- (f) minimum customs values; or
- (g) arbitrary or fictitious values.

3. If the importer so requests, the importer shall be informed in writing of the customs value determined under the provisions of this Article and the method used to determine such value.

Article 8

1. In determining the customs value under the provisions of Article 1, there shall be added to the price actually paid or payable for the imported goods:

- (a) the following, to the extent that they are incurred by the buyer but are not included in the price actually paid or payable for the goods:
 - (i) commissions and brokerage, except buying commissions;
 - (ii) the cost of containers which are treated as being one for customs purposes with the goods in question;
 - (iii) the cost of packing whether for labour or materials;

- (b) the value, apportioned as appropriate, of the following goods and services where supplied directly or indirectly by the buyer free of charge or at reduced cost for use in connection with the production and sale for export of the imported goods, to the extent that such value has not been included in the price actually paid or payable:
- (i) materials, components, parts and similar items incorporated in the imported goods;
 - (ii) tools, dies, moulds and similar items used in the production of the imported goods;
 - (iii) materials consumed in the production of the imported goods;
 - (iv) engineering, development, artwork, design work, and plans and sketches undertaken elsewhere than in the country of importation and necessary for the production of the imported goods;
- (c) royalties and licence fees related to the goods being valued that the buyer must pay, either directly or indirectly, as a condition of sale of the goods being valued, to the extent that such royalties and fees are not included in the price actually paid or payable;
- (d) the value of any part of the proceeds of any subsequent resale, disposal or use of the imported goods that accrues directly or indirectly to the seller.
2. In framing its legislation, each Member shall provide for the inclusion in or the exclusion from the customs value, in whole or in part, of the following:
- (a) the cost of transport of the imported goods to the port or place of importation;
 - (b) loading, unloading and handling charges associated with the transport of the imported goods to the port or place of importation; and
 - (c) the cost of insurance.
3. Additions to the price actually paid or payable shall be made under this Article only on the basis of objective and quantifiable data.
4. No additions shall be made to the price actually paid or payable in determining the customs value except as provided in this Article.

Article 9

1. Where the conversion of currency is necessary for the determination of the customs value, the rate of exchange to be used shall be that duly published by the competent authorities of the country of importation concerned and shall reflect as effectively as possible, in respect of the period covered by each such document of publication, the current value of such currency in commercial transactions in terms of the currency of the country of importation.
2. The conversion rate to be used shall be that in effect at the time of exportation or the time of importation, as provided by each Member.

Article 10

All information which is by nature confidential or which is provided on a confidential basis for the purposes of customs valuation shall be treated as strictly confidential by the authorities concerned who shall not disclose it without the specific permission of the person or government providing such information, except to the extent that it may be required to be disclosed in the context of judicial proceedings.

Article 11

1. The legislation of each Member shall provide in regard to a determination of customs value for the right of appeal, without penalty, by the importer or any other person liable for the payment of the duty.
2. An initial right of appeal without penalty may be to an authority within the customs administration or to an independent body, but the legislation of each Member shall provide for the right of appeal without penalty to a judicial authority.
3. Notice of the decision on appeal shall be given to the appellant and the reasons for such decision shall be provided in writing. The appellant shall also be informed of any rights of further appeal.

Article 12

Laws, regulations, judicial decisions and administrative rulings of general application giving effect to this Agreement shall be published in conformity with Article X of GATT 1994 by the country of importation concerned.

Article 13

If, in the course of determining the customs value of imported goods, it becomes necessary to delay the final determination of such customs value, the importer of the goods shall nevertheless be able to withdraw them from customs if, where so required, the importer provides sufficient guarantee in the form of a surety, a deposit or some other appropriate instrument, covering the ultimate payment of customs duties for which the goods may be liable. The legislation of each Member shall make provisions for such circumstances.

Article 14

The notes at Annex I to this Agreement form an integral part of this Agreement and the Articles of this Agreement are to be read and applied in conjunction with their respective notes. Annexes II and III also form an integral part of this Agreement.

Article 15

1. In this Agreement:

- (a) "customs value of imported goods" means the value of goods for the purposes of levying ad valorem duties of customs on imported goods;
- (b) "country of importation" means country or customs territory of importation; and
- (c) "produced" includes grown, manufactured and mined.

2. In this Agreement:

- (a) "identical goods" means goods which are the same in all respects, including physical characteristics, quality and reputation. Minor differences in appearance would not preclude goods otherwise conforming to the definition from being regarded as identical;
- (b) "similar goods" means goods which, although not alike in all respects, have like characteristics and like component materials which enable them to perform the same functions and to be commercially interchangeable. The quality of the goods, their reputation and the existence of a trademark are among the factors to be considered in determining whether goods are similar;
- (c) the terms "identical goods" and "similar goods" do not include, as the case may be, goods which incorporate or reflect engineering, development, artwork, design work, and plans and sketches for which no adjustment has been made under paragraph 1(b)(iv) of Article 8 because such elements were undertaken in the country of importation;
- (d) goods shall not be regarded as "identical goods" or "similar goods" unless they were produced in the same country as the goods being valued;
- (e) goods produced by a different person shall be taken into account only when there are no identical goods or similar goods, as the case may be, produced by the same person as the goods being valued.

3. In this Agreement "goods of the same class or kind" means goods which fall within a group or range of goods produced by a particular industry or industry sector, and includes identical or similar goods.

4. For the purposes of this Agreement, persons shall be deemed to be related only if:

- (a) they are officers or directors of one another's businesses;
- (b) they are legally recognized partners in business;
- (c) they are employer and employee;

- (d) any person directly or indirectly owns, controls or holds 5 per cent or more of the outstanding voting stock or shares of both of them;
- (e) one of them directly or indirectly controls the other;
- (f) both of them are directly or indirectly controlled by a third person;
- (g) together they directly or indirectly control a third person; or
- (h) they are members of the same family.

5. Persons who are associated in business with one another in that one is the sole agent, sole distributor or sole concessionaire, however described, of the other shall be deemed to be related for the purposes of this Agreement if they fall within the criteria of paragraph 4.

Article 16

Upon written request, the importer shall have the right to an explanation in writing from the customs administration of the country of importation as to how the customs value of the importer's goods was determined.

Article 17

Nothing in this Agreement shall be construed as restricting or calling into question the rights of customs administrations to satisfy themselves as to the truth or accuracy of any statement, document or declaration presented for customs valuation purposes.

PART II

ADMINISTRATION, CONSULTATIONS AND DISPUTE SETTLEMENT

Article 18

Institutions

1. There is hereby established a Committee on Customs Valuation (referred to in this Agreement as "the Committee") composed of representatives from each of the Members. The Committee shall elect its own Chairman and shall normally meet once a year, or as is otherwise envisaged by the relevant provisions of this Agreement, for the purpose of affording Members the opportunity to consult on matters relating to the administration of the customs valuation system by any Member as it might affect the operation of this Agreement or the furtherance of its objectives and carrying out such other responsibilities as may be assigned to it by the Members. The WTO Secretariat shall act as the secretariat to the Committee.

2. There shall be established a Technical Committee on Customs Valuation (referred to in this Agreement as "the Technical Committee") under the auspices of the Customs Co-operation Council (referred to in this Agreement as "the CCC"), which shall carry out the responsibilities described in Annex II to this Agreement and shall operate in accordance with the rules of procedure contained therein.

*Article 19**Consultations and Dispute Settlement*

1. Except as otherwise provided herein, the Dispute Settlement Understanding is applicable to consultations and the settlement of disputes under this Agreement.
2. If any Member considers that any benefit accruing to it, directly or indirectly, under this Agreement is being nullified or impaired, or that the achievement of any objective of this Agreement is being impeded, as a result of the actions of another Member or of other Members, it may, with a view to reaching a mutually satisfactory solution of this matter, request consultations with the Member or Members in question. Each Member shall afford sympathetic consideration to any request from another Member for consultations.
3. The Technical Committee shall provide, upon request, advice and assistance to Members engaged in consultations.
4. At the request of a party to the dispute, or on its own initiative, a panel established to examine a dispute relating to the provisions of this Agreement may request the Technical Committee to carry out an examination of any questions requiring technical consideration. The panel shall determine the terms of reference of the Technical Committee for the particular dispute and set a time period for receipt of the report of the Technical Committee. The panel shall take into consideration the report of the Technical Committee. In the event that the Technical Committee is unable to reach consensus on a matter referred to it pursuant to this paragraph, the panel should afford the parties to the dispute an opportunity to present their views on the matter to the panel.
5. Confidential information provided to the panel shall not be disclosed without formal authorization from the person, body or authority providing such information. Where such information is requested from the panel but release of such information by the panel is not authorized, a non-confidential summary of this information, authorized by the person, body or authority providing the information, shall be provided.

PART III

SPECIAL AND DIFFERENTIAL TREATMENT

Article 20

1. Developing country Members not party to the Agreement on Implementation of Article VII of the General Agreement on Tariffs and Trade done on 12 April 1979 may delay application of the provisions of this Agreement for a period not exceeding five years from the date of entry into force of the WTO Agreement for such Members. Developing country Members who choose to delay application of this Agreement shall notify the Director-General of the WTO accordingly.
2. In addition to paragraph 1, developing country Members not party to the Agreement on Implementation of Article VII of the General Agreement on Tariffs and Trade done on 12 April 1979 may delay application of paragraph 2(b)(iii) of Article 1 and Article 6 for a period not exceeding three years following their application of all other provisions of this Agreement. Developing country Members that choose to delay application of the provisions specified in this paragraph shall notify the Director-General of the WTO accordingly.

3. Developed country Members shall furnish, on mutually agreed terms, technical assistance to developing country Members that so request. On this basis developed country Members shall draw up programmes of technical assistance which may include, *inter alia*, training of personnel, assistance in preparing implementation measures, access to sources of information regarding customs valuation methodology, and advice on the application of the provisions of this Agreement.

PART IV

FINAL PROVISIONS

Article 21

Reservations

Reservations may not be entered in respect of any of the provisions of this Agreement without the consent of the other Members.

Article 22

National Legislation

1. Each Member shall ensure, not later than the date of application of the provisions of this Agreement for it, the conformity of its laws, regulations and administrative procedures with the provisions of this Agreement.

2. Each Member shall inform the Committee of any changes in its laws and regulations relevant to this Agreement and in the administration of such laws and regulations.

Article 23

Review

The Committee shall review annually the implementation and operation of this Agreement taking into account the objectives thereof. The Committee shall annually inform the Council for Trade in Goods of developments during the period covered by such reviews.

Article 24

Secretariat

This Agreement shall be serviced by the WTO Secretariat except in regard to those responsibilities specifically assigned to the Technical Committee, which will be serviced by the CCC Secretariat.

ANNEX I

INTERPRETATIVE NOTES

*General Note**Sequential Application of Valuation Methods*

1. Articles 1 through 7 define how the customs value of imported goods is to be determined under the provisions of this Agreement. The methods of valuation are set out in a sequential order of application. The primary method for customs valuation is defined in Article 1 and imported goods are to be valued in accordance with the provisions of this Article whenever the conditions prescribed therein are fulfilled.

2. Where the customs value cannot be determined under the provisions of Article 1, it is to be determined by proceeding sequentially through the succeeding Articles to the first such Article under which the customs value can be determined. Except as provided in Article 4, it is only when the customs value cannot be determined under the provisions of a particular Article that the provisions of the next Article in the sequence can be used.

3. If the importer does not request that the order of Articles 5 and 6 be reversed, the normal order of the sequence is to be followed. If the importer does so request but it then proves impossible to determine the customs value under the provisions of Article 6, the customs value is to be determined under the provisions of Article 5, if it can be so determined.

4. Where the customs value cannot be determined under the provisions of Articles 1 through 6 it is to be determined under the provisions of Article 7.

Use of Generally Accepted Accounting Principles

1. "Generally accepted accounting principles" refers to the recognized consensus or substantial authoritative support within a country at a particular time as to which economic resources and obligations should be recorded as assets and liabilities, which changes in assets and liabilities should be recorded, how the assets and liabilities and changes in them should be measured, what information should be disclosed and how it should be disclosed, and which financial statements should be prepared. These standards may be broad guidelines of general application as well as detailed practices and procedures.

2. For the purposes of this Agreement, the customs administration of each Member shall utilize information prepared in a manner consistent with generally accepted accounting principles in the country which is appropriate for the Article in question. For example, the determination of usual profit and general expenses under the provisions of Article 5 would be carried out utilizing information prepared in a manner consistent with generally accepted accounting principles of the country of importation. On the other hand, the determination of usual profit and general expenses under the provisions of Article 6 would be carried out utilizing information prepared in a manner consistent with generally accepted accounting principles of the country of production. As a further example, the determination of an element provided for in paragraph 1(b)(ii) of Article 8 undertaken in the country of importation would be carried out utilizing information in a manner consistent with the generally accepted accounting principles of that country.

*Note to Article 1**Price Actually Paid or Payable*

1. The price actually paid or payable is the total payment made or to be made by the buyer to or for the benefit of the seller for the imported goods. The payment need not necessarily take the form of a transfer of money. Payment may be made by way of letters of credit or negotiable instruments. Payment may be made directly or indirectly. An example of an indirect payment would be the settlement by the buyer, whether in whole or in part, of a debt owed by the seller.
2. Activities undertaken by the buyer on the buyer's own account, other than those for which an adjustment is provided in Article 8, are not considered to be an indirect payment to the seller, even though they might be regarded as of benefit to the seller. The costs of such activities shall not, therefore, be added to the price actually paid or payable in determining the customs value.
3. The customs value shall not include the following charges or costs, provided that they are distinguished from the price actually paid or payable for the imported goods:
 - (a) charges for construction, erection, assembly, maintenance or technical assistance, undertaken after importation on imported goods such as industrial plant, machinery or equipment;
 - (b) the cost of transport after importation;
 - (c) duties and taxes of the country of importation.
4. The price actually paid or payable refers to the price for the imported goods. Thus the flow of dividends or other payments from the buyer to the seller that do not relate to the imported goods are not part of the customs value.

Paragraph 1(a)(iii)

Among restrictions which would not render a price actually paid or payable unacceptable are restrictions which do not substantially affect the value of the goods. An example of such restrictions would be the case where a seller requires a buyer of automobiles not to sell or exhibit them prior to a fixed date which represents the beginning of a model year.

Paragraph 1(b)

1. If the sale or price is subject to some condition or consideration for which a value cannot be determined with respect to the goods being valued, the transaction value shall not be acceptable for customs purposes. Some examples of this include:
 - (a) the seller establishes the price of the imported goods on condition that the buyer will also buy other goods in specified quantities;
 - (b) the price of the imported goods is dependent upon the price or prices at which the buyer of the imported goods sells other goods to the seller of the imported goods;
 - (c) the price is established on the basis of a form of payment extraneous to the imported goods, such as where the imported goods are semi-finished goods which have been provided by the seller on condition that the seller will receive a specified quantity of the finished goods.

2. However, conditions or considerations relating to the production or marketing of the imported goods shall not result in rejection of the transaction value. For example, the fact that the buyer furnishes the seller with engineering and plans undertaken in the country of importation shall not result in rejection of the transaction value for the purposes of Article 1. Likewise, if the buyer undertakes on the buyer's own account, even though by agreement with the seller, activities relating to the marketing of the imported goods, the value of these activities is not part of the customs value nor shall such activities result in rejection of the transaction value.

Paragraph 2

1. Paragraphs 2(a) and 2(b) provide different means of establishing the acceptability of a transaction value.

2. Paragraph 2(a) provides that where the buyer and the seller are related, the circumstances surrounding the sale shall be examined and the transaction value shall be accepted as the customs value provided that the relationship did not influence the price. It is not intended that there should be an examination of the circumstances in all cases where the buyer and the seller are related. Such examination will only be required where there are doubts about the acceptability of the price. Where the customs administration have no doubts about the acceptability of the price, it should be accepted without requesting further information from the importer. For example, the customs administration may have previously examined the relationship, or it may already have detailed information concerning the buyer and the seller, and may already be satisfied from such examination or information that the relationship did not influence the price.

3. Where the customs administration is unable to accept the transaction value without further inquiry, it should give the importer an opportunity to supply such further detailed information as may be necessary to enable it to examine the circumstances surrounding the sale. In this context, the customs administration should be prepared to examine relevant aspects of the transaction, including the way in which the buyer and seller organize their commercial relations and the way in which the price in question was arrived at, in order to determine whether the relationship influenced the price. Where it can be shown that the buyer and seller, although related under the provisions of Article 15, buy from and sell to each other as if they were not related, this would demonstrate that the price had not been influenced by the relationship. As an example of this, if the price had been settled in a manner consistent with the normal pricing practices of the industry in question or with the way the seller settles prices for sales to buyers who are not related to the seller, this would demonstrate that the price had not been influenced by the relationship. As a further example, where it is shown that the price is adequate to ensure recovery of all costs plus a profit which is representative of the firm's overall profit realized over a representative period of time (e.g. on an annual basis) in sales of goods of the same class or kind, this would demonstrate that the price had not been influenced.

4. Paragraph 2(b) provides an opportunity for the importer to demonstrate that the transaction value closely approximates to a "test" value previously accepted by the customs administration and is therefore acceptable under the provisions of Article 1. Where a test under paragraph 2(b) is met, it is not necessary to examine the question of influence under paragraph 2(a). If the customs administration has already sufficient information to be satisfied, without further detailed inquiries, that one of the tests provided in paragraph 2(b) has been met, there is no reason for it to require the importer to demonstrate that the test can be met. In paragraph 2(b) the term "unrelated buyers" means buyers who are not related to the seller in any particular case.

Paragraph 2(b)

A number of factors must be taken into consideration in determining whether one value "closely approximates" to another value. These factors include the nature of the imported goods, the nature of the industry itself, the season in which the goods are imported, and, whether the difference in values is commercially significant. Since these factors may vary from case to case, it would be impossible to apply a uniform standard such as a fixed percentage, in each case. For example, a small difference in value in a case involving one type of goods could be unacceptable while a large difference in a case involving another type of goods might be acceptable in determining whether the transaction value closely approximates to the "test" values set forth in paragraph 2(b) of Article 1.

Note to Article 2

1. In applying Article 2, the customs administration shall, wherever possible, use a sale of identical goods at the same commercial level and in substantially the same quantities as the goods being valued. Where no such sale is found, a sale of identical goods that takes place under any one of the following three conditions may be used:

- (a) a sale at the same commercial level but in different quantities;
- (b) a sale at a different commercial level but in substantially the same quantities; or
- (c) a sale at a different commercial level and in different quantities.

2. Having found a sale under any one of these three conditions adjustments will then be made, as the case may be, for:

- (a) quantity factors only;
- (b) commercial level factors only; or
- (c) both commercial level and quantity factors.

3. The expression "and/or" allows the flexibility to use the sales and make the necessary adjustments in any one of the three conditions described above.

4. For the purposes of Article 2, the transaction value of identical imported goods means a customs value, adjusted as provided for in paragraphs 1(b) and 2, which has already been accepted under Article 1.

5. A condition for adjustment because of different commercial levels or different quantities is that such adjustment, whether it leads to an increase or a decrease in the value, be made only on the basis of demonstrated evidence that clearly establishes the reasonableness and accuracy of the adjustments, e.g. valid price lists containing prices referring to different levels or different quantities. As an example of this, if the imported goods being valued consist of a shipment of 10 units and the only identical imported goods for which a transaction value exists involved a sale of 500 units, and it is recognized that the seller grants quantity discounts, the required adjustment may be accomplished by resorting to the seller's price list and using that price applicable to a sale of 10 units. This does not require that a sale had to have been made in quantities of 10 as long as the price list has been established as being bona fide through sales at other quantities. In the absence of such an objective measure, however, the determination of a customs value under the provisions of Article 2 is not appropriate.

Note to Article 3

1. In applying Article 3, the customs administration shall, wherever possible, use a sale of similar goods at the same commercial level and in substantially the same quantities as the goods being valued. Where no such sale is found, a sale of similar goods that takes place under any one of the following three conditions may be used:

- (a) a sale at the same commercial level but in different quantities;
- (b) a sale at a different commercial level but in substantially the same quantities; or
- (c) a sale at a different commercial level and in different quantities.

2. Having found a sale under any one of these three conditions adjustments will then be made, as the case may be, for:

- (a) quantity factors only;
- (b) commercial level factors only; or
- (c) both commercial level and quantity factors.

3. The expression "and/or" allows the flexibility to use the sales and make the necessary adjustments in any one of the three conditions described above.

4. For the purpose of Article 3, the transaction value of similar imported goods means a customs value, adjusted as provided for in paragraphs 1(b) and 2, which has already been accepted under Article 1.

5. A condition for adjustment because of different commercial levels or different quantities is that such adjustment, whether it leads to an increase or a decrease in the value, be made only on the basis of demonstrated evidence that clearly establishes the reasonableness and accuracy of the adjustment, e.g. valid price lists containing prices referring to different levels or different quantities. As an example of this, if the imported goods being valued consist of a shipment of 10 units and the only similar imported goods for which a transaction value exists involved a sale of 500 units, and it is recognized that the seller grants quantity discounts, the required adjustment may be accomplished by resorting to the seller's price list and using that price applicable to a sale of 10 units. This does not require that a sale had to have been made in quantities of 10 as long as the price list has been established as being bona fide through sales at other quantities. In the absence of such an objective measure, however, the determination of a customs value under the provisions of Article 3 is not appropriate.

Note to Article 5

1. The term "unit price at which ... goods are sold in the greatest aggregate quantity" means the price at which the greatest number of units is sold in sales to persons who are not related to the persons from whom they buy such goods at the first commercial level after importation at which such sales take place.

2. As an example of this, goods are sold from a price list which grants favourable unit prices for purchases made in larger quantities.

<i>Sale quantity</i>	<i>Unit price</i>	<i>Number of sales</i>	<i>Total quantity sold at each price</i>
1-10 units	100	10 sales of 5 units 5 sales of 3 units	65
11-25 units	95	5 sales of 11 units	55
over 25 units	90	1 sale of 30 units 1 sale of 50 units	80

The greatest number of units sold at a price is 80; therefore, the unit price in the greatest aggregate quantity is 90.

3. As another example of this, two sales occur. In the first sale 500 units are sold at a price of 95 currency units each. In the second sale 400 units are sold at a price of 90 currency units each. In this example, the greatest number of units sold at a particular price is 500; therefore, the unit price in the greatest aggregate quantity is 95.

4. A third example would be the following situation where various quantities are sold at various prices.

(a) Sales

<i>Sale quantity</i>	<i>Unit price</i>
40 units	100
30 units	90
15 units	100
50 units	95
25 units	105
35 units	90
5 units	100

(b) Totals

<i>Total quantity sold</i>	<i>Unit price</i>
65	90
50	95
60	100
25	105

In this example, the greatest number of units sold at a particular price is 65; therefore, the unit price in the greatest aggregate quantity is 90.

5. Any sale in the importing country, as described in paragraph 1 above, to a person who supplies directly or indirectly free of charge or at reduced cost for use in connection with the production and sale

for export of the imported goods any of the elements specified in paragraph 1(b) of Article 8, should not be taken into account in establishing the unit price for the purposes of Article 5.

6. It should be noted that "profit and general expenses" referred to in paragraph 1 of Article 5 should be taken as a whole. The figure for the purposes of this deduction should be determined on the basis of information supplied by or on behalf of the importer unless the importer's figures are inconsistent with those obtained in sales in the country of importation of imported goods of the same class or kind. Where the importer's figures are inconsistent with such figures, the amount for profit and general expenses may be based upon relevant information other than that supplied by or on behalf of the importer.

7. The "general expenses" include the direct and indirect costs of marketing the goods in question.

8. Local taxes payable by reason of the sale of the goods for which a deduction is not made under the provisions of paragraph 1(a)(iv) of Article 5 shall be deducted under the provisions of paragraph 1(a)(i) of Article 5.

9. In determining either the commissions or the usual profits and general expenses under the provisions of paragraph 1 of Article 5, the question whether certain goods are "of the same class or kind" as other goods must be determined on a case-by-case basis by reference to the circumstances involved. Sales in the country of importation of the narrowest group or range of imported goods of the same class or kind, which includes the goods being valued, for which the necessary information can be provided, should be examined. For the purposes of Article 5, "goods of the same class or kind" includes goods imported from the same country as the goods being valued as well as goods imported from other countries.

10. For the purposes of paragraph 1(b) of Article 5, the "earliest date" shall be the date by which sales of the imported goods or of identical or similar imported goods are made in sufficient quantity to establish the unit price.

11. Where the method in paragraph 2 of Article 5 is used, deductions made for the value added by further processing shall be based on objective and quantifiable data relating to the cost of such work. Accepted industry formulas, recipes, methods of construction, and other industry practices would form the basis of the calculations.

12. It is recognized that the method of valuation provided for in paragraph 2 of Article 5 would normally not be applicable when, as a result of the further processing, the imported goods lose their identity. However, there can be instances where, although the identity of the imported goods is lost, the value added by the processing can be determined accurately without unreasonable difficulty. On the other hand, there can also be instances where the imported goods maintain their identity but form such a minor element in the goods sold in the country of importation that the use of this valuation method would be unjustified. In view of the above, each situation of this type must be considered on a case-by-case basis.

Note to Article 6

1. As a general rule, customs value is determined under this Agreement on the basis of information readily available in the country of importation. In order to determine a computed value, however, it may be necessary to examine the costs of producing the goods being valued and other information which has to be obtained from outside the country of importation. Furthermore, in most cases the producer of the goods will be outside the jurisdiction of the authorities of the country of importation. The use of the computed value method will generally be limited to those cases where the buyer and seller are related, and the producer is prepared to supply to the authorities of the country of importation the necessary costings and to provide facilities for any subsequent verification which may be necessary.

2. The "cost or value" referred to in paragraph 1(a) of Article 6 is to be determined on the basis of information relating to the production of the goods being valued supplied by or on behalf of the producer. It is to be based upon the commercial accounts of the producer, provided that such accounts are consistent with the generally accepted accounting principles applied in the country where the goods are produced.

3. The "cost or value" shall include the cost of elements specified in paragraphs 1(a)(ii) and (iii) of Article 8. It shall also include the value, apportioned as appropriate under the provisions of the relevant note to Article 8, of any element specified in paragraph 1(b) of Article 8 which has been supplied directly or indirectly by the buyer for use in connection with the production of the imported goods. The value of the elements specified in paragraph 1(b)(iv) of Article 8 which are undertaken in the country of importation shall be included only to the extent that such elements are charged to the producer. It is to be understood that no cost or value of the elements referred to in this paragraph shall be counted twice in determining the computed value.

4. The "amount for profit and general expenses" referred to in paragraph 1(b) of Article 6 is to be determined on the basis of information supplied by or on behalf of the producer unless the producer's figures are inconsistent with those usually reflected in sales of goods of the same class or kind as the goods being valued which are made by producers in the country of exportation for export to the country of importation.

5. It should be noted in this context that the "amount for profit and general expenses" has to be taken as a whole. It follows that if, in any particular case, the producer's profit figure is low and the producer's general expenses are high, the producer's profit and general expenses taken together may nevertheless be consistent with that usually reflected in sales of goods of the same class or kind. Such a situation might occur, for example, if a product were being launched in the country of importation and the producer accepted a nil or low profit to offset high general expenses associated with the launch. Where the producer can demonstrate a low profit on sales of the imported goods because of particular commercial circumstances, the producer's actual profit figures should be taken into account provided that the producer has valid commercial reasons to justify them and the producer's pricing policy reflects usual pricing policies in the branch of industry concerned. Such a situation might occur, for example, where producers have been forced to lower prices temporarily because of an unforeseeable drop in demand, or where they sell goods to complement a range of goods being produced in the country of importation and accept a low profit to maintain competitiveness. Where the producer's own figures for profit and general expenses are not consistent with those usually reflected in sales of goods of the same class or kind as the goods being valued which are made by producers in the country of exportation for export to the country of importation, the amount for profit and general expenses may be based upon relevant information other than that supplied by or on behalf of the producer of the goods.

6. Where information other than that supplied by or on behalf of the producer is used for the purposes of determining a computed value, the authorities of the importing country shall inform the

importer, if the latter so requests, of the source of such information, the data used and the calculations based upon such data, subject to the provisions of Article 10.

7. The "general expenses" referred to in paragraph 1(b) of Article 6 covers the direct and indirect costs of producing and selling the goods for export which are not included under paragraph 1(a) of Article 6.

8. Whether certain goods are "of the same class or kind" as other goods must be determined on a case-by-case basis with reference to the circumstances involved. In determining the usual profits and general expenses under the provisions of Article 6, sales for export to the country of importation of the narrowest group or range of goods, which includes the goods being valued, for which the necessary information can be provided, should be examined. For the purposes of Article 6, "goods of the same class or kind" must be from the same country as the goods being valued.

Note to Article 7

1. Customs values determined under the provisions of Article 7 should, to the greatest extent possible, be based on previously determined customs values.

2. The methods of valuation to be employed under Article 7 should be those laid down in Articles 1 through 6 but a reasonable flexibility in the application of such methods would be in conformity with the aims and provisions of Article 7.

3. Some examples of reasonable flexibility are as follows:

- (a) *Identical goods* - the requirement that the identical goods should be exported at or about the same time as the goods being valued could be flexibly interpreted; identical imported goods produced in a country other than the country of exportation of the goods being valued could be the basis for customs valuation; customs values of identical imported goods already determined under the provisions of Articles 5 and 6 could be used.
- (b) *Similar goods* - the requirement that the similar goods should be exported at or about the same time as the goods being valued could be flexibly interpreted; similar imported goods produced in a country other than the country of exportation of the goods being valued could be the basis for customs valuation; customs values of similar imported goods already determined under the provisions of Articles 5 and 6 could be used.
- (c) *Deductive method* - the requirement that the goods shall have been sold in the "condition as imported" in paragraph 1(a) of Article 5 could be flexibly interpreted; the "90 days" requirement could be administered flexibly.

*Note to Article 8**Paragraph 1(a)(i)*

The term "buying commissions" means fees paid by an importer to the importer's agent for the service of representing the importer abroad in the purchase of the goods being valued.

Paragraph 1(b)(ii)

1. There are two factors involved in the apportionment of the elements specified in paragraph 1(b)(ii) of Article 8 to the imported goods - the value of the element itself and the way in which that value is to be apportioned to the imported goods. The apportionment of these elements should be made in a reasonable manner appropriate to the circumstances and in accordance with generally accepted accounting principles.

2. Concerning the value of the element, if the importer acquires the element from a seller not related to the importer at a given cost, the value of the element is that cost. If the element was produced by the importer or by a person related to the importer, its value would be the cost of producing it. If the element had been previously used by the importer, regardless of whether it had been acquired or produced by such importer, the original cost of acquisition or production would have to be adjusted downward to reflect its use in order to arrive at the value of the element.

3. Once a value has been determined for the element, it is necessary to apportion that value to the imported goods. Various possibilities exist. For example, the value might be apportioned to the first shipment if the importer wishes to pay duty on the entire value at one time. As another example, the importer may request that the value be apportioned over the number of units produced up to the time of the first shipment. As a further example, the importer may request that the value be apportioned over the entire anticipated production where contracts or firm commitments exist for that production. The method of apportionment used will depend upon the documentation provided by the importer.

4. As an illustration of the above, an importer provides the producer with a mould to be used in the production of the imported goods and contracts with the producer to buy 10,000 units. By the time of arrival of the first shipment of 1,000 units, the producer has already produced 4,000 units. The importer may request the customs administration to apportion the value of the mould over 1,000 units, 4,000 units or 10,000 units.

Paragraph 1(b)(iv)

1. Additions for the elements specified in paragraph 1(b)(iv) of Article 8 should be based on objective and quantifiable data. In order to minimize the burden for both the importer and customs administration in determining the values to be added, data readily available in the buyer's commercial record system should be used in so far as possible.

2. For those elements supplied by the buyer which were purchased or leased by the buyer, the addition would be the cost of the purchase or the lease. No addition shall be made for those elements available in the public domain, other than the cost of obtaining copies of them.

3. The ease with which it may be possible to calculate the values to be added will depend on a particular firm's structure and management practice, as well as its accounting methods.

4. For example, it is possible that a firm which imports a variety of products from several countries maintains the records of its design centre outside the country of importation in such a way as

to show accurately the costs attributable to a given product. In such cases, a direct adjustment may appropriately be made under the provisions of Article 8.

5. In another case, a firm may carry the cost of the design centre outside the country of importation as a general overhead expense without allocation to specific products. In this instance, an appropriate adjustment could be made under the provisions of Article 8 with respect to the imported goods by apportioning total design centre costs over total production benefiting from the design centre and adding such apportioned cost on a unit basis to imports.

6. Variations in the above circumstances will, of course, require different factors to be considered in determining the proper method of allocation.

7. In cases where the production of the element in question involves a number of countries and over a period of time, the adjustment should be limited to the value actually added to that element outside the country of importation.

Paragraph 1(c)

1. The royalties and licence fees referred to in paragraph 1(c) of Article 8 may include, among other things, payments in respect to patents, trade marks and copyrights. However, the charges for the right to reproduce the imported goods in the country of importation shall not be added to the price actually paid or payable for the imported goods in determining the customs value.

2. Payments made by the buyer for the right to distribute or resell the imported goods shall not be added to the price actually paid or payable for the imported goods if such payments are not a condition of the sale for export to the country of importation of the imported goods.

Paragraph 3

Where objective and quantifiable data do not exist with regard to the additions required to be made under the provisions of Article 8, the transaction value cannot be determined under the provisions of Article 1. As an illustration of this, a royalty is paid on the basis of the price in a sale in the importing country of a litre of a particular product that was imported by the kilogram and made up into a solution after importation. If the royalty is based partially on the imported goods and partially on other factors which have nothing to do with the imported goods (such as when the imported goods are mixed with domestic ingredients and are no longer separately identifiable, or when the royalty cannot be distinguished from special financial arrangements between the buyer and the seller), it would be inappropriate to attempt to make an addition for the royalty. However, if the amount of this royalty is based only on the imported goods and can be readily quantified, an addition to the price actually paid or payable can be made.

Note to Article 9

For the purposes of Article 9, "time of importation" may include the time of entry for customs purposes.

Note to Article 11

1. Article 11 provides the importer with the right to appeal against a valuation determination made by the customs administration for the goods being valued. Appeal may first be to a higher level in the customs administration, but the importer shall have the right in the final instance to appeal to the judiciary.

2. "Without penalty" means that the importer shall not be subject to a fine or threat of fine merely because the importer chose to exercise the right of appeal. Payment of normal court costs and lawyers' fees shall not be considered to be a fine.
3. However, nothing in Article 11 shall prevent a Member from requiring full payment of assessed customs duties prior to an appeal.

Note to Article 15

Paragraph 4

For the purposes of Article 15, the term "persons" includes a legal person, where appropriate.

Paragraph 4(e)

For the purposes of this Agreement, one person shall be deemed to control another when the former is legally or operationally in a position to exercise restraint or direction over the latter.

ANNEX II

TECHNICAL COMMITTEE ON CUSTOMS VALUATION

1. In accordance with Article 18 of this Agreement, the Technical Committee shall be established under the auspices of the CCC with a view to ensuring, at the technical level, uniformity in interpretation and application of this Agreement.
2. The responsibilities of the Technical Committee shall include the following:
 - (a) to examine specific technical problems arising in the day-to-day administration of the customs valuation system of Members and to give advisory opinions on appropriate solutions based upon the facts presented;
 - (b) to study, as requested, valuation laws, procedures and practices as they relate to this Agreement and to prepare reports on the results of such studies;
 - (c) to prepare and circulate annual reports on the technical aspects of the operation and status of this Agreement;
 - (d) to furnish such information and advice on any matters concerning the valuation of imported goods for customs purposes as may be requested by any Member or the Committee. Such information and advice may take the form of advisory opinions, commentaries or explanatory notes;
 - (e) to facilitate, as requested, technical assistance to Members with a view to furthering the international acceptance of this Agreement;
 - (f) to carry out an examination of a matter referred to it by a panel under Article 19 of this Agreement; and
 - (g) to exercise such other responsibilities as the Committee may assign to it.

General

3. The Technical Committee shall attempt to conclude its work on specific matters, especially those referred to it by Members, the Committee or a panel, in a reasonably short period of time. As provided in paragraph 4 of Article 19, a panel shall set a specific time period for receipt of a report of the Technical Committee and the Technical Committee shall provide its report within that period.
4. The Technical Committee shall be assisted as appropriate in its activities by the CCC Secretariat.

Representation

5. Each Member shall have the right to be represented on the Technical Committee. Each Member may nominate one delegate and one or more alternates to be its representatives on the Technical Committee. Such a Member so represented on the Technical Committee is referred to in this Annex as a "member of the Technical Committee". Representatives of members of the Technical Committee may be assisted by advisers. The WTO Secretariat may also attend such meetings with observer status.

6. Members of the CCC which are not Members of the WTO may be represented at meetings of the Technical Committee by one delegate and one or more alternates. Such representatives shall attend meetings of the Technical Committee as observers.

7. Subject to the approval of the Chairman of the Technical Committee, the Secretary-General of the CCC (referred to in this Annex as "the Secretary-General") may invite representatives of governments which are neither Members of the WTO nor members of the CCC and representatives of international governmental and trade organizations to attend meetings of the Technical Committee as observers.

8. Nominations of delegates, alternates and advisers to meetings of the Technical Committee shall be made to the Secretary-General.

Technical Committee Meetings

9. The Technical Committee shall meet as necessary but at least two times a year. The date of each meeting shall be fixed by the Technical Committee at its preceding session. The date of the meeting may be varied either at the request of any member of the Technical Committee concurred in by a simple majority of the members of the Technical Committee or, in cases requiring urgent attention, at the request of the Chairman. Notwithstanding the provisions in sentence 1 of this paragraph, the Technical Committee shall meet as necessary to consider matters referred to it by a panel under the provisions of Article 19 of this Agreement.

10. The meetings of the Technical Committee shall be held at the headquarters of the CCC unless otherwise decided.

11. The Secretary-General shall inform all members of the Technical Committee and those included under paragraphs 6 and 7 at least 30 days in advance, except in urgent cases, of the opening date of each session of the Technical Committee.

Agenda

12. A provisional agenda for each session shall be drawn up by the Secretary-General and circulated to the members of the Technical Committee and to those included under paragraphs 6 and 7 at least 30 days in advance of the session, except in urgent cases. This agenda shall comprise all items whose inclusion has been approved by the Technical Committee during its preceding session, all items included by the Chairman on the Chairman's own initiative, and all items whose inclusion has been requested by the Secretary-General, by the Committee or by any member of the Technical Committee.

13. The Technical Committee shall determine its agenda at the opening of each session. During the session the agenda may be altered at any time by the Technical Committee.

Officers and Conduct of Business

14. The Technical Committee shall elect from among the delegates of its members a Chairman and one or more Vice-Chairmen. The Chairman and Vice-Chairmen shall each hold office for a period of one year. The retiring Chairman and Vice-Chairmen are eligible for re-election. The mandate of a Chairman or Vice-Chairman who no longer represents a member of the Technical Committee shall terminate automatically.

15. If the Chairman is absent from any meeting or part thereof, a Vice-Chairman shall preside. In that event, the latter shall have the same powers and duties as the Chairman.

16. The Chairman of the meeting shall participate in the proceedings of the Technical Committee as such and not as the representative of a member of the Technical Committee.

17. In addition to exercising the other powers conferred upon the Chairman by these rules, the Chairman shall declare the opening and closing of each meeting, direct the discussion, accord the right to speak, and, pursuant to these rules, have control of the proceedings. The Chairman may also call a speaker to order if the speaker's remarks are not relevant.

18. During discussion of any matter a delegation may raise a point of order. In this event, the Chairman shall immediately state a ruling. If this ruling is challenged, the Chairman shall submit it to the meeting for decision and it shall stand unless overruled.

19. The Secretary-General, or officers of the CCC Secretariat designated by the Secretary-General, shall perform the secretarial work of meetings of the Technical Committee.

Quorum and Voting

20. Representatives of a simple majority of the members of the Technical Committee shall constitute a quorum.

21. Each member of the Technical Committee shall have one vote. A decision of the Technical Committee shall be taken by a majority comprising at least two thirds of the members present. Regardless of the outcome of the vote on a particular matter, the Technical Committee shall be free to make a full report to the Committee and to the CCC on that matter indicating the different views expressed in the relevant discussions. Notwithstanding the above provisions of this paragraph, on matters referred to it by a panel, the Technical Committee shall take decisions by consensus. Where no agreement is reached in the Technical Committee on the question referred to it by a panel, the Technical Committee shall provide a report detailing the facts of the matter and indicating the views of the members.

Languages and Records

22. The official languages of the Technical Committee shall be English, French and Spanish. Speeches or statements made in any of these three languages shall be immediately translated into the other official languages unless all delegations agree to dispense with translation. Speeches or statements made in any other language shall be translated into English, French and Spanish, subject to the same conditions, but in that event the delegation concerned shall provide the translation into English, French or Spanish. Only English, French and Spanish shall be used for the official documents of the Technical Committee. Memoranda and correspondence for the consideration of the Technical Committee must be presented in one of the official languages.

23. The Technical Committee shall draw up a report of all its sessions and, if the Chairman considers it necessary, minutes or summary records of its meetings. The Chairman or a designee of the Chairman shall report on the work of the Technical Committee at each meeting of the Committee and at each meeting of the CCC.

ANNEX III

1. The five-year delay in the application of the provisions of the Agreement by developing country Members provided for in paragraph 1 of Article 20 may, in practice, be insufficient for certain developing country Members. In such cases a developing country Member may request before the end of the period referred to in paragraph 1 of Article 20 an extension of such period, it being understood that the Members will give sympathetic consideration to such a request in cases where the developing country Member in question can show good cause.

2. Developing countries which currently value goods on the basis of officially established minimum values may wish to make a reservation to enable them to retain such values on a limited and transitional basis under such terms and conditions as may be agreed to by the Members.

3. Developing countries which consider that the reversal of the sequential order at the request of the importer provided for in Article 4 of the Agreement may give rise to real difficulties for them may wish to make a reservation to Article 4 in the following terms:

"The Government of reserves the right to provide that the relevant provision of Article 4 of the Agreement shall apply only when the customs authorities agree to the request to reverse the order of Articles 5 and 6."

If developing countries make such a reservation, the Members shall consent to it under Article 21 of the Agreement.

4. Developing countries may wish to make a reservation with respect to paragraph 2 of Article 5 of the Agreement in the following terms:

"The Government of reserves the right to provide that paragraph 2 of Article 5 of the Agreement shall be applied in accordance with the provisions of the relevant note thereto whether or not the importer so requests."

If developing countries make such a reservation, the Members shall consent to it under Article 21 of the Agreement.

5. Certain developing countries may have problems in the implementation of Article 1 of the Agreement insofar as it relates to importations into their countries by sole agents, sole distributors and sole concessionaires. If such problems arise in practice in developing country Members applying the Agreement, a study of this question shall be made, at the request of such Members, with a view to finding appropriate solutions.

6. Article 17 recognizes that in applying the Agreement, customs administrations may need to make enquiries concerning the truth or accuracy of any statement, document or declaration presented to them for customs valuation purposes. The Article thus acknowledges that enquiries may be made which are, for example, aimed at verifying that the elements of value declared or presented to customs in connection with a determination of customs value are complete and correct. Members, subject to their national laws and procedures, have the right to expect the full cooperation of importers in these enquiries.

7. The price actually paid or payable includes all payments actually made or to be made as a condition of sale of the imported goods, by the buyer to the seller, or by the buyer to a third party to satisfy an obligation of the seller.

ÜBEREINKOMMEN ÜBER KONTROLLEN VOR DEM VERSAND

Die Mitglieder -

in Anbetracht dessen, daß die Minister am 20. September 1986 übereingekommen sind, daß "die multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde zum Ziel haben, eine weitere Liberalisierung und Ausweitung des Welthandels herbeizuführen", "die Rolle des GATT zu stärken" und "die Anpassungsfähigkeit des GATT-Systems an das sich ändernde internationale wirtschaftliche Umfeld zu erhöhen";

in Anbetracht dessen, daß zahlreiche Entwicklungsland-Mitglieder Vorversandkontrollen durchführen;

in Anerkennung dessen, daß die Entwicklungsländer so handeln müssen, solange und insofern dies zur Überprüfung der Qualität, der Menge oder des Preises von eingeführten Waren erforderlich ist;

eingedenk dessen, daß solche Programme durchgeführt werden müssen, ohne Anlaß zu unnötigen Verzögerungen oder ungleicher Behandlung zu geben;

in Anbetracht dessen, daß diese Kontrollen per definitionem in dem Gebiet des Ausfuhrmitglieds durchgeführt werden;

in Anerkennung der Notwendigkeit, sowohl für die "Benutzermitglieder" als auch für die Ausfuhrmitglieder ein vereinbartes internationales Rahmenwerk von Rechten und Pflichten zu schaffen;

in Anerkennung dessen, daß die Grundsätze und Verpflichtungen des GATT 1994 für jene Tätigkeiten der Vorversandkontrollstellen gelten, die im Auftrag von Regierungen durchgeführt werden, die Mitglieder der WTO sind;

in Anerkennung dessen, daß es wünschenswert ist, für die Transparenz der Tätigkeit der Vorversandkontrollstellen und der Gesetze und Verordnungen über Vorversandkontrolle zu sorgen;

in dem Wunsch, für eine rasche, wirksame und gerechte Lösung von Streitigkeiten zu sorgen, die im Rahmen dieses Übereinkommens zwischen Ausfuhrern und Vorversandkontrollstellen entstehen -

Kommen wie folgt überein:

Artikel 1

Anwendungsbereich - Begriffsbestimmungen

1. Dieses Übereinkommen gilt für alle im Gebiet eines Mitglieds vor dem Versand durchgeführten Kontrolltätigkeiten, unabhängig davon, ob sie von der Regierung oder einer Regierungsstelle eines Mitglieds vertraglich vereinbart oder in Auftrag gegeben wurden.
2. Der Begriff "Benutzermitglied" bezeichnet ein Mitglied, dessen Regierung oder Regierungsstellen die Durchführung von Vorversandkontrollen vertraglich vereinbaren oder in Auftrag geben.
3. Vorversandkontrollen sind alle Tätigkeiten, die sich auf die Überprüfung der Qualität, der Menge, des Preises, einschließlich der Wechselkurse und finanziellen Bedingungen, und/oder der zolltariflichen Einreihung der in das Gebiet des Benutzermitglieds auszuführenden Waren beziehen.
4. Der Begriff "Vorversandkontrollstelle" bezeichnet jede Stelle, die von einem Mitglied vertraglich verpflichtet oder beauftragt wird, Vorversandkontrollen durchzuführen.⁽

Artikel 2

Verpflichtungen der Benutzermitglieder

Nichtdiskriminierung

1. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß die Vorversandkontrollen auf nichtdiskriminierende Art und Weise durchgeführt werden und daß die bei der Durchführung dieser Tätigkeiten verwendeten Verfahren und Kriterien objektiv sind und unter gleichen Bedingungen auf alle betroffenen Ausfühler angewandt werden. Sie stellen die einheitliche Durchführung der Kontrolle durch alle Kontrolleure der von ihnen vertraglich verpflichteten oder beauftragten Vorversandkontrollstellen sicher.

Staatliche Vorschriften

2. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß im Laufe der Vorversandkontrollen, die sich auf ihre Gesetze, Verordnungen und sonstigen Vorschriften beziehen, die einschlägigen Bestimmungen des Artikels III Absatz 4 des GATT 1994, eingehalten werden.

Ort der Kontrolle

3. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Vorversandkontrolle, einschließlich der Erstellung eines Schlußberichts über die Feststellungen oder eines Vermerks über die Nichterstellung dieses Berichts, in dem Zollgebiet, aus dem die Waren ausgeführt werden, oder, wenn die Kontrolle wegen der komplexen Beschaffenheit der betreffenden Waren in diesem Zollgebiet nicht durchgeführt werden kann oder wenn die beiden Parteien eine entsprechende Vereinbarung treffen, in dem Zollgebiet, in dem die Waren hergestellt werden, durchgeführt werden.

⁽ Es gilt als vereinbart, daß diese Bestimmung die Mitglieder nicht verpflichtet, Regierungsstellen anderer Mitglieder die Durchführung von Vorversandkontrollen in ihrem Gebiet zu erlauben.

Normen

4. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß Mengen- und Qualitätskontrollen in Übereinstimmung mit den vom Verkäufer und vom Käufer im Kaufvertrag vereinbarten Normen durchgeführt werden und daß in Ermangelung solcher Normen die einschlägigen internationalen Normen⁽ angewandt werden.

Transparenz

5. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß die Vorversandkontrollen auf transparente Art und Weise durchgeführt werden.

6. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß bei der ersten Kontaktaufnahme durch die Ausführer die Vorversandkontrollstellen den Ausführern eine Liste aller Auskünfte zur Verfügung stellen, welche die Ausführer erteilen müssen, um die Kontrollbedingungen zu erfüllen. Die Vorversandkontrollstellen teilen den Ausführern auf Ersuchen mit, welche Auskünfte tatsächlich benötigt werden. Diese Information enthält einen Hinweis auf die Gesetze und Verordnungen des Benutzermitglieds über die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Vorversandkontrolle sowie die Verfahren und Kriterien, die für die Kontrolle und für die Zwecke der Überprüfung der Preise und Wechselkurse angewandt werden, die Rechte der Ausführer gegenüber den

Vorversandkontrollstellen und die Beschwerdeverfahren gemäß Absatz 21. Zusätzliche Verfahrensvorschriften oder Änderungen der geltenden Verfahren werden auf eine Sendung nur dann angewandt, wenn der betroffene Ausführer zum Zeitpunkt der Vereinbarung des Kontrolltermins über diese Änderungen unterrichtet ist. In Dringlichkeitsfällen gemäß den Artikeln XX und XXI des GATT 1994 können jedoch solche zusätzlichen Vorschriften oder Änderungen auch vor Unterrichtung des Ausführers auf eine Sendung angewandt werden. Diese Unterstützung entbindet die Ausführer jedoch nicht von ihrer Verpflichtung, die Einfuhrbestimmungen des Benutzermitglieds einzuhalten.

7. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß die in Absatz 6 genannten Auskünfte den Ausführern auf angemessene Art und Weise zur Verfügung gestellt werden und die von den Vorversandkontrollstellen unterhaltenen Kontrollbüros als Auskunftsstellen dienen, wo diese Auskünfte eingeholt werden können.

8. Die Benutzermitglieder veröffentlichen unverzüglich alle für die Vorversandkontrolle geltenden Gesetze und Verordnungen auf eine Art und Weise, die anderen Regierungen und dem Handel die Möglichkeit gibt, von ihnen Kenntnis zu nehmen.

Schutz vertraulicher Geschäftsinformationen

9. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß die Vorversandkontrollstellen alle im Verlauf der Kontrolle erhaltenen Auskünfte insoweit als vertrauliche Geschäftsinformationen behandeln, als diese nicht schon veröffentlicht, dritten Parteien bereits allgemein verfügbar oder auf andere Weise in der Öffentlichkeit bekannt sind. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß die Vorversandkontrollstellen entsprechende Verfahren beibehalten.

(

10. Die Benutzermitglieder stellen den Mitgliedern auf Ersuchen Auskünfte über die Maßnahmen zur Verfügung, die sie treffen, um dem Absatz 9 Wirksamkeit zu verleihen. Aufgrund dieses Absatzes wird von keinem Mitglied verlangt, vertrauliche Informationen preiszugeben, deren Preisgabe die Wirksamkeit des Programms der Vorversandkontrollen gefährden oder die legitimen wirtschaftlichen Interessen bestimmter öffentlicher oder privater Unternehmen schädigen würde.

11. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß die Vorversandkontrollstellen einer dritten Partei keine vertraulichen Geschäftsinformationen preisgeben; jedoch können die Vorversandkontrollstellen diese Auskünfte den Regierungen mitteilen, die sie vertraglich verpflichtet oder beauftragt haben. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß vertrauliche Geschäftsinformationen, die ihnen von den von ihnen vertraglich verpflichteten oder beauftragten Vorversandkontrollstellen mitgeteilt werden, angemessen geschützt werden. Die Vorversandkontrollstellen teilen den Regierungen, die sie vertraglich verpflichtet oder beauftragt haben, vertrauliche Geschäftsinformationen nur insoweit mit, als solche Informationen für Kreditbriefe, andere Zahlungsformen oder für Zollzwecke, Einfuhrlicenzverfahren und Devisenkontrollen üblicherweise notwendig sind.

12. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß die Vorversandkontrollstellen von den Ausführern keine Informationen verlangen betreffend:

- a) Fertigungsdaten im Zusammenhang mit patentierten, lizenzierten oder geheimen Verfahren oder Verfahren, für welche ein Patent angemeldet ist;
- b) unveröffentlichte technische Daten oder andere als für den Nachweis der Übereinstimmung mit technischen Vorschriften oder Normen notwendige Daten;
- c) die interne Preisbildung, einschließlich der Herstellungskosten;
- d) die Gewinnspannen;
- e) die Bedingungen der Verträge zwischen den Ausführern und ihren Lieferanten, außer wenn es der Vorversandkontrollstelle nicht anders möglich ist, die Kontrolle durchzuführen. In solchen Fällen verlangt die Kontrollstelle nur die für diesen Zweck erforderlichen Auskünfte.

13. Die Informationen gemäß Absatz 12, welche die Vorversandkontrollstellen in der Regel nicht verlangen, können vom Ausführer freiwillig weitergegeben werden, um einen bestimmten Fall zu verdeutlichen.

Interessenkonflikte

14. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß die Vorversandkontrollstellen unter Beachtung der Bestimmungen über den Schutz vertraulicher Geschäftsinformationen gemäß den Absätzen 9 bis 13 Verfahren beibehalten, um Interessenkonflikte zu vermeiden

- a) zwischen Vorversandkontrollstellen und allen verbundenen Stellen, einschließlich jener, an denen die betreffenden Vorversandkontrollstellen ein finanzielles oder wirtschaftliches Interesse haben, oder allen Stellen, die ein

finanzielles Interesse an den betreffenden Vorversandkontrollstellen haben, und deren Sendungen die Vorversandkontrollstellen kontrollieren müssen;

b) zwischen Vorversandkontrollstellen und jeder anderen Stelle, einschließlich anderer der Vorversandkontrolle unterliegender Stellen, ausgenommen staatliche Stellen, die vertraglich Kontrollen vereinbaren oder in Auftrag geben;

c) mit Abteilungen der Vorversandkontrollstellen, die mit anderen als denjenigen Tätigkeiten befaßt sind, die für die Durchführung des Kontrollverfahrens erforderlich sind.

Verzögerungen

15. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß die Vorversandkontrollstellen unvertretbare Verzögerungen bei der Kontrolle der Sendungen vermeiden. Sie stellen außerdem sicher, daß, sobald eine Kontrollstelle und ein Ausführer einen Kontrolltermin vereinbart haben, die Vorversandkontrollstelle die Kontrolle zu diesem Termin durchführt, es sei denn, daß der Termin einvernehmlich zwischen dem Ausführer und der Vorversandkontrollstelle geändert oder die Vorversandkontrollstelle durch den Ausführer oder durch höhere Gewalt an der Durchführung der Kontrolle gehindert wird⁽

16. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß die Vorversandkontrollstellen nach Erhalt der letzten Unterlagen und dem Abschluß der Kontrollen binnen fünf Arbeitstagen entweder einen Schlußbericht über die Feststellungen erstellen oder eine ausführliche schriftliche Erläuterung der Gründe für die Nichterstellung dieses Berichts abgeben. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß im letzteren Fall die Vorversandkontrollstellen den Ausführern Gelegenheit geben, ihren Standpunkt schriftlich darzulegen, und auf Ersuchen der Ausführer eine neue Kontrolle zum beiderseits frühestmöglichen Termin vereinbaren.

17. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß, sofern die Ausführer dies beantragen, die Vorversandkontrollstellen vor dem Termin der physischen Kontrolle eine vorläufige Prüfung der Preise und gegebenenfalls der Wechselkurse auf der Grundlage des Vertrags zwischen Ausführer und Einführer, der Proformarechnung und gegebenenfalls des Antrags auf Einfuhrgenehmigung vornehmen. Sie stellen außerdem sicher, daß ein von einer Vorversandkontrollstelle aufgrund einer vorläufigen Prüfung bereits angenommener Preis oder Wechselkurs nicht zurückgenommen wird, vorausgesetzt, daß die Waren den Einfuhrpapieren und/oder der Einfuhrlizenz entsprechen. Sie stellen ferner sicher, daß die Vorversandkontrollstellen nach der vorläufigen Prüfung den Ausführern unverzüglich schriftlich die Anerkennung oder die genauen Gründe für die Nichtanerkennung des Preises und/oder des Wechselkurses mitteilen.

18. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß zur Vermeidung von Zahlungsverzögerungen die Vorversandkontrollstellen den Ausführern oder den von ihnen

(Es gilt als vereinbart, daß "höhere Gewalt" für die Zwecke dieses Übereinkommens "unausweichlicher Zwang oder Gewalt, unvorhersehbarer Verlauf der Ereignisse, die die Nichterfüllung des Vertrags entschuldigen", bedeutet.

benannten Vertretern so rasch wie möglich einen Schlußbericht über die Feststellungen zusenden.

19. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß die Vorversandkontrollstellen Fehler im Schlußbericht über die Feststellungen berichtigen und die berichtigten Angaben den betreffenden Parteien so rasch wie möglich übermitteln.

Preisprüfung

20. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß die Vorversandkontrollstellen zwecks Vermeidung von Überfakturierung oder Unterfakturierung und Betrug Preisprüfungen⁽ nach folgenden Leitlinien durchführen:

a) Die Vorversandkontrollstelle weist einen zwischen Ausfühler und Einführer vereinbarten Vertragspreis nur dann zurück, wenn sie nachweisen kann, daß ihre Feststellung eines nicht zufriedenstellenden Preises auf einem Prüfungsverfahren beruht, das den Kriterien gemäß den Buchstaben b) bis e) genügt;

b) die Vorversandkontrollstelle stützt ihren Preisvergleich zur Prüfung des Ausführpreises auf den (die) Preise) für gleiche oder gleichartige Waren, die zur Ausfuhr aus demselben Ausfuhrland etwa zur selben Zeit unter konkurrierenden und vergleichbaren Verkaufsbedingungen in Übereinstimmung mit den üblichen Handelspraktiken und nach Abzug etwaiger Standardpreismachlässe angeboten werden. Dieser Vergleich stützt sich auf folgendes:

i) nur Preise, die eine gültige Vergleichsgrundlage bilden, sind zu verwenden, wobei die einschlägigen Wirtschaftsfaktoren des Einfuhrlandes und des (der) für den Preisvergleich herangezogenen Landes (Länder) zu berücksichtigen sind;

ii) die Vorversandkontrollstelle stützt sich nicht auf den Preis der Waren, die zur Ausfuhr in verschiedene Einfuhrländer angeboten werden, um für die Sendung willkürlich den niedrigsten Preis festzulegen;

iii) die Vorversandkontrollstelle berücksichtigt die besonderen in Buchstabe c) aufgeführten Faktoren;

iv) in jeder Phase des vorstehend beschriebenen Verfahrens gibt die Vorversandkontrollstelle dem Ausfühler Gelegenheit, den Preis zu erläutern;

(Die Verpflichtungen von Benutzermitgliedern in bezug auf Dienstleistungen der Vorversandkontrollstellen im Zusammenhang mit der Festsetzung des Zollwertes sind die Verpflichtungen, die sie nach dem GATT 1994 und den anderen in Anhang 1A des WTO-Abkommens angeführten multilateralen Handelsübereinkünften eingegangen sind.

- c) bei der Preisprüfung nimmt die Vorversandkontrollstelle geeignete Berichtigungen für die Bedingungen des Kaufvertrags und die allgemein für das Geschäft geltenden Faktoren vor; diese Faktoren umfassen unter anderem die Handelsstufe und die Verkaufsmenge, Lieferfristen und Lieferbedingungen, Preisstaffelungsklauseln, Qualitätsspezifikationen, spezielle Entwurfsmerkmale, besondere Versand- oder Verpackungsspezifikationen, Auftragsumfang, Kassaverkäufe, saisonbedingte Einflüsse, Lizenz- oder andere Gebühren für Rechte an geistigem Eigentum sowie Dienstleistungen, die im Rahmen des Vertrags erbracht werden, sofern sie nicht üblicherweise getrennt fakturiert werden;
sie berücksichtigen auch bestimmte, den Preis des Ausführers beeinflussende Faktoren, wie die vertragliche Beziehung zwischen Ausführer und Einführer;
- d) die Prüfung der Transportkosten betrifft nur den vereinbarten Preis für die Beförderungsart im Ausführland, wie im Kaufvertrag angegeben;
- e) folgendes wird für Preisprüfungszwecke nicht herangezogen:
- i) der Verkaufspreis inländischer Waren im Einfuhrland;
 - ii) der Preis von Ausfuhrwaren aus einem anderen als dem Ausführland;
 - iii) die Produktionskosten;
 - iv) willkürliche oder fiktive Preise oder Werte.

Beschwerdeverfahren

21. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß die Vorversandkontrollstellen Verfahren für die Entgegennahme und Prüfung von Beschwerden, die von Ausfuhrern eingelegt werden, sowie für die Entscheidung hierüber einführen und daß diese Verfahren den Ausfuhrern gemäß den Absätzen 6 und 7 mitgeteilt werden. Die Benutzermitglieder stellen sicher, daß diese Verfahren in Übereinstimmung mit den folgenden Leitlinien entwickelt und beibehalten werden:

- a) Die Vorversandkontrollstellen bestimmen einen oder mehrere Beamte, die während der normalen Bürozeit in jeder Stadt oder in jedem Hafen, wo sie ein Verwaltungsbüro für die Vorversandkontrolle unterhalten, Einsprüche oder Beschwerden der Ausfuhrer entgegennehmen, prüfen und darüber entscheiden;
- b) die Ausfuhrer übermitteln dem (den) hierfür bestimmten Beamten schriftlich die das fragliche Geschäft betreffenden Fakten, Hinweise zur Art ihrer Beschwerde und einen Lösungsvorschlag;

- c) der oder die hierfür bestimmten Beamten prüfen wohlwollend die Beschwerden des Ausführers und treffen so rasch wie möglich nach Erhalt der unter Buchstabe b) bezeichneten Unterlagen eine Entscheidung.

Abweichung

22. In Abweichung von Artikel 2 sehen die Benutzermitglieder vor, daß mit Ausnahme von Teilsendungen, Sendungen, deren Wert geringer ist als der vom Benutzermitglied für solche Sendungen festgelegte Mindestwert, nicht kontrolliert werden, es sei denn, es liegen außergewöhnliche Umstände vor. Der Mindestwert gehört zu den den Ausführern gemäß Absatz 6 erteilten Auskünften.

Artikel 3

Verpflichtungen der Ausfuhrmitglieder

Nichtdiskriminierung

1. Die Ausfuhrmitglieder stellen sicher, daß ihre Gesetze und Verordnungen über die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Vorversandkontrolle ohne Diskriminierungen angewandt werden.

Transparenz

2. Die Ausfuhrmitglieder veröffentlichen unverzüglich alle sich auf die Tätigkeiten im Rahmen der Vorversandkontrolle beziehenden Gesetze und Verordnungen in einer Art und Weise, die anderen Regierungen und dem Handel die Möglichkeit gibt, von ihnen Kenntnis zu nehmen.

Technische Hilfe

3. Die Ausfuhrmitglieder leisten den Benutzermitgliedern auf Ersuchen zu einvernehmlich vereinbarten Bedingungen technische Hilfe zur Erfüllung der Ziele dieses Übereinkommens⁽.

Artikel 4

Verfahren für die unabhängige Prüfung

Die Mitglieder veranlassen die Vorversandkontrollstellen und die Ausführer dazu, Streitigkeiten einvernehmlich zu lösen. Zwei Arbeitstage nach Einreichung der Beschwerde gemäß Artikel 2 Absatz 21 kann jedoch jede Partei die Streitigkeit einer unabhängigen Prüfung unterziehen. Die Mitglieder treffen alle erforderlichen und angemessenen

⁽ Es gilt als vereinbart, daß die technische Hilfe auf bilateraler, plurilateraler oder multilateraler Grundlage gewährt werden kann.

Maßnahmen, um sicherzustellen, daß zu diesem Zweck die folgenden Verfahren eingeführt und beibehalten werden:

- a) Diese Verfahren werden von einer unabhängigen Stelle durchgeführt, die für die Zwecke dieses Übereinkommens gemeinsam von einer die Vorversandkontrollstellen vertretenden Organisation und einer die Ausfühler vertretenden Organisation gebildet wird;
- b) diese unter Buchstabe a) bezeichnete unabhängige Stelle erstellt eine Liste von Sachverständigen wie folgt:
 - i) eine Gruppe von Mitgliedern wird von einer Organisation, die die Versandkontrollstellen vertritt, benannt;
 - ii) eine Gruppe von Mitgliedern wird von einer Organisation, die die Ausfühler vertritt, benannt;
 - iii) eine Gruppe von unabhängigen Handelsexperten wird von der unter Buchstabe a) genannten unabhängigen Stelle benannt.

Die geographische Aufteilung der Experten in dieser Liste wird so festgelegt, daß alle nach diesem Verfahren aufgeworfenen Streitigkeiten rasch behandelt werden können. Die Liste wird binnen zwei Monaten nach Inkrafttreten des WTO-Abkommens erstellt und jährlich auf den neuesten Stand gebracht. Sie wird öffentlich bekanntgemacht, dem Sekretariat notifiziert und an die Mitglieder verteilt;

- c) will ein Ausfühler oder eine Vorversandkontrollstelle eine Streitigkeit anhängig machen, so befaßt er oder sie die unter Buchstabe a) bezeichnete unabhängige Stelle und beantragt die Einsetzung einer Sondergruppe. Die unabhängige Stelle sorgt für die Einsetzung der Sondergruppe. Diese besteht aus drei Mitgliedern, die so ausgewählt werden, daß unnötige Kosten und Verzögerungen vermieden werden. Das erste Mitglied wird von der betreffenden Vorversandkontrollstelle aus der Gruppe i) der vorgenannten Liste ausgewählt, vorausgesetzt, daß es nicht mit dieser Stelle verbunden ist. Das zweite Mitglied wird von dem betreffenden Ausfühler aus der Gruppe ii) der vorgenannten Liste ausgewählt, vorausgesetzt, daß es nicht mit dem Ausfühler verbunden ist. Das dritte Mitglied wird von der unter Buchstabe a) genannten unabhängigen Stelle aus der Gruppe iii) ausgewählt. Gegen den unabhängigen Handelsexperten aus der Gruppe iii) der vorgenannten Liste werden keine Einwände erhoben;
- d) der aus der Gruppe iii) der vorgenannten Liste ausgewählte unabhängige Handelsexperte leitet die Sondergruppe. Er trifft die notwendigen Entscheidungen, um eine rasche Streitbeilegung durch die Sondergruppe sicherzustellen, z.B. Entscheidungen darüber, ob der Sachverhalt eine Sitzung der Sondergruppe erfordert, und, falls ja, wo die Sitzung in diesem Fall unter Berücksichtigung des Orts der Kontrolle stattfinden soll;

- e) sofern die Streitparteien eine entsprechende Vereinbarung treffen, kann von der unter Buchstabe a) genannten unabhängigen Stelle ein unabhängiger Handelsexperte aus der Gruppe iii) der vorgenannten Liste ausgewählt werden, um die betreffende Streitigkeit zu prüfen. Dieser Experte trifft die notwendigen Entscheidungen, um eine rasche Streitbeilegung sicherzustellen, z.B. Entscheidungen darüber, ob der Ort der betreffenden Kontrolle berücksichtigt werden soll;
- f) Gegenstand der Prüfung ist es, festzustellen, ob im Verlauf der strittigen Kontrolle die Parteien die Bestimmungen dieses Übereinkommens eingehalten haben. Das Verfahren wird ohne Verzögerungen durchgeführt und bietet beiden Parteien die Gelegenheit, ihre Stellungnahmen persönlich oder schriftlich vorzutragen;
- g) Die Entscheidungen der dreiköpfigen Sondergruppe werden mehrheitlich getroffen. Die Entscheidung über die Streitigkeit ergeht binnen acht Arbeitstagen nach dem Antrag auf unabhängige Prüfung und wird den Streitparteien mitgeteilt. Diese Frist kann von den Streitparteien einvernehmlich verlängert werden. Die Sondergruppe bzw. der unabhängige Handelsexperte teilt die Kosten unter Würdigung des Sachverhalts auf;
- h) Die Entscheidung der Sondergruppe ist für die Vorversandkontrollstelle und den Ausführer, die Streitparteien sind, bindend.

Artikel 5

Notifikation

Die Mitglieder übermitteln dem Sekretariat Kopien der Gesetze und Verordnungen, mit denen sie dieses Übereinkommen in Kraft setzen, sowie aller anderen Gesetze und Verordnungen über die Vorversandkontrolle, sobald das WTO-Abkommen für sie in Kraft tritt. Änderungen von Gesetzen und Verordnungen betreffend die Vorversandkontrolle werden erst dann in Kraft gesetzt, wenn sie offiziell veröffentlicht worden sind. Sie werden dem Sekretariat unverzüglich nach ihrer Veröffentlichung notifiziert. Das Sekretariat teilt den Mitgliedern mit, daß diese Informationen vorliegen.

Artikel 6

Überprüfung

Am Ende des zweiten Jahres nach Inkrafttreten des WTO-Abkommens und nachher alle drei Jahre überprüft die Ministerkonferenz die Bestimmungen, die Durchführung und das Funktionieren dieses Übereinkommens unter Berücksichtigung seiner Ziele und der bei der Durchführung gewonnenen Erfahrungen. Aufgrund einer solchen Überprüfung kann die Ministerkonferenz die Bestimmungen des Übereinkommens ändern.

Artikel 7

Konsultation

Die Mitglieder führen auf Ersuchen Konsultationen mit anderen Mitgliedern über jede das Funktionieren des Übereinkommens betreffende Angelegenheit. In diesen Fällen finden die Bestimmungen des Artikels XXII des GATT 1994, so wie sie in der Vereinbarung über die Streitbeilegung festgelegt und angewandt sind, auf dieses Übereinkommen Anwendung.

Artikel 8

Streitbeilegung

Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern betreffend das Funktionieren dieses Übereinkommens fallen unter die Bestimmungen des Artikels XXIII des GATT 1994, so wie sie in der Vereinbarung über die Streitbeilegung festgelegt und angewandt sind.

Artikel 9

Schlußbestimmungen

1. Die Mitglieder treffen die für die Durchführung dieses Übereinkommens notwendigen Maßnahmen.
2. Die Mitglieder stellen sicher, daß ihre Gesetze und Verordnungen den Bestimmungen dieses Übereinkommens nicht zuwiderlaufen.

AGREEMENT ON PRESHIPMENT INSPECTION

Members,

Noting that Ministers on 20 September 1986 agreed that the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations shall aim to "bring about further liberalization and expansion of world trade", "strengthen the role of GATT" and "increase the responsiveness of the GATT system to the evolving international economic environment";

Noting that a number of developing country Members have recourse to preshipment inspection;

Recognizing the need of developing countries to do so for as long and in so far as it is necessary to verify the quality, quantity or price of imported goods;

Mindful that such programmes must be carried out without giving rise to unnecessary delays or unequal treatment;

Noting that this inspection is by definition carried out on the territory of exporter Members;

Recognizing the need to establish an agreed international framework of rights and obligations of both user Members and exporter Members;

Recognizing that the principles and obligations of GATT 1994 apply to those activities of preshipment inspection entities that are mandated by governments that are Members of the WTO;

Recognizing that it is desirable to provide transparency of the operation of preshipment inspection entities and of laws and regulations relating to preshipment inspection;

Desiring to provide for the speedy, effective and equitable resolution of disputes between exporters and preshipment inspection entities arising under this Agreement;

Hereby *agree* as follows:

Article 1

Coverage - Definitions

1. This Agreement shall apply to all preshipment inspection activities carried out on the territory of Members, whether such activities are contracted or mandated by the government, or any government body, of a Member.
2. The term "user Member" means a Member of which the government or any government body contracts for or mandates the use of preshipment inspection activities.
3. Preshipment inspection activities are all activities relating to the verification of the quality, the quantity, the price, including currency exchange rate and financial terms, and/or the customs classification of goods to be exported to the territory of the user Member.
4. The term "preshipment inspection entity" is any entity contracted or mandated by a Member to carry out preshipment inspection activities.¹

¹ It is understood that this provision does not obligate Members to allow government entities of other Members to conduct preshipment inspection activities on their territory.

*Article 2**Obligations of User Members**Non-discrimination*

1. User Members shall ensure that preshipment inspection activities are carried out in a non-discriminatory manner, and that the procedures and criteria employed in the conduct of these activities are objective and are applied on an equal basis to all exporters affected by such activities. They shall ensure uniform performance of inspection by all the inspectors of the preshipment inspection entities contracted or mandated by them.

Governmental Requirements

2. User Members shall ensure that in the course of preshipment inspection activities relating to their laws, regulations and requirements, the provisions of paragraph 4 of Article III of GATT 1994 are respected to the extent that these are relevant.

Site of Inspection

3. User Members shall ensure that all preshipment inspection activities, including the issuance of a Clean Report of Findings or a note of non-issuance, are performed in the customs territory from which the goods are exported or, if the inspection cannot be carried out in that customs territory given the complex nature of the products involved, or if both parties agree, in the customs territory in which the goods are manufactured.

Standards

4. User Members shall ensure that quantity and quality inspections are performed in accordance with the standards defined by the seller and the buyer in the purchase agreement and that, in the absence of such standards, relevant international standards² apply.

Transparency

5. User Members shall ensure that preshipment inspection activities are conducted in a transparent manner.

6. User Members shall ensure that, when initially contacted by exporters, preshipment inspection entities provide to the exporters a list of all the information which is necessary for the exporters to comply with inspection requirements. The preshipment inspection entities shall provide the actual information when so requested by exporters. This information shall include a reference to the laws and regulations of user Members relating to preshipment inspection activities, and shall also include the procedures and criteria used for inspection and for price and currency exchange-rate verification purposes, the exporters' rights vis-à-vis the inspection entities, and the appeals procedures set up under paragraph 21. Additional procedural requirements or changes in existing procedures shall not be applied to a shipment unless the exporter concerned is informed of these changes at the time the inspection date is arranged. However, in emergency situations of the types addressed by Articles XX and XXI of GATT 1994, such additional requirements or changes may be applied to a shipment before

² An international standard is a standard adopted by a governmental or non-governmental body whose membership is open to all Members, one of whose recognized activities is in the field of standardization.

the exporter has been informed. This assistance shall not, however, relieve exporters from their obligations in respect of compliance with the import regulations of the user Members.

7. User Members shall ensure that the information referred to in paragraph 6 is made available to exporters in a convenient manner, and that the preshipment inspection offices maintained by preshipment inspection entities serve as information points where this information is available.

8. User Members shall publish promptly all applicable laws and regulations relating to preshipment inspection activities in such a manner as to enable other governments and traders to become acquainted with them.

Protection of Confidential Business Information

9. User Members shall ensure that preshipment inspection entities treat all information received in the course of the preshipment inspection as business confidential to the extent that such information is not already published, generally available to third parties, or otherwise in the public domain. User Members shall ensure that preshipment inspection entities maintain procedures to this end.

10. User Members shall provide information to Members on request on the measures they are taking to give effect to paragraph 9. The provisions of this paragraph shall not require any Member to disclose confidential information the disclosure of which would jeopardize the effectiveness of the preshipment inspection programmes or would prejudice the legitimate commercial interest of particular enterprises, public or private.

11. User Members shall ensure that preshipment inspection entities do not divulge confidential business information to any third party, except that preshipment inspection entities may share this information with the government entities that have contracted or mandated them. User Members shall ensure that confidential business information which they receive from preshipment inspection entities contracted or mandated by them is adequately safeguarded. Preshipment inspection entities shall share confidential business information with the governments contracting or mandating them only to the extent that such information is customarily required for letters of credit or other forms of payment or for customs, import licensing or exchange control purposes.

12. User Members shall ensure that preshipment inspection entities do not request exporters to provide information regarding:

- (a) manufacturing data related to patented, licensed or undisclosed processes, or to processes for which a patent is pending;
- (b) unpublished technical data other than data necessary to demonstrate compliance with technical regulations or standards;
- (c) internal pricing, including manufacturing costs;
- (d) profit levels;
- (e) the terms of contracts between exporters and their suppliers unless it is not otherwise possible for the entity to conduct the inspection in question. In such cases, the entity shall only request the information necessary for this purpose.

13. The information referred to in paragraph 12, which preshipment inspection entities shall not otherwise request, may be released voluntarily by the exporter to illustrate a specific case.

Conflicts of Interest

14. User Members shall ensure that preshipment inspection entities, bearing in mind also the provisions on protection of confidential business information in paragraphs 9 through 13, maintain procedures to avoid conflicts of interest:

- (a) between preshipment inspection entities and any related entities of the preshipment inspection entities in question, including any entities in which the latter have a financial or commercial interest or any entities which have a financial interest in the preshipment inspection entities in question, and whose shipments the preshipment inspection entities are to inspect;
- (b) between preshipment inspection entities and any other entities, including other entities subject to preshipment inspection, with the exception of the government entities contracting or mandating the inspections;
- (c) with divisions of preshipment inspection entities engaged in activities other than those required to carry out the inspection process.

Delays

15. User Members shall ensure that preshipment inspection entities avoid unreasonable delays in inspection of shipments. User Members shall ensure that, once a preshipment inspection entity and an exporter agree on an inspection date, the preshipment inspection entity conducts the inspection on that date unless it is rescheduled on a mutually agreed basis between the exporter and the preshipment inspection entity, or the preshipment inspection entity is prevented from doing so by the exporter or by *force majeure*.³

16. User Members shall ensure that, following receipt of the final documents and completion of the inspection, preshipment inspection entities, within five working days, either issue a Clean Report of Findings or provide a detailed written explanation specifying the reasons for non-issuance. User Members shall ensure that, in the latter case, preshipment inspection entities give exporters the opportunity to present their views in writing and, if exporters so request, arrange for re-inspection at the earliest mutually convenient date.

17. User Members shall ensure that, whenever so requested by the exporters, preshipment inspection entities undertake, prior to the date of physical inspection, a preliminary verification of price and, where applicable, of currency exchange rate, on the basis of the contract between exporter and importer, the *pro forma* invoice and, where applicable, the application for import authorization. User Members shall ensure that a price or currency exchange rate that has been accepted by a preshipment inspection entity on the basis of such preliminary verification is not withdrawn, providing the goods conform to the import documentation and/or import licence. They shall ensure that, after a preliminary verification has taken place, preshipment inspection entities immediately inform exporters in writing either of their acceptance or of their detailed reasons for non-acceptance of the price and/or currency exchange rate.

18. User Members shall ensure that, in order to avoid delays in payment, preshipment inspection entities send to exporters or to designated representatives of the exporters a Clean Report of Findings as expeditiously as possible.

³It is understood that, for the purposes of this Agreement, "*force majeure*" shall mean "irresistible compulsion or coercion, unforeseeable course of events excusing from fulfilment of contract".

19. User Members shall ensure that, in the event of a clerical error in the Clean Report of Findings, preshipment inspection entities correct the error and forward the corrected information to the appropriate parties as expeditiously as possible.

Price Verification

20. User Members shall ensure that, in order to prevent over- and under-invoicing and fraud, preshipment inspection entities conduct price verification⁴ according to the following guidelines:

- (a) preshipment inspection entities shall only reject a contract price agreed between an exporter and an importer if they can demonstrate that their findings of an unsatisfactory price are based on a verification process which is in conformity with the criteria set out in subparagraphs (b) through (e);
- (b) the preshipment inspection entity shall base its price comparison for the verification of the export price on the price(s) of identical or similar goods offered for export from the same country of exportation at or about the same time, under competitive and comparable conditions of sale, in conformity with customary commercial practices and net of any applicable standard discounts. Such comparison shall be based on the following:
 - (i) only prices providing a valid basis of comparison shall be used, taking into account the relevant economic factors pertaining to the country of importation and a country or countries used for price comparison;
 - (ii) the preshipment inspection entity shall not rely upon the price of goods offered for export to different countries of importation to arbitrarily impose the lowest price upon the shipment;
 - (iii) the preshipment inspection entity shall take into account the specific elements listed in subparagraph (c);
 - (iv) at any stage in the process described above, the preshipment inspection entity shall provide the exporter with an opportunity to explain the price;
- (c) when conducting price verification, preshipment inspection entities shall make appropriate allowances for the terms of the sales contract and generally applicable adjusting factors pertaining to the transaction; these factors shall include but not be limited to the commercial level and quantity of the sale, delivery periods and conditions, price escalation clauses, quality specifications, special design features, special shipping or packing specifications, order size, spot sales, seasonal influences, licence or other intellectual property fees, and services rendered as part of the contract if these are not customarily invoiced separately; they shall also include certain elements relating to the exporter's price, such as the contractual relationship between the exporter and importer;
- (d) the verification of transportation charges shall relate only to the agreed price of the mode of transport in the country of exportation as indicated in the sales contract;
- (e) the following shall not be used for price verification purposes:

⁴The obligations of user Members with respect to the services of preshipment inspection entities in connection with customs valuation shall be the obligations which they have accepted in GATT 1994 and the other Multilateral Trade Agreements included in Annex 1A of the WTO Agreement.

- (i) the selling price in the country of importation of goods produced in such country;
- (ii) the price of goods for export from a country other than the country of exportation;
- (iii) the cost of production;
- (iv) arbitrary or fictitious prices or values.

Appeals Procedures

21. User Members shall ensure that preshipment inspection entities establish procedures to receive, consider and render decisions concerning grievances raised by exporters, and that information concerning such procedures is made available to exporters in accordance with the provisions of paragraphs 6 and 7. User Members shall ensure that the procedures are developed and maintained in accordance with the following guidelines:

- (a) preshipment inspection entities shall designate one or more officials who shall be available during normal business hours in each city or port in which they maintain a preshipment inspection administrative office to receive, consider and render decisions on exporters' appeals or grievances;
- (b) exporters shall provide in writing to the designated official(s) the facts concerning the specific transaction in question, the nature of the grievance and a suggested solution;
- (c) the designated official(s) shall afford sympathetic consideration to exporters' grievances and shall render a decision as soon as possible after receipt of the documentation referred to in subparagraph (b).

Derogation

22. By derogation to the provisions of Article 2, user Members shall provide that, with the exception of part shipments, shipments whose value is less than a minimum value applicable to such shipments as defined by the user Member shall not be inspected, except in exceptional circumstances. This minimum value shall form part of the information furnished to exporters under the provisions of paragraph 6.

Article 3

Obligations of Exporter Members

Non-discrimination

1. Exporter Members shall ensure that their laws and regulations relating to preshipment inspection activities are applied in a non-discriminatory manner.

Transparency

2. Exporter Members shall publish promptly all applicable laws and regulations relating to preshipment inspection activities in such a manner as to enable other governments and traders to become acquainted with them.

Technical Assistance

3. Exporter Members shall offer to provide to user Members, if requested, technical assistance directed towards the achievement of the objectives of this Agreement on mutually agreed terms.⁵

*Article 4**Independent Review Procedures*

Members shall encourage preshipment inspection entities and exporters mutually to resolve their disputes. However, two working days after submission of the grievance in accordance with the provisions of paragraph 21 of Article 2, either party may refer the dispute to independent review. Members shall take such reasonable measures as may be available to them to ensure that the following procedures are established and maintained to this end:

- (a) these procedures shall be administered by an independent entity constituted jointly by an organization representing preshipment inspection entities and an organization representing exporters for the purposes of this Agreement;
- (b) the independent entity referred to in subparagraph (a) shall establish a list of experts as follows:
 - (i) a section of members nominated by an organization representing preshipment inspection entities;
 - (ii) a section of members nominated by an organization representing exporters;
 - (iii) a section of independent trade experts, nominated by the independent entity referred to in subparagraph (a).

The geographical distribution of the experts on this list shall be such as to enable any disputes raised under these procedures to be dealt with expeditiously. This list shall be drawn up within two months of the entry into force of the WTO Agreement and shall be updated annually. The list shall be publicly available. It shall be notified to the Secretariat and circulated to all Members;

- (c) an exporter or preshipment inspection entity wishing to raise a dispute shall contact the independent entity referred to in subparagraph (a) and request the formation of a panel. The independent entity shall be responsible for establishing a panel. This panel shall consist of three members. The members of the panel shall be chosen so as to avoid unnecessary costs and delays. The first member shall be chosen from section (i) of the above list by the preshipment inspection entity concerned, provided that this member is not affiliated to that entity. The second member shall be chosen from section (ii) of the above list by the exporter concerned, provided that this member is not affiliated to that exporter. The third member shall be chosen from section (iii) of the above list by the independent entity referred to in subparagraph (a). No objections shall be made to any independent trade expert drawn from section (iii) of the above list;
- (d) the independent trade expert drawn from section (iii) of the above list shall serve as the chairman of the panel. The independent trade expert shall take the necessary decisions

⁵It is understood that such technical assistance may be given on a bilateral, plurilateral or multilateral basis.

to ensure an expeditious settlement of the dispute by the panel, for instance, whether the facts of the case require the panelists to meet and, if so, where such a meeting shall take place, taking into account the site of the inspection in question;

- (e) if the parties to the dispute so agree, one independent trade expert could be selected from section (iii) of the above list by the independent entity referred to in subparagraph (a) to review the dispute in question. This expert shall take the necessary decisions to ensure an expeditious settlement of the dispute, for instance taking into account the site of the inspection in question;
- (f) the object of the review shall be to establish whether, in the course of the inspection in dispute, the parties to the dispute have complied with the provisions of this Agreement. The procedures shall be expeditious and provide the opportunity for both parties to present their views in person or in writing;
- (g) decisions by a three-member panel shall be taken by majority vote. The decision on the dispute shall be rendered within eight working days of the request for independent review and be communicated to the parties to the dispute. This time-limit could be extended upon agreement by the parties to the dispute. The panel or independent trade expert shall apportion the costs, based on the merits of the case;
- (h) the decision of the panel shall be binding upon the preshipment inspection entity and the exporter which are parties to the dispute.

Article 5

Notification

Members shall submit to the Secretariat copies of the laws and regulations by which they put this Agreement into force, as well as copies of any other laws and regulations relating to preshipment inspection, when the WTO Agreement enters into force with respect to the Member concerned. No changes in the laws and regulations relating to preshipment inspection shall be enforced before such changes have been officially published. They shall be notified to the Secretariat immediately after their publication. The Secretariat shall inform the Members of the availability of this information.

Article 6

Review

At the end of the second year from the date of entry into force of the WTO Agreement and every three years thereafter, the Ministerial Conference shall review the provisions, implementation and operation of this Agreement, taking into account the objectives thereof and experience gained in its operation. As a result of such review, the Ministerial Conference may amend the provisions of the Agreement.

*Article 7**Consultation*

Members shall consult with other Members upon request with respect to any matter affecting the operation of this Agreement. In such cases, the provisions of Article XXII of GATT 1994, as elaborated and applied by the Dispute Settlement Understanding, are applicable to this Agreement.

*Article 8**Dispute Settlement*

Any disputes among Members regarding the operation of this Agreement shall be subject to the provisions of Article XXIII of GATT 1994, as elaborated and applied by the Dispute Settlement Understanding.

*Article 9**Final Provisions*

1. Members shall take the necessary measures for the implementation of the present Agreement.
2. Members shall ensure that their laws and regulations shall not be contrary to the provisions of this Agreement.

ÜBEREINKOMMEN ÜBER URSPRUNGSREGELN

Die Mitglieder -

eingedenk dessen, daß die Minister am 20. September 1986 als Ziele der Multilateralen Handelverhandlungen der die "Sicherstellung einer stärkeren Liberalisierung und Ausweitung des Welthandels", die "Stärkung der Rolle des GATT" und die "Verbesserung der Anpassungsfähigkeit des GATT- Systems in einem sich wandelnden internationalen Wirtschaftsumfeld" vereinbart haben;

in dem Wunsch, die Ziele des GATT 1994 zu fördern;

in Anerkennung dessen, daß klare und vorhersehbare Ursprungsregeln und ihre Anwendung die internationalen Handelsströme erleichtern;

in dem Wunsch sicherzustellen, daß die Ursprungsregeln nicht selbst unnötige Handelshemmnisse schaffen;

in dem Wunsch sicherzustellen, daß die Ursprungsregeln die Rechte der Mitglieder nach dem GATT 1994 weder zunichte machen noch schmälern;

in Anerkennung dessen, daß es wünschenswert ist, für Transparenz der Rechtsvorschriften und Verfahren in bezug auf die Ursprungsregeln zu sorgen;

in dem Wunsch sicherzustellen, daß die Ursprungsregeln unvoreingenommen, transparent, vorhersehbar, folgerichtig und neutral ausgearbeitet und angewendet werden;

in Anerkennung dessen, daß ein Konsultationsmechanismus sowie Verfahren für eine rasche, wirkungsvolle und gerechte Beilegung von aufgrund dieses Übereinkommens entstehenden Streitfällen zur Verfügung stehen;

in dem Wunsch, die Ursprungsregeln zu harmonisieren und klarer zu formulieren;

kommen wie folgt überein

Teil I

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN UND GELTUNGSBEREICH

Artikel 1

Ursprungsregeln

1. Für die Zwecke der Teile I bis IV dieses Übereinkommens sind Ursprungsregeln die Rechts- und Verwaltungsvorschriften mit allgemeiner Geltung, die von einem Mitglied zur Bestimmung des Ursprungslandes von Waren angewendet werden, sofern diese Ursprungsregeln nicht vertragsmäßige oder autonome Handelsregelungen betreffen, die zur Gewährung von über die Anwendung des Artikels I Absatz 1 des GATT 1994 hinausgehenden Zollpräferenzen führen.

2. Ursprungsregeln im Sinne des Absatzes 1 schließen alle Ursprungsregeln ein, die bei nichtpräferentiellen handelspolitischen Instrumenten verwendet werden, beispielsweise bei der Gewährung der Meistbegünstigungsbehandlung nach den Artikeln I, II, III, XI und XIII des GATT 1994, der Erhebung von Antidumping- und Ausgleichszöllen nach Artikel VI des GATT 1994, der Anwendung von Schutzmaßnahmen nach Artikel XIX des GATT 1994, der Anwendung von Ursprungskennzeichnungserfordernissen nach Artikel IX des GATT 1994 und der Anwendung von diskriminierenden mengenmäßigen Beschränkungen oder Zollkontingenten. Sie schließen auch Ursprungsregeln ein, die für das öffentliche Beschaffungswesen und für die Handelsstatistik herangezogen werden.¹

Teil II

DISZIPLINEN FÜR DIE ANWENDUNG VON URSPRUNGSREGELN

Artikel 2

Disziplinen während der Übergangszeit

Bis zur Erfüllung des Arbeitsprogramms für die Harmonisierung der Ursprungsregeln in Teil IV stellen die Mitglieder sicher, daß

- a) bei Erlaß von Verwaltungsvorschriften mit allgemeiner Geltung die zu beachtenden Erfordernisse klar definiert werden. Insbesondere muß
 - i) in Fällen, in denen das Kriterium des Wechsels der zolltariflichen Einreihung angewendet wird, eine solche Ursprungsregel sowie jede Ausnahme dazu eindeutig die Unterpositionen oder Positionen der Zollnomenklatur angeben, auf die sich die Regel bezieht;
 - ii) in Fällen, in denen das Wertprozentsatzkriterium angewendet wird, in den Ursprungsregeln auch die Methode für die Berechnung dieses Prozentsatzes angegeben werden;
 - iii) in Fällen, in denen das Kriterium des Be- oder Verarbeitungsvorgangs vorgeschrieben ist, genau der ursprungsbezügliche Vorgang angegeben werden;
- b) unbeschadet der handelspolitischen Maßnahmen oder Instrumente, mit denen die Ursprungsregeln verbunden sind, letztere weder mittelbar noch unmittelbar zur Erreichung von Handelszielen eingesetzt werden;

¹ Es besteht Einvernehmen darüber, daß diese Bestimmung die Begriffsbestimmungen für "inländischer Wirtschaftszeit" oder "gleichartige Waren des inländischen Wirtschaftszweigs" oder ähnliche Begriffe, wo immer sie Verwendung finden, unberührt läßt.

- c) Ursprungsregeln nicht selbst eine beschränkende, verzerrende oder zerrüttende Wirkung auf den Handel ausüben. Sie sollen keine übermäßig strengen Erfordernisse auferlegen und die Feststellung des Ursprungslandes nicht von der Erfüllung einer nicht mit der Be- oder Verarbeitung zusammenhängenden Voraussetzung abhängig machen. Jedoch können nicht unmittelbar mit der Be- oder Verarbeitung zusammenhängende Kosten für die Zwecke der Anwendung eines Wertprozentsatzkriteriums gemäß Buchstabe a) einbezogen werden;
- d) die Ursprungsregeln, die sie auf Einführen und Ausführen anwenden, nicht strenger sind als die Ursprungsregeln, die sie für die Feststellung zugrunde legen, ob es sich um eine inländische Ware² handelt oder nicht, und unabhängig von der Verbundenheit der Hersteller der betreffenden Ware² keine Diskriminierung zwischen anderen Mitgliedern bewirken;
- e) bestehende Ursprungsregeln in folgerichtiger, einheitlicher, unvoreingenommener und vertretbarer Weise verwaltet werden;
- f) die Ursprungsregeln auf einem positiven Konzept beruhen. Ursprungsregeln, die angeben, was nicht ursprungsbegündend ist (negatives Konzept), sind als Teil der Erläuterung eines positiven Konzepts oder in Einzelfällen zulässig, in denen eine positive Ursprungsfeststellung nicht notwendig ist;
- g) ihre Rechtsvorschriften sowie ihre Gerichts- und Verwaltungsentscheidungen mit allgemeiner Geltung im Zusammenhang mit den Ursprungsregeln nach Maßgabe des Artikels X Absatz 1 des GATT 1994 veröffentlicht werden, als ob sie diesem Artikel unterlägen;

² In bezug auf Ursprungsregeln, die für die Zwecke des öffentlichen Beschaffungswesens angewendet werden, begründet diese Bestimmung keine Verpflichtungen zusätzlich zu denen, die von den Mitgliedern aufgrund des GATT 1994 eingegangen wurden.

- h) auf Antrag eines Ausführers, eines Einführers oder einer anderen Person, die ein begründetes Bedürfnis nachweist, eine Feststellung des Ursprungs, den sie einer Ware verleihen würden, so bald wie möglich, spätestens jedoch 150 Tage³ nach einem solchen Antrag erteilt wird, sofern alle erforderlichen Angaben vorgelegt worden sind. Anträge auf eine solche Feststellung werden vor dem Beginn der Handelsgeschäfte mit der betreffenden Ware angenommen und können zu einem späteren Zeitpunkt angenommen werden. Eine solche Feststellung bleibt drei Jahre lang gültig, sofern die Tatsachen und Umstände einschließlich der Ursprungsregeln, aufgrund deren sie erteilt wurde, vergleichbar bleiben. Sofern die beteiligten Parteien im voraus unterrichtet werden, wird eine solche Feststellung ungültig, wenn in einer Prüfung gemäß Buchstabe j) eine der Feststellung zuwiderlaufende Entscheidung getroffen wird. Die Feststellungen werden vorbehaltlich des Buchstabens k) der Öffentlichkeit verfügbar gemacht;
- i) bei der Einführung von Änderungen bestehender Ursprungsregeln oder neuen Ursprungsregeln solche Änderungen nach Maßgabe und unbeschadet ihrer Rechtsvorschriften nicht rückwirkend angewendet werden;
- j) Verwaltungsmaßnahmen, die sie im Rahmen von der Ursprungsfeststellung treffen, unverzüglich durch gerichtliche, schiedsrichterliche oder administrative Instanzen oder Verfahren geprüft werden können, die von der für die Ursprungsfeststellung zuständigen Behörde unabhängig sind und die Feststellung ändern oder aufheben können;
- k) alle Informationen, die ihrer Natur nach vertraulich sind oder die auf vertraulicher Grundlage für die Zwecke der Anwendung der Ursprungsregeln zur Verfügung gestellt werden, von den betreffenden Behörden streng vertraulich behandelt werden, die sie ohne ausdrückliche Erlaubnis der Person oder Regierung, die solche Informationen zur Verfügung stellt, nicht weitergeben, ausgenommen - soweit notwendig - im Rahmen von Gerichtsverfahren.

³ Im Falle von Anträgen, die im ersten Jahr nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens gestellt werden, sind die Mitglieder lediglich verpflichtet, diese Feststellungen so bald wie möglich zu erteilen.

*Artikel 3**Disziplinen nach der Übergangszeit*

Unter Berücksichtigung des von allen Mitgliedern angestrebten Ziels, als Ergebnis des Arbeitsprogramms für die Harmonisierung in Teil IV harmonisierte Ursprungsregeln festzulegen, stellen die Mitglieder bei der Umsetzung der Ergebnisse des Arbeitsprogramms für die Harmonisierung sicher, daß

- a) sie die Ursprungsregeln gleichermaßen für alle in Artikel 1 genannten Zwecke anwenden;
- b) nach ihren Ursprungsregeln das Ursprungsland einer bestimmten Ware entweder das Land ist, in dem diese Ware vollständig gewonnen oder hergestellt worden ist, oder - wenn mehr als ein Land an der Herstellung einer Ware beteiligt ist - das Land, in dem die letzte wesentliche Be- oder Verarbeitung durchgeführt worden ist;
- c) die Ursprungsregeln, die sie auf Einführen und Ausführen anwenden, nicht strenger sind als die Ursprungsregeln, die sie für die Feststellung zugrunde legen, ob es sich um eine inländische Ware handelt oder nicht, und unabhängig von der Verbundenheit der Hersteller der betreffenden Ware keine Diskriminierung zwischen anderen Mitgliedern bewirken;
- d) the Ursprungsregeln in folgerichtiger, einheitlicher, unvoreingenommener und vertretbarer Weise verwaltet werden;
- e) ihre Rechtsvorschriften und ihre Gerichts- und Verwaltungsentscheidungen mit allgemeiner Geltung im Zusammenhang mit den Ursprungsregeln nach Maßgabe des Artikels X Absatz 1 des GATT 1994 veröffentlicht werden, als ob sie diesem Artikel unterlägen;
- f) auf Antrag eines Ausführers, eines Einführers oder einer anderen Person, die ein begründetes Bedürfnis nachweist, eine Feststellung des Ursprungs, den sie einer Ware verleihen würden, so bald wie möglich, spätestens jedoch 150 Tage nach einem solchen Antrag erteilt wird, sofern alle erforderlichen Angaben vorgelegt worden sind. Anträge auf eine solche Feststellung werden vor dem Beginn der Handelsgeschäfte mit der betreffenden Ware angenommen und können zu einem späteren Zeitpunkt angenommen werden. Eine solche Feststellung bleibt drei Jahre lang gültig, sofern die Tatsachen und Umstände einschließlich der Ursprungsregeln, aufgrund deren sie erteilt wurde, vergleichbar bleiben. Sofern die beteiligten Parteien im voraus unterrichtet werden, wird eine solche Feststellung ungültig, wenn in einer Überprüfung gemäß Buchstabe h) eine der Feststellung zuwiderlaufende Entscheidung getroffen wird. Die Feststellungen werden vorbehaltlich des Buchstabens i) der Öffentlichkeit verfügbar gemacht;
- g) bei der Einführung von Änderungen bestehender Ursprungsregeln oder neuen Ursprungsregeln solche Änderungen nach Maßgabe und unbeschadet ihrer Rechtsvorschriften nicht rückwirkend angewendet werden;
- h) Verwaltungsmaßnahmen, die sie im Zusammenhang mit der Ursprungsfeststellung treffen, unverzüglich durch gerichtliche, schiedsrichterliche oder administrative Instanzen oder Verfahren geprüft werden können, die von der für die Ursprungsfeststellung zuständigen Behörde unabhängig sind und die Feststellung ändern oder aufheben können;
- i) alle Informationen, die ihrer Natur nach vertraulich sind oder die auf vertraulicher Grundlage für die Zwecke der Anwendung der Ursprungsregeln zur Verfügung gestellt werden, von den betreffenden Behörden streng vertraulich behandelt werden, die sie ohne ausdrückliche Erlaubnis der Person oder Regierung, die solche Informationen zur Verfügung stellt, nicht weitergeben, ausgenommen - soweit notwendig - im Rahmen von Gerichtsverfahren.

Teil III

VERFAHRENSBESTIMMUNGEN ÜBER NOTIFIKATION, PRÜFUNG,
KONSULTATIONEN UND STREITBEILEGUNG*Artikel 4**Institutionen*

1. Es wird ein Ausschuß für Ursprungsregeln (in diesem Übereinkommen "Ausschuß" genannt) eingesetzt, der sich aus Vertretern aller Mitglieder zusammensetzt. Der Ausschuß wählt seinen Vorsitzenden; er tagt nach Bedarf, jedoch mindestens einmal im Jahr, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, über Angelegenheiten betreffend die Durchführung der Teile I, II, III und IV oder über die Förderung der in diesen Teilen vorgesehene Ziele zu beraten, und um solche Aufgaben zu erfüllen, die ihm nach diesem Übereinkommen oder vom Rat für Warenverkehr übertragen werden. Der Ausschuß ersucht den Technischen Ausschuß nach Absatz 2 gegebenenfalls um Informationen und Beratung in Angelegenheiten, die sich auf dieses Übereinkommen beziehen. Der Ausschuß kann den Technischen Ausschuß auch um andere Arbeiten ersuchen, die er zur Förderung der oben erwähnten Ziele dieses Übereinkommens für geeignet hält. Das WTO-Sekretariat nimmt die Sekretariatsgeschäfte für den Ausschuß wahr.

2. Ein Technischer Ausschuß für Ursprungsregeln (in diesem Übereinkommen "Technischer Ausschuß" genannt) wird unter der Schirmherrschaft des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens (RZZ) nach Maßgabe des Anhangs I eingesetzt. Der Technische Ausschuß führt die in Teil IV verlangten und in Anhang I vorgesehenen technischen Arbeiten durch. Der Technische Ausschuß ersucht den Ausschuß gegebenenfalls um Informationen und Beratung in Angelegenheiten, die sich auf dieses Übereinkommen beziehen. Der Technische Ausschuß kann den Ausschuß auch um andere Arbeiten ersuchen, die er zur Förderung der oben erwähnten Ziele dieses Übereinkommens für geeignet hält. Das RZZ-Sekretariat nimmt die Sekretariatsgeschäfte für den Technischen Ausschuß wahr.

*Artikel 5**Mitteilung und Verfahren für die Änderung von Ursprungsregeln
sowie die Einführung neuer Ursprungsregeln*

1. Jedes Mitglied teilt innerhalb von 90 Tagen nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens seine Ursprungsregeln sowie Gerichts- und Verwaltungsentscheidungen mit allgemeiner Geltung im Zusammenhang mit Ursprungsregeln, die am Tag des Inkrafttretens des WTO-Abkommens wirksam sind, dem Sekretariat mit. Ist versehentlich eine Ursprungsregel nicht mitgeteilt worden, so teilt sie das betreffende

Mitglied unmittelbar nach Bekanntwerden dieses Umstands mit. Die Listen der beim Sekretariat eingegangenen und verfügbaren Informationen werden den Mitgliedern vom Sekretariat zugeleitet.

2. Während des in Artikel 2 genannten Zeitraums veröffentlichen Mitglieder, die Änderungen bestehender Ursprungsregeln ausgenommen minimale Änderungen vornehmen oder neue Ursprungsregeln einführen, worunter für die Zwecke dieses Artikels alle Ursprungsregeln im Sinne des Absatzes 1 zu verstehen sind, die nicht dem Sekretariat mitgeteilt worden sind, eine diesbezügliche Bekanntmachung mindestens 60 Tage vor dem Inkrafttreten der geänderten oder neuen Regel, damit interessierte Parteien von der Absicht, eine Ursprungsregel zu ändern oder eine neue Ursprungsregel einzuführen, Kenntnis nehmen können, es sei denn, daß sich für ein Mitglied außergewöhnliche Umstände ergeben oder zu ergeben drohen. In solchen außergewöhnlichen Fällen veröffentlicht das betreffende Mitglied die geänderte oder neue Regel so bald wie möglich.

Artikel 6

Prüfung

1. Der Ausschuß prüft jährlich die Umsetzung und Durchführung der Teile II und III unter Bezugnahme auf die Ziele dieses Übereinkommens. Der Ausschuß unterrichtet jährlich den Rat für Warenverkehr von den Entwicklungen im jeweiligen Prüfungszeitraum.

2. Der Ausschuß prüft die Bestimmungen der Teile I, II und III und schlägt Änderungen vor, die erforderlich sind, um den Ergebnissen des Arbeitsprogramms für die Harmonisierung Rechnung zu tragen.

3. Der Ausschuß richtet in Zusammenarbeit mit dem Technischen Ausschuß einen Mechanismus ein, um Änderungen zu prüfen und vorzuschlagen, wobei er die in Artikel 9 aufgeführten Ziele und Grundsätze berücksichtigt. Dies kann Fälle einschließen, in denen die Regeln besser handhabbar gemacht oder unter Berücksichtigung neuer Herstellungsverfahren aufgrund technologischer Änderungen auf den neuesten Stand gebracht werden müssen.

Artikel 7

Konsultation

Artikel XXII des GATT 1994, ergänzt und ausgelegt durch die Streitbeilegungsvereinbarung, gilt für dieses Übereinkommen.

Artikel 8

Streitbeilegung

Artikel XXIII des GATT 1994, ergänzt und ausgelegt durch die Streitbeilegungsvereinbarung, gilt für dieses Übereinkommen.

Teil IV

HARMONISIERUNG DER URSPRUNGSREGELN

Artikel 9

Ziele und Grundsätze

1. Mit dem Ziel, die Ursprungsregeln zu harmonisieren und unter anderem eine größere Sicherheit bei der Abwicklung des Welthandels zu gewährleisten, nimmt die Ministerkonferenz im Einvernehmen mit dem RZZ das nachstehend aufgeführte Arbeitsprogramm unter Zugrundelegung folgender Grundsätze an

- a) die Ursprungsregeln sollen gleichermaßen für alle in Artikel 1 genannten Zwecke angewendet werden;
- b) die Ursprungsregeln sollen gewährleisten, daß als Ursprungsland einer bestimmten Ware entweder das Land bezeichnet wird, in dem diese Ware vollständig gewonnen oder hergestellt worden ist, oder - wenn mehr als ein Land an der Herstellung einer Ware beteiligt ist - das Land, in dem die letzte wesentliche Be- oder Verarbeitung durchgeführt worden ist;
- c) die Ursprungsregeln sollen objektiv, verständlich und vorhersehbar sein;
- d) unbeschadet der handelspolitischen Maßnahmen oder Instrumente, mit denen die Ursprungsregeln verbunden sind, sollen letztere weder mittelbar noch unmittelbar zur Erreichung von Handelszielen eingesetzt werden. Sie sollen nicht selbst eine beschränkende, verzerrende oder zerrüttende Wirkung auf den Handel ausüben. Sie sollen keine übermäßig strengen Erfordernisse auferlegen und die Feststellung des Ursprungslandes nicht von der Erfüllung einer nicht mit der Be- oder Verarbeitung zusammenhängenden Voraussetzung abhängig machen. Jedoch können nicht unmittelbar mit der Be- oder Verarbeitung zusammenhängende Kosten für die Zwecke der Anwendung eines Wertprozentsatzkriteriums einbezogen werden;
- e) die Ursprungsregeln sollen in folgerichtiger, einheitlicher, unvoreingenommener und vertretbarer Weise verwaltet werden können;
- f) die Ursprungsregeln sollen kohärent sein;
- g) die Ursprungsregeln sollen auf einem positiven Konzept beruhen. Auf einem negativen Konzept beruhende Ursprungsregeln sind zur Erläuterung eines positiven Konzepts zulässig.

Arbeitsprogramm

2. a) Das Arbeitsprogramm wird so bald wie möglich nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens in Angriff genommen und innerhalb von drei Jahren nach Arbeitsbeginn abgeschlossen.
- b) Der Ausschuß und der Technische Ausschuß nach Artikel 4 sind die geeigneten Organe für die Durchführung dieser Arbeiten.
- c) Damit der RZZ in Einzelheiten gehende Vorleistungen erbringen kann, ersucht der Ausschuß den Technischen Ausschuß, seine Auslegungen und Stellungnahmen mitzuteilen, die sich aus den nachstehend beschriebenen Arbeiten unter Zugrundelegung der Grundsätze in Absatz 1 ergeben. Um einen zeitgerechten Abschluß des Arbeitsprogramms für die Harmonisierung zu gewährleisten, werden die Arbeiten nach Warengruppen entsprechend den verschiedenen Kapiteln oder Abschnitten der Nomenklatur des Harmonisierten Systems (HS) durchgeführt.

i) *Vollständig gewonnen oder hergestellt und minimale Be- oder Verarbeitungsvorgänge*

Der Technische Ausschuß erarbeitet harmonisierte Begriffsbestimmungen für:

- Waren, die als vollständig in einem Land gewonnen oder hergestellt gelten. Diese Arbeiten sollen so ausführlich wie möglich sein;
- minimale Be- oder Verarbeitungsvorgänge, die für sich gesehen nicht ursprungsbe gründend sind.

Die Ergebnisse dieser Arbeiten werden dem Ausschuß innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Ersuchens des Ausschusses vorgelegt.

(ii) *Wesentliche Be- oder Verarbeitung - Wechsel der zolltariflichen Einreihung*

- Der Technische Ausschuß wird unter Zugrundelegung des Kriteriums der wesentlichen Be- oder Verarbeitung folgendes prüfen und erarbeiten: die Verwendung des Wechsels der Tarifposition oder -unterposition bei der Entwicklung von Ursprungsregeln für einzelne Waren oder für einen Warensektor sowie gegebenenfalls die dieses Kriterium erfüllende Mindeständerung der Einreihung in die Nomenklatur.
- Der Technische Ausschuß wird seine Arbeit unter Zugrundelegung der Kapitel oder Abschnitte der Nomenklatur des Harmonisierten Systems (HS) nach Waren aufteilen und die Ergebnisse seiner Arbeiten zumindest vierteljährlich dem Ausschuß vorlegen. Der Technische Ausschuß schließt die vorgenannten Arbeiten innerhalb von einem Jahr und drei Monaten nach Eingang des Ersuchens des Ausschusses ab.

(iii) *Wesentliche Be- oder Verarbeitung - Zusätzliche Kriterien*

Bei Abschluß der Arbeiten nach Ziffer ii) für Warenspektoren oder einzelne Warengruppen, für die das Kriterium der wesentlichen Be- oder Verarbeitung bei der ausschließlicher Verwendung der HS-Nomenklatur nicht zum Ausdruck gebracht werden kann, wird der Technische Ausschuß

- unter Zugrundelegung des Kriteriums der wesentlichen Be- oder Verarbeitung folgendes prüfen und erarbeiten: die ergänzende oder ausschließliche Verwendung anderer Erfordernisse einschließlich Wertprozentsätze⁴ und/oder Be- oder Verarbeitungsvorgänge⁵ bei der Entwicklung von Ursprungsregeln für einzelne Waren oder für einen Warenaktor;
- gegebenenfalls Erläuterungen zu seinen Vorschlägen vorlegen;
- seine Arbeiten unter Zugrundelegung der Kapitel oder Abschnitte der Nomenklatur des Harmonisierten Systems (HS) nach Waren aufteilen und die Ergebnisse seiner Arbeiten zumindest vierteljährlich dem Ausschuss vorlegen. Der Technische Ausschuss schließt die vorgenannten Arbeiten innerhalb von einem Jahr und drei Monaten nach Eingang des Ersuchens des Ausschusses ab.

Aufgabe des Ausschusses

3. Unter Zugrundelegung der in Absatz 1 enthaltenen Grundsätze
 - a) prüft der Ausschuss in regelmäßigen Zeitabständen gemäß dem Zeitplan nach Absatz 2 Buchstabe c) Ziffern i), ii) und iii) die Auslegungen und Stellungnahmen des Technischen Ausschusses im Hinblick auf ihre Bestätigung. Der Ausschuss kann den Technischen Ausschuss ersuchen, seine Arbeit zu verfeinern oder weiter auszuführen und/oder neue Konzepte zu entwickeln. Zur Unterstützung des Technischen Ausschusses soll der Ausschuss seine Gründe für das Ersuchen um zusätzliche Arbeiten darlegen und gegebenenfalls Alternativkonzepte vorschlagen;
 - b) nach Abschluß aller unter den Ziffern i), ii) und iii) aufgeführten Arbeiten prüft der Ausschuss die Ergebnisse im Hinblick auf ihre globale Kohärenz.

Ergebnisse des Arbeitsprogramms für die Harmonisierung und weitere Arbeiten

4. Die Ministerkonferenz legt die Ergebnisse des Harmonisierungsarbeitsprogramms in einem Anhang fest, der Bestandteil dieses Übereinkommens⁶ ist. Die Ministerkonferenz legt einen Zeitrahmen für das Inkrafttreten dieses Anhangs fest.

⁴ Ist das Wertprozentsatzkriterium vorgeschrieben, so ist in den Ursprungsregeln auch die Methode für die Berechnung dieses Prozentsatzes anzugeben.

⁵ Ist das Kriterium des Be- oder Verarbeitungsvorgangs vorgeschrieben, so ist der ursprungsbezügliche Vorgang genau anzugeben.

⁶ Gleichzeitig werden Vereinbarungen über die Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit der zolltariflichen Einreihung in Betracht gezogen.

ANHANG I

TECHNISCHER AUSSCHUSS FÜR URSPRUNGSREGELN

Aufgaben

1. Die laufenden Aufgaben des Technischen Ausschusses schließen ein:
 - a) auf Antrag eines Mitglieds des Technischen Ausschusses Untersuchung spezifischer technischer Probleme, die bei der Verwaltung der Ursprungsregeln der Mitglieder auftreten, und beratende Stellungnahmen zu geeigneten Lösungen anhand der vorgelegten Tatsachen;
 - b) Unterrichtung und Beratung in allen Angelegenheiten, die sich auf die Feststellung des Ursprungs von Waren beziehen, wenn ein Mitglied oder der Ausschuß dies beantragt;
 - c) Ausarbeitung und Verteilung von regelmäßigen Berichten über die Durchführung und den Stand dieses Übereinkommen in technischer Hinsicht;
 - d) jährliche Prüfung der technischen Aspekte der Umsetzung und Durchführung der Teile II und III.
2. Der Technische Ausschuß übernimmt alle weiteren Aufgaben, die ihm vom Ausschuß übertragen werden.
3. Der Technische Ausschuß ist bestrebt, seine Arbeiten über spezifischen Angelegenheiten, insbesondere die ihm von Mitgliedern oder dem Ausschuß übertragenen Arbeiten, in angemessener kurzer Zeit abzuschließen.

Vertretung

4. Jedes Mitglied ist berechtigt, Vertreter in den Technischen Ausschuß zu entsenden. Jedes Mitglied kann einen Delegierten und einen oder mehrere Stellvertreter zu seinen Vertretern im Technischen Ausschuß ernennen. Ein auf diese Weise im Technischen Ausschuß vertretenes Mitglied wird im folgenden als "Mitglied des Technischen Ausschusses" bezeichnet. Die Vertreter von Mitgliedern des Technischen Ausschusses können sich in Sitzungen des Technischen Ausschusses von Beratern unterstützen lassen. Das WTO-Sekretariat kann an den Sitzungen als Beobachter ebenfalls teilnehmen.
5. Mitglieder des RZZ, die nicht Mitglieder der WTO sind, können bei Sitzungen des Technischen Ausschusses durch einen Delegierten und einen oder mehrere Stellvertreter vertreten sein. Diese Vertreter nehmen an den Sitzungen des Technischen Ausschusses als Beobachter teil.
6. Mit Zustimmung des Vorsitzenden des Technischen Ausschusses kann der Generalsekretär des RZZ (in diesem Anhang "Generalsekretär" genannt) Vertreter von Regierungen, die weder Mitglieder der WTO noch Mitglieder des RZZ sind, sowie Vertreter internationaler Organisationen und Handelsvereinigungen einladen, an Sitzungen des Technischen Ausschusses als Beobachter teilzunehmen.
7. Die Ernennungen von Delegierten, Stellvertretern und Beratern für die Sitzungen des Technischen Ausschusses sind an den Generalsekretär zu richten.

Sitzungen

8. Der Technische Ausschuß tritt nach Bedarf, mindestens jedoch einmal jährlich zusammen.

Verfahren

9. Der Technische Ausschuß wählt seinen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung.

ANHANG II

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ÜBER PRÄFERENZURSPRUNGSREGELN

1. In Anerkennung dessen, daß einige Mitglieder Präferenzursprungsregeln anwenden, die sich von den nichtpräferentiellen Ursprungsregeln unterscheiden, *kommen* die Mitglieder wie folgt überein.
2. Für die Zwecke dieser Gemeinsamen Erklärung sind Präferenzursprungsregeln die Rechts- und Verwaltungsvorschriften mit allgemeiner Geltung, die von einem Mitglied bei der Feststellung zugrunde gelegt werden, ob Waren eine Präferenzbehandlung aufgrund von vertragsmäßigen oder autonomen Handelsregelungen erhalten können, die zur Gewährung von Zollpräferenzen über die Anwendung des Artikels I Absatz 1 des GATT 1994 hinaus führen.
3. Die Mitglieder *kommen überein* sicherzustellen, daß
 - a) bei Erlaß von Verwaltungsvorschriften mit allgemeiner Geltung die zu beachtenden Erfordernisse klar definiert werden. Insbesondere muß
 - i) in Fällen, in denen das Kriterium des Wechsels der zolltariflichen Einreihung angewendet wird, eine solche Präferenzursprungsregel sowie jede Ausnahme dazu eindeutig die Unterpositionen oder Positionen der Zollnomenklatur angeben, auf die sich die Regel bezieht;
 - ii) in Fällen, in denen das Wertprozentsatzkriterium angewendet wird, in the Präferenzursprungsregeln auch die Methode für die Berechnung dieses Prozentsatzes angegeben werden ;
 - iii) in Fällen, in denen das Kriterium des Be- oder Verarbeitungsvorgangs vorgeschrieben ist, genau der präferenzursprungsbegründende Vorgang angegeben werden;
 - b) die Präferenzursprungsregeln auf einem positiven Konzept beruhen. Präferenzursprungsregeln, die angeben, was nicht ursprungsbegründend ist (negatives Konzept), sind als Teil der Erläuterung eines positiven Konzepts oder in Einzelfällen zulässig, in denen eine positive Präferenzursprungsfeststellung nicht notwendig ist;

- c) ihre Rechtsvorschriften sowie ihre Gerichts- und Verwaltungsentscheidungen mit allgemeiner Geltung im Zusammenhang mit den Präferenzsprungsregeln nach Maßgabe des Artikels X Absatz 1 des GATT 1994 veröffentlicht werden, als ob sie diesem Artikel unterlägen;
 - d) auf Antrag eines Ausführers, eines Einführers oder einer anderen Person, die ein begründetes Bedürfnis nachweist, eine Feststellung des Präferenzsprungs, den sie einer Ware verleihen würden, so bald wie möglich, spätestens jedoch 150 Tage⁷ nach einem solchen Antrag erteilt wird, sofern alle erforderlichen Angaben vorgelegt worden sind. Anträge auf eine solche Feststellung werden vor dem Beginn der Handelsgeschäfte mit der betreffenden Ware angenommen und können zu einem späteren Zeitpunkt angenommen werden. Eine solche Feststellung bleibt drei Jahre lang gültig, sofern die Tatsachen und Umstände einschließlich der Präferenzsprungsregeln, aufgrund deren sie erteilt wurde, vergleichbar bleiben. Sofern die beteiligten Parteien im voraus unterrichtet werden, wird eine solche Feststellung ungültig, wenn in einer Prüfung gemäß Buchstabe f) eine der Feststellung zuwiderlaufende Entscheidung getroffen wird. Die Feststellungen werden vorbehaltlich des Buchstabens g) der Öffentlichkeit verfügbar gemacht;
 - e) bei der Einführung von Änderungen bestehender Präferenzsprungsregeln oder neuen Präferenzsprungsregeln solche Änderungen nach Maßgabe und unbeschadet ihrer Rechtsvorschriften nicht rückwirkend angewendet werden;
 - f) Verwaltungsmaßnahmen, die sie im Zusammenhang mit der Präferenzsprungsfeststellung treffen, unverzüglich durch gerichtliche, schiedsgerichtliche oder administrative Instanzen oder Verfahren geprüft werden können, die von der für die Präferenzsprungsfeststellung zuständigen Behörde unabhängig sind und die Feststellung ändern oder aufheben können;
 - g) alle Informationen, die ihrer Natur nach vertraulich sind oder die auf vertraulicher Grundlage für die Zwecke der Anwendung der Präferenzsprungsregeln zur Verfügung gestellt werden, von den betreffenden Behörden streng vertraulich behandelt werden, die sie ohne ausdrückliche Erlaubnis der Person oder Regierung, die solche Informationen zur Verfügung stellt, nicht weitergeben, ausgenommen - soweit notwendig - im Rahmen von Gerichtsverfahren.
4. Die Mitglieder *kommen überein*, bestehende Präferenzsprungsregeln einschließlich einer Liste der Präferenzvereinbarungen, auf die sich diese Regeln beziehen, sowie Gerichts- und Verwaltungsentscheidungen mit allgemeiner Geltung im Zusammenhang mit Präferenzsprungsregeln, die am Tag des Inkrafttretens dieser Gemeinsamen Erklärung wirksam sind, unverzüglich dem Sekretariat mitzuteilen. Weiter kommen die Mitglieder überein, Änderungen bestehender Präferenzsprungsregeln oder neue Präferenzsprungsregeln so bald wie möglich dem Sekretariat mitzuteilen. Die Listen der beim Sekretariat eingegangenen und verfügbaren Informationen werden den Mitgliedern vom Sekretariat zugeleitet.

⁷ Im Falle von Anträgen, die im ersten Jahr nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens gestellt werden, sind die Mitglieder lediglich verpflichtet, diese Feststellungen so bald wie möglich zu erteilen.

AGREEMENT ON RULES OF ORIGIN

Members,

Noting that Ministers on 20 September 1986 agreed that the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations shall aim to "bring about further liberalization and expansion of world trade", "strengthen the role of GATT" and "increase the responsiveness of the GATT system to the evolving international economic environment";

Desiring to further the objectives of GATT 1994;

Recognizing that clear and predictable rules of origin and their application facilitate the flow of international trade;

Desiring to ensure that rules of origin themselves do not create unnecessary obstacles to trade;

Desiring to ensure that rules of origin do not nullify or impair the rights of Members under GATT 1994;

Recognizing that it is desirable to provide transparency of laws, regulations, and practices regarding rules of origin;

Desiring to ensure that rules of origin are prepared and applied in an impartial, transparent, predictable, consistent and neutral manner;

Recognizing the availability of a consultation mechanism and procedures for the speedy, effective and equitable resolution of disputes arising under this Agreement;

Desiring to harmonize and clarify rules of origin;

Hereby *agree* as follows:

PART I**DEFINITIONS AND COVERAGE***Article 1**Rules of Origin*

1. For the purposes of Parts I to IV of this Agreement, rules of origin shall be defined as those laws, regulations and administrative determinations of general application applied by any Member to determine the country of origin of goods provided such rules of origin are not related to contractual or autonomous trade regimes leading to the granting of tariff preferences going beyond the application of paragraph 1 of Article I of GATT 1994.

2. Rules of origin referred to in paragraph 1 shall include all rules of origin used in non-preferential commercial policy instruments, such as in the application of: most-favoured-nation treatment under Articles I, II, III, XI and XIII of GATT 1994; anti-dumping and countervailing duties under Article VI of GATT 1994; safeguard measures under Article XIX of GATT 1994; origin marking requirements under Article IX of GATT 1994; and any discriminatory quantitative

restrictions or tariff quotas. They shall also include rules of origin used for government procurement and trade statistics.¹

PART II

DISCIPLINES TO GOVERN THE APPLICATION OF RULES OF ORIGIN

Article 2

Disciplines During the Transition Period

Until the work programme for the harmonization of rules of origin set out in Part IV is completed, Members shall ensure that:

- (a) when they issue administrative determinations of general application, the requirements to be fulfilled are clearly defined. In particular:
 - (i) in cases where the criterion of change of tariff classification is applied, such a rule of origin, and any exceptions to the rule, must clearly specify the subheadings or headings within the tariff nomenclature that are addressed by the rule;
 - (ii) in cases where the ad valorem percentage criterion is applied, the method for calculating this percentage shall also be indicated in the rules of origin;
 - (iii) in cases where the criterion of manufacturing or processing operation is prescribed, the operation that confers origin on the good concerned shall be precisely specified;
- (b) notwithstanding the measure or instrument of commercial policy to which they are linked, their rules of origin are not used as instruments to pursue trade objectives directly or indirectly;
- (c) rules of origin shall not themselves create restrictive, distorting, or disruptive effects on international trade. They shall not pose unduly strict requirements or require the fulfilment of a certain condition not related to manufacturing or processing, as a prerequisite for the determination of the country of origin. However, costs not directly related to manufacturing or processing may be included for the purposes of the application of an ad valorem percentage criterion consistent with subparagraph (a);
- (d) the rules of origin that they apply to imports and exports are not more stringent than the rules of origin they apply to determine whether or not a good is domestic and shall not discriminate between other Members, irrespective of the affiliation of the manufacturers of the good concerned²;

¹It is understood that this provision is without prejudice to those determinations made for purposes of defining "domestic industry" or "like products of domestic industry" or similar terms wherever they apply.

²With respect to rules of origin applied for the purposes of government procurement, this provision shall not create obligations additional to those already assumed by Members under GATT 1994.

- (e) their rules of origin are administered in a consistent, uniform, impartial and reasonable manner;
- (f) their rules of origin are based on a positive standard. Rules of origin that state what does not confer origin (negative standard) are permissible as part of a clarification of a positive standard or in individual cases where a positive determination of origin is not necessary;
- (g) their laws, regulations, judicial decisions and administrative rulings of general application relating to rules of origin are published as if they were subject to, and in accordance with, the provisions of paragraph 1 of Article X of GATT 1994;
- (h) upon the request of an exporter, importer or any person with a justifiable cause, assessments of the origin they would accord to a good are issued as soon as possible but no later than 150 days³ after a request for such an assessment provided that all necessary elements have been submitted. Requests for such assessments shall be accepted before trade in the good concerned begins and may be accepted at any later point in time. Such assessments shall remain valid for three years provided that the facts and conditions, including the rules of origin, under which they have been made remain comparable. Provided that the parties concerned are informed in advance, such assessments will no longer be valid when a decision contrary to the assessment is made in a review as referred to in subparagraph (j). Such assessments shall be made publicly available subject to the provisions of subparagraph (k);
- (i) when introducing changes to their rules of origin or new rules of origin, they shall not apply such changes retroactively as defined in, and without prejudice to, their laws or regulations;
- (j) any administrative action which they take in relation to the determination of origin is reviewable promptly by judicial, arbitral or administrative tribunals or procedures, independent of the authority issuing the determination, which can effect the modification or reversal of the determination;
- (k) all information that is by nature confidential or that is provided on a confidential basis for the purpose of the application of rules of origin is treated as strictly confidential by the authorities concerned, which shall not disclose it without the specific permission of the person or government providing such information, except to the extent that it may be required to be disclosed in the context of judicial proceedings.

Article 3

Disciplines after the Transition Period

Taking into account the aim of all Members to achieve, as a result of the harmonization work programme set out in Part IV, the establishment of harmonized rules of origin, Members shall ensure, upon the implementation of the results of the harmonization work programme, that:

- (a) they apply rules of origin equally for all purposes as set out in Article 1;

³In respect of requests made during the first year from the date of entry into force of the WTO Agreement, Members shall only be required to issue these assessments as soon as possible.

- (b) under their rules of origin, the country to be determined as the origin of a particular good is either the country where the good has been wholly obtained or, when more than one country is concerned in the production of the good, the country where the last substantial transformation has been carried out;
- (c) the rules of origin that they apply to imports and exports are not more stringent than the rules of origin they apply to determine whether or not a good is domestic and shall not discriminate between other Members, irrespective of the affiliation of the manufacturers of the good concerned;
- (d) the rules of origin are administered in a consistent, uniform, impartial and reasonable manner;
- (e) their laws, regulations, judicial decisions and administrative rulings of general application relating to rules of origin are published as if they were subject to, and in accordance with, the provisions of paragraph 1 of Article X of GATT 1994;
- (f) upon the request of an exporter, importer or any person with a justifiable cause, assessments of the origin they would accord to a good are issued as soon as possible but no later than 150 days after a request for such an assessment provided that all necessary elements have been submitted. Requests for such assessments shall be accepted before trade in the good concerned begins and may be accepted at any later point in time. Such assessments shall remain valid for three years provided that the facts and conditions, including the rules of origin, under which they have been made remain comparable. Provided that the parties concerned are informed in advance, such assessments will no longer be valid when a decision contrary to the assessment is made in a review as referred to in subparagraph (h). Such assessments shall be made publicly available subject to the provisions of subparagraph (i);
- (g) when introducing changes to their rules of origin or new rules of origin, they shall not apply such changes retroactively as defined in, and without prejudice to, their laws or regulations;
- (h) any administrative action which they take in relation to the determination of origin is reviewable promptly by judicial, arbitral or administrative tribunals or procedures, independent of the authority issuing the determination, which can effect the modification or reversal of the determination;
- (i) all information which is by nature confidential or which is provided on a confidential basis for the purpose of the application of rules of origin is treated as strictly confidential by the authorities concerned, which shall not disclose it without the specific permission of the person or government providing such information, except to the extent that it may be required to be disclosed in the context of judicial proceedings.

PART III

PROCEDURAL ARRANGEMENTS ON NOTIFICATION, REVIEW,
CONSULTATION AND DISPUTE SETTLEMENT*Article 4**Institutions*

1. There is hereby established a Committee on Rules of Origin (referred to in this Agreement as "the Committee") composed of the representatives from each of the Members. The Committee shall elect its own Chairman and shall meet as necessary, but not less than once a year, for the purpose of affording Members the opportunity to consult on matters relating to the operation of Parts I, II, III and IV or the furtherance of the objectives set out in these Parts and to carry out such other responsibilities assigned to it under this Agreement or by the Council for Trade in Goods. Where appropriate, the Committee shall request information and advice from the Technical Committee referred to in paragraph 2 on matters related to this Agreement. The Committee may also request such other work from the Technical Committee as it considers appropriate for the furtherance of the above-mentioned objectives of this Agreement. The WTO Secretariat shall act as the secretariat to the Committee.

2. There shall be established a Technical Committee on Rules of Origin (referred to in this Agreement as "the Technical Committee") under the auspices of the Customs Co-operation Council (CCC) as set out in Annex I. The Technical Committee shall carry out the technical work called for in Part IV and prescribed in Annex I. Where appropriate, the Technical Committee shall request information and advice from the Committee on matters related to this Agreement. The Technical Committee may also request such other work from the Committee as it considers appropriate for the furtherance of the above-mentioned objectives of the Agreement. The CCC Secretariat shall act as the secretariat to the Technical Committee.

*Article 5**Information and Procedures for Modification
and Introduction of New Rules of Origin*

1. Each Member shall provide to the Secretariat, within 90 days after the date of entry into force of the WTO Agreement for it, its rules of origin, judicial decisions, and administrative rulings of general application relating to rules of origin in effect on that date. If by inadvertence a rule of origin has not been provided, the Member concerned shall provide it immediately after this fact becomes known. Lists of information received and available with the Secretariat shall be circulated to the Members by the Secretariat.

2. During the period referred to in Article 2, Members introducing modifications, other than *de minimis* modifications, to their rules of origin or introducing new rules of origin, which, for the purpose of this Article, shall include any rule of origin referred to in paragraph 1 and not provided to the Secretariat, shall publish a notice to that effect at least 60 days before the entry into force of the modified or new rule in such a manner as to enable interested parties to become acquainted with the intention to modify a rule of origin or to introduce a new rule of origin, unless exceptional circumstances arise or threaten to arise for a Member. In these exceptional cases, the Member shall publish the modified or new rule as soon as possible.

*Article 6**Review*

1. The Committee shall review annually the implementation and operation of Parts II and III of this Agreement having regard to its objectives. The Committee shall annually inform the Council for Trade in Goods of developments during the period covered by such reviews.
2. The Committee shall review the provisions of Parts I, II and III and propose amendments as necessary to reflect the results of the harmonization work programme.
3. The Committee, in cooperation with the Technical Committee, shall set up a mechanism to consider and propose amendments to the results of the harmonization work programme, taking into account the objectives and principles set out in Article 9. This may include instances where the rules need to be made more operational or need to be updated to take into account new production processes as affected by any technological change.

*Article 7**Consultation*

The provisions of Article XXII of GATT 1994, as elaborated and applied by the Dispute Settlement Understanding, are applicable to this Agreement.

*Article 8**Dispute Settlement*

The provisions of Article XXIII of GATT 1994, as elaborated and applied by the Dispute Settlement Understanding, are applicable to this Agreement.

PART IV**HARMONIZATION OF RULES OF ORIGIN***Article 9**Objectives and Principles*

1. With the objectives of harmonizing rules of origin and, *inter alia*, providing more certainty in the conduct of world trade, the Ministerial Conference shall undertake the work programme set out below in conjunction with the CCC, on the basis of the following principles:
 - (a) rules of origin should be applied equally for all purposes as set out in Article 1;
 - (b) rules of origin should provide for the country to be determined as the origin of a particular good to be either the country where the good has been wholly obtained or, when more than one country is concerned in the production of the good, the country where the last substantial transformation has been carried out;

- (c) rules of origin should be objective, understandable and predictable;
- (d) notwithstanding the measure or instrument to which they may be linked, rules of origin should not be used as instruments to pursue trade objectives directly or indirectly. They should not themselves create restrictive, distorting or disruptive effects on international trade. They should not pose unduly strict requirements or require the fulfilment of a certain condition not relating to manufacturing or processing as a prerequisite for the determination of the country of origin. However, costs not directly related to manufacturing or processing may be included for purposes of the application of an ad valorem percentage criterion;
- (e) rules of origin should be administrable in a consistent, uniform, impartial and reasonable manner;
- (f) rules of origin should be coherent;
- (g) rules of origin should be based on a positive standard. Negative standards may be used to clarify a positive standard.

Work Programme

2. (a) The work programme shall be initiated as soon after the entry into force of the WTO Agreement as possible and will be completed within three years of initiation.
- (b) The Committee and the Technical Committee provided for in Article 4 shall be the appropriate bodies to conduct this work.
- (c) To provide for detailed input by the CCC, the Committee shall request the Technical Committee to provide its interpretations and opinions resulting from the work described below on the basis of the principles listed in paragraph 1. To ensure timely completion of the work programme for harmonization, such work shall be conducted on a product sector basis, as represented by various chapters or sections of the Harmonized System (HS) nomenclature.

(i) *Wholly Obtained and Minimal Operations or Processes*

The Technical Committee shall develop harmonized definitions of:

- the goods that are to be considered as being wholly obtained in one country. This work shall be as detailed as possible;
- minimal operations or processes that do not by themselves confer origin to a good.

The results of this work shall be submitted to the Committee within three months of receipt of the request from the Committee.

(ii) *Substantial Transformation - Change in Tariff Classification*

- The Technical Committee shall consider and elaborate upon, on the basis of the criterion of substantial transformation, the use of change in tariff subheading or heading when developing rules of origin for particular products or a product sector and, if appropriate, the minimum change within the nomenclature that meets this criterion.

- The Technical Committee shall divide the above work on a product basis taking into account the chapters or sections of the HS nomenclature, so as to submit results of its work to the Committee at least on a quarterly basis. The Technical Committee shall complete the above work within one year and three months from receipt of the request of the Committee.

(iii) *Substantial Transformation - Supplementary Criteria*

Upon completion of the work under subparagraph (ii) for each product sector or individual product category where the exclusive use of the HS nomenclature does not allow for the expression of substantial transformation, the Technical Committee:

- shall consider and elaborate upon, on the basis of the criterion of substantial transformation, the use, in a supplementary or exclusive manner, of other requirements, including ad valorem percentages⁴ and/or manufacturing or processing operations⁵, when developing rules of origin for particular products or a product sector;
- may provide explanations for its proposals;
- shall divide the above work on a product basis taking into account the chapters or sections of the HS nomenclature, so as to submit results of its work to the Committee at least on a quarterly basis. The Technical Committee shall complete the above work within two years and three months of receipt of the request from the Committee.

Role of the Committee

3. On the basis of the principles listed in paragraph 1:

- (a) the Committee shall consider the interpretations and opinions of the Technical Committee periodically in accordance with the time-frames provided in subparagraphs (i), (ii) and (iii) of paragraph 2(c) with a view to endorsing such interpretations and opinions. The Committee may request the Technical Committee to refine or elaborate its work and/or to develop new approaches. To assist the Technical Committee, the Committee should provide its reasons for requests for additional work and, as appropriate, suggest alternative approaches;
- (b) upon completion of all the work identified in subparagraphs (i), (ii) and (iii) of paragraph 2(c), the Committee shall consider the results in terms of their overall coherence.

⁴ If the ad valorem criterion is prescribed, the method for calculating this percentage shall also be indicated in the rules of origin.

⁵ If the criterion of manufacturing or processing operation is prescribed, the operation that confers origin on the product concerned shall be precisely specified.

Results of the Harmonization Work Programme and Subsequent Work

4. The Ministerial Conference shall establish the results of the harmonization work programme in an annex as an integral part of this Agreement.⁶ The Ministerial Conference shall establish a time-frame for the entry into force of this annex.

ANNEX I

TECHNICAL COMMITTEE ON RULES OF ORIGIN

Responsibilities

1. The ongoing responsibilities of the Technical Committee shall include the following:
 - (a) at the request of any member of the Technical Committee, to examine specific technical problems arising in the day-to-day administration of the rules of origin of Members and to give advisory opinions on appropriate solutions based upon the facts presented;
 - (b) to furnish information and advice on any matters concerning the origin determination of goods as may be requested by any Member or the Committee;
 - (c) to prepare and circulate periodic reports on the technical aspects of the operation and status of this Agreement; and
 - (d) to review annually the technical aspects of the implementation and operation of Parts II and III.
2. The Technical Committee shall exercise such other responsibilities as the Committee may request of it.
3. The Technical Committee shall attempt to conclude its work on specific matters, especially those referred to it by Members or the Committee, in a reasonably short period of time.

Representation

4. Each Member shall have the right to be represented on the Technical Committee. Each Member may nominate one delegate and one or more alternates to be its representatives on the Technical Committee. Such a Member so represented on the Technical Committee is hereinafter referred to as a "member" of the Technical Committee. Representatives of members of the Technical Committee may be assisted by advisers at meetings of the Technical Committee. The WTO Secretariat may also attend such meetings with observer status.
5. Members of the CCC which are not Members of the WTO may be represented at meetings of the Technical Committee by one delegate and one or more alternates. Such representatives shall attend meetings of the Technical Committee as observers.

⁶At the same time, consideration shall be given to arrangements concerning the settlement of disputes relating to customs classification.

6. Subject to the approval of the Chairman of the Technical Committee, the Secretary-General of the CCC (referred to in this Annex as "the Secretary-General") may invite representatives of governments which are neither Members of the WTO nor members of the CCC and representatives of international governmental and trade organizations to attend meetings of the Technical Committee as observers.

7. Nominations of delegates, alternates and advisers to meetings of the Technical Committee shall be made to the Secretary-General.

Meetings

8. The Technical Committee shall meet as necessary, but not less than once a year.

Procedures

9. The Technical Committee shall elect its own Chairman and shall establish its own procedures.

ANNEX II

COMMON DECLARATION WITH REGARD TO PREFERENTIAL RULES OF ORIGIN

1. Recognizing that some Members apply preferential rules of origin, distinct from non-preferential rules of origin, the Members hereby *agree* as follows.

2. For the purposes of this Common Declaration, preferential rules of origin shall be defined as those laws, regulations and administrative determinations of general application applied by any Member to determine whether goods qualify for preferential treatment under contractual or autonomous trade regimes leading to the granting of tariff preferences going beyond the application of paragraph 1 of Article I of GATT 1994.

3. The Members *agree* to ensure that:

- (a) when they issue administrative determinations of general application, the requirements to be fulfilled are clearly defined. In particular:
 - (i) in cases where the criterion of change of tariff classification is applied, such a preferential rule of origin, and any exceptions to the rule, must clearly specify the subheadings or headings within the tariff nomenclature that are addressed by the rule;
 - (ii) in cases where the ad valorem percentage criterion is applied, the method for calculating this percentage shall also be indicated in the preferential rules of origin;
 - (iii) in cases where the criterion of manufacturing or processing operation is prescribed, the operation that confers preferential origin shall be precisely specified;
- (b) their preferential rules of origin are based on a positive standard. Preferential rules of origin that state what does not confer preferential origin (negative standard) are

permissible as part of a clarification of a positive standard or in individual cases where a positive determination of preferential origin is not necessary;

- (c) their laws, regulations, judicial decisions and administrative rulings of general application relating to preferential rules of origin are published as if they were subject to, and in accordance with, the provisions of paragraph 1 of Article X of GATT 1994;
- (d) upon request of an exporter, importer or any person with a justifiable cause, assessments of the preferential origin they would accord to a good are issued as soon as possible but no later than 150 days⁷ after a request for such an assessment provided that all necessary elements have been submitted. Requests for such assessments shall be accepted before trade in the good concerned begins and may be accepted at any later point in time. Such assessments shall remain valid for three years provided that the facts and conditions, including the preferential rules of origin, under which they have been made remain comparable. Provided that the parties concerned are informed in advance, such assessments will no longer be valid when a decision contrary to the assessment is made in a review as referred to in subparagraph (f). Such assessments shall be made publicly available subject to the provisions of subparagraph (g);
- (e) when introducing changes to their preferential rules of origin or new preferential rules of origin, they shall not apply such changes retroactively as defined in, and without prejudice to, their laws or regulations;
- (f) any administrative action which they take in relation to the determination of preferential origin is reviewable promptly by judicial, arbitral or administrative tribunals or procedures, independent of the authority issuing the determination, which can effect the modification or reversal of the determination;
- (g) all information that is by nature confidential or that is provided on a confidential basis for the purpose of the application of preferential rules of origin is treated as strictly confidential by the authorities concerned, which shall not disclose it without the specific permission of the person or government providing such information, except to the extent that it may be required to be disclosed in the context of judicial proceedings.

4. Members *agree* to provide to the Secretariat promptly their preferential rules of origin, including a listing of the preferential arrangements to which they apply, judicial decisions, and administrative rulings of general application relating to their preferential rules of origin in effect on the date of entry into force of the WTO Agreement for the Member concerned. Furthermore, Members agree to provide any modifications to their preferential rules of origin or new preferential rules of origin as soon as possible to the Secretariat. Lists of information received and available with the Secretariat shall be circulated to the Members by the Secretariat.

⁷In respect of requests made during the first year from entry into force of the WTO Agreement, Members shall only be required to issue these assessments as soon as possible.

ÜBEREINKOMMEN ÜBER EINFUHLIZENZVERFAHREN

Die Mitglieder -

im Hinblick auf die multilateralen Handelsverhandlungen;

in dem Wunsch, die Ziele des GATT 1994 zu fördern;

in Anbetracht der besonderen Handels-, Entwicklungs- und Finanzbedürfnisse der Entwicklungsland-Mitglieder;

in Anerkennung dessen, daß automatische Einfuhrlizenzverfahren für bestimmte Zwecke sinnvoll sind, aber nicht zur Beschränkung des Handels benutzt werden sollten;

in Anerkennung dessen, daß Einfuhrlizenzverfahren zur Verwaltung von Maßnahmen angewendet werden können, die aufgrund der einschlägigen Bestimmungen des GATT 1994 erlassen worden sind;

in Anerkennung der Bestimmungen des GATT 1994, soweit sie auf Einfuhrlizenzverfahren anwendbar sind;

in dem Wunsch, sicherzustellen, daß Einfuhrlizenzverfahren nicht in einer den Grundsätzen und Verpflichtungen des GATT 1994 zuwiderlaufenden Art und Weise benutzt werden;

in Anerkennung dessen, daß der internationale Handel durch die unangemessene Anwendung von Einfuhrlizenzverfahren behindert werden könnte;

in der Überzeugung, daß das Einfuhrlizenzverfahren, insbesondere das nichtautomatische Einfuhrlizenzverfahren, in einer transparenten und vorhersehbaren Art und Weise durchgeführt werden sollte;

in Anerkennung dessen, daß die nichtautomatischen Einfuhrlizenzverfahren keine größeren administrativen Belastungen verursachen sollten, als für die Verwaltung der betreffenden Maßnahmen unbedingt notwendig ist;

in dem Wunsch, die Verwaltungsverfahren und Verwaltungspraktiken im internationalen Handel zu vereinfachen und transparent zu gestalten sowie eine angemessene und gerechte Anwendung und Durchführung dieser Verfahren und Praktiken sicherzustellen;

in dem Wunsch, ein Konsultationsverfahren zu schaffen und für die rasche, wirksame und gerechte Beilegung von Streitigkeiten im Rahmen dieses Übereinkommens zu sorgen -

kommen wie folgt überein:

Artikel 1
Allgemeine Bestimmungen

1. Im Sinne dieses Übereinkommens sind Einfuhrlicenzverfahren die Verwaltungsverfahren¹ zur Durchführung von Einfuhrlicenzregelungen, bei denen die Vorlage eines Antrags oder anderer Unterlagen (außer den für Zollzwecke verlangten Unterlagen) bei der zuständigen Behörde als Vorbedingung für die Einfuhr in das Zollgebiet des einführenden Mitglieds vorgeschrieben ist.
2. Die Mitglieder stellen sicher, daß die Verwaltungsverfahren zur Durchführung von Einfuhrlicenzregelungen mit den einschlägigen Bestimmungen des GATT 1994 einschließlich seiner Anhänge und Protokolle in der Auslegung durch dieses Übereinkommen übereinstimmen, damit Handelsverzerrungen vermieden werden, die sich aus einer unangemessenen Anwendung dieser Verfahren ergeben können, wobei die Ziele der wirtschaftlichen Entwicklung und die Finanz- und Handelsbedürfnisse der Entwicklungsland-Mitglieder² zu berücksichtigen sind.
3. Die Regeln für Einfuhrlicenzverfahren müssen in ihrer Anwendung neutral sein und in angemessener und gerechter Weise gehandhabt werden.
4. a) Die Regeln und alle Angaben über die Verfahren der Antragstellung einschließlich der Personen, Firmen und Institutionen, die Anträge stellen können, der betreffenden Verwaltungsstelle(n) sowie der Listen lizenzpflichtiger Waren werden in den Quellen, die dem in Artikel 4 vorgesehenen Ausschuß für Einfuhrlicenzverfahren (in diesem Übereinkommen "Ausschuß" genannt) notifiziert werden, in einer Art und Weise veröffentlicht, die den Regierungen³ und dem Handel die Möglichkeit gibt, von ihnen Kenntnis zu nehmen. Die Veröffentlichung erfolgt, soweit möglich, 21 Tage vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Einfuhrlicenzverfahrens, aber in keinem Fall nach dem Zeitpunkt seines Inkrafttretens. Alle Ausnahmen, Abweichungen oder Änderungen in bezug auf die Regeln für Lizenzverfahren oder die Liste der einfuhrlicenzpflichtigen Waren werden ebenfalls innerhalb der vorgenannten Frist in der gleichen Art und Weise veröffentlicht. Eine Kopie dieser Veröffentlichungen wird auch dem Sekretariat zur Verfügung gestellt.
- b) Mitgliedern, die schriftliche Stellungnahmen abgeben wollen, wird auf Antrag die Möglichkeit gegeben, diese Stellungnahmen zu erörtern. Das betroffene Mitglied hat diese Stellungnahmen und die Ergebnisse der Erörterung gebührend zu berücksichtigen.
5. Die Antragsformulare und gegebenenfalls die Verlängerungsformulare werden so einfach wie möglich gestaltet. Unterlagen und Angaben, die für die ordnungsgemäße Durchführung der

¹ Diese Verfahren umfassen "Lizenzverfahren" sowie andere ähnliche Verwaltungsverfahren.

² Die Grundlage, der Umfang oder die Dauer einer Maßnahme, zu deren Durchführung ein Lizenzverfahren eingeführt wird, werden durch dieses Übereinkommen nicht in Frage gestellt.

³ Im Sinne dieses Übereinkommens umfaßt der Ausdruck "Regierungen" auch die zuständigen Behörden der Europäischen Gemeinschaften.

Lizenzregelung für unbedingt notwendig gehalten werden, können bei der Antragstellung angefordert werden.

6. Die Antragsverfahren und gegebenenfalls die Verlängerungsverfahren werden so einfach wie möglich gestaltet. Den Antragstellern wird eine angemessene Frist für die Einreichung von Lizenzanträgen eingeräumt. Im Falle eines Annahmeschlusses soll die Frist mindestens 21 Tage mit Verlängerungsmöglichkeit betragen, wenn innerhalb dieser Frist zu wenige Anträge eingegangen sind. Die Antragsteller brauchen sich im Zusammenhang mit einem Antrag nur an eine Behörde zu wenden. Ist es unvermeidlich, sich an mehr als eine Behörde zu wenden, so wird sich der Antragsteller nicht an mehr als drei Behörden wenden müssen.
7. Anträge dürfen wegen geringfügiger Fehler in den Unterlagen, durch die sich die darin enthaltenen wesentlichen Angaben nicht ändern, nicht zurückgewiesen werden. Bei Unterlassungen oder Irrtümern im Zusammenhang mit den Unterlagen oder Verfahren, die offensichtlich ohne betrügerische Absicht oder grobe Fahrlässigkeit entstanden sind, darf keine schwerere Strafe verhängt werden, als nötig ist, um lediglich eine Warnung auszudrücken.
8. Lizenzpflichtige Einfuhren dürfen wegen geringfügiger Abweichungen des Wertes, der Menge oder des Gewichts von den Angaben in der Lizenz nicht zurückgewiesen werden, wenn diese Abweichungen während des Transports eingetreten sind oder mit der Massengutladung zusammenhängen oder wenn es sich um andere, mit der üblichen Handelspraxis vereinbare geringfügige Abweichungen handelt.
9. Die für die Bezahlung lizenzpflichtiger Einfuhren benötigten Devisen werden den Lizenzinhabern auf derselben Grundlage zur Verfügung gestellt wie Einführern von Waren, für die keine Einfuhrlizenzen verlangt werden.
10. Im Hinblick auf die Ausnahmen zur Wahrung der Sicherheit gilt Artikel XXI des GATT 1994.
11. Dieses Übereinkommen verpflichtet ein Mitglied nicht zur Preisgabe vertraulicher Auskünfte, deren Veröffentlichung die Durchführung der Rechtsvorschriften behindern oder sonst dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen oder die legitimen wirtschaftlichen Interessen bestimmter öffentlicher oder privater Unternehmen schädigen würde.

Artikel 2

Automatische Einfuhrlizenzverfahren⁴

1. Automatische Einfuhrlizenzverfahren sind Einfuhrlizenzverfahren, bei denen die Anträge in allen Fällen genehmigt werden und die mit Absatz 2 Buchstabe a) in Einklang stehen.
2. Die folgenden Bestimmungen⁵ gelten zusätzlich zu Artikel 1 Absätze 1 bis 11 und Absatz 1 dieses Artikels für automatische Einfuhrlizenzverfahren:

⁴Einfuhrlizenzverfahren, bei denen eine Sicherheit verlangt wird, fallen unter Absatz 1 und 2 dieses Artikels, sofern sie keine einfuhrbeschränkende Wirkung haben.

- a) Automatische Lizenzverfahren dürfen nicht so gehandhabt werden, daß sie beschränkende Auswirkungen auf die unter automatische Lizenzverfahren fallenden Einfuhren haben. Automatische Lizenzverfahren gelten als handelsbeschränkend, es sei denn, daß unter anderem
- i) jede Person, Firma oder Einrichtung, die die gesetzlichen Voraussetzungen des Einfuhrmitglieds für die Einfuhr von unter automatische Lizenzverfahren fallenden Waren erfüllt, gleichermaßen berechtigt ist, Einfuhrlizenzen zu beantragen und zu erhalten;
 - ii) Lizenzanträge an jedem Arbeitstag vor der Zollabfertigung der Waren eingereicht werden können;
 - iii) Lizenzanträge, die richtig und vollständig eingereicht werden, umgehend genehmigt werden, sofern dies verwaltungsmäßig durchführbar ist, in jedem Fall aber innerhalb von höchstens 10 Arbeitstagen;
- b) Die Mitglieder erkennen an, daß automatische Einfuhrlizenzverfahren immer dann notwendig sein können, wenn andere geeignete Verfahren nicht zur Verfügung stehen. Automatische Einfuhrlizenzverfahren können so lange beibehalten werden, wie die Umstände, die zu ihrer Einführung Anlaß gaben, fortbestehen oder die ihnen zugrunde liegenden Verwaltungszwecke nicht in einer angemesseneren Art und Weise erreicht werden können.

Artikel 3

Nichtautomatische Einfuhrlizenzverfahren

1. Die folgenden Bestimmungen gelten zusätzlich zu Artikel 1 Absätze 1 bis 11 für nichtautomatische Einfuhrlizenzverfahren. Nichtautomatische Einfuhrlizenzverfahren sind Einfuhrlizenzverfahren, die nicht unter die Definition gemäß Artikel 2 Absatz 1 fallen.
2. Nichtautomatische Lizenzverfahren dürfen außer den durch die Verhängung der Einfuhrbeschränkung verursachten keine zusätzlichen handelsbeschränkenden oder handelsverzerrenden Wirkungen haben. Nichtautomatische Lizenzverfahren entsprechen in Umfang und Dauer der Maßnahme, die damit durchgeführt werden soll, und dürfen keine größeren administrativen Belastungen verursachen, als für die Verwaltung der Maßnahme unbedingt notwendig ist.

⁵ Ein Entwicklungsland-Mitglied, das nicht Vertragspartei des am 12. April 1979 unterzeichneten Übereinkommens über Einfuhrlizenzverfahren ist und bestimmte Schwierigkeiten mit den Anforderungen gemäß Buchstabe a) Ziffern ii) und iii) hat, kann nach Notifikation an den Ausschuß die Anwendung dieser Buchstaben um höchstens zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens für das betreffende Mitglied aufschieben.

3. Im Falle von Lizenzverfahren, die anderen Zwecken als der Durchführung von mengenmäßigen Beschränkungen dienen, veröffentlichen die Mitglieder ausreichende Auskünfte für andere Mitglieder und den Handel, damit diese wissen, auf welcher Grundlage die Lizenzen erteilt und/oder zugeteilt werden.
4. Sieht ein Mitglied für Personen, Firmen oder Einrichtungen die Möglichkeit vor, Ausnahmen oder Abweichungen von den Lizenzverfahren zu beantragen, so ist neben dieser Tatsache auch eine Auskunft, wie ein solcher Antrag zu stellen ist, und, soweit möglich, ein Hinweis darauf, unter welchen Umständen diese Anträge berücksichtigt werden, in die gemäß Artikel 1 Absatz 4 veröffentlichte Mitteilung aufzunehmen.
5. a) Die Mitglieder erteilen auf Ersuchen eines Mitglieds, das am Handel mit einer Ware interessiert ist, alle einschlägigen Auskünfte über:
 - i) die Verwaltung der Beschränkungen;
 - ii) die innerhalb eines nicht weit zurückliegenden Zeitraums erteilten Einfuhrlizenzen;
 - iii) die Aufteilung dieser Lizenzen auf die Lieferländer;
 - iv) soweit möglich, Einfuhrstatistiken (nach Wert und/oder Menge) über die einfuhrlizenzpflichtigen Waren. Von den Entwicklungsland-Mitgliedern wird nicht erwartet, daß sie in dieser Hinsicht zusätzliche administrative oder finanzielle Belastungen auf sich nehmen;
- b) Die Mitglieder, die Lizenzverfahren zur Verwaltung von Kontingenten anwenden, veröffentlichen die Gesamthöhe der Mengen- und/oder Wertkontingente, Beginn und Ende des Kontingentzeitraums und alle etwaigen Änderungen innerhalb der in Artikel 1 Absatz 4 festgelegten Frist in einer Art und Weise, die den Regierungen und dem Handel die Möglichkeit gibt, von ihnen Kenntnis zu nehmen.
- c) Werden Kontingente auf die Lieferländer aufgeteilt, so wird das diese Beschränkungen anwendende Mitglied alle anderen an der Lieferung der betreffenden Ware interessierten Mitglieder innerhalb kürzester Frist über die den verschiedenen Lieferländern im laufenden Zeitraum zugeteilten Anteile an den Mengen- oder Wertkontingenten unterrichten und diese Angaben innerhalb der in Artikel 1 Absatz 4 festgelegten Frist in einer Art und Weise veröffentlichen, die den Regierungen und dem Handel die Möglichkeit gibt, von ihnen Kenntnis zu nehmen.
- d) In Fällen, die einen frühzeitigen Termin für die Eröffnung von Kontingenten notwendig machen, soll die in Artikel 1 Absatz 4 genannte Auskunft innerhalb der in Artikel 1 Absatz 4 festgelegten Frist in einer Art und Weise veröffentlicht werden, die den Regierungen und dem Handel die Möglichkeit gibt, von ihnen Kenntnis zu nehmen.

- e) Jede Person, Firma oder Einrichtung, die die gesetzlichen und administrativen Voraussetzungen des Einfuhrmitglieds erfüllt, ist gleichermaßen berechtigt, eine Lizenz zu beantragen und zu erhalten. Wird ein Lizenzantrag nicht genehmigt, so sind dem Antragsteller auf Ersuchen die Gründe hierfür mitzuteilen; der Antragsteller hat das Recht, nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder Verfahren des Einfuhrmitglieds Rechtsmittel einzulegen.
- f) Die Frist für die Bearbeitung der Anträge darf - außer aus Gründen, die von dem Mitglied nicht zu vertreten sind - 30 Tage nicht überschreiten, wenn die Anträge in Reihenfolge ihres Eingangs - Windhundverfahren - bearbeitet werden, und keinesfalls 60 Tage, wenn alle Anträge gleichzeitig bearbeitet werden. Im letzteren Fall gilt als Beginn der Frist für die Bearbeitung der Anträge der Tag, der auf den Tag für den Annahmeschluß der Anträge folgt.
- g) Die Geltungsdauer der Lizenz muß angemessen sein und darf nicht so kurz sein, daß dadurch Einfuhren ausgeschlossen werden. Die Geltungsdauer der Einfuhrlizenzen darf Einfuhren aus entfernten Lieferquellen nicht ausschließen, es sei denn, daß in besonderen Fällen Einfuhren zur Deckung eines unvorhergesehenen kurzfristigen Bedarfs notwendig sind.
- h) Die Mitglieder dürfen bei der Verwaltung von Kontingenten nicht verhindern, daß Einfuhren entsprechend den erteilten Lizenzen getätigt werden, und die volle Ausnutzung der Kontingente nicht erschweren.
- i) Bei der Lizenzerteilung berücksichtigen die Mitglieder, daß es wünschenswert ist, Lizenzen für die betreffenden Waren in wirtschaftlich sinnvollen Mengen zu erteilen.
- j) Bei der Zuteilung von Lizenzen sollten die Mitglieder die früheren Einfuhren des Antragstellers in Betracht ziehen. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, ob die den Antragstellern erteilten Lizenzen in einem nicht weit zurückliegenden repräsentativen Zeitraum voll ausgenutzt worden sind. Sind Lizenzen nicht voll ausgenutzt worden, so prüfen die Mitglieder die Gründe hierfür und berücksichtigen diese bei der Zuteilung von neuen Lizenzen. Es ist auch auf eine angemessene Zuteilung von Lizenzen an neue Einführer zu achten, wobei zu berücksichtigen ist, daß es wünschenswert ist, Lizenzen für Waren in wirtschaftlich sinnvollen Mengen zu erteilen. In dieser Hinsicht sollen Einführer, die Waren mit Ursprung in Entwicklungsland-Mitgliedern, insbesondere den am wenigsten entwickelten, einführen, besondere Beachtung finden.
- k) Sind durch Lizenzverfahren verwaltete Kontingente nicht auf die Lieferländer aufgeteilt, so können die Lizenzinhaber⁶ die Einfuhrquellen frei wählen. Sind die Kontingente auf die Lieferländer aufgeteilt, so ist in der Lizenz eindeutig anzugeben, für welches Land oder welche Länder sie gilt.
- l) Gemäß Artikel 1 Absatz 8 können bei späteren Lizenzzuteilungen ausgleichende

⁶ Manchmal als "Kontingentinhaber" bezeichnet.

Anpassungen vorgenommen werden, wenn die Einfuhren eine frühere Lizenzmenge überschritten.

Artikel 4

Institutionen

Es wird hiermit ein Ausschuß für Einfuhrlizenzen eingesetzt, der sich aus Vertretern aller Mitglieder zusammensetzt. Der Ausschuß wählt seinen Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden und tritt so oft wie notwendig zusammen, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, über alle das Funktionieren dieses Übereinkommens oder das Verfolgen seiner Ziele betreffenden Fragen zu beraten.

Artikel 5

Notifikation

1. Mitglieder, die Lizenzverfahren einführen oder Änderungen dieser Verfahren vornehmen, notifizieren dies dem Ausschuß innerhalb von 60 Tagen nach der Bekanntmachung.
2. Die Notifikationen über die Einführung von Einfuhrlizenzverfahren enthalten die folgenden Angaben:
 - a) das Verzeichnis der dem Lizenzverfahren unterworfenen Waren;
 - b) die Kontaktstelle für Auskünfte über die Berechtigung;
 - c) die Verwaltungsstelle(n), bei der (denen) die Anträge einzureichen sind;
 - d) Datum und Name der Veröffentlichung, in der die Lizenzverfahren bekanntgemacht werden;
 - e) Angabe, ob es sich gemäß den Definitionen in den Artikeln 2 und 3 um ein automatisches oder nichtautomatisches Lizenzverfahren handelt;
 - f) im Falle automatischer Einfuhrlizenzverfahren ihren administrativen Zweck;
 - g) im Falle nichtautomatischer Einfuhrlizenzverfahren die Angabe der Maßnahme, die mit dem Lizenzverfahren durchgeführt werden soll, und
 - h) die voraussichtliche Dauer des Lizenzverfahrens, wenn diese mit einiger Wahrscheinlichkeit abgeschätzt werden kann, und anderenfalls den Grund, aus dem diese Auskunft nicht erteilt werden kann.
3. Notifikationen von Änderungen der Einfuhrlizenzverfahren enthalten die vorstehenden Angaben, in denen die Änderungen vorgenommen werden.

4. Die Mitglieder notifizieren dem Ausschuß die Veröffentlichung(en), in der (denen) die erforderlichen Auskünfte gemäß Artikel 1 Absatz 4 bekanntgemacht werden.
5. Jedes interessierte Mitglied, das der Meinung ist, daß ein anderes Mitglied die Einführung eines Lizenzverfahrens oder Änderungen eines solchen gemäß den Absätzen 1 bis 3 nicht notifiziert hat, kann diese Angelegenheit diesem anderen Mitglied zur Kenntnis bringen. Wird die Notifikation nicht unverzüglich danach vorgenommen, kann das betreffende Mitglied selbst das Lizenzverfahren oder Änderungen desselben, einschließlich aller einschlägigen und verfügbaren Auskünfte, notifizieren.

Artikel 6 *Konsultationen und Streitbeilegung*

Für Konsultationen und für die Streitbeilegung in allen mit dem Funktionieren dieses Übereinkommens zusammenhängenden Fragen gelten die Bestimmungen der Artikel XXII und XXIII des GATT 1994, so wie sie in der Vereinbarung über die Streitbeilegung festgelegt und angewandt werden.

Artikel 7

Überprüfung

1. Der Ausschuß überprüft so oft wie notwendig, mindestens aber alle zwei Jahre, die Durchführung und das Funktionieren dieses Übereinkommens unter Berücksichtigung seiner Ziele und der darin enthaltenen Rechte und Pflichten.
2. Als Grundlage für die Überprüfung durch den Ausschuß bereitet das Sekretariat einen Tatsachenbericht aufgrund der gemäß Artikel 5 erteilten Auskünfte, der Antworten auf die jährlichen Fragebogen über Einfuhrlicenzverfahren⁷ und anderer ihm verfügbarer einschlägiger zuverlässiger Auskünfte vor. Dieser Bericht enthält eine übersichtliche Darstellung der vorgenannten Angaben, aus der insbesondere alle Änderungen oder Entwicklungen während des Überprüfungszeitraums hervorgehen, sowie weitere vom Ausschuß vereinbarte Auskünfte.
3. Die Mitglieder verpflichten sich, den jährlichen Fragebogen über Einfuhrlicenzverfahren umgehend und vollständig auszufüllen.
4. Der Ausschuß setzt den Rat für Warenverkehr von den Entwicklungen während des Überprüfungszeitraums in Kenntnis.

Artikel 8

⁷ Ursprünglich als GATT 1947 Dokument L/3515 vom 23. März 1971 in Umlauf gesetzt.

*Schlußbestimmungen**Vorbehalte*

1. Vorbehalte gegen Bestimmungen dieses Übereinkommens dürfen nicht ohne die Zustimmung der übrigen Mitglieder gemacht werden.

Innerstaatliche Rechtsvorschriften

2. a) Jedes Mitglied stellt sicher, daß seine Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsverfahren spätestens bis zu dem Zeitpunkt, zu dem das WTO-Abkommen für dieses Mitglied in Kraft tritt, mit diesem Abkommen in Einklang gebracht werden.

b) Jedes Mitglied unterrichtet den Ausschuß über alle Änderungen seiner Gesetze und Verordnungen, die sich auf dieses Abkommen beziehen, und über alle Änderungen in der Anwendung dieser Gesetze und Verordnungen.

AGREEMENT ON IMPORT LICENSING PROCEDURES

Members,

Having regard to the Multilateral Trade Negotiations;

Desiring to further the objectives of GATT 1994;

Taking into account the particular trade, development and financial needs of developing country Members;

Recognizing the usefulness of automatic import licensing for certain purposes and that such licensing should not be used to restrict trade;

Recognizing that import licensing may be employed to administer measures such as those adopted pursuant to the relevant provisions of GATT 1994;

Recognizing the provisions of GATT 1994 as they apply to import licensing procedures;

Desiring to ensure that import licensing procedures are not utilized in a manner contrary to the principles and obligations of GATT 1994;

Recognizing that the flow of international trade could be impeded by the inappropriate use of import licensing procedures;

Convinced that import licensing, particularly non-automatic import licensing, should be implemented in a transparent and predictable manner;

Recognizing that non-automatic licensing procedures should be no more administratively burdensome than absolutely necessary to administer the relevant measure;

Desiring to simplify, and bring transparency to, the administrative procedures and practices used in international trade, and to ensure the fair and equitable application and administration of such procedures and practices;

Desiring to provide for a consultative mechanism and the speedy, effective and equitable resolution of disputes arising under this Agreement;

Hereby *agree* as follows:

Article 1

General Provisions

1. For the purpose of this Agreement, import licensing is defined as administrative procedures¹ used for the operation of import licensing regimes requiring the submission of an application or other documentation (other than that required for customs purposes) to the relevant administrative body as a prior condition for importation into the customs territory of the importing Member.

¹ Those procedures referred to as "licensing" as well as other similar administrative procedures.

2. Members shall ensure that the administrative procedures used to implement import licensing regimes are in conformity with the relevant provisions of GATT 1994 including its annexes and protocols, as interpreted by this Agreement, with a view to preventing trade distortions that may arise from an inappropriate operation of those procedures, taking into account the economic development purposes and financial and trade needs of developing country Members.²

3. The rules for import licensing procedures shall be neutral in application and administered in a fair and equitable manner.

4. (a) The rules and all information concerning procedures for the submission of applications, including the eligibility of persons, firms and institutions to make such applications, the administrative body(ies) to be approached, and the lists of products subject to the licensing requirement shall be published, in the sources notified to the Committee on Import Licensing provided for in Article 4 (referred to in this Agreement as "the Committee"), in such a manner as to enable governments³ and traders to become acquainted with them. Such publication shall take place, whenever practicable, 21 days prior to the effective date of the requirement but in all events not later than such effective date. Any exception, derogations or changes in or from the rules concerning licensing procedures or the list of products subject to import licensing shall also be published in the same manner and within the same time periods as specified above. Copies of these publications shall also be made available to the Secretariat.

(b) Members which wish to make comments in writing shall be provided the opportunity to discuss these comments upon request. The concerned Member shall give due consideration to these comments and results of discussion.

5. Application forms and, where applicable, renewal forms shall be as simple as possible. Such documents and information as are considered strictly necessary for the proper functioning of the licensing regime may be required on application.

6. Application procedures and, where applicable, renewal procedures shall be as simple as possible. Applicants shall be allowed a reasonable period for the submission of licence applications. Where there is a closing date, this period should be at least 21 days with provision for extension in circumstances where insufficient applications have been received within this period. Applicants shall have to approach only one administrative body in connection with an application. Where it is strictly indispensable to approach more than one administrative body, applicants shall not need to approach more than three administrative bodies.

7. No application shall be refused for minor documentation errors which do not alter basic data contained therein. No penalty greater than necessary to serve merely as a warning shall be imposed in respect of any omission or mistake in documentation or procedures which is obviously made without fraudulent intent or gross negligence.

8. Licensed imports shall not be refused for minor variations in value, quantity or weight from the amount designated on the licence due to differences occurring during shipment, differences incidental to bulk loading and other minor differences consistent with normal commercial practice.

9. The foreign exchange necessary to pay for licensed imports shall be made available to licence holders on the same basis as to importers of goods not requiring import licences.

²Nothing in this Agreement shall be taken as implying that the basis, scope or duration of a measure being implemented by a licensing procedure is subject to question under this Agreement.

³For the purpose of this Agreement, the term "governments" is deemed to include the competent authorities of the European Communities.

10. With regard to security exceptions, the provisions of Article XXI of GATT 1994 apply.
11. The provisions of this Agreement shall not require any Member to disclose confidential information which would impede law enforcement or otherwise be contrary to the public interest or would prejudice the legitimate commercial interests of particular enterprises, public or private.

Article 2

Automatic Import Licensing⁴

1. Automatic import licensing is defined as import licensing where approval of the application is granted in all cases, and which is in accordance with the requirements of paragraph 2(a).
2. The following provisions⁵, in addition to those in paragraphs 1 through 11 of Article 1 and paragraph 1 of this Article, shall apply to automatic import licensing procedures:
 - (a) automatic licensing procedures shall not be administered in such a manner as to have restricting effects on imports subject to automatic licensing. Automatic licensing procedures shall be deemed to have trade-restricting effects unless, *inter alia*:
 - (i) any person, firm or institution which fulfils the legal requirements of the importing Member for engaging in import operations involving products subject to automatic licensing is equally eligible to apply for and to obtain import licences;
 - (ii) applications for licences may be submitted on any working day prior to the customs clearance of the goods;
 - (iii) applications for licences when submitted in appropriate and complete form are approved immediately on receipt, to the extent administratively feasible, but within a maximum of 10 working days;

⁴Those import licensing procedures requiring a security which have no restrictive effects on imports are to be considered as falling within the scope of paragraphs 1 and 2.

⁵A developing country Member, other than a developing country Member which was a Party to the Agreement on Import Licensing Procedures done on 12 April 1979, which has specific difficulties with the requirements of subparagraphs (a)(ii) and (a)(iii) may, upon notification to the Committee, delay the application of these subparagraphs by not more than two years from the date of entry into force of the WTO Agreement for such Member.

- (b) Members recognize that automatic import licensing may be necessary whenever other appropriate procedures are not available. Automatic import licensing may be maintained as long as the circumstances which gave rise to its introduction prevail and as long as its underlying administrative purposes cannot be achieved in a more appropriate way.

Article 3

Non-Automatic Import Licensing

1. The following provisions, in addition to those in paragraphs 1 through 11 of Article 1, shall apply to non-automatic import licensing procedures. Non-automatic import licensing procedures are defined as import licensing not falling within the definition contained in paragraph 1 of Article 2.
2. Non-automatic licensing shall not have trade-restrictive or -distortive effects on imports additional to those caused by the imposition of the restriction. Non-automatic licensing procedures shall correspond in scope and duration to the measure they are used to implement, and shall be no more administratively burdensome than absolutely necessary to administer the measure.
3. In the case of licensing requirements for purposes other than the implementation of quantitative restrictions, Members shall publish sufficient information for other Members and traders to know the basis for granting and/or allocating licences.
4. Where a Member provides the possibility for persons, firms or institutions to request exceptions or derogations from a licensing requirement, it shall include this fact in the information published under paragraph 4 of Article 1 as well as information on how to make such a request and, to the extent possible, an indication of the circumstances under which requests would be considered.
5. (a) Members shall provide, upon the request of any Member having an interest in the trade in the product concerned, all relevant information concerning:
 - (i) the administration of the restrictions;
 - (ii) the import licences granted over a recent period;
 - (iii) the distribution of such licences among supplying countries;
 - (iv) where practicable, import statistics (i.e. value and/or volume) with respect to the products subject to import licensing. Developing country Members would not be expected to take additional administrative or financial burdens on this account;
- (b) Members administering quotas by means of licensing shall publish the overall amount of quotas to be applied by quantity and/or value, the opening and closing dates of quotas, and any change thereof, within the time periods specified in paragraph 4 of Article 1 and in such a manner as to enable governments and traders to become acquainted with them;
- (c) in the case of quotas allocated among supplying countries, the Member applying the restrictions shall promptly inform all other Members having an interest in supplying the product concerned of the shares in the quota currently allocated, by quantity or value, to the various supplying countries and shall publish this information within the

time periods specified in paragraph 4 of Article 1 and in such a manner as to enable governments and traders to become acquainted with them;

- (d) where situations arise which make it necessary to provide for an early opening date of quotas, the information referred to in paragraph 4 of Article 1 should be published within the time-periods specified in paragraph 4 of Article 1 and in such a manner as to enable governments and traders to become acquainted with them;
- (e) any person, firm or institution which fulfils the legal and administrative requirements of the importing Member shall be equally eligible to apply and to be considered for a licence. If the licence application is not approved, the applicant shall, on request, be given the reason therefor and shall have a right of appeal or review in accordance with the domestic legislation or procedures of the importing Member;
- (f) the period for processing applications shall, except when not possible for reasons outside the control of the Member, not be longer than 30 days if applications are considered as and when received, i.e. on a first-come first-served basis, and no longer than 60 days if all applications are considered simultaneously. In the latter case, the period for processing applications shall be considered to begin on the day following the closing date of the announced application period;
- (g) the period of licence validity shall be of reasonable duration and not be so short as to preclude imports. The period of licence validity shall not preclude imports from distant sources, except in special cases where imports are necessary to meet unforeseen short-term requirements;
- (h) when administering quotas, Members shall not prevent importation from being effected in accordance with the issued licences, and shall not discourage the full utilization of quotas;
- (i) when issuing licences, Members shall take into account the desirability of issuing licences for products in economic quantities;
- (j) in allocating licences, the Member should consider the import performance of the applicant. In this regard, consideration should be given as to whether licences issued to applicants in the past have been fully utilized during a recent representative period. In cases where licences have not been fully utilized, the Member shall examine the reasons for this and take these reasons into consideration when allocating new licences. Consideration shall also be given to ensuring a reasonable distribution of licences to new importers, taking into account the desirability of issuing licences for products in economic quantities. In this regard, special consideration should be given to those importers importing products originating in developing country Members and, in particular, the least-developed country Members;
- (k) in the case of quotas administered through licences which are not allocated among supplying countries, licence holders⁶ shall be free to choose the sources of imports. In the case of quotas allocated among supplying countries, the licence shall clearly stipulate the country or countries;

⁶Sometimes referred to as "quota holders".

- (l) in applying paragraph 8 of Article 1, compensating adjustments may be made in future licence allocations where imports exceeded a previous licence level.

Article 4

Institutions

There is hereby established a Committee on Import Licensing composed of representatives from each of the Members. The Committee shall elect its own Chairman and Vice-Chairman and shall meet as necessary for the purpose of affording Members the opportunity of consulting on any matters relating to the operation of this Agreement or the furtherance of its objectives.

Article 5

Notification

1. Members which institute licensing procedures or changes in these procedures shall notify the Committee of such within 60 days of publication.
2. Notifications of the institution of import licensing procedures shall include the following information:
 - (a) list of products subject to licensing procedures;
 - (b) contact point for information on eligibility;
 - (c) administrative body(ies) for submission of applications;
 - (d) date and name of publication where licensing procedures are published;
 - (e) indication of whether the licensing procedure is automatic or non-automatic according to definitions contained in Articles 2 and 3;
 - (f) in the case of automatic import licensing procedures, their administrative purpose;
 - (g) in the case of non-automatic import licensing procedures, indication of the measure being implemented through the licensing procedure; and
 - (h) expected duration of the licensing procedure if this can be estimated with some probability, and if not, reason why this information cannot be provided.
3. Notifications of changes in import licensing procedures shall indicate the elements mentioned above, if changes in such occur.
4. Members shall notify the Committee of the publication(s) in which the information required in paragraph 4 of Article 1 will be published.
5. Any interested Member which considers that another Member has not notified the institution of a licensing procedure or changes therein in accordance with the provisions of paragraphs 1 through 3 may bring the matter to the attention of such other Member. If notification is not made promptly thereafter, such Member may itself notify the licensing procedure or changes therein, including all relevant and available information.

*Article 6**Consultation and Dispute Settlement*

Consultations and the settlement of disputes with respect to any matter affecting the operation of this Agreement shall be subject to the provisions of Articles XXII and XXIII of GATT 1994, as elaborated and applied by the Dispute Settlement Understanding.

*Article 7**Review*

1. The Committee shall review as necessary, but at least once every two years, the implementation and operation of this Agreement, taking into account the objectives thereof, and the rights and obligations contained therein.
2. As a basis for the Committee review, the Secretariat shall prepare a factual report based on information provided under Article 5, responses to the annual questionnaire on import licensing procedures⁷ and other relevant reliable information which is available to it. This report shall provide a synopsis of the aforementioned information, in particular indicating any changes or developments during the period under review, and including any other information as agreed by the Committee.
3. Members undertake to complete the annual questionnaire on import licensing procedures promptly and in full.
4. The Committee shall inform the Council for Trade in Goods of developments during the period covered by such reviews.

*Article 8**Final Provisions**Reservations*

1. Reservations may not be entered in respect of any of the provisions of this Agreement without the consent of the other Members.

Domestic Legislation

2. (a) Each Member shall ensure, not later than the date of entry into force of the WTO Agreement for it, the conformity of its laws, regulations and administrative procedures with the provisions of this Agreement.
- (b) Each Member shall inform the Committee of any changes in its laws and regulations relevant to this Agreement and in the administration of such laws and regulations.

⁷Originally circulated as GATT 1947 document L/3515 of 23 March 1971.

**ÜBEREINKOMMEN ÜBER SUBVENTIONEN UND
AUSGLEICHSMASSNAHMEN**

Die Mitglieder kommen wie folgt überein:

TEIL I: ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Begriffsbestimmung einer Subvention

1.1 Im Sinne dieses Übereinkommens gilt als Subvention:

- a) ein finanzieller Beitrag einer Regierung oder öffentlichen Körperschaft im Gebiet eines Mitglieds (in diesem Übereinkommen "Regierung" genannt) nämlich,
- (i) eine Regierungspraxis, die direkten Kapitaltransfer (zum Beispiel Zuschüsse, Darlehen, Kapitalsaufstockung), den möglichen direkten Transfer von Kapital oder Verbindlichkeiten (zum Beispiel Darlehensgarantien) umfaßt;
 - (ii) Verzicht oder Nichteinhebung auf beziehungsweise von fälligen staatlichen Einnahmen (zum Beispiel steuerliche Anreize wie Steuergutschriften) ¹⁾;
 - (iii) wenn eine Regierung Waren oder Dienstleistungen über den allgemeinen Infrastrukturbedarf hinaus zur Verfügung stellt oder Waren ankauft;

¹⁾ Gemäß den Bestimmungen des Artikels XVI des GATT 1994 (Anmerkung zu Artikel XVI) und den Bestimmungen der Anhänge I bis III dieses Übereinkommens gelten die Befreiung einer ausgeführten Ware von Zöllen oder Steuern, die gleiche für den inländischen Verbrauch bestimmte Waren belasten, oder die Erstattung solcher erhobener Zölle und Steuern in einem diese nicht überschreitenden Ausmaß, nicht als Subvention.

(iv) wenn eine Regierung Zahlungen an Fondseinrichtungen leistet oder ein privates Organ mit der Durchführung einer oder mehrerer Arten der in i) bis iii) dargestellten Tätigkeiten betraut oder dazu anweist, die normalerweise von der Regierung vorgenommen werden und die Praxis sich materiell von den normalerweise von den Regierungen gepflogenen Praktiken nicht unterscheidet;

oder

a) jede Form der Einkommens- oder Preisstützung im Sinne des Artikels XVI des GATT 1994;

und

b) wenn ein Vorteil daraus übertragen wird.

1.2 Eine im Absatz 1 definierte Subvention fällt nur dann unter die Bestimmungen der Teile II, III oder V, wenn es sich um eine spezifische Subvention im Sinne der Bestimmungen des Artikels 2 handelt.

Artikel 2

Besonderheiten

2.1 Zwecks Feststellung, ob eine im Artikel 1 Absatz 1 beschriebene Subvention für ein Unternehmen oder einen Wirtschaftszweig oder ein Gruppe von Unternehmen oder Wirtschaftszweigen (in diesem Übereinkommen "bestimmte Unternehmen" genannt) im Zuständigkeitsbereich der Bewilligungsbehörde spezifisch ist, finden folgende Grundsätze Anwendung:

a) Wenn die Bewilligungsbehörde oder die Gesetzgebung, wonach die Bewilligungsbehörde vorgeht, den Zugang zu

einer Subvention ausdrücklich auf bestimmte Unternehmen beschränkt, ist eine Subvention spezifisch.

- b) Wenn die Bewilligungsbehörde oder die Gesetzgebung, wonach die Bewilligungsbehörde vorgeht, objektive Kriterien oder Bedingungen ²⁾ für die Berechtigung und das Ausmaß einer Subvention erstellt, ist die Besonderheit nicht gegeben, außer die Berechtigung ist automatisch, und die Kriterien und Bedingungen werden genau eingehalten. Die Kriterien und Bedingungen müssen durch Gesetz, Verordnung oder andere amtliche Unterlagen klar festgelegt sein, damit eine Nachprüfung möglich ist.
- c) Wenn, ungeachtet der Anwendung der in den lit. a und b festgelegten Grundsätze der Eindruck entsteht, daß eine Besonderheit der Subvention nicht gegeben ist, jedoch Gründe zur Annahme vorhanden sind, die Subvention für spezifisch anzusehen, können andere Faktoren in Betracht gezogen werden. Solche Faktoren sind: die Anwendung eines Subventionsprogramms durch eine begrenzte Anzahl von bestimmten Unternehmen, vorwiegende Anwendung durch bestimmte Unternehmen, die Gewährung von unverhältnismäßig großen Subventionsbeträgen an bestimmte Unternehmen und die Art und Weise, in welcher die Bewilligungsbehörde bei der Entscheidung über

²⁾ Objektive Kriterien oder Bedingungen bedeuten hier Kriterien und Bedingungen, die neutral sind, keine bestimmten Unternehmen gegenüber anderen bevorzugen und ihrer Natur und horizontaler Anwendung nach, wie Anzahl der Beschäftigten oder Unternehmensgröße, wirtschaftlich sind.

die Gewährung einer Subvention ³⁾ von ihrem Ermessen Gebrauch gemacht hat. Bei Anwendung dieser lit. werden das Ausmaß der Vielfältigkeit der wirtschaftlichen Aktivitäten innerhalb der Zuständigkeit der Bewilligungsbehörde und die Dauer der Wirksamkeit des Subventionierungsprogramms in Betracht gezogen.

2.2 Eine auf bestimmte Unternehmen in einer bezeichneten geographischen Region innerhalb der Zuständigkeit der Bewilligungsbehörde beschränkte Subvention ist spezifisch. Es besteht Einverständnis, daß die Festsetzung oder Änderung von allgemein anwendbaren Steuersätzen durch alle hiezu befugten öffentlichen Organe nicht als spezifische Subvention im Sinne dieses Übereinkommens angesehen wird.

2.3 Jede Subvention gemäß Artikel 3 gilt als spezifisch.

2.4 Jede Feststellung einer Besonderheit gemäß diesem Artikel wird auf der Grundlage von positiven Beweisen klar begründet.

TEIL II: VERBOTENE SUBVENTIONEN

Artikel 3

Verbot

3.1 Mit Ausnahme der im Übereinkommen über die Landwirtschaft vorgesehenen Subventionen sind die folgenden Subventionen im Sinne des Artikels 1 verboten:

³⁾ In dieser Hinsicht werden insbesondere Mitteilungen über die Häufigkeit der Ablehnung oder Bewilligung von Subventionsanträgen und der Gründe für solche Entscheidungen berücksichtigt.

- a) Subventionen, die gesetzlich oder tatsächlich ⁴⁾ entweder für sich allein oder als eine von mehreren anderen Bedingungen, einschließlich der im Anhang I beschriebenen ⁵⁾, von der Ausführleistung abhängig sind;
- b) Subventionen, die entweder für sich allein oder als eine von mehreren anderen Bedingungen vom Verbrauch auf dem inländischen Markt gegenüber eingeführten Waren abhängig sind.

3.2 Kein Mitglied wird im Absatz 1 beschriebene Subventionen gewähren oder beibehalten.

Artikel 4 Abhilfemaßnahmen

- 4.1 Wenn ein Mitglied Grund zur Annahme hat, daß ein anderes Mitglied verbotene Subventionen gewährt oder beibehält, kann es um Konsultationen mit dem anderen Mitglied ersuchen.
- 4.2 Ein Ersuchen um Konsultationen nach Absatz 1 enthält eine Darstellung der verfügbaren Beweise für das Bestehen und die Art der fraglichen Subvention.

⁴⁾ Dieser Tatbestand ist erfüllt, wenn die Umstände zeigen, daß die Gewährung einer Subvention, ohne rechtlich von der Ausführleistung abhängig gemacht zu sein, tatsächlich an die gegenwärtige(n) oder erwartete(n) Ausfuhr oder Ausfuhrerlöse gebunden ist. Die bloße Tatsache, daß eine Subvention Ausfuhrunternehmen gewährt wird, wird für sich allein nicht als Ausfuhrsubvention im Sinne des Artikels 1 angesehen.

⁵⁾ Maßnahmen, die gemäß Anhang I keine Ausfuhrsubventionen darstellen, sind weder durch diese noch eine andere Bestimmung dieses Übereinkommens verboten.

- 4.3 Auf Ersuchen um Konsultationen nach Absatz 1 wird das Mitglied, von dem angenommen wird, daß es die fragliche Subvention gewährt oder beibehält, so rasch wie möglich in solche Konsultationen eintreten. Zweck der Konsultationen ist es, die Umstände der Lage zu klären und zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.
- 4.4 Wenn binnen 30 Tagen ⁶⁾ nach Erhalt des Konsultationsersuchens keine einvernehmliche Lösung erzielt worden ist, kann jedes Mitglied, das Partei bei diesen Konsultationen ist, die Angelegenheit vor das Streitbeilegungsorgan ("DSB") zwecks unverzüglicher Einsetzung eines Untersuchungsausschusses bringen, außer das DSB beschließt mit Konsens, keinen Untersuchungsausschuß einzusetzen.
- 4.5 Nach seiner Einsetzung kann der Untersuchungsausschuß den Beistand der Ständigen Sachverständigengruppe ⁷⁾ (in diesem Übereinkommen "PGE" genannt) im Hinblick darauf beantragen, ob die fragliche Maßnahme eine verbotene Subvention darstellt. Im Falle eines solchen Antrags, überprüft die PGE unverzüglich die Beweise im Hinblick auf das Vorhandensein und die Art der fraglichen Maßnahme und wird dem die Maßnahme anwendenden oder beibehaltenden Mitglied die Möglichkeit bieten, darzulegen, daß die fragliche Maßnahme keine verbotene Subvention darstellt. Die PGE berichtet ihre Schlußfolgerungen dem Untersuchungsausschuß binnen einer von diesem festgesetzten Frist. Die Schlußfolgerungen der PGE zur Frage, ob die fragliche Maßnahme eine verbotene Subvention darstellt oder nicht, wird vom Untersuchungsausschuß ohne Änderungen angenommen.

⁶⁾ Jede in diesem Artikel erwähnte Frist kann einvernehmlich verlängert werden.

⁷⁾ Nach Artikel 24 eingesetzt.

- 4.6 Der Untersuchungsausschuß legt seinen Schlußbericht den Streitparteien vor. Der Bericht wird binnen 90 Tagen vom Zeitpunkt der Zusammensetzung und der Erteilung des Mandats des Untersuchungsausschusses an alle Mitglieder verteilt.
- 4.7 Wird eine fragliche Maßnahme als verbotene Subvention befunden, empfiehlt der Untersuchungsausschuß dem subventionierenden Mitglied, die Subvention unverzüglich zurückzunehmen. Der Untersuchungsausschuß legt diesbezüglich in seiner Empfehlung eine genaue Frist fest, binnen welcher die Maßnahme zurückgenommen werden muß.
- 4.8 Binnen 30 Tagen nach Verteilung des Berichts des Untersuchungsausschusses an alle Mitglieder wird der Bericht vom DSB angenommen, außer eine der Streitparteien teilt dem DSB ihre Entscheidung zu berufen formell mit, oder das DSB beschließt mit Konsens, den Bericht nicht anzunehmen.
- 4.9 Bei Berufung gegen einen Bericht des Untersuchungsausschusses erläßt das Berufungsorgan binnen 30 Tagen nachdem die Streitpartei ihre Absicht zu berufen, formell mitgeteilt hat, seine Entscheidung. Wenn das Berufungsorgan vermeint, daß es seinen Bericht binnen 30 Tagen nicht zur Verfügung stellen kann, informiert es das DSB schriftlich unter Angabe der Gründe für die Verzögerung und der voraussichtlichen Frist, binnen welcher es den Bericht vorlegen kann. Keinesfalls wird das Verfahren 60 Tage überschreiten. Der Berufungsbericht wird vom DSB angenommen und von den Streitparteien bedingungslos anerkannt, außer das DSB entscheidet mit Konsens binnen 20 Tagen nach Verteilung an die Mitglieder ⁸⁾ den Berufungsbericht nicht anzunehmen.

⁸⁾ Wenn eine Tagung des DSB während dieser Frist nicht anberaumt ist, wird eine Tagung zu diesem Zweck abgehalten.

- 4.10 Wenn die Empfehlung des DSB binnen der vom Untersuchungsausschuß festgesetzten Frist, die mit dem Tag der Annahme des Berichts des Untersuchungsausschusses oder des Berufungsorgans beginnt, nicht befolgt wird, ermächtigt das DSB das beschwerdeführende Mitglied, angemessene Gegenmaßnahmen ⁹⁾ zu treffen, außer das DSB entscheidet mit Konsens, den Antrag zurückzuweisen.
- 4.11 Wenn eine Streitpartei gemäß Artikel 22 Absatz 6 der Vereinbarung über Streitbeilegung ("DSU") ein Schiedsverfahren beantragt, bestimmt der Schiedsrichter, ob die Gegenmaßnahmen angemessen sind ¹⁰⁾.
- 4.12 Für gemäß diesem Artikel behandelte Streitfälle betragen die Fristen, außer wenn in diesem Artikel besondere Fristen vorgeschrieben sind, die Hälfte der gemäß der DSU für die Behandlung von solchen Streitfällen vorgeschriebenen Fristen.

TEIL III: ANFECHTBARE SUBVENTIONEN

Artikel 5

Nachteilige Auswirkungen

Kein Mitglied soll durch die Verwendung von im Artikel 1 Absätze 1 und 2 beschriebenen Subventionen nachteilige Auswirkungen auf die Interessen anderer Mitglieder verursachen, zum Beispiel:

⁹⁾ Dieser Ausdruck bedeutet keine Erlaubnis für Gegenmaßnahmen, die im Lichte der Tatsache, daß die Subventionen, die nach diesen Bestimmungen behandelt werden, verboten sind, unverhältnismäßig sind.

¹⁰⁾ Dieser Ausdruck bedeutet keine Erlaubnis für Gegenmaßnahmen, die im Lichte der Tatsache, daß die Subventionen, die nach diesen Bestimmungen behandelt werden, verboten sind, unverhältnismäßig sind.

- a) Schädigung des inländischen Wirtschaftszweiges eines anderen Mitglieds ¹¹⁾;
- b) Zunichtemachung oder Schmälerung von Vorteilen, die anderen Mitgliedern gemäß dem GATT 1994 und im besonderen aus gebundenen Zugeständnissen nach Artikel II des GATT 1994 erwachsen ¹²⁾;
- c) ernsthafte Schädigung der Interessen eines anderen Mitglieds ¹³⁾.

Dieser Artikel findet auf die für landwirtschaftliche Waren gemäß Artikel 13 des Übereinkommens über die Landwirtschaft beibehaltenen Subventionen keine Anwendung.

Artikel 6 Ernsthafte Schädigung

6.1 Ernsthafte Schädigung im Sinne des Artikels 5 lit. c gilt als vorhanden im Falle,

¹¹⁾ Der Begriff "Schädigung der inländischen Wirtschaftszweige" wird hier in derselben Bedeutung verwendet wie im Teil V.

¹²⁾ Der Begriff "Zunichtemachung oder Schädigung" wird in diesem Übereinkommen in derselben Bedeutung verwendet, wie in den entsprechenden Bestimmungen des GATT 1994, und das Vorliegen solcher Zunichtemachung oder Schmälerung wird in Übereinstimmung mit der Anwendungspraxis dieser Bestimmungen festgestellt.

¹³⁾ Der Begriff "ernsthafte Schädigung der Interessen eines anderen Mitglieds" wird in diesem Übereinkommen in derselben Bedeutung verwendet, wie im Artikel XVI Absatz 1 des GATT 1994 und schließt die Drohung ernsthafter Schädigung ein.

- a) daß die Summe der wertmäßigen Subventionierung ¹⁴⁾ einer Ware 5 Prozent überschreitet ¹⁵⁾;
- b) von Subventionen zur Deckung von Betriebsverlusten eines Wirtschaftszweiges;
- c) von Subventionen zur Deckung von Betriebsverlusten eines Unternehmens, das heißt andere als einmalige Maßnahmen, die nicht wiederkehrend sind und für dieses Unternehmen nicht wiederholt werden und die nur gegeben werden, um Zeit für die Entwicklung von langfristigen Lösungen zu bieten und akute soziale Probleme zu vermeiden;
- d) von direktem Schuldenerlaß, das heißt Erlaß von Schulden an die Regierung und Zuschüsse zur Deckung der Schuldentrückzahlung ¹⁶⁾.

6.2 Ungeachtet der Bestimmungen des Absatzes 1 besteht keine ernsthafte Schädigung, wenn das subventionierende Mitglied nachweist, daß die fragliche Subvention keine der im Absatz 3 aufgezählten Auswirkungen zur Folge gehabt hat.

¹⁴⁾ Die Summe der wertmäßigen Subventionierung wird in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Anhangs IV berechnet.

¹⁵⁾ Da erwartet wird, daß für Zivilluftfahrzeuge besondere multilaterale Regeln gelten werden, findet der Schwellenwert dieser lit. auf Zivilluftfahrzeuge keine Anwendung.

¹⁶⁾ Die Mitglieder erkennen an, daß Lizenzfinanzierung von Zivilluftfahrzeugprogrammen nicht voll zurückbezahlt werden, wenn die gegenwärtigen Verkäufe unter die Vorausschätzungen fallen und daß dies an sich keine ernsthafte Schädigung im Sinne dieser lit. bedeutet.

6.3 Ernsthafte Schädigung im Sinne des Artikels 5 lit. c kann in jedem Fall entstehen, wenn ein oder mehrere der folgenden Umstände zutreffen:

- a) die Subvention wirkt sich in der Verdrängung oder Verhinderung von Einfuhren der gleichartigen Ware eines anderen Mitglieds in den Markt des subventionierenden Mitglieds aus;
- b) die Subvention wirkt sich in der Verdrängung oder Verhinderung von Ausfuhren der gleichartigen Ware eines anderen Mitglieds vom Markt eines Drittlandmitglieds aus;
- c) die Subvention wirkt sich auf eine bedeutsame Preisunterschreitung durch die subventionierte Ware im Vergleich mit dem Preis einer gleichartigen Ware eines anderen Mitglieds auf demselben Markt, einen bedeutsamen Preisdruck, Preissenkung oder Verkaufsverlusten auf demselben Markt aus;
- d) die Subvention wirkt sich auf einen Zuwachs des Weltmarktanteils des subventionierenden Mitglieds bei einem bestimmten Grundstoff oder einem Erzeugnis ¹⁷⁾ im Vergleich zum Durchschnittsanteil während des vorangegangenen Dreijahreszeitraums aus, wobei dieser Zuwachs einer stetigen Entwicklung über einen Zeitraum folgt, in welchem Subventionen gewährt wurden.

6.4 Im Sinne des Absatzes 3 lit. b umfaßt die Verdrängung oder Verhinderung von Ausfuhren alle Fälle, in denen vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 7, nachgewiesen wurde, daß eine Änderung der relativen

¹⁷⁾ Außer es finden andere multilateral vereinbarte Regeln auf den Handel mit in Frage kommenden Grundstoffen oder Erzeugnissen Anwendung.

Marktanteile zum Nachteil nichtsubventionierter gleichartiger Waren eingetreten ist (über einen angemessen repräsentativen Zeitraum, der ausreicht, um eine klare Tendenz in der Marktentwicklung für die betreffende Ware aufzuzeigen, die unter normalen Umständen wenigstens ein Jahr beträgt). "Anderung der relativen Marktanteile" umfaßt folgende Situationen: a) Erhöhung des Marktanteils der subventionierten Ware; b) der Marktanteil der subventionierten Ware bleibt unverändert unter Umständen, unter denen er beim Fehlen der Subvention zurückgegangen wäre; c) der Marktanteil der subventionierten Ware geht zurück, jedoch langsamer als dies bei Fehlen der Subvention der Fall gewesen wäre.

6.5 Im Sinne des Absatzes 3 lit. c umfassen Preisunterschreitungen jene Fälle, in denen solche Preisunterschreitungen durch einen Preisvergleich der subventionierten Ware mit Preisen einer nichtsubventionierten gleichartigen Ware, die auf denselben Markt geliefert wird, nachgewiesen worden sind. Der Vergleich wird auf derselben Handelsstufe und zu vergleichbaren Zeitpunkten durchgeführt, wobei auf andere den Preisvergleich beeinflussende Faktoren gebührend Rücksicht genommen wird. Ist jedoch ein solcher direkter Vergleich nicht möglich, kann das Bestehen der Preisunterschreitung auf der Grundlage von einheitlichen Ausfuhrwerten aufgezeigt werden.

6.6 Jedes auf dem Markt, auf dem eine ernsthafte Schädigung vermutlich eingetreten ist, tätige Mitglied stellt vorbehaltlich des Absatzes 3 des Anhangs V den Streitparteien nach Artikel 7 und dem nach Artikel 7 Absatz 4 eingesetzten Untersuchungsausschuß alle einschlägigen Informationen zur Verfügung, die es hinsichtlich der Änderung der Marktanteile der Streitparteien wie auch der Preise der betreffenden Ware erhalten kann.

6.7 Verdrängung oder Verhinderung, die zu einer ernsthaften Schädigung führt, entsteht nicht nach Absatz 3, wenn während des einschlägigen Zeitraums folgende Umstände vorliegen ¹⁸⁾:

- a) Verbot oder Beschränkung von Ausfuhren der gleichartigen Ware aus dem beschwerdeführenden Mitglied oder von Einfuhren aus dem beschwerdeführenden Mitglied in den betreffenden Drittlandsmarkt;
- b) Entscheidung einer einführenden Regierung, die ein Handelsmonopol oder Staatshandel mit der betreffenden Ware betreibt, aus nichtkommerziellen Gründen Einfuhren aus dem beschwerdeführenden Mitglied in ein anderes Land oder Länder umzuleiten;
- c) Naturkatastrophen, Streiks, Beförderungsunterbrechungen oder andere durch höhere Gewalt, Produktion, Qualität, Mengen oder Preise einer für die Ausfuhr aus dem beschwerdeführenden Mitglied verfügbaren Ware beeinträchtigende Faktoren;
- d) Bestehen von Absprachen, die Ausfuhren aus dem beschwerdeführenden Mitglied begrenzen;
- e) freiwillige Einschränkung der Verfügbarkeit der betreffenden Ware für die Ausfuhr aus dem beschwerdeführenden Mitglied (unter anderem eine Situation, in der Unternehmen im beschwerdeführenden Mitglied autonom Ausfuhren dieser Ware für neue Märkte umverteilen);

¹⁸⁾ Die Tatsache, daß bestimmte Umstände in diesem Absatz angeführt sind, verleiht ihnen noch nicht einen rechtlichen Status nach den Bestimmungen des GATT 1994 oder diesem Übereinkommen. Diese Umstände dürfen nicht isoliert, sporadisch oder unbedeutend sein.

f) mangelnde Vereinbarkeit mit den Normvorschriften und anderen Erfordernissen im einführenden Land.

- 6.8 Falls die im Absatz 7 angeführten Umstände nicht vorliegen, soll das Bestehen einer ernsthaften Schädigung aufgrund der dem Untersuchungsausschuß vorgelegten oder vom Untersuchungsausschuß eingeholten Informationen festgestellt werden, einschließlich der gemäß Anhang V vorgelegten Informationen.
- 6.9 Dieser Artikel findet keine Anwendung auf Subventionen, die für landwirtschaftliche Waren beibehalten werden, wie dies im Artikel 13 des Übereinkommens über die Landwirtschaft vorgesehen ist.

Artikel 7 Abhilfemaßnahmen

- 7.1 Wenn ein Mitglied Grund zur Annahme hat, daß eine im Artikel 1 angeführte Subvention von einem anderen Mitglied gewährt oder beibehalten wird, kann ein solches Mitglied um Konsultationen mit dem anderen Mitglied ersuchen, wenn die Subvention zu einer Schädigung seines inländischen Wirtschaftszweiges, Zunichtemachung oder Schmälerung oder ernsthaften Schädigung führt, sofern im Artikel 13 des Übereinkommens über die Landwirtschaft nichts anderes vorgesehen ist.
- 7.2 Ein Ersuchen um Konsultationen nach Absatz 1 enthält eine Darlegung der verfügbaren Beweise in bezug auf a) das Bestehen und die Art der fraglichen Subvention und b) die dem inländischen Wirtschaftszweig verursachte Schädigung oder die Zunichtemachung oder Schmälerung oder ernsthafte

Schädigung ¹⁹⁾ der Interessen des um Konsultationen ersuchenden Mitglieds.

- 7.3 Auf Ersuchen um Konsultationen nach Absatz 1 wird das Mitglied, von dem angenommen wird, daß es die fragliche Subventionspraxis gewährt oder beibehält, so rasch wie möglich in solche Konsultationen eintreten. Zweck der Konsultationen ist es, die Umstände der Lage zu klären und zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.
- 7.4 Wenn binnen 60 Tagen ²⁰⁾ keine einvernehmliche Lösung erzielt worden ist, kann jedes Mitglied, das Partei bei diesen Konsultationen ist, die Angelegenheit vor das DSB zwecks Einsetzung eines Untersuchungsausschusses bringen, außer das DSB beschließt mit Konsens, keinen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Die Zusammensetzung des Untersuchungsausschusses und sein Mandat werden binnen 15 Tagen ab dem Zeitpunkt seiner Einsetzung festgelegt.
- 7.5 Der Untersuchungsausschuß überprüft die Angelegenheit und legt seinen Schlußbericht den Streitparteien vor. Der Bericht wird binnen 120 Tagen ab dem Zeitpunkt der Zusammensetzung und der Erteilung des Mandates des Untersuchungsausschusses an alle Mitglieder verteilt.

¹⁹⁾ Falls das Ersuchen eine Subvention betrifft, von der angenommen wird, daß sie zu einer ernsthaften Schädigung im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 führt, kann der verfügbare Beweis einer ernsthaften Schädigung auf den verfügbaren Beweis eingeschränkt werden ob die Bedingungen des Artikels 6 Absatz 1 erfüllt worden sind oder nicht.

²⁰⁾ Jede in diesem Artikel erwähnte Frist kann einvernehmlich verlängert werden.

- 7.6 Binnen 30 Tagen nach Verteilung des Berichts des Untersuchungsausschusses an alle Mitglieder wird der Bericht vom DSB ²¹⁾ angenommen, außer eine der Streitparteien teilt dem DSB ihre Entscheidung zu berufen, formell mit, oder das DSB beschließt mit Konsens, den Bericht nicht anzunehmen.
- 7.7 Bei Berufung gegen einen Bericht des Untersuchungsausschusses erläßt das Berufungsorgan binnen 60 Tagen, nachdem die Streitpartei ihre Absicht zu berufen, formell mitgeteilt hat, seine Entscheidung. Wenn das Berufungsorgan vermeint, daß es seinen Bericht binnen 60 Tagen nicht zur Verfügung stellen kann, informiert es das DSB schriftlich unter Angabe der Gründe für die Verzögerung und der voraussichtlichen Frist binnen welcher es den Bericht vorlegen kann. Der Berufungsbericht wird vom DSB angenommen und von den Streitparteien bedingungslos anerkannt, außer das DSB entscheidet mit Konsens binnen 20 Tagen nach Verteilung an die Mitglieder ²²⁾, den Berufungsbericht nicht anzunehmen.
- 7.8 Wenn ein Bericht des Untersuchungsausschusses oder ein Bericht des Berufungsorgans angenommen wird, in dem festgestellt wird, daß eine Subvention zu schädlichen Auswirkungen auf die Interessen eines anderen Mitglieds im Sinne des Artikels 5 führt, wird das Mitglied, das eine solche Subvention gewährt oder beibehält, geeignete Schritte unternehmen, um die nachteiligen Auswirkungen zu beseitigen oder zieht die Subvention zurück.

21) Wenn eine Tagung des DSB während dieser Frist nicht anberaumt ist, wird eine Tagung zu diesem Zweck abgehalten.

22) Wenn eine Tagung des DSB während dieser Frist nicht anberaumt ist, wird eine solche Tagung zu diesem Zweck abgehalten.

- 7.9 Falls das Mitglied keine geeigneten Schritte zur Beseitigung der nachteiligen Auswirkungen der Subvention unternommen hat, oder die Subvention binnen 6 Monaten ab dem Zeitpunkt zu dem das DSB den Bericht des Untersuchungsausschusses oder den Bericht des Berufungsorgans angenommen hat, nicht zurückzieht und bei Fehlen einer Ausgleichsvereinbarung, erteilt das DSB dem beschwerdeführenden Mitglied die Ermächtigung zu Gegenmaßnahmen, die dem Grad und der Art angemessen sind, außer das DSB entscheidet mit Kones, das Ersuchen zurückzuweisen.
- 7.10 Wenn eine Streitpartei gemäß Artikel 22 Absatz 6 der DSU ein Schiedsverfahren beantragt, bestimmt der Schiedsrichter, ob die Gegenmaßnahmen dem Grad und der Art der festgestellten nachteilige Auswirkungen angemessen sind.

TEIL IV: NICHTANFECHTBAREN SUBVENTIONEN

Artikel 8

Ermittlung von nichtanfechtbaren Subventionen

- 8.1 Die folgenden Subventionen gelten als nichtanfechtbar ²³⁾:
- a) Subventionen, die nicht spezifisch im Sinne des Artikels 2 sind;
 - b) Subventionen, die spezifisch im Sinne des Artikels 2 sind, aber alle im Absatz 2 lit. a, b oder c vorgesehenen Bedingungen erfüllen.

²³⁾ Es wird anerkannt, daß Regierungsbeihilfen für verschiedene Zwecke von Mitgliedern weitgehend vorgesehen sind und daß die bloße Tatsache, wonach solche Beihilfen nach diesem Artikel als anfechtbar beurteilt werden, nicht an sich die Möglichkeit der Mitglieder einschränkt, solche Beihilfen vorzusehen.

8.2 Ungeachtet der Bestimmungen der Teile III und V sind folgende Subventionen nicht anfechtbar:

- a) Beihilfen für Forschungstätigkeiten, die von Unternehmen oder durch höhere Bildungs- oder Forschungszentren auf einer vertraglichen Grundlage mit Unternehmen durchgeführt werden, wenn ^{24).} ^{25).} ²⁶⁾ die Beihil-

²⁴⁾ Da erwartet wird, daß für Zivilluftfahrzeuge besondere multilaterale Regeln gelten werden, finden die Bestimmungen dieser lit. auf diese Waren nicht Anwendung.

²⁵⁾ Spätestens 18 Monate nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens überprüft das im Artikel 24 vorgesehene Komitee für Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen (in diesem Übereinkommen das "Komitee" genannt) die Wirksamkeit der Bestimmungen des Absatzes 2 lit. a mit dem Ziel, alle notwendigen Änderungen zur Verbesserung der Wirksamkeit dieser Bestimmungen vorzunehmen. Bei seiner Prüfung der möglichen Änderungen überprüft das Komitee sorgfältig die in dieser lit. enthaltenen Begriffsbestimmungen der Gruppen im Lichte der von den Mitgliedern bei der Durchführung von Forschungsprogrammen gewonnenen Erfahrungen und der Arbeiten in anderen einschlägigen internationalen Institutionen.

²⁶⁾ Die Bestimmungen dieses Übereinkommens finden keine Anwendung auf Grundsatzforschung, die unabhängig von höheren Bildungs- und Forschungszentren durchgeführt wird. Der Ausdruck "Grundsatzforschung" bedeutet eine Ausweitung der allgemeinen wissenschaftlichen und technischen Kenntnis, die an industrielle oder kommerzielle Zielsetzungen nicht gebunden ist.

fen ²⁷⁾ nicht mehr als 75 Prozent der Kosten für industrielle Forschung ²⁸⁾ oder 50 Prozent der Kosten für Entwicklungstätigkeit vor dem Wettbewerb ²⁹⁾ ³⁰⁾ ;

²⁷⁾ Das in dieser lit. angeführte erlaubte Maß an nichtanfechtbaren Beihilfen wird in bezug auf die gesamten zulässigen Kosten während der Dauer eines einzelnen Projekts festgelegt.

²⁸⁾ Der Ausdruck "industrielle Forschung" bedeutet geplante Forschung oder kritische Untersuchung mit dem Ziel der Entdeckung neuen Wissens und mit dem weiteren Ziel, daß ein solches Wissen bei der Entwicklung neuer Waren, Verfahren oder Dienstleistungen, oder bei der Schaffung einer wesentlichen Verbesserung für bestehende Waren, Verfahren oder Dienstleistungen zweckmäßig sein kann.

²⁹⁾ Der Ausdruck "Entwicklungstätigkeit vor dem Wettbewerb" bedeutet die Überführung industrieller Forschungsergebnisse in einen Plan, Lichtpause oder Muster für neue, modifizierte oder verbesserte Waren, Verfahren oder Dienstleistungen zum Verkauf oder Gebrauch, einschließlich der Schaffung eines ersten Prototyps, der nicht für den kommerziellen Gebrauch verwendungsfähig wäre. Weiters kann der Ausdruck die begriffliche Formulierung und die Strukturierung von Waren, Verfahren oder fakultativen Dienstleistungen und Anfangsvorfürungen oder Pilotprojekten umfassen, vorausgesetzt, daß diese Projekte nicht für industrielle Zwecke oder kommerzielle Nutzung umgewandelt oder verwendet werden können. Dies umfaßt nicht routinemäßige oder regelmäßige Veränderungen bei bestehenden Waren, Erzeugungslinien, Herstellungsverfahren, Dienstleistungen und andere ständige Verarbeitungen, auch wenn diese Veränderungen Verbesserungen darstellen können.

³⁰⁾ Bei Programmen, die industrielle Forschung und Entwicklungstätigkeiten vor dem Wettbewerb erfassen, übersteigt das erlaubte Maß an nichtanfechtbaren Beihilfen nicht den einfachen Durchschnitt des erlaubten Ausmaßes von nichtanfechtbaren Beihilfen, die auf die beiden oberen Gruppen anwendbar sind, berechnet auf der Grundlage aller in lit. i) bis v) zulässigen Kosten.

und vorausgesetzt, daß solche Beihilfen ausschließlich beschränkt sind auf:

- (i) Personalkosten (Forscher, Techniker und anderes ausschließlich in der Forschungstätigkeit beschäftigtes Hilfspersonal);
- (ii) Kosten für Instrumente, Ausrüstung, Grundstücke und ausschließlich und dauernd für Forschungstätigkeiten benutzte Gebäude (ausgenommen, wenn sie auf kommerzieller Grundlage bereitgestellt sind);
- (iii) Kosten für Fachberatung und gleichartige Dienstleistungen ausschließlich für Forschungstätigkeiten, einschließlich Forschungseinkauf, technische Kenntnis, Patente, usw.;
- (iv) zusätzliche Fertigungsgemeinkosten, die unmittelbar als Folge der Forschungstätigkeiten entstehen;
- (v) andere laufende Kosten (wie für Material, Lieferungen und dergleichen), die unmittelbar als Folge der Forschungstätigkeiten entstehen.

b) Beihilfen für benachteiligte Regionen im Gebiet eines Mitglieds, die entsprechend einem Rahmen der regionalen Entwicklung³¹⁾ und nicht spezifisch (im Sinne des Artikels 2) innerhalb der berechtigten Regionen gegeben werden, vorausgesetzt daß:

- (i) jede benachteiligte Region ein klar umschriebenes, zusammenhängendes geographisches Gebiet mit einer definierbaren wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Identität sein muß;

³¹⁾ Ein "allgemeiner Rahmen der regionalen Entwicklung" bedeutet, daß regionale Subventionsprogramme Teil einer intern vereinbarten und allgemein anwendbaren Entwicklungspolitik sind, und daß regionale Entwicklungssubventionen nicht isolierten geographischen Örtlichkeiten gewährt werden, die keinen oder praktisch keinen Einfluß auf die Entwicklung einer Region haben.

- (ii) die Region aufgrund neutraler und objektiver Kriterien ³²⁾ als benachteiligt angesehen wird, die erkennen lassen, daß die Schwierigkeiten der Region aus mehr als vorübergehenden Umständen entstehen; solche Kriterien müssen klar im Gesetz, Verordnungen oder anderen staatlichen Dokumenten dargelegt sein, sodaß eine Nachprüfung möglich ist;
- (iii) die Kriterien umfassen eine Messung der wirtschaftlichen Entwicklung aufgrund zumindest eines der folgenden Faktoren;
- das pro-Kopf Einkommen oder das Haushaltseinkommen pro Kopf oder das Bruttonationalprodukt pro Kopf darf 85 Prozent des Durchschnitts des betreffenden Gebiets nicht überschreiten;
 - die Arbeitslosenrate muß mindestens 110 Prozent des Durchschnitts des betreffenden Gebiets ausmachen;
- gemessen über einen Dreijahreszeitraum; eine solche Messung kann jedoch gemischt sein und andere Faktoren einschließen.

³²⁾ "Neutrale und objektive Kriterien" bedeuten Kriterien, die bestimmte Regionen nicht über das was für die Beseitigung oder Verminderung der regionalen Verschiedenheiten im Rahmen der regionalen Entwicklungspolitik hinaus entsprechend begünstigen. In dieser Hinsicht umfassen regionale Subventionsprogramme Obergrenzen für die Beihilfen, die für jedes subventionierte Projekt gewährt werden können. Solche Obergrenzen müssen entsprechend den verschiedenen Ebenen der Entwicklung der unterstützten Region sowie nach Investitionskosten oder Kosten für die Schaffung von Arbeitsplätzen unterschieden werden. Innerhalb dieser Obergrenzen wird die Beihilfe breit genug gestreut, um so einen überwiegenden Gebrauch der Subventionen oder die Gewährung einer unverhältnismäßig großen Subventionssumme an bestimmte Unternehmen, wie im Artikel 2 vorgesehen, zu vermeiden.

- c) Beihilfen zur Förderung der Anpassung bestehender Einrichtungen ³³⁾ an neue durch Gesetz und/oder Verordnungen angeordnete Umwelterfordernisse, die größere Beschränkungen und finanzielle Lasten für Unternehmen zur Folge haben, vorausgesetzt, daß die Beihilfe:
- (i) eine einmalige, nicht wiederkehrende Maßnahme ist; und
 - (ii) auf 20 Prozent der Anpassungskosten beschränkt ist; und
 - (iii) die Kosten des Ersatzes und der Durchführung der unterstützten Investition, die voll vom Unternehmen getragen werden müssen, nicht deckt; und
 - (iv) unmittelbar an die von einem Unternehmen geplante Reduktion der Belästigungen und Verschmutzung gebunden und angemessen ist und keine Herstellungskostenersparnis, die erzielt werden kann, deckt; und
 - (v) allen Unternehmen, die neue Ausrüstung und/oder Erzeugungsverfahren annehmen können, verfügbar ist.

8.3 Ein Subventionsprogramm, das sich auf Absatz 2 stützt, wird vor seiner Durchführung dem Komitee gemäß Teil VII notifiziert. Jede derartige Notifikation wird ausreichend genau sein, um anderen Mitgliedern die Bewertung zu ermöglichen, ob das Programm mit den in den einschlägigen Bestimmungen des Absatzes 2 festgelegten Bedingungen und Kriterien übereinstimmt. Die Mitglieder stellen dem Komitee jährlich auch die auf den neuesten Stand gebrachten Notifikationen zur Verfügung, im besonderen durch Bei-

³³⁾ Der Ausdruck "bestehende Einrichtungen" bedeutet Einrichtungen, die zum Zeitpunkt als neue Umwelterfordernisse angeordnet wurden, mindestens zwei Jahren im Betrieb waren.

stellung von Angaben über die Gesamtaufwendungen für jedes Programm und Programmänderungen. Die anderen Mitglieder haben das Recht, Informationen über einzelne Subventionsfälle des notifizierten Programms zu verlangen³⁴⁾.

8.4 Auf Ersuchen eines Mitglieds überprüft das Sekretariat eine nach Absatz 3 vorgenommene Notifikation und kann gegebenenfalls vom subventionierenden Mitglied ergänzende Angaben zu dem in Überprüfung befindlichen notifizierten Programm verlangen. Das Sekretariat berichtet seine Feststellung dem Komitee. Das Komitee überprüft auf Ersuchen unverzüglich die Feststellungen des Sekretariats (oder, falls eine Überprüfung durch das Sekretariat nicht verlangt wurde, die Notifikation selbst), um festzustellen, ob die im Absatz 2 festgelegten Bedingungen und Kriterien erfüllt wurden oder nicht. Das in diesem Absatz vorgesehene Verfahren wird spätestens bei der ersten regulären Tagung des Komitees, die der Notifikation eines Subventionsprogramms folgt, beendet, vorausgesetzt, daß zwischen Notifikation und regulärer Tagung des Komitees mindestens zwei Monate vergangen sind. Das in diesem Absatz beschriebene Überprüfungsverfahren findet auf Ersuchen auch auf substantielle Notifikationen eines Programms Anwendung, die gemäß Absatz 3 jährlich auf den neuesten Stand gebracht werden.

8.5 Auf Ersuchen eines Mitglieds wird die im Absatz 4 erwähnte Feststellung des Komitees, oder wenn das Komitee keine Feststellung treffen konnte, sowie in bestimmten Fällen die Verletzung der im notifizierten Programm fest-

³⁴⁾ Es besteht Einverständnis, daß diese Notifikationsbestimmung keine Mitteilung vertraulicher Angaben, einschließlich vertraulicher Geschäftsangaben, verlangt.

gelegten Bedingungen dem bindenden Schiedsverfahren übertragen. Das Schiedsorgan legt seine Schlußfolgerungen den Mitgliedern binnen 120 Tagen nach Übertragung der Angelegenheit an das Schiedsorgan vor. Sofern in diesem Absatz nichts anderes vorgesehen ist, findet das DSU auf nach diesem Absatz durchgeführte Schiedsverfahren Anwendung.

Artikel 9

Konsultationen und genehmigte Abhilfemaßnahmen

- 9.1 Wenn während der Durchführung eines im Artikel 8 Absatz 2 angeführten Programms ungeachtet der Tatsache, daß das Programm mit den in diesem Absatz festgelegten Kriterien vereinbar ist, ein Mitglied jedoch Grund zur Annahme hat, daß dieses Programm zu ernsthaften nachteiligen Auswirkungen auf den inländischen Wirtschaftszweig dieses Mitglieds geführt hat, und daß es Schädigungen verursacht, welche schwer zu beseitigen wären, kann ein solches Mitglied um Konsultationen mit dem die Subventionen gewährenden oder diese beibehaltenden Mitglied ersuchen.
- 9.2 Auf Ersuchen um Konsultationen nach Absatz 1 wird das Mitglied, welches das fragliche Subventionsprogramm gewährt oder beibehält, so rasch wie möglich in solche Konsultationen eintreten. Zweck solcher Konsultationen ist es, die Tatsachen der Situation zu klären und eine einvernehmliche Lösung zu erreichen.
- 9.3 Wenn eine einvernehmliche Lösung in den Konsultationen nach Absatz 2 binnen 60 Tagen ab dem Konsultationsersuchen nicht erreicht wird, kann das ersuchende Mitglied die Angelegenheit dem Komitee übertragen.
- 9.4 Wenn eine Angelegenheit dem Komitee übertragen wird, überprüft das Komitee unverzüglich die diesbezüglichen Tatsachen und den Nachweis der im Absatz 1 angeführten Auswirkungen. Wenn das Komitee das Bestehen solcher Auswirkungen feststellt, kann es dem subventionierenden

Mitglied derartige Änderung dieses Programms empfehlen, um diese Auswirkungen zu beseitigen. Das Komitee legt seine Schlußfolgerungen binnen 120 Tagen, nachdem ihm die Angelegenheit nach Absatz 3 übertragen worden ist, vor. Wenn der Empfehlung nicht binnen sechs Monaten entsprochen wurde, ermächtigt das Komitee das ersuchende Mitglied zu geeigneten Gegenmaßnahmen, die der Art und dem Grad der festgestellten Auswirkungen entsprechen.

TEIL V: AUSGLEICHSMASSNAHMEN

Artikel 10

Anwendung des Artikels VI des GATT 1994 ³⁵⁾

Die Mitglieder unternehmen alle notwendigen Schritte um sicherzustellen, daß die Erhebung eines Ausgleichszolls ³⁶⁾ auf eine aus dem Gebiet eines Mitglieds in das Gebiet eines anderen Mitglieds eingeführte Ware im Einklang mit Artikel VI des GATT 1994 und den Bedingungen dieses Übereinkommens er-

³⁵⁾ Die Bestimmungen des Teils II oder III können parallel mit den Bestimmungen des Teils V angerufen werden; jedoch wird hinsichtlich der Auswirkungen einer bestimmten Subvention auf den inländischen Markt des einführenden Mitglieds nur eine Abhilfemassnahme (entweder ein Ausgleichszoll, wenn die Erfordernisse des Teils V erfüllt werden, oder eine Gegenmaßnahme nach Artikel 4 oder 7) verfügbar sein. Die Bestimmungen der Teile III und V werden bezüglich nichtanfechtbarer Maßnahmen gemäß Teil IV nicht angerufen. Jedoch können Maßnahmen nach Artikel 8 Absatz 1 lit. a zwecks Feststellung untersucht werden, ob sie im Sinne des Artikels 2 spezifisch sind oder nicht. Überdies können im Falle einer im Artikel 8 Absatz 2 angeführten Subvention nach einem nichtnotifizierten Programm gemäß Artikel 8 Absatz 3 die Bestimmungen des Teils III oder V angerufen werden; eine solche Subvention wird aber als nichtanfechtbar behandelt, wenn sie mit dem im Artikel 8 Absatz 2 enthaltenen Regeln als vereinbar angesehen wird.

³⁶⁾ Der Ausdruck "Ausgleichszoll" bedeutet einen besonderen Zoll, der zum Zweck des Ausgleichs einer Subvention, die unmittelbar oder mittelbar für die Herstellung, Erzeugung oder Ausfuhr einer Ware verwendet wird, wie dies im Artikel VI des GATT 1994 vorgesehen ist.

folgt. Ausgleichszölle können nur nach einer eingeleiteten³⁷⁾ und durchgeführten Untersuchung im Einklang mit den Bestimmungen dieses Übereinkommens und des Übereinkommens über die Landwirtschaft erhoben werden.

Artikel 11

Einleitung des Verfahrens und anschließende Prüfung

11.1 Eine Untersuchung zur Feststellung des Vorliegens, des Ausmaßes und der Auswirkung einer behaupteten Subvention wird aufgrund eines schriftlichen Antrags eingeleitet, der von dem betroffenen inländischen Wirtschaftszweig oder in seinem Namen gestellt wird, sofern nicht Absatz 6 Anwendung findet.

11.2 Ein Antrag nach Absatz 1 muß ausreichende Beweismittel für das Vorliegen a) einer Subvention, b) einer Schädigung im Sinne des Artikels VI des GATT 1994 in der Auslegung durch dieses Übereinkommen und c) eines Kausalzusammenhangs zwischen den subventionierten Einfuhren und der behaupteten Schädigung enthalten. Einfache Behauptungen, welche nicht auf einschlägige Beweise gestützt sind, können nicht als den Erfordernissen dieses Absatzes entsprechend angesehen werden. Der Antrag enthält folgende Angaben, die dem Antragsteller billigerweise verfügbar sind:

- (i) die Identität des Antragstellers sowie eine Beschreibung des Umfangs und Wertes der inländischen Erzeugung der gleichartigen durch den Antragsteller erzeugten Ware. Wenn ein schriftlicher Antrag im Namen des inländischen Wirtschaftszweiges gestellt wird, ist im Antrag der

³⁷⁾ Der Ausdruck "eingeleitet", wie er in der Folge verwendet wird, bedeutet eine prozedurale Vorgangsweise, wodurch ein Mitglied formell eine Untersuchung beginnt, wie dies im Artikel 11 vorgesehen ist.

Wirtschaftszweig, in dessen Namen der Antrag mit einer Aufstellung aller bekannten inländischen Erzeuger der gleichartigen Ware (oder eines Zusammenschlusses inländischer Erzeuger einer gleichartigen Ware) gestellt wird, zu benennen und auch, soweit möglich, eine Beschreibung des Umfangs und Wertes einer gleichartigen Ware aus inländischer Erzeugung von diesem Erzeuger;

- (ii) eine vollständige Beschreibung der Ware, die vermutlich Gegenstand der Subvention ist, Namen des Ursprungslandes oder der Ursprungsländer oder der betreffenden Ausfuhrländer, die Identität des bekannten Exporteurs oder ausländischen Erzeugers sowie eine Liste bekannter Importeure der betreffenden Ware;
- (iii) Beweise für das Vorliegen, die Höhe und die Art der betreffenden Subvention;
- (iv) Beweise, daß die behauptete Schädigung eines inländischen Wirtschaftszweiges durch subventionierte Einfuhren zufolge der Auswirkungen der Subventionen verursacht wird; diese Beweise umfassen Informationen über die Entwicklung des Umfangs der vermutlich subventionierten Einfuhren, die Auswirkungen dieser Einfuhren auf die Preise der gleichartigen Ware auf dem inländischen Markt und die daraus folgenden Auswirkungen der Einfuhren auf den inländischen Wirtschaftszweig, wie dies durch einschlägige Faktoren und Hinweise, die die Lage des inländischen Wirtschaftszweiges belasten und zwar solche, die im Artikel 15 Absätze 2 und 4 angeführt sind.

11.3 Die Behörden prüfen die Genauigkeit und Angemessenheit der im Antrag vorgesehenen Beweismittel, um festzustellen, ob ausreichende Beweismittel vorliegen, die die Einleitung einer Untersuchung rechtfertigen.

11.4 Eine Untersuchung wird nach Absatz 1 nur dann eingeleitet, wenn die Behörden aufgrund einer Prüfung den Unterstützungs- oder Ablehnungsgrad des Antrags seitens der inländischen Erzeuger einer gleichartigen Ware festgestellt haben ³⁸⁾, daß der Antrag vom oder im Namen des inländischen Wirtschaftszweiges eingebracht worden ist ³⁹⁾. Der Antrag wird als "vom oder im Namen des inländischen Wirtschaftszweiges eingebracht" betrachtet, wenn er von den inländischen Erzeugern, deren gemeinsame Erzeugung über 50 Prozent der Gesamterzeugung der gleichartigen Ware beträgt, unterstützt wird, welche von dem Teil des inländischen Wirtschaftszweiges erzeugt wird, der die Zustimmung oder Ablehnung des Ansuchens bekundet. Wenn das Ansuchen jedoch nur von jenen inländischen Erzeugern unterstützt wird, die über weniger als 25 Prozent der gesamten Erzeugung der gleichartigen vom inländischen Wirtschaftszweig erzeugten Ware verfügen, wird keine Untersuchung eingeleitet.

11.5 Die Behörden vermeiden die öffentliche Bekanntmachung eines Antrags zur Einleitung einer Untersuchung, sofern nicht eine Entscheidung zur Einleitung einer Untersuchung getroffen worden ist.

11.6 Unter besonderen Umständen können die Behörden entscheiden, eine Untersuchung ohne ein diesbezügliches schriftliches Ansuchen seitens des oder im Namen des inländi-

³⁸⁾ Im Falle von zersplitterten Wirtschaftszweigen mit einer ungewöhnlich hohen Zahl von Erzeugern können die Behörden Unterstützung und Ablehnung mittels statistisch gültigen Proben feststellen.

³⁹⁾ Die Mitglieder sind sich bewußt, daß in den Gebieten von bestimmten Mitgliedern Angestellte inländischer Erzeuger gleichartiger Waren oder Vertreter dieser Angestellten einen Antrag auf Untersuchung nach Absatz 1 einbringen oder unterstützen können.

- schen Wirtschaftszweiges einzuleiten. Dies soll jedoch nur dann geschehen, wenn genügend Beweise über das Bestehen einer Subvention, eine Schädigung und einen kausalen Zusammenhang nach Absatz 2 zur Rechtfertigung der Einleitung einer Untersuchung vorliegen.
- 11.7 Die Beweismittel für diese Subvention und die Schädigung werden gleichzeitig geprüft a) bei der Entscheidung zur allfälligen Einleitung einer Untersuchung und b) danach im Verlauf der Untersuchung, beginnend zu einem Zeitpunkt, der nicht nach dem frühesten Zeitpunkt liegen darf, von dem an gemäß diesem Übereinkommen vorläufige Maßnahmen angewendet werden können.
- 11.8 In Fällen, in denen Waren nicht direkt aus dem Ursprungsland eingeführt, sondern aus einem anderen Land in das einführende Land ausgeführt werden, finden die Bestimmungen dieses Übereinkommens voll Anwendung, und der Geschäftsvorgang oder die Geschäftsvorgänge werden im Sinne dieses Übereinkommens so betrachtet als hätten sie zwischen dem Ursprungsland und dem einführenden Mitglied stattgefunden.
- 11.9 Sind die zuständigen Behörden überzeugt, daß die Beweise für eine Subvention oder für die Schädigung nicht ausreichen, um die Fortsetzung des Verfahrens zu rechtfertigen, so wird der Antrag umgehend zurückgewiesen und die Untersuchung umgehend eingestellt. Ist der Subventionsbetrag oder der Umfang der tatsächlichen oder möglichen subventionierten Einfuhren oder die Schädigung geringfügig, so wird die Untersuchung umgehend eingestellt. Der Subventionsbetrag wird als geringfügig betrachtet, wenn er unter 1 Prozent des Wertes beträgt.
- 11.10 Ein Verfahren steht der Zollabfertigung nicht entgegen.

11.11 Wenn keine besonderen Umstände eintreten, werden Untersuchungen innerhalb eines Jahres, spätestens ab 18 Monate nach ihrer Einleitung, abgeschlossen.

Artikel 12

Beweise

12.1 Interessierten Mitgliedern und allen interessierten Parteien wird mitgeteilt, welche Auskünfte die Behörden benötigen und sie erhalten ausreichend Gelegenheit schriftlich alle Beweismittel vorzulegen, deren Anwendung sie in der anhängigen Untersuchung für zweckdienlich halten.

12.1.1 Exporteuren, ausländischen Erzeugern oder interessierten Mitgliedern wird eine Frist von 30 Tagen zur Beantwortung der ihnen anlässlich der Ausgleichszolluntersuchung übermittelten Fragebögen eingeräumt⁴⁰⁾. Gebührende Berücksichtigung soll auch jedes Ersuchen um Verlängerung der 30-Tage-Frist finden, und nach Bekanntgabe der Gründe soll eine Verlängerung, wann immer möglich, gewährt werden.

12.1.2 Die Beweismittel, welche von einem interessierten Mitglied oder interessierten Partei schriftlich vorgelegt werden, werden umgehend den anderen interessierten Mitgliedern oder interessierten Parteien, die an der Untersuchung teilnehmen, zur Verfügung gestellt, es sei denn, es besteht Anlaß, vertrauliche Angaben zu schützen.

⁴⁰⁾ Als allgemeine Regel wird die Frist für Exporteure ab dem Zeitpunkt des Einlangens des Fragebogens berechnet, wobei angenommen wird, daß das Einlangen eine Woche nach Absenden an den Empfänger oder nach Übermittlung an den betreffenden diplomatischen Vertreter des ausführenden Mitglieds oder aber, im Falle eines gesonderten Zollgebiet-Mitglieds der WTO an einen offiziellen Vertreter des ausführenden Gebiets, gilt.

- 12.1.3 Nach Einleitung der Untersuchung werden die Behörden den bekanntermaßen betroffenen Exporteuren sowie den Behörden der ausführenden Mitglieder den vollen Wortlaut des schriftlichen Antrags, welchen sie gemäß Artikel 11 Absatz 1 erhalten haben, übermitteln⁴¹⁾ und ihn auf Ersuchen den anderen betroffenen Parteien zugänglich machen. Vertraulichen Angaben wird nach Absatz 4 besonderer Schutz gewährt.
- 12.2 Interessierte Mitglieder und interessierte Parteien haben auf Antrag das Recht, Angaben mündlich vorzubringen. Mündliche Vorbringen werden den interessierten Mitgliedern und interessierten Parteien schriftlich nachgereicht. Eine Entscheidung der Untersuchungsbehörden kann nur auf Angaben und Beweise im schriftlichen Bericht dieser Behörde und die den interessierten Mitgliedern und interessierten Parteien, die an der Untersuchung teilgenommen haben, verfügbar waren, gestützt werden, wobei der Notwendigkeit, vertrauliche Angaben zu schützen, angemessen Rechnung getragen wird.
- 12.3 Die Behörden geben den interessierten Parteien, falls durchführbar, zeitgerecht Gelegenheit, alle für die Darlegung ihres Standpunktes erheblichen Unterlagen einzusehen, die von den Behörden in einer Ausgleichszolluntersuchung verwendet werden und nicht im Sinne des Absatzes 4 vertraulich sind, sowie aufgrund dieser Unterlagen Stellungnahmen vorzubereiten.
- 12.4 Alle Auskünfte, die ihrer Natur nach vertraulich sind (beispielsweise, weil ihre Preisgabe einem Konkurrenten erhebliche Wettbewerbsvorteile verschaffen würde oder

⁴¹⁾ Es besteht Einvernehmen, daß im Falle einer besonders hohen Zahl von Exporteuren der volle Wortlaut des schriftlichen Antrags nur den Behörden des ausführenden Mitglieds oder den betroffenen Handelsvertretungen zur Verfügung gestellt werden soll.

für den Auskunftgeber oder die Person, von der er die Auskünfte erhalten hat, von erheblichem Nachteil wäre) oder von den Parteien für eine Untersuchung vertraulich zur Verfügung gestellt werden, sind bei entsprechender Begründung von den Untersuchungsbehörden vertraulich zu behandeln. Diese Auskünfte dürfen nicht ohne ausdrückliche Genehmigung der Partei, die sie erteilt hat, preisgegeben werden ⁴²⁾.

12.4.1 Die Behörden werden interessierte Parteien, die vertrauliche Auskünfte erteilen, veranlassen, eine nicht-vertrauliche Zusammenfassung dieser Auskünfte zur Verfügung zu stellen. Die Zusammenfassungen enthalten genügend Einzelheiten, um den wesentlichen Inhalt der vertraulichen Auskünfte verstehen zu können. Unter außergewöhnlichen Umständen können die Parteien erklären, daß sich diese Auskünfte nicht für eine Zusammenfassung eignen. Unter solchen außergewöhnlichen Umständen sind die Gründe anzugeben, die eine Zusammenfassung unmöglich machen.

12.4.2 Ist jedoch nach Ansicht der betreffenden Behörden ein Antrag auf vertrauliche Behandlung nicht gerechtfertigt und ist der Auskunftgeber weder bereit, die Angaben bekanntzugeben noch ihrer Bekanntgabe in großen Zügen oder in gekürzter Form zuzustimmen, so können die Behörden diese Angaben unberücksichtigt lassen, sofern ihnen nicht aus geeigneter Quelle überzeugend nachgewiesen wird, daß sie zutreffen ⁴³⁾.

⁴²⁾ Die Mitglieder sind sich bewußt, daß im Gebiet gewisser Mitglieder die Preisangabe aufgrund von enggefaßten Schutzbestimmungen verlangt werden kann.

⁴³⁾ Die Mitglieder sind sich darüber einig, daß Ersuchen um vertrauliche Behandlung von Auskünften nicht willkürlich abgelehnt werden sollen. Die Mitglieder sind sich ferner darüber einig, daß die Untersuchungsbehörde nur verlangen kann, bezüglich der für das Verfahren einschlägigen Angaben auf die Vertraulichkeit zu verzichten.

- 12.5 Die Behörden werden sich im Verlauf der Untersuchungen, außer unter den im Absatz 7 vorgesehenen Umständen, davon überzeugen, daß die von den betroffenen Parteien gemachten Angaben, auf denen sich ihr Ermittlungsergebnis stützt, zutreffend sind.
- 12.6 Die Untersuchungsbehörden können erforderlichenfalls im Gebiet anderer Mitglieder Untersuchungen anstellen, vorausgesetzt, daß sie das betroffene Mitglied zeitgerecht unterrichten und dieses Mitglied keine Einwände gegen die Untersuchung erhebt. Darüberhinaus können die Untersuchungsbehörden Untersuchungen in den Räumlichkeiten eines Unternehmens durchführen und die Firmenberichte prüfen, wenn a) das Unternehmen zustimmt und b) das betroffene Mitglied informiert wird und keinen Einwand erhebt. Die im Anhang VI festgelegten Verfahren finden auf Untersuchungen in den Räumlichkeiten eines Unternehmens Anwendung. Vorbehaltlich des Erfordernisses, vertrauliche Angaben zu schützen, machen die Behörden die Ergebnisse solcher Untersuchungen verfügbar oder besorgen ihre Bekanntmachung gemäß Absatz 8 an die Unternehmen, die sie betreffen, und stellen die Ergebnisse den Antragstellern zur Verfügung.
- 12.7 Verweigert ein interessiertes Mitglied oder eine interessierte Partei den Zugang zu erforderlichen Angaben oder stellen sie erforderliche Angaben nicht innerhalb eines angemessenen Zeitraums zur Verfügung, oder behindern sie erheblich das Verfahren, so können vorläufige und endgültige Feststellungen bejahender oder verneinender Art aufgrund der verfügbaren Tatsachen getroffen werden.
- 12.8 Die Behörden setzen vor einer endgültigen Feststellung alle interessierten Mitglieder und interessierten Parteien über die wesentlichen zu berücksichtigenden Tatsachen in Kenntnis, welche die Grundlage der Entscheidung bilden, ob endgültige Maßnahmen Anwendung

finden. Diese Bekanntmachung soll zeitgerecht stattfinden, um es den Parteien zu ermöglichen, ihre Interessen zu verteidigen.

12.9 Im Sinne dieses Übereinkommens umfaßt der Ausdruck "interessierte Parteien":

(i) einen Exporteur oder ausländischen Erzeuger oder den Importeur einer Ware, die Gegenstand einer Untersuchung ist, oder eine Handels- oder Wirtschaftsvereinigung, deren überwiegende Zahl von Mitgliedern Erzeuger, Exporteure oder Importeure einer solchen Ware sind; und

(ii) einen Erzeuger der gleichartigen Ware im einführenden Mitglied oder eine Handels- oder Wirtschaftsvereinigung, deren überwiegende Zahl von Mitgliedern, die gleichartige Waren im Gebiet des einführenden Mitglieds erzeugen.

Diese Aufzählung hindert die Mitglieder nicht daran, inländische oder ausländische Parteien, die oben nicht angeführt wurden, als interessierte Parteien einzubeziehen.

12.10 Die Behörden werden es den gewerblichen Verbrauchern der Ware, die Gegenstand der Untersuchung ist, und den maßgeblichen Konsumentenorganisationen in Fällen, in denen die Ware üblicherweise im Einzelhandel erhältlich ist, ermöglichen, Auskünfte zu erteilen, die für die Untersuchung bezüglich Subventionierung, Schädigung und Kausalität von Bedeutung sind.

12.11 Die Behörden werden die auftretenden Schwierigkeiten beim Erteilen der erforderlichen Auskünfte berücksichtigen, besonders bei kleineren Unternehmen, und jede mögliche Hilfe gewähren.

12.12 Die oben angeführten Verfahren sollen die Behörden eines Mitglieds gemäß den einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens nicht daran hindern, ohne Verzögerung

Untersuchungen einzuleiten, vorläufige oder endgültige Feststellungen bejahender oder verneinender Art zu treffen oder vorläufige oder endgültige Maßnahmen anzuwenden.

Artikel 13 Konsultationen

- 13.1 Wird einem Antrag gemäß Artikel 11 stattgegeben, werden die Mitglieder, deren Waren Gegenstand der Untersuchung sein können, sobald wie möglich, in jedem Fall aber vor Einleitung einer Untersuchung, zu Konsultationen eingeladen, um die im Artikel 11 Absatz 2 genannten Fragen zu klären und eine einvernehmliche Lösung zu erzielen.
- 13.2 Ferner wird den Mitgliedern, deren Waren Gegenstand der Untersuchung sind, während der Untersuchung ausreichend Gelegenheit gegeben, die Konsultationen fortzusetzen, um den Sachverhalt zu klären und eine einvernehmliche Lösung zu erzielen ⁴⁴⁾.
- 13.3 Unbeschadet der Verpflichtung, ausreichende Gelegenheit zu Konsultationen zu geben, sollen diese Bestimmungen über die Konsultationen die Behörden eines Mitglieds nicht daran hindern, gemäß den Bestimmungen dieses Übereinkommens ohne Verzögerung Untersuchungen einzuleiten, vorläufige oder endgültige Feststellungen, gleich ob bejahender oder verneinender Art, zu treffen oder vorläufige oder endgültige Maßnahmen anzuwenden.

⁴⁴⁾ Gemäß den Bestimmungen dieses Absatzes ist es besonders wichtig, daß keine vorläufige oder endgültige Feststellung bejahender Art ergeht, ohne daß ausreichend Gelegenheit zu Konsultationen gegeben worden ist. Solche Konsultationen können die Grundlage für das Vorgehen nach den Teilen II, III oder X dieses Übereinkommens bilden.

13.4 Das Mitglied, das die Einleitung einer Untersuchung beabsichtigt oder eine Untersuchung durchführt, gewährt dem oder den Mitgliedern, deren Waren Gegenstand dieser Untersuchung sind, auf Antrag Zugang zu den nichtvertraulichen Beweismitteln, einschließlich der nichtvertraulichen Zusammenfassung von vertraulichen Angaben, die zur Durchführung der Untersuchung verwendet wurden.

Artikel 14

Berechnung der Höhe der Subvention im Sinne des Vorteils für den Empfänger

Für die Zwecke des Teils V sehen die inländische Gesetzgebung oder die Durchführungsbestimmungen des betreffenden Mitglieds die von der untersuchenden Behörde verwendete Methode zur Berechnung des Vorteils für den Empfänger gemäß Artikel 1 Absatz 1 vor, und deren Anwendung ist in jedem einzelnen Fall transparent und wird entsprechend erläutert. Überdies ist jede solche Methode mit den folgenden Richtlinien vereinbar:

- a) die staatliche Beistellung von Eigenkapital gilt nicht als Einräumung eines Vorteils, außer die Investitionsentscheidung kann als unvereinbar mit der üblichen Investitionspraxis (einschließlich die Bereitstellung von Risikokapital) von privaten Investoren im Gebiet dieses Mitglieds angesehen werden;
- b) ein staatliches Darlehen gilt nicht als Einräumung eines Vorteils, außer es besteht ein Unterschied zwischen dem Betrag, den die das Darlehen empfangende Firma für das staatliche Darlehen bezahlt, und dem Betrag, den die Firma für ein vergleichbares kommerzielles Darlehen, das sie tatsächlich auf dem Markt erhalten würde, bezahlen würde. In diesem Fall besteht der Vorteil im Unterschied zwischen diesen zwei Beträgen;

- c) eine staatliche Darlehensgarantie gilt nicht als Einräumung eines Vorteils, außer es besteht ein Unterschied zwischen dem Betrag, den die die Garantie empfangende Firma für die staatliche Darlehensgarantie bezahlt, und dem Betrag, den die Firma für ein vergleichbares kommerzielles Darlehen ohne staatliche Garantie bezahlen würde. In diesem Fall besteht der Vorteil im Unterschied zwischen diesen zwei Beträgen, berichtigt für allfällige Gebührenunterschiede;
- d) die staatliche Bereitstellung von Waren oder Dienstleistungen oder von gekauften Waren gilt nicht als Einräumung eines Vorteils, außer die Beistellung erfolgt zu einer niedrigeren als angemessenen Vergütung oder der Kauf erfolgt zu einer höheren als angemessenen Vergütung. Die Angemessenheit der Vergütung wird im Vergleich zu den üblichen Marktbedingungen für die betreffende Ware oder Dienstleistung im Land der Bereitstellung oder des Kaufs (einschließlich Preis, Qualität, Verfügbarkeit, Marktgängigkeit, Beförderung und andere Kaufs- oder Verkaufsbedingungen) festgestellt.

Artikel 15

Feststellung der Schädigung ⁴⁵⁾

15.1 Die Feststellung einer Schädigung im Sinne des Artikels VI des GATT 1994 wird auf positive Beweise gestützt und erfordert eine objektive Prüfung a) des Umfangs der

⁴⁵⁾ Soweit nicht anders bestimmt, bedeutet der Begriff "Schädigung" im Sinne dieses Übereinkommens, daß ein inländischer Wirtschaftszweig bedeutend geschädigt wird, oder bedeutend geschädigt zu werden droht, oder, daß die Errichtung eines inländischen Wirtschaftszweiges erheblich verzögert wird, und ist gemäß den Bestimmungen dieses Artikels auszulegen.

subventionierte Einfuhren und ihrer Auswirkung auf die Preise gleichartiger Waren ⁴⁶⁾ auf dem Inlandsmarkt und b) der Folgen der Einfuhren für die inländischen Erzeuger dieser Waren.

15.2 Bezüglich des Umfangs der subventionierten Einfuhren prüfen die untersuchenden Behörden, ob eine erhebliche Erhöhung dieser Einfuhren entweder absolut oder im Verhältnis zur Erzeugung oder zum Verbrauch im einführenden Mitglied stattgefunden hat. Bezüglich der Auswirkung der subventionierten Einfuhren auf die Preise prüfen die untersuchenden Behörden, ob eine erhebliche Preisunterschreitung durch die subventionierten Einfuhren im Vergleich zum Preis einer gleichartigen Ware des einführenden Mitglieds eingetreten ist oder, ob diese Einfuhren in anderer Form einen erheblichen Druck auf die Preise bewirken oder wesentlich zur Verhinderung von Preiserhöhungen beitragen, die sonst eingetreten wären. Weder eines noch mehrere dieser Kriterien sind notwendigerweise für die Beurteilung maßgebend.

15.3 Wenn Einfuhren einer Ware aus mehreren Ländern als einem Land gleichzeitig Ausgleichszolluntersuchungen unterliegen, können die untersuchenden Behörden die Auswirkungen solcher Einfuhren nur zusammenfassend beurteilen, falls sie feststellen, daß a) die festgestellte Subventionshöhe im Verhältnis zu den Einfuhren aus jedem Land über dem im Artikel 11 Absatz 9 definierten geringen

⁴⁶⁾ In diesem Übereinkommen ist unter dem Begriff "gleichartige Ware" ("like product", "produit similaire") eine Ware zu verstehen, die mit der betreffenden Ware identisch ist, das heißt, ihr in jeder Hinsicht gleicht, oder in Ermangelung einer solchen Ware eine andere Ware, die zwar der betreffenden Ware nicht in jeder Hinsicht gleicht, aber charakteristische Merkmale aufweist, die denen der betreffenden Ware sehr ähnlich sind.

Wert liegt und der Umfang der Einfuhren aus jedem Land nicht unbeachtlich ist und b) eine zusammenfassende Beurteilung der Auswirkungen auf die Einfuhren im Lichte der Wettbewerbsbedingungen zwischen den eingeführten Waren und den Wettbewerbsbedingungen zwischen den eingeführten Waren und den gleichartigen inländischen Waren angemessen ist.

15.4 Die Prüfung der Auswirkungen der subventionierten Einfuhren auf den betroffenen inländischen Wirtschaftszweig umfaßt eine Beurteilung aller relevanten Wirtschaftsfaktoren und Wirtschaftsindizes, die die Lage dieses Wirtschaftszweiges beeinflussen, wie tatsächliche und potentielle Verringerung der Erzeugung, des Absatzes, des Marktanteils, des Gewinns, der Produktivität, der Investitionserträge oder der Kapazitätsauslastung; Faktoren, die die inländischen Preise beeinflussen; tatsächliche und potentielle negative Auswirkungen auf Cash-flow, Lagerhaltung, Beschäftigung, Löhne, Wachstum, Investitions- und Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten; im Falle der Landwirtschaft, ob eine erhöhte Belastung bei staatlichen Beihilfeprogrammen eingetreten ist. Diese Liste ist nicht erschöpfend und weder eines noch mehrere dieser Kriterien sind für die Entscheidung ausschlaggebend.

15.5 Es muß nachgewiesen werden, daß die subventionierten Einfuhren durch die Auswirkungen ⁴⁷⁾ der Subventionen eine Schädigung im Sinne dieses Übereinkommens verursachen. Der Nachweis eines kausalen Zusammenhangs zwischen subventionierten Einfuhren und der Schädigung des inländischen Wirtschaftszweiges stützt sich auf die Prüfung aller erheblichen Beweise seitens der Behörden.

⁴⁷⁾ Wie in den Absätzen 2 und 4 dargestellt.

Die Behörden prüfen auch alle anderen bekannten Faktoren als die subventionierten Einfuhren, die gleichzeitig den inländischen Wirtschaftszweig schädigen und die Schädigungen, die durch diese anderen Faktoren verursacht wurden, dürfen nicht den subventionierten Einfuhren zur Last gelegt werden.

Faktoren, welche diesbezüglich von Bedeutung sein könnten, sind unter anderem der Einfuhrumfang sowie die Preise von nicht zu subventionierten Preisen verkauften Einfuhrwaren, eine geringere Nachfrage oder eine Änderung im Konsumverhalten, handelsbeschränkende Maßnahmen und Wettbewerb zwischen ausländischen und inländischen Erzeugern, Technologieentwicklungen sowie die Ausführleistung und Produktivität des inländischen Wirtschaftszweiges.

15.6 Die Auswirkung der subventionierten Einfuhren wird in bezug auf die inländische Erzeugung der gleichartigen Ware bewertet, wenn die verfügbaren Unterlagen eine Abgrenzung dieser Erzeugung anhand von Kriterien wie Produktionsverfahren, Verkäufe und Gewinn des Erzeugers erlauben. Läßt sich diese Erzeugung nicht abgrenzen, so wird die Auswirkung der subventionierten Einfuhren an ihrem Einfluß auf die Erzeugung der kleinsten, die gleichartigen Waren miteinschließende Gruppe oder Reihe von Waren gemessen, für die die erforderlichen Angaben erhältlich sind.

15.7 Die Feststellung, daß eine materielle Schädigung droht, muß auf Tatsachen und nicht lediglich auf Behauptungen, Vermutungen oder entfernten Möglichkeiten beruhen. Das Eintreten von Umständen, unter denen die Subvention eine Schädigung verursachen würde, muß klar vorauszusehen sein und unmittelbar bevorstehen. Um das Vorhandensein einer bevorstehenden materiellen Schädigung festzustellen, sollen die Behörden unter anderem folgende Faktoren berücksichtigen:

- (i) die Art der betreffenden Subvention oder Subventionen und die daraus wahrscheinlich entstehenden Handelsauswirkungen;
- (ii) eine erhebliche Steigerungsrate von subventionierten Einfuhren in den inländischen Markt, welche die Wahrscheinlichkeit einer wesentlich gesteigerten Einfuhr anzeigt;
- (iii) ausreichend frei verfügbare Kapazitäten seitens des Exporteurs oder ein wesentlicher, unmittelbar bevorstehender Kapazitätswachstum als Indiz von erheblich gesteigerten subventionierten Ausfuhren in den Markt des einführenden Mitglieds, unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Verfügbarkeit anderer Ausfuhrmärkte für die Aufnahme zusätzlicher Ausfuhren;
- (iv) ob die Preise der Einfuhren eine wesentlich ungünstig beeinflussende oder dämpfende Auswirkung auf die Inlandspreise haben werden, wobei dies zu einem erhöhten Einfuhrbedarf führen würde; und
- (v) Lagerhaltung der zu untersuchenden Ware.

Keiner dieser Faktoren ist für sich selbst notwendigerweise für die Beurteilung maßgebend, aber in ihrer Gesamtheit müssen sie zur Schlußfolgerung führen, daß weitere subventionierte Ausfuhren unmittelbar bevorstehen und daß, ohne Schutzmaßnahmen, dies zu einer materiellen Schädigung führen würde.

15.8 In den Fällen, in denen subventionierte Einfuhren eine Schädigung zu verursachen drohen, ist die Frage der Anwendung von Ausgleichsmaßnahmen mit besonderer Sorgfalt zu erwägen und zu entscheiden.

Artikel 16

Bestimmung des Begriffes "inländischer Wirtschaftszweig"

16.1 Im Sinne dieses Übereinkommens bezeichnet der Begriff "inländischer Wirtschaftszweig", ausgenommen wie im

Absatz 2 vorgesehen, alle inländischen Erzeuger gleichartiger Waren oder diejenigen unter ihnen, deren Erzeugung insgesamt einen erheblichen Anteil an der gesamten Inlandserzeugung dieser Waren ausmacht, außer die Erzeuger sind mit den Exporteuren oder Importeuren geschäftlich verbunden ⁴⁸⁾ oder selbst Importeure der Ware, die vermutlich Gegenstand einer Subvention ist, so ist es zulässig, unter dem Begriff "inländischer Wirtschaftszweig" nur die übrigen Erzeuger zu verstehen.

- 16.2 Unter außergewöhnlichen Umständen kann das Gebiet eines Mitglieds hinsichtlich der betreffenden Erzeugung in zwei oder mehr Wettbewerbsmärkte eingeteilt und können die Erzeuger in jedem einzelnen Markt als ein eigener Wirtschaftszweig angesehen werden, wenn a) die Erzeuger in einem solchen Markt die Gesamtheit oder fast die Gesamtheit ihrer Erzeugung der betreffenden Ware auf diesem Markt absetzen und b) die Nachfrage auf diesem Markt nicht zu einem wesentlichen Teil von Erzeugern der betreffenden Ware gedeckt wird, die ihren Standort in einem anderen Teil des Gebiets haben. Unter diesen Umständen kann die Feststellung einer Schädigung getroffen werden, wenn ein wesentlicher Teil des gesamten inländischen Wirtschaftszweiges nicht geschädigt wird, sofern es zu einer Konzentration von subventionierten

⁴⁸⁾ Im Sinne dieses Absatzes werden Erzeuger als mit den Exporteuren oder Importeuren geschäftlich verbunden nur betrachtet, wenn a) einer von ihnen direkt oder indirekt den anderen kontrolliert; oder b) beide von ihnen direkt oder indirekt von einer dritten Person kontrolliert werden; oder c) sie gemeinsam, direkt oder indirekt, eine dritte Person kontrollieren, vorausgesetzt es bestehen Gründe zur Annahme, daß die Verbundenheit bewirkt, daß der betroffene Erzeuger anders handelt als die nicht geschäftlich verbundenen Erzeuger. Im Sinne dieses Absatzes gilt eine Person als die kontrollierende, wenn sie gesetzlich oder betrieblich in der Lage ist, Zwang auszuüben oder Weisungen einem anderen zu erteilen.

Einführen in einen solchen isolierten Markt kommt und sofern die subventionierten Einführen eine Schädigung der Erzeuger der gesamten oder fast der gesamten Erzeugung in einem solchen Markt verursachen.

- 16.3 Werden die Erzeuger eines bestimmten Gebiets, das heißt, eines Marktes im Sinne des Absatzes 2 als eigener inländischer Wirtschaftszweig angesehen, so werden Ausgleichszölle nur auf die zum Endverbrauch in diesem Gebiet bestimmten Waren erhoben. Ist nach den verfassungsrechtlichen Bestimmungen des einführenden Mitglieds die Erhebung von Ausgleichszöllen auf dieser Grundlage nicht zulässig, so darf das einführende Mitglied Ausgleichszölle ohne Beschränkung nur erheben, wenn a) den Exporteuren Gelegenheit gegeben worden ist, die Ausfuhren zu subventionierten Preisen in das betreffende Gebiet einzustellen oder Zusicherungen nach Artikel 18 abzugeben und derartige Zusicherungen nicht innerhalb kürzester Frist und in kürzester Form erfolgt sind und b) diese Zölle nicht allein auf Waren bestimmter Erzeuger, die das betreffende Gebiet beliefern, erhoben werden können.
- 16.4 Haben zwei oder mehr Länder im Rahmen des Artikels XXIV Absatz 8 lit. a des GATT 1994 einen solchen Integrationsgrad erreicht, daß sie die Merkmale eines einzigen einheitlichen Marktes aufweisen, so gelten die Erzeuger des gesamten Integrationsgebiets als inländischer Wirtschaftszweig im Sinne der Absätze 1 und 2.
- 16.5 Artikel 15 Absatz 6 findet auf diesen Artikel Anwendung.

Artikel 17
Verläufige Maßnahmen

- 17.1 Vorläufige Maßnahmen dürfen nur getroffen werden, wenn:
- a) eine Untersuchung im Sinne des Artikels 11 eingeleitet wurde, eine öffentliche Bekanntmachung darüber erfolgt ist und die interessierten Mitglieder und interessierte Parteien ausreichend Gelegenheit erhalten haben, Auskünfte oder Stellungnahmen abzugeben,
 - b) eine bejahende vorläufige Feststellung erfolgt ist, daß eine Subvention besteht und eine Schädigung eines inländischen Wirtschaftszweiges durch subventionierte Einfuhren eingetreten ist, und
 - c) die betroffenen Behörden solche Maßnahmen für notwendig erachten, um eine Schädigung während der Dauer des Verfahrens zu verhindern.
- 17.2 Vorläufige Maßnahmen können darin bestehen, daß vorläufige Ausgleichszölle durch Barhinterlegung oder Bürgschaft in Höhe des vorläufig berechneten Subventionsbetrages gesichert werden.
- 17.3 Vorläufige Maßnahmen werden nicht vor 60 Tagen ab Einleitung der Untersuchung angewendet.
- 17.4 Vorläufige Maßnahmen sind auf einen möglichst kurzen Zeitraum zu beschränken; dieser darf vier Monate nicht überschreiten.
- 17.5 Bei der Anwendung vorläufiger Maßnahmen werden die einschlägigen Bestimmungen des Artikels 19 befolgt.

Artikel 18
Verpflichtungen

18.1 Ein Verfahren kann ⁴⁹⁾ ohne Anwendung von vorläufigen Maßnahmen oder Ausgleichszöllen nach Erhalt zufriedenstellender freiwilliger Verpflichtungen ausgesetzt oder beendet wurden, oder

a) die Regierung des ausführenden Mitglieds sich einverstanden erklärt, die Subvention abzuschaffen oder zu begrenzen oder andere Maßnahmen bezüglich ihrer Auswirkungen zu treffen; oder

b) der Exporteur sich einverstanden erklärt, die Preise so zu ändern, daß die untersuchenden Behörden überzeugt sind, daß die schädigende Auswirkung der Subvention beseitigt ist. Preiserhöhungen aufgrund von Verpflichtungen dürfen nur so hoch sein, wie dies zum Ausgleich des Betrags der Subvention notwendig ist. Es ist wünschenswert, daß die Preiserhöhungen unter dem Betrag der Subvention liegen, wenn solche Erhöhungen ausreiche, um die Schädigung des inländischen Wirtschaftszweiges zu beseitigen.

18.2 Verpflichtungen dürfen von den Exporteuren weder verlangt noch angenommen werden, sofern die Behörden des einführenden Mitglieds keine bejahende vorläufige Feststellung einer Subventionierung oder einer durch solche Subventionierung verursachte Schädigung getroffen haben, und im Falle von Verpflichtungen von Exporteuren, sie die Zustimmung des ausführenden Mitglieds erhalten haben.

⁴⁹⁾ Das Wort "kann" wird nicht so ausgelegt, daß es die gleichzeitige Fortsetzung der Verfahren und der Erfüllung der Verpflichtungen erlaubt, mit Ausnahme der Bestimmungen im Absatz 4.

- 18.3 Angebotene Verpflichtungen brauchen nicht angenommen zu werden, wenn die Behörden des einführenden Mitglieds ihre Annahme für schwer durchführbar halten, zum Beispiel wenn die Zahl der tatsächlichen oder möglichen Exporteure zu groß ist oder, wenn andere Gründe einschließlich allgemeiner Verfahrensweise dagegen sprechen. Die Behörden teilen dem Exporteur die Gründe mit, die sie dazu bewogen haben, die Annahme einer Verpflichtung als ungeeignet anzusehen, sollte sich ein solcher Fall ergeben; sie bieten dem Exporteur weitgehend Gelegenheit, Stellungnahmen hiezu abzugeben.
- 18.4 Wird eine Verpflichtung angenommen, wird die Untersuchung der Subventionierung und der Schädigung trotzdem abgeschlossen, wenn das ausführende Mitglied dies wünscht oder das einführende Mitglied es beschließt. Wird in einem solchen Fall festgestellt, daß keine Subvention oder Schädigung vorliegt, so wird die Verpflichtung automatisch hinfällig, sofern die Feststellung weitgehend auf das Bestehen einer Preisverpflichtung zurückzuführen ist. In solchen Fällen können die betreffenden Behörden verlangen, daß eine Verpflichtung für einen angemessenen Zeitraum im Einklang mit diesem Übereinkommen aufrechtzuerhalten ist. Im Falle einer bejahenden Feststellung der Subventionierung und Schädigung wird die Verpflichtung entsprechend ihren Bedingungen und den Bestimmungen dieses Übereinkommens beibehalten.
- 18.5 Preisverpflichtungen können von den Behörden des einführenden Mitglieds vorgeschlagen werden, aber kein Exporteur ist gezwungen, eine solche Verpflichtung einzugehen. Die Tatsache, daß Regierungen oder Exporteure solche Verpflichtungen nicht anbieten oder einer Aufforderung zu solchen Verpflichtungen nicht nachkommen, darf sich nicht nachteilig auf die Prüfung des Falles auswirken. Den Behörden steht es jedoch frei,

festzustellen, daß eine drohende Schädigung eher eintreten wird, wenn die subventionierten Einfuhren andauern.

- 18.6 Die Behörden eines einführenden Mitglieds können von jeder Regierung oder jedem Exporteur, dessen Verpflichtung sie angenommen haben, verlangen, daß regelmäßige Angaben über die Erfüllung dieser Verpflichtung gemacht werden, und die Nachprüfung sachdienliche Daten zugelassen wird. Bei Verletzung der Verpflichtung können die Behörden des einführenden Mitglieds aufgrund dieses Übereinkommens und in Übereinstimmung mit seinen Bestimmungen ohne Verzögerung Maßnahmen treffen, die in der umgehenden Anwendung von vorläufigen Maßnahmen auf der Grundlage der besten zur Verfügung stehenden Angaben bestehen können. In solchen Fällen können gemäß diesem Übereinkommen auf Waren, die nicht mehr als 90 Tage vor Anwendung solcher vorläufiger Maßnahmen zum freien Verkehr abgefertigt worden sind, endgültige Zölle erhoben werden; die rückwirkende Zollfestsetzung gilt jedoch nicht für Einfuhren, die vor der Verletzung der Verpflichtung abgefertigt worden sind.

Artikel 19

Erhebung und Einhebung von Ausgleichszöllen

- 19.1 Stellt ein Mitglied nach angemessenen Bemühungen um Abschluß der Konsultationen endgültig das Vorliegen einer Subvention und deren Höhe sowie die Tatsache fest, daß die subventionierten Einfuhren durch die Auswirkung der Subvention eine Schädigung verursachen, so kann es gemäß den Bestimmungen dieses Artikels einen Ausgleichszoll erheben, sofern die Subvention nicht beseitigt wird.
- 19.2 Die Entscheidung darüber, ob ein Ausgleichszoll erhoben wird, wenn alle Voraussetzungen für die Erhebung erfüllt sind, und ob der Ausgleichszoll in voller Höhe der Subvention oder niedriger festgesetzt wird, ist von den Behörden des einführenden Mitglieds zu treffen. Es ist

wünschenswert, daß die Erhebung im Gebiet aller Mitglieder fakultativ und der Zoll niedriger als der volle Betrag der Subventionen sein soll, wenn dieser niedrigere Zoll ausreicht, um die Schädigung des inländischen Wirtschaftszweigs zu beseitigen, und daß Verfahren eingerichtet werden sollen, die es den betreffenden Behörden erlauben, die von den inländischen interessierten Parteien⁵⁰⁾ erhobenen Vorstellungen gebührend zu berücksichtigen, deren Interessen durch die Erhebung eines Ausgleichszolles beeinträchtigt werden könnten.

- 19.3 Wird auf eine Ware ein Ausgleichszoll erhoben, so ist dieser Ausgleichszoll in angemessener Höhe auf nichtdiskriminierender Grundlage auf alle Einfuhren dieser Ware unabhängig von ihrer Herkunft zu erheben, sofern festgestellt wurde, daß sie subventioniert werden und eine Schädigung verursachen; ausgenommen sind Einfuhren aus Ländern, die auf die betreffende Subventionierung verzichtet haben, oder von denen nach Maßgabe dieses Übereinkommens Verpflichtungen angenommen wurden. Jeder Exporteur, dessen Ausfuhren einem endgültigen Ausgleichszoll unterliegen, der jedoch aus anderen Gründen als der Verweigerung einer Zusammenarbeit tatsächlich nicht geprüft wurde, hat auf eine beschleunigte Überprüfung Anspruch, damit die Untersuchungsbehörden unverzüglich einen eigenen Ausgleichszoll für diesen Exporteur festsetzen.

⁵⁰⁾ Im Sinne dieses Absatzes umfaßt der Ausdruck "inländische interessierte Parteien" Verbraucher und industrielle Nutzer der eingeführten Waren, die von der Untersuchung betroffen sind.

- 19.4 Der auf eine eingeführte Ware erhobene ⁵¹⁾ Ausgleichszoll darf nicht höher sein als der auf der Grundlage der Subventionierung je Einheit der subventionierten und ausgeführten Ware berechnete Betrag der festgestellten Subvention.

Artikel 20 Rückwirkung

- 20.1 Vorläufige Maßnahmen und Ausgleichszölle werden nur auf Waren angewendet, die nach dem Zeitpunkt, an dem die Entscheidung nach Artikel 17 Absatz 1 bzw. Artikel 19 Absatz 1 in Kraft tritt, zum freien Verkehr abgefertigt worden sind, vorbehaltlich der in diesem Artikel vorgesehenen Ausnahmen.
- 20.2 Wird endgültig festgestellt, daß eine Schädigung (jedoch nicht eine drohende Schädigung oder eine erhebliche Verzögerung der Errichtung eines Wirtschaftszweigs) vorliegt, oder hätten im Falle der endgültigen Feststellung einer drohenden Schädigung die Auswirkungen der subventionierten Einfuhren zur Feststellung einer Schädigung geführt, wenn die vorläufigen Maßnahmen unterblieben wären, so können Ausgleichszölle rückwirkend für den Zeitraum erhoben werden, in dem etwaige vorläufige Maßnahmen angewendet worden sind.
- 20.3 Übersteigt der endgültige Ausgleichszoll den durch Barhinterlegung oder Bürgschaft sichergestellten Betrag, so wird der Unterschiedsbetrag nicht erhoben. Ist der endgültige Zoll niedriger als der durch Barhinterlegung oder Bürgschaft sichergestellte Betrag, so wird der überschüssige

⁵¹⁾ In diesem Übereinkommen bedeutet der Ausdruck "erheben" die endgültige oder abschließende Festsetzung oder Einhebung eines Zolls oder einer Abgabe.

Betrag ohne Verzögerung rückerstattet oder die Bürgschaft ohne Verzögerung freigegeben.

- 20.4 Außer bei Anwendung des Absatzes 2 darf bei Feststellung einer drohenden Schädigung oder einer wesentlichen Verzögerung (ohne daß eine Schädigung schon eingetreten wäre) ein endgültiger Ausgleichszoll erst ab dem Zeitpunkt der Feststellung einer drohenden Schädigung oder einer wesentlichen Verzögerung erhoben werden; während der Anwendungsdauer der vorläufigen Maßnahmen hinterlegte Beträge werden ohne Verzögerung rückerstattet oder Bürgschaften ohne Verzögerung freigegeben.
- 20.5 Im Falle einer endgültigen verneinenden Feststellung werden während der Anwendungsdauer der vorläufigen Maßnahmen hinterlegte Beträge ohne Verzögerung rückerstattet oder Bürgschaften ohne Verzögerung freigegeben.
- 20.6 Stellen die Behörden unter außergewöhnlichen Umständen bezüglich einer subventionierten Ware fest, daß eine schwer gutzumachende Schädigung durch innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraumes getätigte massive Einfuhren einer Ware verursacht wird, für die Ausfuhrsubventionen in einer Weise gezahlt oder gewährt werden, die mit dem GATT 1994 und diesem Übereinkommen unvereinbar ist, und wird eine rückwirkende Erhebung von Ausgleichszöllen auf diese Einfuhren für notwendig erachtet, um die Wiederholung einer solchen Schädigung zu verhindern, so dürfen auf Einfuhren, die höchstens 90 Tage vor dem Zeitpunkt der Anwendung der vorläufigen Maßnahmen zum freien Verkehr abgefertigt worden sind, endgültige Ausgleichszölle erhoben werden.

Artikel 21

Dauer und Überprüfung der Ausgleichszölle und Verpflichtungen

- 21.1 Ein Ausgleichszoll bleibt nur solange und nur in dem Umfang in Kraft, wie dies notwendig ist, um die schädigende Subventionierung unwirksam zu machen.

21.2 Die Behörden überprüfen die Notwendigkeit der weiteren Erhebung eines Zolls gegebenenfalls von sich aus oder auf Antrag der interessierten Parteien, wenn diese den Nachweis für die Notwendigkeit einer Überprüfung erbringen, vorausgesetzt, daß eine angemessene Frist seit der Erhebung des endgültigen Ausgleichszolls verstrichen ist. Interessierte Parteien haben das Recht, die Behörden um Prüfung zu ersuchen, ob die weitere Erhebung eines Zolls zum Ausgleich der Subventionierung erforderlich ist, ob die Schädigung möglicherweise weiter andauern oder wiederkehren wird, wenn der Zoll aufgehoben oder geändert oder beides wird. Wenn die Behörden als Ergebnis dieser Überprüfung nach diesem Absatz feststellen, daß der Ausgleichszoll nicht länger notwendig ist, wird er unverzüglich aufgehoben.

21.3 Unbeschadet der Bestimmungen der Absätze 1 und 2 wird jeder endgültige Ausgleichszoll spätestens fünf Jahre ab dem Zeitpunkt seiner Erhebung aufgehoben (oder ab dem Zeitpunkt der jüngsten Überprüfung nach Absatz 2, wenn diese Überprüfung sowohl die Subventionierung wie auch die Schädigung betroffen hat, oder nach diesem Absatz), außer die Behörden stellen in einer vor diesem Zeitpunkt auf eigenen Antrieb eingeleiteten Überprüfung fest oder auf Grund eines ausreichend begründeten Antrags, der von oder namens des inländischen Wirtschaftszweiges innerhalb einer angemessenen Frist vor diesem Zeitpunkt gestellt wurde, daß die Aufhebung des Zolls wahrscheinlich zu einer Fortdauer oder Wiederkehr der Subventionierung und Schädigung führen würde⁵²⁾. Der

⁵²⁾ Wenn die Höhe des Ausgleichszolls rückwirkend festgesetzt wird, wird eine Feststellung in der jüngsten Festsetzung, daß kein Zoll erhoben wird, den Behörden an sich keine Veranlassung geben, den endgültigen Zoll aufzuheben.

Zoll kann bis zum Vorliegen eines Überprüfungsergebnisses wirksam bleiben.

21.4 Die Bestimmungen des Artikels 12 betreffend Nachweis und Verfahren finden auf jede nach diesem Artikel durchgeführte Überprüfung Anwendung. Jede solche Überprüfung wird rasch durchgeführt und gewöhnlich binnen 12 Monaten nach Einleitung der Überprüfung abgeschlossen.

21.5 Die Bestimmungen dieses Artikels finden sinngemäß auf die nach Artikel 18 übernommenen Verpflichtungen Anwendung.

Artikel 22

Öffentliche Bekanntmachung und Erläuterung von Feststellungen

22.1 Haben sich die untersuchenden Behörden davon überzeugt, daß die Beweismittel ausreichen, um die Einleitung einer Untersuchung zu rechtfertigen, so erhalten das Mitglied oder die Mitglieder, deren Waren Gegenstand einer solchen Untersuchung sind, von denen den untersuchenden Behörden bekannt ist, daß sie an der Untersuchung interessiert sind, eine Mitteilung, und es wird eine Bekanntmachung veröffentlicht.

22.2 Eine öffentliche Bekanntmachung der Einleitung einer Untersuchung oder ein gesonderter zugänglich gemachter Bericht, ⁵³⁾ enthält folgendes:

⁵³⁾ Wenn Behörden Informationen und Erläuterungen nach diesem Artikel in einem gesonderten Bericht vorsehen, stellen sie sicher, daß ein solcher Bericht für die Öffentlichkeit leicht zugänglich ist.

- (i) Namen des Ausfuhrlandes oder der Ausfuhrländer und die betroffene Ware;
- (ii) Datum der Einleitung der Untersuchung;
- (iii) Beschreibung der in Untersuchung stehenden Subventionspraxis oder Subventionspraktiken;
- (iv) Zusammenfassung der Faktoren, auf die sich die Behauptung der Schädigung gründet;
- (v) Anschrift, an die Vorstellungen von interessierten Mitgliedern und interessierten Parteien gerichtet werden sollen;
- (vi) Fristen für interessierte Mitglieder und interessierte Parteien zur Bekanntgabe ihrer Ansichten.

22.3 Gegenstand einer öffentlichen Bekanntmachung sind vorläufige oder endgültige Feststellungen bejahender oder verneinender Art, Entscheidungen über übernommene Verpflichtungen nach Artikel 18, Beendigung einer Verpflichtung und Aufhebung eines endgültigen Ausgleichszolls. Jede solche Bekanntmachung oder ein gesonderter zugänglich gemachter Bericht enthält ausführliche Einzelheiten über die Feststellungen und Schlußfolgerungen über alle Sach- und Rechtsfragen, die von den untersuchenden Behörden als erheblich erachtet wurden. Alle solche Bekanntmachungen und Berichte werden dem Mitglied oder den Mitgliedern zugeleitet, deren Waren von einer solchen Feststellung oder Verpflichtung betroffen sind und anderen interessierten Parteien, deren diesbezügliches Interesse bekannt ist.

22.4 Eine öffentliche Bekanntmachung oder ein gesonderter zugänglich gemachter Bericht enthält ausführliche Einzelheiten hinsichtlich vorläufiger Feststellungen über das Bestehen einer Subvention und Schädigung und nimmt Bezug auf Sach- und Rechtsfragen, die zur Annahme oder Abweisung der Parteivorbringen geführt haben. Jede solche Bekanntmachung oder jeder solche Bericht nimmt gebührend auf das Schutzerfordernis vertraulicher Informationen Rücksicht und enthält im besonderen:

- (i) Namen der Lieferer oder, falls untunlich, die betroffenen Lieferländer;
- (ii) für Zollzwecke ausreichende Warenbeschreibung;
- (iii) Ausmaß der festgestellten Subvention und Grundlage, auf der das Bestehen einer Subvention festgestellt worden ist;
- (iv) Würdigung der im Artikel 15 dargelegten Schädigungsfeststellung;
- (v) maßgebende Gründe für die Feststellung.

22.5 Eine öffentliche Bekanntmachung über den Abschluß oder ein gesonderter zugänglich gemachter Bericht oder die Aussetzung einer Untersuchung im Falle einer bejahenden Feststellung zur Erhebung eines endgültigen Zolls oder die Übernahme einer Verpflichtung enthält alle erheblichen Informationen über Sach- und Rechtsfragen sowie die Gründe, die zur Auferlegung endgültiger Maßnahmen oder zur Übernahme einer Verpflichtung unter gebührender Bedachtnahme auf das Schutzerfordernis vertraulicher Informationen geführt haben. Die Bekanntmachung oder der Bericht enthält im besonderen die im Absatz 4 beschriebenen Angaben sowie die Gründe für die Annahme oder Abweisung der Parteivorbringen oder der von interessierten Mitgliedern, Exporteuren oder Importeuren vorgebrachten Ansprüche.

22.6 Eine öffentliche Bekanntmachung oder ein gesonderter zugänglich gemachter Bericht über die Beendigung oder Aussetzung einer Untersuchung zufolge der Übernahme einer Verpflichtung nach Artikel 18 schließt den nichtvertraulichen Teil dieser Verpflichtung ein.

22.7 Die Bestimmungen dieses Artikels finden sinngemäß auf die Einleitung und den Abschluß der Überprüfungen nach Artikel 21 und auf Entscheidungen nach Artikel 20, Zölle rückwirkend anzuwenden, Anwendung.

Artikel 23

Gerichtliche Überprüfung

Jedes Mitglied, dessen innerstaatlichen Gesetzgebung Vorschriften über Ausgleichszollmaßnahmen enthält, unterhält gerichtliche, schiedsgerichtliche oder administrative Instanzen oder Verfahren unter anderem für die Zwecke einer raschen Überprüfung von Verwaltungstätigkeiten, in bezug auf endgültige Feststellungen und Überprüfungen von Feststellungen im Sinne des Artikels 21. Solche Instanzen und Verfahren sind unabhängig von den für die in Rede stehende Festsetzung und Überprüfung verantwortlicher Behörden; sie stehen allen interessierten Parteien zur Verfügung, die am Verwaltungsverfahren beteiligt und unmittelbar durch überprüfungszugängliche Verwaltungstätigkeiten berührt sind.

TEIL IV: INSTITUTIONEN

Artikel 24

Komitee für Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen
und Untergruppen

- 24.1 Ein Komitee für Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen wird hiermit eingesetzt, das aus Vertretern jedes Mitglieds besteht. Das Komitee wählt seinen Vorsitzenden. Es tritt mindestens zweimal im Jahr zusammen sowie über Ersuchen eines Mitglieds nach Maßgabe dieses Übereinkommens. Das Komitee erfüllt die Aufgaben, die ihm auf Grund dieses Übereinkommens übertragen oder von den Mitgliedern zugewiesen werden und bietet den Mitgliedern Gelegenheit, über alle das Funktionieren dieses Übereinkommens oder die Verfolgung seiner Zielsetzungen betreffenden Fragen zu beraten. Die Sekretariatsgeschäfte des Komitees werden vom WTO-Sekretariat wahrgenommen.
- 24.2 Das Komitee kann gegebenenfalls Untergruppen einsetzen.
- 24.3 Das Komitee setzt eine Ständige Sachverständigengruppe ein. Sie besteht aus fünf unabhängigen Personen mit hohem Ausbildungsstand auf den Gebieten der Subventionen und

Handelsbeziehungen. Die Sachverständigen werden vom Komitee ausgewählt und einer von ihnen wird jedes Jahr ersetzt. Die PGE kann ersucht werden, einem Untersuchungsausschuß im Sinne des Artikels 4 Absatz 5 Beistand zu leisten. Das Komitee kann auch ein Gutachten über das Bestehen und die Art einer Subvention einholen.

24.4 Die PGE kann von jedem Mitglied konsultiert werden und Gutachten über die Art einer Subvention, deren Einführung vorgeschlagen oder von diesem Mitglied gegenwärtige aufrechterhalten wird. Solche Gutachten werden vertraulich sein und können nicht im Verfahren nach Artikel 7 zugelassen werden.

24.5 Bei Erfüllung ihrer Aufgaben können das Komitee und die Untergruppen ihnen geeignet erscheinende Quellen konsultieren oder von solchen Quellen Auskünfte einholen. Bevor jedoch das Komitee oder eine Untergruppe solche Auskünfte von einer Quelle innerhalb der Hoheitsgewalt eines Mitglieds einholt, unterrichtet es das betroffene Mitglied.

TEIL VII: NOTIFIKATIONEN UND ÜBERWACHUNG

Artikel 25

Notifikationen

25.1 Die Mitglieder stimmen überein, daß unbeschadet des Artikels XVI Absatz 1 des GATT 1994 ihre Notifikationen über Subventionen spätestens bis zum 30. Juni jedes Jahres vorgelegt werden und den Bestimmungen der Absätze 2 bis 6 entsprechen.

25.2 Die Mitglieder notifizieren die im Artikel 1 Absatz 1 definierten Subventionen, die im Sinne des Artikels 2 gewährt oder aufrechterhalten werden.

25.3 Der Inhalt der Notifikationen soll genügend konkret sein, um andere Mitglieder in die Lage zu versetzen, die Handlungsauswirkungen zu bewerten und das Funktionieren der

notifizierten Subventionsprogramme zu verstehen. In diesem Zusammenhang und ohne dem Inhalt und der Form des Fragebogens über Subventionen⁵⁴⁾ vorzugreifen, stellen die Mitglieder sicher, daß ihre Notifikationen folgende Angaben enthalten:

- (i) Art der Subvention (d.h. Zuschuß, Kredit, Steuerbegünstigung usw.);
- (ii) Subvention pro Einheit, oder wenn dies nicht möglich ist, Gesamtbetrag oder Jahresbetrag, der für diese Subvention veranschlagt wird (wenn möglich die Durchschnittssubvention pro Einheit im vorhergehenden Jahr);
- (iii) Zielsetzung und/oder Zweck der Subvention;
- (iv) Dauer der Subvention und/oder andere daran geknüpfte zeitliche Begrenzungen;
- (v) statistische Daten zwecks Bewertung der Handelsauswirkungen einer Subvention.

25.4 Wenn bestimmte Angaben aus Absatz 3 in einer Notifikation nicht aufscheinen, ist eine Erklärung hierfür in der Notifikation selbst anzuführen.

25.5 Wenn Subventionen für bestimmte Waren oder Sektoren gewährt werden, sollen die Notifikationen nach Waren oder Sektoren geordnet werden.

25.6 Mitglieder, die der Meinung sind, daß in ihren Gebieten keine nach Artikel XVI Absatz 1 des GATT 1994 und diesem Übereinkommen notifizierungspflichtigen Maßnahmen bestehen, unterrichten hievon schriftlich das Sekretariat.

⁵⁴⁾ Das Komitee setzt eine Arbeitsgruppe ein, um Inhalt und Form des im BISD 9S/193-194 enthaltenen Fragebogens zu überprüfen.

- 25.7 Die Mitglieder erkennen an, daß Notifikationen einer Maßnahme weder ihre Rechtslage nach dem GATT 1994 und diesem Übereinkommen, die Auswirkungen nach diesem Übereinkommen noch die Art der Maßnahme selbst präjudiziert.
- 25.8 Jedes Mitglied kann jederzeit schriftlich um Auskünfte über Art und Ausmaß einer Subvention ersuchen, die von einem anderen Mitglied gewährt oder aufrechterhalten wird (einschließlich jeder im Teil IV angeführten Subvention), oder um eine Erklärung der Gründe, warum eine bestimmte Maßnahme nicht als notifizierungspflichtig erachtet wurde.
- 25.9 Die so ersuchten Mitglieder erteilen diese Auskünfte so rasch wie möglich und ausführlich und halten sich bereit, dem ersuchenden Mitglied zusätzliche Auskünfte zu erteilen. Insbesondere geben sie hinreichende Einzelheiten bekannt, um die anderen Mitglieder in die Lage zu versetzen, die Einhaltung der Bestimmungen dieses Übereinkommens zu beurteilen. Ist ein Mitglied der Ansicht, daß ihm diese Auskünfte nicht erteilt worden sind, so kann er die Angelegenheit dem Komitee zur Kenntnis bringen.
- 25.10 Ist ein Mitglied der Ansicht, daß Maßnahmen eines anderen Mitglieds, welche die Auswirkungen einer Subvention haben, nicht gemäß Artikel XVI Absatz 1 des GATT 1994 und diesem Artikel nicht notifiziert worden sind, so kann es die Angelegenheit diesem anderen Mitglied zur Kenntnis bringen. Wird die vermutliche Subvention danach nicht innerhalb kürzester Zeit notifiziert, so kann das Mitglied selbst die vermutliche Subvention dem Komitee zur Kenntnis bringen.
- 25.11 Die Mitglieder berichten dem Komitee ohne Verzögerung alle vorläufigen oder endgültigen Maßnahmen in bezug auf Ausgleichszölle. Solche Berichte liegen im Sekretariat zur Kontrolle durch andere Mitglieder auf. Die Mitglieder legen auch Halbjahresberichte über alle in den vorhergehenden sechs Monaten getroffenen Maßnahmen vor. Die

Halbjahresberichte werden in einer einvernehmlich festgelegten einheitlichen Form vorgelegt.

- 25.12 Jedes Mitglied notifiziert dem Komitee a) seine Behörden, die für die Einleitung und Durchführung von Untersuchungen nach Artikel 11 zuständig sind und b) seine inländischen Verfahren, die für die Einleitung und Durchführung solcher Untersuchungen maßgebend sind.

Artikel 26
Überwachung

- 26.1 Das Komitee prüft die nach Artikel XVI Absatz 1 des GATT 1994 und Artikel 25 Absatz 1 dieses Übereinkommens vorgelegten neuen und vollen Notifikationen anlässlich von außerordentlichen Tagungen, die jedes dritte Jahr abgehalten werden. Notifikationen, die in den dazwischen liegenden Jahren (Notifikationen nach dem neuesten Stand) vorgelegt werden, werden bei jeder ordentlichen Tagung des Komitees geprüft.
- 26.2 Das Komitee prüft die nach Artikel 25 Absatz 11 vorgelegten Berichte bei jeder ordentlichen Tagung des Komitees.

TEIL VIII ENWICKLUNGSLAND-MITGLIEDER

Artikel 27

Besondere und differenzierte Behandlung von
Entwicklungsland-Mitgliedern

- 27.1 Die Mitglieder erkennen an, daß Subventionen eine bedeutende Rolle in Wirtschaftsentwicklungsprogrammen spielen können.
- 27.2 Das Verbot nach Artikel 3 Absatz 1 lit. a findet keine Anwendung auf:
- a) im Anhang VII angeführte Entwicklungsland-Mitglieder;

b) andere Entwicklungsland-Mitglieder für einen Zeitraum von acht Jahren ab dem Datum des Inkrafttretens des WTO-Abkommens, vorbehaltlich der Einhaltung der Bestimmungen des Absatzes 4.

27.3 Das Verbot nach Artikel 3 Absatz 1 lit. b findet auf Entwicklungsland-Mitglieder für einen Zeitraum von fünf Jahren keine Anwendung sowie auf am wenigsten entwickelte Entwicklungsland-Mitglieder für einen Zeitraum von acht Jahren ab dem Datum des Inkrafttretens des WTO-Abkommens keine Anwendung.

27.4 Jedes im Absatz 2 lit. b angeführte Entwicklungsland-Mitglied wird seine Ausfuhrsubventionen während des Achtjahreszeitraums - vorzugsweise progressiv - beseitigen. Jedoch wird ein Entwicklungsland-Mitglied das Ausmaß seiner Ausfuhrsubventionen ⁵⁵⁾ nicht erhöhen und wird sie innerhalb eines kürzeren als in diesem Absatz vorgesehenen Zeitraums beseitigen, wenn die Anwendung solcher Ausfuhrsubventionen mit seinen Entwicklungsbedürfnissen unvereinbar ist. Wenn es ein Entwicklungsland-Mitglied für notwendig hält, solche Subventionen über den Achtjahreszeitraum hinaus anzuwenden, wird es spätestens ein Jahr vor Ablauf dieses Zeitraums mit dem Komitee in Konsultationen eintreten, welches nach Prüfung aller relevanten wirtschaftlichen, finanziellen und Entwicklungsbedürfnisse des betreffenden Entwicklungsland-Mitglieds feststellt, ob eine Verlängerung dieses Zeitraums gerechtfertigt ist. Wenn das Komitee feststellt, daß die Verlängerung gerechtfertigt ist, hält das betreffende Entwicklungsland-Mitglied jährliche Konsultationen mit dem

⁵⁵⁾ Für ein Entwicklungsland-Mitglied, das zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des WTO-Abkommens keine Ausfuhrsubventionen gewährt, findet dieser Absatz auf der Grundlage des Ausmaßes der im Jahre 1986 gewährten Ausfuhrsubventionen Anwendung.

Komitee ab, um die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Subventionen festzustellen. Falls vom Komitee keine solchen Feststellungen getroffen werden, wird das Entwicklungsland-Mitglied die restlichen Ausführsubventionen innerhalb von zwei Jahren ab dem Ende der zuletzt bewilligten Frist beseitigen.

27.5 Ein Entwicklungsland-Mitglied, welches die Wettbewerbsfähigkeit für eine bestimmte Ware erreicht hat, wird seine Ausführsubventionen für solche Ware(n) im Verlaufe eines Zeitraums von zwei Jahren beseitigen. Jedoch wird ein im Anhang VII angeführtes Entwicklungsland-Mitglied, welches die Ausfuhrwettbewerbsfähigkeit für eine oder mehrere Waren erreicht hat, Ausführsubventionen im Verlauf eines Zeitraums von acht Jahren stufenweise beseitigen.

27.6 Ausfuhrwettbewerbsfähigkeit für eine Ware ist gegeben, wenn in zwei aufeinander folgenden Jahren diese Ware einen Anteil von mindestens 3,25 Prozent am Welthandel dieser Ware erreicht hat. Ausfuhrwettbewerbsfähigkeit liegt vor, entweder a) aufgrund einer Notifikation des Entwicklungsland-Mitglieds, das die Ausfuhrwettbewerbsfähigkeit erreicht hat, oder b) aufgrund einer vom Sekretariat über Ersuchen eines Mitglieds angestellten Berechnung. Für die Zwecke dieses Absatzes wird eine Ware nach der Nummer der Nomenklatur des Harmonisierten Systems definiert. Das Komitee überprüft die Wirksamkeit dieser Bestimmung fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens.

27.7 Artikel 4 findet auf ein Entwicklungsland-Mitglied für Ausführsubventionen, die mit den Absätzen 2 bis 5 vereinbar sind, keine Anwendung. In einem solchen Fall gelten die relevanten Bestimmungen des Absatzes 7.

27.8 Es besteht keine Vermutung im Sinne des Artikels 6 Absatz 1, daß eine von einem Entwicklungsland-Mitglied

gewährte Subvention zu einer ernsthaften Schädigung nach diesem Übereinkommen führt. Eine solche ernsthafte Schädigung wird gegebenenfalls nach Absatz 9 durch positiven Nachweis im Einklang mit den Bestimmungen des Artikels 6 Absätze 3 bis 8 aufgezeigt.

27.9 In bezug auf andere als im Artikel 6 Absatz 1 angeführte anfechtbare Subventionen, die von einem Entwicklungsland-Mitglied gewährt oder aufrechterhalten werden, dürfen keine Maßnahmen aufgrund des Artikels 7 erlaubt oder getroffen werden, es sei denn, daß festgestellt wird, daß als Folge einer solchen Subvention Zollzugeständnisse oder andere Verpflichtungen aufgrund des GATT 1994 in einer Weise zunichte gemacht oder geschmälert werden, daß die Einfuhren von gleichartigen Waren eines anderen Mitglieds in den Markt des subventionierenden Entwicklungsland-Mitglieds verdrängt oder behindert werden, oder, daß eine Schädigung eines inländischen Wirtschaftszweiges auf dem Markt eines einführenden Mitglieds vorliegt.

27.10 Jede Ausgleichszolluntersuchung einer Ware mit Ursprung in einem Entwicklungsland-Mitglied wird eingestellt, sobald die betreffenden Behörden feststellen, daß:

a) das Gesamtausmaß der für die Ware gewährten Subventionen 2 Prozent seines Wertes pro Einheit nicht übersteigt;

b) die Menge der subventionierten Einfuhren weniger als 4 Prozent der Gesamteinfuhren einer gleichartigen Ware in das einführende Mitglied beträgt, außer wenn Einfuhren aus Entwicklungsland-Mitgliedern, deren einzelne Anteile an den Gesamteinfuhren unter 4 Prozent liegen und zusammengenommen sie mehr als 9 Prozent der Gesamteinfuhren der gleichartigen Ware in das einführende Mitglied erreichen.

- 27.11 Für die vom Absatz 2 lit. b erfaßten Entwicklungsland-Mitglieder, die Ausführsubventionen vor dem Ablauf des Achtjahreszeitraums ab Inkrafttreten des WTO-Abkommens beseitigt haben und für die im Anhang VII angeführten Entwicklungsland-Mitglieder beträgt die im Absatz 10 lit. a erwähnte Ziffer 3 Prozent statt 2 Prozent. Diese Bestimmung findet ab dem Zeitpunkt, zu dem die Beseitigung von Ausführsubventionen dem Komitee notifiziert wird, Anwendung, und zwar so lange wie vom notifizierenden Entwicklungsland-Mitglied keine Ausführsubventionen gewährt werden. Diese Bestimmung erlischt acht Jahre ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des WTO-Abkommens.
- 27.12 Für die Bestimmungen der Absätze 10 und 11 gelten die Bestimmungen über die Festlegung von geringen Werten im Sinne des Artikels 15 Absatz 3.
- 27.13 die Bestimmungen des Teils III finden keine Anwendung auf Schuldennachlässe, Subventionen zur Deckung von Sozialausgaben in welcher Form auch immer, einschließlich Verzicht auf staatliche Einnahmen und sonstige Haftungsübernahmen, wenn solche Subventionen im Rahmen und unmittelbar an ein Privatisierungsprogramm eines Entwicklungsland-Mitglieds gebunden sind, vorausgesetzt, daß sowohl solche Programme als auch die Subventionen zeitlich begrenzt gewährt und dem Komitee notifiziert werden und daß die Programme zu einer möglichen Privatisierung des betreffenden Unternehmens führen.
- 27.14 Auf Ersuchen eines interessierten Mitglieds überprüft das Komitee eine bestimmte Ausführsubventionspraxis eines Entwicklungsland-Mitglieds in der Richtung, ob diese Vorgangsweise mit seinen Entwicklungsbedürfnissen vereinbar ist.

27.15 Auf Ersuchen eines interessierten Entwicklungsland-Mitglieds überprüft das Komitee eine bestimmte Ausgleichsmaßnahme in der Richtung, ob sie mit den auf das betreffende Entwicklungsland-Mitglied anwendbaren Bestimmungen der Absätze 10 und 11 vereinbar ist.

TEIL IX: ÜBERGANGSREGELUNGEN

Artikel 28

Bestehende Programme

28.1 Subventionsprogramme, die im Gebiet eines Mitglieds vor dem Zeitpunkt, zu dem ein Mitglied das WTO-Abkommen unterzeichnet hat, erstellt worden sind und die mit den Bestimmungen dieses Übereinkommens unvereinbar sind, werden:

- a) spätestens 90 Tage nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des WTO-Abkommens für dieses Mitglied dem Komitee notifiziert; und
- b) binnen drei Jahren ab Inkrafttreten des WTO-Abkommens für dieses Mitglied mit den Bestimmungen dieses Übereinkommens vereinbar gemacht und unterliegen sodann nicht dem Teil II.

28.2 Kein Mitglied erweitert das Ausmaß eines solchen Programms, noch wird ein solches Programm nach seinem Ablauf erneuert.

Artikel 29

Übergang zur Marktwirtschaft

29.1 Mitglieder, die sich im Zuge der Umgestaltung von einer zentralgelenkten in eine freie Marktwirtschaft befinden, können für eine solche Umgestaltung notwendige Programme und Maßnahmen anwenden.

29.2 Solche vom Artikel 3 erfaßte und gemäß Artikel 3 notifizierte Subventionsprogramme werden innerhalb von sieben Jahren ab Inkrafttreten des WTO-Abkommens beseitigt oder in Übereinstimmung mit Artikel 3 gebracht. In solchen Fällen findet Artikel 4 keine Anwendung. Zusätzlich gilt innerhalb dieser Frist folgendes:

a) die vom Artikel 6 Absatz 1 lit. d erfaßten Subventionsprogramme sind nach Artikel 7 nicht anfechtbar;

b) hinsichtlich anderer anfechtbarer Subventionen finden die Bestimmungen des Artikels 27 Absatz 9 Anwendung.

29.3 Die vom Artikel 3 erfaßten Subventionsprogramme werden dem Komitee zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens notifiziert. Weitere Notifikationen solcher Subventionen können bis zu zwei Jahren nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens vorgenommen werden.

29.4 Unter außergewöhnlichen Umständen können den im Absatz 1 angeführten Mitgliedern Abweichungen von ihren notifizierten Programmen und Maßnahmen sowie von ihren Zeitrahmen vom Komitee zugestanden werden, wenn solche Abweichungen für den Umgestaltungsvorgang als notwendig erachtet werden.

TEIL X: STREITBEILEGUNG

Artikel 30

Die Bestimmungen der Artikel XXII und XXIII des GATT 1994, ergänzt durch die Vereinbarung über Streitbeilegung, finden auf Konsultationen und die Streitbeilegung nach diesem Übereinkommen Anwendung, sofern darin nichts anderes ausdrücklich vorgesehen ist.

TEIL XI: SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 31

Vorläufige Anwendung

Die Bestimmungen des Artikels 6 Absatz 1 und die Bestimmungen der Artikel 8 und 9 finden für einen Zeitraum von fünf Jahren ab Inkrafttreten des WTO-Abkommens Anwendung. Spätestens 180 Tage vor Ablauf dieses Zeitraums überprüft das Komitee das Funktionieren dieser Bestimmungen, um festzustellen, ob deren Anwendung in ihrer derzeitigen oder geänderten Fassung für einen weiteren Zeitraum verlängert werden soll.

Artikel 32

Sonstige Schlußbestimmungen

- 32.1 Spezifische Maßnahmen gegen Subventionen eines anderen Mitglieds können nur gemäß den Bestimmungen des GATT 1994 in der Auslegung durch dieses Übereinkommen getroffen werden ⁵⁶⁾.
- 32.2 Vorbehalte gegen Bestimmungen dieses Übereinkommens dürfen nicht ohne Zustimmung der übrigen Mitglieder dieses Übereinkommens eingelegt werden.
- 32.3 Vorbehaltlich des Absatzes 4 finden die Bestimmungen dieses Übereinkommens auf Untersuchungen und Überprüfungen von bestehenden Maßnahmen Anwendung, die zum oder nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens für ein Mitglied eingeleitet worden sind.
- 32.4 Für die Zwecke des Artikels 21 Absatz 3 gelten bestehende Ausgleichsmaßnahmen spätestens bis zum Inkrafttreten des WTO-Abkommens für ein Mitglied als

⁵⁶⁾ Dieser Absatz schließt gegebenenfalls Maßnahmen nach anderen Bestimmungen des GATT 1994 nicht aus.

auferlegt, ausgenommen in Fällen, in denen die zu diesem Zeitpunkt in Kraft stehende inländische Gesetzgebung eines Mitglieds bereits eine Klausel enthält, wie sie in jenem Absatz vorgesehen ist.

- 32.5 Jedes Mitglied unternimmt alle erforderlichen Schritte allgemeiner oder besonderer Art, um sicherzustellen, daß spätestens in dem Zeitpunkt, in dem das WTO-Abkommen für das Mitglied in Kraft tritt, seine Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsverfahren mit den Bestimmungen dieses Übereinkommens, soweit diese auf das betreffende Mitglied Anwendung finden, übereinstimmen.
- 32.6 Jedes Mitglied unterrichtet das Komitee über alle Änderungen seiner Gesetze und Verordnungen in bezug auf dieses Übereinkommen sowie über alle Änderungen in ihrer Anwendung.
- 32.7 Das Komitee überprüft jährlich die Durchführung und das Funktionieren dieses Übereinkommens unter Bedachtnahme auf dessen Zielsetzungen. Das Komitee unterrichtet jährlich den Rat für den Handel mit Waren über die Entwicklungen während des Überprüfungszeitraums.
- 32.8 Die Anhänge zu diesem Übereinkommen bilden einen integrierenden Bestandteil hiervon.

ANHANG I
BEISPIELLISTE VON AUSFUHRSUBVENTIONEN

- a) Gewährung direkter Subventionen der öffentlichen Hand an Unternehmen oder Wirtschaftszweige nach Maßgabe deren Ausführleistung.
- b) Devisenbelassungsverfahren oder ähnliche Praktiken, die der Gewährung einer Ausführprämie gleichkommen.
- c) Inländische Transport- und Frachtgebühren auf den Auslandsversand, die vom Staat zu Bedingungen festgesetzt oder vorgeschrieben werden, die günstiger sind als für den Inlandsversand.
- d) Bereitstellung eingeführter oder inländischer Waren oder Dienstleistungen durch den Staat oder staatliche Stellen entweder unmittelbar oder mittelbar, Einrichtungen im staatlichen Auftrag zur Verwendung bei der Erzeugung von Waren für die Ausfuhr zu Bedingungen, die günstiger sind als für die Bereitstellung gleichartiger oder direkt konkurrierenden Waren oder Dienstleistungen zur Verwendung bei der Erzeugung von Waren für den inländischen Verbrauch, wenn (bei Waren) diese Bedingungen günstiger sind als die Bedingungen, die ihre Exporteure auf den Weltmärkten kommerziell erlangen⁵⁷⁾ können.

⁵⁷⁾ Der Ausdruck "kommerziell erlangen" bedeutet, daß die Wahl zwischen inländischen und eingeführten Waren uneingeschränkt gilt und nur von kommerziellen Erwägungen abhängt.

- e) Vollständige oder teilweise Freistellung und vollständiger oder teilweiser Erlaß oder Aufschub von direkten Steuern⁵⁸⁾ oder Sozialabgaben, die von Industrie- oder Handelsunternehmen gezahlt wurden oder zu zahlen sind, soweit die

⁵⁸⁾ Im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet der Ausdruck "direkte Steuern" die Steuern auf Löhne, Gewinne, Zinsen, Mieten, Lizenzgebühren und alle anderen Einkommensformen sowie die Steuern auf Grundbesitz;

bedeutet der Ausdruck "Eingangsabgaben" die Zölle sowie die sonstigen, in dieser Anmerkung nicht anderweitig angeführten Abgaben und Steuern, die bei der Einfuhr erhoben werden;

bedeutet der Ausdruck "indirekte Steuern" die Verkaufssteuern, Verbrauchssteuern, Umsatzsteuern, Mehrwertsteuern, Konzessionssteuern, Grenzabgaben und alle Steuern, die nicht zu den direkten Steuern und Eingangsabgaben zählen;

sind indirekte, "auf einer Vorstufe" erhobene Steuern die Steuern, die auf Gütern oder Dienstleistungen erhoben werden, die mittelbar oder unmittelbar bei der Herstellung der Ware verwendet werden;

sind "kumulative" indirekte Steuern Mehrphasensteuern, die erhoben werden, wenn es keinen Mechanismus für die nachfolgende Anrechnung der Steuer in Fällen gibt, in denen die in einem bestimmten Produktionsstadium besteuerten Güter oder Dienstleistungen in einem späteren Produktionsstadium verwendet werden;

umfaßt "Erlaß" von Steuern, die Rückerstattung von Steuern oder den Steuerrabatt.

Freistellung, der Erlaß oder der Aufschub spezifisch ausfuhrgebunden sind ⁵⁹⁾.

- f) Besondere Freibeträge in unmittelbarem Zusammenhang mit der Ausfuhr oder Ausfuhrleistung bei der Berechnung der Bemessungsgrundlage für direkte Steuern, soweit diese Freibeträge neben den Freibeträgen für die zum inländischen Verbrauch bestimmte Erzeugung gewährt werden.
- g) Freistellung oder Erlaß von indirekten Steuern ⁵⁸⁾ auf die Erzeugung und Verteilung von Waren für die Ausfuhr in einem Umfang, der über das hinausgeht, was an indirekten Steuern auf die Erzeugung und Verteilung gleichartiger, zum inländischen Verbrauch verkaufter Waren erhoben wird.

⁵⁹⁾ Die Mitglieder erkennen an, daß ein Aufschub zum Beispiel dann keine Ausfuhrsubvention darstellen muß, wenn angemessene Zinsen gezahlt werden. Die Mitglieder bekräftigen erneut den Grundsatz, daß die Preise für Waren im Rahmen von Geschäften zwischen Ausfuhrunternehmen und ausländischen Käufern, die unter ihrer Kontrolle oder unter der gleichen Kontrolle wie sie stehen, für Steuerzwecke diejenigen Preise sein sollten, die zwischen unabhängigen, selbständig handelnden Unternehmen berechnet würden. Jedes Mitglied kann ein anderes Mitglied auf administrative oder andere Praktiken hinweisen, die diesem Grundsatz zuwiderlaufen und die zu einer beträchtlichen Ersparnis an direkten Steuern bei Ausfuhrgeschäften führen. Unter solchen Umständen werden sich die Mitglieder in der Regel um Beilegung ihrer Differenzen bemühen, indem sie die Möglichkeiten bestehender bilateraler Steuerabkommen oder anderer spezifischer internationaler Mechanismen in Anspruch nehmen, ohne daß dadurch die Rechte und Pflichten der Mitglieder nach dem GATT 1994 einschließlich des im vorstehenden Satz geschaffenen Rechts auf Konsultationen berührt werden. Mit lit. e wird nicht beabsichtigt, ein Mitglied an Maßnahmen zu hindern, durch die die Doppelbesteuerung von Einkommen aus ausländischen Quellen, die von seinen Unternehmen oder den Unternehmen eines anderen Mitglieds erzielt werden, vermieden werden soll.

- h) Freistellung, Erlaß oder Aufschub von kumulativen indirekten, auf einer Vorstufe erhobenen Steuern ⁵⁸⁾ auf Waren oder Dienstleistungen in Verbindung mit der Erzeugung von Waren für die Ausfuhr, wenn der Betrag über die Freistellung, den Erlaß oder den Aufschub von gleichartigen kumulativen indirekten, auf einer Vorstufe erhobenen Steuern auf Waren oder Dienstleistungen in Verbindung mit der Erzeugung gleichartiger Waren für den inländischen Verbrauch hinausgeht; jedoch können die Freistellung, der Erlaß oder der Aufschub von kumulativen indirekten, auf einer Vorstufe erhobenen Steuern für Waren für die Ausfuhr selbst dann gewährt werden, wenn dies für gleichartige, für den inländischen Verbrauch verkaufte Waren nicht der Fall ist, sofern die kumulativen indirekten, auf einer Vorstufe erhobenen Steuern Betriebsmittel betreffen, die bei der Erzeugung der angeführten Ware verbraucht worden sind (wobei normaler Schwund berücksichtigt wird) ⁶⁰⁾.
- i) Erlaß oder Rückerstattung von Eingangsabgaben ⁵⁸⁾ in einem Umfang, der über das hinausgeht, was an Eingangsabgaben auf eingeführte Betriebsmittel erhoben wird, die bei der Erzeugung verbraucht worden sind (wobei normaler Schwund berücksichtigt wird); jedoch kann ein Unternehmen, um in den Genuß dieser Bestimmung zu kommen, in Sonderfällen ersatzweise Waren des Inlandsmarktes in gleicher Menge und von gleicher Qualität und Beschaffenheit wie die eingeführten Waren verwenden, sofern die Einfuhr- und die entsprechenden Ausfuhrgeschäfte innerhalb eines angemessenen Zeitraums stattfinden, der in der Regel zwei Jahre nicht übersteigen darf. Dieser Absatz wird im Einklang mit den im Anhang II enthaltenen Richtlinien über den Verbrauch von Betriebsmitteln beim Erzeugungsvorgang ausgelegt.

⁶⁰⁾ lit. h findet auf Mehrwertsteuersysteme und steuerliche Grenzausgleiche an deren Stelle keine Anwendung; die Frage des überhöhten Erlasses von Mehrwertsteuern ist ausschließlich in lit. g erfaßt.

- j) Einführung von Programmen für Exportkreditgarantien oder Exportkreditversicherungen durch den Staat (oder von ihm kontrollierte Sondereinrichtungen), von Versicherungs- oder Garantieprogrammen zum Schutz vor Preissteigerungen bei Waren für die Ausfuhr oder von Programmen zur Abdeckung von Währungsrisiken zu Prämienätzen, die offensichtlich nicht ausreichen, um die Betriebskosten und Verluste bei der Ausführung der betreffenden Programme auf lange Sicht zu decken.
- k) Gewährung von Ausfuhrkrediten durch den Staat (oder von ihm kontrollierte und/oder ihm unterstellte Sondereinrichtungen) zu Sätzen, die unter jenen liegen, welche die Exporteure zahlen müssen, um sich die Mittel zu verschaffen, die sie dafür aufwenden (oder zahlen müßten, wenn sie internationale Kapitalmärkte in Anspruch nähmen, um Gelder derselben Fälligkeit und auf dieselbe Währung wie der Exportkredit lautend zu erhalten), oder staatliche Übernahme aller oder eines Teils der Kosten, die den Exporteuren oder den Finanzinstituten bei der Beschaffung von Krediten erwachsen, soweit sie dazu dienen, auf dem Gebiet der Ausfuhrkreditbedingungen einen wesentlichen Vorteil zu erlangen.
- Wenn jedoch ein Mitglied Partei einer internationalen Verpflichtung auf dem Gebiet der öffentlichen Ausfuhrkredite ist, an der am 1. Jänner 1979 mindestens zwölf der ursprünglichen Mitglieder dieses Übereinkommens beteiligt sind (oder wenn diese ursprünglichen Mitglieder eine Nachfolgerverpflichtung eingegangen sind), oder wenn ein Mitglied in der Praxis die Zinssatzbestimmungen dieser Verpflichtung anwendet, gilt eine bei Ausfuhrkrediten angewandte Praxis, die mit diesen Bestimmungen im Einklang steht, nicht als eine durch dieses Übereinkommen verbotene Ausfuhrsubvention.
- l) Jede andere Belastung der Staatskasse, die eine Ausfuhrsubvention im Sinne des Artikels XVI des GATT 1994 darstellt.

ANHANG II
RICHTLINIEN ÜBER DEN VERBRAUCH VON BETRIEBSMITTEL IM
ERZEUGUNGSVORGANG

I

1. Indirekte Steuerbegünstigungssysteme können die Freistellung, den Erlaß oder den Aufschub von kumulativen indirekten auf einer Vorstufe erhobenen Steuern auf Betriebsmittel erlauben, die bei der Erzeugung der ausgeführten Ware verbraucht werden (wobei normaler Schwund berücksichtigt wird). In gleicher Weise können Vergütungssysteme den Erlaß oder die Rückerstattung von Eingangsabgaben auf Betriebsmittel erlauben, die bei der Erzeugung der ausgeführten Ware verbraucht werden (wobei normaler Schwund berücksichtigt wird).

2. Die Beispielliste von Ausführsubventionen im Anhang I dieses Übereinkommens nimmt in lit. h und i Bezug auf den Ausdruck "Betriebsmittel, die bei der Erzeugung der ausgeführten Ware verbraucht werden". Gemäß lit. h können indirekte Steuerbegünstigungssysteme eine Ausführsubvention in dem Ausmaß darstellen, wenn die bei der Freistellung, beim Erlaß oder Aufschub von kumulativen indirekten auf einer Vorstufe erhobenen Steuern über den Betrag hinausgehen, der tatsächlich von solchen Steuern auf Betriebsmittel erhoben wird, die bei der Erzeugung der ausgeführten Ware verbraucht werden. Gemäß lit. i können Vergütungssysteme eine Ausführsubvention in dem Ausmaß darstellen, welches beim Erlaß oder bei der Rückerstattung von Eingangsabgaben über die tatsächlich auf Betriebsmittel erhobenen Abgaben hinausgeht, die bei der Erzeugung der ausgeführten Ware verbraucht werden. In beiden lit. ist vorgesehen, daß normaler Schwund bezüglich des Verbrauchs von Betriebsmitteln bei der Erzeugung der ausgeführten Ware berücksichtigt werden muß. Lit. i sieht auch gegebenenfalls die Möglichkeit eines Ersatzes vor.

II

Bei der Prüfung, ob Betriebsmittel bei der Erzeugung der ausgeführten Ware verbraucht werden, sollen die untersuchenden Behörden im Rahmen dieses Teiles einer Ausgleichszolluntersuchung wie folgt vorgehen:

1. Wenn vermutet wird, daß ein indirektes Steuerrabattsystem oder ein Rückerstattungssystem eine Subvention zufolge eines Überrabattes oder einer überhöhten Rückerstattung indirekter Steuern oder Eingangsabgaben auf Betriebsmittel darstellt, die während der Erzeugung der ausgeführten Ware verbraucht werden, sollen sich die untersuchenden Behörden zuerst vergewissern, ob die Regierung eines ausführenden Mitglieds über ein System oder Verfahren verfügt und dieses anwendet, welche Betriebsmittel bei der Erzeugung der ausgeführten Ware verbraucht werden und in welchen Mengen. Wenn die Anwendung eines solchen Systems oder Verfahrens festgestellt wird, sollen sodann die untersuchenden Behörden prüfen, ob es angemessen ist, wirkungsvoll für den beabsichtigten Zweck und auf allgemein üblichen kommerziellen Praktiken im Ausfuhrland beruht. Die untersuchenden Behörden können es für notwendig halten, gewisse praktische Stichproben zur Überprüfung der Auskünfte durchzuführen oder sich selbst zu überzeugen, daß das System oder Verfahren wirkungsvoll angewendet wird.
2. Wenn kein solches System oder Verfahren besteht, wenn es nicht angemessen ist, oder wenn es zwar eingerichtet und als angemessen angesehen wird, aber nicht oder nicht wirkungsvoll angewendet wird, wäre eine weitere Prüfung durch das ausführende Mitglied auf der Grundlage der tatsächlich eingesetzten Betriebsmittel in diesem Zusammenhang zur Feststellung notwendig, ob eine überhöhte Zahlung stattfindet. Falls es die untersuchenden Behörden für erforderlich halten, würde eine weitere Prüfung gemäß Absatz 1 vorgenommen werden.
3. Die untersuchenden Behörden sollen Betriebsmittel als materiell verarbeitet behandeln, wenn solche Betriebsmittel beim

Erzeugungsvorgang verwendet werden und materiell in der ausgeführten Ware enthalten sind. Die Mitglieder halten fest, daß ein Betriebsmittel im Endprodukt nicht in derselben Form, in der es in den Erzeugungsvorgang eingebracht wurde, enthalten sein muß.

4. Bei der Feststellung der Menge eines bestimmten Betriebsmittels, welches bei der Erzeugung der ausgeführten Ware verbraucht wird, soll ein "normaler Schwund für Abfall" berücksichtigt werden und solch ein Abfall soll als bei der Erzeugung der ausgeführten Ware verbraucht behandelt werden. Der Ausdruck "Abfall" bezieht sich auf jenen Teil eines bestimmten Betriebsmittels, der keiner unabhängigen Funktion beim Erzeugungsvorgang dient, bei der Herstellung der ausgeführten Ware nicht verbraucht wird (etwa wegen Wirkungslosigkeit) und nicht wiedergewonnen wird und vom selben Hersteller verwendet oder verkauft wird.
5. Die Feststellung der untersuchenden Behörde, ob der beanspruchte Schwund für Abfall "normal" ist, soll auf den Herstellungsvorgang die Durchschnittserfahrung des Wirtschaftszweiges im Ausfuhrland und allenfalls auf andere technische Faktoren Bedacht nehmen. Die untersuchende Behörde soll darauf achten, daß eine wichtige Frage darin besteht, ob die Behörden des ausführenden Mitglieds die Schwundmenge richtig berechnet haben, wenn eine solche Menge in den Steuer- oder Zollnachlaß oder deren Rückerstattung einbezogen werden soll.

ANHANG III
RICHTLINIEN FÜR DIE FESTSTELLUNG VON ERSATZWEISEN
RÜCKVERGÜTUNGSSYSTEMEN ALS AUSFUHRSUBVENTIONEN

I

Rückvergütungssysteme können die Rückvergütung oder Rückerstattung von Eingangsabgaben für Betriebsmittel gestatten, die im Erzeugungsvorgang einer anderen Ware verbraucht werden und wenn die Ausfuhr dieser letzteren Ware ersatzweise inländische Betriebsmittel enthält, welche die gleiche Qualität und Merkmale aufweisen, wie die eingeführten Betriebsmittel.

Gemäß lit. i der Beispielliste von Ausfuhrsubventionen des Anhangs I können Rückvergütungssysteme zu einer Ausfuhrsubvention in dem Ausmaß führen, in dem die Rückerstattung die Höhe der ursprünglich für eingeführte Betriebsmittel erhobenen Eingangsabgaben, deren Rückerstattung in Anspruch genommen wird, überschreitet.

II

Bei der Prüfung von ersatzweisen Rückvergütungssystemen als Teil einer Ausgleichszolluntersuchung sollen die untersuchenden Behörden wie folgt vorgehen:

1. Lit. i der Beispielliste sieht vor, daß ersatzweise Betriebsmittel bei der Erzeugung der ausgeführten Ware verwendet werden können, vorausgesetzt solche Betriebsmittel sind von gleicher Menge und von gleicher Qualität und Beschaffenheit wie die eingeführten Betriebsmittel, die ersetzt werden.

Das Bestehen eines Überprüfungssystems oder -verfahrens ist von Bedeutung, weil es die Regierung eines ausführenden Mitglieds in die Lage versetzt, sicherzustellen und nachzuweisen, daß die Menge von Betriebsmitteln für die Rückvergütung beansprucht wird, die Menge gleichartiger ausgeführter Waren in welcher Form auch immer nicht überschreitet und daß die

Rückerstattung von Eingangsabgaben nicht über jene hinausgeht, die ursprünglich für die betreffenden eingeführten Betriebsmittel erhoben wurden.

2. Wenn vermutet wird, daß ein ersatzweises Rückvergütungssystem eine Subvention darstellt, sollen sich die untersuchenden Behörden zuerst vergewissern, ob die Regierung des ausführenden Mitglieds über ein Überprüfungssystem oder -verfahren verfügt und dieses anwendet. Wenn die Anwendung eines solchen Systems oder Verfahrens festgestellt wird, sollen sodann die untersuchenden Behörden die Überprüfungsverfahren untersuchen, ob sie angemessen sind, wirkungsvoll für den beabsichtigten Zweck und auf allgemein üblichen kommerziellen Praktiken beruhen. Insoweit diese Verfahren diese Prüfung bestehen und wirkungsvoll angewendet werden, soll die Vermutung einer Subvention nicht gegeben sein. Die untersuchenden Behörden können es für notwendig halten, gewisse praktische Stichproben zur Überprüfung der Auskünfte durchzuführen, oder sich selbst überzeugen, daß die Überprüfungsverfahren wirkungsvoll angewendet werden.
3. Wenn solche Überprüfungsverfahren nicht bestehen, oder wenn sie nicht angemessen sind und wenn solche Verfahren zwar eingerichtet sind und als angemessen angesehen werden, aber nicht tatsächlich oder nicht wirkungsvoll angewendet werden, so kann eine Subvention vorliegen. In solchen Fällen wäre eine weitere Prüfung durch das ausführende Mitglied auf der Grundlage der tatsächlichen Geschäftsvorgänge zur Feststellung notwendig, ob eine überhöhte Zahlung stattgefunden hat. Wenn die untersuchenden Behörden es für notwendig halten, wäre eine weitere Prüfung gemäß Absatz 2 vorzunehmen.
4. Das Bestehen einer ersatzweisen Rückvergütungsbestimmung, aufgrund der es Exporteuren gestattet ist, bestimmte Einfuhrendungen auszuwählen, für die eine Rückvergütung in Anspruch genommen wird, soll an sich nicht bedeuten, daß eine Subvention vorliegt.

5. Eine überhöhte Rückvergütung von Eingangsabgaben im Sinne der lit. i wäre als bestehend zu erachten, wenn Regierungen im Rahmen ihrer Rückerstattungssysteme Zinsen für Geldrefundierungen leisten und zwar bis zum Ausmaß der tatsächlich gezahlten oder zahlbaren Zinsen.

ANHANG IV

BERECHNUNG DER GESAMTEN WERTMÄSSIGEN SUBVENTIONIERUNG

(Artikel 6 Absatz 1 lit. a) ⁶²⁾

1. Jede Berechnung des Betrages einer Subvention im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 lit. a erfolgt nach den der zuschußgewährenden Regierung entstandenen Kosten.
2. Soweit nichts anderes in den Absätzen 3 bis 5 vorgesehen ist, wird bei der Feststellung, ob der Gesamtbetrag der Subventionierung 5 Prozent des Warenwertes übersteigt, der Warenwert als der Gesamtwert der Verkäufe der Empfängerfirma ⁶³⁾, für welche Verkaufsdaten verfügbar sind, in den jüngsten 12 Monaten herangezogen, die dem Zeitraum vorangehen, in dem die Subventionen gewährt worden ist ⁶⁴⁾.
3. Wenn die Subvention an die Erzeugung oder den Verkauf einer bestimmten Ware gebunden ist, wird der Warenwert als der Gesamtwert der Verkäufe der Empfängerfirma, für welche Verkaufsdaten verfügbar sind, in den jüngsten 12 Monaten herangezogen, die dem Zeitraum vorangehen, in dem die Subvention gewährt worden ist.

⁶²⁾ Erforderlichenfalls soll ein Einvernehmen zwischen den Mitgliedern entwickelt werden, über nicht in diesem Anhang angeführte Angelegenheiten oder die weitere Klärung im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 lit. a erfordern.

⁶³⁾ Die Empfängerfirma ist eine Firma im Gebiet des subventionierenden Mitglieds.

⁶⁴⁾ Im Falle steuerbezogener Subventionen wird der Warenwert als der Gesamtwert der Verkäufe der Empfängerfirma in dem Fiskaljahr berechnet, in dem die steuerbezogene Maßnahme erzielt worden ist.

4. Wenn sich die Empfängerfirma in einer Anlaufphase befindet, wird das Vorhandensein einer ernstesten Schädigung angenommen, wenn der Gesamtbetrag der Subventionierung 15 Prozent des gesamten Investitionskapitals übersteigt. Für die Zwecke dieses Absatzes wird sich eine Anlaufphase nicht über das erste Erzeugungsjahr erstrecken ⁶⁵⁾.
5. Liegt die Empfängerfirma in einem Land mit inflationärer Wirtschaft, wird der Warenwert nach den Gesamtverkäufen (oder Verkäufen der betreffenden Ware, wenn die Subvention gebunden ist) im vorhergehenden Kalenderjahr mit dem Index der Inflationsrate in den 12 Monaten berechnet, die vor dem Monat liegen, in dem die Subvention gewährt worden ist.
6. Bei der Ermittlung des gesamten Subventionsbetrages in einem bestimmten Jahr werden Subventionen, die nach verschiedenen Programmen und von verschiedenen Behörden im Gebiet eines Mitglieds gewährt worden sind, zusammengerechnet.
7. Subventionen, die vor dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens gewährt worden sind, bei denen die Vorteile für eine künftige Erzeugung bemessen sind, werden in den Gesamtbetrag der Subventionierung einbezogen.
8. Nichtanfechtbare Subventionen nach den einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens werden nicht in die Berechnung des Betrages einer Subvention im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 lit. a einbezogen.

⁶⁵⁾ Anlaufphasen umfassen Fälle, in denen finanzielle Verpflichtungen für Produktentwicklung oder Errichtung von Einrichtungen zur Warenherstellung wegen des Subventionsvorteils eingegangen worden sind, auch wenn die Produktion noch nicht begonnen worden ist.

ANHANG V

VERFAHREN FÜR DIE ENTWICKLUNG VON INFORMATIONEN
BETREFFEND ERNSTHAFTE SCHÄDIGUNG

1. Jedes Mitglied wird bei der Entwicklung von Beweismitteln mitwirken, die von einem Untersuchungsausschuß in den Verfahren gemäß Artikel 7 Absätze 4 bis 6 geprüft werden. Die Streitparteien und jedes betroffene Drittlands-Mitglied notifizieren dem DSB sobald die Bestimmungen des Artikels 7 Absatz 4 angerufen worden sind, die zuständige Stelle für die Durchführung dieser Bestimmung in seinem Gebiet sowie die anzuwendenden Verfahren, um den Ersuchen um Auskünfte zu entsprechen.

2. Wenn Angelegenheiten nach Artikel 7 Absatz 4 dem DSB übertragen werden, leitet das DSB über Ersuchen das Verfahren ein, um von der Regierung des subventionierenden Mitglieds solche notwendigen Informationen um das Bestehen und den Betrag der Subventionierung, den Wert der Gesamtverkäufe der subventionierten Unternehmen festzustellen, wie auch die erforderlichen Informationen, um die durch die subventionierte Ware verursachten nachteiligen Auswirkungen genau zu untersuchen⁶⁶⁾. Dieses Verfahren kann gegebenenfalls die Präsentation von Fragen an die Regierung des subventionierenden Mitglieds und des beschwerdeführenden Mitglieds einschließen, um Informationen einzuholen, wie auch die Ausarbeitung von Informationen zu klären und zu erhalten, die den Streitparteien durch das im Teil VII enthaltene Notifikationsverfahren verfügbar sind⁶⁷⁾.

⁶⁶⁾ In Fällen, in denen das Bestehen einer ernsthaften Schädigung nachgewiesen werden muß.

⁶⁷⁾ Das Verfahren über die Informationseinholung durch das DSB berücksichtigt die Notwendigkeit Informationen zu schützen, welche ihrer Natur nach vertraulich sind oder die von einem an diesem Verfahren beteiligten Mitglied auf vertraulicher Grundlage zur Verfügung gestellt werden.

3. Bei Auswirkungen auf Drittlandsmärkte kann eine Streitpartei erforderliche Informationen einholen, einschließlich durch Fragen an die Regierung des Drittland-Mitglieds, um die nachteiligen Auswirkungen genau zu untersuchen, die ansonsten in angemessener Form von dem beschwerdeführenden Mitglied oder dem subventionierenden Mitglied nicht verfügbar sind. Insbesondere wird von einem solchen Mitglied nicht erwartet, Markt- oder Preisanalysen speziell für diesen Zweck vorzunehmen. Die Informationsbeschaffung besteht darin, was bereits verfügbar ist oder leicht von diesem Mitglied besorgt werden kann (zum Beispiel die jüngsten Statistiken, die bereits von den entsprechenden statistischen Diensten aufbereitet aber noch nicht veröffentlicht worden sind, Zollunterlagen betreffend Einfuhren und Werterklärungen der betreffenden Waren usw.). Wenn jedoch eine Streitpartei eine genaue Marktanalyse auf eigene Kosten durchführt, wird die Arbeit der Person oder der Firma, die eine solche Analyse durchführt, von den Behörden des Drittland-Mitglieds gefördert und dieser Person oder Firma werden alle Informationen zugänglich gemacht, die normalerweise von der Regierung nicht vertraulich gehalten werden.
4. Das DSB bestimmt einen Vertreter zur Förderung des Verfahrens betreffend die Einholung von Informationen. Der alleinige Zweck des Vertreters besteht darin, die rechtzeitige Erschließung von Informationen sicherzustellen, die notwendig sind, um eine nachfolgende multilaterale Überprüfung des Streitfalles zu erleichtern. Insbesondere kann der Vertreter Wege vorschlagen, um am wirksamsten für die notwendigen Informationen zu ersuchen wie auch die Zusammenarbeit der Parteien zu fördern.
5. Das in den Absätzen 2 bis 4 beschriebene Verfahren zur Informationseinholung wird binnen 60 Tagen ab dem Zeitpunkt, zu dem die Angelegenheit nach Artikel 7 Absatz 4 dem DSB übertragen worden ist, abgeschlossen. Die während dieses Verfahrens erhaltenen Informationen werden dem vom DSB nach den Bestimmungen des Teils X eingesetzten Untersuchungsausschuß vorgelegt.

Diese Informationen umfassen unter anderem Angaben über die Höhe der fraglichen Subvention (und gegebenenfalls den Wert der Gesamtverkäufe der subventionierten Unternehmen), die Preise der subventionierten Ware, Preise von anderen Lieferanten auf den Markt, Änderungen bei der Lieferung der subventionierten Ware auf dem betroffenen Markt und Änderungen in den Marktanteilen. Sie sollen auch Gegenbeweise einschließen, wie auch solche ergänzenden Informationen, die der Untersuchungsausschuß im Zuge der Erreichung seiner Schlußfolgerungen als erheblich erachtet.

6. Wenn es dem subventionierenden und/oder dem Drittlands-Mitglied nicht gelingt, im Verfahren bei der Informationseinholung zusammenzuarbeiten, wird das beschwerdeführende Mitglied seinen Fall von ernsthafter Schädigung, gestützt auf ihm verfügbare Beweise, zusammen mit den Tatsachen und Umständen über die Nicht-Zusammenarbeit des subventionierenden und/oder Drittlands-Mitglieds, vorbringen. Wenn Informationen infolge der Nicht-Zusammenarbeit des subventionierenden und/oder Drittlands-Mitglieds nicht verfügbar sind, kann der Untersuchungsausschuß den Bericht zwangsläufig im Vertrauen auf die ansonst verfügbare beste Information abschließen.
7. Der Untersuchungsausschuß soll bei der Vornahme seiner Feststellung nachteilige Beeinträchtigungen von Beispielen der Nicht-Zusammenarbeit von jeder im Verfahren der Informationseinholung betroffenen Partei darstellen.
8. Bei der Vornahme der Feststellung durch Nutzung der bestverfügbaren Information oder durch nachteilige Beeinträchtigung wird der Untersuchungsausschuß den Rat des nach Absatz 4 bestellten DSB-Vertreters bezüglich der Angemessenheit jedes Informationsersuchens und der von den Parteien unternommenen Bemühungen, diesen Ersuchen in kooperativer und zeitgerechter Art und Weise zu entsprechen, berücksichtigen.
9. Nichts im Verfahren der Informationseinholung begrenzt die Möglichkeit des Untersuchungsausschusses solche zusätzlichen

Informationen zu beschaffen, die er für eine geeignete Lösung des Streitfalls für wesentlich hält, und die während des Verfahrens nicht entsprechend gesucht oder entwickelt wurden. Der Untersuchungsausschuß soll jedoch in der Regel nicht um zusätzliche Informationen ersuchen, um den Bericht abzuschließen, wenn die Informationen die Lage einer bestimmten Partei unterstützen würde und das Fehlen dieser Informationen im Bericht das Ergebnis einer unangemessenen Nicht-Zusammenarbeit seitens dieser Partei im Verfahren der Informationseinholung ist.

ANHANG VI

VERFAHREN FÜR AN-ORT-UND-STELLE-UNTERSUCHUNGEN

GEMÄSS ARTIKEL 12 ABSATZ 6

1. Bei Einleitung einer Untersuchung sollen die Behörden des ausführenden Mitglieds und die betroffenen bekannten Unternehmen über die Absicht der Durchführung von an-Ort-und-Stelle-Untersuchungen in Kenntnis gesetzt werden.
2. Wenn unter außergewöhnlichen Umständen beabsichtigt ist, nichtbeamtete Sachverständige in das untersuchende Team einzu beziehen, sollen die Unternehmen und die Behörden des ausführenden Mitglieds in Kenntnis gesetzt werden. Diese nichtbeamteten Sachverständigen sollen bei Verletzung von Vertraulichkeitserfordernissen wirksamen Sanktionen unterliegen.
3. Bevor der Besuch endgültig festgelegt wird, sollte es ständige Übung sein, die ausdrückliche Zustimmung des betroffenen Unternehmens im ausführenden Mitglied zu erhalten.
4. Sobald die Zustimmung des betroffenen Unternehmens vorliegt, sollen die untersuchenden Behörden den Behörden des ausführenden Mitglieds die Namen und Anschriften der zu besuchenden Unternehmen und die vereinbarten Termine mitteilen.
5. Bevor der Besuch durchgeführt wird, sollen die in Frage kommenden Unternehmen zeitgerecht im Voraus in Kenntnis gesetzt werden.
6. Besuche zur Erklärung des Fragebogens sollen nur auf Antrag des ausführenden Unternehmens vorgenommen werden. Im Falle eines solchen Antrages können sich die untersuchenden Behörden selbst dem Unternehmen zur Verfügung stellen; so ein Besuch kann nur gemacht werden, wenn a) die Behörden des einführenden Mitglieds die Vertreter der Regierung des betreffenden Mitglieds bekanntgeben, und b) die letztere gegen den Besuch keinen Einspruch erhebt.

7. Der Hauptzweck der an-Ort-und-Stelle-Untersuchung besteht darin, die erhaltenen Informationen auf ihre Richtigkeit zu überprüfen oder weitere Einzelheiten zu erhalten; diese Untersuchung soll nach Erhalt der Beantwortung des Fragebogens durchgeführt werden, außer das Unternehmen steht auf dem gegenteiligen Standpunkt und die Regierung des ausführenden Mitglieds wird von den untersuchenden Behörden vom bevorstehenden Besuch unterrichtet und erhebt dagegen keinen Einspruch; weiters sollte es ständige Übung sein, die betroffenen Unternehmen vor dem Besuch über die allgemeine Art der zu überprüfenden Informationen und über weitere noch notwendigerweise zu beschaffende Informationen zu beraten; dies soll jedoch Ersuchen an Ort und Stelle um weitere im Lichte der erhaltenen Informationen zur Verfügung zu stellende Einzelheiten nicht ausschließen.

8. Erkundigungen oder Fragen seitens der Behörden oder Unternehmen des ausführenden Mitglieds, die für eine an-Ort-und-Stelle Untersuchung wesentlich sind, sollen, wenn immer möglich, vor der Durchführung des Besuchs beantwortet werden.

ANHANG VII
ENTWICKLUNGSLAND-MITGLIEDER GEMÄSS ARTIKEL 27
ABSATZ 2 LIT. A

Die Entwicklungsland-Mitglieder, die gemäß Artikel 27 lit. a nicht den Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 1 lit. a unterliegen, sind:

- a) am wenigsten entwickelte Länder von den Vereinten Nationen als solche bezeichnet, die Mitglieder der WTO sind.

- b) Die folgenden Entwicklungsländer, die Mitglieder der WTO sind, unterliegen den auf andere Entwicklungsland-Mitglieder anwendbaren Bestimmungen gemäß Artikel 27 Absatz 2 lit. b, wenn das Pro-Kopf Bruttonationalprodukt 1000 Dollar pro Jahr erreicht hat: Bolivien, Kamerun, Kongo, Elfenbeinküste, Dominikanische Republik, Ägypten, Ghana, Guatemala, Guyana, Indien, Indonesien, Kenia, Marokko, Nicaragua, Nigeria, Pakistan, Philippinen, Senegal, Sri Lanka und Zimbabwe.

AGREEMENT ON SUBSIDIES AND COUNTERVAILING MEASURES

Members hereby agree as follows:

PART I: GENERAL PROVISIONS*Article 1**Definition of a Subsidy*

1.1 For the purpose of this Agreement, a subsidy shall be deemed to exist if:

(a)(1) there is a financial contribution by a government or any public body within the territory of a Member (referred to in this Agreement as "government"), i.e. where:

- (i) a government practice involves a direct transfer of funds (e.g. grants, loans, and equity infusion), potential direct transfers of funds or liabilities (e.g. loan guarantees);
- (ii) government revenue that is otherwise due is foregone or not collected (e.g. fiscal incentives such as tax credits)¹;
- (iii) a government provides goods or services other than general infrastructure, or purchases goods;
- (iv) a government makes payments to a funding mechanism, or entrusts or directs a private body to carry out one or more of the type of functions illustrated in (i) to (iii) above which would normally be vested in the government and the practice, in no real sense, differs from practices normally followed by governments;

or

(a)(2) there is any form of income or price support in the sense of Article XVI of GATT 1994;

and

(b) a benefit is thereby conferred.

1.2 A subsidy as defined in paragraph 1 shall be subject to the provisions of Part II or shall be subject to the provisions of Part III or V only if such a subsidy is specific in accordance with the provisions of Article 2.

¹In accordance with the provisions of Article XVI of GATT 1994 (Note to Article XVI) and the provisions of Annexes I through III of this Agreement, the exemption of an exported product from duties or taxes borne by the like product when destined for domestic consumption, or the remission of such duties or taxes in amounts not in excess of those which have accrued, shall not be deemed to be a subsidy.

*Article 2**Specificity*

2.1 In order to determine whether a subsidy, as defined in paragraph 1 of Article 1, is specific to an enterprise or industry or group of enterprises or industries (referred to in this Agreement as "certain enterprises") within the jurisdiction of the granting authority, the following principles shall apply:

- (a) Where the granting authority, or the legislation pursuant to which the granting authority operates, explicitly limits access to a subsidy to certain enterprises, such subsidy shall be specific.
- (b) Where the granting authority, or the legislation pursuant to which the granting authority operates, establishes objective criteria or conditions² governing the eligibility for, and the amount of, a subsidy, specificity shall not exist, provided that the eligibility is automatic and that such criteria and conditions are strictly adhered to. The criteria or conditions must be clearly spelled out in law, regulation, or other official document, so as to be capable of verification.
- (c) If, notwithstanding any appearance of non-specificity resulting from the application of the principles laid down in subparagraphs (a) and (b), there are reasons to believe that the subsidy may in fact be specific, other factors may be considered. Such factors are: use of a subsidy programme by a limited number of certain enterprises, predominant use by certain enterprises, the granting of disproportionately large amounts of subsidy to certain enterprises, and the manner in which discretion has been exercised by the granting authority in the decision to grant a subsidy.³ In applying this subparagraph, account shall be taken of the extent of diversification of economic activities within the jurisdiction of the granting authority, as well as of the length of time during which the subsidy programme has been in operation.

2.2 A subsidy which is limited to certain enterprises located within a designated geographical region within the jurisdiction of the granting authority shall be specific. It is understood that the setting or change of generally applicable tax rates by all levels of government entitled to do so shall not be deemed to be a specific subsidy for the purposes of this Agreement.

2.3 Any subsidy falling under the provisions of Article 3 shall be deemed to be specific.

2.4 Any determination of specificity under the provisions of this Article shall be clearly substantiated on the basis of positive evidence.

² Objective criteria or conditions, as used herein, mean criteria or conditions which are neutral, which do not favour certain enterprises over others, and which are economic in nature and horizontal in application, such as number of employees or size of enterprise.

³ In this regard, in particular, information on the frequency with which applications for a subsidy are refused or approved and the reasons for such decisions shall be considered.

PART II: PROHIBITED SUBSIDIES

*Article 3**Prohibition*

3.1 Except as provided in the Agreement on Agriculture, the following subsidies, within the meaning of Article 1, shall be prohibited:

- (a) subsidies contingent, in law or in fact⁴, whether solely or as one of several other conditions, upon export performance, including those illustrated in Annex I⁵;
- (b) subsidies contingent, whether solely or as one of several other conditions, upon the use of domestic over imported goods.

3.2 A Member shall neither grant nor maintain subsidies referred to in paragraph 1.

*Article 4**Remedies*

4.1 Whenever a Member has reason to believe that a prohibited subsidy is being granted or maintained by another Member, such Member may request consultations with such other Member.

4.2 A request for consultations under paragraph 1 shall include a statement of available evidence with regard to the existence and nature of the subsidy in question.

4.3 Upon request for consultations under paragraph 1, the Member believed to be granting or maintaining the subsidy in question shall enter into such consultations as quickly as possible. The purpose of the consultations shall be to clarify the facts of the situation and to arrive at a mutually agreed solution.

4.4 If no mutually agreed solution has been reached within 30 days⁶ of the request for consultations, any Member party to such consultations may refer the matter to the Dispute Settlement Body ("DSB") for the immediate establishment of a panel, unless the DSB decides by consensus not to establish a panel.

4.5 Upon its establishment, the panel may request the assistance of the Permanent Group of Experts⁷ (referred to in this Agreement as the "PGE") with regard to whether the measure in question is a prohibited subsidy. If so requested, the PGE shall immediately review the evidence with regard to the existence and nature of the measure in question and shall provide an opportunity for the Member applying or maintaining the measure to demonstrate that the measure in question is not a prohibited subsidy. The PGE shall report its conclusions to the panel within a time-limit determined by the panel. The PGE's conclusions on the issue of whether or not the measure in question is a prohibited subsidy shall be accepted by the panel without modification.

⁴ This standard is met when the facts demonstrate that the granting of a subsidy, without having been made legally contingent upon export performance, is in fact tied to actual or anticipated exportation or export earnings. The mere fact that a subsidy is granted to enterprises which export shall not for that reason alone be considered to be an export subsidy within the meaning of this provision.

⁵ Measures referred to in Annex I as not constituting export subsidies shall not be prohibited under this or any other provision of this Agreement.

⁶ Any time-periods mentioned in this Article may be extended by mutual agreement.

⁷ As established in Article 24.

4.6 The panel shall submit its final report to the parties to the dispute. The report shall be circulated to all Members within 90 days of the date of the composition and the establishment of the panel's terms of reference.

4.7 If the measure in question is found to be a prohibited subsidy, the panel shall recommend that the subsidizing Member withdraw the subsidy without delay. In this regard, the panel shall specify in its recommendation the time-period within which the measure must be withdrawn.

4.8 Within 30 days of the issuance of the panel's report to all Members, the report shall be adopted by the DSB unless one of the parties to the dispute formally notifies the DSB of its decision to appeal or the DSB decides by consensus not to adopt the report.

4.9 Where a panel report is appealed, the Appellate Body shall issue its decision within 30 days from the date when the party to the dispute formally notifies its intention to appeal. When the Appellate Body considers that it cannot provide its report within 30 days, it shall inform the DSB in writing of the reasons for the delay together with an estimate of the period within which it will submit its report. In no case shall the proceedings exceed 60 days. The appellate report shall be adopted by the DSB and unconditionally accepted by the parties to the dispute unless the DSB decides by consensus not to adopt the appellate report within 20 days following its issuance to the Members.⁸

4.10 In the event the recommendation of the DSB is not followed within the time-period specified by the panel, which shall commence from the date of adoption of the panel's report or the Appellate Body's report, the DSB shall grant authorization to the complaining Member to take appropriate⁹ countermeasures, unless the DSB decides by consensus to reject the request.

4.11 In the event a party to the dispute requests arbitration under paragraph 6 of Article 22 of the Dispute Settlement Understanding ("DSU"), the arbitrator shall determine whether the countermeasures are appropriate.¹⁰

4.12 For purposes of disputes conducted pursuant to this Article, except for time-periods specifically prescribed in this Article, time-periods applicable under the DSU for the conduct of such disputes shall be half the time prescribed therein.

PART III: ACTIONABLE SUBSIDIES

Article 5

Adverse Effects

No Member should cause, through the use of any subsidy referred to in paragraphs 1 and 2 of Article 1, adverse effects to the interests of other Members, i.e.:

- (a) injury to the domestic industry of another Member¹¹;
- (b) nullification or impairment of benefits accruing directly or indirectly to other Members under GATT 1994 in particular the benefits of concessions bound under Article II of GATT 1994¹²;

⁸ If a meeting of the DSB is not scheduled during this period, such a meeting shall be held for this purpose.

⁹ This expression is not meant to allow countermeasures that are disproportionate in light of the fact that the subsidies dealt with under these provisions are prohibited.

¹⁰ This expression is not meant to allow countermeasures that are disproportionate in light of the fact that the subsidies dealt with under these provisions are prohibited.

¹¹ The term "injury to the domestic industry" is used here in the same sense as it is used in Part V.

- (c) serious prejudice to the interests of another Member.¹³

This Article does not apply to subsidies maintained on agricultural products as provided in Article 13 of the Agreement on Agriculture.

Article 6

Serious Prejudice

6.1 Serious prejudice in the sense of paragraph (c) of Article 5 shall be deemed to exist in the case of:

- (a) the total ad valorem subsidization¹⁴ of a product exceeding 5 per cent¹⁵;
- (b) subsidies to cover operating losses sustained by an industry;
- (c) subsidies to cover operating losses sustained by an enterprise, other than one-time measures which are non-recurrent and cannot be repeated for that enterprise and which are given merely to provide time for the development of long-term solutions and to avoid acute social problems;
- (d) direct forgiveness of debt, i.e. forgiveness of government-held debt, and grants to cover debt repayment.¹⁶

6.2 Notwithstanding the provisions of paragraph 1, serious prejudice shall not be found if the subsidizing Member demonstrates that the subsidy in question has not resulted in any of the effects enumerated in paragraph 3.

6.3 Serious prejudice in the sense of paragraph (c) of Article 5 may arise in any case where one or several of the following apply:

- (a) the effect of the subsidy is to displace or impede the imports of a like product of another Member into the market of the subsidizing Member;
- (b) the effect of the subsidy is to displace or impede the exports of a like product of another Member from a third country market;
- (c) the effect of the subsidy is a significant price undercutting by the subsidized product as compared with the price of a like product of another Member in the same market or significant price suppression, price depression or lost sales in the same market;
- (d) the effect of the subsidy is an increase in the world market share of the subsidizing Member in a particular subsidized primary product or commodity¹⁷ as compared to the

¹² The term "nullification or impairment" is used in this Agreement in the same sense as it is used in the relevant provisions of GATT 1994, and the existence of such nullification or impairment shall be established in accordance with the practice of application of these provisions.

¹³ The term "serious prejudice to the interests of another Member" is used in this Agreement in the same sense as it is used in paragraph 1 of Article XVI of GATT 1994, and includes threat of serious prejudice.

¹⁴ The total ad valorem subsidization shall be calculated in accordance with the provisions of Annex IV.

¹⁵ Since it is anticipated that civil aircraft will be subject to specific multilateral rules, the threshold in this subparagraph does not apply to civil aircraft.

¹⁶ Members recognize that where royalty-based financing for a civil aircraft programme is not being fully repaid due to the level of actual sales falling below the level of forecast sales, this does not in itself constitute serious prejudice for the purposes of this subparagraph.

¹⁷ Unless other multilaterally agreed specific rules apply to the trade in the product or commodity in question.

average share it had during the previous period of three years and this increase follows a consistent trend over a period when subsidies have been granted.

6.4 For the purpose of paragraph 3(b), the displacement or impeding of exports shall include any case in which, subject to the provisions of paragraph 7, it has been demonstrated that there has been a change in relative shares of the market to the disadvantage of the non-subsidized like product (over an appropriately representative period sufficient to demonstrate clear trends in the development of the market for the product concerned, which, in normal circumstances, shall be at least one year). "Change in relative shares of the market" shall include any of the following situations: (a) there is an increase in the market share of the subsidized product; (b) the market share of the subsidized product remains constant in circumstances in which, in the absence of the subsidy, it would have declined; (c) the market share of the subsidized product declines, but at a slower rate than would have been the case in the absence of the subsidy.

6.5 For the purpose of paragraph 3(c), price undercutting shall include any case in which such price undercutting has been demonstrated through a comparison of prices of the subsidized product with prices of a non-subsidized like product supplied to the same market. The comparison shall be made at the same level of trade and at comparable times, due account being taken of any other factor affecting price comparability. However, if such a direct comparison is not possible, the existence of price undercutting may be demonstrated on the basis of export unit values.

6.6 Each Member in the market of which serious prejudice is alleged to have arisen shall, subject to the provisions of paragraph 3 of Annex V, make available to the parties to a dispute arising under Article 7, and to the panel established pursuant to paragraph 4 of Article 7, all relevant information that can be obtained as to the changes in market shares of the parties to the dispute as well as concerning prices of the products involved.

6.7 Displacement or impediment resulting in serious prejudice shall not arise under paragraph 3 where any of the following circumstances exist¹⁸ during the relevant period:

- (a) prohibition or restriction on exports of the like product from the complaining Member or on imports from the complaining Member into the third country market concerned;
- (b) decision by an importing government operating a monopoly of trade or state trading in the product concerned to shift, for non-commercial reasons, imports from the complaining Member to another country or countries;
- (c) natural disasters, strikes, transport disruptions or other *force majeure* substantially affecting production, qualities, quantities or prices of the product available for export from the complaining Member;
- (d) existence of arrangements limiting exports from the complaining Member;
- (e) voluntary decrease in the availability for export of the product concerned from the complaining Member (including, *inter alia*, a situation where firms in the complaining Member have been autonomously reallocating exports of this product to new markets);
- (f) failure to conform to standards and other regulatory requirements in the importing country.

¹⁸ The fact that certain circumstances are referred to in this paragraph does not, in itself, confer upon them any legal status in terms of either GATT 1994 or this Agreement. These circumstances must not be isolated, sporadic or otherwise insignificant.

6.8 In the absence of circumstances referred to in paragraph 7, the existence of serious prejudice should be determined on the basis of the information submitted to or obtained by the panel, including information submitted in accordance with the provisions of Annex V.

6.9 This Article does not apply to subsidies maintained on agricultural products as provided in Article 13 of the Agreement on Agriculture.

Article 7

Remedies

7.1 Except as provided in Article 13 of the Agreement on Agriculture, whenever a Member has reason to believe that any subsidy referred to in Article 1, granted or maintained by another Member, results in injury to its domestic industry, nullification or impairment or serious prejudice, such Member may request consultations with such other Member.

7.2 A request for consultations under paragraph 1 shall include a statement of available evidence with regard to (a) the existence and nature of the subsidy in question, and (b) the injury caused to the domestic industry, or the nullification or impairment, or serious prejudice¹⁹ caused to the interests of the Member requesting consultations.

7.3 Upon request for consultations under paragraph 1, the Member believed to be granting or maintaining the subsidy practice in question shall enter into such consultations as quickly as possible. The purpose of the consultations shall be to clarify the facts of the situation and to arrive at a mutually agreed solution.

7.4 If consultations do not result in a mutually agreed solution within 60 days²⁰, any Member party to such consultations may refer the matter to the DSB for the establishment of a panel, unless the DSB decides by consensus not to establish a panel. The composition of the panel and its terms of reference shall be established within 15 days from the date when it is established.

7.5 The panel shall review the matter and shall submit its final report to the parties to the dispute. The report shall be circulated to all Members within 120 days of the date of the composition and establishment of the panel's terms of reference.

7.6 Within 30 days of the issuance of the panel's report to all Members, the report shall be adopted by the DSB²¹ unless one of the parties to the dispute formally notifies the DSB of its decision to appeal or the DSB decides by consensus not to adopt the report.

7.7 Where a panel report is appealed, the Appellate Body shall issue its decision within 60 days from the date when the party to the dispute formally notifies its intention to appeal. When the Appellate Body considers that it cannot provide its report within 60 days, it shall inform the DSB in writing of the reasons for the delay together with an estimate of the period within which it will submit its report. In no case shall the proceedings exceed 90 days. The appellate report shall be adopted by the DSB and unconditionally accepted by the parties to the dispute unless the DSB decides by consensus not to adopt the appellate report within 20 days following its issuance to the Members.²²

¹⁹ In the event that the request relates to a subsidy deemed to result in serious prejudice in terms of paragraph 1 of Article 6, the available evidence of serious prejudice may be limited to the available evidence as to whether the conditions of paragraph 1 of Article 6 have been met or not.

²⁰ Any time-periods mentioned in this Article may be extended by mutual agreement.

²¹ If a meeting of the DSB is not scheduled during this period, such a meeting shall be held for this purpose.

²² If a meeting of the DSB is not scheduled during this period, such a meeting shall be held for this purpose.

7.8 Where a panel report or an Appellate Body report is adopted in which it is determined that any subsidy has resulted in adverse effects to the interests of another Member within the meaning of Article 5, the Member granting or maintaining such subsidy shall take appropriate steps to remove the adverse effects or shall withdraw the subsidy.

7.9 In the event the Member has not taken appropriate steps to remove the adverse effects of the subsidy or withdraw the subsidy within six months from the date when the DSB adopts the panel report or the Appellate Body report, and in the absence of agreement on compensation, the DSB shall grant authorization to the complaining Member to take countermeasures, commensurate with the degree and nature of the adverse effects determined to exist, unless the DSB decides by consensus to reject the request.

7.10 In the event that a party to the dispute requests arbitration under paragraph 6 of Article 22 of the DSU, the arbitrator shall determine whether the countermeasures are commensurate with the degree and nature of the adverse effects determined to exist.

PART IV: NON-ACTIONABLE SUBSIDIES

Article 8

Identification of Non-Actionable Subsidies

8.1 The following subsidies shall be considered as non-actionable²³:

- (a) subsidies which are not specific within the meaning of Article 2;
- (b) subsidies which are specific within the meaning of Article 2 but which meet all of the conditions provided for in paragraphs 2(a), 2(b) or 2(c) below.

8.2 Notwithstanding the provisions of Parts III and V, the following subsidies shall be non-actionable:

- (a) assistance for research activities conducted by firms or by higher education or research establishments on a contract basis with firms if:^{24, 25, 26}

the assistance covers²⁷ not more than 75 per cent of the costs of industrial research²⁸ or 50 per cent of the costs of pre-competitive development activity^{29, 30};

²³ It is recognized that government assistance for various purposes is widely provided by Members and that the mere fact that such assistance may not qualify for non-actionable treatment under the provisions of this Article does not in itself restrict the ability of Members to provide such assistance.

²⁴ Since it is anticipated that civil aircraft will be subject to specific multilateral rules, the provisions of this subparagraph do not apply to that product.

²⁵ Not later than 18 months after the date of entry into force of the WTO Agreement, the Committee on Subsidies and Countervailing Measures provided for in Article 24 (referred to in this Agreement as "the Committee") shall review the operation of the provisions of subparagraph 2(a) with a view to making all necessary modifications to improve the operation of these provisions. In its consideration of possible modifications, the Committee shall carefully review the definitions of the categories set forth in this subparagraph in the light of the experience of Members in the operation of research programmes and the work in other relevant international institutions.

²⁶ The provisions of this Agreement do not apply to fundamental research activities independently conducted by higher education or research establishments. The term "fundamental research" means an enlargement of general scientific and technical knowledge not linked to industrial or commercial objectives.

²⁷ The allowable levels of non-actionable assistance referred to in this subparagraph shall be established by reference to the total eligible costs incurred over the duration of an individual project.

²⁸ The term "industrial research" means planned search or critical investigation aimed at discovery of new knowledge, with the objective that such knowledge may be useful in developing new products, processes or services, or in bringing about a significant improvement to existing products, processes or services.

²⁹ The term "pre-competitive development activity" means the translation of industrial research findings into a plan, blueprint or design for new, modified or improved products, processes or services whether intended for sale or use, including the creation of a first prototype which would not be

and provided that such assistance is limited exclusively to:

- (i) costs of personnel (researchers, technicians and other supporting staff employed exclusively in the research activity);
 - (ii) costs of instruments, equipment, land and buildings used exclusively and permanently (except when disposed of on a commercial basis) for the research activity;
 - (iii) costs of consultancy and equivalent services used exclusively for the research activity, including bought-in research, technical knowledge, patents, etc.;
 - (iv) additional overhead costs incurred directly as a result of the research activity;
 - (v) other running costs (such as those of materials, supplies and the like), incurred directly as a result of the research activity.
- (b) assistance to disadvantaged regions within the territory of a Member given pursuant to a general framework of regional development³¹ and non-specific (within the meaning of Article 2) within eligible regions provided that:
- (i) each disadvantaged region must be a clearly designated contiguous geographical area with a definable economic and administrative identity;
 - (ii) the region is considered as disadvantaged on the basis of neutral and objective criteria³², indicating that the region's difficulties arise out of more than temporary circumstances; such criteria must be clearly spelled out in law, regulation, or other official document, so as to be capable of verification;
 - (iii) the criteria shall include a measurement of economic development which shall be based on at least one of the following factors:
 - one of either income per capita or household income per capita, or GDP per capita, which must not be above 85 per cent of the average for the territory concerned;
 - unemployment rate, which must be at least 110 per cent of the average for the territory concerned;
- as measured over a three-year period; such measurement, however, may be a composite one and may include other factors.

capable of commercial use. It may further include the conceptual formulation and design of products, processes or services alternatives and initial demonstration or pilot projects, provided that these same projects cannot be converted or used for industrial application or commercial exploitation. It does not include routine or periodic alterations to existing products, production lines, manufacturing processes, services, and other on-going operations even though those alterations may represent improvements.

³⁰ In the case of programmes which span industrial research and pre-competitive development activity, the allowable level of non-actionable assistance shall not exceed the simple average of the allowable levels of non-actionable assistance applicable to the above two categories, calculated on the basis of all eligible costs as set forth in items (i) to (v) of this subparagraph.

³¹ A "general framework of regional development" means that regional subsidy programmes are part of an internally consistent and generally applicable regional development policy and that regional development subsidies are not granted in isolated geographical points having no, or virtually no, influence on the development of a region.

³² "Neutral and objective criteria" means criteria which do not favour certain regions beyond what is appropriate for the elimination or reduction of regional disparities within the framework of the regional development policy. In this regard, regional subsidy programmes shall include ceilings on the amount of assistance which can be granted to each subsidized project. Such ceilings must be differentiated according to the different levels of development of assisted regions and must be expressed in terms of investment costs or cost of job creation. Within such ceilings, the distribution of assistance shall be sufficiently broad and even to avoid the predominant use of a subsidy by, or the granting of disproportionately large amounts of subsidy to, certain enterprises as provided for in Article 2.

- (c) assistance to promote adaptation of existing facilities³³ to new environmental requirements imposed by law and/or regulations which result in greater constraints and financial burden on firms, provided that the assistance:
- (i) is a one-time non-recurring measure; and
 - (ii) is limited to 20 per cent of the cost of adaptation; and
 - (iii) does not cover the cost of replacing and operating the assisted investment, which must be fully borne by firms; and
 - (iv) is directly linked to and proportionate to a firm's planned reduction of nuisances and pollution, and does not cover any manufacturing cost savings which may be achieved; and
 - (v) is available to all firms which can adopt the new equipment and/or production processes.

8.3 A subsidy programme for which the provisions of paragraph 2 are invoked shall be notified in advance of its implementation to the Committee in accordance with the provisions of Part VII. Any such notification shall be sufficiently precise to enable other Members to evaluate the consistency of the programme with the conditions and criteria provided for in the relevant provisions of paragraph 2. Members shall also provide the Committee with yearly updates of such notifications, in particular by supplying information on global expenditure for each programme, and on any modification of the programme. Other Members shall have the right to request information about individual cases of subsidization under a notified programme.³⁴

8.4 Upon request of a Member, the Secretariat shall review a notification made pursuant to paragraph 3 and, where necessary, may require additional information from the subsidizing Member concerning the notified programme under review. The Secretariat shall report its findings to the Committee. The Committee shall, upon request, promptly review the findings of the Secretariat (or, if a review by the Secretariat has not been requested, the notification itself), with a view to determining whether the conditions and criteria laid down in paragraph 2 have not been met. The procedure provided for in this paragraph shall be completed at the latest at the first regular meeting of the Committee following the notification of a subsidy programme, provided that at least two months have elapsed between such notification and the regular meeting of the Committee. The review procedure described in this paragraph shall also apply, upon request, to substantial modifications of a programme notified in the yearly updates referred to in paragraph 3.

8.5 Upon the request of a Member, the determination by the Committee referred to in paragraph 4, or a failure by the Committee to make such a determination, as well as the violation, in individual cases, of the conditions set out in a notified programme, shall be submitted to binding arbitration. The arbitration body shall present its conclusions to the Members within 120 days from the date when the matter was referred to the arbitration body. Except as otherwise provided in this paragraph, the DSU shall apply to arbitrations conducted under this paragraph.

³³ The term "existing facilities" means facilities which have been in operation for at least two years at the time when new environmental requirements are imposed.

³⁴ It is recognized that nothing in this notification provision requires the provision of confidential information, including confidential business information.

*Article 9**Consultations and Authorized Remedies*

9.1 If, in the course of implementation of a programme referred to in paragraph 2 of Article 8, notwithstanding the fact that the programme is consistent with the criteria laid down in that paragraph, a Member has reasons to believe that this programme has resulted in serious adverse effects to the domestic industry of that Member, such as to cause damage which would be difficult to repair, such Member may request consultations with the Member granting or maintaining the subsidy.

9.2 Upon request for consultations under paragraph 1, the Member granting or maintaining the subsidy programme in question shall enter into such consultations as quickly as possible. The purpose of the consultations shall be to clarify the facts of the situation and to arrive at a mutually acceptable solution.

9.3 If no mutually acceptable solution has been reached in consultations under paragraph 2 within 60 days of the request for such consultations, the requesting Member may refer the matter to the Committee.

9.4 Where a matter is referred to the Committee, the Committee shall immediately review the facts involved and the evidence of the effects referred to in paragraph 1. If the Committee determines that such effects exist, it may recommend to the subsidizing Member to modify this programme in such a way as to remove these effects. The Committee shall present its conclusions within 120 days from the date when the matter is referred to it under paragraph 3. In the event the recommendation is not followed within six months, the Committee shall authorize the requesting Member to take appropriate countermeasures commensurate with the nature and degree of the effects determined to exist.

PART V: COUNTERVAILING MEASURES

*Article 10**Application of Article VI of GATT 1994³⁵*

Members shall take all necessary steps to ensure that the imposition of a countervailing duty³⁶ on any product of the territory of any Member imported into the territory of another Member is in accordance with the provisions of Article VI of GATT 1994 and the terms of this Agreement. Countervailing duties may only be imposed pursuant to investigations initiated³⁷ and conducted in accordance with the provisions of this Agreement and the Agreement on Agriculture.

³⁵ The provisions of Part II or III may be invoked in parallel with the provisions of Part V; however, with regard to the effects of a particular subsidy in the domestic market of the importing Member, only one form of relief (either a countervailing duty, if the requirements of Part V are met, or a countermeasure under Articles 4 or 7) shall be available. The provisions of Parts III and V shall not be invoked regarding measures considered non-actionable in accordance with the provisions of Part IV. However, measures referred to in paragraph 1(a) of Article 8 may be investigated in order to determine whether or not they are specific within the meaning of Article 2. In addition, in the case of a subsidy referred to in paragraph 2 of Article 8 conferred pursuant to a programme which has not been notified in accordance with paragraph 3 of Article 8, the provisions of Part III or V may be invoked, but such subsidy shall be treated as non-actionable if it is found to conform to the standards set forth in paragraph 2 of Article 8.

³⁶ The term "countervailing duty" shall be understood to mean a special duty levied for the purpose of offsetting any subsidy bestowed directly or indirectly upon the manufacture, production or export of any merchandise, as provided for in paragraph 3 of Article VI of GATT 1994.

³⁷ The term "initiated" as used hereinafter means procedural action by which a Member formally commences an investigation as provided in Article 11.

*Article 11**Initiation and Subsequent Investigation*

11.1 Except as provided in paragraph 6, an investigation to determine the existence, degree and effect of any alleged subsidy shall be initiated upon a written application by or on behalf of the domestic industry.

11.2 An application under paragraph 1 shall include sufficient evidence of the existence of (a) a subsidy and, if possible, its amount, (b) injury within the meaning of Article VI of GATT 1994 as interpreted by this Agreement, and (c) a causal link between the subsidized imports and the alleged injury. Simple assertion, unsubstantiated by relevant evidence, cannot be considered sufficient to meet the requirements of this paragraph. The application shall contain such information as is reasonably available to the applicant on the following:

- (i) the identity of the applicant and a description of the volume and value of the domestic production of the like product by the applicant. Where a written application is made on behalf of the domestic industry, the application shall identify the industry on behalf of which the application is made by a list of all known domestic producers of the like product (or associations of domestic producers of the like product) and, to the extent possible, a description of the volume and value of domestic production of the like product accounted for by such producers;
- (ii) a complete description of the allegedly subsidized product, the names of the country or countries of origin or export in question, the identity of each known exporter or foreign producer and a list of known persons importing the product in question;
- (iii) evidence with regard to the existence, amount and nature of the subsidy in question;
- (iv) evidence that alleged injury to a domestic industry is caused by subsidized imports through the effects of the subsidies; this evidence includes information on the evolution of the volume of the allegedly subsidized imports, the effect of these imports on prices of the like product in the domestic market and the consequent impact of the imports on the domestic industry, as demonstrated by relevant factors and indices having a bearing on the state of the domestic industry, such as those listed in paragraphs 2 and 4 of Article 15.

11.3 The authorities shall review the accuracy and adequacy of the evidence provided in the application to determine whether the evidence is sufficient to justify the initiation of an investigation.

11.4 An investigation shall not be initiated pursuant to paragraph 1 unless the authorities have determined, on the basis of an examination of the degree of support for, or opposition to, the application expressed³⁸ by domestic producers of the like product, that the application has been made by or on behalf of the domestic industry.³⁹ The application shall be considered to have been made "by or on behalf of the domestic industry" if it is supported by those domestic producers whose collective output constitutes more than 50 per cent of the total production of the like product produced by that portion of the domestic industry expressing either support for or opposition to the application. However, no investigation shall be initiated when domestic producers expressly supporting the

³⁸ In the case of fragmented industries involving an exceptionally large number of producers, authorities may determine support and opposition by using statistically valid sampling techniques.

³⁹ Members are aware that in the territory of certain Members employees of domestic producers of the like product or representatives of those employees may make or support an application for an investigation under paragraph 1.

application account for less than 25 per cent of total production of the like product produced by the domestic industry.

11.5 The authorities shall avoid, unless a decision has been made to initiate an investigation, any publicizing of the application for the initiation of an investigation.

11.6 If, in special circumstances, the authorities concerned decide to initiate an investigation without having received a written application by or on behalf of a domestic industry for the initiation of such investigation, they shall proceed only if they have sufficient evidence of the existence of a subsidy, injury and causal link, as described in paragraph 2, to justify the initiation of an investigation.

11.7 The evidence of both subsidy and injury shall be considered simultaneously (a) in the decision whether or not to initiate an investigation and (b) thereafter, during the course of the investigation, starting on a date not later than the earliest date on which in accordance with the provisions of this Agreement provisional measures may be applied.

11.8 In cases where products are not imported directly from the country of origin but are exported to the importing Member from an intermediate country, the provisions of this Agreement shall be fully applicable and the transaction or transactions shall, for the purposes of this Agreement, be regarded as having taken place between the country of origin and the importing Member.

11.9 An application under paragraph 1 shall be rejected and an investigation shall be terminated promptly as soon as the authorities concerned are satisfied that there is not sufficient evidence of either subsidization or of injury to justify proceeding with the case. There shall be immediate termination in cases where the amount of a subsidy is *de minimis*, or where the volume of subsidized imports, actual or potential, or the injury, is negligible. For the purpose of this paragraph, the amount of the subsidy shall be considered to be *de minimis* if the subsidy is less than 1 per cent ad valorem.

11.10 An investigation shall not hinder the procedures of customs clearance.

11.11 Investigations shall, except in special circumstances, be concluded within one year, and in no case more than 18 months, after their initiation.

Article 12

Evidence

12.1 Interested Members and all interested parties in a countervailing duty investigation shall be given notice of the information which the authorities require and ample opportunity to present in writing all evidence which they consider relevant in respect of the investigation in question.

12.1.1 Exporters, foreign producers or interested Members receiving questionnaires used in a countervailing duty investigation shall be given at least 30 days for reply.⁴⁰ Due consideration should be given to any request for an extension of the 30-day period and, upon cause shown, such an extension should be granted whenever practicable.

12.1.2 Subject to the requirement to protect confidential information, evidence presented in writing by one interested Member or interested party shall be made available promptly to other interested Members or interested parties participating in the investigation.

⁴⁰ As a general rule, the time-limit for exporters shall be counted from the date of receipt of the questionnaire, which for this purpose shall be deemed to have been received one week from the date on which it was sent to the respondent or transmitted to the appropriate diplomatic representatives of the exporting Member or, in the case of a separate customs territory Member of the WTO, an official representative of the exporting territory.

12.1.3 As soon as an investigation has been initiated, the authorities shall provide the full text of the written application received under paragraph 1 of Article 11 to the known exporters⁴¹ and to the authorities of the exporting Member and shall make it available, upon request, to other interested parties involved. Due regard shall be paid to the protection of confidential information, as provided for in paragraph 4.

12.2. Interested Members and interested parties also shall have the right, upon justification, to present information orally. Where such information is provided orally, the interested Members and interested parties subsequently shall be required to reduce such submissions to writing. Any decision of the investigating authorities can only be based on such information and arguments as were on the written record of this authority and which were available to interested Members and interested parties participating in the investigation, due account having been given to the need to protect confidential information.

12.3 The authorities shall whenever practicable provide timely opportunities for all interested Members and interested parties to see all information that is relevant to the presentation of their cases, that is not confidential as defined in paragraph 4, and that is used by the authorities in a countervailing duty investigation, and to prepare presentations on the basis of this information.

12.4 Any information which is by nature confidential (for example, because its disclosure would be of significant competitive advantage to a competitor or because its disclosure would have a significantly adverse effect upon a person supplying the information or upon a person from whom the supplier acquired the information), or which is provided on a confidential basis by parties to an investigation shall, upon good cause shown, be treated as such by the authorities. Such information shall not be disclosed without specific permission of the party submitting it.⁴²

12.4.1 The authorities shall require interested Members or interested parties providing confidential information to furnish non-confidential summaries thereof. These summaries shall be in sufficient detail to permit a reasonable understanding of the substance of the information submitted in confidence. In exceptional circumstances, such Members or parties may indicate that such information is not susceptible of summary. In such exceptional circumstances, a statement of the reasons why summarization is not possible must be provided.

12.4.2 If the authorities find that a request for confidentiality is not warranted and if the supplier of the information is either unwilling to make the information public or to authorize its disclosure in generalized or summary form, the authorities may disregard such information unless it can be demonstrated to their satisfaction from appropriate sources that the information is correct.⁴³

12.5 Except in circumstances provided for in paragraph 7, the authorities shall during the course of an investigation satisfy themselves as to the accuracy of the information supplied by interested Members or interested parties upon which their findings are based.

12.6 The investigating authorities may carry out investigations in the territory of other Members as required, provided that they have notified in good time the Member in question and unless that Member objects to the investigation. Further, the investigating authorities may carry out investigations on the premises of a firm and may examine the records of a firm if (a) the firm so agrees and (b) the Member

⁴¹ It being understood that where the number of exporters involved is particularly high, the full text of the application should instead be provided only to the authorities of the exporting Member or to the relevant trade association who then should forward copies to the exporters concerned.

⁴² Members are aware that in the territory of certain Members disclosure pursuant to a narrowly-drawn protective order may be required.

⁴³ Members agree that requests for confidentiality should not be arbitrarily rejected. Members further agree that the investigating authority may request the waiving of confidentiality only regarding information relevant to the proceedings.

in question is notified and does not object. The procedures set forth in Annex VI shall apply to investigations on the premises of a firm. Subject to the requirement to protect confidential information, the authorities shall make the results of any such investigations available, or shall provide disclosure thereof pursuant to paragraph 8, to the firms to which they pertain and may make such results available to the applicants.

12.7 In cases in which any interested Member or interested party refuses access to, or otherwise does not provide, necessary information within a reasonable period or significantly impedes the investigation, preliminary and final determinations, affirmative or negative, may be made on the basis of the facts available.

12.8 The authorities shall, before a final determination is made, inform all interested Members and interested parties of the essential facts under consideration which form the basis for the decision whether to apply definitive measures. Such disclosure should take place in sufficient time for the parties to defend their interests.

12.9 For the purposes of this Agreement, "interested parties" shall include:

- (i) an exporter or foreign producer or the importer of a product subject to investigation, or a trade or business association a majority of the members of which are producers, exporters or importers of such product; and
- (ii) a producer of the like product in the importing Member or a trade and business association a majority of the members of which produce the like product in the territory of the importing Member.

This list shall not preclude Members from allowing domestic or foreign parties other than those mentioned above to be included as interested parties.

12.10 The authorities shall provide opportunities for industrial users of the product under investigation, and for representative consumer organizations in cases where the product is commonly sold at the retail level, to provide information which is relevant to the investigation regarding subsidization, injury and causality.

12.11 The authorities shall take due account of any difficulties experienced by interested parties, in particular small companies, in supplying information requested, and shall provide any assistance practicable.

12.12 The procedures set out above are not intended to prevent the authorities of a Member from proceeding expeditiously with regard to initiating an investigation, reaching preliminary or final determinations, whether affirmative or negative, or from applying provisional or final measures, in accordance with relevant provisions of this Agreement.

Article 13

Consultations

13.1 As soon as possible after an application under Article 11 is accepted, and in any event before the initiation of any investigation, Members the products of which may be subject to such investigation shall be invited for consultations with the aim of clarifying the situation as to the matters referred to in paragraph 2 of Article 11 and arriving at a mutually agreed solution.

13.2 Furthermore, throughout the period of investigation, Members the products of which are the subject of the investigation shall be afforded a reasonable opportunity to continue consultations, with a view to clarifying the factual situation and to arriving at a mutually agreed solution.⁴⁴

13.3 Without prejudice to the obligation to afford reasonable opportunity for consultation, these provisions regarding consultations are not intended to prevent the authorities of a Member from proceeding expeditiously with regard to initiating the investigation, reaching preliminary or final determinations, whether affirmative or negative, or from applying provisional or final measures, in accordance with the provisions of this Agreement.

13.4 The Member which intends to initiate any investigation or is conducting such an investigation shall permit, upon request, the Member or Members the products of which are subject to such investigation access to non-confidential evidence, including the non-confidential summary of confidential data being used for initiating or conducting the investigation.

Article 14

Calculation of the Amount of a Subsidy in Terms of the Benefit to the Recipient

For the purpose of Part V, any method used by the investigating authority to calculate the benefit to the recipient conferred pursuant to paragraph 1 of Article 1 shall be provided for in the national legislation or implementing regulations of the Member concerned and its application to each particular case shall be transparent and adequately explained. Furthermore, any such method shall be consistent with the following guidelines:

- (a) government provision of equity capital shall not be considered as conferring a benefit, unless the investment decision can be regarded as inconsistent with the usual investment practice (including for the provision of risk capital) of private investors in the territory of that Member;
- (b) a loan by a government shall not be considered as conferring a benefit, unless there is a difference between the amount that the firm receiving the loan pays on the government loan and the amount the firm would pay on a comparable commercial loan which the firm could actually obtain on the market. In this case the benefit shall be the difference between these two amounts;
- (c) a loan guarantee by a government shall not be considered as conferring a benefit, unless there is a difference between the amount that the firm receiving the guarantee pays on a loan guaranteed by the government and the amount that the firm would pay on a comparable commercial loan absent the government guarantee. In this case the benefit shall be the difference between these two amounts adjusted for any differences in fees;
- (d) the provision of goods or services or purchase of goods by a government shall not be considered as conferring a benefit unless the provision is made for less than adequate remuneration, or the purchase is made for more than adequate remuneration. The adequacy of remuneration shall be determined in relation to prevailing market conditions for the good or service in question in the country of provision or purchase

⁴⁴ It is particularly important, in accordance with the provisions of this paragraph, that no affirmative determination whether preliminary or final be made without reasonable opportunity for consultations having been given. Such consultations may establish the basis for proceeding under the provisions of Part II, III or X.

(including price, quality, availability, marketability, transportation and other conditions of purchase or sale).

Article 15

*Determination of Injury*⁴⁵

15.1 A determination of injury for purposes of Article VI of GATT 1994 shall be based on positive evidence and involve an objective examination of both (a) the volume of the subsidized imports and the effect of the subsidized imports on prices in the domestic market for like products⁴⁶ and (b) the consequent impact of these imports on the domestic producers of such products.

15.2 With regard to the volume of the subsidized imports, the investigating authorities shall consider whether there has been a significant increase in subsidized imports, either in absolute terms or relative to production or consumption in the importing Member. With regard to the effect of the subsidized imports on prices, the investigating authorities shall consider whether there has been a significant price undercutting by the subsidized imports as compared with the price of a like product of the importing Member, or whether the effect of such imports is otherwise to depress prices to a significant degree or to prevent price increases, which otherwise would have occurred, to a significant degree. No one or several of these factors can necessarily give decisive guidance.

15.3 Where imports of a product from more than one country are simultaneously subject to countervailing duty investigations, the investigating authorities may cumulatively assess the effects of such imports only if they determine that (a) the amount of subsidization established in relation to the imports from each country is more than *de minimis* as defined in paragraph 9 of Article 11 and the volume of imports from each country is not negligible and (b) a cumulative assessment of the effects of the imports is appropriate in light of the conditions of competition between the imported products and the conditions of competition between the imported products and the like domestic product.

15.4 The examination of the impact of the subsidized imports on the domestic industry shall include an evaluation of all relevant economic factors and indices having a bearing on the state of the industry, including actual and potential decline in output, sales, market share, profits, productivity, return on investments, or utilization of capacity; factors affecting domestic prices; actual and potential negative effects on cash flow, inventories, employment, wages, growth, ability to raise capital or investments and, in the case of agriculture, whether there has been an increased burden on government support programmes. This list is not exhaustive, nor can one or several of these factors necessarily give decisive guidance.

15.5 It must be demonstrated that the subsidized imports are, through the effects⁴⁷ of subsidies, causing injury within the meaning of this Agreement. The demonstration of a causal relationship between the subsidized imports and the injury to the domestic industry shall be based on an examination of all relevant evidence before the authorities. The authorities shall also examine any known factors other than the subsidized imports which at the same time are injuring the domestic industry, and the injuries caused by these other factors must not be attributed to the subsidized imports.

Factors which may be relevant in this respect include, *inter alia*, the volumes and prices of non-subsidized imports of the product in question, contraction in demand or changes in the patterns of

⁴⁵ Under this Agreement the term "injury" shall, unless otherwise specified, be taken to mean material injury to a domestic industry, threat of material injury to a domestic industry or material retardation of the establishment of such an industry and shall be interpreted in accordance with the provisions of this Article.

⁴⁶ Throughout this Agreement the term "like product" ("produit similaire") shall be interpreted to mean a product which is identical, i.e. alike in all respects to the product under consideration, or in the absence of such a product, another product which, although not alike in all respects, has characteristics closely resembling those of the product under consideration.

⁴⁷ As set forth in paragraphs 2 and 4.

consumption, trade restrictive practices of and competition between the foreign and domestic producers, developments in technology and the export performance and productivity of the domestic industry.

15.6 The effect of the subsidized imports shall be assessed in relation to the domestic production of the like product when available data permit the separate identification of that production on the basis of such criteria as the production process, producers' sales and profits. If such separate identification of that production is not possible, the effects of the subsidized imports shall be assessed by the examination of the production of the narrowest group or range of products, which includes the like product, for which the necessary information can be provided.

15.7 A determination of a threat of material injury shall be based on facts and not merely on allegation, conjecture or remote possibility. The change in circumstances which would create a situation in which the subsidy would cause injury must be clearly foreseen and imminent. In making a determination regarding the existence of a threat of material injury, the investigating authorities should consider, *inter alia*, such factors as:

- (i) nature of the subsidy or subsidies in question and the trade effects likely to arise therefrom;
- (ii) a significant rate of increase of subsidized imports into the domestic market indicating the likelihood of substantially increased importation;
- (iii) sufficient freely disposable, or an imminent, substantial increase in, capacity of the exporter indicating the likelihood of substantially increased subsidized exports to the importing Member's market, taking into account the availability of other export markets to absorb any additional exports;
- (iv) whether imports are entering at prices that will have a significant depressing or suppressing effect on domestic prices, and would likely increase demand for further imports; and
- (v) inventories of the product being investigated.

No one of these factors by itself can necessarily give decisive guidance but the totality of the factors considered must lead to the conclusion that further subsidized exports are imminent and that, unless protective action is taken, material injury would occur.

15.8 With respect to cases where injury is threatened by subsidized imports, the application of countervailing measures shall be considered and decided with special care.

*Article 16**Definition of Domestic Industry*

16.1 For the purposes of this Agreement, the term "domestic industry" shall, except as provided in paragraph 2, be interpreted as referring to the domestic producers as a whole of the like products or to those of them whose collective output of the products constitutes a major proportion of the total domestic production of those products, except that when producers are related⁴⁸ to the exporters or importers or are themselves importers of the allegedly subsidized product or a like product from other countries, the term "domestic industry" may be interpreted as referring to the rest of the producers.

16.2 In exceptional circumstances, the territory of a Member may, for the production in question, be divided into two or more competitive markets and the producers within each market may be regarded as a separate industry if (a) the producers within such market sell all or almost all of their production of the product in question in that market, and (b) the demand in that market is not to any substantial degree supplied by producers of the product in question located elsewhere in the territory. In such circumstances, injury may be found to exist even where a major portion of the total domestic industry is not injured, provided there is a concentration of subsidized imports into such an isolated market and provided further that the subsidized imports are causing injury to the producers of all or almost all of the production within such market.

16.3 When the domestic industry has been interpreted as referring to the producers in a certain area, i.e. a market as defined in paragraph 2, countervailing duties shall be levied only on the products in question consigned for final consumption to that area. When the constitutional law of the importing Member does not permit the levying of countervailing duties on such a basis, the importing Member may levy the countervailing duties without limitation only if (a) the exporters shall have been given an opportunity to cease exporting at subsidized prices to the area concerned or otherwise give assurances pursuant to Article 18, and adequate assurances in this regard have not been promptly given, and (b) such duties cannot be levied only on products of specific producers which supply the area in question.

16.4 Where two or more countries have reached under the provisions of paragraph 8(a) of Article XXIV of GATT 1994 such a level of integration that they have the characteristics of a single, unified market, the industry in the entire area of integration shall be taken to be the domestic industry referred to in paragraphs 1 and 2.

16.5 The provisions of paragraph 6 of Article 15 shall be applicable to this Article.

*Article 17**Provisional Measures*

17.1 Provisional measures may be applied only if:

- (a) an investigation has been initiated in accordance with the provisions of Article 11, a public notice has been given to that effect and interested Members and interested parties have been given adequate opportunities to submit information and make comments;

⁴⁸ For the purpose of this paragraph, producers shall be deemed to be related to exporters or importers only if (a) one of them directly or indirectly controls the other, or (b) both of them are directly or indirectly controlled by a third person, or (c) together they directly or indirectly control a third person, provided that there are grounds for believing or suspecting that the effect of the relationship is such as to cause the producer concerned to behave differently from non-related producers. For the purpose of this paragraph, one shall be deemed to control another when the former is legally or operationally in a position to exercise restraint or direction over the latter.

- (b) a preliminary affirmative determination has been made that a subsidy exists and that there is injury to a domestic industry caused by subsidized imports; and
- (c) the authorities concerned judge such measures necessary to prevent injury being caused during the investigation.

17.2 Provisional measures may take the form of provisional countervailing duties guaranteed by cash deposits or bonds equal to the amount of the provisionally calculated amount of subsidization.

17.3 Provisional measures shall not be applied sooner than 60 days from the date of initiation of the investigation.

17.4 The application of provisional measures shall be limited to as short a period as possible, not exceeding four months.

17.5 The relevant provisions of Article 19 shall be followed in the application of provisional measures.

Article 18

Undertakings

18.1 Proceedings may⁴⁹ be suspended or terminated without the imposition of provisional measures or countervailing duties upon receipt of satisfactory voluntary undertakings under which:

- (a) the government of the exporting Member agrees to eliminate or limit the subsidy or take other measures concerning its effects; or
- (b) the exporter agrees to revise its prices so that the investigating authorities are satisfied that the injurious effect of the subsidy is eliminated. Price increases under such undertakings shall not be higher than necessary to eliminate the amount of the subsidy. It is desirable that the price increases be less than the amount of the subsidy if such increases would be adequate to remove the injury to the domestic industry.

18.2 Undertakings shall not be sought or accepted unless the authorities of the importing Member have made a preliminary affirmative determination of subsidization and injury caused by such subsidization and, in case of undertakings from exporters, have obtained the consent of the exporting Member.

18.3 Undertakings offered need not be accepted if the authorities of the importing Member consider their acceptance impractical, for example if the number of actual or potential exporters is too great, or for other reasons, including reasons of general policy. Should the case arise and where practicable, the authorities shall provide to the exporter the reasons which have led them to consider acceptance of an undertaking as inappropriate, and shall, to the extent possible, give the exporter an opportunity to make comments thereon.

18.4 If an undertaking is accepted, the investigation of subsidization and injury shall nevertheless be completed if the exporting Member so desires or the importing Member so decides. In such a case, if a negative determination of subsidization or injury is made, the undertaking shall automatically lapse, except in cases where such a determination is due in large part to the existence of an undertaking. In

⁴⁹ The word "may" shall not be interpreted to allow the simultaneous continuation of proceedings with the implementation of undertakings, except as provided in paragraph 4.

such cases, the authorities concerned may require that an undertaking be maintained for a reasonable period consistent with the provisions of this Agreement. In the event that an affirmative determination of subsidization and injury is made, the undertaking shall continue consistent with its terms and the provisions of this Agreement.

18.5 Price undertakings may be suggested by the authorities of the importing Member, but no exporter shall be forced to enter into such undertakings. The fact that governments or exporters do not offer such undertakings, or do not accept an invitation to do so, shall in no way prejudice the consideration of the case. However, the authorities are free to determine that a threat of injury is more likely to be realized if the subsidized imports continue.

18.6 Authorities of an importing Member may require any government or exporter from whom an undertaking has been accepted to provide periodically information relevant to the fulfilment of such an undertaking, and to permit verification of pertinent data. In case of violation of an undertaking, the authorities of the importing Member may take, under this Agreement in conformity with its provisions, expeditious actions which may constitute immediate application of provisional measures using the best information available. In such cases, definitive duties may be levied in accordance with this Agreement on products entered for consumption not more than 90 days before the application of such provisional measures, except that any such retroactive assessment shall not apply to imports entered before the violation of the undertaking.

Article 19

Imposition and Collection of Countervailing Duties

19.1 If, after reasonable efforts have been made to complete consultations, a Member makes a final determination of the existence and amount of the subsidy and that, through the effects of the subsidy, the subsidized imports are causing injury, it may impose a countervailing duty in accordance with the provisions of this Article unless the subsidy or subsidies are withdrawn.

19.2 The decision whether or not to impose a countervailing duty in cases where all requirements for the imposition have been fulfilled, and the decision whether the amount of the countervailing duty to be imposed shall be the full amount of the subsidy or less, are decisions to be made by the authorities of the importing Member. It is desirable that the imposition should be permissive in the territory of all Members, that the duty should be less than the total amount of the subsidy if such lesser duty would be adequate to remove the injury to the domestic industry, and that procedures should be established which would allow the authorities concerned to take due account of representations made by domestic interested parties⁵⁰ whose interests might be adversely affected by the imposition of a countervailing duty.

19.3 When a countervailing duty is imposed in respect of any product, such countervailing duty shall be levied, in the appropriate amounts in each case, on a non-discriminatory basis on imports of such product from all sources found to be subsidized and causing injury, except as to imports from those sources which have renounced any subsidies in question or from which undertakings under the terms of this Agreement have been accepted. Any exporter whose exports are subject to a definitive countervailing duty but who was not actually investigated for reasons other than a refusal to cooperate, shall be entitled to an expedited review in order that the investigating authorities promptly establish an individual countervailing duty rate for that exporter.

⁵⁰ For the purpose of this paragraph, the term "domestic interested parties" shall include consumers and industrial users of the imported product subject to investigation.

19.4 No countervailing duty shall be levied⁵¹ on any imported product in excess of the amount of the subsidy found to exist, calculated in terms of subsidization per unit of the subsidized and exported product.

Article 20

Retroactivity

20.1 Provisional measures and countervailing duties shall only be applied to products which enter for consumption after the time when the decision under paragraph 1 of Article 17 and paragraph 1 of Article 19, respectively, enters into force, subject to the exceptions set out in this Article.

20.2 Where a final determination of injury (but not of a threat thereof or of a material retardation of the establishment of an industry) is made or, in the case of a final determination of a threat of injury, where the effect of the subsidized imports would, in the absence of the provisional measures, have led to a determination of injury, countervailing duties may be levied retroactively for the period for which provisional measures, if any, have been applied.

20.3 If the definitive countervailing duty is higher than the amount guaranteed by the cash deposit or bond, the difference shall not be collected. If the definitive duty is less than the amount guaranteed by the cash deposit or bond, the excess amount shall be reimbursed or the bond released in an expeditious manner.

20.4 Except as provided in paragraph 2, where a determination of threat of injury or material retardation is made (but no injury has yet occurred) a definitive countervailing duty may be imposed only from the date of the determination of threat of injury or material retardation, and any cash deposit made during the period of the application of provisional measures shall be refunded and any bonds released in an expeditious manner.

20.5 Where a final determination is negative, any cash deposit made during the period of the application of provisional measures shall be refunded and any bonds released in an expeditious manner.

20.6 In critical circumstances where for the subsidized product in question the authorities find that injury which is difficult to repair is caused by massive imports in a relatively short period of a product benefiting from subsidies paid or bestowed inconsistently with the provisions of GATT 1994 and of this Agreement and where it is deemed necessary, in order to preclude the recurrence of such injury, to assess countervailing duties retroactively on those imports, the definitive countervailing duties may be assessed on imports which were entered for consumption not more than 90 days prior to the date of application of provisional measures.

⁵¹ As used in this Agreement "levy" shall mean the definitive or final legal assessment or collection of a duty or tax.

*Article 21**Duration and Review of Countervailing Duties and Undertakings*

21.1 A countervailing duty shall remain in force only as long as and to the extent necessary to counteract subsidization which is causing injury.

21.2 The authorities shall review the need for the continued imposition of the duty, where warranted, on their own initiative or, provided that a reasonable period of time has elapsed since the imposition of the definitive countervailing duty, upon request by any interested party which submits positive information substantiating the need for a review. Interested parties shall have the right to request the authorities to examine whether the continued imposition of the duty is necessary to offset subsidization, whether the injury would be likely to continue or recur if the duty were removed or varied, or both. If, as a result of the review under this paragraph, the authorities determine that the countervailing duty is no longer warranted, it shall be terminated immediately.

21.3 Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, any definitive countervailing duty shall be terminated on a date not later than five years from its imposition (or from the date of the most recent review under paragraph 2 if that review has covered both subsidization and injury, or under this paragraph), unless the authorities determine, in a review initiated before that date on their own initiative or upon a duly substantiated request made by or on behalf of the domestic industry within a reasonable period of time prior to that date, that the expiry of the duty would be likely to lead to continuation or recurrence of subsidization and injury.⁵² The duty may remain in force pending the outcome of such a review.

21.4 The provisions of Article 12 regarding evidence and procedure shall apply to any review carried out under this Article. Any such review shall be carried out expeditiously and shall normally be concluded within 12 months of the date of initiation of the review.

21.5 The provisions of this Article shall apply *mutatis mutandis* to undertakings accepted under Article 18.

*Article 22**Public Notice and Explanation of Determinations*

22.1 When the authorities are satisfied that there is sufficient evidence to justify the initiation of an investigation pursuant to Article 11, the Member or Members the products of which are subject to such investigation and other interested parties known to the investigating authorities to have an interest therein shall be notified and a public notice shall be given.

22.2 A public notice of the initiation of an investigation shall contain, or otherwise make available through a separate report⁵³, adequate information on the following:

- (i) the name of the exporting country or countries and the product involved;
- (ii) the date of initiation of the investigation;

⁵² When the amount of the countervailing duty is assessed on a retrospective basis, a finding in the most recent assessment proceeding that no duty is to be levied shall not by itself require the authorities to terminate the definitive duty.

⁵³ Where authorities provide information and explanations under the provisions of this Article in a separate report, they shall ensure that such report is readily available to the public.

- (iii) a description of the subsidy practice or practices to be investigated;
- (iv) a summary of the factors on which the allegation of injury is based;
- (v) the address to which representations by interested Members and interested parties should be directed; and
- (vi) the time-limits allowed to interested Members and interested parties for making their views known.

22.3 Public notice shall be given of any preliminary or final determination, whether affirmative or negative, of any decision to accept an undertaking pursuant to Article 18, of the termination of such an undertaking, and of the termination of a definitive countervailing duty. Each such notice shall set forth, or otherwise make available through a separate report, in sufficient detail the findings and conclusions reached on all issues of fact and law considered material by the investigating authorities. All such notices and reports shall be forwarded to the Member or Members the products of which are subject to such determination or undertaking and to other interested parties known to have an interest therein.

22.4 A public notice of the imposition of provisional measures shall set forth, or otherwise make available through a separate report, sufficiently detailed explanations for the preliminary determinations on the existence of a subsidy and injury and shall refer to the matters of fact and law which have led to arguments being accepted or rejected. Such a notice or report shall, due regard being paid to the requirement for the protection of confidential information, contain in particular:

- (i) the names of the suppliers or, when this is impracticable, the supplying countries involved;
- (ii) a description of the product which is sufficient for customs purposes;
- (iii) the amount of subsidy established and the basis on which the existence of a subsidy has been determined;
- (iv) considerations relevant to the injury determination as set out in Article 15;
- (v) the main reasons leading to the determination.

22.5 A public notice of conclusion or suspension of an investigation in the case of an affirmative determination providing for the imposition of a definitive duty or the acceptance of an undertaking shall contain, or otherwise make available through a separate report, all relevant information on the matters of fact and law and reasons which have led to the imposition of final measures or the acceptance of an undertaking, due regard being paid to the requirement for the protection of confidential information. In particular, the notice or report shall contain the information described in paragraph 4, as well as the reasons for the acceptance or rejection of relevant arguments or claims made by interested Members and by the exporters and importers.

22.6 A public notice of the termination or suspension of an investigation following the acceptance of an undertaking pursuant to Article 18 shall include, or otherwise make available through a separate report, the non-confidential part of this undertaking.

22.7 The provisions of this Article shall apply *mutatis mutandis* to the initiation and completion of reviews pursuant to Article 21 and to decisions under Article 20 to apply duties retroactively.

*Article 23**Judicial Review*

Each Member whose national legislation contains provisions on countervailing duty measures shall maintain judicial, arbitral or administrative tribunals or procedures for the purpose, *inter alia*, of the prompt review of administrative actions relating to final determinations and reviews of determinations within the meaning of Article 21. Such tribunals or procedures shall be independent of the authorities responsible for the determination or review in question, and shall provide all interested parties who participated in the administrative proceeding and are directly and individually affected by the administrative actions with access to review.

PART VI: INSTITUTIONS

*Article 24**Committee on Subsidies and Countervailing Measures
and Subsidiary Bodies*

24.1 There is hereby established a Committee on Subsidies and Countervailing Measures composed of representatives from each of the Members. The Committee shall elect its own Chairman and shall meet not less than twice a year and otherwise as envisaged by relevant provisions of this Agreement at the request of any Member. The Committee shall carry out responsibilities as assigned to it under this Agreement or by the Members and it shall afford Members the opportunity of consulting on any matter relating to the operation of the Agreement or the furtherance of its objectives. The WTO Secretariat shall act as the secretariat to the Committee.

24.2 The Committee may set up subsidiary bodies as appropriate.

24.3 The Committee shall establish a Permanent Group of Experts composed of five independent persons, highly qualified in the fields of subsidies and trade relations. The experts will be elected by the Committee and one of them will be replaced every year. The PGE may be requested to assist a panel, as provided for in paragraph 5 of Article 4. The Committee may also seek an advisory opinion on the existence and nature of any subsidy.

24.4 The PGE may be consulted by any Member and may give advisory opinions on the nature of any subsidy proposed to be introduced or currently maintained by that Member. Such advisory opinions will be confidential and may not be invoked in proceedings under Article 7.

24.5 In carrying out their functions, the Committee and any subsidiary bodies may consult with and seek information from any source they deem appropriate. However, before the Committee or a subsidiary body seeks such information from a source within the jurisdiction of a Member, it shall inform the Member involved.

PART VII: NOTIFICATION AND SURVEILLANCE

*Article 25**Notifications*

25.1 Members agree that, without prejudice to the provisions of paragraph 1 of Article XVI of GATT 1994, their notifications of subsidies shall be submitted not later than 30 June of each year and shall conform to the provisions of paragraphs 2 through 6.

25.2 Members shall notify any subsidy as defined in paragraph 1 of Article 1, which is specific within the meaning of Article 2, granted or maintained within their territories.

25.3 The content of notifications should be sufficiently specific to enable other Members to evaluate the trade effects and to understand the operation of notified subsidy programmes. In this connection, and without prejudice to the contents and form of the questionnaire on subsidies⁵⁴, Members shall ensure that their notifications contain the following information:

- (i) form of a subsidy (i.e. grant, loan, tax concession, etc.);
- (ii) subsidy per unit or, in cases where this is not possible, the total amount or the annual amount budgeted for that subsidy (indicating, if possible, the average subsidy per unit in the previous year);
- (iii) policy objective and/or purpose of a subsidy;
- (iv) duration of a subsidy and/or any other time-limits attached to it;
- (v) statistical data permitting an assessment of the trade effects of a subsidy.

25.4 Where specific points in paragraph 3 have not been addressed in a notification, an explanation shall be provided in the notification itself.

25.5 If subsidies are granted to specific products or sectors, the notifications should be organized by product or sector.

25.6 Members which consider that there are no measures in their territories requiring notification under paragraph 1 of Article XVI of GATT 1994 and this Agreement shall so inform the Secretariat in writing.

25.7 Members recognize that notification of a measure does not prejudice either its legal status under GATT 1994 and this Agreement, the effects under this Agreement, or the nature of the measure itself.

25.8 Any Member may, at any time, make a written request for information on the nature and extent of any subsidy granted or maintained by another Member (including any subsidy referred to in Part IV), or for an explanation of the reasons for which a specific measure has been considered as not subject to the requirement of notification.

25.9 Members so requested shall provide such information as quickly as possible and in a comprehensive manner, and shall be ready, upon request, to provide additional information to the requesting Member. In particular, they shall provide sufficient details to enable the other Member to

⁵⁴The Committee shall establish a Working Party to review the contents and form of the questionnaire as contained in BISD 9S/193-194.

assess their compliance with the terms of this Agreement. Any Member which considers that such information has not been provided may bring the matter to the attention of the Committee.

25.10 Any Member which considers that any measure of another Member having the effects of a subsidy has not been notified in accordance with the provisions of paragraph 1 of Article XVI of GATT 1994 and this Article may bring the matter to the attention of such other Member. If the alleged subsidy is not thereafter notified promptly, such Member may itself bring the alleged subsidy in question to the notice of the Committee.

25.11 Members shall report without delay to the Committee all preliminary or final actions taken with respect to countervailing duties. Such reports shall be available in the Secretariat for inspection by other Members. Members shall also submit, on a semi-annual basis, reports on any countervailing duty actions taken within the preceding six months. The semi-annual reports shall be submitted on an agreed standard form.

25.12 Each Member shall notify the Committee (a) which of its authorities are competent to initiate and conduct investigations referred to in Article 11 and (b) its domestic procedures governing the initiation and conduct of such investigations.

Article 26

Surveillance

26.1 The Committee shall examine new and full notifications submitted under paragraph 1 of Article XVI of GATT 1994 and paragraph 1 of Article 25 of this Agreement at special sessions held every third year. Notifications submitted in the intervening years (updating notifications) shall be examined at each regular meeting of the Committee.

26.2 The Committee shall examine reports submitted under paragraph 11 of Article 25 at each regular meeting of the Committee.

PART VIII: DEVELOPING COUNTRY MEMBERS

Article 27

Special and Differential Treatment of Developing Country Members

27.1 Members recognize that subsidies may play an important role in economic development programmes of developing country Members.

27.2 The prohibition of paragraph 1(a) of Article 3 shall not apply to:

- (a) developing country Members referred to in Annex VII.
- (b) other developing country Members for a period of eight years from the date of entry into force of the WTO Agreement, subject to compliance with the provisions in paragraph 4.

27.3 The prohibition of paragraph 1(b) of Article 3 shall not apply to developing country Members for a period of five years, and shall not apply to least developed country Members for a period of eight years, from the date of entry into force of the WTO Agreement.

27.4 Any developing country Member referred to in paragraph 2(b) shall phase out its export subsidies within the eight-year period, preferably in a progressive manner. However, a developing country Member shall not increase the level of its export subsidies⁵⁵, and shall eliminate them within a period shorter than that provided for in this paragraph when the use of such export subsidies is inconsistent with its development needs. If a developing country Member deems it necessary to apply such subsidies beyond the 8-year period, it shall not later than one year before the expiry of this period enter into consultation with the Committee, which will determine whether an extension of this period is justified, after examining all the relevant economic, financial and development needs of the developing country Member in question. If the Committee determines that the extension is justified, the developing country Member concerned shall hold annual consultations with the Committee to determine the necessity of maintaining the subsidies. If no such determination is made by the Committee, the developing country Member shall phase out the remaining export subsidies within two years from the end of the last authorized period.

27.5 A developing country Member which has reached export competitiveness in any given product shall phase out its export subsidies for such product(s) over a period of two years. However, for a developing country Member which is referred to in Annex VII and which has reached export competitiveness in one or more products, export subsidies on such products shall be gradually phased out over a period of eight years.

27.6 Export competitiveness in a product exists if a developing country Member's exports of that product have reached a share of at least 3.25 per cent in world trade of that product for two consecutive calendar years. Export competitiveness shall exist either (a) on the basis of notification by the developing country Member having reached export competitiveness, or (b) on the basis of a computation undertaken by the Secretariat at the request of any Member. For the purpose of this paragraph, a product is defined as a section heading of the Harmonized System Nomenclature. The Committee shall review the operation of this provision five years from the date of the entry into force of the WTO Agreement.

27.7 The provisions of Article 4 shall not apply to a developing country Member in the case of export subsidies which are in conformity with the provisions of paragraphs 2 through 5. The relevant provisions in such a case shall be those of Article 7.

27.8 There shall be no presumption in terms of paragraph 1 of Article 6 that a subsidy granted by a developing country Member results in serious prejudice, as defined in this Agreement. Such serious prejudice, where applicable under the terms of paragraph 9, shall be demonstrated by positive evidence, in accordance with the provisions of paragraphs 3 through 8 of Article 6.

27.9 Regarding actionable subsidies granted or maintained by a developing country Member other than those referred to in paragraph 1 of Article 6, action may not be authorized or taken under Article 7 unless nullification or impairment of tariff concessions or other obligations under GATT 1994 is found to exist as a result of such a subsidy, in such a way as to displace or impede imports of a like product of another Member into the market of the subsidizing developing country Member or unless injury to a domestic industry in the market of an importing Member occurs.

27.10 Any countervailing duty investigation of a product originating in a developing country Member shall be terminated as soon as the authorities concerned determine that:

- (a) the overall level of subsidies granted upon the product in question does not exceed 2 per cent of its value calculated on a per unit basis; or

⁵⁵ For a developing country Member not granting export subsidies as of the date of entry into force of the WTO Agreement, this paragraph shall apply on the basis of the level of export subsidies granted in 1986.

- (b) the volume of the subsidized imports represents less than 4 per cent of the total imports of the like product in the importing Member, unless imports from developing country Members whose individual shares of total imports represent less than 4 per cent collectively account for more than 9 per cent of the total imports of the like product in the importing Member.

27.11 For those developing country Members within the scope of paragraph 2(b) which have eliminated export subsidies prior to the expiry of the period of eight years from the date of entry into force of the WTO Agreement, and for those developing country Members referred to in Annex VII, the number in paragraph 10(a) shall be 3 per cent rather than 2 per cent. This provision shall apply from the date that the elimination of export subsidies is notified to the Committee, and for so long as export subsidies are not granted by the notifying developing country Member. This provision shall expire eight years from the date of entry into force of the WTO Agreement.

27.12 The provisions of paragraphs 10 and 11 shall govern any determination of *de minimis* under paragraph 3 of Article 15.

27.13 The provisions of Part III shall not apply to direct forgiveness of debts, subsidies to cover social costs, in whatever form, including relinquishment of government revenue and other transfer of liabilities when such subsidies are granted within and directly linked to a privatization programme of a developing country Member, provided that both such programme and the subsidies involved are granted for a limited period and notified to the Committee and that the programme results in eventual privatization of the enterprise concerned.

27.14 The Committee shall, upon request by an interested Member, undertake a review of a specific export subsidy practice of a developing country Member to examine whether the practice is in conformity with its development needs.

27.15 The Committee shall, upon request by an interested developing country Member, undertake a review of a specific countervailing measure to examine whether it is consistent with the provisions of paragraphs 10 and 11 as applicable to the developing country Member in question.

PART IX: TRANSITIONAL ARRANGEMENTS

Article 28

Existing Programmes

28.1 Subsidy programmes which have been established within the territory of any Member before the date on which such a Member signed the WTO Agreement and which are inconsistent with the provisions of this Agreement shall be:

- (a) notified to the Committee not later than 90 days after the date of entry into force of the WTO Agreement for such Member; and
- (b) brought into conformity with the provisions of this Agreement within three years of the date of entry into force of the WTO Agreement for such Member and until then shall not be subject to Part II.

28.2 No Member shall extend the scope of any such programme, nor shall such a programme be renewed upon its expiry.

*Article 29**Transformation into a Market Economy*

29.1 Members in the process of transformation from a centrally-planned into a market, free-enterprise economy may apply programmes and measures necessary for such a transformation.

29.2 For such Members, subsidy programmes falling within the scope of Article 3, and notified according to paragraph 3, shall be phased out or brought into conformity with Article 3 within a period of seven years from the date of entry into force of the WTO Agreement. In such a case, Article 4 shall not apply. In addition during the same period:

- (a) Subsidy programmes falling within the scope of paragraph 1(d) of Article 6 shall not be actionable under Article 7;
- (b) With respect to other actionable subsidies, the provisions of paragraph 9 of Article 27 shall apply.

29.3 Subsidy programmes falling within the scope of Article 3 shall be notified to the Committee by the earliest practicable date after the date of entry into force of the WTO Agreement. Further notifications of such subsidies may be made up to two years after the date of entry into force of the WTO Agreement.

29.4 In exceptional circumstances Members referred to in paragraph 1 may be given departures from their notified programmes and measures and their time-frame by the Committee if such departures are deemed necessary for the process of transformation.

PART X: DISPUTE SETTLEMENT

Article 30

The provisions of Articles XXII and XXIII of GATT 1994 as elaborated and applied by the Dispute Settlement Understanding shall apply to consultations and the settlement of disputes under this Agreement, except as otherwise specifically provided herein.

PART XI: FINAL PROVISIONS

*Article 31**Provisional Application*

The provisions of paragraph 1 of Article 6 and the provisions of Article 8 and Article 9 shall apply for a period of five years, beginning with the date of entry into force of the WTO Agreement. Not later than 180 days before the end of this period, the Committee shall review the operation of those provisions, with a view to determining whether to extend their application, either as presently drafted or in a modified form, for a further period.

Article 32

Other Final Provisions

- 32.1 No specific action against a subsidy of another Member can be taken except in accordance with the provisions of GATT 1994, as interpreted by this Agreement.⁵⁶
- 32.2 Reservations may not be entered in respect of any of the provisions of this Agreement without the consent of the other Members.
- 32.3 Subject to paragraph 4, the provisions of this Agreement shall apply to investigations, and reviews of existing measures, initiated pursuant to applications which have been made on or after the date of entry into force for a Member of the WTO Agreement
- 32.4 For the purposes of paragraph 3 of Article 21, existing countervailing measures shall be deemed to be imposed on a date not later than the date of entry into force for a Member of the WTO Agreement, except in cases in which the domestic legislation of a Member in force at that date already included a clause of the type provided for in that paragraph.
- 32.5 Each Member shall take all necessary steps, of a general or particular character, to ensure, not later than the date of entry into force of the WTO Agreement for it, the conformity of its laws, regulations and administrative procedures with the provisions of this Agreement as they may apply to the Member in question.
- 32.6 Each Member shall inform the Committee of any changes in its laws and regulations relevant to this Agreement and in the administration of such laws and regulations.
- 32.7 The Committee shall review annually the implementation and operation of this Agreement, taking into account the objectives thereof. The Committee shall inform annually the Council for Trade in Goods of developments during the period covered by such reviews.
- 32.8 The Annexes to this Agreement constitute an integral part thereof.

⁵⁶ This paragraph is not intended to preclude action under other relevant provisions of GATT 1994, where appropriate.

ANNEX I

ILLUSTRATIVE LIST OF EXPORT SUBSIDIES

- (a) The provision by governments of direct subsidies to a firm or an industry contingent upon export performance.
- (b) Currency retention schemes or any similar practices which involve a bonus on exports.
- (c) Internal transport and freight charges on export shipments, provided or mandated by governments, on terms more favourable than for domestic shipments.
- (d) The provision by governments or their agencies either directly or indirectly through government-mandated schemes, of imported or domestic products or services for use in the production of exported goods, on terms or conditions more favourable than for provision of like or directly competitive products or services for use in the production of goods for domestic consumption, if (in the case of products) such terms or conditions are more favourable than those commercially available⁵⁷ on world markets to their exporters.
- (e) The full or partial exemption, remission, or deferral specifically related to exports, of direct taxes⁵⁸ or social welfare charges paid or payable by industrial or commercial enterprises.⁵⁹
- (f) The allowance of special deductions directly related to exports or export performance, over and above those granted in respect to production for domestic consumption, in the calculation of the base on which direct taxes are charged.
- (g) The exemption or remission, in respect of the production and distribution of exported products, of indirect taxes⁵⁸ in excess of those levied in respect of the production and distribution of like products when sold for domestic consumption.
- (h) The exemption, remission or deferral of prior-stage cumulative indirect taxes⁵⁸ on goods or services used in the production of exported products in excess of the exemption, remission or deferral of like prior-stage cumulative indirect taxes on goods or services used in the production of like products when sold for domestic consumption; provided, however, that prior-stage cumulative indirect taxes may be exempted, remitted or deferred on exported products even when not exempted, remitted or deferred on like products when sold for domestic consumption, if the prior-stage cumulative indirect taxes are levied on inputs that are consumed

⁵⁷ The term "commercially available" means that the choice between domestic and imported products is unrestricted and depends only on commercial considerations.

⁵⁸ For the purpose of this Agreement:

The term "direct taxes" shall mean taxes on wages, profits, interests, rents, royalties, and all other forms of income, and taxes on the ownership of real property;

The term "import charges" shall mean tariffs, duties, and other fiscal charges not elsewhere enumerated in this note that are levied on imports;

The term "indirect taxes" shall mean sales, excise, turnover, value added, franchise, stamp, transfer, inventory and equipment taxes, border taxes and all taxes other than direct taxes and import charges;

"Prior-stage" indirect taxes are those levied on goods or services used directly or indirectly in making the product;

"Cumulative" indirect taxes are multi-staged taxes levied where there is no mechanism for subsequent crediting of the tax if the goods or services subject to tax at one stage of production are used in a succeeding stage of production;

"Remission" of taxes includes the refund or rebate of taxes;

"Remission or drawback" includes the full or partial exemption or deferral of import charges.

⁵⁹ The Members recognize that deferral need not amount to an export subsidy where, for example, appropriate interest charges are collected. The Members reaffirm the principle that prices for goods in transactions between exporting enterprises and foreign buyers under their or under the same control should for tax purposes be the prices which would be charged between independent enterprises acting at arm's length. Any Member may draw the attention of another Member to administrative or other practices which may contravene this principle and which result in a significant saving of direct taxes in export transactions. In such circumstances the Members shall normally attempt to resolve their differences using the facilities of existing bilateral tax treaties or other specific international mechanisms, without prejudice to the rights and obligations of Members under GATT 1994, including the right of consultation created in the preceding sentence.

Paragraph (e) is not intended to limit a Member from taking measures to avoid the double taxation of foreign-source income earned by its enterprises or the enterprises of another Member.

in the production of the exported product (making normal allowance for waste).⁶⁰ This item shall be interpreted in accordance with the guidelines on consumption of inputs in the production process contained in Annex II.

- (i) The remission or drawback of import charges⁵⁸ in excess of those levied on imported inputs that are consumed in the production of the exported product (making normal allowance for waste); provided, however, that in particular cases a firm may use a quantity of home market inputs equal to, and having the same quality and characteristics as, the imported inputs as a substitute for them in order to benefit from this provision if the import and the corresponding export operations both occur within a reasonable time period, not to exceed two years. This item shall be interpreted in accordance with the guidelines on consumption of inputs in the production process contained in Annex II and the guidelines in the determination of substitution drawback systems as export subsidies contained in Annex III.
- (j) The provision by governments (or special institutions controlled by governments) of export credit guarantee or insurance programmes, of insurance or guarantee programmes against increases in the cost of exported products or of exchange risk programmes, at premium rates which are inadequate to cover the long-term operating costs and losses of the programmes.
- (k) The grant by governments (or special institutions controlled by and/or acting under the authority of governments) of export credits at rates below those which they actually have to pay for the funds so employed (or would have to pay if they borrowed on international capital markets in order to obtain funds of the same maturity and other credit terms and denominated in the same currency as the export credit), or the payment by them of all or part of the costs incurred by exporters or financial institutions in obtaining credits, in so far as they are used to secure a material advantage in the field of export credit terms.

Provided, however, that if a Member is a party to an international undertaking on official export credits to which at least twelve original Members to this Agreement are parties as of 1 January 1979 (or a successor undertaking which has been adopted by those original Members), or if in practice a Member applies the interest rates provisions of the relevant undertaking, an export credit practice which is in conformity with those provisions shall not be considered an export subsidy prohibited by this Agreement.

- (l) Any other charge on the public account constituting an export subsidy in the sense of Article XVI of GATT 1994.

⁶⁰ Paragraph (h) does not apply to value-added tax systems and border-tax adjustment in lieu thereof; the problem of the excessive remission of value-added taxes is exclusively covered by paragraph (g).

ANNEX II

GUIDELINES ON CONSUMPTION OF INPUTS IN THE PRODUCTION PROCESS⁶¹

I

1. Indirect tax rebate schemes can allow for exemption, remission or deferral of prior-stage cumulative indirect taxes levied on inputs that are consumed in the production of the exported product (making normal allowance for waste). Similarly, drawback schemes can allow for the remission or drawback of import charges levied on inputs that are consumed in the production of the exported product (making normal allowance for waste).

2. The Illustrative List of Export Subsidies in Annex I of this Agreement makes reference to the term "inputs that are consumed in the production of the exported product" in paragraphs (h) and (i). Pursuant to paragraph (h), indirect tax rebate schemes can constitute an export subsidy to the extent that they result in exemption, remission or deferral of prior-stage cumulative indirect taxes in excess of the amount of such taxes actually levied on inputs that are consumed in the production of the exported product. Pursuant to paragraph (i), drawback schemes can constitute an export subsidy to the extent that they result in a remission or drawback of import charges in excess of those actually levied on inputs that are consumed in the production of the exported product. Both paragraphs stipulate that normal allowance for waste must be made in findings regarding consumption of inputs in the production of the exported product. Paragraph (i) also provides for substitution, where appropriate.

II

In examining whether inputs are consumed in the production of the exported product, as part of a countervailing duty investigation pursuant to this Agreement, investigating authorities should proceed on the following basis:

1. Where it is alleged that an indirect tax rebate scheme, or a drawback scheme, conveys a subsidy by reason of over-rebate or excess drawback of indirect taxes or import charges on inputs consumed in the production of the exported product, the investigating authorities should first determine whether the government of the exporting Member has in place and applies a system or procedure to confirm which inputs are consumed in the production of the exported product and in what amounts. Where such a system or procedure is determined to be applied, the investigating authorities should then examine the system or procedure to see whether it is reasonable, effective for the purpose intended, and based on generally accepted commercial practices in the country of export. The investigating authorities may deem it necessary to carry out, in accordance with paragraph 6 of Article 12, certain practical tests in order to verify information or to satisfy themselves that the system or procedure is being effectively applied.

2. Where there is no such system or procedure, where it is not reasonable, or where it is instituted and considered reasonable but is found not to be applied or not to be applied effectively, a further examination by the exporting Member based on the actual inputs involved would need to be carried out in the context of determining whether an excess payment occurred. If the investigating authorities deemed it necessary, a further examination would be carried out in accordance with paragraph 1.

3. Investigating authorities should treat inputs as physically incorporated if such inputs are used in the production process and are physically present in the product exported. The Members note that

⁶¹ Inputs consumed in the production process are inputs physically incorporated, energy, fuels and oil used in the production process and catalysts which are consumed in the course of their use to obtain the exported product.

an input need not be present in the final product in the same form in which it entered the production process.

4. In determining the amount of a particular input that is consumed in the production of the exported product, a "normal allowance for waste" should be taken into account, and such waste should be treated as consumed in the production of the exported product. The term "waste" refers to that portion of a given input which does not serve an independent function in the production process, is not consumed in the production of the exported product (for reasons such as inefficiencies) and is not recovered, used or sold by the same manufacturer.

5. The investigating authority's determination of whether the claimed allowance for waste is "normal" should take into account the production process, the average experience of the industry in the country of export, and other technical factors, as appropriate. The investigating authority should bear in mind that an important question is whether the authorities in the exporting Member have reasonably calculated the amount of waste, when such an amount is intended to be included in the tax or duty rebate or remission.

ANNEX III

GUIDELINES IN THE DETERMINATION OF SUBSTITUTION
DRAWBACK SYSTEMS AS EXPORT SUBSIDIES

I

Drawback systems can allow for the refund or drawback of import charges on inputs which are consumed in the production process of another product and where the export of this latter product contains domestic inputs having the same quality and characteristics as those substituted for the imported inputs. Pursuant to paragraph (i) of the Illustrative List of Export Subsidies in Annex I, substitution drawback systems can constitute an export subsidy to the extent that they result in an excess drawback of the import charges levied initially on the imported inputs for which drawback is being claimed.

II

In examining any substitution drawback system as part of a countervailing duty investigation pursuant to this Agreement, investigating authorities should proceed on the following basis:

1. Paragraph (i) of the Illustrative List stipulates that home market inputs may be substituted for imported inputs in the production of a product for export provided such inputs are equal in quantity to, and have the same quality and characteristics as, the imported inputs being substituted. The existence of a verification system or procedure is important because it enables the government of the exporting Member to ensure and demonstrate that the quantity of inputs for which drawback is claimed does not exceed the quantity of similar products exported, in whatever form, and that there is not drawback of import charges in excess of those originally levied on the imported inputs in question.
2. Where it is alleged that a substitution drawback system conveys a subsidy, the investigating authorities should first proceed to determine whether the government of the exporting Member has in place and applies a verification system or procedure. Where such a system or procedure is determined to be applied, the investigating authorities should then examine the verification procedures to see whether they are reasonable, effective for the purpose intended, and based on generally accepted commercial practices in the country of export. To the extent that the procedures are determined to meet this test and are effectively applied, no subsidy should be presumed to exist. It may be deemed necessary by the investigating authorities to carry out, in accordance with paragraph 6 of Article 12, certain practical tests in order to verify information or to satisfy themselves that the verification procedures are being effectively applied.
3. Where there are no verification procedures, where they are not reasonable, or where such procedures are instituted and considered reasonable but are found not to be actually applied or not applied effectively, there may be a subsidy. In such cases a further examination by the exporting Member based on the actual transactions involved would need to be carried out to determine whether an excess payment occurred. If the investigating authorities deemed it necessary, a further examination would be carried out in accordance with paragraph 2.
4. The existence of a substitution drawback provision under which exporters are allowed to select particular import shipments on which drawback is claimed should not of itself be considered to convey a subsidy.

5. An excess drawback of import charges in the sense of paragraph (i) would be deemed to exist where governments paid interest on any monies refunded under their drawback schemes, to the extent of the interest actually paid or payable.

ANNEX IV

CALCULATION OF THE TOTAL AD VALOREM SUBSIDIZATION
(PARAGRAPH 1(A) OF ARTICLE 6)⁶²

1. Any calculation of the amount of a subsidy for the purpose of paragraph 1(a) of Article 6 shall be done in terms of the cost to the granting government.
2. Except as provided in paragraphs 3 through 5, in determining whether the overall rate of subsidization exceeds 5 per cent of the value of the product, the value of the product shall be calculated as the total value of the recipient firm's⁶³ sales in the most recent 12-month period, for which sales data is available, preceding the period in which the subsidy is granted.⁶⁴
3. Where the subsidy is tied to the production or sale of a given product, the value of the product shall be calculated as the total value of the recipient firm's sales of that product in the most recent 12-month period, for which sales data is available, preceding the period in which the subsidy is granted.
4. Where the recipient firm is in a start-up situation, serious prejudice shall be deemed to exist if the overall rate of subsidization exceeds 15 per cent of the total funds invested. For purposes of this paragraph, a start-up period will not extend beyond the first year of production.⁶⁵
5. Where the recipient firm is located in an inflationary economy country, the value of the product shall be calculated as the recipient firm's total sales (or sales of the relevant product, if the subsidy is tied) in the preceding calendar year indexed by the rate of inflation experienced in the 12 months preceding the month in which the subsidy is to be given.
6. In determining the overall rate of subsidization in a given year, subsidies given under different programmes and by different authorities in the territory of a Member shall be aggregated.
7. Subsidies granted prior to the date of entry into force of the WTO Agreement, the benefits of which are allocated to future production, shall be included in the overall rate of subsidization.
8. Subsidies which are non-actionable under relevant provisions of this Agreement shall not be included in the calculation of the amount of a subsidy for the purpose of paragraph 1(a) of Article 6.

⁶² An understanding among Members should be developed, as necessary, on matters which are not specified in this Annex or which need further clarification for the purposes of paragraph 1(a) of Article 6.

⁶³ The recipient firm is a firm in the territory of the subsidizing Member.

⁶⁴ In the case of tax-related subsidies the value of the product shall be calculated as the total value of the recipient firm's sales in the fiscal year in which the tax-related measure was earned.

⁶⁵ Start-up situations include instances where financial commitments for product development or construction of facilities to manufacture products benefiting from the subsidy have been made, even though production has not begun.

ANNEX V

PROCEDURES FOR DEVELOPING INFORMATION CONCERNING SERIOUS PREJUDICE

1. Every Member shall cooperate in the development of evidence to be examined by a panel in procedures under paragraphs 4 through 6 of Article 7. The parties to the dispute and any third-country Member concerned shall notify to the DSB, as soon as the provisions of paragraph 4 of Article 7 have been invoked, the organization responsible for administration of this provision within its territory and the procedures to be used to comply with requests for information.
2. In cases where matters are referred to the DSB under paragraph 4 of Article 7, the DSB shall, upon request, initiate the procedure to obtain such information from the government of the subsidizing Member as necessary to establish the existence and amount of subsidization, the value of total sales of the subsidized firms, as well as information necessary to analyze the adverse effects caused by the subsidized product.⁶⁶ This process may include, where appropriate, presentation of questions to the government of the subsidizing Member and of the complaining Member to collect information, as well as to clarify and obtain elaboration of information available to the parties to a dispute through the notification procedures set forth in Part VII.⁶⁷
3. In the case of effects in third-country markets, a party to a dispute may collect information, including through the use of questions to the government of the third-country Member, necessary to analyse adverse effects, which is not otherwise reasonably available from the complaining Member or the subsidizing Member. This requirement should be administered in such a way as not to impose an unreasonable burden on the third-country Member. In particular, such a Member is not expected to make a market or price analysis specially for that purpose. The information to be supplied is that which is already available or can be readily obtained by this Member (e.g. most recent statistics which have already been gathered by relevant statistical services but which have not yet been published, customs data concerning imports and declared values of the products concerned, etc.). However, if a party to a dispute undertakes a detailed market analysis at its own expense, the task of the person or firm conducting such an analysis shall be facilitated by the authorities of the third-country Member and such a person or firm shall be given access to all information which is not normally maintained confidential by the government.
4. The DSB shall designate a representative to serve the function of facilitating the information-gathering process. The sole purpose of the representative shall be to ensure the timely development of the information necessary to facilitate expeditious subsequent multilateral review of the dispute. In particular, the representative may suggest ways to most efficiently solicit necessary information as well as encourage the cooperation of the parties.
5. The information-gathering process outlined in paragraphs 2 through 4 shall be completed within 60 days of the date on which the matter has been referred to the DSB under paragraph 4 of Article 7. The information obtained during this process shall be submitted to the panel established by the DSB in accordance with the provisions of Part X. This information should include, *inter alia*, data concerning the amount of the subsidy in question (and, where appropriate, the value of total sales of the subsidized firms), prices of the subsidized product, prices of the non-subsidized product, prices of other suppliers to the market, changes in the supply of the subsidized product to the market in question and changes in market shares. It should also include rebuttal evidence, as well as such supplemental information as the panel deems relevant in the course of reaching its conclusions.

⁶⁶ In cases where the existence of serious prejudice has to be demonstrated.

⁶⁷ The information-gathering process by the DSB shall take into account the need to protect information which is by nature confidential or which is provided on a confidential basis by any Member involved in this process.

6. If the subsidizing and/or third-country Member fail to cooperate in the information-gathering process, the complaining Member will present its case of serious prejudice, based on evidence available to it, together with facts and circumstances of the non-cooperation of the subsidizing and/or third-country Member. Where information is unavailable due to non-cooperation by the subsidizing and/or third-country Member, the panel may complete the record as necessary relying on best information otherwise available.
7. In making its determination, the panel should draw adverse inferences from instances of non-cooperation by any party involved in the information-gathering process.
8. In making a determination to use either best information available or adverse inferences, the panel shall consider the advice of the DSB representative nominated under paragraph 4 as to the reasonableness of any requests for information and the efforts made by parties to comply with these requests in a cooperative and timely manner.
9. Nothing in the information-gathering process shall limit the ability of the panel to seek such additional information it deems essential to a proper resolution to the dispute, and which was not adequately sought or developed during that process. However, ordinarily the panel should not request additional information to complete the record where the information would support a particular party's position and the absence of that information in the record is the result of unreasonable non-cooperation by that party in the information-gathering process.

ANNEX VI

PROCEDURES FOR ON-THE-SPOT INVESTIGATIONS PURSUANT TO
PARAGRAPH 6 OF ARTICLE 12

1. Upon initiation of an investigation, the authorities of the exporting Member and the firms known to be concerned should be informed of the intention to carry out on-the-spot investigations.
2. If in exceptional circumstances it is intended to include non-governmental experts in the investigating team, the firms and the authorities of the exporting Member should be so informed. Such non-governmental experts should be subject to effective sanctions for breach of confidentiality requirements.
3. It should be standard practice to obtain explicit agreement of the firms concerned in the exporting Member before the visit is finally scheduled.
4. As soon as the agreement of the firms concerned has been obtained, the investigating authorities should notify the authorities of the exporting Member of the names and addresses of the firms to be visited and the dates agreed.
5. Sufficient advance notice should be given to the firms in question before the visit is made.
6. Visits to explain the questionnaire should only be made at the request of an exporting firm. In case of such a request the investigating authorities may place themselves at the disposal of the firm; such a visit may only be made if (a) the authorities of the importing Member notify the representatives of the government of the Member in question and (b) the latter do not object to the visit.
7. As the main purpose of the on-the-spot investigation is to verify information provided or to obtain further details, it should be carried out after the response to the questionnaire has been received unless the firm agrees to the contrary and the government of the exporting Member is informed by the investigating authorities of the anticipated visit and does not object to it; further, it should be standard practice prior to the visit to advise the firms concerned of the general nature of the information to be verified and of any further information which needs to be provided, though this should not preclude requests to be made on the spot for further details to be provided in the light of information obtained.
8. Enquiries or questions put by the authorities or firms of the exporting Members and essential to a successful on-the-spot investigation should, whenever possible, be answered before the visit is made.

ANNEX VII

DEVELOPING COUNTRY MEMBERS REFERRED TO
IN PARAGRAPH 2(A) OF ARTICLE 27

The developing country Members not subject to the provisions of paragraph 1(a) of Article 3 under the terms of paragraph 2(a) of Article 27 are:

- (a) Least-developed countries designated as such by the United Nations which are Members of the WTO.
- (b) Each of the following developing countries which are Members of the WTO shall be subject to the provisions which are applicable to other developing country Members according to paragraph 2(b) of Article 27 when GNP per capita has reached \$1,000 per annum⁶⁸: Bolivia, Cameroon, Congo, Côte d'Ivoire, Dominican Republic, Egypt, Ghana, Guatemala, Guyana, India, Indonesia, Kenya, Morocco, Nicaragua, Nigeria, Pakistan, Philippines, Senegal, Sri Lanka and Zimbabwe.

⁶⁸ The inclusion of developing country Members in the list in paragraph (b) is based on the most recent data from the World Bank on GNP per capita.

Übereinkommen über Schutzmaßnahmen

Die Mitglieder,

eingedenk des allgemeinen Ziels der Mitglieder, das auf dem GATT 1994 beruhende internationale Handelssystem zu verbessern und zu stärken,

in der Erkenntnis, daß die Disziplinen des GATT 1994 zu erläutern und zu verstärken sind, insbesondere die Disziplinen des Artikels XIX (Notstandsmaßnahmen bei der Einfuhr bestimmter Waren), daß die multilaterale Kontrolle über Schutzmaßnahmen wiederherzustellen ist und daß die Maßnahmen zu beseitigen sind, die sich dieser Kontrolle entziehen,

in Anerkennung der Bedeutung der Strukturanpassung und der Notwendigkeit, den Wettbewerb auf den internationalen Märkten zu fördern und nicht zu beschränken und

in der Erkenntnis, daß dafür ein umfassendes Übereinkommen erforderlich ist, das für alle Mitglieder gilt und auf den Grundsätzen des GATT 1994 beruht –

Kommen wie folgt überein:

*Artikel 1**Allgemeine Bestimmung*

Dieses Übereinkommen legt die Regeln für die Anwendung von Schutzmaßnahmen fest, unter denen Maßnahmen im Sinne des Artikels XIX des GATT 1994 zu verstehen sind.

*Artikel 2**Bedingungen*

1. Ein Mitglied^(*) darf eine Schutzmaßnahme nur dann auf eine Ware anwenden, wenn es gemäß den nachstehenden Bestimmungen festgestellt hat, daß diese Ware absolut oder im Vergleich zu der inländischen Produktion in derart erhöhten Mengen und unter derartigen Bedingungen in sein Gebiet eingeführt wird, daß dem inländischen Wirtschaftszweig, der gleichartige oder unmittelbar konkurrierende Waren herstellt, ein ernsthafter Schaden zugefügt wird oder zugefügt zu werden droht.
2. Schutzmaßnahmen werden auf eine eingeführte Ware ungeachtet ihrer Herkunft angewendet.

*Artikel 3**Untersuchung*

1. Ein Mitglied darf eine Schutzmaßnahme nur aufgrund einer Untersuchung anwenden, die seine zuständigen Behörden nach zuvor festgelegten und gemäß Artikel X des GATT 1994 veröffentlichten Verfahren durchgeführt haben. Diese Untersuchung umfaßt die Veröffentlichung einer entsprechenden Mitteilung an alle interessierten Parteien und öffentliche Anhörungen oder andere geeignete Mittel, die es den Einführern, Ausführern und sonstigen interessierten Parteien ermöglichen, Beweise vorzulegen und ihre Standpunkte zu vertreten, einschließlich der Gelegenheit, auf die Bemerkungen der anderen Parteien zu antworten und ihren Standpunkt unter anderem zu der Frage darzulegen, ob die Anwendung einer Schutzmaßnahme im öffentlichen Interesse liegt. Die zuständigen Behörden veröffentlichen einen Bericht mit ihren Feststellungen und ihren mit Gründen versehenen Schlußfolgerungen zu allen relevanten Sach- und Rechtsfragen.
2. alle Informationen, die ihrer Natur nach vertraulich sind oder auf vertraulicher Grundlage zur Verfügung gestellt werden, sind bei entsprechender Begründung von den zuständigen Behörden vertraulich zu behandeln. Solche Informationen dürfen nicht ohne die Zustimmung der Partei, die sie übermittelt hat, preisgegeben werden. Die Parteien, die vertrauliche Informationen übermitteln, können aufgefordert werden, nichtvertrauliche Zusammenfassungen dieser Informationen vorzulegen oder, wenn diese Parteien erklären, daß sich die genannten Informationen nicht für eine Zusammenfassung eignen, die Gründe anzugeben, aus denen eine Zusammenfassung nicht möglich ist. Ist nach Auffassung der Behörden ein Antrag auf vertrauliche Behandlung nicht gerechtfertigt und ist der Auskunftgeber weder bereit, die Informationen bekanntzugeben noch ihrer Bekanntgabe in großen Zügen oder in gekürzter Form zuzustimmen, so können die Behörden diese Information unberücksichtigt lassen, sofern ihnen nicht aus geeigneten Quellen überzeugend nachgewiesen wird, daß die Informationen zutreffen.

*Artikel 4**Feststellung eines ernsthaften Schadens oder eines drohenden ernsthaften Schadens*

1. Für die Zwecke dieses Übereinkommens gelten folgende Begriffsbestimmungen:

- a) Ein „ernsthafter Schaden“ ist eine erhebliche allgemeine Verschlechterung der Lage eines inländischen Wirtschaftszweiges.

(*) Eine Zollunion kann eine Schutzmaßnahme als Einheit oder im Namen eines Mitgliedstaates anwenden. Wendet eine Zollunion eine Schutzmaßnahme als Einheit an, so sind die Voraussetzungen für die Feststellung eines ernsthaften Schadens oder eines drohenden ernsthaften Schadens im Rahmen dieses Abkommens anhand der Bedingungen in der Zollunion als Ganzes zu prüfen. Wird eine Schutzmaßnahme im Namen eines Mitgliedstaates angewendet, so sind die Voraussetzungen für die Feststellung eines ernsthaften Schadens oder eines drohenden ernsthaften Schadens anhand der Bedingungen in diesem Mitgliedstaat zu prüfen, und die Maßnahme wird auf diesen Mitgliedstaat beschränkt. Dieses Übereinkommen greift der Auslegung des Zusammenhangs zwischen Artikel XIX und Artikel XXIV Absatz 8 des GATT 1994 nicht vor.

- b) Ein „drohender ernsthafter Schaden“ ist ein ernsthafter Schaden, der gemäß Absatz 2 eindeutig unmittelbar bevorsteht. Die Feststellung, daß ein ernsthafter Schaden droht, muß auf Tatsachen beruhen und darf sich nicht lediglich auf Behauptungen, Vermutungen oder entfernte Möglichkeiten stützen.
- c) bei der Feststellung eines Schadens oder eines drohenden Schadens sind unter „inländischem Wirtschaftszweig“ sämtliche Hersteller gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren im Gebiet eines Mitglieds zu verstehen oder diejenigen Hersteller, deren Produktion gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren insgesamt einen größeren Teil der gesamten Inlandsproduktion dieser Waren ausmacht.
2. a) Bei der Untersuchung, die darauf abzielt festzustellen, ob ein Anstieg der Einfuhren einem inländischen Wirtschaftszweig im Sinne dieses Übereinkommens einen ernsthaften Schaden zufügt oder zuzufügen droht, beurteilen die zuständigen Behörden alle relevanten objektiven und quantifizierbaren Faktoren, die die Lage dieses Wirtschaftszweiges beeinflussen; dazu gehören insbesondere: Rate und Umfang der Steigerung der Einfuhren der fraglichen Ware in absoluten und relativen Zahlen, Anteil der gestiegenen Einfuhren am Inlandsmarkt, Veränderungen in bezug auf Absatz- und Produktionsvolumen, Produktivität, Kapazitätsauslastung, Gewinne und Verluste sowie Beschäftigung.
- b) Die Feststellung nach Buchstabe a) darf erst getroffen werden, wenn diese Untersuchung auf der Grundlage objektiver Beweise ergibt, daß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Einfuhren der fraglichen Ware und dem ernsthaften Schaden oder dem drohenden ernsthaften Schaden besteht. Wird dem inländischen Wirtschaftszweig zur gleichen Zeit durch andere Faktoren als dem Anstieg der Einfuhren ein Schaden zugefügt, so darf dieser Schaden nicht dem Anstieg der Einfuhren angelastet werden.
- c) Die zuständigen Behörden veröffentlichen gemäß Artikel 3 umgehend eine ausführliche Analyse des untersuchten Falles sowie einen Nachweis der Sachdienlichkeit der untersuchten Faktoren.

Artikel 5

Anwendung von Schutzmaßnahmen

1. Ein Mitglied wendet Schutzmaßnahmen nur in dem Maße an, wie dies zur Verhinderung oder Beseitigung eines ernsthaften Schadens oder zur Erleichterung der Anpassung erforderlich ist. Im Falle einer mengenmäßigen Beschränkung darf das Volumen der Einfuhren nicht so stark verringert werden, daß es niedriger ist als das Volumen in einem kürzlich abgelaufenen Zeitraum, worunter die durchschnittlichen Einfuhren in den letzten drei repräsentativen Jahren zu verstehen sind, für die Statistiken vorliegen, außer wenn eindeutig nachgewiesen wird, daß zur Verhinderung oder Beseitigung des ernsthaften Schadens ein anderes Volumen erforderlich ist. Die Mitglieder sollen die Maßnahmen wählen, die sich am besten für die Erreichung dieser Ziele eignen.
2. a) In den Fällen, in denen ein Kontingent auf Lieferländer aufgeteilt wird, kann sich das Mitglied, das diese Beschränkungen anwendet, darum bemühen, mit allen anderen Mitgliedern, die ein wesentliches Interesse an der Lieferung der fraglichen Ware haben, Einvernehmen über die Zuweisung der Quoten zu erzielen. Ist dies angemessenerweise nicht möglich, so weist das betreffende Mitglied den Mitgliedern, die ein wesentliches Interesse an der Lieferung der Ware haben, die Quoten anhand der Anteile zu, die diese Mitglieder während eines vorangegangenen repräsentativen Zeitraums an dem Gesamtvolumen oder dem Gesamtwert der Einfuhren der Ware gestellt haben, wobei etwaige besondere Faktoren, die den Handel mit der Ware möglicherweise beeinflusst haben oder beeinflussen, gebührend berücksichtigt werden.
- b) Ein Mitglied kann von den Bestimmungen unter Buchstabe a) abweichen, sofern gemäß Artikel 12 Absatz 3 Konsultationen unter Schirmherrschaft des durch Artikel 13 Absatz 1 eingesetzten Ausschusses für Schutzmaßnahmen stattfinden und dem Ausschuss eindeutig nachgewiesen wird, daß i) sich die Einfuhren aus bestimmten Mitgliedern im Vergleich zu dem Gesamtanstieg der Einfuhren der fraglichen Ware in dem repräsentativen Zeitraum unverhältnismäßig stark erhöht haben, ii) die Gründe für die Abweichung von den Bestimmungen unter Buchstabe a) berechtigt sind und iii) die Bedingungen einer solchen Abweichung für alle Lieferanten der fraglichen Ware gerecht sind. Die Geltungsdauer einer solchen Maßnahme darf nicht über die ursprüngliche Geltungsdauer gemäß Artikel 7 Absatz 1 hinaus verlängert werden. Die vorgenannte Abweichung ist im Falle eines drohenden ernsthaften Schadens nicht zulässig.

Artikel 6

Vorläufige Schutzmaßnahmen

Unter kritischen Umständen, unter denen ein Aufschub einen schwer wiedergutzumachenden Schaden verursachen würde, kann ein Mitglied eine vorläufige Schutzmaßnahme treffen, nachdem es vorläufig festgestellt hat, daß eindeutige Beweise dafür vorliegen, daß der Anstieg der Einfuhren einen ernsthaften Schaden verursacht oder zu verursachen droht. Die Geltungsdauer der vorläufigen Maßnahme darf 200 Tage nicht überschreiten; während dieses Zeitraums ist den einschlägigen Bestimmungen der Artikel 2 bis 7 und des Artikels 12 nachzukommen. Solche Maßnahmen sollen in Zollerhöhungen bestehen, wobei die zusätzlich erhobenen Beträge umgehend zu erstatten sind, wenn die anschließende Untersuchung nach Artikel 4 Absatz 2 nicht zu der Feststellung führt, daß der Anstieg der Einfuhren einem inländischen Wirtschaftszweig einen ernsthaften Schaden zugefügt hat oder zuzufügen droht.

Die Geltungsdauer einer solchen vorläufigen Maßnahme wird auf die ursprüngliche Geltungsdauer und jegliche Verlängerung gemäß Artikel 7 Absätze 1, 2 und 3 angerechnet.

Artikel 7

Geltungsdauer und Überprüfung von Schutzmaßnahmen

1. Ein Mitglied darf Schutzmaßnahmen nur so lange anwenden, wie dies zur Verhinderung oder Beseitigung eines ernsthaften Schadens oder zur Erleichterung der Anpassung erforderlich ist. Die Geltungsdauer darf vier Jahre nicht übersteigen, außer wenn sie gemäß Absatz 2 verlängert wird.
2. Die Geltungsdauer nach Absatz 1 kann verlängert werden, sofern die zuständigen Behörden des Einfuhrmitglieds gemäß den Verfahren nach Artikel 2, 3, 4 und 5 festgestellt haben, daß die Schutzmaßnahme weiterhin zur Verhinderung oder Beseitigung des ernsthaften Schadens erforderlich ist und daß der Wirtschaftszweig nachweislich Anpassungen durchführt, und sofern die einschlägigen Bestimmungen der Artikel 8 und 12 eingehalten werden.
3. Die gesamte Geltungsdauer einer Schutzmaßnahme einschließlich der Geltungsdauer einer vorläufigen Maßnahme, der ursprünglichen Geltungsdauer und ihrer Verlängerung darf acht Jahre nicht übersteigen.

4. Um die Anpassung in den Fällen zu erleichtern, in denen die voraussichtliche Geltungsdauer einer gemäß Artikel 12 Absatz 1 notifizierten Schutzmaßnahme mehr als ein Jahr beträgt, liberalisiert das Mitglied, das die Maßnahme anwendet, diese Maßnahme während ihrer Geltungsdauer schrittweise in regelmäßigen Abständen. Übersteigt die Geltungsdauer der Maßnahme drei Jahre, so überprüft das Mitglied, das eine solche Maßnahme anwendet, die Situation spätestens nach Ablauf der ersten Hälfte der Geltungsdauer der Maßnahme und hebt sie gegebenenfalls auf oder beschleunigt gegebenenfalls die Liberalisierung. Eine gemäß Absatz 2 verlängerte Maßnahme darf nicht restriktiver sein als am Ende der ursprünglichen Geltungsdauer und soll weiter liberalisiert werden.

5. Die Einfuhren einer Ware, die Gegenstand einer nach Inkrafttreten des WTO-Abkommens getroffenen Schutzmaßnahme waren, dürfen während eines Zeitraums, der dem vorausgegangenen Anwendungszeitraum der Maßnahme entspricht, nicht erneut einer Schutzmaßnahme unterworfen werden, sofern der Zeitraum der Nichtanwendung mindestens zwei Jahre beträgt.

6. Abweichend von Absatz 5 kann eine Schutzmaßnahme mit einer Geltungsdauer von 180 Tagen oder weniger erneut auf die Einfuhren einer Ware angewendet werden, wenn:

- a) Seit der Einführung einer Schutzmaßnahme auf die Einfuhren dieser Ware mindestens ein Jahr vergangen ist und
- b) eine solche Schutzmaßnahme in den fünf Jahren unmittelbar vor der Einführung dieser Maßnahme nicht mehr als zweimal auf dieselbe Ware angewendet wurde.

Artikel 8

Umfang der Zugeständnisse und sonstigen Verpflichtungen

1. Ein Mitglied, das die Anwendung oder die Verlängerung einer Schutzmaßnahme beabsichtigt, bemüht sich gemäß Artikel 12 Absatz 3, einen Umfang an Zugeständnissen und sonstigen Verpflichtungen aufrechtzuerhalten, der im wesentlichen dem entspricht, der gemäß dem GATT 1994 zwischen ihm selbst und den Ausfuhrmitgliedern besteht, die von einer solchen Maßnahme betroffen wären.

Um dieses Ziel zu erreichen, können sich die betreffenden Mitglieder über angemessene Handelskompensationen für die negativen Auswirkungen der Maßnahme auf ihren Handel einigen.

2. Kommt bei den Konsultationen gemäß Artikel 12 Absatz 3 innerhalb von 30 Tagen keine Einigung zustande, so steht es den betroffenen Ausfuhrmitgliedern frei, spätestens 90 Tage nach der Anwendung der Maßnahme und frühestens nach Ablauf von 30 Tagen nach Eingang einer entsprechenden schriftlichen Mitteilung beim Rat für Warenverkehr die Anwendung im wesentlichen gleichwertiger Zugeständnisse oder sonstiger Verpflichtungen im Rahmen des GATT 1994 auf den Handel des die Schutzmaßnahme anwendenden Mitglieds auszusetzen, sofern der Rat für Warenverkehr dagegen keine Einwände hat.

3. Das Recht auf Aussetzung nach Absatz 2 darf nicht in den ersten drei Anwendungsjahren einer Schutzmaßnahme ausgeübt werden, sofern diese Schutzmaßnahme wegen eines Anstiegs der Einfuhren in absoluten Zahlen getroffen wurde und im Einklang mit diesem Übereinkommen steht.

Artikel 9

Entwicklungsland-Mitglieder

1. Schutzmaßnahmen werden nicht auf eine Ware mit Ursprung in einem Entwicklungsland-Mitglied angewendet, solange dessen Anteil an den Einfuhren der fraglichen Ware im Einfuhrmitglied 3 % nicht übersteigt, vorausgesetzt, daß auf die Entwicklungsland-Mitglieder mit einem Einfuhranteil von weniger als 3 % zusammen nicht mehr als 9 % der gesamten Einfuhren der fraglichen Ware entfallen⁽²⁾.

2. Ein Entwicklungsland-Mitglied hat das Recht, die Geltungsdauer einer Schutzmaßnahme um bis zu zwei Jahre über die maximale Geltungsdauer gemäß Artikel 7 Absatz 3 hinaus zu verlängern. Abweichend von Artikel 7 Absatz 5 hat ein Entwicklungsland-Mitglied das Recht, die Einfuhren einer Ware, die Gegenstand einer nach Inkrafttreten des WTO-Abkommens getroffenen Schutzmaßnahme waren, nach einem Zeitraum, der der Hälfte des vorangegangenen Anwendungszeitraums dieser Maßnahme entspricht, erneut einer Schutzmaßnahme zu unterwerfen, sofern der Zeitraum der Nichtanwendung mindestens zwei Jahre beträgt.

Artikel 10

Bereits bestehende Maßnahmen nach Artikel XIX

Die Mitglieder heben alle Schutzmaßnahmen gemäß Artikel XIX des GATT 1947, die bei Inkrafttreten des WTO-Abkommens in Kraft sind, spätestens acht Jahre nach dem Zeitpunkt auf, zu dem sie erstmals angewendet wurden, oder aber fünf Jahre nach Inkrafttreten des WTO-Abkommens, sofern dieses der spätere Zeitpunkt ist.

Artikel 11

Verbot und Beseitigung bestimmter Maßnahmen

1. a) Ein Mitglied darf Notstandsmaßnahmen bei der Einfuhr bestimmter Waren gemäß Artikel XIX des GATT 1994 nur dann ergreifen oder anstreben, wenn solche Maßnahmen im Einklang mit diesem Artikel stehen, der gemäß diesem Übereinkommen angewendet wird.

b) Außerdem darf ein Mitglied freiwillige Ausfuhrbeschränkungen, sonstige Selbstbeschränkungsabkommen oder ähnliche Maßnahmen betreffend die Ausfuhren oder die Einfuhren weder anstreben noch ergreifen noch aufrechterhalten⁽³⁾, ⁽⁴⁾. Dazu gehören sowohl von einem einzelnen Mitglied getroffene Maßnahmen als auch Maßnahmen im Rahmen von Übereinkünften und Vereinbarungen

(2) Ein Mitglied notifiziert dem Ausschuß für Schutzmaßnahmen umgehend eine gemäß Artikel 9 Absatz 1 getroffene Maßnahme.

(3) Ein Einfuhrkontingent, das im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des GATT 1994 und diesem Übereinkommen als Schutzmaßnahme angewendet wird, kann bei gegenseitigem Einvernehmen von dem Ausfuhrmitglied verwaltet werden.

(4) Zu ähnlichen Maßnahmen gehören beispielsweise: Mäßigung bei der Ausfuhr, Systeme zur Überwachung der Ausfuhr- bzw. der Einfuhrpreise, Überwachung der Einfuhren oder der Ausfuhren, obligatorische Einfuhrkartelle und nichtautomatische Verfahren für die Erteilung von Ausfuhr- oder Einfuhrlicenzen, durch die Schutz gewährt wird.

zwischen zwei oder mehreren Mitgliedern. Einschlägige Maßnahmen, die bei Inkrafttreten des WTO-Abkommens Anwendung finden, werden mit diesem Übereinkommen in Einklang gebracht oder gemäß Absatz 2 schrittweise beseitigt.

c) Dieses Übereinkommen gilt nicht für Maßnahmen, die von einem Mitglied gemäß anderen Bestimmungen des GATT 1994 als diesem Übereinkommen oder gemäß im Rahmen des GATT 1994 geschlossenen Protokollen und Übereinkünften oder Vereinbarungen angestrebt, getroffen oder aufrechterhalten werden.

2. Die in Absatz 1 Buchstabe b) vorgesehene schrittweise Beseitigung der Maßnahmen erfolgt nach Zeitplänen, die dem Ausschuß für Schutzmaßnahmen von den betroffenen Mitgliedern spätestens 180 Tage nach Inkrafttreten des WTO-Abkommens vorgelegt werden. Diese Zeitpläne sehen vor, daß alle in Absatz 1 benannten Maßnahmen binnen vier Jahren nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens beseitigt oder mit diesem Übereinkommen in Einklang gebracht werden, mit Ausnahme einer einzigen spezifischen Maßnahme je Einfuhrmitglied⁽⁵⁾, deren Geltungsdauer nicht über den 31. Dezember 1999 hinausgehen darf. Solche Ausnahmen sind zwischen den direkt betroffenen Mitgliedern gegenseitig zu vereinbaren und müssen dem Ausschuß für Schutzmaßnahmen binnen 90 Tagen nach Inkrafttreten des WTO-Abkommens zur Prüfung und Annahme vorgelegt werden. Im Anhang dieses Übereinkommens ist eine Maßnahme aufgeführt, die vereinbarungsgemäß unter diese Ausnahme fällt.

3. Die Mitglieder dürfen die Annahme oder die Aufrechterhaltung nichtstaatlicher Maßnahmen, die den Maßnahmen in Absatz 1 gleichwertig sind, durch öffentliche und private Unternehmen nicht fördern oder unterstützen.

Artikel 12

Notifikation und Konsultation

1. Ein Mitglied notifiziert dem Ausschuß für Schutzmaßnahmen umgehend:

- a) die Einleitung einer Untersuchung betreffend einen ernsthaften Schaden oder einen drohenden ernsthaften Schaden sowie die Gründe dafür;
- b) die Feststellung eines ernsthaften Schadens oder eines drohenden ernsthaften Schadens infolge eines Anstiegs der Einfuhren und
- c) die Annahme eines Beschlusses über die Anwendung oder Verlängerung einer Schutzmaßnahme.

2. Bei den Notifikationen gemäß Absatz 1 Buchstaben b) und c) übermittelt das Mitglied, das die Anwendung oder Verlängerung einer Schutzmaßnahme beabsichtigt, dem Ausschuß für Schutzmaßnahmen alle sachdienlichen Informationen wie: Beweise für einen ernsthaften Schaden oder einen drohenden ernsthaften Schaden infolge des Anstiegs der Einfuhren, eine genaue Beschreibung der fraglichen Ware und der beabsichtigten Maßnahme, das beabsichtigte Datum der Einführung der Maßnahme sowie die beabsichtigte Geltungsdauer und den Zeitplan für die schrittweise Liberalisierung. Im Falle der Verlängerung einer Maßnahme müssen auch Beweise dafür vorgelegt werden, daß der betroffene Wirtschaftszweig Anpassungen durchführt. Der Rat für Warenverkehr oder der Ausschuß für Schutzmaßnahmen kann von dem Mitglied, das die Anwendung oder die Verlängerung der Maßnahme beabsichtigt, für notwendig erachtete zusätzliche Informationen erbitten.

3. Ein Mitglied, daß die Anwendung oder Verlängerung einer Schutzmaßnahme beabsichtigt, gibt den Mitgliedern, die als Ausführer der fraglichen Ware ein wesentliches Interesse haben, ausreichende Gelegenheit zu vorausgehenden Konsultationen, um unter anderem die gemäß Absatz 2 übermittelten Informationen zu prüfen, einen Meinungs austausch über die Maßnahme zu ermöglichen und ein Einvernehmen über die Mittel zur Erreichung des Ziels nach Artikel 8 Abs. 1 zu erzielen.

4. Ein Mitglied notifiziert dem Ausschuß für Schutzmaßnahmen im voraus die Anwendung einer vorläufigen Schutzmaßnahme gemäß Artikel 6. Nach der Einführung der Maßnahme werden umgehend Konsultationen eingeleitet.

5. Die Ergebnisse der Konsultationen gemäß diesem Artikel sowie die Ergebnisse der Halbzeitüberprüfungen gemäß Artikel 7 Abs. 4, alle Kompensationen gemäß Artikel 8 Absatz 1 sowie alle beabsichtigten Aussetzungen von Zugeständnissen oder sonstigen Verpflichtungen gemäß Artikel 8 Absatz 2 werden dem Ausschuß für Warenverkehr von den betroffenen Mitgliedern umgehend notifiziert.

6. Die Mitglieder notifizieren dem Ausschuß für Schutzmaßnahmen umgehend ihre Gesetze, sonstigen Vorschriften und Verwaltungsverfahren betreffend Schutzmaßnahmen sowie einschlägige Änderungen.

7. Die Mitglieder, die bei Inkrafttreten des WTO-Abkommens geltende Maßnahmen nach Artikel 10 und Artikel 11 Absatz 1 aufrechterhalten, notifizieren dem Ausschuß für Schutzmaßnahmen diese Maßnahmen spätestens 60 Tage nach Inkrafttreten des WTO-Abkommens.

8. Ein Mitglied kann dem Ausschuß für Schutzmaßnahmen alle Gesetze, sonstigen Vorschriften und Verwaltungsverfahren sowie Maßnahmen oder Aktionen notifizieren, die unter dieses Abkommen fallen und die von anderen Mitgliedern, die gemäß diesem Übereinkommen zu solchen Notifikationen verpflichtet sind, nicht notifiziert wurden.

9. Jedes Mitglied kann dem Ausschuß für Schutzmaßnahmen nichtstaatliche Maßnahmen gemäß Artikel 11 Absatz 3 notifizieren.

10. Alle in diesem Übereinkommen vorgesehenen Notifikationen an den Rat für Warenverkehr erfolgen normalerweise über den Ausschuß für Schutzmaßnahmen.

11. Die Notifikationsbestimmungen dieses Übereinkommens verpflichten ein Mitglied nicht zur Preisgabe vertraulicher Informationen, deren Bekanntgabe die Durchsetzung der Rechtsvorschriften behindern oder dem öffentlichen Interesse in anderer Weise zuwiderlaufen oder die berechtigten Wirtschaftsinteressen bestimmter öffentlicher oder privater Unternehmen schädigen würde.

Artikel 13

Überwachung

1. Es wird ein Ausschuß für Schutzmaßnahmen eingesetzt, der dem Rat für Warenverkehr untersteht und allen Mitgliedern offensteht, die sich an seiner Arbeit beteiligen wollen. Der Ausschuß hat die Aufgabe:

(5) Die einzige Ausnahme dieser Art, zu der die Europäischen Gemeinschaften berechtigt sind, ist im Anhang dieses Übereinkommens aufgeführt.

- a) die allgemeine Umsetzung dieses Übereinkommens zu überwachen und dem Rat für Warenverkehr jährlich darüber zu berichten sowie Verbesserungsempfehlungen auszusprechen;
 - b) auf Antrag eines betroffenen Mitglieds zu untersuchen, ob die Verfahrensbestimmungen dieses Übereinkommens im Zusammenhang mit einer Schutzmaßnahme beachtet wurden, und den Rat für Warenverkehr über seine Feststellungen zu unterrichten;
 - c) die Mitglieder auf ihren Wunsch hin bei ihren Konsultationen gemäß diesem Übereinkommen zu unterstützen;
 - d) Maßnahmen nach Artikel 10 und Artikel 11 Absatz 1 zu prüfen, die schrittweise Beseitigung solcher Maßnahmen zu überwachen und gegebenenfalls den Rat für Warenverkehr zu unterrichten;
 - e) auf Antrag des Mitglieds, das eine Schutzmaßnahme trifft, zu prüfen, ob Vorschläge über die Aussetzung von Zugeständnissen oder sonstigen Verpflichtungen „im wesentlichen gleichwertig“ sind und gegebenenfalls den Rat für Warenverkehr zu unterrichten;
 - f) alle Notifikationen gemäß diesem Übereinkommen entgegenzunehmen und zu prüfen sowie gegebenenfalls den Rat für Warenverkehr zu unterrichten und
 - g) alle anderen Aufgaben im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen wahrzunehmen, die der Rat für Warenverkehr festlegt.
2. Um den Ausschuß bei der Überwachung zu unterstützen, erstellt das Sekretariat jährlich anhand der Notifikationen und sonstiger ihm zur Verfügung stehender zuverlässiger Informationen einen Tatsachenbericht über das Funktionieren dieses Übereinkommens.

Artikel 14

Streitbeilegung

Die Artikel XXII und XXIII des GATT 1994, wie sie durch die Streitbeilegungsvereinbarung ausgestaltet und angewendet werden, gelten für Konsultationen und für die Beilegung von Streitigkeiten im Rahmen dieses Übereinkommens.

ANHANG
AUSNAHMEN NACH ARTIKEL 11 ABSATZ 2

Betroffene Mitglieder	Ware	Außerkräfttreten
EG/Japan	Personenkraftwagen, Geländefahrzeuge, leichte Nutzfahrzeuge, leichte Lastkraftwagen (bis 5 t) und die gleichen Fahrzeuge vollständig in Einzelteile zerlegt	31. Dezember 1999

AGREEMENT ON SAFEGUARDS

Members,

Having in mind the overall objective of the Members to improve and strengthen the international trading system based on GATT 1994;

Recognizing the need to clarify and reinforce the disciplines of GATT 1994, and specifically those of its Article XIX (Emergency Action on Imports of Particular Products), to re-establish multilateral control over safeguards and eliminate measures that escape such control;

Recognizing the importance of structural adjustment and the need to enhance rather than limit competition in international markets; and

Recognizing further that, for these purposes, a comprehensive agreement, applicable to all Members and based on the basic principles of GATT 1994, is called for;

Hereby *agree* as follows:

Article 1

General Provision

This Agreement establishes rules for the application of safeguard measures which shall be understood to mean those measures provided for in Article XIX of GATT 1994.

Article 2

Conditions

1. A Member¹ may apply a safeguard measure to a product only if that Member has determined, pursuant to the provisions set out below, that such product is being imported into its territory in such increased quantities, absolute or relative to domestic production, and under such conditions as to cause or threaten to cause serious injury to the domestic industry that produces like or directly competitive products.
2. Safeguard measures shall be applied to a product being imported irrespective of its source.

¹ A customs union may apply a safeguard measure as a single unit or on behalf of a member State. When a customs union applies a safeguard measure as a single unit, all the requirements for the determination of serious injury or threat thereof under this Agreement shall be based on the conditions existing in the customs union as a whole. When a safeguard measure is applied on behalf of a member State, all the requirements for the determination of serious injury or threat thereof shall be based on the conditions existing in that member State and the measure shall be limited to that member State. Nothing in this Agreement prejudices the interpretation of the relationship between Article XIX and paragraph 8 of Article XXIV of GATT 1994.

*Article 3**Investigation*

1. A Member may apply a safeguard measure only following an investigation by the competent authorities of that Member pursuant to procedures previously established and made public in consonance with Article X of GATT 1994. This investigation shall include reasonable public notice to all interested parties and public hearings or other appropriate means in which importers, exporters and other interested parties could present evidence and their views, including the opportunity to respond to the presentations of other parties and to submit their views, *inter alia*, as to whether or not the application of a safeguard measure would be in the public interest. The competent authorities shall publish a report setting forth their findings and reasoned conclusions reached on all pertinent issues of fact and law.

2. Any information which is by nature confidential or which is provided on a confidential basis shall, upon cause being shown, be treated as such by the competent authorities. Such information shall not be disclosed without permission of the party submitting it. Parties providing confidential information may be requested to furnish non-confidential summaries thereof or, if such parties indicate that such information cannot be summarized, the reasons why a summary cannot be provided. However, if the competent authorities find that a request for confidentiality is not warranted and if the party concerned is either unwilling to make the information public or to authorize its disclosure in generalized or summary form, the authorities may disregard such information unless it can be demonstrated to their satisfaction from appropriate sources that the information is correct.

*Article 4**Determination of Serious Injury or Threat Thereof*

1. For the purposes of this Agreement:

- (a) "serious injury" shall be understood to mean a significant overall impairment in the position of a domestic industry;
- (b) "threat of serious injury" shall be understood to mean serious injury that is clearly imminent, in accordance with the provisions of paragraph 2. A determination of the existence of a threat of serious injury shall be based on facts and not merely on allegation, conjecture or remote possibility; and
- (c) in determining injury or threat thereof, a "domestic industry" shall be understood to mean the producers as a whole of the like or directly competitive products operating within the territory of a Member, or those whose collective output of the like or directly competitive products constitutes a major proportion of the total domestic production of those products.

2. (a) In the investigation to determine whether increased imports have caused or are threatening to cause serious injury to a domestic industry under the terms of this Agreement, the competent authorities shall evaluate all relevant factors of an objective and quantifiable nature having a bearing on the situation of that industry, in particular, the rate and amount of the increase in imports of the product concerned in absolute and relative terms, the share of the domestic market taken by increased imports, changes in the level of sales, production, productivity, capacity utilization, profits and losses, and employment.

(b) The determination referred to in subparagraph (a) shall not be made unless this investigation demonstrates, on the basis of objective evidence, the existence of the causal link between increased imports of the product concerned and serious injury or threat thereof. When factors other than increased imports are causing injury to the domestic industry at the same time, such injury shall not be attributed to increased imports.

(c) The competent authorities shall publish promptly, in accordance with the provisions of Article 3, a detailed analysis of the case under investigation as well as a demonstration of the relevance of the factors examined.

Article 5

Application of Safeguard Measures

1. A Member shall apply safeguard measures only to the extent necessary to prevent or remedy serious injury and to facilitate adjustment. If a quantitative restriction is used, such a measure shall not reduce the quantity of imports below the level of a recent period which shall be the average of imports in the last three representative years for which statistics are available, unless clear justification is given that a different level is necessary to prevent or remedy serious injury. Members should choose measures most suitable for the achievement of these objectives.

2. (a) In cases in which a quota is allocated among supplying countries, the Member applying the restrictions may seek agreement with respect to the allocation of shares in the quota with all other Members having a substantial interest in supplying the product concerned. In cases in which this method is not reasonably practicable, the Member concerned shall allot to Members having a substantial interest in supplying the product shares based upon the proportions, supplied by such Members during a previous representative period, of the total quantity or value of imports of the product, due account being taken of any special factors which may have affected or may be affecting the trade in the product.

(b) A Member may depart from the provisions in subparagraph (a) provided that consultations under paragraph 3 of Article 12 are conducted under the auspices of the Committee on Safeguards provided for in paragraph 1 of Article 13 and that clear demonstration is provided to the Committee that (i) imports from certain Members have increased in disproportionate percentage in relation to the total increase of imports of the product concerned in the representative period, (ii) the reasons for the departure from the provisions in subparagraph (a) are justified, and (iii) the conditions of such departure are equitable to all suppliers of the product concerned. The duration of any such measure shall not be extended beyond the initial period under paragraph 1 of Article 7. The departure referred to above shall not be permitted in the case of threat of serious injury.

Article 6

Provisional Safeguard Measures

In critical circumstances where delay would cause damage which it would be difficult to repair, a Member may take a provisional safeguard measure pursuant to a preliminary determination that there is clear evidence that increased imports have caused or are threatening to cause serious injury. The duration of the provisional measure shall not exceed 200 days, during which period the pertinent requirements of Articles 2 through 7 and 12 shall be met. Such measures should take the form of tariff increases to be promptly refunded if the subsequent investigation referred to in paragraph 2 of Article 4 does not determine that increased imports have caused or threatened to cause serious injury to a domestic industry. The duration of any such provisional measure shall be counted as a part of the initial period and any extension referred to in paragraphs 1, 2 and 3 of Article 7.

*Article 7**Duration and Review of Safeguard Measures*

1. A Member shall apply safeguard measures only for such period of time as may be necessary to prevent or remedy serious injury and to facilitate adjustment. The period shall not exceed four years, unless it is extended under paragraph 2.
2. The period mentioned in paragraph 1 may be extended provided that the competent authorities of the importing Member have determined, in conformity with the procedures set out in Articles 2, 3, 4 and 5, that the safeguard measure continues to be necessary to prevent or remedy serious injury and that there is evidence that the industry is adjusting, and provided that the pertinent provisions of Articles 8 and 12 are observed.
3. The total period of application of a safeguard measure including the period of application of any provisional measure, the period of initial application and any extension thereof, shall not exceed eight years.
4. In order to facilitate adjustment in a situation where the expected duration of a safeguard measure as notified under the provisions of paragraph 1 of Article 12 is over one year, the Member applying the measure shall progressively liberalize it at regular intervals during the period of application. If the duration of the measure exceeds three years, the Member applying such a measure shall review the situation not later than the mid-term of the measure and, if appropriate, withdraw it or increase the pace of liberalization. A measure extended under paragraph 2 shall not be more restrictive than it was at the end of the initial period, and should continue to be liberalized.
5. No safeguard measure shall be applied again to the import of a product which has been subject to such a measure, taken after the date of entry into force of the WTO Agreement, for a period of time equal to that during which such measure had been previously applied, provided that the period of non-application is at least two years.
6. Notwithstanding the provisions of paragraph 5, a safeguard measure with a duration of 180 days or less may be applied again to the import of a product if:
 - (a) at least one year has elapsed since the date of introduction of a safeguard measure on the import of that product; and
 - (b) such a safeguard measure has not been applied on the same product more than twice in the five-year period immediately preceding the date of introduction of the measure.

*Article 8**Level of Concessions and Other Obligations*

1. A Member proposing to apply a safeguard measure or seeking an extension of a safeguard measure shall endeavour to maintain a substantially equivalent level of concessions and other obligations to that existing under GATT 1994 between it and the exporting Members which would be affected by such a measure, in accordance with the provisions of paragraph 3 of Article 12. To achieve this objective, the Members concerned may agree on any adequate means of trade compensation for the adverse effects of the measure on their trade.

2. If no agreement is reached within 30 days in the consultations under paragraph 3 of Article 12, then the affected exporting Members shall be free, not later than 90 days after the measure is applied, to suspend, upon the expiration of 30 days from the day on which written notice of such suspension is received by the Council for Trade in Goods, the application of substantially equivalent concessions or other obligations under GATT 1994, to the trade of the Member applying the safeguard measure, the suspension of which the Council for Trade in Goods does not disapprove.

3. The right of suspension referred to in paragraph 2 shall not be exercised for the first three years that a safeguard measure is in effect, provided that the safeguard measure has been taken as a result of an absolute increase in imports and that such a measure conforms to the provisions of this Agreement.

Article 9

Developing Country Members

1. Safeguard measures shall not be applied against a product originating in a developing country Member as long as its share of imports of the product concerned in the importing Member does not exceed 3 per cent, provided that developing country Members with less than 3 per cent import share collectively account for not more than 9 per cent of total imports of the product concerned.²

2. A developing country Member shall have the right to extend the period of application of a safeguard measure for a period of up to two years beyond the maximum period provided for in paragraph 3 of Article 7. Notwithstanding the provisions of paragraph 5 of Article 7, a developing country Member shall have the right to apply a safeguard measure again to the import of a product which has been subject to such a measure, taken after the date of entry into force of the WTO Agreement, after a period of time equal to half that during which such a measure has been previously applied, provided that the period of non-application is at least two years.

Article 10

Pre-existing Article XIX Measures

Members shall terminate all safeguard measures taken pursuant to Article XIX of GATT 1947 that were in existence on the date of entry into force of the WTO Agreement not later than eight years after the date on which they were first applied or five years after the date of entry into force of the WTO Agreement, whichever comes later.

Article 11

Prohibition and Elimination of Certain Measures

1. (a) A Member shall not take or seek any emergency action on imports of particular products as set forth in Article XIX of GATT 1994 unless such action conforms with the provisions of that Article applied in accordance with this Agreement.

(b) Furthermore, a Member shall not seek, take or maintain any voluntary export restraints, orderly marketing arrangements or any other similar measures on the export or the import side.^{3,4} These include actions taken by a single Member as well as actions under agreements,

² A Member shall immediately notify an action taken under paragraph 1 of Article 9 to the Committee on Safeguards.

³ An import quota applied as a safeguard measure in conformity with the relevant provisions of GATT 1994 and this Agreement may, by mutual agreement, be administered by the exporting Member.

arrangements and understandings entered into by two or more Members. Any such measure in effect on the date of entry into force of the WTO Agreement shall be brought into conformity with this Agreement or phased out in accordance with paragraph 2.

(c) This Agreement does not apply to measures sought, taken or maintained by a Member pursuant to provisions of GATT 1994 other than Article XIX, and Multilateral Trade Agreements in Annex 1A other than this Agreement, or pursuant to protocols and agreements or arrangements concluded within the framework of GATT 1994.

2. The phasing out of measures referred to in paragraph 1(b) shall be carried out according to timetables to be presented to the Committee on Safeguards by the Members concerned not later than 180 days after the date of entry into force of the WTO Agreement. These timetables shall provide for all measures referred to in paragraph 1 to be phased out or brought into conformity with this Agreement within a period not exceeding four years after the date of entry into force of the WTO Agreement, subject to not more than one specific measure per importing Member⁵, the duration of which shall not extend beyond 31 December 1999. Any such exception must be mutually agreed between the Members directly concerned and notified to the Committee on Safeguards for its review and acceptance within 90 days of the entry into force of the WTO Agreement. The Annex to this Agreement indicates a measure which has been agreed as falling under this exception.

3. Members shall not encourage or support the adoption or maintenance by public and private enterprises of non-governmental measures equivalent to those referred to in paragraph 1.

Article 12

Notification and Consultation

1. A Member shall immediately notify the Committee on Safeguards upon:
 - (a) initiating an investigatory process relating to serious injury or threat thereof and the reasons for it;
 - (b) making a finding of serious injury or threat thereof caused by increased imports; and
 - (c) taking a decision to apply or extend a safeguard measure.
2. In making the notifications referred to in paragraphs 1(b) and 1(c), the Member proposing to apply or extend a safeguard measure shall provide the Committee on Safeguards with all pertinent information, which shall include evidence of serious injury or threat thereof caused by increased imports, precise description of the product involved and the proposed measure, proposed date of introduction, expected duration and timetable for progressive liberalization. In the case of an extension of a measure, evidence that the industry concerned is adjusting shall also be provided. The Council for Trade in Goods or the Committee on Safeguards may request such additional information as they may consider necessary from the Member proposing to apply or extend the measure.
3. A Member proposing to apply or extend a safeguard measure shall provide adequate opportunity for prior consultations with those Members having a substantial interest as exporters of the product concerned, with a view to, *inter alia*, reviewing the information provided under paragraph 2, exchanging views on the measure and reaching an understanding on ways to achieve the objective set out in paragraph 1 of Article 8.

⁴ Examples of similar measures include export moderation, export-price or import-price monitoring systems, export or import surveillance, compulsory import cartels and discretionary export or import licensing schemes, any of which afford protection.

⁵ The only such exception to which the European Communities is entitled is indicated in the Annex to this Agreement.

4. A Member shall make a notification to the Committee on Safeguards before taking a provisional safeguard measure referred to in Article 6. Consultations shall be initiated immediately after the measure is taken.
5. The results of the consultations referred to in this Article, as well as the results of mid-term reviews referred to in paragraph 4 of Article 7, any form of compensation referred to in paragraph 1 of Article 8, and proposed suspensions of concessions and other obligations referred to in paragraph 2 of Article 8, shall be notified immediately to the Council for Trade in Goods by the Members concerned.
6. Members shall notify promptly the Committee on Safeguards of their laws, regulations and administrative procedures relating to safeguard measures as well as any modifications made to them.
7. Members maintaining measures described in Article 10 and paragraph 1 of Article 11 which exist on the date of entry into force of the WTO Agreement shall notify such measures to the Committee on Safeguards not later than 60 days after the date of entry into force of the WTO Agreement.
8. Any Member may notify the Committee on Safeguards of all laws, regulations, administrative procedures and any measures or actions dealt with in this Agreement that have not been notified by other Members that are required by this Agreement to make such notifications.
9. Any Member may notify the Committee on Safeguards of any non-governmental measures referred to in paragraph 3 of Article 11.
10. All notifications to the Council for Trade in Goods referred to in this Agreement shall normally be made through the Committee on Safeguards.
11. The provisions on notification in this Agreement shall not require any Member to disclose confidential information the disclosure of which would impede law enforcement or otherwise be contrary to the public interest or would prejudice the legitimate commercial interests of particular enterprises, public or private.

Article 13

Surveillance

1. A Committee on Safeguards is hereby established, under the authority of the Council for Trade in Goods, which shall be open to the participation of any Member indicating its wish to serve on it. The Committee will have the following functions:
 - (a) to monitor, and report annually to the Council for Trade in Goods on, the general implementation of this Agreement and make recommendations towards its improvement;
 - (b) to find, upon request of an affected Member, whether or not the procedural requirements of this Agreement have been complied with in connection with a safeguard measure, and report its findings to the Council for Trade in Goods;
 - (c) to assist Members, if they so request, in their consultations under the provisions of this Agreement;

- (d) to examine measures covered by Article 10 and paragraph 1 of Article 11, monitor the phase-out of such measures and report as appropriate to the Council for Trade in Goods;
- (e) to review, at the request of the Member taking a safeguard measure, whether proposals to suspend concessions or other obligations are "substantially equivalent", and report as appropriate to the Council for Trade in Goods;
- (f) to receive and review all notifications provided for in this Agreement and report as appropriate to the Council for Trade in Goods; and
- (g) to perform any other function connected with this Agreement that the Council for Trade in Goods may determine.

2. To assist the Committee in carrying out its surveillance function, the Secretariat shall prepare annually a factual report on the operation of this Agreement based on notifications and other reliable information available to it.

Article 14

Dispute Settlement

The provisions of Articles XXII and XXIII of GATT 1994 as elaborated and applied by the Dispute Settlement Understanding shall apply to consultations and the settlement of disputes arising under this Agreement.

ANNEX

EXCEPTION REFERRED TO IN PARAGRAPH 2 OF ARTICLE 11

Members concerned	Product	Termination
EC/Japan	Passenger cars, off road vehicles, light commercial vehicles, light trucks (up to 5 tonnes), and the same vehicles in wholly knocked-down form (CKD sets).	31 December 1999

ANHANG 3

MECHANISMUS ZUR ÜBERPRÜFUNG DER HANDELSPOLITIK

Die Mitglieder kommen wie folgt überein:

A. Ziele

i) Zweck des Mechanismus zur Überprüfung der Handelspolitik ("TPRM") ist es, zur besseren Einhaltung der Regeln, Disziplinen und Verpflichtungen im Rahmen der Multilateralen Handelsabkommen und gegebenenfalls der Plurilateralen Handelsübereinkünfte durch alle Mitglieder und damit zu einem reibungsloseren Funktionieren des multilateralen Handelssystems beizutragen, indem eine größere Transparenz und ein besseres Verständnis der Handelspolitiken und -praktiken der Mitglieder gewährleistet werden. Zu diesem Zweck ermöglicht der Überprüfungsmechanismus eine regelmäßige gemeinsame Würdigung und Bewertung des gesamten Spektrums der Handelspolitiken und -praktiken der einzelnen Mitglieder und ihrer Auswirkungen auf das multilaterale Handelssystem. Er soll jedoch nicht als Grundlage für die Durchsetzung spezifischer Verpflichtungen im Rahmen der Abkommen oder für die Streitbeilegung oder dazu dienen, den Mitgliedern weitere handelspolitische Verpflichtungen aufzuerlegen.

ii) Die im Rahmen des Überprüfungsmechanismus durchgeführte Bewertung berücksichtigt, soweit erforderlich, die umfassenderen wirtschafts- und entwicklungspolitischen Erfordernisse, Maßnahmen und Ziele des betreffenden Mitglieds sowie sein außenwirtschaftliches Umfeld. Zweck des Überprüfungsmechanismus ist es jedoch, die Auswirkungen der Handelspolitiken und -praktiken eines Mitglieds auf das multilaterale Handelssystem zu untersuchen.

B. Innerstaatliche Transparenz

Die Mitglieder erkennen die Bedeutung der innerstaatlichen Transparenz von handelspolitischen Entscheidungen der Regierung sowohl für die Wirtschaft der Mitglieder als auch für das multilaterale Handelssystem an und vereinbaren, eine größere Transparenz in ihren eigenen Systemen anzustreben und zu fördern; sie erkennen an, daß die Herstellung der innerstaatlichen Transparenz freiwillig bleiben und die rechtlichen und politischen Strukturen der einzelnen Mitglieder berücksichtigen muß.

C. Überprüfungsverfahren

i) Hiermit wird das Organ zur Überprüfung der Handelspolitik (im folgenden "TPRB" genannt) eingesetzt; seine Aufgabe ist es, die Überprüfungen der Handelspolitik durchzuführen.

ii) Die Handelspolitiken und -praktiken aller Mitglieder werden regelmäßigen Prüfungen unterzogen. Der Einfluß der einzelnen Mitglieder auf das Funktionieren des multilateralen Handelssystems, gemessen an ihrem Anteil am Welthandel in einem nicht lange zurückliegenden repräsentativen Zeitraum, ist der ausschlaggebende Faktor bei der Festlegung der Häufigkeit der Überprüfungen. Die vier größten nach dieser Regel ermittelten Handelspartner (die Europäischen Gemeinschaften gelten als ein Partner) werden alle zwei Jahre, die folgenden 16 alle vier Jahre überprüft. Für die anderen Mitglieder beträgt der Zeitabstand zwischen zwei Überprüfungen sechs Jahre, mit Ausnahme der am wenigsten entwickelten Mitglieder, für die längere Zeitabstände festgelegt werden können. Es wird vereinbart, daß die Überprüfung von Handelspartnern, die eine gemeinsame Außenwirtschaftspolitik betreiben, an der mehr als ein Mitglied beteiligt ist, alle handelsrelevanten Politiken einschließlich der einschlägigen Politik und Praktiken der einzelnen Mitglieder umfaßt. Bei Änderungen der Handelspolitiken oder -praktiken eines Mitglieds, die erhebliche Auswirkungen auf die Handelspartner haben können, kann das TPRB das betreffende Mitglied ausnahmsweise nach Konsultation auffordern, die nächste Überprüfung zeitlich vorzulegen.

iii) Die Beratungen in den Sitzungen des TPRB orientieren sich an den unter Absatz A festgelegten Zielen. Im Mittelpunkt dieser Beratungen stehen die Handelspolitiken und -praktiken des Mitglieds, die bei der Überprüfung beurteilt werden sollen.

iv) Das TPRB legt einen Rahmenplan für die Durchführung der Überprüfungen fest. Es kann auch aktualisierte Berichte der Mitglieder beraten und zur Kenntnis nehmen. Das TPRB legt in Absprache mit den direkt betroffenen Mitgliedern ein Überprüfungsprogramm für jedes Jahr fest. Nach Absprache mit dem Mitglied oder den Mitgliedern, die überprüft werden, kann der Vorsitzende Diskussionsteilnehmer ernennen, die im eigenen Namen sprechen und die Beratungen im TPRB einleiten.

v) Das TPRB stützt seine Arbeit auf folgende Unterlagen:

a) einen vollständigen Bericht des (der) zu überprüfenden Mitglieds(er) gemäß Absatz D;

b) einen vom Sekretariat in eigener Verantwortung erstellten Bericht, der sich auf die ihm zur Verfügung stehenden und die von dem betreffenden Mitglied oder den betreffenden Mitgliedern erteilten Auskünfte stützt. Das Sekretariat sollte sich die Handelspolitiken und -praktiken von dem betreffenden Mitglied oder den betreffenden Mitgliedern erläutern lassen.

vi) Die Berichte des überprüften Mitglieds und des Sekretariats sowie das Protokoll der entsprechenden Sitzung des TPRB werden nach der Überprüfung unverzüglich veröffentlicht.

vii) Diese Unterlagen werden der Ministerkonferenz zugeleitet, die sie zur Kenntnis nimmt.

D. Berichterstattung

Um ein höchstmögliches Maß an Transparenz zu erreichen, erstattet jedes Mitglied dem TPRB regelmäßig Bericht. In ausführlichen Berichten werden die Handelspolitiken und -praktiken des betreffenden Mitglieds oder der betreffenden Mitglieder nach einem vom TPRB festzulegenden Muster beschrieben. Dieses Muster richtet sich zunächst nach dem mit Beschluß vom 19. Juli 1989 (BISD 36S/406-409) festgelegten Standardmuster für Länderberichte und wird, soweit erforderlich, so angepaßt, daß die Berichte alle Aspekte der Handelspolitiken abdecken, die unter die in Anhang 1 genannten Multilateralen Handelsübereinkünfte und gegebenenfalls die Plurilateralen Handelsübereinkünfte fallen. Das TPRB kann das Muster aufgrund seiner Erfahrungen ändern. Zwischen den Überprüfungen erstellen die Mitglieder Kurzberichte, wenn sich in ihren Handelspolitiken wesentliche Änderungen ergeben; die statistischen Informationen werden nach dem vereinbarten Muster jährlich aktualisiert. Die besonderen Schwierigkeiten der am wenigsten entwickelten Mitglieder bei der Erstellung ihrer Berichte sind besonders zu berücksichtigen. Das Sekretariat stellt auf Antrag den Entwicklungsland-Mitgliedern, insbesondere den am wenigsten entwickelten Mitgliedern, technische Hilfe zur Verfügung. Die in den Berichten enthaltenen Informationen sollten so weit wie möglich mit den Notifikationen gemäß den Multilateralen Handelsübereinkünften und gegebenenfalls den Plurilateralen Handelsübereinkünften abgestimmt werden.

E. Zusammenhang mit den Zahlungsbilanzbestimmungen des GATT 1994 und des GATS

Die Mitglieder erkennen an, daß die Belastung für die Regierungen, die auch dem umfassenden Konsultationsverfahren aufgrund der Zahlungsbilanzbestimmungen des GATT 1994 oder des GATS unterliegen, so gering wie möglich gehalten werden sollte. In diesem Sinne wird der Vorsitzende des TPRB in Absprache mit dem betreffenden Mitglied oder den betreffenden Mitgliedern und mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Beschränkungen aus Zahlungsbilanzgründen administrative Verfahren ausarbeiten, durch die der normale Rhythmus der Überprüfungen der Handelspolitik mit dem Zeitplan für Zahlungsbilanzkonsultationen abgestimmt, die Überprüfung der Handelspolitik jedoch nicht um mehr als 12 Monate aufgeschoben wird.

F. Beurteilung des Mechanismus

Das TPRB beurteilt das Funktionieren des Mechanismus zur Überprüfung der Handelspolitik spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens zur Errichtung der WTO. Die Ergebnisse der Beurteilung werden der Ministerkonferenz vorgelegt. In der Folge kann das TPRB in Zeitabständen, die es festlegt, oder auf Antrag der Ministerkonferenz weitere Beurteilungen des TPRM vornehmen.

G. Überblick über Entwicklungen der internationalen Handelsbedingungen

Das TPRB erstellt außerdem einen jährlichen Überblick über Entwicklungen in den internationalen Handelsbedingungen, die sich auf das multilaterale Handelssystem auswirken. Der Überblick wird ergänzt durch einen Jahresbericht des Generaldirektors, in dem die wichtigsten Tätigkeiten der WTO dargelegt und wichtige politische Themen, die das Handelssystem betreffen, herausgestellt werden.

ANNEX 3

TRADE POLICY REVIEW MECHANISM

Members hereby agree as follows:

A. *Objectives*

(i) The purpose of the Trade Policy Review Mechanism ("TPRM") is to contribute to improved adherence by all Members to rules, disciplines and commitments made under the Multilateral Trade Agreements and, where applicable, the Plurilateral Trade Agreements, and hence to the smoother functioning of the multilateral trading system, by achieving greater transparency in, and understanding of, the trade policies and practices of Members. Accordingly, the review mechanism enables the regular collective appreciation and evaluation of the full range of individual Members' trade policies and practices and their impact on the functioning of the multilateral trading system. It is not, however, intended to serve as a basis for the enforcement of specific obligations under the Agreements or for dispute settlement procedures, or to impose new policy commitments on Members.

(ii) The assessment carried out under the review mechanism takes place, to the extent relevant, against the background of the wider economic and developmental needs, policies and objectives of the Member concerned, as well as of its external environment. However, the function of the review mechanism is to examine the impact of a Member's trade policies and practices on the multilateral trading system.

B. *Domestic transparency*

Members recognize the inherent value of domestic transparency of government decision-making on trade policy matters for both Members' economies and the multilateral trading system, and agree to encourage and promote greater transparency within their own systems, acknowledging that the implementation of domestic transparency must be on a voluntary basis and take account of each Member's legal and political systems.

C. *Procedures for review*

(i) The Trade Policy Review Body (referred to herein as the "TPRB") is hereby established to carry out trade policy reviews.

(ii) The trade policies and practices of all Members shall be subject to periodic review. The impact of individual Members on the functioning of the multilateral trading system, defined in terms of their share of world trade in a recent representative period, will be the determining factor in deciding on the frequency of reviews. The first four trading entities so identified (counting the European Communities as one) shall be subject to review every two years. The next 16 shall be reviewed every four years. Other Members shall be reviewed every six years, except that a longer period may be fixed for least-developed country Members. It is understood that the review of entities having a common external policy covering more than one Member shall cover all components of policy affecting trade including relevant policies and practices of the individual Members. Exceptionally, in the event of changes in a Member's trade policies or practices that may have a significant impact on its trading partners, the Member concerned may be requested by the TPRB, after consultation, to bring forward its next review.

(iii) Discussions in the meetings of the TPRB shall be governed by the objectives set forth in paragraph A. The focus of these discussions shall be on the Member's trade policies and practices, which are the subject of the assessment under the review mechanism.

(iv) The TPRB shall establish a basic plan for the conduct of the reviews. It may also discuss and take note of update reports from Members. The TPRB shall establish a programme of reviews for each year in consultation with the Members directly concerned. In consultation with the Member or Members under review, the Chairman may choose discussants who, acting in their personal capacity, shall introduce the discussions in the TPRB.

(v) The TPRB shall base its work on the following documentation:

- (a) a full report, referred to in paragraph D, supplied by the Member or Members under review;
- (b) a report, to be drawn up by the Secretariat on its own responsibility, based on the information available to it and that provided by the Member or Members concerned. The Secretariat should seek clarification from the Member or Members concerned of their trade policies and practices.

(vi) The reports by the Member under review and by the Secretariat, together with the minutes of the respective meeting of the TPRB, shall be published promptly after the review.

(vii) These documents will be forwarded to the Ministerial Conference, which shall take note of them.

D. *Reporting*

In order to achieve the fullest possible degree of transparency, each Member shall report regularly to the TPRB. Full reports shall describe the trade policies and practices pursued by the Member or Members concerned, based on an agreed format to be decided upon by the TPRB. This format shall initially be based on the Outline Format for Country Reports established by the Decision of 19 July 1989 (BISD 36S/406-409), amended as necessary to extend the coverage of reports to all aspects of trade policies covered by the Multilateral Trade Agreements in Annex 1 and, where applicable, the Plurilateral Trade Agreements. This format may be revised by the TPRB in the light of experience. Between reviews, Members shall provide brief reports when there are any significant changes in their trade policies; an annual update of statistical information will be provided according to the agreed format. Particular account shall be taken of difficulties presented to least-developed country Members in compiling their reports. The Secretariat shall make available technical assistance on request to developing country Members, and in particular to the least-developed country Members. Information contained in reports should to the greatest extent possible be coordinated with notifications made under provisions of the Multilateral Trade Agreements and, where applicable, the Plurilateral Trade Agreements.

E. *Relationship with the balance-of-payments provisions of GATT 1994 and GATS*

Members recognize the need to minimize the burden for governments also subject to full consultations under the balance-of-payments provisions of GATT 1994 or GATS. To this end, the Chairman of the TPRB shall, in consultation with the Member or Members concerned, and with the Chairman of the Committee on Balance-of-Payments Restrictions, devise administrative arrangements that harmonize the normal rhythm of the trade policy reviews with the timetable for balance-of-payments consultations but do not postpone the trade policy review by more than 12 months.

F. *Appraisal of the Mechanism*

The TPRB shall undertake an appraisal of the operation of the TPRM not more than five years after the entry into force of the Agreement Establishing the WTO. The results of the appraisal will be presented to the Ministerial Conference. It may subsequently undertake appraisals of the TPRM at intervals to be determined by it or as requested by the Ministerial Conference.

G. *Overview of Developments in the International Trading Environment*

An annual overview of developments in the international trading environment which are having an impact on the multilateral trading system shall also be undertaken by the TPRB. The overview is to be assisted by an annual report by the Director-General setting out major activities of the WTO and highlighting significant policy issues affecting the trading system.

BESCHLUSS ZU MASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER AM WENIGSTEN ENTWICKELTEN LÄNDER

Die Minister -

in Erkenntnis der Notlage der am wenigsten entwickelten Länder und der Notwendigkeit, ihre wirksame Teilnahme am Welthandelssystem zu sichern und weitere Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Handelsmöglichkeiten zu treffen;

in Erkenntnis der besonderen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder im Bereich des Marktzugangs, wo eine Fortsetzung des bevorzugten Zugangs ein wichtiges Mittel zur Verbesserung ihrer Handelsmöglichkeiten bleibt;

in Bekräftigung ihrer Verpflichtung zur vollen Umsetzung der Bestimmungen betreffend die am wenigsten entwickelten Länder und den Absätzen 2 Buchstabe d, 6 und 8 des am 28. November 1979 angenommenen Beschlusses über differenzierte und günstigere Behandlung, Gegenseitigkeit und vollere Beteiligung der Entwicklungsländer;

im Hinblick auf die in Abschnitt B Ziffer vii des Teils I der Ministererklärung von Punta del Este vorgesehene Verpflichtung der Teilnehmer -

1. beschließen, daß die am wenigsten entwickelten Länder, falls dies nicht bereits in den im Verlauf der Uruguay-Runde ausgehandelten Übereinkünften vorgesehen ist, ungeachtet der Annahme dieser Übereinkünfte durch sie, solange sie in dieser Kategorie verbleiben bei gleichzeitiger Einhaltung der in den vorgenannten Übereinkünften vorgesehenen allgemeinen Regeln nur in dem Maß Verpflichtungen und Zugeständnisse eingehen müssen, wie dies mit ihren jeweiligen Entwicklungs-, Finanz- und Handelserfordernissen sowie ihren administrativen und institutionellen Fähigkeiten vereinbar ist. Den am wenigsten entwickelten Ländern wird eine zusätzliche Frist von einem Jahr vom 15. April 1994 an zur Vorlage ihrer Zollzugeständnislisten nach Artikel XI des Übereinkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation eingeräumt;

2. vereinbaren, daß

- i) die zügige Umsetzung aller zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder getroffenen besonderen und differenzierten Maßnahmen einschließlich der im Rahmen der Uruguay-Runde getroffenen, unter anderem durch regelmäßige Überprüfungen sichergestellt wird;
- ii) soweit möglich die in der Uruguay-Runde vereinbarten Meistbegünstigungszugeständnisse bei den Zöllen und nichttarifären Maßnahmen für Erzeugnisse, die für die Ausfuhr der am wenigsten entwickelten Länder von Interesse sind, autonom, im voraus und ohne Abstufung umgesetzt werden können. Geplant sind, eine weitere Erhöhung des Bruttonutzenprodukts sowie andere Programme für Erzeugnisse, die für die Ausfuhr der am wenigsten entwickelten Länder von besonderem Interesse sind, zu erwägen;
- iii) die in den verschiedenen Übereinkünften sowie in den Übergangsbestimmungen der Uruguay-Runde vorgesehenen Regeln in einer flexiblen Weise angewendet werden sollen, so daß die am wenigsten entwickelten Länder unterstützt werden. Dazu sollen von den am wenigsten entwickelten Ländern angesprochene konkrete und begründete Anliegen in den entsprechenden Räten und Ausschüssen wohlwollend berücksichtigt werden;
- iv) die Ausführinteressen der am wenigsten entwickelten Länder bei der Anwendung von Maßnahmen zur Einfuhrerleichterung und anderen Maßnahmen nach Artikel XXXVII Absatz 3 Buchstabe c des GATT 1947 und der entsprechenden Bestimmung des GATT 1994 besonders zu berücksichtigen sind;
- v) den am wenigsten entwickelten Ländern zur Entwicklung, Stärkung und Diversifizierung ihrer Produktion und Ausführgrundlagen einschließlich der Dienstleistungen sowie zur Handelsförderung ein erheblich größeres Maß an technischer Hilfe gewährt wird, um es ihnen zu ermöglichen, möglichst großen Nutzen aus dem liberalisierten Marktzugang zu ziehen;

3. vereinbaren, die besonderen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder einer ständigen Überprüfung zu unterziehen und sich weiterhin um positive Maßnahmen zur Erleichterung der Ausweitung von Handelsmöglichkeiten zugunsten dieser Länder zu bemühen.

ERKLÄRUNG ZUM BEITRAG DER WELTHANDELSORGANISATION ZUR VERWIRKLICHUNG EINER GRÖßEREN KOHÄRENZ DER GLOBALEN WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN ENTWICKLUNG

1. Die Minister erkennen an, daß die Globalisierung der Weltwirtschaft immer engere Wechselwirkungen zwischen den Wirtschaftspolitiken der einzelnen Ländern zur Folge hat, einschließlich der Wechselwirkungen zwischen den strukturellen, makroökonomischen, handelspolitischen, finanziellen und entwicklungspolitischen Aspekten der wirtschaftspolitischen Entwicklung. Die Aufgabe einer Harmonisierung dieser Politiken obliegt in erster Linie den nationalen Regierungen, doch ist ihre Kohärenz auf internationaler Ebene ein wichtiges und wertvolles Element für eine größere Wirksamkeit dieser Politiken auf nationaler Ebene. Die während der Uruguay-Runde geschlossenen Übereinkünfte beweisen, daß alle teilnehmenden Regierungen der Beitrag, den eine liberale Handelspolitik für ein gesundes Wachstum und eine gesunde Entwicklung der eigenen Volkswirtschaften und der Weltwirtschaft als Ganzes leistet, anerkennen.

2. Eine erfolgreiche Zusammenarbeit in allen Bereichen der Wirtschaftspolitik trägt auch zu Fortschritten in anderen Bereichen bei. Eine größere Wechselkursstabilität, die auf stärker geordneten wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen beruht, sollte zur nachhaltigen Ausweitung des Handels, zu Wachstum und nachhaltiger Entwicklung sowie zur Beseitigung außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte beitragen. Darüber hinaus besteht die Notwendigkeit einer angemessenen und rechtzeitigen Bereitstellung von Finanzmitteln mit und ohne Vorzugsbedingungen und Sachinvestitionen an die Entwicklungsländer sowie weiteren Anstrengungen zur Lösung der Schuldenproblematik, um Wirtschaftswachstum und -entwicklung sicherzustellen. Handelsliberalisierung stellt eine immer wichtigere Voraussetzung für den Erfolg der von vielen Ländern durchgeführten Anpassungsprogramme dar, die oft mit erheblichen sozialen Übergangskosten verbunden sind. In diesem Zusammenhang weisen die Minister auf die Rolle der Weltbank und des IWF hin bei der Unterstützung des Anpassungsprozesses zur Handelsliberalisierung, einschließlich der Unterstützung für die Entwicklungsländer, die aufgrund ihrer Netto-Nahrungsmiteleinführungen als Folge von Agrarhandelsreformen mit kurzfristigen Kosten konfrontiert sind.

3. Das positive Ergebnis der Uruguay-Runde stellt einen wichtigen Beitrag für das Erreichen von kohärenteren und sich besser ergänzenden Wirtschaftspolitiken dar. Durch die Ergebnisse der Uruguay-Runde wird eine Ausweitung des Marktzuganges zum Nutzen aller Länder sowie ein Rahmen wirksamerer multilateraler Disziplinen für den Handel sichergestellt. Darüber hinaus wird

eine größere Transparenz bei der Durchführung der Handelspolitik gewährleistet sowie ein gestärktes Bewußtsein für die Vorteile einer wettbewerbsfähigen inländischen Wirtschaft bei offenen Handelsbedingungen. Das als Ergebnis der Uruguay-Runde entstandene wirksamere multilaterale Handelssystem kann als ein verbessertes Gremium für Liberalisierung dienen und einen Beitrag zur wirkungsvolleren Überwachung sowie zu einer strikteren Befolgung der im multilateralen Rahmen vereinbarten Regeln und Disziplinen gewährleisten. Aufgrund dieser Verbesserungen kann die Handelspolitik zukünftig eine wichtigere Rolle bei der Sicherstellung der Kohärenz globaler wirtschaftspolitischer Entwicklungen spielen.

4. Die Minister erkennen an, daß jedoch Abhilfe für Probleme, deren Ursprünge außerhalb des Handels zu finden sind, nicht allein durch handelspolitische Maßnahmen möglich ist. Hierdurch wird die Bedeutung der Bemühungen einer verbesserten globalen wirtschaftspolitischen Entwicklung zur Ergänzung der erfolgreichen Umsetzung der in der Uruguay-Runde erreichten Ergebnisse unterstrichen.

5. Aufgrund der Verflechtungen zwischen den verschiedenen wirtschaftspolitischen Bereichen ist eine konsequente und sich gegenseitig unterstützende Politik der internationalen Institutionen erforderlich. Daher sollte die Welthandelsorganisation eine Zusammenarbeit mit den für monetäre und finanzielle Angelegenheiten zuständigen internationalen Organisationen verfolgen und entwickeln, dabei aber gleichzeitig das Mandat, die Vertraulichkeitserfordernisse und die notwendige Selbständigkeit der Entscheidungsprozesse der jeweiligen Institutionen berücksichtigen und auf das Auferlegen von gegenseitig abhängigen oder zusätzlichen Bedingungen für die Regierungen verzichten. Darüber hinaus fordern die Minister den Generaldirektor der WTO auf, zusammen mit dem Geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds und dem Präsidenten der Weltbank eine Überprüfung der Auswirkungen der Zuständigkeiten der WTO auf ihre Zusammenarbeit mit den Bretton-Woods-Institutionen sowie die Form dieser Zusammenarbeit vorzunehmen, mit dem Ziel, eine größere Kohärenz in der globalen wirtschaftspolitischen Entwicklung zu erreichen.

BESCHLUSS ZU NOTIFIZIERUNGSVERFAHREN

Die Minister beschließen, der Ministerkonferenz zu empfehlen, den Beschluß zur Verbesserung und Überprüfung der im folgenden beschriebenen Notifikationsverfahren anzunehmen.

Die Mitglieder -

in dem Wunsch, die Anwendung der Notifikationsverfahren aufgrund des Übereinkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation (im folgenden als „WTO-Übereinkommen“ bezeichnet) zu verbessern und dadurch die Handelspolitik der Mitglieder transparenter zu machen und die Effektivität der zu diesem Zweck eingerichteten Überwachungsverfahren zu erhöhen;

eingedenk der Veröffentlichungs- und Notifikationspflichten im Rahmen des WTO-Übereinkommens einschließlich der aufgrund der konkreten Beitrittsprotokolle, Ausnahmeregelungen und sonstigen von den Mitgliedern geschlossenen Übereinkünften übernommenen Pflichten;

beschließen folgendes:

I. Allgemeine Notifikationspflicht

Die Mitglieder bestätigen ihre Verpflichtung zu den im Rahmen der Multilateralen Handelsübereinkommen und gegebenenfalls der Plurilateralen Handelsübereinkommen enthaltenen Veröffentlichungs- und Notifikationspflichten.

Die Mitglieder bestätigen ihre Verpflichtungen, die in der am 28 November 1979 (BISD 26S/210) angenommenen Vereinbarung betreffend Notifikation, Konsultation, Streitbeilegung und Überwachung vorgesehen sind. Bezüglich der darin enthaltenen Verpflichtung zur weitestgehenden Notifikation von Handelsmaßnahmen, welche die Wirkungsweise des GATT 1994 beeinflussen, wobei diese Notifikation selbst die Auffassungen über die Vereinbarkeit der Maßnahmen mit oder ihrer Bedeutung für die Rechte und Pflichten aus den Multilateralen Handelsübereinkommen sowie gegebenenfalls den Plurilateralen Handelsübereinkommen unberührt läßt, vereinbaren die Mitglieder, sich je nach Bedarf von der beigefügten Maßnahmeliste leiten zu lassen. Daher vereinbaren die Mitglieder, daß die Einführung oder Änderung dieser Maßnahmen den in der Vereinbarung von 1979 enthaltenen Notifikationsvorschriften unterliegt.

II. Zentrales Notifikationsregister

Es wird ein zentrales Notifikationsregister unter der Verantwortung des Sekretariats eingerichtet. Während die Mitglieder weiterhin nach den bestehenden Notifikationsverfahren vorgehen, stellt das Sekretariat sicher, daß die von den Mitgliedern zur Verfügung gestellten Informationen entsprechend dem Zweck der Maßnahme, ihrer Bedeutung für den Handel und der Vorschrift, nach der sie notifiziert wurde, aufgenommen werden. Im Zentralregister werden Querverweise der Notifikationsaufzeichnungen nach Mitglied und Verpflichtung erstellt.

Das Zentralregister unterrichtet jedes Mitglied jährlich über die regelmäßigen Notifikationsverpflichtungen, auf die das Mitglied im Verlauf des folgenden Jahres reagieren soll.

Mit Hilfe des Zentralregisters wird jedes einzelne Mitglied auf die regelmäßigen Notifikationsvorschriften aufmerksam gemacht, denen es bisher nicht nachkam.

Die Informationen aus dem Zentralregister bezüglich der einzelnen Notifikationen werden jedem zum Empfang der betreffenden Notifikation berechtigten Mitglied auf Ersuchen zur Verfügung gestellt.

III. Überprüfung der Notifikationspflichten und -verfahren

Der Rat für den Handel mit Waren verpflichtet sich zur Überprüfung der Notifikationspflichten und -verfahren im Rahmen der Übereinkommen der Anlage 1A des WTO-Übereinkommens. Die Überprüfung erfolgt durch eine Arbeitsgruppe, der alle Mitglieder angehören können. Die Einrichtung der Arbeitsgruppe erfolgt unmittelbar nach dem Tag des Inkrafttretens des WTO-Übereinkommens.

Das Mandat der Arbeitsgruppe umfaßt

- die Durchführung einer eingehenden Überprüfung aller für die Mitglieder bestehenden Notifikationspflichten im Rahmen der Übereinkommen der Anlage 1A des WTO-Übereinkommens mit dem Ziel, diese Pflichten soweit wie möglich zu vereinfachen, zu normen und zusammenzufassen sowie die Einhaltung dieser Pflichten zu verbessern, wobei das Gesamtziel einer Verbesserung der

Transparenz der Handelspolitik der einzelnen Mitglieder und der Wirksamkeit der zu diesem Zweck entwickelten Überwachungsvorkehrungen zu berücksichtigen und auch der mögliche Bedarf einiger Entwicklungsländer, die Mitglieder sind, an Hilfe bei der Erfüllung ihrer Notifikationspflichten im Auge zu behalten ist;

- die Abgabe von Empfehlungen an den Rat für den Handel mit Waren spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens.

ANLAGE: AUFSTELLUNG¹ NOTIFIZIERBARER MASSNAHMEN

Zölle (einschließlich Spanne und Umfang der Konsolidierungen, Bestimmungen zum Weltsozialprodukt, Sätze für Mitglieder aus Freihandelsgebieten/Zollunionen, andere Präferenzen)

Zollkontingente und -zuschläge

Mengenmäßige Beschränkungen einschließlich Selbstbeschränkungen für Ausfuhren und ordnungsgemäße Vertriebsvorkehrungen für Einfuhren)

Sonstige nicht-tarifäre Maßnahmen wie Konzessions- und Mischerfordernisse; variable Abgaben

Zollwert

Ursprungsregeln

öffentliches Beschaffungswesen

Technische Handelshemmnisse

Schutzmaßnahmen

Antidumpingmaßnahmen

Ausgleichsmaßnahmen

Ausfuhrsteuern

Ausfuhrsubventionen, Steuerbefreiungen und Finanzierung zu Vorzugsbedingungen

¹ Diese Liste stellt keine Änderung der bestehenden Notifizierungserfordernisse des Multilateralen Handelsübereinkommens als Anlage 1A des WTO-Übereinkommens oder, sofern anwendbar, des Plurilateralen Handelsübereinkommens als Anlage 4 des WTO-Übereinkommens dar.

Freihandelszonen einschließlich Selbstbeschränkungen für Ausfuhren und ordnungsgemäße Vertriebsvorkehrungen

Sonstige staatliche Unterstützung, einschließlich Subventionen, Steuerbefreiungen

Rolle der staatlichen Handelsunternehmen

Ein- und ausfuhrbezogene Devisenbewirtschaftung

Staatlich vorgeschriebener Tauschhandel

Alle sonstigen durch das Multilaterale Handelsabkommen als Anlage 1A des WTO-Abkommens abgesicherten Maßnahmen

**ERKLÄRUNG ZUR BEILEGUNG VON STREITIGKEITEN GEMÄSS DEM
ÜBEREINKOMMEN ZUR DURCHFÜHRUNG VON ARTIKEL VI DES
ALLGEMEINEN ZOLL- UND HANDELSÜBEREINKOMMENS VON 1994 ODER
TEIL V DES ÜBEREINKOMMENS ÜBER SUBVENTIONEN UND
AUSGLEICHSMASSNAHMEN**

Die Minister erkennen in bezug auf die Streitbeilegung gemäß dem Übereinkommen über die Durchführung des Artikels VI des GATT 1994 beziehungsweise Teil V des Übereinkommens über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen die Notwendigkeit einer einheitlichen Beilegung von Streitigkeiten an, die sich aus Antidumping- bzw. Ausgleichszollmaßnahmen ergeben.

**Erklärung über das Verhältnis der Welthandelsorganisation
zum Internationalen Währungsfonds**

Die Minister -

im Hinblick auf das enge Verhältnis zwischen den VERTRAGSPARTEIEN des GATT 1947 und dem Internationalen Währungsfonds und der Bestimmungen des GATT 1947, die dieses Verhältnis bestimmen, insbesondere Artikel XV des GATT 1947;

in Anerkennung des Wunsches der Teilnehmer, das Verhältnis der Welthandelsorganisation zum Internationalen Währungsfonds in bezug auf die Bereiche, die durch die Multilateralen Handelsübereinkommen in Anlage 1A des WTO-Übereinkommens erfaßt sind, auf die Bestimmungen zu gründen, die das Verhältnis der VERTRAGSPARTEIEN des GATT 1947 zum Internationalen Währungsfonds bestimmt haben -

bekräftigen hiermit, daß, sofern in der Schlußakte nichts anderes bestimmt ist, das Verhältnis der WTO zum Internationalen Währungsfonds im Hinblick auf die Bereiche, die durch die Multilateralen Handelsübereinkommen in Anlage 1A des WTO-Übereinkommens erfaßt sind, auf die Bestimmungen gegründet wird, die das Verhältnis der VERTRAGSPARTEIEN des GATT 1947 zum Internationalen Währungsfonds bestimmt haben.

**BESCHLUSS ZU MASSNAHMEN BETREFFEND DIE MÖGLICHEN NEGATIVEN
AUSWIRKUNGEN DES REFORMPROGRAMMS AUF DIE AM WENIGSTEN
ENTWICKELTEN LÄNDER UND AUF ENTWICKLUNGSLÄNDER MIT NETTO-
NAHRUNGSMITTELEINFUHREN**

1. Die Minister erkennen an, daß die fortschreitende Umsetzung der Ergebnisse der Uruguay-Runde als Ganzes mehr Möglichkeiten zur Handelsausweitung und zum Wirtschaftswachstum zugunsten aller Teilnehmer zur Folge haben wird.
2. Die Minister erkennen an, daß bei der Durchführung des Reformprogramms, das eine größere Handelsliberalisierung in der Landwirtschaft zur Folge hat, für die am wenigsten entwickelten Länder und die Entwicklungsländer mit Netto-Nahrungsmiteleinfuhr negative Auswirkungen bezüglich der Verfügbarkeit einer angemessenen Versorgung mit Grundnahrungsmitteln aus ausländischen Versorgungsquellen zu angemessenen Bedingungen einschließlich kurzfristiger Probleme bei der Finanzierung normaler Mengen kommerzieller Grundnahrungsmiteleinfuhr entstehen können.
3. Die Minister vereinbaren daher, entsprechende Mechanismen einzurichten, damit die Umsetzung der Ergebnisse der Uruguay-Runde für den Agrarhandel die Verfügbarkeit von Nahrungsmittelhilfe, die ausreicht, um weiterhin Hilfe bei der Befriedigung des Nahrungsmittelbedarfs der Entwicklungsländer, insbesondere der am wenigsten entwickelten Länder und der Entwicklungsländer mit Netto-Nahrungsmiteleinfuhr zu leisten, nicht nachteilig beeinflußt. Zu diesem Zweck vereinbaren die Minister
 - i) die Überprüfung des regelmäßig vom Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß im Rahmen des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1986 festgestellten Umfangs der Nahrungsmittelhilfe und die Einleitung von Verhandlungen in dem entsprechenden Gremium zur Festlegung eines Umfangs von Nahrungsmittelhilfezusagen, die zur Deckung der berechtigten Bedürfnisse der Entwicklungsländer während der Dauer des Reformprogramms ausreichend sind;
 - ii) die Annahme von Richtlinien, die sicherstellen sollen, daß ein zunehmender Anteil an Grundnahrungsmitteln den am wenigsten entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern mit Netto-Nahrungsmiteleinfuhr als voller Zuschuß und/oder zu angemessenen Vorzugsbedingungen in

Übereinstimmung mit Artikel IV des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1986 zur Verfügung gestellt wird;

iii) im Rahmen ihrer Hilfsprogramme die Ersuchen der am wenigsten entwickelten Länder und der Entwicklungsländer mit Netto-Nahrungsmittelninführen um technische und finanzielle Unterstützung zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität und Infrastruktur voll zu berücksichtigen.

4. Die Minister vereinbaren darüber hinaus, daß in jeder Übereinkunft zu Agrarausfuhrkrediten für eine angemessene Vorsorge differenzierte Behandlung zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder und der Entwicklungsländer mit Netto-Nahrungsmittelninführen getroffen wird.

5. Die Minister erkennen an, daß als Ergebnis der Uruguay-Runde für bestimmte Entwicklungsländer kurzfristige Probleme bei der Finanzierung der normalen Mengen an kommerziellen Einführen entstehen können und daß diese Länder zur Lösung solcher Finanzierungsprobleme zur Inanspruchnahme von Geldmitteln von den internationalen Finanzinstitutionen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten oder der im Zusammenhang mit den Anpassungsprogrammen noch zu schaffenden Möglichkeiten berechtigt sein können. In dieser Hinsicht weisen die Minister auf Absatz 37 des Berichts des Generaldirektors an die VERTRAGSPARTEIEN des GATT 1947 über seine Konsultationen mit dem Geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds und dem Präsidenten der Weltbank hin (MTN.GNG/NG14/W/35).

6. Die Bestimmungen dieses Beschlusses unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung durch die Ministerkonferenz, und der Folgebeschluß wird entsprechend vom Ausschuß für Landwirtschaft überwacht.

**BESCHLUSS ZUR NOTIFIZIERUNG DER ERSTEN EINBEZIEHUNG NACH
ARTIKEL 2 ABSATZ 6 DES ÜBEREINKOMMENS ÜBER TEXTILIEN
UND BEKLEIDUNG**

Die Minister vereinbaren, daß die Teilnehmer, die Beschränkungen nach Artikel 2 Absatz 1 des Übereinkommens über Textilien und Bekleidung aufrechterhalten, dem GATT-Sekretariat bis zum 1. Oktober 1994 ausführliche Angaben zu den nach Artikel 2 Absatz 6 des Übereinkommens zu ergreifenden Maßnahmen notifizieren. Das GATT-Sekretariat übermittelt den anderen Teilnehmern diese Notifikationen umgehend zur Kenntnisnahme. Die Notifikationen werden dem Textil-Überwachungsgremium nach dessen Einrichtung für die Zwecke des Artikels 2 Absatz 21 des Übereinkommens über Textilien und Bekleidung zur Verfügung gestellt.

**BESCHLUSS ZUM VORSCHLAG EINER VEREINBARUNG ÜBER DAS
WTO-ISO-NORMEN-INFORMATIONSSYSTEM**

Die Minister beschließen, dem Sekretariat der Welthandelsorganisation zu empfehlen, mit der Internationalen Organisation für Normung („ISO“) eine Vereinbarung über die Errichtung eines Informationssystems zu erzielen, in dessen Rahmen

1. die ISONET-Mitglieder dem ISO/IEC-Informationszentrum in Genf die in den Abschnitten C und J des Verhaltenskodexes bezeichneten Notifikationen zur Vorbereitung, Annahme und Anwendung der Normen in Anlage 3 des Übereinkommens über technische Handelshemmnisse in der dort angegebenen Weise übermitteln;

2. das folgende (alpha)numerische Klassifikationssystem in den im Abschnitt J bezeichneten Arbeitsprogrammen benutzt wird:

a) ein Normenklassifikationssystem, das dem Normungsgremium eine (alpha)numerische Angabe des Gegenstandes für jede im Arbeitsprogramm beschriebene Norm ermöglicht;

b) ein Stufencodesystem, das dem Normungsgremium eine (alpha)numerische Angabe der Entwicklungsstufe der Norm für jede im Arbeitsprogramm beschriebene Norm ermöglicht; zu diesem Zweck sollten mindestens fünf Entwicklungsstufen unterschieden werden: 1. die Phase, in welcher der Beschluß zur Entwicklung der Norm gefaßt, die technische Arbeit jedoch noch nicht begonnen worden ist; 2. die Phase, in der die technische Arbeit bereits begonnen worden ist, aber die Frist zur Vorlage von Stellungnahmen noch nicht begonnen hat; 3. die Phase, in der die Frist zur Vorlage von Stellungnahmen begonnen hat, aber noch nicht abgelaufen ist; 4. die Phase, in der die Frist zur Vorlage von Stellungnahmen abgelaufen ist, die Norm jedoch noch nicht angenommen worden ist, und 5. die Phase, in der die Norm angenommen worden ist;

c) ein Kennzeichnungssystem für alle internationalen Normen, das dem Normungsgremium eine (alpha)numerische Angabe der als Grundlage dienenden internationalen Norm(en) für jede im Arbeitsprogramm beschriebene Norm ermöglicht;

3. das ISO/IEC-Informationszentrum dem Sekretariat umgehend Kopien aller in Abschnitt C des Verhaltenskodexes bezeichneten Notifikationen übermittelt;

4. das ISO/IEC-Informationszentrum regelmäßig die von ihm in den Notifikationen nach den Abschnitten C und J des Verhaltenskodexes erhaltenen Informationen veröffentlicht; die Veröffentlichung, für die eine angemessene Gebühr erhoben werden kann, steht ISONET-Mitgliedern und durch das Sekretariat den WTO-Mitgliedern zur Verfügung.

BESCHLUSS ZUR ÜBERPRÜFUNG DER BEKANNTMACHUNGEN DES ISO/IEC-INFORMATIONSZENTRUMS

Die Minister beschließen, daß in Übereinstimmung mit Artikel 13 Absatz 1 des Übereinkommens über technische Handelshemmnisse in Anlage 1A des Übereinkommens zur Errichtung der Welt handelsorganisation der aufgrund des Übereinkommens eingesetzte Ausschuß zu technischen Handelshemmnissen unbeschadet der Bestimmungen über Konsultationen und Streitbeilegung mindestens einmal jährlich eine Überprüfung der von dem ISO/IEC-Informationszentrum bereitgestellten Informationen vornimmt, die er gemäß dem Verhaltenskodex für die Vorbereitung, Annahme und Anwendung der Normen in Anlage 3 des Übereinkommens erhalten hat, um den Mitgliedern die Möglichkeit zur Erörterung aller sich auf die Wirkungsweise des Kodexes beziehenden Angelegenheiten zu bieten.

Zur Erleichterung dieser Erörterung stellt das Sekretariat eine nach Mitgliedern unterteilte Liste aller Normungsgremien, die den Kodex angenommen haben, sowie eine Liste aller Normungsgremien, die seit der letzten Überprüfung den Kodex angenommen haben oder davon zurückgetreten sind, zur Verfügung.

Das Sekretariat übermittelt den Mitgliedern auch umgehend Kopien der vom ISO/IEC-Informationszentrum erhaltenen Notifikationen.

BESCHLUSS ZUR VERHINDERUNG VON UMGEHUNGEN

Die Minister -

im Hinblick darauf, daß die Unterhändler über das Problem der Umgehung von Antidumpingzollmaßnahmen, über das in den Verhandlungen, die dem Übereinkommen über die Durchführung des Artikels VI des GATT 1994 vorausgingen, verhandelt worden war, keine Einigung auf eine genaue Formulierung erreichen konnten,

eingedenk dessen, daß es wünschenswert ist, daß einheitliche Regeln in diesem Bereich möglichst bald angewendet werden -

beschließen, diese Angelegenheit an den aufgrund des Übereinkommens eingesetzten Ausschuß zu Antidumpingpraktiken zu verweisen.

**BESCHLUSS ZUR ÜBERPRÜFUNG DES ARTIKELS 17 ABSATZ 6 DES
ÜBEREINKOMMENS ÜBER DIE DURCHFÜHRUNG DES ARTIKELS VI
DES ALLGEMEINEN ZOLL- UND HANDELSÜBEREINKOMMENS VON 1994**

Die Minister beschließen folgendes:

Die in Artikel 17 Absatz 6 des Übereinkommens über die Durchführung des Artikels IV des GATT 1994 enthaltene Überprüfungsnorm wird nach Ablauf von drei Jahren im Hinblick auf die Frage der möglichen allgemeinen Anwendbarkeit einer Überprüfung unterzogen.

**BESCHLUSS BETREFFEND FÄLLE, IN DENEN DIE ZOLLVERWALTUNGEN
BEGRÜNDETE ZWEIFEL HINSICHTLICH DER WAHRHEIT ODER RICHTIGKEIT
DER WERTANGABE HABEN**

Die Minister fordern den aufgrund des Übereinkommens über die Durchführung des Artikels VII des GATT 1994 eingesetzten Ausschuß für den Zollwert auf, folgenden Beschluß zu fassen:

Der Ausschuß für den Zollwert -

in Bekräftigung dessen, daß der Transaktionswert die primäre Bewertungsgrundlage nach dem Übereinkommen über die Durchführung des Artikels VII des GATT 1994 (im folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) darstellt;

in der Erkenntnis, daß die Zollverwaltung sich möglicherweise mit Fällen befassen muß, in denen sie begründete Zweifel hinsichtlich der Wahrheit oder Richtigkeit der von den Händlern zur Bestätigung einer Wertangabe vorgelegten Angaben oder Unterlagen hat;

unter Betonung dessen, daß die Zollverwaltung die berechtigten kommerziellen Interessen der Händler nicht schädigen sollte;

unter Berücksichtigung des Artikels 17 des Übereinkommens, des Absatzes 6 der Anlage III zum Übereinkommen und der einschlägigen Beschlüsse des Fachausschusses für den Zollwert -

beschließt folgendes:

(1) Hat die Zollverwaltung bei Vorlage einer Zollerklärung begründete Zweifel hinsichtlich der Wahrheit und Richtigkeit der zur Bestätigung dieser Zollerklärung vorgelegten Angaben und Unterlagen, so kann die Zollverwaltung den Importeur um Vorlage weiterer Erläuterungen einschließlich Unterlagen oder anderer Nachweise bitten, wonach die Wertangabe dem für die eingeführten Waren tatsächlich gezahlten oder noch zahlbaren Gesamtbetrag, angepaßt nach Artikel 8, entspricht. Sollte die Zollverwaltung auch nach Erhalt weiterer Informationen oder in Ermangelung einer Stellungnahme weiterhin begründete Zweifel hinsichtlich der Wahrheit oder Richtigkeit der Wertangaben haben, kann in Anbetracht des Artikels 11 davon ausgegangen werden, daß eine Zollwertfeststellung nach Artikel 1 für die eingeführten Waren nicht möglich ist. Vor der endgültigen

tigen Entscheidung teilt die Zollverwaltung dem Importeur auf Wunsch auch schriftlich die Zweifel an der Wahrheit oder Richtigkeit der vorgelegten Angaben oder Unterlagen mit, wobei dem Importeur angemessene Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben ist. Im Fall einer endgültigen Entscheidung teilt die Zollverwaltung dem Importeur ihre Entscheidung samt Begründung schriftlich mit.

(2) Die Anwendung des Übereinkommens auf ein Mitglied zur Unterstützung eines anderen Mitglieds unter in gegenseitigem Einverständnis getroffenen Bedingungen ist uneingeschränkt möglich.

**BESCHLUSS ZU TEXTEN BETREFFEND MINDESTWERTE UND EINFÜHREN
DURCH ALLEINVERTRETER, ALLEINVERTREIBER UND ALLEINKON-
ZSSIONÄRE**

Die Minister beschließen, die nachstehenden Texte dem aufgrund des Übereinkommens über die Durchführung des Artikels VII des GATT 1994 eingesetzten Ausschuß für den Zollwert zur Annahme vorzulegen.

I

Macht ein Entwicklungsland einen Vorbehalt, amtlich festgelegte Mindestwerte im Sinne des Absatzes 2 der Anlage III beizubehalten, und legt es triftige Gründe hierfür vor, so prüft der Ausschuß den Vorbehaltswunsch wohlwollend.

Wird dem Vorbehalt zugestimmt, so wird in den in Absatz 2 der Anlage III genannten Bedingungen den Entwicklungs-, Finanz- und Handelserfordernissen der betreffenden Entwicklungsländer voll Rechnung getragen.

II

(1) Eine Anzahl von Entwicklungsländern befürchtet, daß bei der Bewertung von Einführen durch Alleinvertreter, Alleinvertreiber und Alleinkonzessionäre Probleme bestehen können. Nach Artikel 20 Absatz 1 haben Entwicklungsländer, die Mitglieder sind, eine Frist von bis zu fünf Jahren vor Anwendung des Übereinkommens. In diesem Zusammenhang besteht für die Entwicklungsländer, die von dieser Bestimmung Gebrauch machen, die Möglichkeit, die Frist zur Durchführung entsprechender Untersuchungen und zum Ergreifen sonstiger Maßnahmen zu nutzen, die notwendig sind, um die Anwendung zu erleichtern.

(2) Angesichts dieser Tatsache empfiehlt der Ausschuß, dem Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens, den Entwicklungsländern, die Mitglieder sind, nach Anlage II bei der Ausarbeitung und Durchführung von Untersuchungen in den Bereichen zu helfen, die als besorgniserregend eingestuft werden, einschließlich der Bereiche, die sich auf Einführen durch Alleinvertreter, Alleinvertreiber und Alleinkonzessionäre beziehen.

**BESCHLUSS ZUM BEITRITT ZUM ÜBEREINKOMMEN ÜBER DAS
ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNGSWESEN**

1. Die Minister fordern den gemäß des Übereinkommens für das öffentliche Beschaffungswesen in Anlage 4 (b) des Übereinkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation eingerichteten Ausschuß für das öffentliche Beschaffungswesen zur Klärung auf:

(a) Ein Mitglied, das ein Interesse zum Beitritt gemäß Artikel XXIV Absatz 2 des Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen hat, teilt dieses Interesse dem Generaldirektor der WTO mit unter Vorlage der entsprechenden Informationen einschließlich eines Angebotes eines Anwendungsbereiches zur Aufnahme in Anhang I in Berücksichtigung der entsprechenden Bestimmungen des Übereinkommens, insbesondere Artikel I und gegebenenfalls Artikel V;

(b) Die Mitteilung wird den Beteiligten des Übereinkommens zugestellt;

(c) Das am Beitritt interessierte Mitglied hält mit den Parteien Beratungen zu den Beitrittsbedingungen zu diesem Übereinkommen ab;

(d) Zur Erleichterung eines Beitritts richtet der Ausschuß eine Arbeitsgruppe ein, falls das betreffende Mitglied oder einer der Beteiligten des Übereinkommens dies verlangt. Die Arbeitsgruppe überprüft: (i) das vom Mitgliedschaftsbewerber vorgelegte Angebot zum Anwendungsbereich; und (ii) die entsprechenden Informationen über die Ausfuhrmöglichkeiten in die Märkte der Beteiligten unter Berücksichtigung der bestehenden und möglichen Ausfuhrkapazitäten des Mitgliedsbewerbers und der Ausfuhrmöglichkeiten für die Beteiligten in den Markt des Mitgliedschaftsbewerbers;

(e) Mit Beschluß des Ausschusses zur Zustimmung zu den Beitrittsbedingungen einschließlich der Liste der Anwendungsbereiche des beitretenden Mitgliedes hinterlegt das Mitglied bei dem Generaldirektor der WTO eine Beitrittsurkunde mit den vereinbarten Bedingungen. Die Anwendungsbereichsliste des beitretenden Mitgliedes wird dem Übereinkommen in Englisch, Französisch und Spanisch beigelegt;

(f) Vor Datum des Inkrafttretens des WTO-Übereinkommens finden die oben erwähnten Verfahren gegenüber den am Beitritt interessierten Vertragsparteien des GATT 1947 entsprechende

Anwendung und die dem Generaldirektor der WTO übertragenen Aufgaben werden von dem Generaldirektor der VERTRAGSPARTEIEN des GATT 1947 wahrgenommen.

2. Es wird zur Kenntnis genommen, daß die Ausschlußbeschlüsse auf Konsensgrundlage getroffen werden. Es wird ebenfalls zur Kenntnis genommen, daß die Nichtanwendungsklausel des Artikels XXIV Absatz 11 jeder Partei zur Verfügung steht.

DECISION ON MEASURES IN FAVOUR OF LEAST-DEVELOPED COUNTRIES

Ministers,

Recognizing the plight of the least-developed countries and the need to ensure their effective participation in the world trading system, and to take further measures to improve their trading opportunities;

Recognizing the specific needs of the least-developed countries in the area of market access where continued preferential access remains an essential means for improving their trading opportunities;

Reaffirming their commitment to implement fully the provisions concerning the least-developed countries contained in paragraphs 2(d), 6 and 8 of the Decision of 28 November 1979 on Differential and More Favourable Treatment, Reciprocity and Fuller Participation of Developing Countries;

Having regard to the commitment of the participants as set out in Section B (vii) of Part I of the Punta del Este Ministerial Declaration;

1. *Decide* that, if not already provided for in the instruments negotiated in the course of the Uruguay Round, notwithstanding their acceptance of these instruments, the least-developed countries, and for so long as they remain in that category, while complying with the general rules set out in the aforesaid instruments, will only be required to undertake commitments and concessions to the extent consistent with their individual development, financial and trade needs, or their administrative and institutional capabilities. The least-developed countries shall be given additional time of one year from 15 April 1994 to submit their schedules as required in Article XI of the Agreement Establishing the World Trade Organization.

2. *Agree* that:

- (i) Expedient implementation of all special and differential measures taken in favour of least-developed countries including those taken within the context of the Uruguay Round shall be ensured through, *inter alia*, regular reviews.
- (ii) To the extent possible, MFN concessions on tariff and non-tariff measures agreed in the Uruguay Round on products of export interest to the least-developed countries may be implemented autonomously, in advance and without staging. Consideration shall be given to further improve GSP and other schemes for products of particular export interest to least-developed countries.
- (iii) The rules set out in the various agreements and instruments and the transitional provisions in the Uruguay Round should be applied in a flexible and supportive manner for the least-developed countries. To this effect, sympathetic consideration shall be given to specific and motivated concerns raised by the least-developed countries in the appropriate Councils and Committees.
- (iv) In the application of import relief measures and other measures referred to in paragraph 3(c) of Article XXXVII of GATT 1947 and the corresponding provision of GATT 1994, special consideration shall be given to the export interests of least-developed countries.
- (v) Least-developed countries shall be accorded substantially increased technical assistance in the development, strengthening and diversification of their production and

export bases including those of services, as well as in trade promotion, to enable them to maximize the benefits from liberalized access to markets.

3. *Agree* to keep under review the specific needs of the least-developed countries and to continue to seek the adoption of positive measures which facilitate the expansion of trading opportunities in favour of these countries.

**DECLARATION ON THE CONTRIBUTION OF THE
WORLD TRADE ORGANIZATION TO ACHIEVING GREATER
COHERENCE IN GLOBAL ECONOMIC POLICYMAKING**

1. *Ministers recognize* that the globalization of the world economy has led to ever-growing interactions between the economic policies pursued by individual countries, including interactions between the structural, macroeconomic, trade, financial and development aspects of economic policymaking. The task of achieving harmony between these policies falls primarily on governments at the national level, but their coherence internationally is an important and valuable element in increasing the effectiveness of these policies at national level. The Agreements reached in the Uruguay Round show that all the participating governments recognize the contribution that liberal trading policies can make to the healthy growth and development of their own economies and of the world economy as a whole.

2. Successful cooperation in each area of economic policy contributes to progress in other areas. Greater exchange rate stability, based on more orderly underlying economic and financial conditions, should contribute towards the expansion of trade, sustainable growth and development, and the correction of external imbalances. There is also a need for an adequate and timely flow of concessional and non-concessional financial and real investment resources to developing countries and for further efforts to address debt problems, to help ensure economic growth and development. Trade liberalization forms an increasingly important component in the success of the adjustment programmes that many countries are undertaking, often involving significant transitional social costs. In this connection, Ministers note the role of the World Bank and the IMF in supporting adjustment to trade liberalization, including support to net food-importing developing countries facing short-term costs arising from agricultural trade reforms.

3. The positive outcome of the Uruguay Round is a major contribution towards more coherent and complementary international economic policies. The results of the Uruguay Round ensure an expansion of market access to the benefit of all countries, as well as a framework of strengthened multilateral disciplines for trade. They also guarantee that trade policy will be conducted in a more transparent manner and with greater awareness of the benefits for domestic competitiveness of an open trading environment. The strengthened multilateral trading system emerging from the Uruguay Round has the capacity to provide an improved forum for liberalization, to contribute to more effective surveillance, and to ensure strict observance of multilaterally agreed rules and disciplines. These improvements mean that trade policy can in the future play a more substantial role in ensuring the coherence of global economic policymaking.

4. *Ministers recognize*, however, that difficulties the origins of which lie outside the trade field cannot be redressed through measures taken in the trade field alone. This underscores the importance of efforts to improve other elements of global economic policymaking to complement the effective implementation of the results achieved in the Uruguay Round.

5. The interlinkages between the different aspects of economic policy require that the international institutions with responsibilities in each of these areas follow consistent and mutually supportive policies. The World Trade Organization should therefore pursue and develop cooperation with the international organizations responsible for monetary and financial matters, while respecting the mandate, the confidentiality requirements and the necessary autonomy in decision-making procedures of each institution, and avoiding the imposition on governments of cross-conditionality or additional conditions. Ministers further invite the Director-General of the WTO to review with the Managing Director of the International Monetary Fund and the President of the World Bank, the implications of the WTO's responsibilities for its cooperation with the Bretton Woods institutions, as well as the forms such cooperation might take, with a view to achieving greater coherence in global economic policymaking.

DECISION ON NOTIFICATION PROCEDURES

Ministers decide to recommend adoption by the Ministerial Conference of the decision on improvement and review of notification procedures set out below.

Members,

Desiring to improve the operation of notification procedures under the Agreement Establishing the World Trade Organization (hereinafter referred to as the "WTO Agreement"), and thereby to contribute to the transparency of Members' trade policies and to the effectiveness of surveillance arrangements established to that end;

Recalling obligations under the WTO Agreement to publish and notify, including obligations assumed under the terms of specific protocols of accession, waivers, and other agreements entered into by Members;

Agree as follows:

I. *General obligation to notify*

Members affirm their commitment to obligations under the Multilateral Trade Agreements and, where applicable, the Plurilateral Trade Agreements, regarding publication and notification.

Members recall their undertakings set out in the Understanding Regarding Notification, Consultation, Dispute Settlement and Surveillance adopted on 28 November 1979 (BISD 26S/210). With regard to their undertaking therein to notify, to the maximum extent possible, their adoption of trade measures affecting the operation of GATT 1994, such notification itself being without prejudice to views on the consistency of measures with or their relevance to rights and obligations under the Multilateral Trade Agreements and, where applicable, the Plurilateral Trade Agreements, Members agree to be guided, as appropriate, by the annexed list of measures. Members therefore agree that the introduction or modification of such measures is subject to the notification requirements of the 1979 Understanding.

II. *Central registry of notifications*

A central registry of notifications shall be established under the responsibility of the Secretariat. While Members will continue to follow existing notification procedures, the Secretariat shall ensure that the central registry records such elements of the information provided on the measure by the Member concerned as its purpose, its trade coverage, and the requirement under which it has been notified. The central registry shall cross-reference its records of notifications by Member and obligation.

The central registry shall inform each Member annually of the regular notification obligations to which that Member will be expected to respond in the course of the following year.

The central registry shall draw the attention of individual Members to regular notification requirements which remain unfulfilled.

Information in the central registry regarding individual notifications shall be made available on request to any Member entitled to receive the notification concerned.

III. *Review of notification obligations and procedures*

The Council for Trade in Goods will undertake a review of notification obligations and procedures under the Agreements in Annex 1A of the WTO Agreement. The review will be carried out by a working group, membership in which will be open to all Members. The group will be established immediately after the date of entry into force of the WTO Agreement.

The terms of reference of the working group will be:

- to undertake a thorough review of all existing notification obligations of Members established under the Agreements in Annex 1A of the WTO Agreement, with a view to simplifying, standardizing and consolidating these obligations to the greatest extent practicable, as well as to improving compliance with these obligations, bearing in mind the overall objective of improving the transparency of the trade policies of Members and the effectiveness of surveillance arrangements established to this end, and also bearing in mind the possible need of some developing country Members for assistance in meeting their notification obligations;
- to make recommendations to the Council for Trade in Goods not later than two years after the entry into force of the WTO Agreement.

ANNEX

INDICATIVE LIST¹ OF NOTIFIABLE MEASURES

Tariffs (including range and scope of bindings, GSP provisions, rates applied to members of free-trade areas/customs unions, other preferences)

Tariff quotas and surcharges

Quantitative restrictions, including voluntary export restraints and orderly marketing arrangements affecting imports

Other non-tariff measures such as licensing and mixing requirements; variable levies

Customs valuation

Rules of origin

Government procurement

Technical barriers

Safeguard actions

Anti-dumping actions

Countervailing actions

Export taxes

Export subsidies, tax exemptions and concessionary export financing

Free-trade zones, including in-bond manufacturing

Export restrictions, including voluntary export restraints and orderly marketing arrangements

Other government assistance, including subsidies, tax exemptions

Role of state-trading enterprises

Foreign exchange controls related to imports and exports

Government-mandated countertrade

Any other measure covered by the Multilateral Trade Agreements in Annex 1A to the WTO Agreement

¹ This list does not alter existing notification requirements in the Multilateral Trade Agreements in Annex 1A to the WTO Agreement or, where applicable, the Plurilateral Trade Agreements in Annex 4 of the WTO Agreement.

**DECLARATION ON THE RELATIONSHIP OF THE
WORLD TRADE ORGANIZATION WITH THE
INTERNATIONAL MONETARY FUND**

Ministers,

Noting the close relationship between the CONTRACTING PARTIES to the GATT 1947 and the International Monetary Fund, and the provisions of the GATT 1947 governing that relationship, in particular Article XV of the GATT 1947;

Recognizing the desire of participants to base the relationship of the World Trade Organization with the International Monetary Fund, with regard to the areas covered by the Multilateral Trade Agreements in Annex 1A of the WTO Agreement, on the provisions that have governed the relationship of the CONTRACTING PARTIES to the GATT 1947 with the International Monetary Fund;

Hereby *reaffirm* that, unless otherwise provided for in the Final Act, the relationship of the WTO with the International Monetary Fund, with regard to the areas covered by the Multilateral Trade Agreements in Annex 1A of the WTO Agreement, will be based on the provisions that have governed the relationship of the CONTRACTING PARTIES to the GATT 1947 with the International Monetary Fund.

**DECISION ON MEASURES CONCERNING
THE POSSIBLE NEGATIVE EFFECTS OF THE
REFORM PROGRAMME ON LEAST-DEVELOPED AND
NET FOOD-IMPORTING DEVELOPING COUNTRIES**

1. *Ministers recognize* that the progressive implementation of the results of the Uruguay Round as a whole will generate increasing opportunities for trade expansion and economic growth to the benefit of all participants.
2. *Ministers recognize* that during the reform programme leading to greater liberalization of trade in agriculture least-developed and net food-importing developing countries may experience negative effects in terms of the availability of adequate supplies of basic foodstuffs from external sources on reasonable terms and conditions, including short-term difficulties in financing normal levels of commercial imports of basic foodstuffs.
3. *Ministers accordingly agree* to establish appropriate mechanisms to ensure that the implementation of the results of the Uruguay Round on trade in agriculture does not adversely affect the availability of food aid at a level which is sufficient to continue to provide assistance in meeting the food needs of developing countries, especially least-developed and net food-importing developing countries. To this end *Ministers agree*.
 - (i) to review the level of food aid established periodically by the Committee on Food Aid under the Food Aid Convention 1986 and to initiate negotiations in the appropriate forum to establish a level of food aid commitments sufficient to meet the legitimate needs of developing countries during the reform programme;
 - (ii) to adopt guidelines to ensure that an increasing proportion of basic foodstuffs is provided to least-developed and net food-importing developing countries in fully grant form and/or on appropriate concessional terms in line with Article IV of the Food Aid Convention 1986;
 - (iii) to give full consideration in the context of their aid programmes to requests for the provision of technical and financial assistance to least-developed and net food-importing developing countries to improve their agricultural productivity and infrastructure.
4. *Ministers further agree* to ensure that any agreement relating to agricultural export credits makes appropriate provision for differential treatment in favour of least-developed and net food-importing developing countries.
5. *Ministers recognize* that as a result of the Uruguay Round certain developing countries may experience short-term difficulties in financing normal levels of commercial imports and that these countries may be eligible to draw on the resources of international financial institutions under existing facilities, or such facilities as may be established, in the context of adjustment programmes, in order to address such financing difficulties. In this regard Ministers take note of paragraph 37 of the report of the Director-General to the CONTRACTING PARTIES to GATT 1947 on his consultations with the Managing Director of the International Monetary Fund and the President of the World Bank (MTN.GNG/NG14/W/35).
6. The provisions of this Decision will be subject to regular review by the Ministerial Conference, and the follow-up to this Decision shall be monitored, as appropriate, by the Committee on Agriculture.

**DECISION ON NOTIFICATION OF FIRST INTEGRATION UNDER
ARTICLE 2.6 OF THE AGREEMENT ON TEXTILES AND CLOTHING**

Ministers agree that the participants maintaining restrictions falling under paragraph 1 of Article 2 of the Agreement on Textiles and Clothing shall notify full details of the actions to be taken pursuant to paragraph 6 of Article 2 of that Agreement to the GATT Secretariat not later than 1 October 1994. The GATT Secretariat shall promptly circulate these notifications to the other participants for information. These notifications will be made available to the Textiles Monitoring Body, when established, for the purposes of paragraph 21 of Article 2 of the Agreement on Textiles and Clothing.

**DECISION ON PROPOSED UNDERSTANDING
ON WTO-ISO STANDARDS INFORMATION SYSTEM**

Ministers decide to recommend that the Secretariat of the World Trade Organization reach an understanding with the International Organization for Standardization ("ISO") to establish an information system under which:

1. ISONET members shall transmit to the ISO/IEC Information Centre in Geneva the notifications referred to in paragraphs C and J of the Code of Good Practice for the Preparation, Adoption and Application of Standards in Annex 3 to the Agreement on Technical Barriers to Trade, in the manner indicated there;
2. the following (alpha)numeric classification systems shall be used in the work programmes referred to in paragraph J:
 - (a) *a standards classification system* which would allow standardizing bodies to give for each standard mentioned in the work programme an (alpha)numeric indication of the subject matter;
 - (b) *a stage code system* which would allow standardizing bodies to give for each standard mentioned in the work programme an (alpha)numeric indication of the stage of development of the standard; for this purpose, at least five stages of development should be distinguished: (1) the stage at which the decision to develop a standard has been taken, but technical work has not yet begun; (2) the stage at which technical work has begun, but the period for the submission of comments has not yet started; (3) the stage at which the period for the submission of comments has started, but has not yet been completed; (4) the stage at which the period for the submission of comments has been completed, but the standard has not yet been adopted; and (5) the stage at which the standard has been adopted;
 - (c) *an identification system* covering all international standards which would allow standardizing bodies to give for each standard mentioned in the work programme an (alpha)numeric indication of the international standard(s) used as a basis;
3. the ISO/IEC Information Centre shall promptly convey to the Secretariat copies of any notifications referred to in paragraph C of the Code of Good Practice;
4. the ISO/IEC Information Centre shall regularly publish the information received in the notifications made to it under paragraphs C and J of the Code of Good Practice; this publication, for which a reasonable fee may be charged, shall be available to ISONET members and through the Secretariat to the Members of the WTO.

**DECISION ON REVIEW OF THE ISO/IEC
INFORMATION CENTRE PUBLICATION**

Ministers decide that in conformity with paragraph 1 of Article 13 of the Agreement on Technical Barriers to Trade in Annex 1A of the Agreement Establishing the World Trade Organization, the Committee on Technical Barriers to Trade established thereunder shall, without prejudice to provisions on consultation and dispute settlement, at least once a year review the publication provided by the ISO/IEC Information Centre on information received according to the Code of Good Practice for the Preparation, Adoption and Application of Standards in Annex 3 of the Agreement, for the purpose of affording Members opportunity of discussing any matters relating to the operation of that Code.

In order to facilitate this discussion, the Secretariat shall provide a list by Member of all standardizing bodies that have accepted the Code, as well as a list of those standardizing bodies that have accepted or withdrawn from the Code since the previous review.

The Secretariat shall also distribute promptly to the Members copies of the notifications it receives from the ISO/IEC Information Centre.

DECISION ON ANTI-CIRCUMVENTION

Ministers,

Noting that while the problem of circumvention of anti-dumping duty measures formed part of the negotiations which preceded the Agreement on Implementation of Article VI of GATT 1994, negotiators were unable to agree on specific text,

Mindful of the desirability of the applicability of uniform rules in this area as soon as possible,

Decide to refer this matter to the Committee on Anti-Dumping Practices established under that Agreement for resolution.

**DECISION ON REVIEW OF ARTICLE 17.6 OF THE
AGREEMENT ON IMPLEMENTATION OF ARTICLE VI OF THE
GENERAL AGREEMENT ON TARIFFS AND TRADE 1994**

Ministers decide as follows:

The standard of review in paragraph 6 of Article 17 of the Agreement on Implementation of Article VI of GATT 1994 shall be reviewed after a period of three years with a view to considering the question of whether it is capable of general application.

**DECLARATION ON DISPUTE SETTLEMENT PURSUANT TO THE AGREEMENT
ON IMPLEMENTATION OF ARTICLE VI OF THE GENERAL AGREEMENT ON
TARIFFS AND TRADE 1994 OR PART V OF THE AGREEMENT
ON SUBSIDIES AND COUNTERVAILING MEASURES**

Ministers recognize, with respect to dispute settlement pursuant to the Agreement on Implementation of Article VI of GATT 1994 or Part V of the Agreement on Subsidies and Countervailing Measures, the need for the consistent resolution of disputes arising from anti-dumping and countervailing duty measures.

**DECISION REGARDING CASES WHERE CUSTOMS
ADMINISTRATIONS HAVE REASONS TO DOUBT THE TRUTH
OR ACCURACY OF THE DECLARED VALUE**

Ministers invite the Committee on Customs Valuation established under the Agreement on Implementation of Article VII of GATT 1994 to take the following decision:

The Committee on Customs Valuation,

Reaffirming that the transaction value is the primary basis of valuation under the Agreement on Implementation of Article VII of GATT 1994 (hereinafter referred to as the "Agreement");

Recognizing that the customs administration may have to address cases where it has reason to doubt the truth or accuracy of the particulars or of documents produced by traders in support of a declared value;

Emphasizing that in so doing the customs administration should not prejudice the legitimate commercial interests of traders;

Taking into account Article 17 of the Agreement, paragraph 6 of Annex III to the Agreement, and the relevant decisions of the Technical Committee on Customs Valuation;

Decides as follows:

1. When a declaration has been presented and where the customs administration has reason to doubt the truth or accuracy of the particulars or of documents produced in support of this declaration, the customs administration may ask the importer to provide further explanation, including documents or other evidence, that the declared value represents the total amount actually paid or payable for the imported goods, adjusted in accordance with the provisions of Article 8. If, after receiving further information, or in the absence of a response, the customs administration still has reasonable doubts about the truth or accuracy of the declared value, it may, bearing in mind the provisions of Article 11, be deemed that the customs value of the imported goods cannot be determined under the provisions of Article 1. Before taking a final decision, the customs administration shall communicate to the importer, in writing if requested, its grounds for doubting the truth or accuracy of the particulars or documents produced and the importer shall be given a reasonable opportunity to respond. When a final decision is made, the customs administration shall communicate to the importer in writing its decision and the grounds therefor.
2. It is entirely appropriate in applying the Agreement for one Member to assist another Member on mutually agreed terms.

**DECISION ON TEXTS RELATING TO MINIMUM VALUES AND IMPORTS
BY SOLE AGENTS, SOLE DISTRIBUTORS AND SOLE CONCESSIONAIRES**

Ministers decide to refer the following texts to the Committee on Customs Valuation established under the Agreement on Implementation of Article VII of GATT 1994, for adoption.

I

Where a developing country makes a reservation to retain officially established minimum values within the terms of paragraph 2 of Annex III and shows good cause, the Committee shall give the request for the reservation sympathetic consideration.

Where a reservation is consented to, the terms and conditions referred to in paragraph 2 of Annex III shall take full account of the development, financial and trade needs of the developing country concerned.

II

1. A number of developing countries have a concern that problems may exist in the valuation of imports by sole agents, sole distributors and sole concessionaires. Under paragraph 1 of Article 20, developing country Members have a period of delay of up to five years prior to the application of the Agreement. In this context, developing country Members availing themselves of this provision could use the period to conduct appropriate studies and to take such other actions as are necessary to facilitate application.

2. In consideration of this, the Committee recommends that the Customs Co-operation Council assist developing country Members, in accordance with the provisions of Annex II, to formulate and conduct studies in areas identified as being of potential concern, including those relating to importations by sole agents, sole distributors and sole concessionaires.

**DECISION ON ACCESSION TO THE
AGREEMENT ON GOVERNMENT PROCUREMENT**

1. *Ministers invite* the Committee on Government Procurement established under the Agreement on Government Procurement in Annex 4(b) of the Agreement Establishing the World Trade Organization to clarify that:

- (a) a Member interested in accession according to paragraph 2 of Article XXIV of the Agreement on Government Procurement would communicate its interest to the Director-General of the WTO, submitting relevant information, including a coverage offer for incorporation in Appendix I having regard to the relevant provisions of the Agreement, in particular Article I and, where appropriate, Article V;
- (b) the communication would be circulated to Parties to the Agreement;
- (c) the Member interested in accession would hold consultations with the Parties on the terms for its accession to the Agreement;
- (d) with a view to facilitating accession, the Committee would establish a working party if the Member in question, or any of the Parties to the Agreement, so requests. The working party should examine: (i) the coverage offer made by the applicant Member; and (ii) relevant information pertaining to export opportunities in the markets of the Parties, taking into account the existing and potential export capabilities of the applicant Member and export opportunities for the Parties in the market of the applicant Member;
- (e) upon a decision by the Committee agreeing to the terms of accession including the coverage lists of the acceding Member, the acceding Member would deposit with the Director-General of the WTO an instrument of accession which states the terms so agreed. The acceding Member's coverage lists in English, French and Spanish would be appended to the Agreement;
- (f) prior to the date of entry into force of the WTO Agreement, the above procedures would apply *mutatis mutandis* to contracting parties to the GATT 1947 interested in accession, and the tasks assigned to the Director-General of the WTO would be carried out by the Director-General to the CONTRACTING PARTIES to the GATT 1947.

2. It is noted that Committee decisions are arrived at on the basis of consensus. It is also noted that the non-application clause of paragraph 11 of Article XXIV is available to any Party.

VEREINBARE AUFZEICHNUNG DER ZWISCHEN DEN EUROPÄISCHEN GEMEIN-
SCHAFTEN (EG) UND AUSTRALIEN IM RAHMEN DER MULTILATERALEN
HANDELSVERHANDLUNGEN DER GATT - URUGUAY-RUNDE AUSGEHANDELTEN
VERPFLICHTUNGEN FÜR KOHLE

Die in den bilateralen Verhandlungen über Kohle vereinbarten Regelungen sind im Anhang zu dieser Aufzeichnung enthalten. Ferner stellt Australien für die Zolllinien im Anhang die Ausfuhrzollsätze in seiner Zollliste der Uruguay-Runde auf Null. Diese Bindungen werden wirksam, wenn das Ergebnis der Verhandlungen der Uruguay-Runde in Kraft tritt. Die EG stellen für die gleichen Zolllinien die Einfuhrzölle in ihrer Liste auf Null. Die Bindungen der EG betreffend diese Zolllinien werden spätestens am 1. Januar 1996 wirksam.

Die Erstverhandlungsrechte sowohl für Australiens Bindungen bei der Ausfuhrabgabe als auch für die Zollbindungen der EG werden in die jeweiligen Listen der Uruguay-Runde aufgenommen.

(Unterschriften)

RODERICK ABBOT
Für die EG-Delegation

KINGSLEY BARKER
Für die Australische Delegation

15. Dezember 1993

URUGUAY-RUNDE: KOHLE

Die folgenden Verpflichtungen Australiens und der EG stellen zusammen eine internationale Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien dar:

VERPFLICHTUNGEN AUSTRALIENS

- i) Australien wendet keine Ausfuhrmaßnahmen in einer Weise an, die den normalen, vorhersehbaren Fluß der Außenhandelsströme stört.
- ii) Australien stimmt der Einsetzung einer Arbeitsgruppe von Bediensteten Australiens und der EG unter der Schirmherrschaft der von Australien und den EG gebildeten Hochrangigen Gruppe für Energie zu, deren Ziel es ist, Gemeinschaftsunternehmungen zwischen australischen Unternehmen und Unternehmen der EG zur Aufsuchung und Erschließung von Kohlereserven in Australien zu erleichtern.
- iii) Es bestehen effektiv keine Hemmnisse für eine ausländische Beteiligung am australischen Kohlebergbau. (Vgl. Fußnote A).

Fußnote A Die einschlägigen australischen Richtlinien für ausländische Kapitalanlagen sind darauf ausgerichtet, ausländische Kapitalanlagen zu fördern, und werden auf der Grundlage der Nichtkriminierung angewendet. Sollten EG-Unternehmen der Meinung sein, daß Australiens Politik in bezug auf ausländische Kapitalanlagen ihre Möglichkeiten, Erschließungs- und/oder Gewinnungsvorhaben im Kohlebergbau Australiens zu betreiben, einschränken, so kann die Angelegenheit der unter Ziffer ii) genannten Arbeitsgruppe vorgelegt werden.

VERPFLICHTUNGEN DER EG

- i) Zusätzlich zum Abbau staatlicher Hilfen an die Kohleindustrie der Mitgliedstaaten nach den gesetzlichen Bestimmungen und Verfahren der EG stimmen die EG dem sofortigen Einfrieren des Gesamtumfangs der subventionierten Kohleförderung zu.
- ii) Die subventionierte Kohleförderung in den EG wird schrittweise und stetig abgebaut, so daß der Umfang der subventionierten Kohleförderung in einem beliebigen Jahr nach Möglichkeit geringer, auf keinen Fall aber höher sein wird als der Gesamtumfang des vorhergehenden Kalenderjahrs. Die EG wandeln, wo dies durchführbar ist, bestehende Maßnahmen in transparentere Formen der Hilfe um.
- iii) Die EG erklären sich einverstanden, zur Prüfung des Fortschritts beim Abbau der subventionierten Kohleförderung bis zum 31. Dezember 1997 Konsultationen mit Australien aufzunehmen.

Allgemeine Bestimmungen

- a) Diese Vereinbarung tritt mit dem Tag der Umsetzung der Uruguay-Runde in Kraft. Die Vereinbarung wird zu einem zwischen beiden Seiten zu vereinbarenden Zeitpunkt, jedoch spätestens am 31. Dezember 1997, überprüft, um festzustellen, ob sie zur Zufriedenheit beider Vertragsparteien funktioniert. Ist eine der Vertragsparteien der Ansicht, daß die Vereinbarung nicht zu ihrer Zufriedenheit funktioniert, so kann sie die Vereinbarung mit dreimonatiger Kündigungsfrist mit Wirkung vom 31. Dezember 1997 beenden.
- b) Australien verpflichtet sich, sich während der Geltungsdauer dieser Vereinbarung hinsichtlich der unter diese Vereinbarung fallenden Erzeugnisse und der von den EG akzeptierten Disziplinen nicht auf das GATT oder eine der damit verbundenen Übereinkünfte zu berufen.

- c) Beide Vertragsparteien erwarten, daß die Ausfuhren subventionierter Kohle nicht wesentlich von den derzeitigen Mengen abweichen und die australischen Ausfuhren nicht in erheblichem Umfang verdrängen oder behindern werden.

- d) Die EG behalten sich das Recht vor, aus Umweltschutz- oder anderen Gründen Steuern oder sonstige Maßnahmen einzuführen, die nicht diskriminierend sind und in Übereinstimmung mit Artikel III des Allgemeinen Abkommen stehen. Australien kann im Fall der Einführung solcher Steuern oder Maßnahmen Konsultationen mit den EG beantragen.

Produkten-Liste

Diese Vereinbarung bezieht sich auf folgende Produkte:

- 2701.11 Anthrazit
- 2701.12 bitumenhaltige Steinkohle
- 2701.19 andere Steinkohle
- 2701.20 Steinkohlenbriketts und ähnliche aus Steinkohle gewonnene feste Brennstoffe
- 2702.10 Braunkohle, auch in Pulverform, jedoch nicht agglomeriert
- 2702.20 Braunkohle, agglomeriert
- 2703.00 Torf (einschließlich Torfstreu), auch agglomeriert
- 2704.00 Koks und Schwelkoks aus Steinkohle, Braunkohle oder Torf, auch agglomeriert; Retortenkohle

AGREED RECORD OF COMMITMENTS ON COAL NEGOTIATED BETWEEN THE
EUROPEAN COMMUNITIES (EC) AND AUSTRALIA IN THE GATT
MULTILATERAL TRADE NEGOTIATIONS – THE URUGUAY ROUND

The arrangements agreed upon in the bilateral negotiations on coal are as set out in the attachment to this record. In addition for the Tariff lines set out in the attachment, Australia will bind export tax rates at zero in its Uruguay Round tariff schedule. Such bindings to come into effect on the entry into force of the outcome of the Uruguay Round negotiations. For the same tariff lines the EC will bind import duties at zero in its schedule. The EC bindings on these lines will come into effect no later than 1 January 1996.

Initial negotiating rights in respect of both the export tax bindings by Australia and the tariff bindings by the EC will be inscribed in our respective Uruguay Round schedules.



RODERICK ABBOTT
For the EC
Delegation



KINGSLEY BARKER
For the Australian
Delegation

15 December 1993

Délégation Permanente de la Commission des Communautés Européennes à Genève	
Reçu le 16/12/93	No. 3295
Transmis à REP-FM-MPN/AJ	
HOUBEN	
Le 16/12/93	

URUGUAY ROUND : COAL

The following commitments by Australia and the EC together constitute an international agreement between the Parties:

COMMITMENTS BY AUSTRALIA

- (i) Australia will not use export measures in a manner which would disrupt normal and foreseeable commercial trade flows.
- (ii) Australia agrees that a working group of Australian and EC officials will be set up under the auspices of the Australian/EC High Level Group on Energy with the objective of facilitating joint ventures between Australian and EC companies to explore for and develop coal reserves in Australia.
- (iii) There shall effectively be no barriers to foreign participation in the Australian coal mining industry. (See Footnote A).

Footnote A The relevant Australian foreign investment guidelines are designed to encourage foreign investment and are applied on a non-discriminatory basis. Should EC companies believe that Australia's foreign investment policy is restricting their ability to pursue coal mining development and/or operations in Australia, the matter can be referred to the working group mentioned in (ii) above.

COMMITMENTS BY THE EC

- (i) In addition to any degressivity in State Aids to the coal industries of Member States determined under EC laws and processes, the EC agrees to an immediate standstill in the aggregate level of subsidised coal production.
- (ii) EC subsidised coal production will be gradually and regularly reduced so that the level of subsidised coal production in any year will, to the fullest extent possible, be lower than, and in any event will not exceed, the aggregate level of the previous calendar year. The EC will transform existing measures into more transparent forms of assistance where practicable.
- (iii) With a view to examining increased degressivity of subsidised coal production the EC agrees to enter into consultations with Australia no later than 31 December, 1997.

General Provisions

- (a) This agreement will be effective from the date of implementation of the Uruguay Round. The agreement will be reviewed at a mutually agreed time no later than 31 December 1997, to examine whether it is working to the satisfaction of both parties. If either party considers the agreement not to be working to its satisfaction it may terminate the agreement on three months notice as from the 31 December 1997.
- (b) Australia commits itself not to invoke the GATT or any of its related instruments with respect to the products covered by this Agreement and the disciplines undertaken by the EC for the duration of this Agreement.
- (c) It is the expectation of both parties to the Agreement that exports of coal produced with subsidies will not deviate from around current levels and substantially displace or impede Australian exports.
- (d) The EC reserves its rights to introduce taxes or other measures for environmental or other reasons which are non-discriminatory and in accordance with Article III of the General Agreement. Australia may, upon introduction of such taxes or measures, request consultations with the EC.

PRODUCT COVERAGE

This agreement applies to the following products :

- 2701.11 Anthracite
- 2701.12 Bituminous coal
- 2701.19 Other coal
- 2701.20 Briquettes, ovoids and similar solid fuels
manufactured from coal
- 2702.10 Lignite, whether or not pulverised, but not
agglomerated
- 2702.20 Agglomerated lignite
- 2703.00 Peat (including peat litter), whether or not
agglomerated
- 2704.00 Coke and semi-coke of coal, of lignite or of
peat, whether or not agglomerated; retort carbon.

